

YVONNE SCHELLHORN

---

# QUALITÄT NACH PLAN?

---

DIE MATERIAL- UND WARENPRÜFUNG  
DER DDR (1945–1964)

RESSORTFORSCHUNG IM 20. JAHRHUNDERT

BIELEFELD UNIVERSITY  
PRESS

Yvonne Schellhorn

Qualität nach Plan?

Die Material- und Warenprüfung der DDR (1945–1964)

Ressortforschungseinrichtungen bilden ein elementares Strukturelement des deutschen Wissenschafts- und Innovationssystems im 20. Jahrhundert. Die Buchreihe „Ressortforschung im 20. Jahrhundert“ präsentiert die Geschichte ausgewählter Ressortforschungseinrichtungen und ihrer Vorläufer vom Ersten Weltkrieg bis in die 1960er Jahre: der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung sowie der Chemisch-Technischen Reichsanstalt. Im Zentrum stehen die Zeit des Nationalsozialismus sowie der Umgang dieser Behörden mit ihrer NS-Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Die Reihe richtet sich an Interessierte der NS- und Zeitgeschichte, der Wissenschafts- und Technikgeschichte, der historischen Innovationsforschung sowie an Mitarbeitende heutiger Ressortforschungseinrichtungen.

Reihenherausgeber: Helmut Maier und Carsten Reinhardt

Yvonne Elisabeth Schellhorn, geboren 1993, promovierte zuletzt als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bielefeld. Sie studierte Geschichte und Literaturwissenschaft in Bielefeld und Köln. Ihr wissenschaftliches Volontariat absolvierte sie an der KZ-Gedenkstätte Dachau. Ihre Forschungsschwerpunkte sind innerhalb der deutschen Wirtschafts- und Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, besonders im Nationalsozialismus und im Übergang von diesem zum politischen System der DDR, zu verorten. Die vorliegende Publikation geht aus ihrer kürzlich abgeschlossenen Dissertation hervor.

Yvonne Schellhorn

# Qualität nach Plan?

Die Material- und Warenprüfung  
der DDR (1945–1964)

BIELEFELD UNIVERSITY  
PRESS

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages



Die Finanzierung dieser Publikation erfolgte durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung und die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, daneben durch die Bergische Universität Wuppertal und die Universität Bielefeld.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-ND 4.0 veröffentlicht. Die Lizenz erlaubt die Vervielfältigung und Weitergabe, auch zu kommerziellen Zwecken, bei Namensnennung der Urheber\*in, sofern das Werk unverändert und vollständig weitergegeben wird. Bearbeitungen, Abwandlungen oder inhaltliche Veränderungen sind nicht gestattet. Die Lizenz gilt ausschließlich für Originalmaterial. Für Inhalte aus anderen Quellen (z. B. Abbildungen, Fotos oder Textauszüge) können abweichende Nutzungsrechte gelten. <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/>

Erstveröffentlicht im Jahr 2026 durch Bielefeld University Press, Bielefeld

[www.bielefelduniversitypress.de](http://www.bielefelduniversitypress.de)

© Yvonne Schellhorn

Satz: Nina Michler, Bielefeld

Umschlagsgestaltung: Leon Pöhler, Bielefeld

Coverfoto: © Das textil-chemische Laboratorium (Referat 5) des Staatlichen Warenprüfungsamtes Thüringen / Hauptstaatsarchiv Weimar - Landesarchiv Thüringen (LATH - HStA Weimar), Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 94r.

Druck: Mediaprint Solutions GmbH, Paderborn

Print-ISBN: 978-3-69129-031-8

PDF-ISBN: 978-3-69129-032-5

DOI: 10.64136/uwzc4475

# Inhalt

Danksagung	9
1 Einleitung	11
1.1 Thematische Einführung und Vorgehensweise	15
1.2 Forschungsstand	19
1.3 Quellenlage	30
1.4 Struktur der Arbeit	33
2 „Antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ als Staatsdoktrin: Zum Umgang mit der NS-Zeit in der SBZ/DDR	37
2.1 Die Maßnahmen der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ und ihre Umsetzung	38
2.2 Der ambivalente Umgang mit dem Nationalsozialismus in der SBZ/DDR und sein politischer Nutzen	54
3 Der Aufbau der Material- und Warenprüfung in der SBZ/DDR	61
3.1 Die Geraer Warenprüfungsstelle auf dem Weg zum Staatlichen Warenprüfungsamt Thüringen	64
3.2 Das Staatliche Warenprüfungsamt und seine Abteilungen	80
3.2.1 Die Schuhprüfstelle Erfurt bzw. die Abteilung für Leder- und Schuhindustrie	82
3.2.2 Die Metallwirtschaftliche Abteilung	87
3.2.3 Die Abteilung für Papier-, Pappen- und Verpackungs- industrie	92
3.2.4 Die Glasprüfstelle Ilmenau	94
3.2.5 Die Abteilung für Baustoffindustrie	96
3.3 Aufgaben und Auftraggeber des Staatlichen Warenprüfungs- amtes Thüringen	98
3.3.1 Beratungen, Betriebskontrollen und die Zusammen- arbeit mit dem Landespreisamt	102
3.3.2 Schwierigkeiten bei der Prüftätigkeit	105
3.3.3 Sanktionsmöglichkeiten des StWPA	110
3.4 Die Entwicklung von Herstellungs- und Güterichtlinien	113

4	Der Präsident, langjährige Mitarbeiter und Entnazifizierte: Zum Personal des StWPA	121
4.1	Der Hoffnungsträger: Max Rüffle (1903–1972) als erster Präsident des StWPA	123
4.2	Lange Karrieren in der Material- und Warenprüfung: Friedrich Thielemann (*1904), Hans Böhnisch (1901–1973), Horst Tröger (*1918)	129
4.3	Opfer der NS-Justiz: Alfred Eckardt (1903–1980)	148
4.4	Flüchtling der SBZ: Paul Paris (1896–1983)	158
4.5	Kontinuitäten durch Entnazifizierung: Otto Plöttner (*1894)	162
5	Das DAMW als Organ der Staatlichen Plankommission und sein Beitrag zur staatlichen Güteprüfung und Normierungsarbeit	171
5.1	Die Struktur des DAMW und sein Platz in der Planwirtschaft	173
5.2	Die amtliche Güteprüfung und Normierungsarbeit des DAMW	186
5.2.1	Die Gütezeichen des DAMW	191
5.2.2	Die Entstehung der Technischen Güte- und Liefer- vorschriften (TGL) der DDR in Beziehung zu den sowjetischen Produktionsstandards	210
6	Forschungsaufträge des DAMW in Relation zu den Zielen des ersten Fünfjahrplans der DDR (1951–1955)	219
6.1	Maschinenbau/Metallurgie	224
6.2	Textilindustrie	234
6.3	Technische Chemie	242
7	Wissenschaft und Technik im Fokus: Das DAMW und die Schwer- punkte des zweiten Fünfjahresplans (1956–1960)	249
7.1	Maschinenbau/Metallurgie	254
7.2	Textilindustrie	266
7.3	Technische Chemie	278
8	Das DAMW als zentrales staatliches Organ für die Material- und Warenprüfung im Siebenjahrplan und NÖS bis 1964	285
8.1	Maschinenbau/Metallurgie	301
8.2	Bauwesen	309
8.3	Textilindustrie	317

9	Präsidenten, Belastete und MfS-Mitarbeiter:	
	Zum Personal des DAMW	331
9.1	Die Präsidenten: Johannes Naumann (1909–1968), Helmut Lilie (*1923)	332
9.2	Belastete Experten: Ernst Schiebold (1894–1963), Friedrich Stather (1901–1974)	347
9.3	Flüchtling der SBZ: Eitel-Friedrich Richter (1906–1988)	375
9.4	NS-Verfolgter: Paul Weiß (1903–1975)	381
9.5	Geheimer Informator und Inoffizieller Mitarbeiter des MfS im DAMW: Hans Jancke (1911–1982)	387
10	Fazit	395
11	Anhang	407
11.1	Organigramme und Organisationspläne des StWPA/DAMW	407
11.2	Literatur- und Quellenverzeichnis, Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	419
11.3	Abkürzungsverzeichnis	466



# Danksagung

Zu Beginn meiner Studie möchte ich mich bei all jenen Personen bedanken, die mich während meiner Promotion begleitet haben.

Eingangs spreche ich Prof. Dr. Carsten Reinhardt und apl. Prof. Dr. Dr. Helmut Maier meinen Dank für ihre Begleitung über die gesamte Projektlaufzeit aus. Von Beginn an hielten beide die Fäden des Vorhabens zusammen und unterstützten das Forschungsteam während der Recherchen, der Aktenauswertung und der Verschriftlichung der Studien nach Kräften. Bei Herrn Prof. Dr. Peter Kramper bedanke ich mich für die Bereitschaft, die Rolle des Drittprüfers bzw. des Prüfungsvorsitzenden bei meiner Disputation zu übernehmen. Ein herzlicher Dank gilt zudem Frau Prof. Dr. Christina Morina. Sie regte in zahlreichen tiefgehenden Diskussionen an, in meiner Studie auch die kulturgeschichtlichen Aspekte der DDR und die Alltagswelt jener Menschen, denen ich mich in diesem Buch widme, nicht außer Acht zu lassen.

Auch meinen Teamkolleginnen und -kollegen sage ich „Danke“: Für den regen Austausch, gemeinsame Archivreisen und Hinweise auf den ein oder anderen Aktenbestand. Trotz der räumlichen Distanz haben wir uns in herzlicher Zusammenarbeit über die natürlichen Unwegbarkeiten des Projekts hinweggeholfen.

Für den fachlichen Rat und die Orientierungshilfen in den Untiefen der Archivkeller bedanke ich mich bei den Archivarinnen und Archivaren der von mir konsultierten Archive. Durch ihre Hilfsbereitschaft, ihre Expertise und ihr Interesse an meinem Projekt habe ich manch spannendes Dokument finden können, das sich als „das fehlende Puzzleteil“ für meine Arbeit herausstellte. Besonders die Anfangszeit des Projekts war von den Einschränkungen der Corona-Pandemie geprägt. Die Archivmitarbeiterinnen und -mitarbeiter versuchten mit großem Engagement, mir trotzdem Akteneinsicht vor Ort gewähren zu können.

Der größte Dank gilt jedoch meiner Familie. Auf Euren Rücken habt Ihr mich durch die letzten Jahre getragen. Nie wurdet Ihr müde, mir Mut zuzusprechen. Diese Arbeit ist auch Euer Verdienst.

Ich danke meinen Eltern für ihre bedingungslose Unterstützung und Förderung, die in meiner Schulzeit ihren Anfang nahm, sich über mein Studium fortsetzte und in den letzten Jahren intensivierte. Mein Vater kann dieses Buch leider nicht mehr in den Händen halten. Als Buchbindermeister wäre es Dir sicher eine Ehre gewesen, das erste Exemplar selbst zu binden.

Eine der wichtigsten Stützen und der Fels in der Brandung ist meine Mutter. Unermüdlich hast Du Kapitelentwürfe gelesen, Ideen beigesteuert und mich aufgebaut, wann immer sich eine Schreibblockade ankündigte. Jede Deiner guten Taten haben mich in meinem Vorhaben ein weiteres Stück vorangebracht. Meinem Bruder Christian ein Dankeschön für die Aufmunterungen: Die Ausflüge ins Grüne mit der besten Aussicht der Welt und das gemeinsame Lachen, das so viel repariert.

Abschließend, aber nicht zuletzt, meinem Ehemann Kai: Ich danke Dir von ganzem Herzen für Deine Unterstützung und Dein Verständnis für die unzähligen Stunden, die ich auf Reisen und vor dem Computer verbracht habe. Ich kann nur ahnen, wie oft Du Dich selbst zurückgenommen hast, um mir Raum zu geben. Du warst einfach „da“, wenn nichts so funktionierte, wie es sollte. Du hast mir Dein offenes Ohr, Dein waches Auge und Dein weites Herz geliehen – Bedingungslos und wann immer es nötig war.

# 1 Einleitung

Qualität und die DDR? Aus bundesrepublikanischer Perspektive erscheinen diese Begriffe unvereinbar. Wie sie zusammenpassen, wird in dieser Studie gezeigt. Ein Ziel der Planwirtschaft in der DDR war die Herstellung qualitativ hochwertiger Produkte. Allerdings war dazu auf politischer Ebene eine neue Definition von „Qualität“ vonnöten.<sup>1</sup> Denn einerseits stellten die mangelhafte Rohstofflage, der hohe Anspruch der SED-Parteiführung an die wirtschaftliche Entwicklung und andere wirtschaftsbezogene Probleme die Industrie vor große Herausforderungen. Andererseits wollte die DDR der Weltöffentlichkeit zeigen, dass der Sozialismus bzw. die Planwirtschaft langlebige und brauchbare Produkte hervorbringen konnte. Nicht zuletzt sollte der Warenexport in das westliche Ausland die für die DDR besonders wertvollen Devisen sicherstellen. Daher legten Wirtschaftsfunktionäre der SED-Parteiführung die Kriterien für qualitativ hochwertige Waren fest. Um die Wertigkeit der eigenen Produkte herauszustellen, wurde suggeriert, sich dabei auf Standards des westlichen Auslands bzw. der Bundesrepublik Deutschland zu beziehen.<sup>2</sup>

Zur Sicherstellung dieser „sozialistischen Qualität“ wurde, angebunden an die Staatliche Plankommission (SPK), die die Wirtschaftspläne verabschiedete und deren Einhaltung beaufsichtigte, 1950 eine eigene Kontrollstelle gegründet. Dabei handelte es sich um das Deutsche Amt für Material- und Warenprüfung der DDR (DAMW), das

- 
- 1 Zum Verständnis von Qualität in der DDR siehe Schramm: Konstruktionen von Qualität, 2019; Ders.: „Präzision als Leitbild?“, 2005; Fraunholz: „Deutsche Qualitätsarbeit“, 2012. Sowie zeitgenössisch aus Sicht des DAMW-Präsidenten Lilie: Die Qualität sichern und steigern, in: Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Wissenschaftlichen Sozialismus (1964), H. 3, S. 9–18; Ders.: Qualitätskontrolle – Qualitätssicherung. 2., wesentlich überarb. Aufl., Berlin 1966; Singer: Beitrag zur Theorie der Qualität und der Leitung der Qualitätsentwicklung, Habil., Leuna-Merseburg 1966; Außerdem Aust: Qualität, 1989. Zur Entwicklung der Qualitätskontrolle und Güteklassifizierung in der Bundesrepublik siehe Kevin: Die Gründung der Stiftung Warentest, 2016.
  - 2 Vgl. Schramm: „Präzision als Leitbild?“, 2005.

aus dem auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration Thüringen (SMATH) 1946 gegründeten Staatlichen Warenprüfungsamt Thüringen (StWPA) hervorging,<sup>3</sup> Innerhalb kürzester Zeit weitete dieses Amt seine Prüfarbeit durch die Bildung von dezentral und meist in der Nähe von Industriezentren angesiedelten Prüfdienststellen auf sämtliche Industriebranchen in der gesamten DDR aus. Mit diesem System wurde die Struktur der Material- und Warenprüfung des Deutschen Reiches zwar aufgegriffen, jedoch viel feingliedriger umgesetzt. Auch vor 1945 gab es bereits Prüfämter, die an verschiedenen Stellen innerhalb des Reiches ihren Sitz hatten, darunter das Staatliche Materialprüfungsamt (MPA) in Berlin als bedeutendste Ressortforschungseinrichtung sowie eine größere Zahl privatwirtschaftlich-branchenspezifischer Prüfämter.<sup>4</sup> Bezeichnend für das DAMW ist aber die Qualitätskontrolle aller in der DDR gefertigten Produkte und die umfassende Begleitung des Herstellungsprozesses von der Rohstoffbeschaffung bis zur Verpackung der Ware sowie die Ansiedelung der Prüfdienststellen an Produktionszentren.<sup>5</sup>

- 
- 3 Zur Geschichte der beiden Einrichtungen sind bisher erschienen: Schnauer: Entstehung, 1980; Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015; Fuhrmann u. A.: Material- und Warenprüfung, 2010. Akteure, Strukturen und Verwaltungspraxis der SBZ stellt Dierk Hoffmann in seinem Sammelband vor. Siehe Hoffmann: Die zentrale Wirtschaftsverwaltung, 2016.
- 4 Siehe dazu die Studien von Malte Stöcken zur Geschichte des Staatlichen Materialprüfungsamtes (MPA) sowie von Elisabeth Kölmel zur Geschichte der westdeutschen Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM).
- 5 Siehe zu diesem besonderen System die zeitgenössischen Publikationen: Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR: Zehn Jahre Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1960; Naumann: Aufgaben der Materialprüfung, in: Feingerätetechnik. Technisch-wissenschaftliche Zeitschrift für Feinmechanik, Optik und Meßtechnik 6 (1957), H. 5, S. 193–195; Nieschler: 10 Jahre Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, in: Bauplaung – Bautechnik. Wissenschaftlich-technische Zeitschrift für das Ingenieurbauwesen 14 (1960), S. 516 f.; Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik: DAMW. Aufgaben und Arbeitsweisen des Deutschen Amtes für Meßwesen und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1966.

In der vorliegenden Studie wird gezeigt, dass das StWPA/DAMW seine Aufgabe weniger in der wirtschaftspolitischen Beratung seiner übergeordneten Behörde, der SPK, sah. Vor allem, aber nicht ausschließlich, unterstützte – und überwachte – das Amt die DDR-Industrie ganz gezielt, damit diese die von ihm ausgegebenen Qualitätsstandards erfüllte und sich in dieser Hinsicht gegenüber dem westlichen Ausland behaupten konnte. Dabei steht die Frage im Zentrum, welche Aufgaben, Befugnisse und Kompetenzen das StWPA/DAMW zu diesem Zweck hatte. Durch welche Besonderheiten zeichnete sich die Prüf- und Forschungsarbeit des Amtes aus? Wie unterstützte es die Industrie während der verschiedenen Wirtschaftspläne dabei, die Kriterien, die in der DDR an qualitativ hochwertige Produkte gestellt wurden, im Herstellungsprozess zu berücksichtigen? Welche Vorteile hatte dabei die dezentrale Struktur der Einrichtung? Wie begleitete es Unternehmen bei der Produktentwicklung? Welche Möglichkeiten hatte es, um in Produktionsabläufe einzugreifen? Und: Welche Rolle spielte die Forschung für die Erreichung der Ziele?

Diese Arbeit versteht sich als Beitrag zur Behördenforschung der DDR und untersucht eine der SPK nachgeordnete Ressortforschungseinrichtung. Der Begriff „Ressortforschung“ fand in der DDR kaum Verwendung, wird hier aber in Ermangelung einer zeitgenössischen Bezeichnung genutzt. Zu diesem Thema liegt einige Literatur vor, die im Forschungsstand exemplarisch vorgestellt wird. Allerdings wurden die DDR-Ressortforschungseinrichtungen in der Geschichtswissenschaft bisher nur selten thematisiert. Uwe Grelak und Peer Pasternack zeichnen in ihrer Studie die Entwicklung von 67 Stellen dieser Art nach, von denen 36 im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich und 31 in medizinischen oder naturwissenschaftlich-technischen Sparten arbeiteten.<sup>6</sup> Pasternack erklärt zur DDR-Ressortforschung, dass „[d]ie entsprechenden Einrichtungen [unterhalten, YS] wurden [...], um Erkenntnisinteressen zu befriedigen, die vom jeweiligen Ministerium bzw. der jeweiligen ZK-Abteilung, also politisch definiert waren.“<sup>7</sup>

---

6 Siehe Pasternack und Grelak: Im Auftrag, 2024; Dies.: Sonderhochschulen, URL: <https://www.hof.uni-halle.de/projekte/sonderhochschulen-und-ressortforschung-in-der-ddr/> (Letzter Zugriff: 3.9.2024).

7 Pasternack: Fünf Jahrzehnte, 2019, S.13 f.

Eva Barlösius versteht die bundesrepublikanischen Ressortforschungseinrichtungen als „forschende Behörden“, die sowohl dem Staat als auch der Wissenschaft zugehörig sind.<sup>8</sup> Sie erkennt darin jedoch strukturelle Schwierigkeiten hinsichtlich der Schwerpunktsetzung, der Arbeitsweise und der Zugriffsrechte auf das dort generierte Wissen und konstatiert, dass „die uneindeutige Strukturbeschreibung und die schwierige Ortsbestimmung [der Ressortforschung, YS] vornehmlich daraus resultieren, dass unterschiedliche Erwartungen an die Leistungen der Ressortforschung bestehen.“<sup>9</sup> Von ministerieller Seite wird die Ressortforschung als „Ressource‘ des Staates begriffen [...], auf die er ein direktes und alleiniges Zugriffsrecht beansprucht.“<sup>10</sup>

Gegen Barlösius‘ Ausführungen zur Beziehung zwischen Ressortforschungseinrichtung und Staat kann eingewendet werden, dass der Faktor ‚Industrie‘ fehlt, da ja die Arbeit des DAMW auf eine Verbesserung der Qualität der Warenproduktion ausgerichtet war. Dem kann entgegnet werden, dass durch die Verstaatlichung der Industrie diese mitgemeint ist, wenn von staatlichem Zugriff auf die Forschungseinrichtung die Rede ist. Erkenntnis und Wissen, die von den Prüfdienststellen generiert wurden, wurden zwar vom Staat angefordert, von dort aber, wenn nicht schon auf direktem Wege über das DAMW übermittelt, an die Volkseigenen Betriebe (VEB) und Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) weitergegeben.

Im Fokus dieser Arbeit steht außerdem die Frage nach dem Umgang der Einrichtung mit Personen, die sich für den Nationalsozialismus engagiert hatten. Denn ebenso wie die westlichen Alliierten in ihren Besatzungszonen, verfolgte auch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) in der Sowjetische Besatzungszone (SBZ) jene Personen. Die NS-Verbrecher sollten auch dort vor Gericht gebracht und verurteilt werden. Allerdings war die Entnazifizierungspolitik in der SBZ in weiten Teilen von der UdSSR geprägt. Für ihre Besatzungszone standen die sowjetischen Akteure vor dem Dilemma, einerseits den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben sowie den eigenen Herrschaftsanspruch zu legitimieren und andererseits den Faschismus nicht wieder erstarken zu lassen. Das Konzept der „antifaschistisch-demokratischen

---

8 Vgl. Barlösius: Zwischen Wissenschaft und Staat?, 2008, URL: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2008/p08-101.pdf> (Letzter Zugriff: 6.7.2024), S. 7.

9 Ebenda (Ebd.), S. 28.

10 Ebd., S. 14.

Umwälzung“ sollte anhand eines Maßnahmenkatalogs in der Besatzungszone umgesetzt werden.<sup>11</sup> Diese Maßnahmen werden im zweiten Kapitel dieser Arbeit eingehender untersucht.

Beide Fragestellungen lassen sich in der These vereinen, dass es ohne Experten der Material- und Warenprüfung, die in der NS-Zeit ihre Berufslaufbahn begonnen hatten und die bis 1945, unter anderem gefördert durch ihr Engagement für das politische Regime, teilweise sehr erfolgreich waren, vermutlich keine Qualitätssicherung in der SBZ/DDR in dem hier dargestellten Umfang gegeben hätte. Durch die Aufteilung der Arbeit in Biografie- und Sachkapitel soll beiden Themen der jeweils benötigte Raum gegeben werden. Denn sowohl die personenbezogenen Fallstudien als auch die Schilderung der Einbindung des StWPA/DAMW in die Planwirtschaft der DDR bedürfen einer gründlichen historischen Einordnung. Durch das Durchweben beider Kapitelarten mit Informationen des jeweils anderen Themenbereichs wird eine Einheit geschaffen.

Die vorliegende Studie ist Teil des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie der Bundesrepublik Deutschland an die Universitäten Bielefeld (Prof. Dr. Carsten Reinhardt) und Wuppertal (apl. Prof. Dr. Dr. Helmut Maier) in Auftrag gegebenen Projekts zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der dem Ministerium nachgeordneten Ressortforschungseinrichtungen. In Teilprojekten wird die Entwicklung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) sowie der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) von Beginn des Ersten Weltkriegs bis in die Zeit nach 1945 untersucht.

## 1.1 Thematische Einführung und Vorgehensweise

Anhand eines zentralen Aufgabenbereichs des DAMW und seiner Prüfdienststellen, der Bearbeitung von Forschungsaufträgen, die großteils von der Industrie in Auftrag gegeben wurden, sollen die oben genannten Fragen beantwortet werden. Dabei bilden die Wirtschaftspläne der SPK bis 1963/64 den Rahmen des Untersuchungszeitraumes. Die Ergebnisse der im DAMW angestellten Versuche sollten dabei helfen, trotz des andauernden Rohstoffmangels und anderer wirtschaftlichen Probleme, die

---

11 Vgl. Baus: Die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“, 2009.

Produktqualität aufrechtzuerhalten bzw. sogar zu steigern. Aufgrund der verfeinerten Struktur der Material- und Warenprüfung in der DDR im Vergleich zu jener des Deutschen Reiches war allenfalls eine partielle institutionelle Kontinuität gegeben. Allerdings waren es weitgehend die selben Personen, die vor und nach 1945 die Qualitätsprüfung betrieben. Daher wird für die Studie auch ein biografischer Untersuchungsansatz gewählt. So steht die Frage nach den Mitarbeitern des StWPA/DAMW und ihr mögliches Engagement für den Nationalsozialismus und dem Umgang damit im Mittelpunkt der Studie. Auf Präsidialebene und beim wissenschaftlichen Leitungspersonal kann aus Lebensläufen die Elitenkontinuität<sup>12</sup> innerhalb des Amtes abgebildet werden. 14 exemplarisch vorgestellte Personen sind nach biografischen Merkmalen wie der Präsidentschaft am StWPA/DAMW, einem NS-Engagement, einer langen Karriere in der Material- und Warenprüfung, einer Verfolgung durch das NS-Regime, einer Flucht aus der SBZ/DDR und einer Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) kategorisiert.

Dazu werden Personalakten aus der Zeit vor und nach 1945, Entnazifizierungsakten und behördliche Korrespondenz bei der Analyse berücksichtigt. Die Lebensgeschichten werden im Einzelfall betrachtet und dann in den größeren Kontext des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit in der SBZ/DDR eingeordnet. Anhand der Biografien wird die Frage beantwortet, ob bei der Einstellung der genannten Personen ihre berufliche Expertise schwerer wog als ihr mögliches politisches Engagement für den Nationalsozialismus.<sup>13</sup> Falls ja, wie wurde dieses Engagement innerhalb des Amtes diskutiert, bewertet und dokumentiert? Daraus ergibt sich besonders die Frage, wie sich die Präsidialebene des StWPA mit einem möglichen NS-Engagement ihrer Mitarbeiter auseinandersetzte oder ob sie zunächst vor allem das

---

12 Zu den verschiedenen Eliten in der DDR und wie der Begriff dort verstanden wurde siehe Bauerkämper: *Gesellschaft ohne Eliten?*, 1997. Zur wissenschaftlich-akademischen Elite siehe Jessen: *Akademische Elite*, 1999; Danyl: *Die unbescholtene Macht*, 1999; Boyer: *Bürohelden?*, 1999. Sowie als jüngere Arbeit und mit Fokus auf die Eliten in der Industrie: Boldorf: *Governance in der Planwirtschaft*, 2015; Augustine: *Zeit der Fachleute*, 2012; Best und Hornbostel: *Funktionseliten der DDR*, 2003.

13 Zu dieser Diskussion siehe Weiss: „Ein Forscher ohne Labor ist wie ein Soldat ohne Waffe“, 2003, S. 217 f.

Ziel verfolgte, eine funktionierende Prüfeinrichtung mit fachwissenschaftlichen Experten aufzubauen. Dabei werden als Quellen auch die Entnazifizierungsverfahren berücksichtigt.

Um die vorgestellten Personen und ihre Handlungsspielräume während der Zeit des Nationalsozialismus einzuordnen, werden Begrifflichkeiten der Zeit, wie z.B. „Entlastung“ und „Belastung“ in ihren Kontext eingeordnet. Die Kategorien der Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946<sup>14</sup>, die zwischen Hauptschuldigen, Belasteten (darunter Aktivisten, Militaristen und Nutznießer), Minderbelasteten, Mitläufern und Entlasteten unterschieden, beschreiben, welche Vorstellung man in den verschiedenen Besatzungszonen von „Belastung“ hatte.<sup>15</sup> Abgesehen von jenen Personen, die durch ihre wissenschaftliche Arbeit ganz eindeutig die Ziele des Nationalsozialismus unterstützt hatten, ist es aufgrund der Bandbreite der Aktivitäten unmöglich, das Engagement dieser Personen unter Prädikaten wie „belastet“ oder „unbelastet“ zu erfassen. Ein solches Vorgehen würde ihre privaten und beruflichen Lebensumstände sowie ihre Handlungsspielräume unberücksichtigt lassen, mithin die „Graustufen“ der Belastung zugunsten einer „schwarz-weiß“ Dichotomie ausblenden. Dahingehend argumentieren auch Frank Bajohr und Johannes Hürter, wobei sie konstatieren, dass bei der Analyse des NS-Engagements von Einzelpersonen die Prämisse nicht auf einer „Nazi-Zählerei“ liegen dürfe. Vielmehr soll gefragt werden, „welche sachlichen Inhalte, Weltbilder und Handlungsmuster sich an bestimmte Personen und ihre Wiederverwendung nach 1945 knüpften – oder auch losgelöst von einzelnen Akteuren als nicht personelle, sondern sachliche Kontinuitäten die Praxis beeinflussten.“<sup>16</sup> Diese Aspekte werden auch für den erwähnten Personenkreis untersucht.

Die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs unternahmen erhebliche Anstrengungen, wissenschaftlich-technische Experten aus Deutschland abzuwerben. Dies geschah teilweise freiwillig, besonders die USA lockten mit attraktiven Verträgen. In der SBZ geschah die

---

14 Vgl. Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nummer 11 vom 31. Oktober 1946, S. 184, URL: [https://portal.dnb.de/bookviewer/view/1026627257#page/ohne+Z%26auml%3Bhlung+\(Titelblatt\)/mode/1up](https://portal.dnb.de/bookviewer/view/1026627257#page/ohne+Z%26auml%3Bhlung+(Titelblatt)/mode/1up) (Letzter Zugriff: 3.9.2024)

15 Vgl. Kreuzberger und Geppert: Das Erbe, 2018, S. 14.

16 Bajohr und Hürter: Auftragsforschung und „NS-Belastung“, 2016, S. 230 f. Siehe dazu auch: Weise: „Mehr als Nazizählerei“, 2021.

Umsiedlung in die UdSSR oft unter Zwang. Manche Experten kehrten erst Mitte der 1950er Jahre von dort zurück.<sup>17</sup> In der vorliegenden Arbeit wird danach gefragt, ob darunter auch Wissenschaftler waren, die danach am DAMW eine Anstellung fanden. Darüber hinaus wird geprüft, ob Wissenschaftler aus den westlichen Sektoren um eine Anstellung in den DDR-Instituten ersuchten oder ob andersherum der vielfach erwähnte „brain drain“, in diesem Falle die Abwanderung von Wissenschaftlern aus der SBZ/DDR in die Bundesrepublik, belegt werden kann und welche Rolle eine NS-Belastung dabei spielte.<sup>18</sup>

Der Untersuchungszeitraum des Projekts erstreckt sich von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die frühen 1960er Jahre. Der Zusammenschluss des DAMW mit dem Deutschen Amt für Messwesen (DAM) zum Deutschen Amt für Messwesen und Warenprüfung am 1. Februar 1964 bildet den zeitlichen Endpunkt des Projekts.

Die Forschungsaufträge des DAMW dienen der Studie als Quellengrundlage, um zu zeigen, durch welche Maßnahmen und mit welchen Kompetenzen das Amt zur Sicherung der Produktqualität beitrug. Sie bilden die facettenreiche Arbeit der Prüfdienststellen ab. Durch ihre Auswertung soll auch die Frage nach dem Selbstverständnis des Amtes beantwortet werden. Wie bewältigten die Prüfdienststellen die große Zahl der Prüfaufträge neben der Aufgabe, die Industrie durch Forschungsarbeiten zu unterstützen? Die Forschungsaufträge zeigen weiter, dass das DAMW einer „prozessorientierten“ Qualitätsdefinition folgte. Neben der Bearbeitung der Prüfaufträge entwickelten Prüfdienststellen nicht nur Prüfmethoden und -instrumente, sondern berieten die Industrie bei der Produktinnovation und während des Herstellungsprozesses. Durch Beiträge zu der Anwendungsverbesserung für den Kunden sollten die Produkte bestmöglich funktionstüchtig und langlebig gemacht werden. Die Studie zeigt, dass das DAMW die zuständige Stelle in der DDR war, die ein Produkt vom Rohstoff bis zur Nutzung unter dem Gesichtspunkt der Qualitätskontrolle überwachte. Dies zeigt sich nicht zuletzt in den umfassenden Verpflichtungen der

---

17 Vgl. Mick: *Forschen für Stalin*, 2000, S. 65 f.

18 Siehe dazu z. B.: Laitko: *Wissenschaftler im Berlin der frühen Nachkriegszeit*, 2002; Gehrman: *Die Überwindung*, 2009; van Melis und Bispinck: *„Republikflucht“*, 2006, hier besonders Kapitel 4 „Fluchtgründe aus Sicht von DDR und SED: Komplexe Motive und einseitige Wahrnehmung“, S. 73–120.

Industrie zur Proben- und Mustereinreichung beim DAMW, die ein Merkmal des Material- und Warenprüfungswesens der DDR darstellen. Die „sozialistische Qualität“ bzw. „Qualität nach Plan“ wurde maßgeblich durch das DAMW gestaltet, indem

1. fachliche Expertise über NS-Engagement gestellt,
2. ein engmaschiges technisches Kontroll- und Prüfsystem aufgebaut,
3. eng mit der Forschung an Universitäten und Technischen Hochschulen zusammengearbeitet,
4. das Amt dezentral in die Produktion integriert
5. und die politische „Linientreue“ der Führungsriege durch das MfS sichergestellt

wurde. Diese Aspekte bzw. Thesen werden in der vorliegenden Studie immer wieder aufgegriffen und mit anschaulichen Beispielen unterfüttert.

## 1.2 Forschungsstand

### *Zur Wirtschaftsgeschichte in der DDR*

Durch seine Funktionen innerhalb der DDR-Volkswirtschaft bildete das DAMW eines der bedeutendsten administrativen Instrumente der DDR-Wirtschaftspolitik. Um die Planungen der SED-Partei-führung für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR zu verstehen, helfen die Arbeiten von André Steiner, Andreas Malycha und Dierk Hoffmann. Besonders Steiner setzte sich intensiv mit der Planwirtschaft in der DDR auseinander. Er verfasste Gesamtdarstellungen der Planwirtschaft der DDR<sup>19</sup>, widmete sich aber auch bestimmten Abschnitten dieser Wirtschaftspolitik<sup>20</sup> und ihren „Möglichkeiten und Grenzen“.<sup>21</sup> Da das hier untersuchte DAMW ein Organ der SPK war, die für Erarbeitung und Einhaltung der Wirtschaftspläne der DDR zuständig war, ist der Beitrag von Malycha über „[d]ie zentrale Wirtschaftsverwaltung

---

19 Siehe Steiner: Die Planwirtschaft in der DDR, 2016.

20 Siehe Ders.: Die DDR-Wirtschaftsreform, 1999; Ders.: Von Plan zu Plan, 2004; Ders.: Zwischen Wirtschaftswunder und Stagnation, 2005.

21 Siehe Ders.: Möglichkeiten und Grenzen, 2007.

in der SBZ/DDR“ von Bedeutung.<sup>22</sup> Ein weiterer, hier relevanter Aspekt der DDR-Wirtschaftsgeschichte, ist die Konsumgeschichte. Das DAMW arbeitete nicht nur im Interesse der SPK, sondern vertrat auch die Verbraucherschaft der DDR. Zu den Anforderungen der Bevölkerung an die Planwirtschaft veröffentlichte Hoffmann 2021 einen Aufsatz zum Scheitern der Konsumpolitik, der die Maßnahmen der SED-Parteiführung nachzeichnet, um ihren eigenen Zielen und den Ansprüchen der Bevölkerung bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Alltagsgütern gerecht zu werden.<sup>23</sup> Mit dem Lebensstandard in der DDR und der Versorgung mit Alltagsgütern und ihren Preisen setzten sich Jennifer Schervardo und Anna Kaminsky sowie Marcel Boldorf auseinander.<sup>24</sup> Ina Merkel konstatiert, dass sich in der DDR eine ganz eigene Konsumkultur entwickelt hätte, die sie vielmehr als „Kulturgesellschaft“ denn als „Konsumgesellschaft“ bezeichnet. Diese sei unvergleichbar mit der westlichen bzw. bundesrepublikanischen Konsumgesellschaft, denn in der DDR hätte man sich eher auf den gemeinschaftlichen Verbrauch anstatt auf den privaten Konsum ausgerichtet.<sup>25</sup> Aus Sicht von Manuel Schramm sei diese Ausrichtung auf die Gemeinschaft allerdings eher zwangsläufig, also aus den politischen Umständen heraus, und mit ständigem Blick auf die Entwicklungen in der Bundesrepublik erfolgt.<sup>26</sup>

- 
- 22 Vgl. Malycha: Die Staatliche Plankommission, 2016; Ders.: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik, 2001. Siehe auch weitere Arbeiten von Hoffmann: Aufbau und Krise der Planwirtschaft, 2002; Ders.: Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR, 2016.
- 23 Siehe Hoffmann: Mangelwirtschaft, 2021.
- 24 Siehe Schevardo: Vom Wert des Notwendigen, 2006; Kaminsky: Wohlstand, 2001; Boldorf: Planwirtschaft, 2016.
- 25 Vgl. Merkel: Utopie, 1999, S. 24–29.
- 26 Vgl. Schramm: Konsumgeschichte, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 2011 (Version 3 2020), URL: [https://docupedia.de/zg/Schramm\\_konsumgeschichte\\_v3\\_de\\_2020](https://docupedia.de/zg/Schramm_konsumgeschichte_v3_de_2020) (Letzter Zugriff: 24.7.2024). Schramm gibt hier auch einen Überblick über die zentralen Themen und Diskussionspunkte der Konsumgeschichte und erläutert den Begriff und die Theorien des Konsums.

*Zur Behördenforschung in der SBZ/DDR*

Seit der Veröffentlichung erster Studien zur Aufarbeitung der NS-Geschichte staatlicher Institutionen bzw. Bundesbehörden, allen voran jene der vom Auswärtigen Amt im Jahr 2005 beauftragten Historikerkommission „Das Amt und die Vergangenheit“, entstanden zahlreiche weitere Auftragsarbeiten zu dieser Thematik.<sup>27</sup> Bajohr und Hürter stellen in ihrem Aufsatz zu „Auftragsforschung und ‚NS-Belastung‘“ fest, dass „[d]amit [...] erstmals die Geschichte der westdeutschen ‚Vergangenheitsbewältigung‘ als zweites zentrales Thema neben der eigentlichen NS-Geschichte stärker in den Fokus [rückte].“<sup>28</sup> Das Desiderat liegt aber auch nach mehr als 12 Jahren nach Veröffentlichung der Studie zur Geschichte des Auswärtigen Amtes auf der Aufarbeitung der Vergangenheit bzw. von NS-Kontinuitäten westdeutscher staatlicher Einrichtungen.<sup>29</sup> Studien dieser Art kommen in den meisten Fällen zu dem Ergebnis, dass zahlreiche ehemalige NSDAP-Mitglieder ihre gesellschaftliche Stellung und ihren Arbeitsplatz über das Kriegsende hinaus behalten konnten. Dabei steht nach Stefan Creuzberger und Dominik Geppert meist die Rekonstruktion von personellen Kontinuitäten in verschiedenen Ministerien, ausgehend von der Kaiserzeit, über den Nationalsozialismus bis in die Bundesrepublik hinein, im Fokus.<sup>30</sup>

Doch auch die Aufarbeitung der Geschichte bzw. der Umgang mit der NS-Zeit in staatlichen Institutionen, Behörden und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der DDR rückt mehr und mehr in das Interessensfeld der historischen Forschung. Für das Land

27 Siehe dazu Conze u. A.: *Das Amt und die Vergangenheit*, 2010; Ders.: *Die Historikerkommission des Auswärtigen Amtes*, 2018.

28 Bajohr und Hürter: *Auftragsforschung und „NS-Belastung“*, 2016, S. 227.

29 Siehe dazu u. A. die Arbeiten von Annette Weinke, zahlreiche Studien von Christian Mentel und Niels Weise sowie von Bernhard Löffler: Weinke: „Alles noch schlimmer als ohnehin gedacht?“, 2020, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/alles-noch-schlimmer-als-ohnehin-gedacht> (Letzter Zugriff: 3.9.2024); Mentel und Weise: *Die NS-Vergangenheit deutscher Behörden*, 2017; Dies.: *Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus*, 2016; Mentel: *Über die Notwendigkeit der Selbstreflexion*, 2017, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/ueber-die-notwendigkeit-der-selbstreflexion> (Letzter Zugriff: 3.9.2024); Löffler: „Im Mahlstrom der Zeit“, 2018; Hachtmann: *Vom Wilhelminismus zur Neuen Staatlichkeit*, 2023; Leßau: *Entnazifizierungsgeschichten*, 2022.

30 Vgl. Creuzberger und Geppert: *Das Erbe*, 2018, S. 11.

Thüringen setzte sich jüngst Jürgen John mit dieser Frage auseinander. Er untersuchte die Amtszeit des ersten Thüringischen Landes- und Ministerpräsidenten Rudolf Paul<sup>31</sup> von 1945 bis 1947 – und damit die Gründungsumgebung des StWPA – und zeichnet die Entwicklung des Landes zwischen Entnazifizierung, seiner Abhängigkeit von der SMATH und dem Wiederaufbau nach.<sup>32</sup> In welchem Maße ehemalige Mitglieder der NSDAP beispielsweise in der SPK beschäftigt wurden, untersuchte Dierk Hoffmann. Er stellte heraus, dass die Quote ehemaliger NSDAP-Mitglieder in der gesamten Plankommission relativ gering war. Der Anteil in Ministerien, die für den Fortbestand der DDR existenzielle Themen wie die Energieversorgung bearbeiteten, war aber höher als in anderen Ressorts. Hoffmann erklärt dies mit dem Fachkräftemangel in der SBZ und den Bestrebungen der DDR, sich mit der Planwirtschaft vom sogenannten „kapitalistischen Ausland“ unabhängig zu machen.<sup>33</sup>

Daran schließt sich die Frage an, über welchen Handlungsspielraum die Leiter des StWPA/DAMW verfügten, die einen Bewerber einstellen wollten, der sich für den NS engagiert hatte, und ob diese Kriterien in den wissenschaftlichen Tätigkeitsbereichen „biegsamer“ waren als in anderen Berufsfeldern. Dies muss vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass die DDR jegliche Verantwortung für den Nationalsozialismus und die damit einhergehenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit

---

31 Dr. jur. Rudolf Paul (30.7.1893 in Gera-28.2.1978 in Frankfurt/Main), Studium der Staats- u. Rechtswissenschaften in Berlin und Leipzig, 1919: Examen zum Referendar, danach Promotion („Die Entwicklung der Gemeindegesetzgebung im Freistaat Reuss j.L. während des 19. Jahrhunderts“), 1922: Deutsche Demokratische Partei (DDP), 1922: Assessor, danach Staats- u. Rechtsanwalt in Gera, 1925–1933: Vorsitzender des thüring. Landesverbandes der DDP, 1933: Berufsverbot, 1934–1945: Landwirt, ab 7.5.1945: Oberbürgermeister in Gera, ab 16.7.1945: Präsident der thüring. Landesverwaltung, 1946: SED, 1946/47: Thüring. Ministerpräsident, 9.10.1947: Flucht aus der SBZ, ab 1948: Rechtsanwalt in Frankfurt/Main, vgl. Müller-Enbergs: Paul, Rudolf, in: Biografische Datenbanken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biografische-datenbanken/rudolf-paul> (Letzter Zugriff: 2.7.2024); Paul: Die Entwicklung der Gemeindegesetzgebung im Freistaat Reuss j.L. während des 19. Jahrhunderts, Diss., Jena 1920.

32 Siehe John: Die „Ära Paul“, 2023.

33 Vgl. Hoffmann: Lasten der Vergangenheit?, 2018, S. 114.

konsequent ablehnte und ausschließlich der Bundesrepublik zuschrieb.<sup>34</sup> Unterstützt wird diese These auch von Saul Friedländer, der konstatiert, dass sich die DDR als Produkt des kommunistischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gesehen und daher jede Belastung durch das Hitler-Regime vehement zurückgewiesen hätte.<sup>35</sup> Einen ähnlichen Aufbau wie die vorliegende Studie bzw. die Mischung von Biografie- und Sachkapiteln verwendet auch Jutta Braun in ihrer jüngsten Monografie zur Geschichte des Ministeriums für Gesundheit der DDR.<sup>36</sup>

Die Prüfdienststellen der DDR waren teilweise an Hochschulen und Universitäten angesiedelt. Dort konnte sowohl die vorhandene Laborausstattung genutzt werden als auch neues kompetentes Personal über das Angebot von Praktika für Studierende gewonnen werden. Außerdem waren einige Leiter der Prüfdienststellen nebenamtlich als Dozenten tätig. Daher sind auch jene Studien relevant, die sich mit der Geschichte der Hochschulen in der DDR befassen. Dazu zählen u. a. der Sammelband von Tobias Kaiser und Heinz Mestrup zur „Politische[n] Verfolgung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1945 bis 1989“ sowie Reinhard Buthmanns Studie zur Technischen Hochschule Ilmenau.<sup>37</sup> Sowohl für die historische Forschung zur Bundesrepublik als auch zur DDR wurde hier lediglich eine Auswahl aus den erschienenen Veröffentlichungen getroffen. Für die Materialprüfungseinrichtungen der SBZ/DDR liegen solche Arbeiten gleichsam gar nicht vor. Die vorliegende Arbeit möchte diese Forschungslücke schließen.

---

34 Vgl. Kreuzberger und Geppert: *Das Erbe*, 2018, S. 9. Dazu auch Tümmers: *Nach Verfolgung*, 2018, S. 18.

35 Vgl. Friedländer: *Ein Genozid wie jeder andere?*, 2022, S. 27.

36 Siehe Braun: *Politische Medizin*, 2023; Dies.: *Die zentrale Kommission*, 2000. Siehe zur Medizingeschichte in der DDR auch Hess u. A.: *Testen im Osten*, 2016.

37 Siehe Kaiser und Mestrup: *Politische Verfolgung*, 2012; Dies. und Hoßfeld: *Hochschule im Sozialismus*, 2007; Kaiser: *Die konfliktreiche Transformation*, 2009; Buthmann: *Die Technische Hochschule Ilmenau*, 2022.

*Zu den Ressortforschungseinrichtungen der Material- und Warenprüfung in der SBZ/DDR*

Die Ressortforschung bearbeitet „hoheitliche Aufgaben“ und berät die übergeordneten Ministerien.<sup>38</sup> Das StWPA, das DAMW und seine Nachfolgeeinrichtungen übten für die SBZ/DDR diese hoheitlichen Aufgaben durch die amtliche Qualitätskontrolle und die Vergabe von Gütezeichen aus und berieten die übergeordneten Stellen in wirtschaftspolitischen Fragen zur Erreichung der Ziele der Jahrespläne. Entgegen Barlösius' These, nach der die Ressortforschung die Kooperation mit Universitäten aus Kompetenzgründen ablehnt, verhält sich die Beziehung des StWPA/DAMW zu den Hochschulen der SBZ/DDR. Das StWPA war gerade in der Gründungsphase auf die apparativ gut ausgestatteten Universitäts-, Hoch- und Fachschullabore angewiesen, denn eine Neuausstattung aus Mitteln des übergeordneten thüringischen Landesamtes für Wirtschaft war unmöglich. Auch das DAMW suchte wegen des Zugriffs auf Prüfinstrumente, des wissenschaftlichen Austauschs und der Nachwuchsgewinnung den Kontakt zu den Hochschulen. Die meisten Leiter der Prüfdienststellen waren nebenamtlich als Hochschullehrer tätig und begleiteten Abschlussarbeiten von Studierenden. Auch Barlösius' Feststellung, dass Ressortforschungseinrichtungen, anders als z.B. die Hochschulforschung, ihre Aufgabe nicht in der Publikation ihrer Ergebnisse sahen, muss für das DAMW widersprochen werden.<sup>39</sup>

Das hier untersuchte Amt und seine Nachfolgeeinrichtungen unterschieden sich durch ihre Struktur und Arbeitsweise von den Ressortforschungseinrichtungen der Bundesrepublik, die als Forschungsinstitute den Ministerien nachgeordnet waren und diese auch in wissenschaftlich-technischen Fragen berieten. Das StWPA/DAMW war ebenso eine staatliche Einrichtung, richtete sich im Gegensatz dazu aber stärker auf die Unterstützung der Industrie aus. Anders als bei der westdeutschen BAM, das von einem zentralen Standort aus arbeitete, waren die Abteilungen des StWPA bzw. die Prüfdienststellen des DAMW meistens in der Nähe von Produktionszentren ansässig. Neben Kontrollen in den Betrieben selbst waren die Prüfdienststellen beauftragt, die Produktion von minderwertigen Waren zu stoppen.

---

38 Vgl. Barlösius: Zwischen Wissenschaft und Staat?, 2008, S. 18.

39 Vgl. Barlösius: Zwischen Wissenschaft und Staat?, 2008, S. 17, 20.

Außerdem erhielten sie weitere Kompetenzen und Aufgaben, um so die Produktqualität in der DDR zu kontrollieren.<sup>40</sup> Nach Lundgreen ist es Aufgabe der Ressortforschung der Bundesrepublik, die übergeordnete Behörde ständig mit relevantem Wissen zu versorgen und dabei auch die Umsetzung des politischen Programms zu unterstützen.<sup>41</sup>

Das StWPA, das DAMW und seine Nachfolgeeinrichtungen wurden bisher in nur wenigen wissenschaftlichen Arbeiten eingehender untersucht. Viola Schonauer legte 1979/80 die bisher einzige Studie zur Entstehungsgeschichte des StWPA vor.<sup>42</sup> Die Autorin lebte selbst in der DDR und übernahm in ihrem Schreibstil den politisierenden Duktus der SED-Parteiführung. Sie stellt heraus, dass das Amt zwar auf Befehl der SMATH gegründet wurde, betont aber das große Interesse der Industrie der SBZ an einer Prüfeinrichtung.<sup>43</sup> Zur Geschichte und Entwicklung des DAMW sind lediglich zwei Publikationen ehemaliger Mitarbeiter des DAMW bzw. dessen Nachfolgeeinrichtungen vorhanden. Diese gehören zwar zur jüngeren Forschungsliteratur, sind aber nur unter Berücksichtigung einiger Einschränkungen zu konsultieren. In ihrer Monografie „Material- und Warenprüfung in der DDR. Anspruch und Wirklichkeit“ aus dem Jahr 2010 geben Günther Fuhrmann, Horst Jablonski und Hans-Hermann Lehnecke einen Überblick über die Geschichte des DAMW. Der Fokus liegt hier auf der Ereignisgeschichte des Amtes. Die dort tätigen Wissenschaftler werden, mit Ausnahme einer steckbriefartigen Vorstellung der Präsidenten, nicht erwähnt. Somit bleiben auch die Fragestellungen nach der Auseinandersetzung des Hauses mit dem Nationalsozialismus bzw. dem Engagement der dort beschäftigten Personen für diesen gänzlich unbeantwortet.<sup>44</sup> Horst Jablonski veröffentlichte 2015 ein weiteres Buch zur Geschichte des DAMW, welches eng an die Veröffentlichung aus dem Jahr 2010 angelehnt ist.<sup>45</sup> Jablonski setzt sich darin verstärkt mit

---

40 Für Weiteres zu ihrer Arbeit zur Ressortforschung siehe Barlösius: Ressortforschungseinrichtungen, 2016; Dies.: „Forschen mit Gespür für politische Umsetzung“, 2009. Außerdem Weingart und Lentsch: Wissen – Beraten – Entscheiden, 2008.

41 Vgl. Lundgreen u. A.: Staatliche Forschung, 1986, S.17; sowie weiterführend: Ders.: Standardization, 1986.

42 Vgl. Schonauer: Entstehung, 1980.

43 Vgl. ebd., S.39.

44 Siehe Fuhrmann u. A.: Material- und Warenprüfung, 2010.

45 Siehe Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015.

rechtlichen Vorgaben für die Material- und Warenprüfung auseinander. Auch hier fehlt eine kritische Betrachtung des Personals und der Prüfungsaufgaben sowie des (wirtschafts-)politischen Systems der DDR. Beide Monografien behandeln die Geschichte der Vorgängereinrichtung, des StWPA, nur randständig.

*Zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der SBZ/DDR und in der DDR-Wissenschaft*

Studien, die sich auf die Geschichte der SBZ/DDR beziehen und auch die dortige Entnazifizierung und NS-Erinnerungskultur bearbeiten, sind u. a. das Grundlagenwerk von Ulrich Mählert sowie die Veröffentlichungen von Mary Fulbrook und Stefan Wolle.<sup>46</sup> Ralf Thomas Baus erläutert die für diese Arbeit bedeutsamen Maßnahmen der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ in der SBZ in einem Sammelbandbeitrag aus dem Jahr 2009.<sup>47</sup> Die besondere Haltung der DDR zum Nationalsozialismus mit ihrem Schwerpunkt auf dem kommunistischen Widerstand und der Ausrichtung auf den Antifaschismus wird in dem Kapitel „Antifaschistisch-demokratische Umwälzung. Geschichte und politische Kultur in der DDR“ in der Monografie von Norbert Frei, Christina Morina und weiteren Autoren deutlich.<sup>48</sup>

Ausgewählte Gesamtschauen zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte bilden einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Ausgangssituation in der SBZ. Beispielsweise legte Petra Weber 2020 eine tiefgehende Analyse der innerdeutschen Beziehungen von 1945 bis 1989/90 vor.<sup>49</sup> Für diese Arbeit waren besonders ihre Ausführungen zum Umgang der Alliierten mit der NS-Belastung der Deutschen und zur sowjetischen Reparationspolitik relevant. Klaus Schroeder erläutert in seiner Studie die Entwicklung der SBZ hin zur DDR unter Einfluss der SED von 1949 bis 1990.<sup>50</sup>

Für die Wissenschaften in der DDR stellte Reinhard Siegmund-Schultze fest, dass die meisten NS-belasteten Wissenschaftler vor dem Mauerbau nach Westdeutschland abgewandert waren. Somit blieben

---

46 Siehe Mählert: *Kleine Geschichte*, 2007; Fulbrook: *Ein ganz normales Leben*, 2008; Wolle: *Die heile Welt*, 2009.

47 Siehe Baus: *Die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“*, 2009.

48 Siehe Frei u. A.: *Zur rechten Zeit*, 2019.

49 Siehe Weber: *Getrennt und doch vereint*, 2020.

50 Siehe Schroeder: *Der SED-Staat*, 2013.

aus Sicht der SED-Parteiführung nur jene Personen in der DDR, die sich keines NS-Verbrechens schuldig gemacht hatten. Daher hat es in der DDR kaum eine intensive Täterforschung in den Wissenschaften gegeben. Denn zum einen gehörten diejenigen, die in der SBZ/DDR geblieben waren, ohnehin nicht der einflussreicheren Ebene des NS-Staates an. Zum anderen schützte die wachstumsorientierte SED-Politik, die eng mit den Wissenschaften verbunden war, vor einer juristischen Ahndung. Eine tiefere zeitgenössische Auseinandersetzung mit dieser Thematik durch Faschismusforscher hat es nach Siegmund-Schultze aber aus Angst vor Sanktionen nie gegeben.<sup>51</sup> Raymond G. Stokes erklärt, dass die Chemieindustrie der DDR „eine ausgeprägte Affinität zu den Langzeittraditionen der organisch-chemischen Industrie in Deutschland“ hatte. Er teilt außerdem Siegmund-Schultzes These der Abwanderung der im Nationalsozialismus führenden Wissenschaftler nach Westdeutschland. Obwohl dann eine jüngere, in der DDR ausgebildete Generation die vakanten Führungspositionen übernahm, seien die vorkriegszeitlichen Forschungskonzepte erhalten geblieben.<sup>52</sup> Stokes Befund der „Ablösung“ der durch den Nationalsozialismus geprägten Generation durch junge Wissenschaftler, die durch das politische und gesellschaftliche System der DDR geprägt waren, ist für das DAMW allerdings erst zu Beginn der 1960er Jahre feststellbar. Ralph Jessen dagegen konstatiert, dass die SED-Regierung zwar in den Geistes-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften um einen rigorosen Austausch NS-belasteter Forscher bemüht war. Für den Wiederaufbau war die SED-Parteiführung aber auf Experten aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich angewiesen und sah über deren Kompromittierungen hinweg. Jessen: „Professoren, die ihre wissenschaftliche Ausbildung in der Weimarer Republik oder während des Nationalsozialismus abgeschlossen hatten“ spielten in diesen Fachbereichen in den fünfziger Jahren eine wegweisende Rolle.<sup>53</sup> Inwiefern diese Thesen auch für die in der Studie vorgestellten Mitarbeiter des DAMW zutreffen, soll im Folgenden überprüft werden.

---

51 Vgl. Siegmund-Schultze: *Der Schatten*, 1997, S. 109 f., 118.

52 Vgl. Stokes: *Chemie*, 1997, S. 284 f.

53 Vgl. Jessen: *Von den Vorzügen*, 2002, S. 44 bzw. 47.

### *Zur Biografik*

Um die DDR-Geschichte aufzuarbeiten, wurde die Biografik im Vergleich zu anderen Epochen der deutschen Geschichte bisher wenig genutzt, erfreut sich aber wachsender Beliebtheit.<sup>54</sup> Denn Martin Sabrow zufolge sind „[d]ie erstaunliche Stabilität der kommunistischen Gesellschaftsordnung und ihr plötzlicher Zusammenbruch [...] gerade aus gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive ohne Einbezug der Lebensgeschichten ihrer Machthaber nicht ausreichend zu erklären.“<sup>55</sup> Ursprünglich spielte der Autor mit dieser These im Besonderen auf die Vita Erich Honeckers an. Sie ist aber nicht nur für die führenden Politiker der SED, sondern auch für die Biografien dieser Studie gültig. Für die Biografik als Methode spricht sich auch Wolfram Pytha aus, der konstatiert, dass „[d]ie Biografie [...] gleichsam dazu [verlockt], das Leben einer Person durch die Wahl verschiedener perspektivischer Zugänge zu beleuchten und damit die ‚Buntheit‘ des geschichtlichen Lebens am biographischen Beispiel zum Ausdruck zu bringen.“<sup>56</sup> Denn die Tragsäulen dieser Gesellschaftsordnung und später auch Unterstützer ihres Zusammenbruchs waren vor allem die Bürgerinnen und Bürger der DDR. Daher ist für das Verständnis der Geschichte der DDR ein tieferehender Blick auf die Beschäftigten unerlässlich.<sup>57</sup>

Der biografische Teil der vorliegenden Studie greift aufgrund der Kategorisierung der ausgewählten Personen nach bestimmten Merkmalen einen eher kollektivbiografischen Ansatz auf, kann aber dessen analytisches Potential wegen der kleinen Gruppengröße nicht völlig ausreizen.<sup>58</sup> Für die NS-Zeit liegen bereits eindrucksvolle Studien vor, die den kollektivbiografischen Forschungsansatz noch immer prägen. Allen voran ist Michael Wildt mit seinen Untersuchungen

54 Vgl. Harders: Historische Biografieforchung, 31.10.2020, URL: [https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/deliver/index/docId/2014/file/docupedia\\_harders\\_historische\\_biografieforchung\\_v1\\_de\\_2020.pdf](https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/deliver/index/docId/2014/file/docupedia_harders_historische_biografieforchung_v1_de_2020.pdf) (Letzter Zugriff: 2.8.2023), S.12.

55 Sabrow: Der führende Repräsentant, 2013, S. 64.

56 Pyta: Geschichtswissenschaft, 2022, S. 479.

57 Siehe als Standardwerk Fulbrook: The people's state, 2005.

58 Zum Begriff „Kollektivbiografie“ siehe Schröder: Kollektivbiographie, 2011. Die Kollektivbiografie kann nach Schröder einerseits als „Sammlung und Dokumentation von Biografien“ und andererseits als „Methode zur Auswertung dieser Biografien“ verstanden werden, vgl. ebd., S.1; sowie: Ders.: Forscherleben im Rückblick, 2011.

zum Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes zu nennen.<sup>59</sup> Die kollektivbiografische Herangehensweise nutzte für die DDR-Geschichte 2002 Dorothee Wierling. Unter anderem durch die Analyse von 20 Zeitzeugeninterviews warf sie einen multiperspektivischen Blick auf den Alltag der Menschen und dadurch auf die Entwicklung der DDR seit ihrer Gründung aus der Perspektive der Bevölkerung.<sup>60</sup> Mit der Methode der dichten Beschreibung untersuchte Georg Wagner-Kyora die Entwicklung von Arbeitern, Angestellten und Akademikern der chemischen Industrie.<sup>61</sup> Er untersucht die sozioökonomische Entwicklung dieser Personengruppen, ausgehend von der Weimarer Republik bis in die späteren Jahre der DDR und ist bestrebt, einen bestimmten Habitus bzw. Typus von Chemikern und Ingenieuren unter besonderer Berücksichtigung ihrer Haltung zur Politik im genannten Untersuchungszeitraum herauszuarbeiten.

Die historische Forschung setzte sich auch mit Individualbiografien von DDR-Wissenschaftlern auseinander. Bereits 1999 diskutierte Christina Eibl die Rolle Peter Adolf Thiessens als „Wissenschaftsorganisator“.<sup>62</sup> In der vorliegenden Studie soll auch die Frage nach der Positionierung von Wissenschaftlern nach dem Ende des Nationalsozialismus beantwortet werden, und wie diese in der SBZ, trotz einer NS-Belastung, beruflich wieder Fuß fassen konnten. Dahingehend zeichnet Jens Thiel 2009 ausgewählte „[a]kademische Karrieren in der SBZ und frühen DDR zwischen antifaschistischem Postulat und Pragmatismus“ nach.<sup>63</sup> Einige der hier vorgestellten DAMW-Mitarbeiter bzw. Personen, die ein Amt auf Präsidialebene innehatten, engagierten sich auch für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Daher ist auch eine jüngere Arbeit von Reinhard Buthmann, der den Werdegang bürgerlicher Experten beleuchtet, die zunächst in hohem Maße zur wissenschaftlich-technischen Weiterentwicklung der DDR beitrugen, unter der Ägide von Erich Honecker und intensiver Überwachung durch die Staatssicherheit ihre Positionen aber bald verloren, relevant.<sup>64</sup> Alexander Amberger untersucht, wie der Chemiker Robert

---

59 Siehe Wildt: *Generation des Unbedingten*, 2002.

60 Siehe Wierling: *Geboren im Jahr Eins*, 2002.

61 Siehe Wagner-Kyora: *Vom „nationalen“ zum „sozialistischen“ Selbst*, 2009.

62 Siehe Eibl: *Der Physikochemiker*, 1999.

63 Siehe Thiel: *Akademische Karrieren*, 2009.

64 Siehe Buthmann: *Versagtes Vertrauen*, 2020.

Havemann, der Sozialökologe Rudolf Bahro und der Journalist Wolfgang Harich versuchten, ökologische Ansätze in den Sozialismus zu integrieren.<sup>65</sup> Darüber hinaus liegen zahlreiche biografische Nachschlagewerke zur DDR-Geschichte mit verschiedensten Zuschnitten vor.<sup>66</sup>

### 1.3 Quellenlage

Zur Aufarbeitung der Geschichte der Geraer Warenprüfungsstelle, aus dem das StWPA hervorging, wurde das Stadtarchiv Gera konsultiert. Dort sind Monats- bzw. Jahresberichte über Tätigkeiten und Personalstände aus den 1930er Jahren bis in die Kriegszeit hinein zu finden. Aus den Akten erschließt sich das hohe Ausmaß personeller Kontinuitäten bis in das DAMW der 1960er Jahre. Die Geschichte des StWPA konnte durch Akten aus dem Hauptstaatsarchiv Weimar rekonstruiert werden. Die Quellen beschreiben die Gründung des Amtes und weisen sowohl eine anfängliche Ausrichtung auf die Material- und Warenprüfung im Textilbereich als auch eine enge Bindung an die SMATH/SMAD nach. Bemerkenswert ist, dass anhand von nahezu lückenlos überlieferten Tätigkeitsberichten des StWPA von Oktober 1947 bis Oktober 1950 Rückschlüsse auf Auf- und Ausbau der verschiedenen Abteilungen, Anzahl und Art der Prüfaufträge, interne Abläufe und Mitarbeiterzahlen gezogen werden können. Auch Aufträge für die sowjetische Militäradministration, die als Reparationsleistungen einzuordnen sind, sind hier enthalten.

Die Quellenlage zum DAMW stellt eine weitere Besonderheit dar. Der größte Teil der vorhandenen Akten wurde kassiert, da die Abteilungen des DAMW bzw. seiner Nachfolgeeinrichtungen nach dem Ende der DDR auf die westdeutschen Einrichtungen aufgeteilt wurden. Der Bereich Materialprüfung fiel an die BAM in Berlin-Dahlem, die Abteilung Messwesen an die PTB, die ihren Sitz in Braunschweig hat. Die Archive der BAM und der PTB wurden mit nur wenig

---

65 Siehe Amberger: *Dissident Marxism*, 2024.

66 Siehe Baumgartner und Hebig: *Biografisches Handbuch*, 1996; Müller-Enbergs u. A.: *Wer war wer in der DDR?*, 2010; Pommerin u. A.: *Die Professoren der TU Dresden*, 2003; Grewolls: *Wer war wer in Mecklenburg und Vorpommern*, 2011; Gieseke und Henke: *Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit*, 2012; Waibel: *Diener vieler Herren*, 2012.

Ertrag nach Akten zum DAMW durchsucht. Der Mitarbeiterstamm des StWPA/DAMW konnte in Teilen über Personal- und umfangreicher vorliegende Sachakten rekonstruiert werden. Der Großteil des relevanten Quellenkorpus befindet sich im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde. Besonders relevant ist der Sachaktenbestand DF4 (Ministerium für Wissenschaft und Technik). Hier sind Jahres-, Quartals- und Monatsberichte einiger Prüfdienststellen und Fachgruppen des DAMW aus den frühen 1950er Jahren zu finden, die Aufschluss über ihre Aufgaben, materielle Ausstattung und personelle Veränderungen geben. Darüber hinaus wurden u. a. die Bestände DF5 (Amt für Standardisierung, Messwesen und Warenprüfung), aber auch DE1 (Staatliche Plankommission) und DE4 (Volkswirtschaftsrat der DDR) ausgewertet.

Innerhalb des Untersuchungszeitraums von 1945–1964 gaben die verschiedenen Einrichtungen auch eigenständige Publikationen heraus. Das erste bekannte Selbstzeugnis ist das Dokument „Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera, zusammengestellt am 1.7.1948“<sup>67</sup>. Allerdings ist zu vermuten, dass es nicht zur Veröffentlichung, sondern zur internen Berichterstattung verfasst wurde. Die Festschriften zum zehn- bzw. zwanzigjährigen Bestehen des DAMW waren bei der Erarbeitung der Geschichte und vor allem der Selbstdarstellung der Einrichtung zusätzlich hilfreich.<sup>68</sup>

Darüber hinaus werden Artikel von DAMW-Mitarbeitern in ostdeutschen Fachzeitschriften sowie in anderen Publikationsformaten berücksichtigt. Meistens handelt sich dabei um Ausführungen zur Gütekontrolle und Qualitätssicherung. Häufig berichten sie auch über die Ergebnisse von Forschungsaufträgen, die in den Prüfdienststellen bearbeitet wurden. Bemerkenswert ist außerdem die von der Nachfolgeeinrichtung, dem Deutschen Amt für Messwesen und Warenprüfung,

---

67 Siehe Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammen- gestellt am 1.7.1948, Landesarchiv Thüringen - Hauptstaatsarchiv Weimar (LATH - HStA Weimar), Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 69r-86r.

68 Siehe Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR: Zehn Jahre, 1960; Festschrift zum 20-jährigen Bestehen des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik. Gestaltung, Gliederung, Verantwortlichkeit, o. D., Bundesarchiv (BArch) Berlin, DF5-3035, unpag.

herausgegebene Monografie zu ihren Aufgaben und Arbeitsweisen.<sup>69</sup> Des Weiteren werden Berichte über das Amt in der DDR-Tagespresse genutzt. Für diese Quellen, die für die Öffentlichkeit bestimmt waren, lässt sich eine starke ideologische Färbung feststellen. Doch auch negative Entwicklungen, Verzögerungen und andere Probleme, die sich durch die deutsche Teilung ergaben, finden in geringem Umfang Erwähnung.<sup>70</sup>

Um ein mögliches Engagement für den Nationalsozialismus von Mitarbeitern des StWPA/DAMW zu untersuchen, sind die personenbezogenen Dokumente der NSDAP und ihrer Gliederungen des ehemaligen Berlin Document Center (BDC) sowie Auszüge aus der Gau- und Zentralkartei der NSDAP relevant.<sup>71</sup> Diese Quellen sind im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde zu finden. Über die Archiv-Zweigstelle in Freiburg konnten einige Wehrmachtsunterlagen von DAMW-Wissenschaftlern beschafft werden. Die Karrieren von einigen Mitarbeitern des StWPA/DAMW sind anhand von Personalakten des Ministeriums des Innern der DDR im Bestand DO1 des Bundesarchivs nachvollziehbar.

Bei Arbeiten zur DDR-Geschichte sind Recherchen im Stasi-Unterlagen-Archiv des Bundesarchivs unabdingbar. Das MfS legte für zahlreiche Personen Dossiers an, die u. a. Dokumente aus der NS-Zeit und Protokolle der Entnazifizierungsverfahren umfassen. Daher konnten hier Quellen gefunden werden, die den Einsatz einiger DAMW-Mitarbeiter für den Nationalsozialismus belegen. Darüber hinaus geben sie Aufschluss über mögliche Aktivitäten als sog. „Geheime

---

69 Siehe Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik: DAMW, 1966.

70 Siehe N. N.: Ministerium für Leichtindustrie muß seine Arbeit schnell verbessern! Beratung in der Redaktion „Neues Deutschland“ über die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Textilien. Protokoll der Beratung, in: Neues Deutschland. Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 11.1.1953, S. 5 bzw. N. N.: Kleider machen Leute, in: Eulenspiegel 15 (1968), S. 9. Die Zeitschrift „Eulenspiegel“ war das einzige Satiremagazin in der DDR und nahm sich immer wieder journalistische Freiheiten heraus. In beiden Quellen wird die Qualität von Textilien kritisiert. Dass sie in einem Abstand von 15 Jahren erschienen, lässt darauf schließen, dass die Produktqualität von Textilien ein wiederkehrendes Problem darstellte.

71 Für die Recherchen in dieser Kartei danke ich Thomas Reuß, der sie für das Gesamtprojekt nach Treffern durchsucht hat.

Informatoren“<sup>72</sup> bzw. „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM) der Staatssicherheit. Erschreckend sind dabei die Berichte über DAMW-Mitarbeiter, die tief in deren Privatleben hineinreichen.

Um an Informationen zur wissenschaftlichen Ausbildung und zu beruflichen Stationen vor 1945 des untersuchten Personenkreises zu gelangen, war die Abfrage ostdeutscher Universitäts- und Hochschularchive gewinnbringend. Dort konnten Alumni-Verzeichnisse, aber auch Personal- und Promotionsakten sowie Matrikelbögen eingesehen werden. Unter anderem trägt die Tatsache, dass die Entnazifizierung in der SBZ 1948 als offiziell abgeschlossen galt, dazu bei, dass Entnazifizierungs- bzw. Spruchkammerakten leider in nur sehr geringer Zahl gefunden werden konnten. Dazu wurden Landes- bzw. Hauptstaatsarchive auf dem Gebiet der ehemaligen DDR konsultiert.

## 1.4 Struktur der Arbeit

In der vorliegenden Studie wechseln sich strukturhistorische und biografische Kapitel ab. Diese Konzeption erfolgte aufgrund der Quellenlage. Durch die Untersuchung von Personen, zu denen besonders viel Material gefunden wurde, die zu den in den Sachkapiteln erwähnten Prüfdienststellen aber in keinem Bezug standen, wird ein Blick auf die Personalpolitik des DAMW ermöglicht. Da in den biografischen Kapiteln auch von in den strukturhistorischen Abschnitten nicht erwähnten Prüfdienststellen berichtet wird, entsteht die Chance, den Blick auf die vielschichtigen Aufgaben- bzw. Prüfgebiete des Amtes zu erweitern.

Im zweiten Kapitel wird definiert, wie der Begriff „Antifaschismus“ von der neuen politischen Elite der SBZ/DDR verstanden und für die Legitimation ihrer Herrschaft instrumentalisiert wurde (2.). Es basiert auf dem Maßnahmenkatalog der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“, die als neue Staatsdoktrin am 11. Juni 1945 von der KPD nach Absprache mit den russischen Machthabern verkündet wurde,

---

72 So wurden bis 1968 jene Personen bezeichnet, die nicht hauptamtlich am MfS angestellt waren, dem Ministerium aber gezielt Informationen über Personen aus ihrem Umfeld beschafften. Erst nach 1968 wurde die Bezeichnung „Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM) eingeführt, vgl. Blum u. A.: Abkürzungsverzeichnis, 2012, S.36.

um den Hitler-Faschismus und Militarismus endgültig auszulöschen.<sup>73</sup> Die Regelungen, die u. a. dazu dienen sollten, einen öffentlichen Verwaltungsapparat ohne ehemalige NS-Anhänger zu etablieren und führende Nationalsozialisten zu enteignen, werden in diesem Kapitel diskutiert und ihre konkrete Umsetzung erläutert (2.1). Darüber hinaus werden begleitende Verordnungen sowie die entsprechenden Befehle der SMAD thematisiert und eingeordnet. Im zweiten Teil dieses Kapitels steht der ambivalente Umgang mit dem Nationalsozialismus in der SBZ/DDR im Fokus. Es wird diskutiert, wie die neue politische Elite die NS-Erinnerungskultur zur Legitimation ihrer Herrschaft nutzte und wie sich im Vergleich dazu die Bevölkerung der SBZ/DDR im Privaten mit der eigenen Vergangenheit auseinandersetzte (2.2).

Im dritten Kapitel wird die Ausgangssituation der SBZ nach Kriegsende mit Blick auf die Möglichkeiten zur Qualitätsprüfung von Produkten geschildert. Der Anspruch an hochwertige Reparationsgüter der SMATH bildete den Grundstein für die Einrichtung des Warenprüfungsamtes (3.). Hier wird nun die Entwicklung von der Geraer Warenprüfungsstelle auf dem Weg zum Staatlichen Warenprüfungsamt Thüringen mit der Ausweitung auf weitere, branchenbezogene Abteilungen nachgezeichnet (3.1). Im Anschluss werden die verschiedenen Aufgaben des StWPA erläutert, die das Amt neben der reinen Produktprüfung bearbeitete (3.2). Dabei hatte es sich zum Ziel gesetzt, bereits den Entwicklungs- und Herstellungsprozess von Waren zu begleiten und die Produzenten bestmöglich dabei zu unterstützen, qualitativ hochwertige Produkte herzustellen (3.3). Dazu gehörten auch die Ausarbeitung von Herstellungs- und Güterrichtlinien, deren Einhaltung das Amt in den Unternehmen kontrollierte. Im entsprechenden Unterkapitel wird gezeigt, wie diese Richtlinien entwickelt wurden und wo Unterschiede zwischen Produkten für die SMATH und dem zivilen Sektor gemacht wurden (3.4).

Das vierte Kapitel beinhaltet Biografien des ersten Präsidenten Max Ruffle und ausgewählter Mitarbeiter des StWPA (4.). Hier werden ihre verschiedenen Wege in das Amt rekonstruiert. Wie oben erwähnt, wird an dieser Stelle das Verhältnis zwischen „Expertise“ und „Politik“ beleuchtet und die Frage untersucht, ob eine fachliche Expertise ein politisches Engagement im Einstellungsprozess des StWPA wettmachen

---

73 Vgl. Baus: Die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“, 2009, S. 23 f.

konnte. Dabei spielte das Ergebnis ihres Entnazifizierungsverfahrens, in das sich Rüffle teilweise persönlich einbrachte, eine gewichtige Rolle. In Ergänzung dazu werden auch Personen mit besonders langen Berufskarrieren in der Material- und Warenprüfung, ein Opfer der NS-Justiz sowie ein Flüchtling der SBZ behandelt (4.1–4.5).

Die Umstrukturierung vom StWPA zum DAMW und die Unterstellung unter die SPK Anfang 1950 wird im fünften Kapitel thematisiert (5.). Im Zentrum stehen die Ausweitung auf das gesamte Gebiet der DDR und die Gründung der Prüfdienststellen sowie der weiteren Organe des Amtes. Das DAMW war aufgrund seiner wissenschaftlichen Arbeit eng mit den Fachschulen und Universitäten der DDR verknüpft. Hier erfolgt auch eine Einführung in die für diese Arbeit relevanten Grundzüge der Planwirtschaft der DDR (5.1). Der zweite Teil dieses Kapitels beinhaltet die staatliche Güteprüfung und Normierungsarbeit sowie die Vergabe der Gütezeichen durch das DAMW. Zunächst wird erläutert, was die SED-Parteiführung unter „Qualität“ verstand und unter welchen Prämissen diese beurteilt wurde. Das Streben nach qualitativ hochwertigen Waren geschah immer in einem Wettlauf mit der Bundesrepublik. Die DDR wollte so zeigen, dass auch im Sozialismus gute und langlebige Produkte hergestellt werden können, die gleichwertig oder gar besser als die des nicht-sozialistischen Auslands waren. Dementsprechend wurde auch ein eigenes Normierungssystem, parallel zu den westdeutschen DIN-Normen und den sowjetischen „Gossudarstwenny Standarts“ (GOST), entwickelt (5.2).

In den Kapiteln Sechs bis Acht werden einige Forschungsaufträge ausgewählter Fachgruppen bzw. Prüfdienststellen unter Berücksichtigung der Ziele des jeweiligen Wirtschaftsplans untersucht. So soll gezeigt werden, dass die Kernaufgabe des Amtes in der Qualitätssicherung der in der DDR erzeugten Waren bestand. Durch die Prüf- und Beratungstätigkeit begleitete das DAMW die Industrie schon während der Produktentwicklung und überwachte den Herstellungsprozess bis hin zur Verpackung in den Unternehmen (6.-8.). Die nähere Betrachtung der Forschungsaufträge zeigt, dass die Prüfdienststellen die Produktprüfung nach und nach in den Verantwortungsbereich der Industrie legen wollten. Die Gründe dafür und der Prozess selbst werden in diesen Kapiteln herausgearbeitet.

Ausgewählte Biografien der während des Untersuchungszeitraums amtierenden Präsidenten und Leitern von Prüfdienststellen des DAMW werden im neunten Kapitel behandelt. Auch hier wird die Gewichtung von Expertise und politischem Engagement in den Karrieren der vorgestellten Personen diskutiert (9.). Die beiden Präsidenten, die die Einrichtung während des Untersuchungszeitraums leiteten, prägten das ungewöhnliche, aber durchaus erfolgreiche System der dezentralen Qualitätskontrolle in der DDR (9.1). Besonders interessant sind die Lebensbeschreibungen von Ernst Schiebold und Friedrich Stather, die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg als Experten auf ihrem Forschungsgebiet galten und sich den Nationalsozialisten mit ihrer Expertise bewusst angedient hatten. Am DAMW konnten sie ihre wissenschaftliche Arbeit ungehindert fortsetzen (9.2). Außerdem werden ein weiterer Flüchtling der SBZ mit Verbindung zu einer westdeutschen Ressortforschungseinrichtung (9.3), ein im Nationalsozialismus Verfolgter (9.4) und ein Geheimer Informator bzw. Inoffizieller Mitarbeiter des DAMW (9.5) thematisiert. Im Fazit werden die Ergebnisse der Arbeit zusammengetragen (10.) und im Überblick analysiert. Dort werden die in Kapitel 1.1 herausgearbeiteten Charakteristika des DAMW noch einmal aufgegriffen und veranschaulicht. Im Anhang der Arbeit bieten Organigramme des StWPA/DAMW einen Überblick über die Amtsstruktur im Lauf der Zeit.

## 2 „Antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ als Staatsdoktrin:

### Zum Umgang mit der NS-Zeit in der SBZ/DDR

Mit ihrem auf den Aufbau des Sozialismus ausgerichteten System verfolgte die politische Leitungsebene der SBZ eine Politik, die in hohem Maße von der Sowjetunion bestimmt war. Um zum einen diesen Aufbau voranzutreiben und zum anderen die Herrschaft der neuen politischen Elite zu legitimieren sowie ein Wiedererstarken des Militarismus und Faschismus zu unterbinden, wurden eine Entnazifizierungspraxis sowie eine NS-Erinnerungskultur betrieben, die sich von denen der anderen alliierten Besatzungszonen unterschieden. Die Maßnahmen für das Erreichen dieser Ziele wurden als „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ zusammengefasst. In diesem Kapitel werden die einzelnen Punkte des Programms analysiert und mit Blick auf ihren Beitrag zur Legitimation des neuen politischen Systems ausgewertet. In einem zweiten Schritt werden die Besonderheiten der in der SBZ/DDR betriebenen Erinnerungskultur vorgestellt. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Auseinandersetzung mit den ehemaligen NS-Verfolgten.

Über diese Themen wurden bereits unzählige Bücher verfasst, und die vorhandene Literatur lässt sich an dieser Stelle aufgrund des konkreten Zuschnitts des Forschungsthemas keinesfalls vollumfänglich berücksichtigen. Da das StWPA und das DAMW hinsichtlich der personellen Besetzung des Amtes von den Maßnahmen des Umwälzungsprogramms betroffen waren und auch der Umgang mit der NS-Vergangenheit innerhalb der Ämter in der vorliegenden Arbeit thematisiert wird, wird hier lediglich eine Einführung in die genannten Aspekte gegeben.

## 2.1 Die Maßnahmen der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ und ihre Umsetzung

Der Vorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (BdA) und Historiker Ulrich Schneider definiert den Begriff „Antifaschismus“ wie folgt:

Antifaschismus [beschreibt] eine Bewegung, die sich praktisch einsetzt gegen gesellschaftliche und soziale Ausgrenzungen und Ungleichheiten, gegen Aggression auf zwischenstaatlicher Ebene, für demokratische und soziale Rechte und Freiheiten für alle Menschen eines Landes, um deren gesellschaftliche Partizipation nicht nur formal, sondern auch real zu ermöglichen.<sup>74</sup>

Diese Werte vertrat grundsätzlich auch die politische Elite der SBZ/DDR. Allerdings wurde durch die Begriffsdefinition der Aufbau des Sozialismus mit der Sicherung der eigenen Vormachtstellung in Ostdeutschland verknüpft. Die „demokratischen und sozialen Rechte und Freiheiten“ sollten nur jenen zuteil werden, die dem neuen Staatssystem aufgeschlossen gegenüberstanden und sich für seine Etablierung einsetzten. Gegner hatten empfindliche Restriktionen zu erwarten. Die Doppeldeutigkeit dieser hehren Werte wird auch durch die Verwendung des Antifaschismus als „innenpolitisches Kampfinstrument“ zur Selbstlegitimation und Machtfundamentierung enttarnt. Jegliche Kritik am Antifaschismus wurde als vermeintlich von äußeren Feinden gesteuerte Kritik am Staat verstanden.<sup>75</sup> Antonia Grunenberger konstatiert, dass der Antifaschismus der KPD/SED zwar zunächst als dringend erforderlicher und alle Lebensbereiche durchdringender Systemwechsel verstanden worden sei, „[a]ls staatlich sanktioniertes antidemokratisches Konzept [...] jedoch zur reinen Machtbehauptungs- und Ausschließungsstrategie [wurde].“<sup>76</sup>

Für die sog. „Gruppe Ulbricht“<sup>77</sup> war es bereits während ihres Moskauer Exils und ihrer gesamten politischen Laufbahn unverständlich,

74 Schneider: Antifaschismus, 2014, S. 9.

75 Vgl. Grunenberger: Antifaschismus, 1993, S. 139 f.

76 Ebd., S. 144.

77 Siehe dazu Kowalczyk: Walter Ulbricht, 2023, hier besonders das Kapitel 13 „Ausblick: Planungen zur Machtübernahme (1944/45)“, S. 756–778.

wie die deutsche Bevölkerung Hitler unterstützen und bis in einen Weltkrieg hinein folgen konnte. Sie hatte den Beitrag ihrer Landsleute zum Bestehen und Fortkommen des Nationalsozialismus nicht vergessen. Daher wurde die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ in der SBZ als neue Staatsdoktrin bzw. Maßnahmenkatalog zur Auslöschung von Faschismus und Militarismus ausgegeben und der ostdeutschen Bevölkerung am 11. Juni 1945 von der KPD nach Absprache mit den sowjetischen Machthabern verkündet. Das Ziel des Umwälzungsprogramms sei nach Ralf Thomas Baus die „Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ gewesen.<sup>78</sup> Baus hält als zentrale Punkte fest:

Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei, Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten, Wiederherstellung der Selbstverwaltungsorgane, Enteignung des Vermögens der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher und Übergabe in die Hände des Volkes sowie Liquidierung des Großgrundbesitzes.<sup>79</sup>

Das erste und vermutlich bedeutsamste Ziel der genannten Maßnahmen, die „Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei“, wurde mit großem Eifer umgesetzt: Bis 1947 hatten 520.000 Personen in der SBZ ihren Arbeitsplatz aufgrund ihres Engagements für den Nationalsozialismus verloren. Etwa 12.000 ehemalige SS-Angehörige, Gestapo-Mitarbeiter und Vertreter der NS-Führungselite mussten sich juristischen Verfahren stellen, bei denen aber lediglich 118 Todesstrafen verhängt wurden. In den sowjetischen Internierungslagern, zu denen auch befreite Konzentrationslager umfunktioniert wurden, starben mehr als 70.000 Menschen aufgrund der äußerst harten und unmenschlichen Lebensumstände. Hans Ulrich Wehler kritisierte Ende der 1980er Jahre dahingehend: „Wer die Entnazifizierung in der SBZ und DDR im Vergleich mit derjenigen im Westen des Landes wegen ihrer härteren Konsequenz lobt, muß sich auch die Exzesse dieser effektiven ‚Säuberung‘ mit all ihrem neuen Unrecht vor Augen führen.“<sup>80</sup>

---

78 Vgl. Baus: Die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“, 2009, S. 23 f.

79 Ebd.

80 Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 2008, S. 25 f.

Schilderungen zeigen, wie rigoros mit jenen Personen umgegangen wurde, die sich, wenn auch nur als nominelle Parteimitglieder, für den Nationalsozialismus engagiert hatten. Nach ihrer Internierungshaft mussten sich die meisten Funktionäre der NSDAP oder ihrer Parteiorganisationen einem juristischen Verfahren stellen, mindestens aber vor einer Spruchkammer verantworten.<sup>81</sup> Das Beispiel von mehreren tausend internierten Jugendlichen und Kindern, denen eine Tätigkeit als „Werwolf“ vorgeworfen wurde, zeigt, wie ernst es der neuen politischen Elite mit der Entnazifizierung der jungen Generation war. Eine Revolte durch im Nationalsozialismus sozialisierte Gruppen und damit ein „Rückfall“ in den Faschismus sollte unbedingt verhindert werden. Julia Landau erarbeitet den Umgang mit der NS-Vergangenheit der thüringischen Stadt Altenburg und verortet „[d]ie Praxis sowjetischer Verhaftungen und Internierungen [...] zwischen einem militärischen Sicherheitsinteresse, einer besatzungspolitischen Denazifizierungsabsicht und der Flankierung eines sowjetischen Umbaus der Gesellschaft.“<sup>82</sup>

Doch die Entnazifizierung in der SBZ kann nicht nur auf politische Interessen zurückgeführt werden. Zahlreiche Aktivisten der KPD/SED hatten zum Teil lange Haftstrafen in den Konzentrationslagern hinter sich und großes Leid erfahren. Die juristische Verfolgung ihrer Peiniger war daher für sie mindestens genau so sehr von Bedeutung. Circa 3.000 bis 4.000 Urteile wurden gegen Personen verhängt, die Annette Weinke zufolge „wegen freiwilliger Mitgliedschaft bei nationalsozialistischen Terrororganisationen oder als ‚Aktivisten‘“ angeklagt waren. In der DDR selbst wurden aber nur knapp 1.000 solcher Rechtsprüche bekannt, denn anders ließ sich nach Weinke „rückblickend die vorbehaltlose Durchsetzung des Kollektivschuldprinzips nicht mehr mit dem Rechtsverständnis der ‚sozialistischen Gesetzlichkeit‘ in Einklang bringen.“<sup>83</sup> Die Anzahl der Urteilsprüche gegen hochrangige NS-Funktionäre lag andererseits bei wenigen hundert.<sup>84</sup>

Für nominelle Mitglieder der NSDAP, die juristisch nicht in diesem Maße verfolgt wurden, gestaltete sich die Situation komplex, da ihnen der Verlust ihres Arbeitsplatzes drohte. Die Entnazifizierung in der SBZ wurde zunächst auf Grundlage der Direktiven des Alliierten

---

81 Siehe dazu Weinke: Die Verfolgung, 2002.

82 Landau: Stalinistischer Umgang, 2021, S.101.

83 Weinke: Die Verfolgung, 2002, S. 46 f.

84 Vgl. ebd.

Kontrollrates und Betreiben der SMAD besonders zügig und strikt durchgeführt. Dabei ist vor allem die bereits erwähnte politische Motivation, um den Aufbau eines neuen Staatssystems und die Durchsetzung des Antifaschismus vorantreiben zu können, zu betonen.<sup>85</sup> Ziel war der Austausch von belasteten Personen in den verwaltungstechnisch bedeutsamen Stellen und in der Industrie, um diese mit aus Sicht der neuen Elite politisch gefestigten Kandidaten zu ersetzen und damit die Macht der KPD/SED zu sichern. Als bedeutsamen Grundstein neben dem Programm zur „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ sind die „Richtlinien für die Bestrafung der Naziverbrecher und die Sühnemaßnahmen gegen die aktivistischen Nazis“, die im Oktober 1946 von den Blockparteien<sup>86</sup> in Absprache mit Moskau herausgegeben wurden, zu nennen. Die Maßnahmen lauteten:

1. Entlassung aus öffentlichen Verwaltungsämtern und Ausschluss von Tätigkeiten, die öffentliches Vertrauen erfordern;
2. [Keine, YS] Zusätzliche[n] Arbeits-, Sach- und Geldleistungen;
3. Kürzung der Versorgungsbezüge und Einschränkung bei der allgemeinen Versorgung, solange Mangel besteht;
4. Nichtgewährung der politischen Rechte einschließlich des Rechts auf Mitgliedschaft in Gewerkschafts- oder anderen Berufsvertretungen und in den antifaschistisch-demokratischen Parteien.<sup>87</sup>

---

85 Vgl. Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*, 2018, S.160 f.

86 Die Blockparteien der SBZ/DDR umfassten die Christlich Demokratische Union (CDU), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP/LDPD), die im Juli 1945 den „antifaschistisch-demokratischen Block“ gründeten. Im Frühjahr 1948 schlossen sich zudem die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) an. Ihren politischen Einfluss neben der SED (die aus der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 hervorgegangen war) diskutiert Suckut: *Blockparteien*, 2018.

87 Benz: *Demokratisierung*, 2005, URL: <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39605/demokratisierung-durch-entnazifizierung-und-erziehung/> (Letzter Zugriff: 3.1.2023).

Bemerkenswert ist, dass jene Personen, die durch diese Richtlinien bestraft werden sollten, nach Punkt vier jede Integration in die Gesellschaft über ein politisches Engagement verwehrt wurde. Obwohl die KPD mit Beginn des Jahres 1946 bereits auf die Integration von NS-belasteten Personen plädierte, um ihre Macht zu begründen und die personellen Einschnitte durch die Entnazifizierung aufzufangen, sprach sich die SMAD bis 1947 gegen diese Bestrebungen aus. Erst dann wurde eine Amnestie für nominelle Parteimitglieder ausgesprochen und die berufliche Rehabilitation dieser Personen, z. B. im SMAD-Befehl Nr. 35, ermöglicht. Gegen Ulbrichts Rehabilitierungspläne stimmten aus persönlichen Gründen auch jene Angehörige der neuen politischen Elite, die als NS-Verfolgte eine KZ-Haft oder Ähnliches überlebt hatten.<sup>88</sup> Dieser Konflikt wird durch das erwähnte Dokument besonders deutlich.

Weniger stark belastete Personen, also nominelle Parteimitglieder ohne Amt und weiteres Engagement, waren von diesen Richtlinien ausgenommen. Hier hoffte man, dass diese ihre nationalsozialistische Vergangenheit zum Wohl des sozialistischen Wiederaufbaus hinter sich ließen. Eine Weiterbeschäftigung in der Verwaltung und in öffentlichen Einrichtungen war nur gestattet, wenn sich niemand mit einer gleichwertigen beruflichen Erfahrung und ohne NSDAP-Mitgliedschaft als Ersatz finden ließ.<sup>89</sup> Von der Integration bzw. Rehabilitation ehemaliger Parteigenossen und NS-Anhänger versprach man sich im Gegenzug eine Unterstützung des Machtsicherungsprozesses der KPD/SED durch diese Personen.<sup>90</sup>

Der Frage nach der Integration „aktivistischer Nazis“ auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik geht Ulrich Herbert nach.<sup>91</sup> Er versucht zu erklären, wie es dazu kommen konnte, dass gebildete, intelligente Personen, die sogar Teile der NS-Politik ablehnten, sich in hohem Maße beruflich oder gesellschaftlich für den Nationalsozialismus engagiert hatten. Dies traf immerhin auf den Großteil der deutschen Bevölkerung zu. Herbert erläutert, dass einerseits jene Personen die Bereiche der NS-Politik, denen sie ablehnend gegenüberstanden, für sich selbst als „Fehler im System“ erkannt hätten aber über sie hinwegsehen konnten, da sie der Grundidee des NS zugestimmt hätten.

---

88 Vgl. Weinke: Die Verfolgung, 2002, S. 64 f.

89 Vgl. Benz: Wie es zu Deutschlands Teilung kam, 2018, S. 160 f.

90 Vgl. Weinke: Die Verfolgung, 2002, S. 66.

91 Siehe Herbert: Wer waren die Nationalsozialisten?, 2021.

Andererseits war es möglich, dass diese Personen schlichtweg von der NS-Politik überzeugt waren, die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen bemerkt und vielleicht sogar von ihnen profitiert hatten. Er konstatiert weiter: „*Nicht* ambivalent, also einmütig gestimmt und ohne Zweifel, war dabei vermutlich nur eine Minderheit der daran Beteiligten – eben jene fanatischen Ideologen und dumpf-skrupellosen Massenmörder, die es ja zuhauf gab.“<sup>92</sup> Besonders die Arbeit von Experten in Wissenschaft und Technik erfuhr im Zuge der Autarkisierung und Aufrüstung und während des Kriegs einen enormen politischen Bedeutungszuwachs. Demgegenüber wurden Geisteswissenschaftler, die zum Nationalsozialismus forschten, publizierten und damit besonders in seiner Frühphase zu seiner Fundamentierung beitrugen, mehr und mehr vernachlässigt. Herbert erklärt dazu:

Mit der in Nebenfragen kritischen Wahrnehmung, in der Hauptsache aber loyalen Haltung gegenüber dem Regime war bei vielen Wissenschaftlern im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften die Bereitschaft verbunden, auch und vor allem solche Forschungen zu unterstützen, die dem Wiederaufstieg Deutschlands [...] dienten.<sup>93</sup>

Waren diese Experten aufgrund ihres Fachwissens für die Etablierung des neuen politischen Systems in der SBZ/DDR erforderlich, wurde aber wohlwollend über ihre Zuarbeit für den Nationalsozialismus hinweggesehen. Das zeigt sich auch um Umgang mit dem Personal der Universitäten: Mitchell G. Ash hält fest, dass 4.289 Akademiker, die an Hochschulen in Deutschland beschäftigt waren, im Zuge der Entnazifizierung entlassen wurden. Bereits im Mai 1950 waren 1.301 dieser Personen aber an ihrer alten oder einer gleichwertigen Stelle wieder eingesetzt. In der Bundesrepublik erhöhte sich diese Anzahl nach 1950 aufgrund des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter

---

92 Herbert: Wer waren die Nationalsozialisten?, S. 38, Kursivsetzung aus Original übernommen.

93 Ebd., S. 126.

Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen<sup>94</sup> sogar noch einmal. In der DDR existierte zwar kein Gesetz dieser Art, trotzdem geht Ash davon aus, dass fast 30 % der ostdeutschen Hochschulprofessoren ehemalige NSDAP-Mitglieder waren. Fast der gleiche Prozentsatz engagierte sich dann in der SED.<sup>95</sup> Das zeigt, wie sehr ein Engagement für das neue politische System die Zugehörigkeit zur NSDAP wettmachen konnte. Auch Axel Schildt bestätigt den Fachkräftemangel in Ost- und Westdeutschland, vor dessen Hintergrund ein Engagement für den Nationalsozialismus häufig in den Hintergrund rückte. Dazu erklärt er: „Anders wäre der Wiederaufbau wohl kaum so erfolgreich verlaufen. Wo hätten angesichts der weitgehenden Nazifizierung der Funktionsebenen die unbelasteten Lehrer, Ingenieur, Juristen und Ärzte denn herkommen sollen?“<sup>96</sup>

In den Ländern der SBZ lassen sich bis 1946 unterschiedliche Vorgehensweisen bei der Entnazifizierung feststellen, da sie bis dahin den Personalabteilungen der Landes- und Provinzialverwaltungen unter der Kontrolle der SMAD oblag. So entließ man in Brandenburg und Mecklenburg rigoros alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder aus ihren Verwaltungsjämtern, während in Sachsen der Dienstrang in einer NS-Organisation ausschlaggebend war. In Sachsen-Anhalt wurde die Entscheidung zur Weiterbeschäftigung oder Entlassung vom Einzelfall bzw. einer individuellen Bewertung abhängig gemacht.<sup>97</sup> Bemerkenswert ist auch, dass in der SBZ im Vergleich zu den anderen Besatzungszonen mehr Entnazifizierungsverfahren zu einer Verurteilung führten. Denn hier stellte bereits eine Funktionärstätigkeit in der NSDAP oder eine Zugehörigkeit zu einer ihrer Gliederungen einen Anklagepunkt dar. Darüber hinaus wurde eine SA-Mitgliedschaft in der SBZ anders bewertet als in den drei westlichen Zonen, denn nur die Sowjetunion schrieb der SA einen Anteil an der deutschen Kollektivschuld zu. Die

---

94 Das „131er-Gesetz“ ermöglichte es jenen Beamten, die in einem Entnazifizierungsverfahren nicht als „Hauptschuldige“ oder „Belastete“ verurteilt worden waren, wieder in den Öffentlichen Dienst zurückzukehren. Es galt auch für Berufssoldaten, die teilweise ihren früheren Dienstgrad beibehalten konnten. Siehe dazu bspw.: Perels: Die Übernahme, 2004.

95 Vgl. Ash: Wissenschaft und Politik, 2010, S. 36.

96 Schildt: Fünf Möglichkeiten, 2016, S. 21 f.

97 Vgl. Benz: Wie es zu Deutschlands Teilung kam, 2018, S. 160. Siehe dazu auch: Kappelt: Die Entnazifizierung, 1997, S. 30.

anderen Alliierten waren der Meinung, dass die SA während des Krieges nicht an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt gewesen sei.<sup>98</sup> Diese Haltung betont einerseits erneut die besondere Sichtweise der Sowjetunion auf die Verbrechen des NS-Regimes und ihre Definition von Schuld. Andererseits verdeutlicht sie das Bestreben, sämtliche Strömungen des Faschismus endgültig zu unterbinden und ihm keine Chance auf ein Wiedererstarken zu gewähren. Es wird also deutlich, dass die Kriterien zur Feststellung einer NS-Belastung nicht einheitlich waren und ihr Umgang damit zumindest für den öffentlichen Verwaltungsbereich variierte.

Die Entnazifizierungskommissionen wurden auf der Ebene der Landes- bzw. Provinzialregierung aus Angehörigen der neuen Parteien, Gewerkschaften, der VVN, Frauen- und Jugendausschüssen sowie Industrie- und Handelskammern gebildet. Sie entschieden über Weiterbeschäftigung, Entlassung oder eine Bestrafung. Oberbürgermeister und Landräte fungierten als Vorsitzende dieser Kommissionen.<sup>99</sup> Die Veröffentlichung des SMAD-Befehls 201 im August 1947 ist als Einstieg in die letzte Phase der Entnazifizierung in der SBZ zu bewerten. Durch ihn erhielten jene in den Verfahren als „Mitläufer“ eingestufte, „nominelle“, ehemalige Mitglieder der NSDAP ihr Wahlrecht bzw. ihre Bürgerrechte zurück. Außerdem bildete er die rechtliche Grundlage für die Auflösung der Entnazifizierungskommissionen und die Übertragung der justiziellen Verfolgung von NS-Tätern an die deutschen Gerichte.<sup>100</sup> Mit dem SMAD-Befehl Nr. 35 aus dem Frühjahr 1948 galt die Entnazifizierung in der SBZ als abgeschlossen. Der dargestellte Gegensatz von verstärkter Verfolgung aktiver Nationalsozialisten und ihrer Amnestierung drückt den Anspruch der SMAD aus, den Begriff „Täterschaft“ einerseits selbst und losgelöst vom Verständnis der westlichen Alliierten zu definieren, sich dabei andererseits aber auf die alliierte „legitimierende Wirkung“ des Begriffs zu beziehen. Denn das grundsätzliche Ziel bestand weiterhin darin, potenzielle Gegner des neuen politischen Systems von Beginn an unschädlich zu machen.<sup>101</sup>

---

98 Vgl. Weber: *Getrennt und doch vereint*, 2020, S. 58.

99 Vgl. Benz: *Wie es zu Deutschlands Teilung kam*, 2018, S. 162.

100 Vgl. SMAD-Befehl Nr. 201/47 vom 16. Aug. 1947: Über die Anwendungsweise der Direktiven Nr. 24 und Nr. 38 des Kontrollrates über die Entnazifizierung, BArch Berlin, DX1-562, unpag.

101 Vgl. Weinke: *Die Verfolgung*, 2002, S. 46 f.

Bemerkenswert ist, dass 1953 sogar die VVN aufgelöst wurde. Die offizielle Begründung war, dass der Antifaschismus in der DDR angekommen sei und ein staatlich zentralisiertes Gedenken genüge.<sup>102</sup> Realiter waren jedoch zwischen 20 und 55 % der Mitglieder der VVN nicht in der SED gewesen. Daher befürchtete die Partei, dass die Kritik der Vereinigung an der politischen Ausrichtung der DDR und dem Vorhaben, ehemalige Nationalsozialisten zu reintegrieren, in der Bevölkerung fruchtete. Außerdem veröffentlichte der Verlag der VVN vielfältige Erinnerungsberichte von Überlebenden, die nicht nur aus politischen Gründen verfolgt wurden. Die SED sorgte sich darum, dass damit ihre Definition von Antifaschismus, die auf dem politischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus fußte und so auch ihre Herrschaft legitimierte, untergraben werden könnte.<sup>103</sup> Mit der Auflösung der VVN wurden ihre Aufgaben u. a. auf die Massenorganisationen der SED übertragen. Das NS-Gedenken war dadurch für die SED besser in ihrem Sinne zu steuern. Als Nachfolgeverband der VVN kann das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer betrachtet werden, dessen politische Ausrichtung bereits dem Namen zu entnehmen ist.

Bleibt nun die Frage zu beantworten, welchen Nutzen und tieferen Sinn die Entnazifizierung in der SBZ hatte. Dabei ist eine geteilte Motivation denkbar: Die SMAD, wie auch die neue politische Elite der KPD/SED, war einerseits zu großen Teilen daran interessiert, ihre Macht zu sichern, einen antifaschistischen Staat aufzubauen und sich des Faschismus und Militarismus endgültig zu entledigen. Um diese Ziele nicht zu gefährden, mussten besonders aus den Schlüsselstellen in Verwaltung, innerer Sicherheit, Justiz und Wirtschaft alle Personen, die sich für den Nationalsozialismus engagiert hatten, entfernt werden. Es galt, das Wiedererstarken der alten politischen Eliten bzw. ihrer Organisationen und die damit einhergehende Gefahr eines Umsturzes zu verhindern. Demgegenüber stand das Problem des Fachkräftemangels, das sich im Zuge der ansteigenden Entlassungszahlen verschärfte. Daher verfuhr man nach Verlautbarung des SMAD-Befehls 201 ab Sommer 1947 mit „Mitläufern“ und „nominellen“ Parteimitgliedern gnädiger

---

102 Vgl. Frei u. A.: Zur rechten Zeit, 2019, S. 47.

103 Vgl. Sabrow: Die NS-Vergangenheit, 2005, S. 141.

und behielt sie im Amt.<sup>104</sup> Zuträglich zur Sicherung des Arbeitsplatzes war auch ein Eintritt in die SED oder ein Engagement in den Massenorganisationen der DDR. Darüber hinaus darf das Interesse an einer juristischen Aufarbeitung nicht in Vergessenheit geraten: Zahlreiche Angehörige der SS, der Gestapo und des NS-Parteiapparats hatten schreckliche Verbrechen begangen, von denen viele Aktivisten der neuen politischen Elite unmittelbar als Opfer betroffen waren. Außerdem hatte die Sowjetunion die meisten Opfer des Zweiten Weltkriegs zu beklagen, die Zivilbevölkerung hatte unvorstellbare Gewalt erlitten. Das große Interesse an einer juristischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus ist daher nur verständlich.

In Betrachtung der westdeutschen Bevölkerung versteht Hanne Leßau die Entnazifizierung als Aufforderung, sich mit dem ganz persönlichen Verhältnis zum Nationalsozialismus auseinanderzusetzen.<sup>105</sup> Die überwältigende und zum Teil auch überfordernde Geschichte der vergangenen zwölf Jahre wurde in Richtung eines Einzelnen heruntergebrochen. Was genau tat er oder sie wann und aus welchem Grund für die „Volksgemeinschaft“? Die Entnazifizierung half dabei, den Beitrag jeder Einzelperson zum mehr als zehnjährigen Funktionieren des Nationalsozialismus nachzuvollziehen. Dazu war jedoch nur eine Minderheit der deutschen Bevölkerung bereit, und das persönliche Engagement wurde in den meisten Fällen klein geredet oder verdrängt. Für einen großen Teil blieben ernsthafte juristische Konsequenzen aus. In der SBZ verhielt sich die Situation anders: Bereits der erste KPD-Aufruf vom Juni 1945 reduzierte den Täterkreis bzw. die Schuldigen des Nationalsozialismus auf wenige Einzelne. Neben den politischen Hardlinern und Militaristen gab die Partei den Kapitalisten und Großindustriellen die Schuld am Krieg. So entstand die Möglichkeit, den Kommunismus und alle, die sich unter persönlichem Leid dafür eingesetzt hatten, als „Sieger“ zu erklären. Eine Kollektivschuld wurde dem deutschen Volk vehement abgesprochen. Durch die zunehmende „Stalinisierung“ der SBZ/DDR rückte mit dem Ende der Entnazifizierung 1948 die juristische Verfolgung von NS-Kriegsverbrechern in den Hintergrund und über die Gewalt und das Leid, das durch Deutsche

---

104 Vgl. SMAD-Befehl Nr. 201/47 vom 16. Aug. 1947: Über die Anwendungsweise der Direktiven Nr. 24 und Nr. 38 des Kontrollrates über die Entnazifizierung, BArch Berlin, DX1-562, unpag.

105 Vgl. Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, 2017, S. 476.

zugefügt wurde, wurde bald ein Mantel des Schweigens gelegt.<sup>106</sup> Die auf diesem Weg in Gang gesetzte berufliche und gesellschaftliche Rehabilitation von Personen, die sich für den Nationalsozialismus engagiert hatten, nahm mit Ende der 1940er bzw. mit den beginnenden 1950er Jahren in allen Besatzungszonen an Fahrt auf, wobei nach Petra Weber „freilich im Osten der Kontinuitätsbruch bei den Eliten nicht revidiert, sondern sogar forciert wurde.“<sup>107</sup>

Für NS-belastete Personen aus systemrelevanten Bereichen, besonders aus der wissenschaftlich-technischen Elite, ist in der SBZ/DDR dieser Kontinuitätsbruch nicht belegbar. Das lässt sich an dem recht ambivalenten Umgang mit der NS-Vergangenheit der Mitglieder der führenden Wissenschaftsakademien der DDR zeigen, den Annette Hinz-Wessels untersucht. Einerseits strich die frühere Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin noch vor ihrer Neugründung durch die SMAD im Jahr 1946 NS-belastete Mitglieder rigoros aus ihrer Kartei heraus. Das Ziel war eine problemlose Anpassung an die neuen politischen Verhältnisse, um die Existenz der Einrichtung zu sichern. Die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina andererseits ging mit ihren kompromittierten Mitgliedern eher gemäßigt um. Nur wenige wurden aus der Akademie ausgeschlossen. Auf diese Weise wollte man den gesamtdeutschen Charakter der Akademie wahren. Außerdem hatte die Führungsebene der Einrichtung, die selbst NS-belastet war, kein Interesse an einer Aufarbeitung. Die DDR-Regierung beugte sich dieser Vorgehensweise mit Blick auf den internationalen Stellenwert der Leopoldina.<sup>108</sup> Bemerkenswert ist an dieser Stelle einerseits die Wertschätzung der innerdeutschen Einheit durch die Akademie und damit die Bestrebung, die bestehenden Forschungsnetzwerke nicht zu zerstören. Offenbar nahmen diese Ideale einen höheren Stellenwert ein als die Entnazifizierung. Andererseits ist zu vermuten, dass die gesamtdeutschen Interessen der Akademie-Leitung nur vorgeschützt wurden, um die eigene NS-Vergangenheit zu vertuschen und die politische Zustimmung nur gegeben wurde, weil die SBZ/DDR auf kompetente Wissenschaftler angewiesen war.

---

106 Vgl. Weinke: Die Verfolgung, 2002, S. 63.

107 Weber: Getrennt und doch vereint, 2020, S. 57.

108 Vgl. Hinz-Wessels: Der Umgang, 2014, S. 390.

In der SPK der DDR, die ab 1950 für die Sicherstellung der volkswirtschaftlichen Entwicklung bzw. die Einhaltung der Jahrespläne zuständig war und der auch das DAMW unterstand, war der Anteil an Personen, die sich für den NS engagiert hatten, auf den ersten Blick relativ gering. Mitte der 1950er Jahre hatten nur 2,8 % der Mitarbeiter vor 1945 ein NSDAP-Parteibuch besessen. In den Sektoren Kohle und Energie war diese Quote allerdings um Einiges höher, denn dort waren 20,3 % bzw. 12,3 % ehemalige Parteimitglieder. Dies ist einerseits auf die Komplexität der Arbeitsbereiche zurückzuführen, in denen Experten besonders dringend erforderlich waren. Andererseits verfolgte die DDR in der Braunkohleindustrie eine ähnliche Politik wie die NS-Kriegswirtschaft und die Einstellung von Personen mit einer NS-Vergangenheit fußte „daher nicht nur auf der Einsicht, das Fachwissen von NS-belasteten Experten zu nutzen, sondern auch auf der grundsätzlichen Entscheidung, die DDR-Wirtschaft von Westdeutschland und Westeuropa unabhängig zu machen.“<sup>109</sup> Ralf Jessen bezeichnet diese Form der Karriere als „konstruierte Kontinuitäten“.<sup>110</sup> Die Mehrheit der im DDR-Staatsapparat beschäftigten Personen hatte vor 1933 keine beruflichen Erfahrungen in der Staats- bzw. Wirtschaftsverwaltung machen können, sich aber als loyale Anhänger der KPD bekannt. Durch die Einstellung solcher Personen sollte sichergestellt werden, dass die Mitarbeiter dem neuen politischen System treu waren und es auch blieben. Zwar waren auch Politiker anderer Couleur und Parteilose in den DDR-Ministerien beschäftigt, jedoch bis zu Beginn der 1950er Jahre größtenteils aus ihren Ämtern gedrängt worden.<sup>111</sup>

Nach der Auflösung und dem Verbot der NSDAP beinhaltete der zweite Programmpunkt der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ die „Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten“. Der Grundstein dafür war bereits einen Tag vor Bekanntgabe des entsprechenden Konzepts am 10. Juni 1945 durch den Befehl Nr. 2 der SMAD gelegt worden. Dieser enthielt den Aufruf zur Gründung antifaschistischer Parteien, die die „endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der

---

109 Hoffmann: *Lasten der Vergangenheit?*, 2010, S. 114.

110 Vgl. Jessen: *Von den Vorzügen*, 2002, S. 51.

111 Vgl. Hoffmann: *Lasten der Vergangenheit?*, 2010, S. 111.

Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel [hatte].<sup>112</sup> Dass im Zuge dessen die KPD bzw. später die SED als wegweisende Partei aus der Einheitsfront der Anfang Juli 1945 gegründeten Parteien hervorging, ist besonders auf die Unterstützung durch die SMAD zurückzuführen. Die übrigen Gruppen der früheren staatlichen Elite, die theoretisch einen Machtanspruch hätten erheben können, waren aufgrund ihrer Schwächung von außen gleichsam nicht existent und hatten nicht den Rückhalt der Besatzer.<sup>113</sup>

Der dritte Punkt des Programms, die „Wiederherstellung der Selbstverwaltungsorgane“, wurde insofern von den Kommunisten für sich genutzt, als dass die entscheidenden Positionen in der Verwaltung in den Bereichen Personalwesen, Bildung und innere Sicherheit durch die eigenen Parteigänger besetzt wurden. Baus erklärt dazu: „Es kann also kein Zweifel daran bestehen, dass die Kommunisten von Anfang an eine hegemoniale Machtstellung in der sowjetisch-besetzten Zone anstrebten.“<sup>114</sup>

Zur „Enteignung des Vermögens der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher und Übergabe in die Hände des Volkes sowie Liquidierung des Großgrundbesitzes“ wurde bereits 1945 die Bodenreform in der SBZ durch die SMAD und entsprechende Befehle umgesetzt. Großbauern wurden enteignet und die Ländereien unter dem Wahlspruch „Junkerland in Bauernhand“ unter „Neubauern“ aufgeteilt.<sup>115</sup> Die entsprechenden Maßnahmen riefen in der Bevölkerung Ängste bezüglich der Enteignung des Privatbesitzes und der Einschränkungen der Wirtschaft hervor, die jedoch von den Kommunisten zunächst zerstreut wurden. Baus resümiert dazu recht drastisch: „Dass es sich hierbei lediglich um ein Täuschungsmanöver handelte und um taktische Zugeständnisse in einer Phase der totalen Machteroberung, zeigten schon bald die sog. Bodenreform und die Enteignungen in der Industrie.“<sup>116</sup>

---

112 Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration, 10.6.1945, URL: [http://www.documentarchiv.de/ddr/smad\\_bef02.html](http://www.documentarchiv.de/ddr/smad_bef02.html) (Letzter Zugriff: 2.1.2023).

113 Vgl. Fulbrook: Ein ganz normales Leben, 2008, S. 308.

114 Baus: Die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“, 2009, S. 22.

115 Siehe zur Durchführung von SMAD-Befehlen: Befehl Nr. 209 über „Bodenreform- und Neubauernbauprogramm“ vom 9. Sept. 1947, BArch Berlin, DQ2-1787, unpag.; Sowie: Judt: Aufstieg, 1998, S. 91 bzw. 105 f.

116 Baus: Die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“, 2009, S. 23 f.

Zahlreiche ostdeutsche Produktionsanlagen wurden entweder in „Volks-eigene Betriebe“ (VEB) umgewandelt und so verstaatlicht oder in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) umgewidmet.<sup>117</sup> Aus der Perspektive der SED-Ideologie galten besonders die Eigentümer von großen Unternehmen als Förderer des Hitler-Faschismus. In der Profitgier des Monopolkapitals war aus dieser Sicht der Grund für den Holocaust zu finden.<sup>118</sup> Daher musste diese alte Elite unbedingt zerschlagen werden, bevor ihr ein Wiedererstarken möglich war. Die Maßnahmen zur Umstrukturierung der Wirtschaft waren bedeutsame Schritte auf dem Weg der SBZ/DDR in die staatlich gelenkte Planwirtschaft. Die Enteignungen selbst wurden zwar rigoros umgesetzt und fanden durchaus Rückhalt in der Bevölkerung. Auf Ebene der leitenden Angestellten tauschte die SMAD das Personal aber bei Weitem nicht so konsequent aus. Ein Beispiel dafür ist die Volksabstimmung über die „Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes“ in Sachsen Ende Juni 1946: 77,6 % der Wählerschaft stimmten den Enteignungen zu. Obwohl bis September 1947 die früheren Direktoren von über 90 % der Industrieunternehmen ausgetauscht wurden, hatten die Technischen Leiter vielfach trotz einer nachgewiesenen Mitgliedschaft in der NSDAP ihren Arbeitsplatz behalten können. Daher ist der Austausch von NS-belastetem Personal in wirtschaftlich bedeutsamen Bereichen als eine Aufgabe der SMAD mit untergeordneter Priorität einzustufen.<sup>119</sup> Dazu ergänzend lässt sich festhalten, dass ehemalige Parteimitglieder, die höherrangige Positionen in der Industrie innehatten, sicher nicht nur aus mangelndem Interesse der Militäradministration im Amt belassen wurden, sondern vielfach schlichtweg geeigneter Ersatz fehlte. Mitchell G. Ash erkennt darin das „Dilemma ‚Entnazifizierung oder Wiederaufbau‘“, mit dem sich die Administrationen in allen vier Besatzungszonen auseinandersetzen mussten. Man kam in jeder Besatzungszone zu dem Schluss, dem wirtschaftlichen Wiederaufbau eine höhere Priorität zuzusprechen als der Entnazifizierung.<sup>120</sup>

---

117 Besonders große mitteldeutsche Unternehmen wurden in einigen Fällen nicht demontiert sondern nach deutschem Aktienrecht neugegründet und der UdSSR als Haupteigentümerin überschrieben. Siehe dazu: Künzel: Verwaltung Sowjetische [Staatliche] Aktiengesellschaften, 2009.

118 Vgl. Leo: Zwei Arten, 2016, S. 259 f.

119 Vgl. Weber: Getrennt und doch vereint, 2020, S. 54.

120 Vgl. Ash: Wissenschaft und Politik, 2010, S. 35.

Im Zuge dieser Maßnahme muss auch die Demontage von großen Teilen der Industrie und zahlreichen Forschungseinrichtungen durch die SMAD angemerkt werden. Die SBZ war davon wesentlich stärker betroffen als die anderen Besatzungszonen. Besonders Unternehmen aus den Bereichen Flugzeugproduktion, Aluminiumherstellung, Metallurgie, Mineralölgewinnung, Werkzeugmaschinenbau und Feinmechanik/Optik wurden großteils vollständig demontiert und in die Sowjetunion verbracht.<sup>121</sup> Diese Produktionsstätten hatten einerseits den höchsten materiellen Wert, um die hohen finanziellen Kriegsverluste der Sowjetunion auszugleichen; eine Demontage sollte aber auch verhindern, dass auf deutschem Boden auf mittelfristige Sicht eine Rüstungsproduktion entstehen konnte.

Aus strategischen Gründen war Mitteldeutschland im Verlauf des Krieges ein beliebter Standort für die Industrie geworden, da die Angriffe der Alliierten sich hier in Grenzen hielten und eine Besetzung im Falle einer Niederlage erst relativ spät möglich war. Zahlreiche Industrieanlagen wurden aufgrund dessen während des Krieges dorthin ausgelagert. Daher fanden Amerikaner und Russen nach ihrem Einmarsch eine weitestgehend intakte Industrielandschaft vor.<sup>122</sup> Bemerkenswert ist, dass alle Güter, die vor dem 2. August 1945 von der SMAD beschlagnahmt wurden, auf Beschluss Stalins als Kriegsbeute und nicht als Reparationsleistungen galten.<sup>123</sup> Neben Werkzeugen und Maschinen wurden in hohem Maße auch Güter aus der laufenden Produktion entnommen, auch bestimmte Dienstleistungen wurden als Reparation anerkannt. Das wird im Verlauf der Arbeit anhand der Prüfaufträge des StWPA für die SMAD gezeigt. Darüber hinaus wurden zahlreiche Wissenschaftler, die in der SBZ ansässig waren, zu einem Arbeitseinsatz in der UdSSR zwangsverpflichtet.

Nicht nur die Entnazifizierung der SBZ fand mit dem Jahr 1948 ihren Abschluss, auch die Demontagen wurden nach und nach eingestellt. Der Grund dafür war u. a. die schlechte Versorgungslage der Bevölkerung durch die schwer zu befriedigenden Ansprüche der SMAD. Von dieser Seite wurde befürchtet, dass die Leistungsfähigkeit der SBZ/DDR durch weiteren Druck auf die Wirtschaftslage und die

---

121 Vgl. Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S. 29.

122 Vgl. Wagener: Anschluss verpasst?, 2007, S. 122 f.

123 Vgl. Weber: Getrennt und doch vereint, 2020, S. 75 f.

Demontagen für die Zukunft gegen Null sank. Für den Aufbau des Sozialismus benötigte die UdSSR einen auch wirtschaftlich starken Partner. Lieferungen aus der DDR als Reparationsleistungen wurden aber bis 1953 in der UdSSR empfangen. Bis zum 1. Januar 1954 umfassten die Reparationsleistungen aus der SBZ/DDR einen Wert von 16,3 Milliarden Dollar.<sup>124</sup>

Trotz der Beendigung der radikalen Demontage in der SBZ entstanden gravierende Einschnitte in der Industrielandschaft, von der sich die DDR niemals recht erholen sollte. Beispielsweise war das Leistungspotential der chemischen Industrie nach Ende der Demontagen um mehr als zehn Jahre zurückgeworfen worden und entsprach dem Stand von 1936.<sup>125</sup> Auch im weiteren Verlauf zeigten sich die drastischen Folgen der Maßnahmen: Im Jahr 1950 betrug die Produktivität der DDR höchstens zwei Drittel des bundesrepublikanischen Niveaus. In Ergänzung dazu wirkten sich die Demontagen der Forschungseinrichtungen auch negativ auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt aus: Nicht nur durch die Entnazifizierung schieden zahlreiche Experten als Besetzung führender Positionen aus. Auch aufgrund des Umsturzes des Wirtschaftssystems und den schlechten Zukunftsaussichten verließen fachkundige Experten aus Wissenschaft und Technik und zuvor führende Unternehmer die SBZ.<sup>126</sup>

Die Ausführungen zu den einzelnen Programmpunkten machen deutlich, dass vielmehr von einer „antifaschistisch-kommunistischen“ als von einer „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ gesprochen werden sollte. Alle Aspekte sollten dazu führen, die Macht der KPD/SED und damit auch des sowjetischen Staates in der SBZ zu festigen. Es wurde ein „Deckmantel“ der Demokratie geschaffen. Das Autorenkollektiv um Norbert Frei und Christina Morina konstatiert, dass die propagierte „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ ein Projekt zur Umerziehung sein sollte; ein „Ausdruck des tiefsitzenden Misstrauens einer winzigen, dank der Sowjets plötzlich mit enormer Macht ausgestatteten Minderheit gegenüber dem kollektiven Versagen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung zwischen 1933 und 1945.“<sup>127</sup> Damit wird der bereits erwähnte Argwohn der neu gegründeten KPD/

---

124 Vgl. Weber: *Getrennt und doch vereint*, 2020, S. 78 f. bzw. 300.

125 Vgl. Karlsch: „Wie Phönix aus der Asche?“, 1999, S. 268.

126 Vgl. Wagener: *Anschluss verpasst?*, 2007, S. 122 f.

127 Frei u. A.: *Zur rechten Zeit*, 2019, S. 58.

SED gegenüber der eigenen Bevölkerung der SBZ noch einmal betont. Die Angst vor einem „Rückfall“ in den Faschismus war allgegenwärtig. Es ging also in erster Linie darum, Präventivarbeit im Zuge der politisch unsicheren Situation auf deutschem Boden zu leisten. Das verdeutlicht auch die Bekanntgabe des Programms nur knapp vier Wochen nach Ende des Krieges.

Die Maßnahmen waren nicht darauf ausgerichtet, ein demokratisches Staatssystem zu festigen. Vielmehr versuchte die KPD/SED, den sich selbst zugeschriebenen und von der SMAD bzw. der UdSSR unterstützten Machtanspruch zu legitimieren. Ein weiterer Hintergrundgedanke des Konzepts war es, die bürgerlichen Bevölkerungsgruppen fast schon zwangsweise in das neue System zu integrieren. Man könne es laut Baus herunterbrechen auf die Losung: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns und damit ein Faschist.“<sup>128</sup>

Bemerkenswert ist weiter, dass alle diese Maßnahmen auf die Zukunft hin ausgerichtet waren. Das Erinnern an die Opfer der NS-Diktatur oder Ideen zur Entschädigung von aus rassistischen oder politischen Gründen Verfolgten waren nicht Teil des Programms. Trotzdem fand auch das NS-Gedenken seinen Platz im neuen politischen System: Über den propagierten Antifaschismus wurde eine Brücke zu den Verbrechen von 1933 bis 1945 geschlagen. Denn die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ diente zur Legitimation der Herrschaft der neuen Elite. Diese erforderte eine Abgrenzung vom Nationalsozialismus bzw. vom Faschismus und damit auch eine eigens gestaltete Form der Erinnerungskultur.

## 2.2 Der ambivalente Umgang mit dem Nationalsozialismus in der SBZ/DDR und sein politischer Nutzen

Man kann die NS-Erinnerungskultur der DDR als Teil des von ihr propagierten Antifaschismus verstehen, der wiederum dazu diente, die Herrschaft der SED zu legitimieren. Denn trotz des politischen Selbstverständnisses der DDR, die Henning Tümmers zufolge „seit [ihrem] ersten Atemzug erklärte, [sie] stehe nicht in der Tradition des

---

128 Baus: Die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“, 2009, S.18.

Deutschen Reiches, weshalb [sie] auch mit den nationalsozialistischen Erblasten nichts zu schaffen habe“, trug die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in immenser Weise zur Entwicklung der antifaschistischen Identität bei.<sup>129</sup> Daher sollen nun jene Maßnahmen beleuchtet werden, die im Zuge der staatlich betriebenen Erinnerungskultur durchgeführt wurden. Eine besondere Bedeutung kommt zunächst dem Umgang mit den Überlebenden der Konzentrationslager zu, die in der SBZ unter Einfluss der politischen Prämissen unterschiedlich klassifiziert und behandelt wurden. Anfangs wurden nur ehemalige politische Häftlinge der Gestapogefängnisse und Konzentrationslager in der SBZ als „Opfer des Faschismus“ anerkannt. Sie galten als sog. „antifaschistische Kämpfer“. Diese Personen erhielten eine einmalige Unterstützungszahlung und Vorteile bei der Lebensmittelversorgung sowie bei der Zuteilung von Arbeitsplätzen. Ab Herbst 1945 wurden auch aus rassistischen bzw. religiösen Gründen Verfolgte berücksichtigt, sie wurden aber gegenüber den aus politischen Gründen Inhaftierten immer benachteiligt.<sup>130</sup> Jüdische Holocaustüberlebende mussten die Hoffnung auf eine Entschädigungszahlung seitens der DDR aufgeben. Ihr Gedenken fand nicht auf der staatlichen Bühne, sondern hauptsächlich in ihren Gemeinden statt. Da den Erinnerungen an ihr Leid in der öffentlichen Erinnerung nur sehr wenig Bedeutung beigemessen wurde, wurden diese hauptsächlich in Medien innerhalb ihrer Gemeinschaft publiziert.<sup>131</sup>

Als wichtiges Symbol der NS-Erinnerungskultur der DDR ist die Gründung der KZ-Gedenkstätten ab den 1950er Jahren zu nennen. Bis 1987 wurden vier nationale Mahn- und Gedenkstätten, namentlich Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück und der ehemalige Haftort Erich Honeckers, Brandenburg-Görden, auf dem Staatsterritorium eingerichtet.<sup>132</sup> Das geschah nicht nur vor dem Hintergrund, dass zahlreiche

---

129 Tümmers: *Nach Verfolgung*, 2018, S. 18. Zum Holocaust-Gedenken in Ost- und Westdeutschland siehe z.B. auch: Heitzer u. A.: *After Auschwitz*, 2021; Herf: *Divided memory*, 1997.

130 Vgl. Weber: *Getrennt und doch vereint*, 2020, S. 90.

131 Vgl. Wenzel: *Jüdische Gegenwart*, 2021, S. 4. Siehe dazu auch: Walther: *Keine Erinnerung*, 2019, URL: [www.bpb.de/293937](http://www.bpb.de/293937) (Letzter Zugriff: 22.4.2023).

132 Vgl. Tümmers: *Nach Verfolgung*, 2018, S. 69 f.; Frei u. A.: *Zur rechten Zeit*, 2019, S. 48 f.

Angehörige der neuen politischen Elite selbst in den Lagern inhaftiert waren und somit den ermordeten Genossinnen und Genossen und auch der eigenen Leidensgeschichte gedenken wollten, sondern in gewisser Weise auch aus politischem Kalkül: Die befreiten Lager oder jene Teile davon, die zur Nutzung durch die DDR von der Sowjetunion abgetreten wurden, wurden auch zur politischen Bildung der Bürgerschaft und insbesondere der jungen Generation nach den Vorstellungen der SED mit dem Fokus auf die deutschen kommunistischen Häftlinge als Gedenkorte hergerichtet. An diesen Orten wurden neben Gedenkfeiern auch Vereidigungen der NVA und Jugendweihen durchgeführt, was die Einbindung der Gedenkstätten in die Gesellschaft und das Streben nach dem Wachhalten der (konstruierten) Erinnerung unterstreicht. Eine Besonderheit stellt die Gedenkstätte Buchenwald dar, die 1958 gegründet worden war: Der monumentale Gedenkort am Südhang des Ettersberges wurde zwar auf den ausgelagerten Massengräbern des Lagers errichtet, bezog sich aber eindeutig auf die kommunistischen Häftlinge und spiegelte auch durch seine Gestaltung den Herrschaftsanspruch der SED wider. Die Partei sah sich in der langen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung seit Mitte des 19. Jahrhunderts, den Aufständen um 1919 und dem Widerstand gegen Hitler in der Verantwortung. Über diese Stationen führte aus Sicht der Partei ein unmittelbarer Weg zur Staatsgründung der DDR mit dem Ziel der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“.<sup>133</sup> Die Bundesrepublik zog mit der Gründung von KZ-Gedenkstätten erst ab den 1960er Jahren auf intensive Forderung der Überlebenden nach.<sup>134</sup>

Für den Aufbau und den Erhalt der Gedenkstätten in der DDR wurden von der Deutschen Post der DDR ab April 1955 Briefmarken mit einer zweckgebundenen Zusatzgebühr herausgegeben. Bis 1964 entstanden 20 dieser Sonderdrucke, die die zu fördernden Gedenkstätten oder bekannte kommunistische Häftlinge oder Sportlerinnen und Sportler abbildeten, die in den Lagern ermordet worden waren. Bis 1989 wurde dann je eine Marke zum Jahrestag der Einweihung der Gedenkstätten

---

133 Vgl. Wolle: Die heile Welt, 2009, S. 98.

134 Vgl. Knoch: Gedenkstätten, 11.9.2018, URL: [http://docupedia.de/zg/knoch\\_gedenkstaetten\\_v1\\_de\\_2018](http://docupedia.de/zg/knoch_gedenkstaetten_v1_de_2018) (Letzter Zugriff: 23.8.2024); Marcuse: The Afterlife, 2010. Siehe exemplarisch für die Gründungen der KZ-Gedenkstätten Bergen-Belsen und Dachau: Staats: Erste Schritte, 2014; Marcuse: Der mühevollte Weg, 2008.

veröffentlicht. Besonders für den Postverkehr mit dem nicht-sozialistischen Ausland waren die Briefmarken ein kleiner, aber nicht zu übersehender Hinweis auf das antifaschistische Selbstbild der DDR. 1958, im Jahr der Gründung der internationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, stiftete der Ministerrat der DDR die „Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus 1933 bis 1945“. Sie wurde u. a. an politische Widerstandskämpfer, die von den Nationalsozialisten verfolgt und inhaftiert worden waren, sowie an Kämpfer der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg 1936/39 vergeben. Zusammen mit der silbernen Medaille wurde den Trägern ab 1964 eine jährliche finanzielle Zuwendung in Höhe von 600 Mark zugesprochen. Auch an dieser Stelle wurden aus anderen Gründen verfolgte Personen nicht bedacht. Die DDR sah die Bundesrepublik als Nachfolgerin des Deutschen Reiches, daher sollte sie auch die Entschädigungszahlungen für die Holocaustüberlebenden tragen.<sup>135</sup> Gegenüber Jüdinnen und Juden erstarkte der von Stalin vorangetriebene Antizionismus. Da sich die DDR eine Kooperation mit Ägypten erhoffte, nahm diese Strömung im Laufe der Zeit zu.

Darüber hinaus waren gut ein Drittel der staatlichen Gedenktage kommunistischen oder antifaschistischen Ursprungs.<sup>136</sup> Allen voran ist der 8. Mai zu nennen, der unmissverständlich als „Tag der Befreiung“ vom NS-Regime durch die Sowjetunion gefeiert wurde, sowie der 14. September, der „Tag der Opfer des Faschismus“. Durch die Begehung der Feiertage am 15. Januar zum Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, dem 8. Mai und dem 7. Oktober als Gründungstag der DDR habe sich nach Monika Gibas „die ganze Identitätskonstruktion (im Sinne eines Gründungsmythos) des ostdeutschen Staates [ergeben], denn jedes der drei Feerrituale inszenierte eine wichtige Teilgeschichte der spezifischen Nationalerzählung der DDR.“<sup>137</sup> Hinsichtlich der Martialität und des Poms der Gedenkveranstaltungen der DDR ist festzuhalten, dass diese zwar „eher vormodern“ wirkten, es aber zu kurz gedacht ist, diesen Habitus in direkte Beziehung zu den Propaganda-Feiern des Nationalsozialismus zu setzen. Die besondere Art der Ausrichtung hatte erstens zum Ziel, die Ideale des Sozialismus

---

135 Vgl. Kreuzberger und Geppert: *Das Erbe*, 2018, S. 9.

136 Vgl. Frei u. A.: *Zur rechten Zeit*, 2019, S. 43.

137 Gibas: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt!“, 2000, S. 200.

zu verbreiten und Begeisterung in der Bevölkerung dafür zu wecken. Zweitens hatten die Rituale ihre Wurzeln in der noch älteren sozialistischen Kultur zur Ausrichtung politischer Veranstaltungen. Vielmehr hatten sich die Nazis dieser Traditionen der Arbeiterbewegung bedient und sie für ihre Zwecke abgewandelt. Diese Vorgehensweise sollte auch die Sympathien der Arbeiterbewegung gewinnen. Als dritter Punkt ist der besondere Nutzen dieser Veranstaltungen zu nennen, um sich von Westdeutschland als direktem Konkurrenten abzugrenzen.<sup>138</sup> Es wird in dieser Hinsicht also die gängige Vermutung widerlegt, dass sich die DDR zwar einerseits deutlich vom Nationalsozialismus abgrenzte, sie Stefan Wolle zufolge andererseits aber „Verhaltensmuster, Denkweisen sowie Herrschafts- und Propaganda-Methoden“ direkt übernommen hätte.<sup>139</sup>

Die staatliche Erinnerungskultur der DDR war also hauptsächlich auf das Gedenken an die deutschen politischen Widerstandskämpfer ausgerichtet. Dem lag vor allem die Tatsache zugrunde, dass sich der Herrschaftsanspruch der SED durch diesen Widerstand gegen den Nationalsozialismus und den damit einhergehenden Antifaschismus legitimierte. Darüber hinaus muss festgehalten werden, dass ein Großteil der neuen politischen Elite aus genau jenen Widerstandskämpfern bestand. Trotz dieser intensiv betriebenen staatlichen Gedenkkultur setzte man sich innerhalb der Bevölkerung bzw. im privaten Rahmen bedeutend weniger mit dem Nationalsozialismus auseinander. Der propagierte Antifaschismus funktionierte zwar besonders in der Frühphase der SBZ nach Morina u. A. als „wirksamer Kitt der ostdeutschen Gesellschaft“, eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen innerhalb der Familien kann aber nicht nachgewiesen werden.<sup>140</sup> Dieses Verhalten kann auf verschiedene Gründe zurückgeführt werden.

Erstens ist es denkbar, dass sich die Bevölkerung zunächst ausschließlich mit den eigenen Kriegserfahrungen auseinandersetzte. Neben den materiellen Verlusten u. a. durch die teils intensiven Luftangriffe auf Städte wie Dresden, mussten auch das körperlich erfahrene Leid und der Tod von Angehörigen verarbeitet werden. Die schrecklichen Bilder aus den befreiten Konzentrationslagern beispielsweise

---

138 Vgl. Gibas: ebd., S. 193–196.

139 Vgl. Wolle: Die heile Welt, 2009, S. 98.

140 Vgl. Frei u. A.: Zur rechten Zeit, 2019, S. 53–55.

wurden in der breiten Öffentlichkeit zwar wahrgenommen, rückten aber in Anbetracht des eigenen Schicksals in den Hintergrund. Darüber hinaus ist zu vermuten, dass schlichtweg große Angst vor den juristischen Konsequenzen der eigenen Beteiligung in der sog. „Volksgemeinschaft“ herrschte, falls diese bekannt werden sollte, sodass man lieber darüber schwieg. Zweitens wurde das sowjetische System von einem großen Teil der Bevölkerung als aufgezwungen empfunden. Der Mythos des antifaschistischen Widerstands bzw. des Kommunismus als Bollwerk gegen den Nationalsozialismus und damit die Herrschaftsgrundlage der SED verlor dementsprechend bald an Bedeutung.<sup>141</sup> Daher ist es einerseits verständlich, dass man sich nicht an den Ritualen des neuen politischen Systems beteiligen wollte.

Andererseits ist es möglich, dass die DDR-eigene NS-Erinnerungskultur mit ihrem Fokus auf den kommunistischen Widerstand jenen, die nicht Opfer des rassistischen Hitler-Regimes geworden waren, auch eine Art Fluchtmöglichkeit vor der eigenen Vergangenheit bot. Bei Gedenkveranstaltungen oder Feierstunden erinnerte man sich, um den äußeren Schein zu wahren, den Ansprüchen des neuen politischen Systems zu genügen und vielleicht auch, um das eigene Gewissen zu beruhigen. Ein besonderes Engagement in der SED und/oder den Massenorganisationen tilgte sogar häufig die eigenen Taten während des Nationalsozialismus. Drittens erstarkte mit voranschreitender Zeit nach Kriegsende das Gefühl, sich in der SBZ/DDR auf der „Seite der Sieger“, befreit durch die russische Armee, zu befinden.<sup>142</sup> Die Nationalsozialisten befanden sich laut Staatspropaganda alle in Westdeutschland, die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit war im Zuge dieser Argumentation also nicht erforderlich.

Der Bevölkerung der SBZ/DDR wurde von staatlicher Seite weniger eine „kollektive Mitschuld“ an den Verbrechen des NS zugesprochen. Vielmehr wurde auf den Kapitalismus und seine Befürworter als Hauptschuldige verwiesen. Nach einer intensiven Entnazifizierungswelle war man in der jungen SBZ/DDR sehr kompromissbereit und verständig mit NS-belasteten Personen umgegangen, da der größte Feind, der

---

141 Vgl. Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, 2008, S. 342.

142 Vgl. Morina: *Triumph und Demütigung*, 2016, S. 93.

Kapitalismus, als besiegt galt. Die daraus entstandene Erinnerungskultur ließ jedoch den millionenfachen Mord an Juden und anderen aus rassistischen Gründen verfolgten Personen völlig unbeachtet.<sup>143</sup>

Die Diskrepanz zwischen der staatlichen und der privaten Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus betont die unterschiedlichen Interessen von Regierung und Bevölkerung. Die SED nutzte das NS-Gedenken zur Legitimation ihrer Herrschaft und zur Abgrenzung von Westdeutschland. Dabei ging es aber nicht um eine vollumfängliche Erinnerungspolitik unter Einschluss aller Opfer. Die Verfolgungsgeschichte der deutschen Widerstandskämpfer des kommunistischen Lagers wurde von der SED bewusst hervorgehoben und zweckgebunden instrumentalisiert. Die Bevölkerung andererseits fügte sich zwar weitestgehend konfliktlos den Maßnahmen zur „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“, war aber zu einer Aufarbeitung des persönlichen Beitrags zum Nationalsozialismus aus den genannten Gründen nicht bereit. Martin Sabrow fasst die Ausrichtung des staatlichen NS-Gedenkens der DDR bzw. die selektive Erinnerungskultur und ihren Zweck abschließend treffend zusammen:

Der ostdeutsche Legitimationsantifaschismus wies schließlich tabuisierende Züge auf, indem er wesentliche Aspekte des Nationalsozialismus aus dem kollektiven Gedächtnis wie aus der wissenschaftlichen Forschung verbannte, darunter so zentrale Fragen wie die Massenattraktivität des Hitler-Regimes und die Teilhabe der Bevölkerung an Verfolgung und Vernichtung.<sup>144</sup>

---

143 Vgl. Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, 2008, S. 348 f.

144 Sabrow: *Die NS-Vergangenheit*, 2005, S. 142.

### 3 Der Aufbau der Material- und Warenprüfung in der SBZ/DDR

Der Grundstein für die Material- und Warenprüfung in der SBZ wurde am 30. Mai 1946, noch auf regionaler Ebene, durch den Befehl Nr. 5 der SMATH gelegt.<sup>145</sup> Denn die sowjetische Militäradministration beanspruchte nicht nur Geldzahlungen und die demontierten Industrieanlagen der SBZ als Reparationsleistungen, auch einige der in ihrer Besatzungszone hergestellten Waren sollten als Ausgleich in die UdSSR gebracht werden. Dabei fiel der Militäradministration auf,

dass die Unternehmer nicht ausreichend auf die Qualität der hergestellten Waren achten, was dazu führt, dass eine große Anzahl minderwertiger Waren produziert wird, die nicht für die Erfüllung der Reparationsaufträge akzeptiert werden können.<sup>146</sup>

---

145 Vgl. Befehl Nr. 5 des Chefs der sowjetischen Militärverwaltung des Freistaates Thüringen, 30.5.1946, Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), 7184 (SMA Thüringen), Bl. 252–258. Die Konsultation des Archivs erfolgte vor Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Für die Beschaffung und Übersetzung dieser Quelle danke ich Herrn Dr. Matthias Uhl (ehm. DHI Moskau, aktuell MWN Osteuropa) sehr herzlich. Erstaunlich ist, dass dieser Befehl in allen Quellen des Warenprüfungsamtes und der Literatur irrtümlich als Nr. 004 bezeichnet wird. Der Aufbau von regionalen Militäradministrationen erfolgte im Sommer 1945 auf Befehl der SMAD. Auf diesem Wege sollte eine reibungslose und reaktionsfähige Verwaltung kleinerer Territorien ermöglicht werden. Die Strukturen des Verwaltungsapparats der SMAD wurden auf Landesebene gespiegelt. Die SMATH hatte zunächst in Jena ihren Standort, zog bald aber nach Weimar um. Siehe dazu als Überblicksdarstellungen: Creuzberger: Die Sowjetische Militäradministration Thüringen, 2021, URL: [https://zs.thulb.uni-jena.de/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal\\_derivate\\_00201743/Die%20Sowjetische%20Milit%C3%A4radministration%20in%20Th%C3%BCrinen%20SMATH%201945%20-%201949.pdf](https://zs.thulb.uni-jena.de/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal_derivate_00201743/Die%20Sowjetische%20Milit%C3%A4radministration%20in%20Th%C3%BCrinen%20SMATH%201945%20-%201949.pdf) (Letzter Zugriff: 23.8.2024); John: Die „Ära Paul“, 2023; Möller u. A.: SMAD-Handbuch, 2009.

146 Befehl Nr. 5 des Chefs der sowjetischen Militärverwaltung des Freistaates Thüringen, 30.5.1946, GARF, 7184 (SMA Thüringen)/1/7, Bl. 252–258, hier Bl. 252.

Diese Erkenntnis bezog sich besonders auf die Qualität von textilen Erzeugnissen aus dem Raum Thüringen, aber auch in der Schuhproduktion und der metallverarbeitenden Industrie wurden gravierende Mängel festgestellt. Durch den Befehl Nr. 5 wurde der Ministerpräsident Thüringens, Rudolf Paul<sup>147</sup>, dazu aufgefordert,

[b]is zum 10. Juni dieses Jahres [...] bei der Wirtschaftsverwaltung ein Amt für die Zulassung von Warenmustern von Konsumgütern, die für Reparationszwecke hergestellt werden, sowie die Überprüfung der Preise in Abhängigkeit von der Qualität der Produkte, einzurichten.<sup>148</sup>

Den Ausgangspunkt für die Material- und Warenprüfung in der SBZ bildet dabei die Geraer Warenprüfungsstelle, die durch oben genannten Befehl der SMATH zum Staatlichen Warenprüfungsamt Thüringen (StWPA) wurde und zunächst thüringische Textilerzeugnisse prüfte, die als Reparationsleistung in die UdSSR gebracht wurden. In der zu diesem Zweck in Gera eingerichteten Textilwirtschaftlichen Abteilung findet sich die Keimzelle des späteren DAMW. Nach und nach kamen verschiedene weitere branchenbezogen arbeitende Abteilungen hinzu, und der Zuständigkeitsbereich des Amtes wurde auf die gesamte SBZ ausgeweitet. Bemerkenswert ist besonders das wachsende Interesse der Industrie an der Prüfarbeit des Amtes. In der SBZ ansässige Unternehmen reichten ihre Produkte verstärkt zur Qualitätsprüfung ein. Obwohl ursprünglich als eine Einrichtung gegründet, die im Interesse der SMATH arbeiten sollte, führte die Vorgängereinrichtung des DAMW nach kurzer Zeit auch Produktprüfungen für die Industrie durch, erarbeitete und überwachte Herstellungsrichtlinien und erbrachte damit einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der SBZ.

Die SMATH hatte hohe Ansprüche an die Reparationsgüter, konnte aber für deren Qualitätsprüfung die entsprechenden staatlichen Institutionen nach Kriegsende nicht einfach okkupieren, so wie es den westlichen Alliierten in ihren Besatzungszonen möglich war. Aufgrund der geographischen Lage des MPA und der Chemisch-Technischen Reichsanstalt (CTR) in Westberlin war die SMATH zur Errichtung eines

147 Siehe für die Biografie von Rudolf Paul Kapitel 1.2.

148 Befehl Nr. 5 des Chefs der sowjetischen Militärverwaltung des Freistaates Thüringen, 30.5.1946, GARF, 7184 (SMA Thüringen)/1/7, Bl. 252–258, hier Bl. 256.

eigenen Instituts gezwungen. Trotz der unsicheren politischen Situation, den gravierenden Demontagen und der allgemeinen materiellen Not sollte durch den von ihr ausgegebenen Befehl ein zunächst ausschließlich für den Befehlsbereich der SMATH zuständiges Institut in Thüringen eingerichtet werden. Es fällt auf, dass in dem Befehl nicht explizit von einer Prüfstelle für Textilwaren gesprochen wird. Da aber der ersten, bereits zwei Jahre nach seiner Gründung vom Amt selbst verfassten historischen Rückschau, der „Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera“ vom 1. Juli 1948 zufolge „die Verfallerscheinungen gerade auf dem Textilgebiet [...] sichtbar wurden, [...] mußten hier bevorzugt die Veranstaltungen zur Herbeiführung eines Wechsels geschaffen werden.“<sup>149</sup>

Jan Foitzik charakterisiert die Befehle der übergeordneten SMAD als „dirigistische, interventionistische und konsultative Einflussformen“.<sup>150</sup> Als dirigistisch seien sie zu verstehen, weil sie bestimmte Maßnahmen direkt angeordnet hätten. Einen interventionistischen Charakter spricht der Autor jenen Befehlen zu, die einen Vorgang ordnungspolitisch regulieren sollten und unter einer gewissen Rücksichtnahme auf die Interessen der Befehlsempfänger erlassen worden seien. Dazu hatte die SMAD beispielsweise eng mit der politischen Führung bzw. der KPD/SED, den entsprechenden Verwaltungen, den Massenorganisationen, Unternehmen und Personen aus der Bevölkerung in Austausch gestanden. Als konsultativ bezeichnet Foitzik die SMAD-Befehle, zu denen oberflächlich betrachtet zwar Verhandlungen zwischen den Interessensparteien geführt wurden. In Wahrheit jedoch „kaschiereten [sie] vielfach einen unmittelbaren Befehlsempfang.“ Die Befehle der Militäradministrationen der Länder, in diesem Falle der SMATH, waren meistens dazu bestimmt, die Anordnungen der SMAD in den jeweiligen Regionen zu spezifizieren und ihre Umsetzung zu gewährleisten.<sup>151</sup> Im Falle des Befehls Nr. 5 ist der dirigistische Charakter zweifelsfrei feststellbar. Die Militäradministration hatte großes Interesse an qualitativ hochwertigen Reparationsgütern, um, wenn auch nur ansatzweise, die massiven Kriegsverluste der Sowjetunion zu tilgen.

---

149 Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammengestellt am 1.7.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen – Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 69r-86r, hier Bl. 70v.

150 Vgl. für dieses und die folgenden direkten und indirekten Zitate: Foitzik: Inventar, 1994, S. 16.

151 Vgl. Foitzik: Inventar, 1994, S. 19 f.

### 3.1 Die Geraer Warenprüfungsstelle auf dem Weg zum Staatlichen Warenprüfungsamt Thüringen

Bereits am 7. Juni 1946, acht Tage nach Erlass des Befehls Nr. 5, wurde das geforderte Musterbüro in Form des StWPA auf Beschluss der thüringischen Landesregierung eingerichtet und ressortierte bei dem Landesamt für Wirtschaft, konkret der Hauptabteilung Industrie und Brennstoffe. Ein Großteil des Personals des Landesamtes war bereits vor dem Krieg dort tätig. Erst im Frühjahr 1946 wurde ein kommunistischer Personalreferent eingesetzt, der für eine umfassende Entnazifizierung sorgte.<sup>152</sup>

Als erstes wurde die Textilwirtschaftliche Abteilung in der erwähnten Geraer Einrichtung gegründet. Zu ihren Aufgaben zählte es u. a.

auf dem Gebiet des Landes Thüringen Warennummern von Massenbedarfsgütern für Reparationslieferungen zu bestätigen, Preise in Abhängigkeit von Qualität festzusetzen und eine Konferenz mit Betriebsleitern der mit Reparationsleistungen beauftragten Hersteller über Probleme der Qualität in der Produktion durchzuführen.<sup>153</sup>

Anders als bisher üblich, prüfte diese Einrichtung nicht ausschließlich die fertigen Erzeugnisse, sondern nahm nach Horst Jablonski „von vornherein Einfluss darauf, dass bereits beim Hersteller im Fertigungsprozess qualitativ schlechte oder unbrauchbare Erzeugnisse (Minderqualität oder Ausschuss) vermieden bzw. ausgeschlossen wurden.“<sup>154</sup> In der „Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera“ aus dem Jahr 1948 war man sich bereits der Alleinstellungsmerkmale der Einrichtung bewusst:

Die vorstehende Darstellung zeigt, daß mit dem Staatl. Warenprüfungsamt ein gänzlich neuer Typ einer Prüfstelle entwickelt worden ist, deren vornehmste Aufgabe darin besteht, nicht wie früher über ein freiwillig vorgelegtes, schon fertig fabriziertes Gewebe ein Urteil abzugeben, sondern von vornherein zu verhindern, daß nicht erst unbrauchbare Gewebe entstehen. Zwar wird das Zeugnis nach wie vor in ähnlicher Weise wie bisher ausgegeben, es ist aber an Hand des Amtes zum Werkzeug seiner Arbeit und nicht zum Selbstzweck geworden.<sup>155</sup>

---

152 Vgl. Niedbalski: Deutsche Zentralverwaltungen, 1985, S. 471 f.

153 Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 41.

154 Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 41.

Es wird deutlich, dass das StWPA bereits die Vorprodukte von industriellen Erzeugnissen prüfen und damit einen wichtigen Teil zur späteren Qualität des Endproduktes beitragen sollte. Dabei sollten die Prüfzeugnisse die Grundlage für die Verbesserung eines Produkts bilden. Durch die Weiterleitung an die SMATH und andere Behörden des thüringischen Wirtschaftsamt wurden diese auch über schlechte Ergebnisse informiert und hatten die Möglichkeit zu intervenieren.

Durch die Übernahme von Prüfinstrumenten verschiedener wissenschaftlicher Einrichtungen war die Ausstattung von textilwirtschaftlichen Laboratorien bzw. Referaten möglich, deren Entwicklungen in den folgenden Teilkapiteln nachgezeichnet werden. Da der Bedarf an Prüfungen von Webereierzeugnissen besonders hoch war, wurde dieses Laboratorium bzw. Referat als erstes in der textilwirtschaftlichen Abteilung eingerichtet. Im Austausch mit den Herstellern bzgl. der festgestellten Qualitätsmängel ergab sich daraufhin die Problematik, dass diese dabei auf die Vorlieferanten verwiesen. Daher wurde in einem zweiten Schritt ein Referat zur Prüfung von Spinnereierzeugnissen gegründet. Im Anschluss daran wurde die Abteilung jeweils durch ein Labor für Faserstoffe und zur Prüfung von Streichgarnprodukten ergänzt. Die Referate für Weberei- und Spinnereierzeugnisse blieben bis zur Umstrukturierung des StWPA zum DAMW ab 1950 jene Abteilungen mit den meisten Prüfaufträgen. Außerdem wurde ein Referat für Strickerei- und Wirkereiprodukte gegründet. In diesem wurden jeweils noch Außenstellen in Apolda und Mühlhausen bei den dortigen Industrieämtern eingerichtet. Auf Befehl von Oberst Iwan Alexandrowitsch Pugatschow<sup>156</sup> kam ein chemisches Labor zur Prüfung von künstlichen Faserstoffen hinzu.<sup>157</sup> Darüber hinaus regte dieser an, „die Textilabteilung

155 Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammengestellt am 1.7.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 69r-86r, hier Bl. 78r.

156 Iwan Alexandrowitsch Pugatschow (1909-?), Absolvent eines Textilinstituts, ab Juli 1945: Obering. in der Unterabteilung Neue Technik der Industrieabteilung, ab Dez. 1945: Chef der Unterabteilung Textilindustrie in der Abteilung Leichtindustrie der Industrieverwaltung, ab Feb. 1947: kommissarischer und Juli 1947–Okt. 1949: stellv. Chef der Verwaltung Leichtindustrie, vgl. Möller u. A.: SMAD-Handbuch, 2009, S. 686.

157 Vgl. Übersicht über die Verhältnisse des Staatlichen Warenprüfungsamtes unter Berücksichtigung der Erstreckung des Tätigkeitsfeldes seiner Textilabteilung über die gesamte sowjetische besetzte Zone Deutschlands,

durch eine wissenschaftlich arbeitende Abteilung zu ergänzen und für eine solche Tätigkeit die Basis u. a. durch das Zusammenziehen einer Bücherei zu schaffen.<sup>158</sup> Damit wurde also der Grundstein für die Forschungsarbeit des Amtes gelegt, die im Laufe der Zeit immer mehr an Bedeutung gewinnen sollte. Finanziert werden sollte das StWPA durch Gebühren, die von den Herstellern für Prüfaufträge gezahlt werden sollten. Als Vorbild fungierte die Prüfgebührenordnung des vormaligen MPA in Berlin-Dahlem.<sup>159</sup> Die Zahlung umfasste 1/1000 des Umsatzes des Betriebs, der Muster und Proben zur Prüfung einreichte, sowie eine zusätzlich festgelegte Abgabe je Prüfungsauftrag.<sup>160</sup>

Obwohl nach Ende des Krieges acht Warenprüfungsämter in der SBZ vorhanden waren, die bereits vor 1945 gegründet worden und über das Kriegsende hinaus tätig waren, fiel die Wahl auf die Geraer Warenprüfungsstelle, weil die SMATh ausschließlich für das Land Thüringen zuständig war und hier die personellen und apparativen Voraussetzungen am besten waren.<sup>161</sup> Allerdings war auch das ca. 30 Kilometer entfernte Greiz als alternativer Standort in der engeren Auswahl. Gera hatte jedoch einige Vorzüge zu bieten: Die Stadt war bereits vor der Industrialisierung ein Zentrum für die Textilproduktion.

---

8.2.1947, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 27v-34r, hier Bl. 31r; Organisationsplan, Stand 15.6.1948, ebd., Bl. 88v.

158 Begründung zur 2. Ergänzung über Errichtung von technischen Laboratorien vom 7.6.1946, ausgestellt vom StWPA, unterzeichnet von Rüffle, 23.1.1947, ebd., Bl. 6r-9r, hier Bl. 6v.

159 Vgl. Landesamt für Wirtschaft, Aktvormerkung, Betr.: Befehl 0,0,4. Hier: Errichtung eines staatlichen Warenprüfungsamtes für Textilindustrie, 18.6.1946, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 2021, Bl. 244r-244v. Siehe dazu auch die Studie von Malte Stöcken.

160 Vgl. Begründung zum Gesetz über den Aufbau des Staatlichen Warenprüfungsamtes, o. D., ebd., Bl. 77r-78v, hier Bl. 78v.

161 Vgl. Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 41. Neben Gera als einziges privatwirtschaftlich tätiges Amt waren in Greiz, Reichenbach (Vogtland), Meerane, Glauchau, Chemnitz, Cottbus und Zittau staatliche Einrichtungen für die Textilprüfung ansässig, vgl. Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik: DAMW, 1966, S. 209.



Abb. 1: Teilansicht des Spinnereilaboratoriums und des Webereilaboratoriums Gera (Referat 2 und 3). (LATH – HStA Weimar)

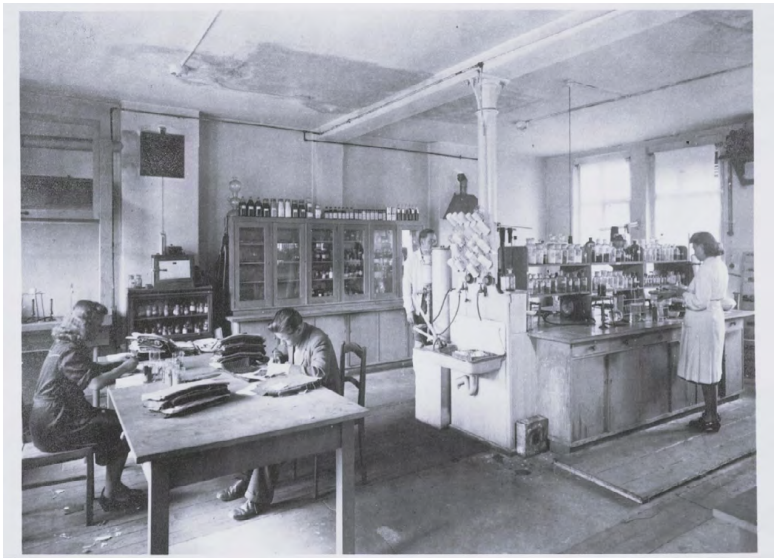


Abb. 2: Das textil-chemische Laboratorium (Referat 5). (LATH – HStA Weimar)

Im Zuge der Wirtschaftskonjunktur ab 1870 stiegen die Exportzahlen der Geraer Textilindustrie enorm an und die Stadt sicherte sich eine Vorreiterposition im deutschen Verkaufsgebiet, besonders aber im internationalen Handel bis in die USA. Um 1895 existierten in Gera 63 Kammwollfabriken mit mehr als 10.000 mechanischen Webstühlen. Im Jahr 1913 wurden zahlreiche Fabriken zusammengelegt, sodass immerhin noch 30 Fabriken für die Kammwollweberei arbeiteten.<sup>162</sup>

Die Entscheidung für Gera rief allerdings einen Konflikt mit der Stadt Greiz hervor. Sie hatte sich als weiteres Zentrum der mittel-deutschen Textilindustrie und als früherer Sitz des Verbandes der Warenprüfungsämter für Textilien<sup>163</sup> ebenfalls als Standort für das StWPA beworben, wurde aber vom ersten Präsidenten des Amtes, Dipl.-Ing. Max Rüffle<sup>164</sup>, abgelehnt. In einem Brief an den thüringischen Landesdirektor für Wirtschaft, Ernst Frommhold<sup>165</sup>, vom August 1946

---

162 Vgl. Stadtmuseum Gera: Die Geschichte Geras, 2010, S. 82, 86.

163 Der Verband war 1936 als Zusammenschluss von 22 deutschen Textilprüfungsämtern ins Leben gerufen und dem MPA unterstellt worden. Dort sollten einheitliche Regelungen für Prüfverfahren und Gebühren sowie eine gemeinsame Grundlage bzgl. „der rechtlichen Stellung, der Personenfragen, der Kontrolle der Prüfgeräte sowie der Tätigkeit der einzelnen Warenprüfungsämter an sich“ erarbeitet werden, vgl. Der Präsident des Staatlichen Materialprüfungsamts, An den Herrn Reichserziehungsminister, Betr.: Staatliche Aufsicht über die „Öffentlichen Warenprüfungsämter für die Textilindustrie“, 10.7.1936, BArch Berlin, R4901-14114, Bl. 2–4, hier Bl. 2 f.; Erste Verordnung zur Regelung der staatlichen Aufsicht über die „Öffentlichen Warenprüfungsämter für die Textilwirtschaft“, 29.11.1937, ebd., Bl. 256–258. Für den Hinweis auf diesen Aktenbestand und die Bereitstellung bedanke ich mich vielmals bei Malte Stöcken. Siehe dazu außerdem seine Studie.

164 Für die Biografie von Max Rüffle siehe Kapitel 4.1.

165 Ernst Frommhold (21.2.1898 in Altenburg–23.4. 1969 in Schulzendorf), Ausbildung zum Nähmaschinenschlosser, 1912: Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ), 1916: SPD, 1917–1919: Teilnahme am 1. Weltkrieg, 1919: USPD, 1920: KPD, 1926: Untergauleiter im Rotfrontkämpferbund Berlin, 1929–1930: Besuch der KPD-Reichsparteischule in Fichtenau und der Leninschule in Moskau, danach KPD-Instrukteur für Landarbeit in Thüringen, 1930–1933: Sekretär der Bezirksleitung der KPD, 1933: Verhaftung wegen Hochverrats, danach Zuchthausstrafe, 1937–1940: KZ Buchenwald (Zwangsarbeit im Steinbruch, dann im Rohrlegerkommando, 1938: Haupteinkäufer, 1939–1940: Zweiter und kurz Erster Lagerältester), 1940–1944: Entlassung und Tätigkeit als Schlosser in Erfurt und Dresden, 1944: Einzug zur Organisation Todt, 1945: Leiter des Zentralbüros im Landesamt

machte Rüffle die Gründe dafür deutlich: Die Hauptaufgabe des Amtes liege in der Bearbeitung von Reparationsaufträgen. In Greiz bestehe zwar eine Anbindung an eine Textilfachschule, es gäbe aber keinen Zusammenhang zwischen Schule und Prüfstelle. Darüber hinaus seien die Schüler nicht für eine Weiterbeschäftigung im Warenprüfungsamt geeignet. Außerdem überschätze Greiz aus Rüffles Sicht seinen Einfluss auf die Textilindustrie. Obwohl die apparative Ausstattung in Greiz besser sei, könne nur in Gera eine räumliche Expansion des Amtes gewährleistet werden. In Ergänzung dazu lag Gera Rüffle zufolge verkehrstechnisch günstiger.<sup>166</sup>

Die gute Anbindung der Stadt an die Autobahn war bereits in den frühen 1940er Jahren von Bedeutung. Zu diesem Zeitpunkt wurde wegen des Luftkriegs ein großer Teil der elektrotechnischen Rüstungsproduktion aus eben jenem Grund nach Gera verlegt. Im Vergleich zu anderen deutschen Städten wurde Gera durch Luftangriffe während des Krieges gering, lediglich zu 10 %, zerstört.<sup>167</sup> Im Allgemeinen war das mitteldeutsche Gebiet bis 1944 ein bevorzugter Industriestandort. Zahlreiche Unternehmen hatten ihren Sitz dorthin verlegt, da die Luftangriffe in den westdeutschen Gebieten wesentlich zahlreicher und intensiver waren. Die sowjetischen Besatzer fanden daher zum Kriegsende eine weitestgehend intakte Industrielandschaft vor.<sup>168</sup> Unter anderem war auch die Physikalisch-Technische Reichsanstalt (PTR) 1943 in das thüringische Weida umgezogen und unterhielt Nebenstellen in

---

für Arbeit in Thüringen, 1946: Landesdirektor für Wirtschaft, danach Leiter der Hauptabteilung Industrie und Brennstoffe im thüring. Wirtschaftsministerium, 1948: Leiter der Abteilung Wirtschaftsplanung, 1949: Leiter der VVB Maschinenausleihstationen, 1951: Abteilungsleiter im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR, vgl. Hartewig und Niethammer: Der ‚gesäuberte‘ Antifaschismus, 1995, S. 36, 86, 499; N. N.: Frommhold, Ernst, in: Biografische Datenbanken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/ernst-frommhold> (Letzter Zugriff: 2.7.2024).

166 Vgl. Dipl. Ing. Max Rüffle, Leiter des Staatl. Warenprüfungsamtes, An Herrn Landesdirektor Frommhold oViA in Weimar, Betreff: Bericht über den Stand der Entwicklung des Staatl. Warenprüfungsamtes, 10.8.1946, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 827, Bl. 63r-66v.

167 Vgl. Stadtmuseum Gera: Die Geschichte Geras, 2010, S. 42, 44 f., 50.

168 Wagener: Anschluss verpasst?, 2007, S. 122 f.

Ronneburg, Ilmenau und Zeulenroda.<sup>169</sup> Trotz aller Differenzen mit der Stadt Greiz wurde am 1. Oktober 1947 dort aber die erwähnte Nebenstelle des StWPA, konkret das Faserstofflaboratorium und ein Webereilabor, gegründet.<sup>170</sup>

Die Geraer Warenprüfungsstelle bestand seit 1917 als eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) und wurde durch eine variierende Zahl von Gesellschaftern, die selbst textilverarbeitende Firmen führten, zur Prüfung von Textilerzeugnissen unterhalten.<sup>171</sup> Sie wurde in der Satzung des Verbandes Deutscher Öffentlicher Warenprüfungsämter für die Textilindustrie als Öffentliches Warenprüfungsamt für das Textilgewerbe Gera als Mitglied gelistet. Die Schwerpunkte lagen in der Konditionierung sowie technologischen und einfachen chemischen Untersuchungen. Die Aufsichtsbehörden waren das Thüringische Ministerium für Inneres und Wirtschaft sowie die Ostthüringische Industrie- und Handelskammer.<sup>172</sup> Im Zuge der politischen Entwicklungen der 1930er Jahre erregte der Verband auch staatliches Interesse. In einem Brief des Präsidenten des MPA Erich Seidl<sup>173</sup> an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (RMWEV) vom 10. Juli 1936 berichtet Erstgenannter von Differenzen bzgl. der staatlichen Unterstellung des Verbandes der Warenprüfungsämter und erklärt, dass dieser ursprünglich der PTR hätte unterstellt werden sollen. Nachdem dies bei ihrem Präsidenten Johannes Stark anfänglich große Zustimmung und Pläne für einen neuen Reichsausschuss hervorgerufen hätte, berichtigte Wilhelm Kösters, Leiter der Abteilung 1 für Maß und Gewicht der PTR,

- 
- 169 Für weitere Informationen siehe die Studie von Vivian Yurdakul zur Geschichte der PTR.
- 170 Vgl. Übersicht über die Verhältnisse des Staatlichen Warenprüfungsamtes unter Berücksichtigung der Erstreckung des Tätigkeitsfeldes seiner Textilabteilung über die gesamte sowjetische besetzte Zone Deutschlands, 8.2.1947, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 27v-34, hier Bl. 28v.
- 171 Vgl. Protokoll über die Sitzung des Aufsichtsrates der Geraer Warenprüfungsstelle G.m.b.H., Gera, am Dienstag, den 14. September 1943, 17 Uhr in den Geschäftsräumen in der Leontinenstraße 7, 18.9.1943, Stadtarchiv (StadtA) Gera, III A 59 - „Intex“ Handelsgesellschaft mbH/15184, unpag.
- 172 Vgl. Satzung des Verbandes Deutscher Öffentlicher Warenprüfungsämter für die Textilindustrie, o. D., BArch Berlin, R4901-14114, Bl. 10-18.
- 173 Siehe zu biografischen Informationen zu den genannten Personen die Studie von Malte Stöcken zur Geschichte des MPA sowie jene von Vivian Yurdakul zur PTR.

dass vielmehr das MPA für die Warenprüfung zuständig sei. Daher sollte der Verband der Dahlemer Einrichtung und damit dem RMWEV unterstellt werden. MPA-Präsident Seidl erbat deshalb vom Ministerium Anweisungen bzgl. des Angliederungsprozesses der 22 vorhandenen Warenprüfungsämter sowie der Vereinheitlichung von Gebührenerhebung, Verwaltung und den Arbeitsabläufen im Allgemeinen.<sup>174</sup>

Den Geschäfts- bzw. Jahresabschlussberichten der Warenprüfungsstelle können einige Informationen über die Prüfaufträge der Einrichtung aus der Zeit vor 1945 entnommen werden. Beispielsweise wird im „Geschäftsbericht über das 22. Geschäftsjahr der Geraer Warenprüfungsstelle G.m.b.H. in Gera vom 1. Januar bis 31. Dezember 1939“ festgestellt, dass sich die Umsätze und Prüfaufträge aufgrund des Kriegsausbruchs stark verringert hatten. Waren vor September 1939 durchschnittlich 2.534 RM Umsatz gemacht und 261 Prüfaufträge pro Monat eingereicht worden, so waren diese nun auf ca. 756 RM Umsatz und 74 Prüfungen zurückgegangen.<sup>175</sup> Schon zum Zeitpunkt der Berichterstellung blickten die Gesellschafter positiv in die Zukunft:

Wenn nach Kriegsende erst wieder reichlichere Zufuhren an Materialien in die Unternehmen kommen und sich die Konditionierungen mehren werden, eröffnen sich wahrscheinlich auch wieder einmal bessere Aussichten für die Lebensfähigkeit unseres hiesigen Prüfungsamtes.<sup>176</sup>

Im weiteren Verlauf des Jahres 1940 sollte dieser Optimismus allerdings zerstört werden: Die wirtschaftliche Situation der Warenprüfungsstelle verschlechterte sich, und die beantragten staatlichen Beihilfen wurden nicht gewährt. Daher sahen sich die Gesellschafter gezwungen, für dieses Geschäftsjahr auf die Rückzahlung ihrer Darlehen zu verzichten

---

174 Vgl. Der Präsident des Staatlichen Materialprüfungsamts, An den Herrn Reichserziehungsminister, Betr.: Staatliche Aufsicht über die „Öffentlichen Warenprüfungsämter für die Textilindustrie“, 10.7.1936, BArch Berlin, R4901-14114, Bl. 2–4.

175 Vgl. Geschäftsbericht über das 22. Geschäftsjahr der Geraer Warenprüfungsstelle G.m.b.H. in Gera vom 1. Januar bis 31. Dezember 1939, 26.6.1940, StadtA Gera, III A 59 - „Intex“ Handelsgesellschaft mbH/15184, unpag.

176 Ebd.

und sie der Einrichtung als finanzielle Fördermaßnahme zu überlassen.<sup>177</sup> Offenbar befand sich die Warenprüfungsstelle in einer aussichtslosen Situation und stand sogar kurz vor der Schließung. Auf der Suche nach fachlicher Unterstützung besuchten die Gesellschafter das MPA in Berlin, um dort über die Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung der Warenprüfungsstelle zu diskutieren. Bei der Sitzung im Dezember wurden die Ergebnisse dieses Austauschs bzw. die Argumente für die Weiterführung der Einrichtung, die im Einzelnen im Protokoll nicht genannt sind, vorgetragen.<sup>178</sup> Die missliche Lage der Geraer Warenprüfungsstelle veranlasste das thüringische Wirtschaftsministerium, sich im Juni 1940 an das RMWEV zu wenden. Dorthin wurde berichtet, dass die Einrichtung seit Kriegsbeginn mit starken Verlusten zu kämpfen hätte und dass „einige Herren des Wirtschaftsministeriums“ nach einer Besichtigung im August des Vorjahres erklärt hätten, „die Zahl der Prüfungsämter, die jetzt 22 betrage, auf etwa 14 herabzusetzen“ und entweder die Prüfstelle in Gera oder Greiz zu schließen.<sup>179</sup> Außerdem sei in einer Textil-Zeitung vom 24. April 1940 eine Anordnung des RMWEV zur Zulassung von öffentlichen Prüfstellen für die Spinnstoffwirtschaft abgedruckt, in dessen Verzeichnis der Standort Gera nicht aufgeführt sei. Daher bat das Ministerium um Nachricht, wie in Zukunft von staatlicher Seite mit dem Geraer Amt verfahren werde, damit es über den Antrag auf finanzielle Unterstützung desselben entscheiden könne.<sup>180</sup>

Dahingehend muss bemerkt werden, dass dieser Antrag durch die Warenprüfungsstelle Gera erst am Tag des Erscheinens der Textil-Zeitung gestellt wurde und es daher in dem Verzeichnis nicht aufgeführt werden konnte. Dem Antrag ist auch eine Einschätzung des MPA Berlin zu entnehmen. Das Amt betonte die Bedeutung der Geraer Prüfstelle für die Ostthüringische Industrie- und Handelskammer sowie die

177 Vgl. Geschäftsbericht über das 23. Geschäftsjahr der Geraer Warenprüfungsstelle G.m.b.H. in Gera vom 1. Januar bis 31. Dezember 1940, 24.2.1941, StadtA Gera, III A 59 - „Intex“ Handelsgesellschaft mbH/15184, unpag.

178 Vgl. Protokoll der außerordentlichen Versammlung der Gesellschafter der Geraer Warenprüfungsstelle G.m.b.H. am Freitag, den 20. Dezember 1940, 20.12.1940, ebd., unpag.

179 Vgl. Der Thüringische Wirtschaftsminister, Weimar, An den Herrn Reichs- und Preuss. Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin, Betr.: Öffentliches Warenprüfungsamt für das Textilgewerbe zu Gera, 7.6.1940, BArch Berlin, R4901-14114, Bl. 380 f.

180 Vgl. ebd.

Industrie in der Region und befürwortete die Zulassung „jedoch nur für die Konditionierung, da die Prüfstelle in Gera mit anderen Textilprüfungen weniger in Anspruch genommen wird und diese von der nahegelegenen und dafür besser eingerichteten Prüfstelle in Greiz übernommen werden können.“<sup>181</sup> Obwohl das RMWEV der Einrichtung auf die bereits erwähnte Anfrage des thüringischen Wirtschaftsministers die Unterstützung entzog, wurde sie 1942 von dem Ministerium vorläufig als Prüfstelle für die Spinnstoffwirtschaft zugelassen.<sup>182</sup> Allerdings wurde diese aufgrund Größe und Ausstattung des Amtes nur für die Konditionierungen ausgesprochen.<sup>183</sup>

Die Zulassung wirkte sich trotz der fehlenden Unterstützung des RMWEV positiv auf die Entwicklung der Geraer Prüfstelle aus. Im Jahr 1943 ist mit Blick auf den Umsatz und die Prüfaufträge ein Aufschwung um 49 % festzustellen, der monatliche Umsatz betrug durchschnittlich 3.545,20 RM. Allerdings sorgten sich die Gesellschafter um die apparative Einrichtung der Warenprüfungsstelle, als sie am 14. September 1943 verfügten, einige Prüfgeräte an die von ihnen geführten Unternehmen für die Kriegsdauer zu übereignen, „damit evtl. Eingriffe in den Gerätebestand vermieden werden.“<sup>184</sup> Dies mag zum einen mit der Angst vor Bombenschäden durch Luftangriffe und zum anderen mit der Befürchtung, dass die Messgeräte im Falle einer Auflösung der Warenprüfungsstelle vielleicht den Forschungsstätten für die kriegswichtige Produktion zugesprochen werden könnten, zusammenhängen. Trotz

---

181 Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem, Zusammenstellung der Anträge auf Zulassung als örtliche Prüfstelle für die Spinnstoffwirtschaft gemäß Erlaß des Herrn Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung WN 407/40 I Ang. (b), vom 20.3.40, 11.8.1942, BArch Berlin, R4901-14115, Bl. 45–52, hier Bl. 47. Auch auf diese Akte wies mich Malte Stöcken hin, dem hier noch einmal herzlich gedankt wird.

182 Vgl. Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, An den Herrn Thür. Wirtschaftsminister, Weimar, Betr.: Öffentliches Warenprüfungsamt für das Textil-Gewerbe zu Gera, 19.6.1940, ebd., R4901-14114, Bl. 381 f.

183 Vgl. Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, WN Nr. 1513, Betr.: Erteilung der vorläufigen Prüfbefugnis an Öffentliche Prüfstellen für die Spinnstoffwirtschaft, 14.10.1942, ebd., R4901-14115, Bl. 62.

184 Vgl. Protokoll über die Sitzung des Aufsichtsrates der Geraer Warenprüfungsstelle G.m.b.H., Gera, am Dienstag, den 14. September 1943, 17 Uhr in den Geschäftsräumen in der Leontinenstraße 7, 18.9.1943, StadtA Gera, III A 59 - „Intex“ Handelsgesellschaft mbH/15184, unpag.

dieser Einschränkungen konnten nicht nur die Konditionierungen, sondern auch die Spezialprüfungen, vermutlich von Verdunklungs- oder Fallschirmstoffen, weitergeführt werden.<sup>185</sup> Kleidungsstücke werden einerseits durch die Konditionierung an das Normalklima von 20 Grad Celsius und eine durchschnittliche Luftfeuchtigkeit von 65 % angepasst. Andererseits versteht man darunter das „Ermitteln des Feuchtigkeitsgehaltes [...] in Konditionierungsapparaten (Feuchtigkeitsgehaltsprüfern) durch Bestimmung des Trockengewichts“.<sup>186</sup> Da die Geraer Warenprüfungsstelle und später das StWPA textile Rohstoffe sowie Textilprodukte prüfte, ist vermutlich die Bestimmung des Feuchtigkeitsgehalts mit der Konditionierung gemeint.

Das Kriegsende bedeutete für die Warenprüfungsstelle eine tiefgehende Zäsur. Im Zuge der Gründung des StWPA Anfang Juni 1946 mietete das Land Thüringen das Haus, in dem die Prüfstelle ansässig war, inklusive aller Gerätschaften zur Umwidmung der Warenprüfungsstelle an. Die privatwirtschaftliche Warenprüfungsstelle wurde aufgelöst.<sup>187</sup> Unklar ist der genaue Zeitpunkt der Auflösung, denn die GmbH existierte offenbar noch einige Zeit parallel zum StWPA, da die Genehmigung der Liquidationseröffnung und die Bilanz auf den 31. Dezember 1947 datiert sind.<sup>188</sup> Eine andere Quelle belegt die Liquidation zum 18. Mai 1947.<sup>189</sup>

Bereits ein gutes halbes Jahr nach der Gründung des StWPA stellte sich heraus, dass auch der zivile Markt großes Interesse an der Qualitätsprüfung seiner industriellen Erzeugnisse hatte. Dieses wurde in einem internen Dokument festgehalten. Ihm zufolge ist

sowohl beim Erlaß des Gründungsstatutes [...] als auch bei der Errichtung des Amtes und der Organisation seiner Arbeit

185 Vgl. Niederschrift über die Verhandlung bei der Gauwirtschaftskammer, 18.9.1943, ebd., unpag.

186 Kießling: Textil-Fachwörterbuch, 1993, S. 214 f.

187 Vgl., Bericht des Liquidators, 23.2.1948, StadtA Gera, III A 59 - „Intex“ Handelsgesellschaft mbH/ 15185, unpag.

188 Vgl. Abschrift, Urk. Rolle No. 202 Jahr 1948, 3.3.1948, ebd., III A 59 - „Intex“ Handelsgesellschaft mbH/15184, unpag.

189 Vgl. Geraer Warenprüfungsstelle an den Stadtrat der Stadt Gera, Steueramt des Finanzamtes, Betr.: Vorauszahlung von Umsatzsteuern für 1947, St. Nr. 15/78, 20.5.1947, ebd., III A 59 - „Intex“ Handelsgesellschaft mbH/15185, unpag.

von vornherein [sic!] darauf Rücksicht genommen worden, die gesamte Produktion in der zunächst gegebenen Beschränkung auf den Textilsektor in den Prüfungsbereichen mit einzubeziehen.<sup>190</sup>

Dahingehend argumentiert auch die „Begründung zum Gesetz über den Aufbau des Staatlichen Warenprüfungsamtes“. Aus dem Dokument geht hervor, dass die thüringische Industrie denselben Qualitätsanspruch, der für Reparationsgüter gestellt werden würde, auch für sich einfordern dürfe. Die Verbraucherschaft der SBZ hätte ebenfalls ein Recht auf qualitativ hochwertige und vor allem langlebige Waren.<sup>191</sup> Die Ausweitung der Zuständigkeit des StWPA auf die zivile Industrie wurde auch innerhalb des thüringischen Landtags thematisiert. Einem Brief des Juristischen Referats des thüringischen Landesamtes für Wirtschaft an den Minister für Arbeit und Soziales, Dr. Georg Appell<sup>192</sup>, ist zu entnehmen, dass die Tätigkeit des Warenprüfungsamtes

190 Begründung zur 2. Ergänzung über Errichtung von technischen Laboratorien vom 7.6.1946, ausgestellt vom StWPA, unterzeichnet von Rüffle, 23.1.1947, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 6r-9r, hier Bl. 6r.

191 Vgl. Begründung zum Gesetz über den Aufbau des Staatlichen Warenprüfungsamtes, o. D., ebd., Nr. 2021, Bl. 77r-78v, hier Bl. 78v.

192 Dr. jur. Georg Appell (24.9.1901 in Gotha-1.8.1970), 1919: DDP, 1921: Vorsitzender der Thüringer Jungdemokraten sowie Engagement im DDP-Landesvorstand Thüringen und im Reichsparteiausschuss, 1922: Studium der Rechtswissenschaft in Breslau, Hamburg und Jena, 1926: Vorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Jena, 1927: Referendarexamen, 1928: Promotion („Die Stellung der Reichsminister. Rechtsvergleichende Darstellung nach der Reichsverfassung der Paulskirche, der Reichsverfassung vom 16. April 1871 und der Reichsverfassung von Weimar“) und Assessorenprüfung, 1931-1932: Assessor bei der Steuer- und Finanzverwaltung der Stadt Schmalkalden und im Kameral- und Steuerbüro der Stadt Forst i. d. Lausitz, 1932: Niederlassung als Rechtsanwalt in Eisenach, 1933: Entzug der Berufslicenz (wg. Verteidigung kommunistischer Mandanten), 1934-1936: Tätigkeit als Wirtschaftsberater, 1936: Endgültiges Berufsverbot, während des Kriegs: Leiter einer Metallfabrik in Leipzig, 1945: Rückkehr nach Thüringen, Beitritt zum Bund demokratischer Sozialisten (BdS) und der SPD, danach Landesdirektor für Verkehr und thüringischer Minister für Wirtschaft, 1947: Eintritt in die SED und Ernennung zum Minister für Arbeit und Sozialordnung, 1949: Rücktritt, danach Tätigkeit als Wirtschaftsjurist und Notar in Erfurt, 1950-1951: Justiziar VVB Fischzucht Saßnitz, 1952-1966: Justiziar im AWE Eisenach, im VEB Waggonbau Weimar und im Bau- und Montagekombinat Erfurt,

„aus praktischen Gründen“ auf die gesamte Produktion ausgedehnt worden sei. Allerdings sei dies bisher in keinem Befehl der SMATH festgehalten. Daher sei eine zusammenfassende Verordnung für die Organisation des StWPA vonnöten. Es stelle sich nun die Frage, ob ein entsprechender Entwurf dem Landtag zum Beschluss vorgelegt werden solle oder nicht.<sup>193</sup> Auf heute nicht mehr nachzuvollziehende Weise war es dem thüringischen Landesamt für Wirtschaft gelungen, die SMATH davon zu überzeugen, das StWPA auch für die Qualitätskontrolle von Produkten zu nutzen, die nicht als Reparationsgüter gedacht waren. Dies trug in großem Maße zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und dem industriellen Wachstum Thüringens bzw. der SBZ bei.

Trotz der Anbindung des Amtes an das thüringische Landesamt für Wirtschaft und seiner regionalen Ausrichtung überlegte man bereits 1948, die Verantwortung für das StWPA auf die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) zu übertragen.<sup>194</sup> Die am 4. Juni 1947 auf SMAD-Befehl Nr. 138 gegründete DWK sollte einerseits als Instanz fungieren, um die Durchführung und Lieferung der Reparationsleistungen zu garantieren. Denn die Versorgungslage der Bevölkerung und der Zugang zu Rohstoffen für die Industrie hatte sich nach Kriegsende in der SBZ drastisch verschlechtert. Andererseits versprach sich die neue politische Elite durch die Kommission eine engere Bindung an die Sowjetunion und zeitgleich eine Legitimation ihrer Macht. Die Militärverwaltung hätte zunächst mit der Gründung einer eigenen Wirtschaftsverwaltung gehadert, bestand doch weiterhin die Hoffnung auf eine gesamtdeutsche

---

1966: Bezirksdirektor der Deutschen Investitionsbank in Erfurt, vgl. Broszat u. A.: SBZ-Handbuch, 1993, S. 859; Kachel: Sonderweg, 2011, S. 539; Inhaltsangabe des Bestandes 40.2.27 NL Appell, Georg, in: Archivportal Thüringen, URL: <https://www.archive-in-thueringen.de/de/bestand/view/id/27887/bestand/27893> (Letzter Zugriff: 2.7.2024); Appell: Die Stellung der Reichsminister. Rechtsvergleichende Darstellung nach der Reichsverfassung der Paulskirche, der Reichsverfassung vom 16. April 1871 und der Reichsverfassung von Weimar, Diss., Jena 1928.

193 Vgl. Dr. Stegherr, Juristisches Referat, An Herrn Minister Dr. Appell, Betreff: Gesetzliche Untermauerung des Staatlichen Warenprüfungamtes, 19.2.1947, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 1r-1v.

194 Vgl. Gruppe Forschung und Technik der DWK an den stellv. Vorsitzenden der DWK, Herrn B. Leuschner, Betrifft: „Unsere Stellungnahme auf das Staatliche Warenprüfungsamt Thüringen“, 14.12.1948, BArch Berlin, DC15-517, unpag.

Lösung. Nach der Einrichtung der Bi-Zone durch die westlichen Alliierten hätte die SMAD aber keinen Hinderungsgrund mehr gesehen und wurde aktiv. Aufgrund stark begrenzter Handlungsmöglichkeiten sei die DWK anfangs von den Ländern der SBZ kaum anerkannt worden. Durch den SMAD-Befehl Nr. 32 vom 12. Februar 1948 zu Zusammensetzung und Vollmachten der DWK seien ihre Kompetenzen aber erweitert und ihre führende Position in einer neuen, zentralisierten Wirtschaftsordnung gefestigt worden.<sup>195</sup> Die Übertragung der wirtschaftlichen Leitung der SBZ auf die DWK am 9. März 1948 durch die SMAD brachte ihr dann auch die nötige politische Entscheidungsgewalt. Mit diesem Schritt beendete die Militäradministration zudem ihre Mitarbeit im alliierten Kontrollrat.<sup>196</sup> Darüber hinaus hatte der genannte Befehl auch Auswirkungen auf die noch junge Planwirtschaft der SBZ, mit der man sich noch enger mit der Sowjetunion verbinden wollte: Nach einem ersten Halbjahresplan wurde 1949/50 ein Zweijahresplan verabschiedet, der die Entwicklung der Industrie fördern sollte.<sup>197</sup>

Bezüglich der geplanten Angliederung des Amtes an die DWK riet die der Wirtschaftskommission untergeordneten Gruppen „Forschung und Technik“ ihrem Vorsitzenden Bruno Leuschner<sup>198</sup> im

---

195 Vgl. Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S. 52.

196 Vgl. Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 43.

197 Vgl. Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S. 53. Für Näheres zum DAMW in der Planwirtschaft siehe Kapitel 5.1.

198 Bruno Max Leuschner (12.08.1910 in Rixdorf-10.2.1965 in Ost-Berlin), 1925–1928: Ausbildung zum Industriekaufmann in Berlin, danach Anstellung im Ausbildungsbetrieb, 1928–1931: Weiterbildung durch Abendkurse an der Lessing- u. Humboldt-Hochschule in Berlin in den Fächern Ökonomie, Philosophie und Psychologie, 1930/31: Besuch von Kursen an der Marxistischen Abendschule, 1931: KPD, 1933–1936: Parteiarbeit in verschiedenen Funktionen, u. a. Mitherausgeber der illegalen Zeitung „Der rote Wedding“, 1933–1936: DAF (Ausschluss auf Lebenszeit), 1936: Verhaftung, 1937: Verurteilung wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu sechs Jahren Zuchthaus, 1937–1942: Inhaftierung im Zuchthaus, 1942–1945: Haft im KZ Wuhlheide in Berlin, im KZ Sachsenhausen und im KZ Mauthausen, dort als Blockältester eingesetzt und in der illegalen Parteigruppe aktiv, 1945: Befreiung und Rückkehr nach Berlin, dort Unterstützung beim Aufbau der Wirtschaftsabteilung der KPD, 1946: Leiter der Abteilung Wirtschaft und Finanzen der SED, 1947: Unterstützung des Aufbaus der DWK und Leiter der Abteilung für Wirtschaftsfragen der DWK, 1948: Stellv. Vorsitzender der DWK für Planung und Leiter der HV Wirtschaftsplanung, Unterstützung der Ausarbeitung der ersten Wirtschaftspläne der SBZ,

Dezember 1948, die Geraer Einrichtung dem in Aufbau befindlichen Büro für Normung und Gütesicherung bei der genannten Gruppe „Forschung und Technik“ zu unterstellen. Die sich in Planung befindlichen Abteilungen sollten ähnlich wie die Eichämter des Deutschen Amtes für Maß und Gewicht (DAMG)<sup>199</sup> dezentral an Produktionsschwerpunkten aufgebaut, aber zonal von der Deutschen Wirtschaftskommission gesteuert werden. Die Finanzierung sollte durch Prüfgebühren aus der Industrie und durch staatliche Subventionierung gesichert sein. Außerdem wurde eine enge Zusammenarbeit mit der Kammer der Technik (KdT)<sup>200</sup> vorgeschlagen, um gemeinsam mit deren Fachausschüssen

---

1948/49: Mitglied des Deutschen Volksrates, 1949/50: Abgeordneter der Provisorischen Volkskammer sowie Staatssekretär im Ministerium für Planung, 1950–1965: Mitglied des ZK der SED, 1950–1952: Erster Stellv. Vorsitzender der SPK, 1952–1961: Vorsitzender der SPK und Mitglied der SED-BPO in der SPK, seit 1952: Delegierter der DDR im RGW, 1953–1965: Abgeordneter der Volkskammer, 1953: Kandidat des Politbüros des ZK der SED, 1955–1965: Stellv. Vorsitzender des Ministerrates der DDR, 1958: Mitglied des Politbüros des ZK der SED, 1960–1963: Mitglied des Staatsrates der DDR, 1960–1965: Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, vgl. Müller-Engbers und Kaiser: Leuschner, Bruno Max, in: Biografische Datenbanken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/bruno-max-leuschner> (Letzter Zugriff: 5.7.2024); Weber: Leuschner, Bruno, 1985, S. 378 f.

- 199 Das Deutsche Amt für Maß und Gewicht (DAMG) entstand 1946 aus der während der letzten Kriegstage auf die Außenstelle in Weida (Thü.) verlegten Physikalisch-Technischen Reichsanstalt. Es bearbeitete vor allem den Bereich Metrologie und betrieb die Eichämter der SBZ/DDR. Das DAMG sah sich als ostdeutsches Pendant der späteren Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Ihre Nachfolgeeinrichtung, das Deutsche Amt für Messwesen (DAM), fusionierte 1964 mit dem DAMW zum Deutschen Amt für Messwesen und Warenprüfung.
- 200 Die Vereinigung von Wissenschaftlern, Wirtschaftsexperten und Ingenieuren, sowie der sog. „Neuerer“ (die Neuererbewegung stellte das Pendant zum bundesrep. „Betrieblichen Vorschlagwesen“ zur Verbesserung von Arbeitsabläufen und -umfeld in der Industrie dar), war 1946 vom FDGB gegründet worden. Sie bildete das Gegenstück zum westdeutschen VDI. Für weitere Informationen siehe: Fischhold: Kammer der Technik, 2011; Zachmann: Vom Industrie- zum Staatsangestellten, 2006.

Produktions- bzw. Qualitätsrichtlinien zu entwickeln.<sup>201</sup> Ob und wie Bruno Leuschner auf dieses Empfehlungsschreiben reagierte, ist nicht bekannt. Allerdings bestätigen die späteren Entwicklungen, dass dem Ratschlag der Gruppe „Forschung und Technik“ in Gestalt der Gründung des DAMW 1950/51 Folge geleistet wurde.

Neben der DWK förderte die Deutsche Zentralverwaltung der Industrie (DZVI) den wirtschaftlichen Wiederaufbau der SBZ. Sie war im Sommer 1945 als Teil mehrerer themengebundener Zentralverwaltungen aufgebaut worden, die verschiedene Wirtschaftsbereiche parallel zu den entsprechenden Abteilungen der SMAD betreuen sollten. Neben jener für die Industrie gab es u. a. auch Zentralverwaltungen für die Landwirtschaft, Brennstoffe sowie Reparationen und Lieferungen. Die DZVI spielte „bei der zentralen Lenkung, Planung und Verteilung der industriellen Produktion eine gewisse koordinierende Rolle, indem sie SMAD-Befehle sowohl vorbereitete als auch umzusetzen hatte.“<sup>202</sup> Sie unterstand ausschließlich der SMAD, war jedoch gegenüber den Wirtschaftsministerien und den Regierungen der Länder der SBZ nicht weisungsbefugt.<sup>203</sup> Bei der Untersuchung der Geschichte des StWPA wird die enge Verbindung zwischen dem Amt und der DZVI deutlich. Es war in vielen Fällen Auftragnehmer der Zentralverwaltung und prüfte beispielsweise ab Oktober 1947 dauerhaft die Erzeugnisse der Kunstseidenspinnerei sowie ab Januar 1948 die künstlichen Faserstoffe.<sup>204</sup>

---

201 Gruppe Forschung und Technik der DWK an den stellv. Vorsitzenden der DWK, Herrn B. Leuschner, Betrifft: „Unsere Stellungnahme auf das Staatliche Warenprüfungsamt Thüringen“, 14.12.1948, BArch Berlin, DC15-517, unpag. Die Fachausschüsse der zentralistisch organisierten KdT waren auf regionaler Ebene angesiedelt und den Bezirks- bzw. Regionalverbänden der Kammer unterstellt. Jede Wissenschaftsdisziplin hatte einen eigenen Fachverband, dem spezialisierte Fachsektionen bzw. Fachausschüsse angegliedert waren. Neben dem wissenschaftlichen Austausch wurden von den Ausschüssen auch Betriebsbesichtigungen und Beratungsveranstaltungen für die Industrie durchgeführt, vgl. Fischhold: Kammer der Technik, 2011, S. 34, 44.

202 Malycha: Die Staatliche Plankommission, 2016, S. 18.

203 Vgl. ebd., S. 19.

204 Vgl. Bericht für den Monat Oktober 1947, 10.11.1947, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 353, Bl. 144r-145v, bzw. Bericht für den Monat Januar 1948, 3.2.1948, ebd., Nr. 141, Bl. 190r-192v, hier Bl. 190r.

## 3.2 Das Staatliche Warenprüfungsamt und seine Abteilungen

Kaum zwei Monate nach der Gründung des StWPA gab die SMATH die Anweisung, die Prüftätigkeiten des Amtes über den Textilsektor hinaus auszuweiten. In einem Brief an Frommhold vom 10. August 1946 berichtete Präsident Rüffle,

dass sich die Tätigkeit des WPA [Warenprüfungsamtes, YS] nicht auf den Textilsektor zu beschränken hat, sondern dass die SMA - zunächst allerdings nur mündlich und ohne Fristsetzung - die Begründung des Leder- und Elektroindustriesektors zu erwägen gegeben hat.<sup>205</sup>

Damit griff er das bereits im Befehl Nr. 5 zur Gründung des StWPA erwähnte Problem der mangelhaften Qualität von Schuhen und Metall- bzw. Elektrowaren, die als Reparationsgüter vorgesehen waren, auf.<sup>206</sup> Rüffle erklärte dazu weiterführend: „Der Markt wird in einem Umfange mit minderwertigen Waren überschwemmt, daß gewisse Wirtschaftskreise bereits im Begriff stehen, zur Selbsthilfe zu schreiten, ohne indessen über ausreichende Möglichkeiten zu verfügen.“<sup>207</sup> Neben der Gründung der genannten Sektionen sollte nach der metallurgischen Abteilung, die auch Maschinen und elektrische Geräte prüfen sollte, eine Abteilung für Lederwaren und eine für die Prüfung von Produkten der Papier- und Pappenindustrie sowie von Verpackungsmaterial folgen. Vorbild für alle Abteilungen sollte die Struktur der

205 Dipl. Ing. Max Rüffle, Leiter des Staatl. Warenprüfungsamtes, An Herrn Landesdirektor Frommhold oViA in Weimar, Betreff: Bericht über den Stand der Entwicklung des Staatl. Warenprüfungsamtes, 10.8.1946, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 827, Bl. 63r-66v, hier Bl. 65v.

206 Vgl. Befehl Nr. 5 des Chefs der sowjetischen Militärverwaltung des Freistaates Thüringen, 30.5.1946, GARF, 7184 (SMA Thüringen)/1/7, Bl. 252-258, hier Bl. 252.

207 Begründung zur 2. Ergänzung über Errichtung von technischen Laboratorien vom 7.6.1946, ausgestellt vom StWPA, unterzeichnet von Rüffle, 23.1.1947, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 6r-9r, hier Bl. 7r.

textilwirtschaftlichen Abteilung sein.<sup>208</sup> Bereits im September 1946, also nur wenige Monate nach der Gründung des Amtes, waren dort insgesamt 116 Personen beschäftigt (Tab. 1).<sup>209</sup>

Tab. 1: Entwicklung der Mitarbeiterzahlen des StWPA/DAMW von 1946-1964.<sup>210</sup>

1946	1951	1952	1955	1963	1964
116	600	1716	1112	1400	2809

Die Tabelle zeigt den rasanten Anstieg der Mitarbeiterzahlen des StWPA/DAMW seit seiner Gründung bis zur Fusion mit dem Deutschen Amt für Messwesen. Besonders in der Konsolidierungsphase 1951/52, in der verschiedenste Labore und Hoch- und Fachschulinststitute dem DAMW als Prüfdienststellen unterstellt wurden, lässt sich ein Wachstumssprung feststellen. Ähnlich ist auch der Personalzuwachs 1964 zu begründen, da zu diesem Zeitpunkt der Zusammenschluss von DAMW und dem Deutschen Amt für Messwesen erfolgte und das Mess- und Eichwesen die Material- und Warenprüfung im „DAMW-neu“<sup>211</sup> ergänzte.

208 Vgl. ebd.

209 Vgl. Staatliches Warenprüfungsamt an das LAW, Abt. Textil, z. Hd. Herrn Götz, Weimar, Betreff: Arbeitsplan für das Staatl. Warenprüfungsamt. Bezug: Dort. Telegramm, hier eingegangen am 30.9.1946, 2.10.1946, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 2021, Bl. 10r-14r.

210 Tabelle erstellt auf Grundlage von: Ebd.; Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Allgemeine Verwaltung, An die Staatliche Plankommission, Sekretariat Straußberger, Berlin, Betreff: Zuteilung von IN-Scheinen für Mitarbeiter des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung, 17.4.1951, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.; Erläuterungen zum Stellenplan – Entwurf 1952 der Deutschen Amtes für Material und Warenprüfung, Berlin, 1.4.1952, ebd., unpag., S. 1; Organigramm DAMW (Stand 1955), BArch Berlin, DF4-40301, unpag.; Grundsätze der Arbeit des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, 31.7.1963, ebd., DE1-54921, unpag.; [An] Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR, Genossen Prof. Dr. Lilie, 31.8.1964, ebd., DE1-50346, unpag. Für Mitarbeiterzahlen des MPA in Berlin-Dahlem bzw. der späteren BAM siehe die Studie von Elisabeth Kölmel.

211 Bei dem Begriff handelt es sich um eine Neuschöpfung der Autorin, der die Unterscheidung zwischen dem Deutschen Amt für Material- und Warenprüfung und dem Deutschen Amt für Messwesen und Warenprüfung erleichtern soll.

Das StWPA sollte nun also auch Muster aus den Industriebereichen Metallurgie, Maschinenbau und Elektrotechnik, Leder- und Schuhindustrie, Papier-, Pappen-, und Verpackungsindustrie sowie der Baustoffindustrie von den Produzenten anfordern und prüfen. Die Unternehmen waren aufgefordert, kostenfrei Proben zur Verfügung zu stellen und die Güteanforderungen des Amtes umzusetzen sowie „die Überwachung des Betriebes auf die Einhaltung dieser Anforderungen zu dulden und alle von dem Amt für die Durchführung seiner Aufgaben geforderten Auskünfte zu erteilen.“<sup>212</sup> Die Verordnung trat rückwirkend zum 1. Juli 1947 in Kraft. Bemerkenswert ist, dass ihr kein Befehl der SMAD oder SMATH zugrunde lag. Es ist zu vermuten, dass die thüringische Landesregierung diese Entscheidung aber in Absprache mit der Militäradministration traf, da auch in den neuen Abteilungen neben Produkten für den zivilen Bedarf weiterhin Reparationsgüter geprüft wurden.

### 3.2.1 Die Schuhprüfstelle Erfurt bzw. die Abteilung für Leder- und Schuhindustrie

Für die Zeit von Oktober 1947 bis Oktober 1950 sind nahezu durchgehend Monats- und auch Jahresberichte des StWPA überliefert, die die Gründung und Entwicklung der einzelnen Prüfbereiche abbilden und außerdem Aufschluss über die Einbeziehung des StWPA in die Reparationspolitik der SMAD/SMATH geben. Der Gründungsprozess der einzelnen Abteilungen wird in den nachfolgenden Teilkapiteln ausgerollt. Im ersten der vorhandenen Berichte aus dem Oktober 1947 besteht bereits eine Schuhprüfstelle in Erfurt.<sup>213</sup> Die Stelle gilt als erste weitere Abteilung, die neben der zentralen Prüfstelle für Textilien in Gera eingerichtet wurde.

---

212 Regierungsbblatt für das Land Thüringen, Nr. 15, Teil I: Gesetzesammlung, Verordnung über die Tätigkeit des Staatlichen Warenprüfungsamtes vom 29. August 1947, 17.9.1947, S. 68, Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena, Universal Multimedia Electronic Library (UrMEL), URL: [https://zs.thulb.uni-jena.de/rsc/viewer/jportal\\_derivate\\_00200034/000356\\_0711b.tif?logicalDiv=jportal\\_jpvolume\\_00114559](https://zs.thulb.uni-jena.de/rsc/viewer/jportal_derivate_00200034/000356_0711b.tif?logicalDiv=jportal_jpvolume_00114559) (Letzter Zugriff: 27.2.2023).

Erfurt wurde als Standort der Abteilung ausgewählt, da die Stadt für die Schuhindustrie besonders bedeutend war. Das Laboratorium wurde in einem Nebengebäude der Schuhfabrik Lingel eingerichtet.<sup>214</sup> Diese Fabrik war zu Beginn des 20. Jahrhunderts einer der größten Schuhhersteller Deutschlands und produzierte bereits im Ersten Weltkrieg Militärstiefel und Munitionsteile.<sup>215</sup> Auch während des Zweiten Weltkriegs nahm sie Aufträge des Wehrmachtsbeschaffungsamtes bzw. der Rüstungsindustrie an, zu deren Bearbeitung auch Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene eingesetzt wurden. Nach Kriegsende demonitierte die SMAD einen Großteil der technischen Ausstattung der Fabrik und überführte sie zusammen mit der Erfurter Schuhfabrik Heß AG in die UdSSR.<sup>216</sup>



Abb.3: Teilansicht des Büroraums der Abteilung Leder- und Schuhindustrie. (LATH – HStA Weimar)

- 213 Vgl. Bericht für den Monat Oktober 1947, 10.11.1947, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 353, Bl. 144r-145v, hier Bl. 144r. Dadurch kann die von Schonauer auf Dezember 1947 datierte Gründung der Schuhprüfstelle widerlegt werden, vgl. Schonauer: Entstehung, 1980, S. 39.
- 214 Vgl. Begründung zur 2. Ergänzung über Errichtung von technischen Laboratorien vom 7.6.1946, ausgestellt vom StWPA, unterzeichnet von Ruffle, 23.1.1947, ebd., Nr. 352, Bl. 6r-9r, hier Bl. 7v.
- 215 Vgl. Rassloff: Erfurt, 2019, S. 241 f., bzw. Ders.: Flucht, 2003, S. 51.
- 216 Vgl. Burkhardt und Sedler: Im Zeichen, 2014, S. 242, 248.

Im Fokus der Arbeit der Abteilung des StWPA stand eine optische Beschau der eingereichten Schuhmodelle anstatt einer technischen Prüfung. Das hatte den Grund, dass in der SBZ durch die bereits erwähnten massenhaften Demontagen keine Maschinen zu diesem Zweck zur Verfügung standen. Darüber hinaus war das Deutsche Lederinstitut (DLI) im sächsischen Freiberg für die Prüfung der in der Schuhproduktion verwendeten Rohstoffe zuständig.<sup>217</sup> Für die Beschauprüfung in Erfurt wurden je zwei Muster pro Modell durch einen Vertrauensmann der Schuhindustrie begutachtet und die Resultate entsprechend gekennzeichnet. Ein Muster wurde an den herstellenden Betrieb zurückgesandt, das andere verblieb in der Prüfstelle. Neben den Begutachtungen der Muster wurden in regelmäßigen Abständen auch Kontrollen in den Unternehmen selbst durchgeführt. Die Anmerkungen zur Verbesserung der Produktqualität wurden während dieser Visiten zunächst mündlich ausgegeben. Allerdings stellte die Abteilung fest, dass die Anweisungen häufig nicht umgesetzt wurden. Daher wurden seit Mitte 1947 Protokolle über die Betriebsbesichtigungen geführt. Das jeweilige Unternehmen hatte bei Beanstandungen der hergestellten Schuhe einen Vertreter zu einem Verhandlungstermin in der Erfurter Schuhprüfstelle zu entsenden und zu den Beanstandungen Stellung zu nehmen. Die Betriebe hatten also die Möglichkeit, sich mündlich zu rechtfertigen, bevor weitere Schritte eingeleitet wurden.<sup>218</sup>

Die geteilte Zuständigkeit der Schuhprüfung in Erfurt und Freiberg rief bereits in einem frühen Stadium Schwierigkeiten hervor. Schon im Januar 1947 ordnete der Chef der Verwaltung der Leichtindustrie der SMAD, Ing. Boris Konstantinowitsch Blagowestow<sup>219</sup>,

---

217 Vgl. Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammengestellt am 1.7.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 69r-86r, hier Bl. 78v.

218 Vgl. Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammengestellt am 1.7.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 69r-86r, hier Bl. 78v f.

219 Ing. Boris Konstantinowitsch Blagowestow (Lebensdaten unbek.), Mitarbeiter des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR, ab Juli 1945: Chef der Gruppe Leichtindustrie der Industrieabteilung, ab Dezember 1945: Chef der Unterabteilung Lederschuh-Industrie in der Abteilung Leichtindustrie, ab März 1946: Chef der Abteilung Leichtindustrie, ab Juli 1946: Chef der Verwaltung Leichtindustrie, vgl. Möller u. A.: SMAD-Handbuch, 2009, S. 616.

gegenüber dem thüringischen Wirtschaftsministerium an, dass die Prüfung von Schuhen und Ledererzeugnissen nun im sächsischen Freiberg stattfinden sollte. Blagowestow selbst war Ingenieur und hatte in der Lederschuh-Industrie gearbeitet.<sup>220</sup> Er erklärte, dass

[d]ie genannte Versuchsanstalt [...] über langjährige Erfahrungen auf diesem Gebiet [verfügt], so dass wir es für zweckmäßig halten, sämtliche Prüfungen von Leder- und Schuhmaterialien, die von den Firmen der Leder- und Schuhindustrie in der Sowjetischen Besatzungszone hergestellt werden, in der oben genannten Versuchsanstalt zu konzentrieren.<sup>221</sup>

Damit wurde dem vorangegangenen Vorschlag des thüringischen Landesamts für Wirtschaft, die Leder- und Schuhprüfung per SMAD-Befehl an das StWPA Thüringen zu binden, nicht entsprochen. Es entwickelten sich also zwei Prüfstellen mit ähnlichen Bearbeitungsthemen. Zum einen betrieb das StWPA die Schuhprüfstelle in Erfurt, die ihren Fokus auf die optische Prüfung der Schuhe mit besonderer Berücksichtigung des verwendeten textilen Obermaterials legte. Zum anderen unterhielt die DWK das DLI in Freiberg, das in erster Linie die für die Schuhindustrie verwendeten Rohstoffe, im Besonderen das Leder, prüfte.<sup>222</sup>

Ab April 1948 forderte das DLI eigenständig Muster aus der Schuhproduktion zur Qualitätsprüfung an.<sup>223</sup> Nach Rücksprache mit der DWK im Mai sollte in Erfurt das Zentrum der zonenweiten Schuhprüfung sowie der Verwaltungssitz eingerichtet werden. Die Zuständigkeit für die Lederuntersuchung wurde Freiberg zugesprochen. Trotzdem waren die beiden Einrichtungen angehalten, einen engen

---

220 Vgl. ebd.

221 Sowjetische Militäradministration in Deutschland, Verwaltung der Leichten Industrie, Abteilung Leder- und Schuhindustrie, Berlin-Karlshorst, An das Wirtschaftsministerium des Landes Thüringen, Herrn Götz, 31.1.1947, Sächsisches Staatsarchiv (SächsStA), Staatsarchiv Chemnitz (StA-C), 31421/120, Bd. 1, unpag.

222 Vgl. An die Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Forschung und Forschungslenkung, Dresden, Betr.: Erfassung der Konstruktionsbüros und Laboratorien, 21.5.1948, SächsStA - StA-C, 31421/121, unpag.

223 Vgl. Bericht für den Monat April 1948, 3.5.1948, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 847, Bl. 64r-67r, hier Bl. 64v.

Austausch miteinander zu pflegen.<sup>224</sup> Doch im Juli 1948 stand fest, dass die Bemühungen zur Zusammenarbeit erfolglos waren. Das StWPA hatte sich aus der Schuhprüfung zurückgezogen, da das DLI diesen Bereich umfassend für sich beanspruchte.<sup>225</sup> Die Abteilung Materialprüfung des Instituts wurde später organisatorisch als Prüfdienststelle 361 dem DAMW angegliedert, blieb rechtlich aber weiterhin dem DLI unterstellt.<sup>226</sup>

Das StWPA kritisierte, dass das Freiburger Institut die Schuhmuster vorrangig im Hinblick auf die Lederqualität begutachtete und der Textilbranche kaum Anhaltspunkte zur Verbesserung gab. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Prüfstelle in einem Organisationsplan vom Juni 1948 als „Abteilung für Leder- und Schuhindustrie“ mit Sitz in Erfurt bezeichnet wurde. Die Zusammenarbeit mit dem DLI blieb darin nicht unerwähnt, allerdings befand sich dem Dokument zufolge ein Lederlaboratorium in Weida im Aufbau.<sup>227</sup> Zum 15. August 1948 sollte dieses Laboratorium „bei der Firma Dix“ in Weida den Betrieb aufnehmen.<sup>228</sup> Die Gründung war bereits im Mai durch die SMAD angeordnet worden, wobei die Erlaubnis erteilt wurde, die Schuhprüfstelle in Erfurt zu belassen.<sup>229</sup> Das mag auch damit zusammenhängen, dass das Referat Schuhe und Leder der DWK ab April 1948 diesen Prüfbereich dem Warenprüfungsamt überlassen hatte.<sup>230</sup> Die große Produktionshalle und andere Räumlichkeiten der Fabrik hatten während des Kriegs außerdem als Ausweichquartier für die ausgelagerte PTR in Weida gedient.

---

224 Vgl. Bericht für den Monat Mai 1948, 5.6.1948, ebd., Nr. 141, Bl. 182r-185r, hier Bl. 182r-184r.

225 Vgl. Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammengestellt am 1.7.1948, ebd., Nr. 352, Bl. 69r-86r, hier Bl. 76r.

226 Vgl. Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 216.

227 Vgl. Organisationsplan, Stand 15.6.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 88v. Vgl. dazu auch: Schonauer: Entstehung, 1980. Für eine Abschrift des Organisationsplans siehe den Anhang dieser Arbeit.

228 Vgl. Bericht für den Monat Juni 1948, 5.7.1948, ebd., Nr. 141, Bl. 176r-180r, hier Bl. 176r.

229 Vgl. Bericht für den Monat Mai 1948, 5.6.1948, ebd., Bl. 182r-185r, hier Bl. 182r.

230 Vgl. Bericht für den Monat April 1948, 3.5.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 847, Bl. 64r-67r, hier Bl. 64r.

Die Lederverarbeitung bzw. die Gerbereien und Schuhfabriken waren seit jeher ein bedeutender Wirtschaftszweig in Weida, denn die erforderlichen Gerbmittel konnten aus den Rinden der an den Hängen der ortsnahen Flüsse Auma und Weida wachsenden Bäume gewonnen werden. Seit dem Ende des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 florierte die ortsansässige Lederindustrie. Die meisten der Unternehmen wurden zwischen 1946 und 1949 enteignet und zu den VEB Lederwerken Weida zusammengeschlossen. Aus dieser Fusion hatte sich zum einen eine renommierte Ausbildungsstätte für Ledergerber, an der auch ausländische Schüler unterrichtet wurden, sowie zum anderen ein Forschungszentrum für Ledererzeugnisse entwickelt.<sup>231</sup> Der genaue Zeitpunkt, ab dem die Abteilung in Weida Prüfaufträge aus der gesamten SBZ annahm, bleibt ungeklärt.

### 3.2.2 Die Metallwirtschaftliche Abteilung

Zum 1. November 1947 wurde die Metallwirtschaftliche Abteilung des StWPA ins Leben gerufen.<sup>232</sup> Sie wurde an die bereits bestehende Abteilung für Materialforschung am Institut für Technische Physik der Friedrich-Schiller-Universität Jena angegliedert.<sup>233</sup> Diese war zwar apparativ gut ausgestattet, konnte aber nach Kriegsende kaum eine wissenschaftliche Aktivität vorweisen, da auch die Lehrtätigkeit des Leiters, Prof. Alfred Eckardt<sup>234</sup>, geruht hatte. Daher war sie von der Streichung aus dem Universitätsetat durch die Haushaltsabteilung der SMAD und damit einer Schließung bedroht.<sup>235</sup> Prof. Eckardt war als

---

231 Vgl. Joseph u. A.: Das nördliche Vogtland, 2006, S.120.

232 Vgl. Bericht für den Monat Oktober 1947, 10.11.1947, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 353, Bl. 144r-145v, hier Bl. 144v.

233 Vgl. Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Hauptabteilung Industrie und Brennstoffe, vertreten durch den Leiter des Staatlichen Warenprüfungsamtes und dem Ministerium für Volksbildung, vertreten durch den Kurator der Friedrich-Schiller-Universität, 25.9.1947, ebd., Nr. 141, Bl. 219r f.

234 Für die Biografie von Alfred Eckardt siehe Kapitel 4.3.

235 Vgl. Begründung zur 2. Ergänzung über Errichtung von technischen Laboratorien vom 7.6.1946, ausgestellt vom StWPA, unterzeichnet von Ruffle, 23.1.1947, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 6r-9r, hier Bl. 7r.

Abteilungsleiter vorgesehen und sollte außerdem weiterhin an der Universität als Dozent der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät lehren. Hauptamtlich sollte er an der Universität angestellt bleiben, die Tätigkeit für das StWPA sollte der Vereinbarung zufolge in einem gesonderten Vertrag geregelt werden. Die Metallwirtschaftliche Abteilung und das Universitätsinstitut sollte grundsätzlich selbstständig bleiben, sich aber fachlich austauschen. Auch die ministeriellen Zuständigkeiten sowie die Haushaltsführung sollten getrennt bleiben.<sup>236</sup> Die Universität hatte bereits unmittelbar nach Kriegsende damit begonnen, Instrumente für ein rein wissenschaftlich arbeitendes Materialprüfungsinstitut zu sammeln. Durch die „Verordnung über die Tätigkeit des Staatlichen Warenprüfungsamtes“ vom 29. August 1947 war zwar die Ausweitung auf den Metallsektor befohlen worden, allerdings sah sich das thüringische Landesamt für Wirtschaft nicht in der Lage, ein neues Institut für diesen Forschungsbereich einzurichten. Daher wurde das wissenschaftlich arbeitende Universitätsinstitut mit dem technischen Prüfdienst des StWPA verbunden.<sup>237</sup> Auf diese Weise war eine Einbindung der Abteilung des Warenprüfungsamtes in aktuelle Forschungsdebatten und die gewissenhafte Bearbeitung der Prüfaufträge durch die Verwendung von hochwertigen Instrumenten gewährleistet. Die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen des StWPA im Metallsektor wurden also optimal miteinander verbunden. Aufgetragen wurden der Abteilung anfangs z. B. Versuche mit Fahrradteilen und die Entwicklung einer Lagerprüfmaschine. Außerdem sollten bereits in diesem frühen Stadium Maßnahmen getroffen werden, um sich von den Arbeitsbereichen des DAMG, der DZVI und der KdT abzugrenzen, um Überschneidungen zu vermeiden und Kompetenzen abzustecken.<sup>238</sup>

---

236 Vgl. Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Hauptabteilung Industrie und Brennstoffe, vertreten durch den Leiter des Staatlichen Warenprüfungsamtes und dem Ministerium für Volksbildung, vertreten durch den Kurator der Friedrich-Schiller-Universität, 25.9.1947, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 141, Bl. 219r f.

237 Vgl. Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammengestellt am 1.7.1948, ebd., Nr. 352, Bl. 69r-86r, hier Bl. 82r.

238 Vgl. Bericht für den Monat Oktober 1947, 10.11.1947, ebd., Nr. 353, Bl. 144r-145v, hier Bl. 144v.

Im Zuge der Gründung der Abteilung wurde auch die Einrichtung einer Maschinenbaugruppe und einer elektrotechnischen Gruppe avisiert. Amtspräsident Rüffle erklärte dazu gegenüber dem thüringischen Wirtschaftsminister Willy Hüttenrauch<sup>239</sup>, dass dafür bereits Verhandlungen mit dem DAMG und der Abteilung Planung und Statistik der Hauptabteilung für Industrie und Brennstoffe des Wirtschaftsministeriums, der das Amt unterstellt war, aufgenommen worden seien, „um die notwendige Kompetenztrennung als Voraussetzung für eine wechselseitig fördernde Arbeit zu schaffen.“<sup>240</sup> Diese Gruppen wurden dem Jenaer Institut später als Referate angegliedert.<sup>241</sup>

Die Metallwirtschaftliche Abteilung des StWPA war in fünf Bereiche unterteilt. Es wurde ein mechanisch-technologisches Laboratorium zur Durchführung von Metalluntersuchungen und Prüfung von Fertigteilen, ein optisches bzw. fotooptisches bzw. Röntgenlaboratorium für Metall- und Gefügeuntersuchungen sowie Durchleuchtungen, ein chemisches Laboratorium für Metallanalysen und Brennwertuntersuchungen, ein elektrisches Laboratorium zur Prüfung von Strahlungsgeräten und medizinischen Hochfrequenzgeräten sowie zur Prüfung der Leistungsaufnahme und Abgabe elektrischer Geräte und eine Betriebswerkstatt eingerichtet. Da die Abteilung bereits in ihrer Frühphase mit zahlreichen Prüfaufträgen beauftragt wurde, wurde bald eine Expansion in Betracht gezogen. Dazu wurde zum 15. August 1948 eine Prüfstelle in Schmalkalden aufgebaut, die an die dortige Fachschule für Kleineisen- und Stahlindustrie angegliedert war. Der Direktor der Schule war als

---

239 Willy Hüttenrauch (10.3.1909 in Weimar-23.2.1996 in Berlin), 1925: SAJ, 1927: SPD, nach 1933: Illegale politische Arbeit und Verhaftung, 1940: Einberufung zur Wehrmacht, 1945/46: KPD/SED, 1945-1972: Politische Laufbahn im Staatsdienst, vom Referenten im thüring. Landesamt für Sozialwesen, über thüring. Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr bis zum Botschafter der DDR in der Mongolischen Volksrepublik, vgl. Herbst: Hüttenrauch, Willy, in: Biografische Datenbanken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/willy-huettenrauch> (Letzter Zugriff: 5.7.2024); Kachel: Sonderweg, 2011, S. 556.

240 Stellungnahme des Staatlichen Warenprüfungsamtes zur Anordnung der SMA Nr. 405 vom 27.10.1947, Präsident Max Rüffle an Herrn Minister Hüttenrauch, Weimar, 8.11.1947, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 353, Bl. 209r-210v, hier Bl. 209v.

241 Vgl. Organisationsplan (Stand 15.6.1948), ebd., Nr. 352, Bl. 88v.

Leiter der Nebenstelle vorgesehen. Sie sollte die zentrale Einrichtung in Jena entlasten und besonders Aufträge in den Bereichen Werkzeug- und Werkzeugmaschinenprüfung sowie Motorenprüfung bearbeiten. Darüber hinaus wurden in den Ernst-Thälmann-Werken in Suhl, dem VEB Bergbau- und Hüttenkombinat Maxhütte in Unterwellenborn und dem VEB Kolbenring Komet in Gera jeweils Betriebsprüfstellen eingerichtet.<sup>242</sup> Die hier vorgestellten Abteilungen und andere wissenschaftliche Einrichtungen wurden im Zuge der Gründung des DAMW zu Prüfdienststellen. Aus der Unterabteilung in Schmalkalden wurde bspw. die Prüfdienststelle 511.<sup>243</sup>

Im März 1949 zog die Abteilung von Jena nach Altenburg um, wurde in einem Flügel des ehemaligen Marstalls untergebracht und fand damit im selben Gebäude wie jene für die Prüfung der Erzeugnisse der Papier-, Pappen- und Verpackungsindustrie ihren neuen Standort.<sup>244</sup> Die Dienststelle in Jena wurde jedoch nicht vollständig aufgehoben, sondern arbeitete in kleinerem Umfang weiter.<sup>245</sup> Für den metallwirtschaftlichen Bereich des Amtes ergaben sich aufgrund seiner Standorte gewichtige Verknüpfungen zur Wissenschafts- und Industrielandschaft der SBZ. Die Anbindung an die Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie die Fachschule für Kleineisen- und Stahlindustrie Schmalkalden garantierte erstens apparativ gut ausgestattete Forschungseinrichtungen, an denen die Arbeit unverzüglich aufgenommen werden konnte. Denn das thüringische Wirtschaftsministerium hatte nicht die entsprechenden finanziellen Mittel, um eine metallwirtschaftliche Prüfstelle einzurichten. Die Angliederung der Prüfstellen an bereits bestehende Institute sorgte zweitens für eine optimale Einbindung in die aktuellen Fachdiskurse der Materialforschung und Metallprüfung,

242 Vgl. Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammenge stellt am 1.7.1948, ebd., Bl. 69r-86r, hier Bl. 82v-84v, bzw. vgl. Organisationsplan (Stand 15.6.1948), ebd., Bl. 88v.

243 Vgl. Wer prüft was? Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, Stand vom 31.3.1951, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

244 Vgl. Jahresbericht 1949, 23.12.1949, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen – Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 847, Bl. 1r-4r, hier Bl. 3r f. Für die Skizzierung der Entwicklung der Abteilung siehe das nächste Unterkapitel.

245 Vgl. Staatliches Warenprüfungsamt, Zentralverwaltung, Rüffle, An das Ministerium für Wirtschaft, Staatl. Warenprüfungsamt, Metallwirtschaftliche Abteilung in Jena, Betreff: Umzug nach Altenburg, 4.3.1950, ebd., Nr. 141, Bl. 216r-216v.

nicht zuletzt wegen der Amtsunion der Institutsleiter. Drittens entstand so eine enge Verbindung zum wissenschaftlichen Nachwuchs und die Möglichkeit, besonders fähige junge Wissenschaftler und Ingenieure für eine Karriere am StWPA zu begeistern. Die Einrichtung von Betriebsprüfstellen bei thüringischen Unternehmen verschiedenster Ausrichtungen gewährleistete viertens, dass das Warenprüfungsamt bei mangelhaften Produktionsergebnissen die Herstellungsprozesse direkt beeinflussen konnte. Außerdem konnten die Waren direkt vor Ort geprüft werden und weite Wege zur Prüfstelle wurden vermieden.

Rüffle konkretisierte 1948 gegenüber der DWK die Aufgaben der Abteilung. Sie umfassten:

Laufende Überwachung des zur Verarbeitung kommenden Materials mittels chemischer, mech.-technologischer, optischer bzw. photooptischer und röntgenologischer Untersuchungen. Schaffung einer Übersicht über die Leistung der metallurgischen Industrie zum Zwecke der Auffindung einheitlicher Fabrikationsrichtlinien mittels Materialprüfung in chemischer und mech.-technologischer Hinsicht.<sup>246</sup>

Im Vergleich zu den ersten Ausführungen aus dem o. g. Monatsbericht vom Oktober 1947 war das Aufgabengebiet der metallwirtschaftlichen Abteilung ein Jahr später bereits breit gefächert. Bemerkenswert ist, dass im Februar 1948 Konflikte mit der DZVI entstanden, die dem Monatsbericht zufolge „eventuell auch ohne Rücksicht auf schon Vorhandenes“ Institute zur Metallprüfung gründen und in Sachsen ansiedeln wollte. Diese sollten dann für die gesamte SBZ zuständig sein.<sup>247</sup> Der weitere Verlauf dieser Planungen ist in den Quellen zum StWPA nicht belegt.

---

246 Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft, Hauptabt. Industrie und Brennstoff, Staatl. Warenprüfungsamt, Verwaltung, An die Deutsche Wirtschaftskommission, Abt. Forschung und Entwicklung, Berlin W 8, Leipzigerstr. 5/7, Btr.: Material- und Warenprüfungsämter, Bezug: Dorziges Schreiben v. 21.5.48 Em/Wa, 16.6.1948, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 141, Bl. 65r-67v.

247 Vgl. Bericht für den Monat Februar 1948, 3.3.1948, Laufende Überwachung des zur Verarbeitung kommenden Materials, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 61r-64v.

### 3.2.3 Die Abteilung für Papier-, Pappen- und Verpackungsindustrie

Neben der Prüfung von Textilien, Metallwaren und Schuhen zählte auch die Qualitätskontrolle von Papier, Pappen und Verpackungsmitteln zu den Aufgaben des StWPA. Dazu wurde am 1. Januar 1948 eine entsprechende Abteilung im thüringischen Altenburg gegründet.<sup>248</sup> Ihr Standort war die erwähnte ehemalige Remise des Altenburger Marstalls. Die Stadt galt als ein Zentrum der Papierindustrie. Seit dem frühen 19. Jahrhundert wurden dort u. a. Spielkarten industriell hergestellt, die Produktion ist dort bis heute ansässig.<sup>249</sup> 1905 wurde in Altenburg eine Fachschule für Papiermacher gegründet, die an das dortige Technikum, ein Zusammenschluss von Fachschulen, angeschlossen war. 1934 wurde es um eine Fachschule für Kartonagenteknik ergänzt – zu dieser Zeit einmalig in Europa und vermutlich sogar weltweit.<sup>250</sup>

Die Basis der Abteilung für Papier-, Pappen- und Verpackungsindustrie des StWPA stand nur bedingt im Kontext zum Altenburger Technikum. Genau genommen ging sie aus dem daran angeschlossenen Versuchslaboratorium des Reichsverbandes der Wellpappenfabrikanten hervor. Das Technikum selbst wurde erst 1950, u. a. auf Betreiben Rüffles in seiner Funktion als Vertreter des Ministeriums für Planung, als Betriebsfachschule Altenburg bzw. Fachschule für die VEB der Zellstoff-, Papier- und Verarbeitungsindustrie wiedereröffnet.<sup>251</sup> Die Remise bzw. das Laboratorium blieb von diesen Entwicklungen unberührt, weshalb auch die Prüfabteilung des StWPA so zügig ihre Arbeit aufnehmen konnte.

Für die Qualitätskontrollen von Papiererzeugnissen war es ursprünglich geplant, die Prüfstellen auf zwei Standorte aufzuteilen. In Greiz sollte die Papier- und Pappenkontrolle in Zusammenarbeit mit einer ansässigen Papierfabrik angesiedelt, in Altenburg die zuständige Stelle für das Verpackungsmaterial eingerichtet werden. Da schon im Januar 1947 eine zu geringe Auslastung der Stellen im Raum stand, war von vornherein eine Zuständigkeit für die gesamte SBZ geplant.<sup>252</sup>

248 Vgl. Bericht für den Monat Dezember 1947, 3.1.1948, ebd., Nr. 353, Bl. 153r-154v, hier Bl. 154r.

249 Vgl. Schmidt-Bachem: *Aus Papier*, 2011, S. 692–697.

250 Vgl. Heinzig und Richter: *Papiergeschichte*, 2005, S. 99, 102, 116.

251 Vgl. ebd., S. 119.

252 Vgl. Begründung zur 2. Ergänzung über Errichtung von technischen Laboratorien vom 7.6.1946, ausgestellt vom StWPA, unterzeichnet von Rüffle, 23.1.1947, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirt-

Letztendlich wurden die Überlegungen zur Aufteilung der Prüfstelle nicht realisiert und die Abteilung vollständig in Altenburg angesiedelt. Es ergab sich die Gelegenheit, die vorhandene apparative Ausstattung durch einen Vertrag mit der Stadt Altenburg an das StWPA dauerhaft auszuleihen. Auch die DZVI hatte Interesse an der Einrichtung eines Instituts zur Papierprüfung, allerdings gelang nur dem Warenprüfungsamt der erfolgreiche Abschluss dieses Vorhabens.<sup>253</sup>

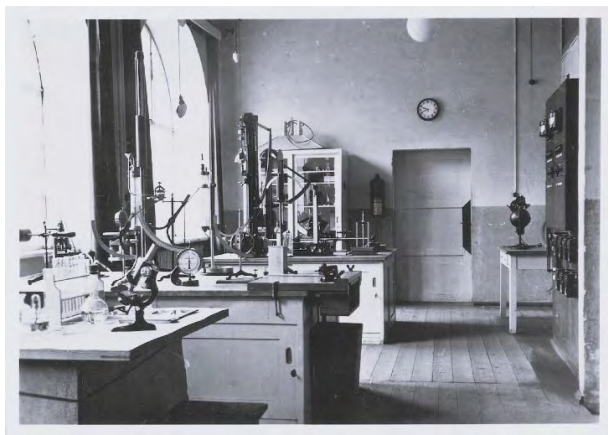


Abb. 4: Teilansicht des Papier- und Pappenuntersuchungslaboratoriums. (LATH – HStA Weimar)

Mit Aufnahme der Prüftätigkeit der Abteilung waren alle in diesem Bereich tätigen Unternehmen dazu verpflichtet, Muster von sämtlichen sich in Produktion befindlichen Erzeugnissen, sowie nach je 50 t Produktionsmasse ein weiteres Muster einzureichen. So wollte sich die Abteilung einen Überblick über die Situation in der Industrie bzw. die Entwicklung der Produktqualität verschaffen. Dabei stellte sich heraus, dass die nur in geringem Umfang vorhandenen Rohstoffe wirtschaftlich ineffektiv eingesetzt wurden. Um dies zu korrigieren, wurde der wissenschaftliche Austausch innerhalb dieser Branche vorangetrieben. Am 28. Mai 1948 fand in Altenburg eine Tagung für Papiertechniker statt, zu der Vertreter aus der gesamten SBZ eingeladen waren. Bei dieser

---

schaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 6r-9r, hier Bl. 7v.

253 Vgl. Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammen- gestellt am 1.7.1948, ebd., Bl. 69r-86r, hier Bl. 80v.

Tagung wurden auch die ersten Mindestgütevorschriften für die Herstellung von Papier-, Pappen- und Verpackungsmaterial erarbeitet. Ab Juni 1948 arbeitete die Abteilung planmäßig und nahm auch Aufträge von außerhalb Thüringens, besonders häufig aus Sachsen, an. Neben der Prüfung von Erzeugnissen in Altenburg sollten auch vor Ort bei den Herstellern Kontrollen durchgeführt werden.<sup>254</sup> Seinen Zweck sah das Institut in der „Schaffung eines öffentlichen Prüfamtes, das ein amtliches Zeugnis über die Prüfergebnisse ausstellt.“<sup>255</sup> Ähnlich wie in den anderen Abteilungen sollten die Zeugnisse dazu dienen, die Produzenten bereits im Herstellungsprozess zu beraten, um mangelhafte Erzeugnisse zu vermeiden.

Die Altenburger Abteilung wurde mit Gründung des DAMW 1951 zur Prüfdienststelle 581 umgewidmet. Außerdem wurden in der ehemaligen Remise Prüfdienststellen für Metallenerzeugnisse und Nahrungsmittel des DAMW eingerichtet.<sup>256</sup> Bezüglich dieser Prüfstellen ist zu vermuten, dass auch ihr Standort bewusst gewählt wurde, da das Altenburger Technikum von Beginn an auch einen Ausbildungszweig für Maschinenbauer und Elektrotechniker sowie eine Destillateurfachschule unterhielt.<sup>257</sup>

### 3.2.4 Die Glasprüfstelle Ilmenau

Diese Abteilung des StWPA wird erstmals im Monatsbericht für den Dezember 1949 erwähnt.<sup>258</sup> Vermutlich wurde sie an der „Thüringischen Lehr- u. Versuchsanstalt für Glasinstrumententechnik und Feinmechanik“ angesiedelt, da in dem Monatsbericht des Amtes für den Februar 1950 festgehalten ist, dass das zu diesem Zeitpunkt neu gegründete DAMW diese Schule im Auftrag des übergeordneten Ministeriums für

---

254 Vgl. Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammengestellt am 1.7.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 69r-86r, hier Bl. 80v f.

255 Ebd., Bl. 81r.

256 Vgl. Müller: Von der Remise, 2020, S. 9; Auszüge der volkswirtschaftlichen Gutachten der Prüfdienststellen des Deutschen Amts für Material- und Warenprüfung, 9.4.1952, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

257 Vgl. Heinzig und Richter: Papiergeschichte, 2005, S. 115, 118.

258 Vgl. Bericht für den Monat Dezember 1949, 5.1.1950, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 141, Bl. 210r-211r, hier Bl. 211r.

Planung, Hauptabteilung Normung und Gütesicherung übernehmen und zu einer Prüfdienststelle umwandeln sollte.<sup>259</sup> Die Schule blieb allerdings als eigenständige Ausbildungsstätte bestehen.<sup>260</sup> Später wurde an diesem Standort die Prüfdienststelle 583 für Glasprodukte angesiedelt.<sup>261</sup> Der wirtschaftliche Fokus der Stadt Ilmenau lag neben dem Erzbergbau und der Porzellanproduktion schon sehr früh auf der Herstellung von Glas. Bereits im 12. Jahrhundert fanden erste Waldglashütten in den Chroniken Erwähnung, die erste herzogliche Glashütte wurde 1675 gegründet. 1889 war dort das „Großherzoglich Sächsisch-Weimarische Prüfamts für Thermometer“ eingerichtet worden, das bis 1938 gemeinschaftlich mit dem Eichamt der Stadt Ilmenau geführt wurde. Bis 1946 fungierte die Stelle dann als „Thüringische Lehr- u. Versuchsanstalt für Glasinstrumententechnik und Feinmechanik“. Die Neugründung der Fachschule für Technische Glasverarbeitung erfolgte 1952. Ab 1958 bildete sie Schülerinnen und Schüler als „Ingenieurschule für Technische Glasverarbeitung“ aus.<sup>262</sup>

Die Abteilung befasste sich in erster Linie mit der Prüfung von medizinischem Glas, Laborgeräten und Spritzen, da dort dem Amtsbericht für den Monat April 1950 großer Prüfbedarf bestand. Darüber hinaus sollten dort auch verschiedene Messgeräte einer Prüfung unterzogen werden, die nicht unter die Eichpflicht fielen.<sup>263</sup> Doch nicht nur die Qualitätskontrolle selbst erfolgte in Ilmenau: Aufgrund der erfolgreichen Prüfung der medizinischen Spritzen erhielt die Prüfstelle vom Ministerium für Planung im Mai 1950 den Forschungsauftrag zur Entwicklung noch besserer Prüfmethode für eben jene Spritzen.<sup>264</sup> Von Juni 1950 an war sie außerdem für die Kontrolle des Rauminhaltes von Getränkeflaschen und der chemischen Zusammensetzung von

---

259 Vgl. Bericht für den Monat Februar 1950, 5.3.1950, ebd., Bl. 206r f.

260 Vgl. Schwedt: Glas aus Ilmenau, 2010, S. 65 bzw. S. 67.

261 Vgl. Wer prüft was? Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, Stand vom 31.3.1951, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

262 Vgl. Schwedt: Glas aus Ilmenau, 2010, S. 65, 67.

263 Bericht für den Monat April 1950, 5.5.1950, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 141, Bl. 213r-214r.

264 Vgl. Bericht für den Monat Mai 1950, 7.6.1950, ebd., Bl. 203r-204r, hier Bl. 204r.

Medizinflaschenglas zuständig. Ab diesem Zeitpunkt war das Einreichen von Produktionsmustern aller gläsernen Erzeugnisse zur Qualitätsprüfung verpflichtend.<sup>265</sup>

### 3.2.5 Die Abteilung für Baustoffindustrie

Ab Oktober 1947 wurde innerhalb des StWPA auch eine Abteilung zur Prüfung von Baustoffen geplant. Sie sollte, ähnlich wie die Metallwirtschaftliche Abteilung in Jena, an ein bereits vorhandenes fachwissenschaftliches Institut angegliedert werden.<sup>266</sup> Friedrich-August Finger<sup>267</sup>, der ab 1944 die Professur für Baustoffkunde, Ingenieurbau und Statik an der Staatlichen Hochschule für Baukunst und bildende Kunst in Weimar innehatte und das im Frühjahr 1946 eingerichtete Baustoffprüfamt Weimar leitete, erstellte dahingehend ein Gutachten für die geplante Abteilung und entwarf einen Haushaltsplan.<sup>268</sup> Im

265 Vgl. Bericht für den Monat Juni 1950, 5.7.1950, ebd., Bl. 199r-199v, hier Bl. 199v.

266 Vgl. Bericht für den Monat Oktober 1947, 10.11.1947, ebd., Nr. 353, Bl. 144r-145v, hier Bl. 144v.

267 Prof. Friedrich-August Finger (29.4.1885 in Frankfurt/Main-6.7.1961 in Weimar), 1904–1912: Studium an den TH Darmstadt und München, 1912: Ing. Diplom, 1912–1914: Tätigkeit als Bauing., 1914–1916: Militärdienst, 1916–1929: Tätigkeit als Bauing. bei internat. Projekten, 1929–1934: Wiss. Mitarbeiter, Fachkursleiter und Fachschrifteleiter beim Deutschen Zementbund Berlin (mit Unterbrechung), 1934–1945: Schriftleiter der Fachzeitschrift „Die Straße“, ab 1940: Dozent an der Staatl. Hochschule für Baukunst und bildende Künste in Weimar, 1940: Aufnahmeantrag in die NSDAP (abgelehnt), ab 1944: a. o. Professor in Weimar, 1945: LDP, 1945–1951: Leiter des Instituts für Baustoffentwicklung in Weimar, 1947–1951: Ordentlicher Professor am Institut für Baustoffentwicklung am Lehrstuhl für Baustoffkunde, Ingenieurbau und Statik und später commiss. Direktor der Hochschule, 1953–1958: Dekan der Fakultät Baustoffingenieurwesen, 1955: Leiter des Arbeitskreises „Baustoffe“ im Ministerium für Aufbau, 1958: Emeritierung und Verleihung der Ehrendoktorwürde, vgl. Lebenslauf Professor Friedrich-August Finger, o. D., Bauhaus-Universität Weimar, Archiv der Moderne, Sign.: II/01/992, PA F.A. Finger, Sign.: II/01/992, Teil 1+2, Bl. 4–6; Personalfragebogen Friedrich-August Finger, o. D., ebd.; Fragebogen als Anlage zum Antrag auf Aufnahmen in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, 7.3.1940, BArch Berlin, R9361-II/235290, unpag.

268 Vgl. Bericht für den Monat Dezember 1947, 3.1.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 353, Bl. 153r-

März 1948 wurde beschlossen, dass die Abteilung dem Institut von Prof. Finger angeschlossen werden sollte.<sup>269</sup>

Wenige Wochen später brach die Kommunikation zwischen dem StWPA und dem Weimarer Institut allerdings ab.<sup>270</sup> Die Abteilung konnte im Folgenden aus unbekanntem Gründen nicht realisiert werden. Im Mai 1950, als das DAMW bereits gegründet war, war das Baustoffprüfamt Weimar als eigenständige Einrichtung dem thüringischen Wirtschaftsministerium unterstellt.<sup>271</sup> Ein Jahr später wurde es als Prüfdienststelle 571 in das DAMW übernommen.<sup>272</sup>

Bei der Betrachtung des Gründungsprozesses der Abteilungen des StWPA werden bestimmte Charakteristika deutlich, die auf alle Untereinheiten zutreffen. Erstens fällt auf, dass sie an bereits bestehende Einrichtungen angegliedert wurden, denn dort waren die erforderlichen Prüfinstrumente vorhanden. Waren sie weitestgehend von Kriegsschäden verschont geblieben, konnte die Arbeit dort zügig aufgenommen werden. Letzteres war eine wichtige Bedingung, denn die SMATH forderte den kurzfristigen Beginn der Prüftätigkeit ein. Zweitens waren diese bereits vor 1945 von Experten geleitet worden, die dann als Abteilungsleiter des StWPA übernommen wurden. Eine Ausnahme stellte lediglich der Präsident Max Rüffle dar. In den größeren Sparten, also der Textilwirtschaftlichen und der Metallwirtschaftlichen Abteilung, wurden, drittens, Außenstellen eingerichtet, die an Unternehmen angegliedert waren. Das vereinfachte die Prüfarbeit vor Ort und gewährleistete die Kontrolle der Herstellungsprozesse in den Firmen. Viertens waren bei der Gründung einiger Abteilungen Konflikte mit der DZVI und der DWK entstanden, die für die gesamte SBZ zuständig waren. Sie sollten die Ausführung der Befehle der SMATH übergeordneten SMAD bzw. deren Reparationsansprüche garantieren. Die DZVI und die DWK versuchten, die als Abteilung des StWPA

---

154v, hier Bl. 153v, bzw. Bericht für den Monat Januar 1948, 3.2.1948, ebd., Nr.141, Bl. 190r-192v, hier Bl. 191r.

269 Vgl. Bericht für den Monat März 1948, 3.4.1948, ebd., Nr. 847, Bl. 73r-75v, hier Bl. 73v.

270 Vgl. Organisationsplan (Stand 15.6.1948), ebd., Nr. 352, Bl. 88v.

271 Vgl. Bericht für den Monat Mai 1950, 7.6.1950, ebd., Nr. 141, Bl. 203r-204r, hier Bl. 203r.

272 Vgl. Wer prüft was? Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, Stand vom 31.3.1951, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

vorgesehenen Einrichtungen für sich zu beanspruchen bzw. parallel zu den Abteilungen arbeitende Stellen einzurichten. Entgegen diesen Bestrebungen konnte das StWPA seine Position als das für die SMATH zuständige Amt für die Qualitätskontrolle von Reparationsgütern festigen. Welche Aufgaben es darüber hinaus bearbeitete und wie es als Stelle, die zunächst ausschließlich für die sowjetischen Besatzer in Thüringen arbeiten sollte, zusätzlich einen Beitrag zu der wirtschaftlichen Entwicklung in der SBZ leistete, wird im Folgenden untersucht.

### 3.3 Aufgaben und Auftraggeber des Staatlichen Warenprüfungsamtes Thüringen

Um eine gute Qualität der industriellen Erzeugnisse Thüringens und besonders der Reparationswaren zu gewährleisten, war das Amt bestrebt, von allen Produkten, die auf den Markt kamen, Muster und Proben zur Kontrolle einzuziehen. Die Hersteller beschwerten sich jedoch zu Beginn des Jahres 1947 darüber, da dies erhöhte Kosten bzw. einen Warenverlust für sie bedeutete. Außerdem entstanden regelmäßig Komplikationen bei der Probenziehung von kleineren Unternehmen und Handwerksbetrieben, da deren Produkte erfahrungsgemäß qualitativ minderwertiger waren. Um die Einreichung der Proben zu garantieren, wurden daher Stadt- und Landräte in den entsprechenden Regionen verpflichtet, im Bedarfsfall Kontakt zu den Produzenten aufzunehmen und auf die Verbindlichkeit hinzuweisen.<sup>273</sup> Somit übertrug das Amt seine Kompetenzen hinsichtlich der Regulierung der Probeneinreichung an die öffentliche Verwaltung. Durch deren Ahndungsmöglichkeiten konnte das StWPA den Erhalt der Proben sicherstellen. Die genannten Komplikationen wurden nur wenig später in einem Befehl der SMAD aufgegriffen. Dieser verpflichtete die Hersteller von nun an „zur Lieferung hochwertiger Produkte, die den technischen Bedingungen der Reparationsauflagen voll entsprachen, sowie, dass alle

---

273 Vgl. Übersicht über die Verhältnisse des Staatlichen Warenprüfungsamtes unter Berücksichtigung der Erstreckung des Tätigkeitsfeldes seiner Textilabteilung über die gesamte sowjetische besetzte Zone Deutschlands, 8.2.1947, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 27v-34r, hier Bl. 29v; Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 42.

für die Herabminderung der Qualität der Erzeugnisse Verantwortlichen zur strengen Verantwortung zu ziehen sind.“<sup>274</sup> Die SMAD kritisierte die weiterhin mangelhafte Qualität der Reparationsgüter und versuchte dem entgegenzuwirken. Dass die Herstellung minderwertiger Produkte nicht ausschließlich in der Verantwortung der Betriebsleiter lag, sondern auch auf die unzureichende Versorgung mit Rohstoffen zurückgeführt werden konnte und damit nicht in deren Ermessensspielraum lag, wurde in dem Befehl nicht in Betracht gezogen. Mit dieser Maßnahme wurde ein Schritt in Richtung einer amtlichen Prüfpflicht für industrielle Erzeugnisse getan, die dann rückwirkend zum 1. Juli 1947 in Kraft trat. Paragraf 1 der daher erlassenen Verordnung verpflichtete die thüringischen Produzenten dazu, die vom StWPA angeforderten Muster

weisungsgemäß und unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, die Fertigung entsprechend den Güteanforderungen des Amtes einzureichen, die Überwachung des Betriebes auf die Einhaltung dieser Anforderungen zu dulden und alle von dem Amt für die Durchführung seiner Aufgaben geforderten Auskünfte zu erteilen.<sup>275</sup>

Im Zuge der Gründung des DAMW sollte diese Verpflichtung später auf die gesamte Besatzungszone bzw. die DDR ausgeweitet werden.<sup>276</sup>

Bis zur Umwandlung in das DAMW und der Einsetzung der thematisch weitgefächerten Prüfdienststellen blieb die Textilwirtschaftliche Abteilung mit Sitz in Gera die größte Abteilung des StWPA. Aus den vorliegenden Quellen, den Monatsberichten des StWPA für den Zeitraum von Oktober 1947 bis März 1949, wird daher an ihrem Beispiel der Umfang der Prüfaufträge für textile Rohstoffe insgesamt und der Anteil jener Aufträge, die als Reparationsleistung von der SMATH eingegangen waren, dargestellt (Tab. 2).

---

274 Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 42.

275 Regierungsblatt für das Land Thüringen, Nr. 15, Teil I: Gesetzessammlung, Verordnung über die Tätigkeit des Staatlichen Warenprüfungsamtes vom 29. August 1947, 17.9.1947, S. 68, Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena, Universal Multimedia Electronic Library (UrMEL), URL: [https://zs.thulb.uni-jena.de/rsc/viewer/jportal\\_derivate\\_00200034/000356\\_0711b.tif?logicalDiv=jportal\\_jpvolume\\_00114559](https://zs.thulb.uni-jena.de/rsc/viewer/jportal_derivate_00200034/000356_0711b.tif?logicalDiv=jportal_jpvolume_00114559) (Letzter Zugriff: 27.2.2023).

276 Vgl. Jahresbericht 1949, 23.12.1949, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 847, Bl. 1r-4r, hier Bl. 1r.

Tab. 2: Übersicht über Aufträge und Reparationsaufträge der Textilwirtschaftlichen Abteilung des StWPA, Oktober 1947–März 1949.<sup>277</sup>

Monat	Okt '47	Nov '47	Dez '47	Jan '48	Feb '48	Mrz '48	Apr '48	Mai '48	Jun '48
Aufträge gesamt	2195	k. A.	1675	1785	1775	1416	1672	1572	1626
Davon Reparationen	692	k. A.	390	405	344	247	246	102	113

Monat	Jul '48	Aug '48	Sep '48	Okt '48	Nov '48	Dez '48	Jan '49	Feb '49	Mrz '49
Aufträge gesamt	1562	1247	1380	1623	1647	2010	2889	2032	3252
Davon Reparationen	68	14	31	14	10	5	9	2	2

<sup>277</sup> Erstellt auf Grundlage von Bericht für den Monat Oktober 1947, 10.11.1947, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 353, Bl. 144r-145v, hier Bl. 145r; Bericht für den Monat Dezember 1947, 3.1.1948, ebd., Bl. 153r-154v; Bericht für den Monat Januar 1948, 3.2.1948, ebd., Nr. 141, Bl. 190r-192v; Bericht für den Monat Februar 1948, 3.3.1948, ebd., Nr. 352, Bl. 61r-64v, hier Bl. 62v-64v; Bericht für den Monat März 1948, 3.4.1948, ebd., Nr. 847, Bl. 73r-75v, hier Bl. 74v-75v; Bericht für den Monat April 1948, 3.5.1948, ebd., Bl. 64r-68r, hier Bl. 67r-68r; Bericht für den Monat Mai 1948, 5.6.1948, ebd., Nr. 141, Bl. 182r-185r, hier Bl. 183v-185r; Bericht für den Monat Juni 1948, 5.7.1948, ebd., Bl. 176r-180r, hier Bl. 178r-180r; Bericht für den Monat Juli 1948, 5.8.1948, ebd., Bl. 171r-174v, hier Bl. 172v-174v; Bericht für den Monat August 1948, 5.9.1948, ebd., Bl. 167r-169r, hier Bl. 168r-169r; Bericht für den Monat September 1948, 5.10.1948, ebd., Bl. 163r-165r, hier 164v-165v; Bericht für den Monat Oktober 1948, 5.11.1948, ebd., Bl. 158r-161v, hier Bl. 160r-161v; Bericht für den Monat November 1948, 5.12.1948, ebd., Bl. 154r-156v, hier Bl. 155v-156v; Bericht für den Monat Dezember 1948, 5.1.1949, ebd., Bl. 150r-152v, hier Bl. 151r-152v; Bericht für den Monat Januar 1949, 5.2.1949, ebd., Bl. 143r-146v, hier 145r-146v; Bericht für den Monat Februar 1949, 5.3.1949, ebd., Bl. 139r-141v, hier Bl. 140v-141v; Bericht für den Monat März 1949, 5.4.1949, ebd., Nr. 847, Bl. 14r-17v, hier Bl. 16r-17v.

Bezüglich der Anzahl aller eingehenden Aufträge der Textilwirtschaftlichen Abteilung ist zunächst auffällig, dass diese im Monat Oktober 1947 im Vergleich zu den folgenden Monaten recht hoch ist. Von Dezember 1947 bis November 1948 bleibt die Zahl der eingehenden Prüfaufträge weitestgehend konstant. Danach steigt sie bis März 1949 stark an. Zu diesem Zeitpunkt haben sich die Aufträge im Vergleich zu Dezember 1947 fast verdoppelt.

Die Reparationsaufträge entwickelten sich jedoch anders. Sie umfassen im Oktober 1947 ca. ein Drittel aller Aufträge.<sup>278</sup> Von Dezember 1947 bis April 1948 bleiben sie im Vergleich zu allen eingehenden Aufträgen recht hoch, nehmen dann aber rapide ab. Im Mai und Juni 1948 umfassen sie nur noch den ca. fünfzehnten Teil der Gesamtaufträge. Spätestens ab Juli 1948 wird deutlich, dass immer weniger Prüfleistungen durch die SMATH gefordert werden, ab Dezember bewegen sie sich nur noch in einstelliger Höhe. Ab April 1949 wurden die Reparationsaufträge in den Monatsberichten nicht mehr aufgeführt. Der Rückgang der Prüfaufträge durch die Militäradministration ist damit zu erklären, dass die SMAD ab 1948 nicht nur die Demontagen in der Industrie einstellte, sondern sich auch insgesamt nach und nach aus der SBZ zurückzog.<sup>279</sup> Die Reparationsforderungen der UdSSR bediente die SBZ/DDR allerdings noch bis 1953.<sup>280</sup> Um besonders in der Metallindustrie dafür zu sorgen, dass die Weisungen des StWPA auch ernstgenommen und umgesetzt wurden, wurde 1949 ein sowjetischer Offizier eingesetzt, der dem Bericht für den Monat Mai „in erster Linie dafür zu sorgen haben wird, daß unseren Anordnungen bei der Industrie entsprechende Geltung verschafft wird.“<sup>281</sup>

Neben den Pflichtprüfungen für die VEB der SBZ/DDR führte das Amt auch Aufträge für die SAG durch, die am Beispiel der Abteilung für Papier-, Pappen- und Verpackungsindustrie in Altenburg veranschaulicht werden können. Da dort im März 1948 keine Muster

---

278 Vgl. Bericht für den Monat Oktober 1947, 10.11.1947, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 353, Bl. 144r-145v, hier Bl. 145r.

279 Vgl. Steiner: Von Plan zu Plan, S. 28.

280 Vgl. Weber: Getrennt und doch vereint, 2020, S. 78 f., 300.

281 Bericht für den Monat Mai 1949, 5.6.1949, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 847, Bl. 7r f.

zwecks Pflichtprüfungen für die Industrie eingegangen waren, prüfte sie Gummierzeugnisse für die SAG.<sup>282</sup> Offenbar war diese dort fachfremde Tätigkeit mit den vorhandenen Prüfinstrumenten möglich.

### 3.3.1 Beratungen, Betriebskontrollen und die Zusammenarbeit mit dem Landespreisamt

In Ergänzung zu den bisher genannten Punkten bot das StWPA auch Beratungen der Produktionsfirmen an. Im Dezember 1947 baten verschiedene Unternehmen die Metallwirtschaftliche Abteilung des Amtes um Unterstützung bei Fragen zur Produktion.<sup>283</sup> Da die Abteilung erst zum 1. November 1947 gegründet worden war, ist anzunehmen, dass der Bedarf an Unterstützung und Expertenmeinung in der Industrie recht dringend war. Ihre Beratungstätigkeit wirkte sich positiv auf die Qualität der Erzeugnisse aus und sollte ab 1948 auch vor Ort in den Unternehmen stattfinden.<sup>284</sup> Auch die Glasprüfstelle Ilmenau bot Beratungen an. Allein im Oktober 1950 führte sie zehn Beratungstermine für die Industrie durch.<sup>285</sup> Leider wird in den vorhandenen Quellen nicht darüber berichtet, in welchen Unternehmen, für welche Produkte und in welchem Umfang die Beratungen durchgeführt wurden. Offenbar wuchs die Beratung der Industrie seitens des StWPA aber zu einer wirkungsvollen Dienstleistung der ostdeutschen Material- und Warenprüfung heran, denn sie wurde zu einem festen Bestandteil der Arbeit des DAMW. In der Verordnung über das Material- und Warenprüfungswesen bzw. der Zweiten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion vom 16. Februar 1950, die die Gründung des Amtes in Gesetzesform gießt, wird in § 5 u. a. die „Beratung der Fertigungskreise auf Grundlage der Prüfbefunde“ festgeschrieben.<sup>286</sup>

282 Vgl. Bericht für den Monat März 1948, 3.4.1948, ebd., Bl. 73r-75v, hier Bl. 74v-75v.

283 Vgl. Bericht für den Monat Dezember 1947, 3.1.1948, LATh – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 353, Bl. 153r-154v.

284 Vgl. Jahresbericht 1948, 29.1.1949, ebd., Nr. 141, Bl. 147r-148r, hier 147v.

285 Vgl. Bericht für den Monat Oktober 1950, 5.11.1950, ebd., Bl. 186r-190r, hier Bl. 188r-190r.

Tab. 3: Betriebskontrollen der Schuhprüfstelle Erfurt/Abteilung Leder und Schuhe, April 1948-März 1949.<sup>287</sup>

Monat	Betriebskontrollen	Beanstandungen
Apr '48	21	k. A.
Apr '48	34	5
Jun '48	5	1
Jul '48	30	10
Aug '48	27	7
Sep '48	7	1
Okt '48	10	0
Nov '48	13	0
Dez '48	4	1
Jan '49	2	0
Feb '49	0	0
Mrz '49	0	0

286 Vgl. Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 18, Ausgabetag: 28.2.1950, Verordnung über das Material- und Warenprüfungswesen (Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion), 16.2.1950, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

287 Erstellt auf Grundlage von Bericht für den Monat April 1948, 3.5.1948, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 847, Bl. 64r-67r, hier 67r-68r; Bericht für den Monat Mai 1948, 5.6.1948, ebd., Nr. 141, Bl. 182r-185r, hier Bl. 183v-185r; Bericht für den Monat Juni 1948, 5.7.1948, ebd., Bl. 176r-180r, hier Bl. 178r-180r; Bericht für den Monat Juli 1948, 5.8.1948, ebd., Bl. 171r-174v, hier Bl. 172v-174v; Bericht für den Monat August 1948, 5.9.1948, ebd., Bl. 167r-169r, hier Bl. 168r-169r; Bericht für den Monat September 1948, 5.10.1948, ebd., Bl. 163r-165r, hier 164v-165v; Bericht für den Monat Oktober 1948, 5.11.1948, ebd., Bl. 158r-161v, hier Bl. 160r-161v; Bericht für den Monat November 1948, 5.12.1948, ebd., Bl. 154r-156v, hier Bl. 155v-156v; Bericht für den Monat Dezember 1948, 5.1.1949, ebd., Bl. 150r-152v, hier Bl. 151r-152v; Bericht für den Monat Januar 1949, 5.2.1949, ebd., Bl. 143r-146v, hier 145r-146v; Bericht für den Monat Februar 1949, 5.3.1949, ebd., Bl. 139r-141v, hier Bl. 140v-141v; Bericht für den Monat März 1949, 5.4.1949, ebd., Nr. 847, Bl. 14r-17v, hier Bl. 16r-17v.

Um nicht nur bereits fertige Produkte zu prüfen, sondern auch durch Eingreifen in den Herstellungsprozess qualitativ hochwertige Waren zu garantieren, führte das StWPA neben den Beratungen auch Betriebskontrollen durch (Tab. 3). Diese waren erforderlich, um die Umsetzung der in den Prüfzeugnissen festgehaltenen Verbesserungsvorschläge zu überwachen. Die Kontrollbesuche sind in den erwähnten Monatsberichten für die Schuhprüfstelle Erfurt bzw. die Abteilung Leder und Schuhe im Zeitraum von April 1948 bis März 1949 festgehalten.

Bereits im Gründungsbefehl war festgehalten, dass das StWPA auch für die Preisgestaltung von Produkten in Abhängigkeit von ihrer Qualität zuständig sein sollte.<sup>288</sup> Daher hatte sich von November 1947 an eine enge Zusammenarbeit mit dem Landespreisamt Thüringen entwickelt. Seitdem legte dieses die Preise für Produkte auf Grundlage der Prüfzeugnisse des StWPA fest.<sup>289</sup> Für die Abteilung Leder und Schuhe bzw. die Schuhprüfstelle Erfurt kann von Januar 1948 bis März 1949 und im Oktober 1950 eine Kooperation mit dem Landespreisamt nachgewiesen werden. Die Anträge auf Preisprüfungen stellten die Unternehmen zusammen mit entsprechenden Mustern an das StWPA bzw. die zuständige Abteilung, die über sie beriet und sie anschließend inklusive eines Gutachtens an das Landespreisamt weiterleitete.<sup>290</sup>

Im Jahr 1948 wurden der Abteilung im Vergleich zur Textilwirtschaftlichen Abteilung nur wenige Prüfaufträge und Preisprüfanträge eingereicht. Sie sind im einstelligen bzw. niedrigen zweistelligen Bereich zu verorten. Im November gingen mit 23 Prüfaufträgen die meisten ihrer Art ein, im März wurden 18 Preisprüfungen verzeichnet und damit ebenso ein Höhepunkt markiert.<sup>291</sup> Ab Februar 1949 gingen verstärkt Prüfaufträge in der Abteilung Leder und Schuhe bzw. der Schuhprüfstelle Erfurt ein. In diesem Monat waren es 49 Stück und

288 Vgl. Befehl Nr. 5 des Chefs der sowjetischen Militärverwaltung des Freistaates Thüringen, 30.5.1946, GARF, 7184 (SMA Thüringen)/1/7, Bl. 252-258.

289 Vgl. Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 43.

290 Vgl. Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammengestellt am 1.7.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 69r-86r, hier Bl. 80r.

291 Vgl. Bericht für den Monat November 1948, 5.12.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 141, Bl. 154r-156v, hier Bl. 155v-156v, bzw. Bericht für den Monat März 1948, 3.4.1948, ebd., Nr. 847, Bl. 73r-75v, hier Bl. 74v-75v.

sieben Anträge auf Preisprüfungen.<sup>292</sup> Im März waren es bereits 52 Prüfaufträge und 14 Preisprüfungen.<sup>293</sup> Der Bericht für den Oktober 1950 ist der einzig existierende aus diesem Jahr, der Informationen über die Zusammenarbeit mit dem Landespreisamt enthält. Er berichtet von 92 Prüfaufträgen für die Abteilung Lederwaren und 91 Prüfaufträgen für die Schuhprüfstelle. 62 Preisprüfungen gingen in diesem Monat ein.<sup>294</sup> Die steigenden Zahlen sind nicht nur ein Beleg dafür, dass die Produktionsleistung wieder zunahm, sondern auch für die positiven Auswirkungen der Arbeit des StWPA.

So wie die Beratungen der Industrie wurde auch die Zusammenarbeit mit dem Landespreisamt ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des späteren DAMW. Ab Juni 1950 war das Amt sogar dazu berechtigt, den Preis eines Produktes anzupassen, wenn es nicht den Mindestgüteanforderungen entsprach und sollte dieses dem Landespreisamt für eine Neubestimmung mitteilen.<sup>295</sup>

### 3.3.2 Schwierigkeiten bei der Prüftätigkeit

Trotz der großen Ambitionen des StWPA, eine Prüfstelle neuen Typs aufzubauen und den Produktionsprozess für Reparationen und den zivilen Markt positiv zu beeinflussen, hatten einige Abteilungen Schwierigkeiten, die erforderlichen Prüfungen durchzuführen. Besonders in der Anfangszeit entstanden regelmäßig Probleme u. a. bei der Beschaffung von Prüfinstrumenten. Ruffle trat diesbezüglich im Dezember 1946 an die SMAD in Berlin-Karlshorst heran und berichtete von Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Prüfinstrumenten für die Textilwirtschaftliche Abteilung. Dort fehlten ein zweiter Garnfestigkeitsprüfer, ein Gewebefestigkeitsprüfer und Schreibmaschinen, u. a. mit russischen

---

292 Vgl. Bericht für den Monat Februar 1949, 5.3.1949, ebd., Nr. 141, Bl. 139r-141v, hier Bl. 140v-141v.

293 Vgl. Bericht für den Monat März 1949, 5.4.1949, ebd., Nr. 847, Bl. 14r-17v, hier Bl. 16r-17v.

294 Vgl. Bericht für den Monat Oktober 1950, 5.11.1950, ebd., Nr. 141, Bl. 186r-190r.

295 Vgl. Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 67, Ausgabetag: 28.6.1950, Verordnung über die Gütekennzeichnung von industriellen Erzeugnissen (Vierte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion), 12.6.1950, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

Typen. Rüfle erklärte, dass diese Geräte nur aus Reparationsbeständen entnommen werden könnten. Der zuständige Ansprechpartner, Oberst Blagowestow, verwies an Oberst Putgatschow als Leiter der Textilabteilung der SMATH und genehmigte die Beschaffung der benötigten Maschinen.<sup>296</sup> Die vorliegende Quelle belegt zum einen die große Abhängigkeit des Warenprüfungsamtes von der Militäradministration, denn Rüfle richtete seine Bitte nicht an die übergeordnete Behörde, das thüringische Landesamt für Wirtschaft, sondern direkt an die SMAD. Zum anderen verschafft sie einen Eindruck von dem Ausmaß der Demontagen, wenn sogar die Beschaffung von Schreibmaschinen ein Problem darstellte.

Eine weitere Schwierigkeit war der anhaltende Mangel an Chemikalien, die für die chemische Materialprüfung gebraucht wurden. Besonders die Metallwirtschaftliche Abteilung war in großem Maße davon betroffen. Beispielsweise konnte diese im Februar 1948 die Prüfung von 60 meist großteiligen Gussproben hinsichtlich der Zerreißfestigkeit und des Schlibfbildes, der Biegefestigkeit, der Härte und der chemischen Zusammensetzung nur in sehr geringem Umfang durchführen, da entsprechende Chemikalien fehlten.<sup>297</sup> Auch in den darauf folgenden Monaten beeinträchtigte dieser Mangel die Prüfarbeit der Metallwirtschaftlichen Abteilung, was dazu führte, dass beispielsweise im März 1948 keine Prüfgebühren erhoben werden konnten und sich im September desselben Jahres die eingehenden Aufträge stauten. Von Ermahnungen der Hersteller bei schlechten Erzeugnissen musste in diesem Monat abgesehen werden.<sup>298</sup> Im weiteren Verlauf wurden die Probleme aber überwunden, denn die Abteilung hatte neue Analyseverfahren erarbeitet, die ohne die fehlenden Chemikalien durchführt

---

296 Vgl. Aktennotiz über Rücksprachen vom 14.12.1946 mit der SMA Karlsruhorst in Sachen Erstreckung der Tätigkeit des Staatlichen Warenprüfungsamtes über die gesamte sowjetische Zone sowie Ausrüstung des Amtes zur Bewältigung dieser Aufgaben, 16.12.1946, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 24r-25r, hier Bl. 24r.

297 Vgl. Bericht für den Monat Februar 1948, 3.3.1948, ebd., Bl. 61r-64v, hier Bl. 62v-64v.

298 Vgl. Bericht für den Monat März 1948, 3.4.1948, ebd., Nr. 847, Bl. 73r-75v, hier 74v-75v, bzw. Bericht für den Monat September 1948, 5.10.1948, ebd., Nr. 141, Bl. 163r-165r.

werden konnten.<sup>299</sup> Auch die Abteilung für Papier-, Pappen- und Verpackungsindustrie konnte aufgrund derselben Schwierigkeiten 1948 nur eingeschränkt tätig werden. Für den Zeitraum von März bis Mai 1948 konnten keine entsprechenden Versuche durchgeführt werden.<sup>300</sup> Im Juni konnten allerdings von 23 eingegangenen Prüfaufträgen 19 bearbeitet und zudem ein neuer Fachbereich für die Dachpappenprüfung aufgebaut werden.<sup>301</sup> Es kann also angenommen werden, dass es sich an dieser Stelle lediglich um ein kurzfristiges Problem handelte, für das zügig eine Lösung gefunden werden konnte. Der Textilwirtschaftlichen Abteilung bereitete der Mangel an Chemikalien im Oktober 1948 Schwierigkeiten. Unter anderem gingen die erforderlichen Farbstoffe und Hilfschemikalien zur Färbung von Uniformstoffen zu Neige, wodurch eine zufriedenstellende Färbung unmöglich wurde.<sup>302</sup> Zur Behebung dieser Problematik wurde die Gründung eines chemischen Prüflabors für den Ausrüstungssektor in Gera und eines Laboratoriums für Faserstoffanalysen in Greiz angeordnet.<sup>303</sup>

Hier stellt sich nun die Frage, warum bestimmte Chemikalien in einigen Abteilungen des Warenprüfungsamtes fehlten und dadurch ihre Prüftätigkeit eingeschränkt wurde. Die chemische Industrie Mitteldeutschlands wurde während des Krieges in unterschiedlichem Ausmaß durch Luftangriffe beschädigt. Während die Leuna-Werke ungefähr zur Hälfte ausgebombt wurden, waren die Buna-Werke in Schkopau und der Bitterfelder Standort zum Großteil verschont geblieben.<sup>304</sup> Dies machte sich die SMAD nach der Okkupation ihrer Besatzungszone zu Nutze und demontierte nicht nur einen Großteil der ansässigen Industrie, sondern überführte besonders die Chemiewerke nahezu

299 Vgl. Jahresbericht 1948, 29.1.1949, ebd., Bl. 147r-148r, hier Bl. 147v.

300 Vgl. Bericht für den Monat März 1948, 3.4.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 847, Bl. 73r-75v, hier Bl. 74v-75v, bzw. Bericht für den Monat April 1948, 3.5.1948, ebd., Bl. 64r-67r, hier Bl. 67r-68r und Bericht für den Monat Mai 1948, 5.6.1948, ebd., Nr. 141, Bl. 182r-185r, hier Bl. 183v-185r.

301 Vgl. Bericht für den Monat Juni 1948, 5.7.1948, ebd., Bl. 176r-180r, hier Bl. 178r-180r.

302 Vgl. Bericht für den Monat Oktober 1948, 5.11.1948, ebd., Bl. 158r-161v, hier Bl. 158v.

303 Vgl. Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammengestellt am 1.7.1948, ebd., Nr. 352, Bl. 69r-86r, hier Bl. 76v.

304 Vgl. Vesting: Zwangsarbeit, 2012, S. 31.

vollumfassend in SAG. Bereits Ende 1946 waren circa 30 % der gesamten Industrie der SBZ in SAG umgewandelt worden, die bis 1950 knapp die Hälfte aller Reparationsleistungen generierten.<sup>305</sup> Daher ist anzunehmen, dass die für die Bearbeitung der Prüfaufträge benötigten Chemikalien zwar zunächst in der SBZ vorhanden, zu einem großen Teil aber direkt in die Sowjetunion abgeführt oder den SAG zugeteilt wurden und damit dem Warenprüfungsamt nicht zugänglich waren. Um langfristig Aufträge bearbeiten zu können, war das StWPA daher, wie bereits gezeigt, dazu angehalten, die Prüfmethoden abzuändern und an die vorhandenen Möglichkeiten anzupassen.

Der Mangel an Chemikalien ist auch für verschiedene Prüfdienststellen des späteren DAMW feststellbar. 1953 berichtet die Prüfdienststelle 422 für Metall- und Röntgenprüfungen in Halle von einem Forschungsauftrag zur „Weiterentwicklung der seit 1945 zum Stillstand gekommenen Methodik, Ausarbeitung und einheitlichen zeit-, arbeitskräfte-, chemikalien- (bes. Mangelchemikalien) sparenden Schnellmethoden“.<sup>306</sup> Die Quelle belegt zum einen, dass bereits seit dem unmittelbaren Kriegsende in der Wissenschaft bzw. in den o.g. Fachbereichen daran gearbeitet wurde, möglichst ressourcensparende Arbeitsmethoden zu entwickeln. Zum anderen zeigt sie, dass der Zugang zu Chemikalien zur Durchführung von Prüfaufträgen immer noch problematisch war, was vermutlich unter anderen mit den zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfüllten Reparationsforderungen der SMAD zusammenhängt. Ein Jahr später bearbeitete die Prüfdienststelle 422 einen Forschungsauftrag zur „Herstellung von Normalproben“<sup>307</sup> für in- und ausländische Betriebslabors“. Das Vorhaben war dringend

---

305 Vgl. Weber: *Getrennt und doch vereint*, 2020, S.78.

306 Vgl. Jahresbericht 1953 der Prüfdienststelle 422 Halle, 11.5.1954, BArch Berlin, DF4-55732, S.1.

307 Bei einer Normalprobe handelt es sich nach der DDR-Norm, der TGL (Technische Normen – Gütevorschriften – Lieferbedingungen), um ein „Meßmittel in Form eines Stoffes oder eines Werkstoffes, bei dem ein Wert oder mehrere Werte von Größen nach einem feststehenden Verfahren bestimmt wurden und dem ein von der eichenden Organisation erteiltes Zeugnis beigefügt ist.“ Vgl. Deutsche Demokratische Republik: TGL 45 049, Gruppe 902 650, Normalproben, März 1988, URL: [https://katalog.ub.uni-weimar.de/tgl/TGL\\_45049\\_03-1988.pdf](https://katalog.ub.uni-weimar.de/tgl/TGL_45049_03-1988.pdf) (Letzter Zugriff: 24.8.2024). Für weitere Informationen zu den TGL-Normen siehe die Kapitel 3.4 und 5.2.2.

erforderlich, denn „[d]ie Bestände der Laboratorien an Normalproben, die von der Chemisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin-Dahlem stammten“ waren bald aufgebraucht.<sup>308</sup> Zunächst war die Bergakademie Freiberg mit der Herstellung der benötigten Normalproben beauftragt worden, seit Mai 1951 bearbeitete aber das DAMW diesen Auftrag. Zuvor waren die Normalproben aus Westdeutschland bzw. Westberlin importiert worden. Da nun aber der Export der Chemikalien an das sozialistische Ausland, konkret Bulgarien, China, Nordkorea, Rumänien und die ČSSR, geplant war, mussten wesentlich größere Mengen produziert werden.<sup>309</sup> Offenbar war der Mangel an bestimmten Chemikalien auch 1954 nicht behoben worden, vielmehr hatte sich der Bedarf aufgrund des geplanten Exports erhöht. Es ist zu vermuten, dass die chemischen Stoffe von der SMAD bei ihrem ersten Eintreffen in Berlin in auffallend großen Mengen beschlagnahmt worden waren, da das DAMW noch neun Jahre nach Kriegsende damit arbeiten konnte. Bemerkenswert ist, dass das Amt befugt war, die Bestände der ehemaligen CTR zu nutzen und diese nicht in die Sowjetunion gebracht wurden. Chemische Flüssigkeiten wurden auch für die Prüftätigkeit der Prüfdienststelle 591 für Nahrungsmittel und ihre Verpackungen in Altenburg verwendet. Allerdings musste im Jahr 1954 mindestens ein Forschungsauftrag der PSt. aufgrund eines Mangels daran bzw. nur schleppender Lieferung in das nächste Jahr verschoben werden.<sup>310</sup> Dieselben Schwierigkeiten traten auch bei der Prüfdienststelle 191 in Rostock auf, die ebenfalls Nahrungsmittel prüfte und aufgrund fehlender Chemikalien Prüfaufträge nicht rechtzeitig abschließen konnte.<sup>311</sup>

Es lässt sich also feststellen, dass seit 1948 bis zumindest 1954 ein Mangel an Chemikalien zur Bearbeitung von Prüfaufträgen bestand. Um diese und andere Schwierigkeiten der chemischen Industrie zu beheben, wurde als eines der Ergebnisse des V. Parteitages der SED bzw. der angeschlossenen Chemiekonferenz Anfang November 1958 das „Chemieprogramm“ verkündet. Unter dem Wahlspruch „Chemie

---

308 Jahresbericht 1954 der Forschungs- und Entwicklungsstelle der Prüfdienststelle 422 Halle, o. D., BArch Berlin, DF4-57555, S. 3 bzw. 17.

309 Vgl. ebd.

310 Vgl. Jahresbericht 1954 der Forschungs- und Entwicklungsstelle 591 Altenburg, Marstall, 12.2.1955, BArch Berlin, DF4-57574, S. 2 f.

311 Vgl. Jahresbericht 1954 der Prüfdienststelle 191 Rostock, 26.3.1955, ebd., DF4-57576, S. 2.

gibt Brot, Wohlstand und Schönheit“ war es eine der Hauptaufgaben des Siebenjahrplans (avisiert 1959–1965), den westdeutschen Pro-Kopf-Verbrauch von Produkten des alltäglichen Konsums zu überholen. Die SED-Parteiführung hatte der chemischen Industrie der DDR dazu die Verdoppelung ihrer Leistung bzw. die Steigerung der Plasteproduktion und der synthetischen Fasern zum Ziel gesetzt. Zur Unterstützung hatte sich die Sowjetunion zur Lieferung großer Mengen Erdöl verpflichtet.<sup>312</sup> Trotz eines höchst motivierten Anstoß des Programms konnten die Ansprüche aber nicht erfüllt werden, denn die Wachstumsraten waren von Beginn an um ein Vielfaches zu gering. Kyora-Wagner erkennt das Programm

in der Realität der 1960er Jahre als die falsche industriepolitische Weichenstellung zu einer volkswirtschaftlich verfehlten Gigantomanie in fehlgeleiteten Produktionsschwerpunkten, welche überdies mangels Investitionsmitteln nur unzureichend und mit jahrelangen Verzögerungen aufgebaut wurde.<sup>313</sup>

### 3.3.3 Sanktionsmöglichkeiten des StWPA

Um seinen Anordnungen Nachdruck zu verleihen und für deren Umsetzung zu sorgen, war das StWPA berechtigt, Sanktionen gegenüber den Produzenten zu verhängen. Ab Februar 1947 wurden auf dem Prüfzeugnis die konkreten Beanstandungen festgehalten und zusätzlich der Aufdruck „Nicht ausreichend“ angebracht. Mit dem Übersenden eines Durchschlags an die Land- bzw. Stadträte des Standorts des Herstellers sollte garantiert werden, dass die Anmerkungen auch umgesetzt würden. Darüber hinaus bot das StWPA seine Unterstützung auch für die Weiterentwicklung des Produkts an. Die Prüfzeugnisse wurden in einer Art Almanach festgehalten und in regelmäßigen Abständen an übergeordnete Stellen wie das thüringische Landesamt für Wirtschaft, die DWK und die SMAD versendet.<sup>314</sup> Der Auftrag des StWPA, die

312 Vgl. Fraunholz: Mobilisierung, 2003, S. 33 f.

313 Wagner-Kyora: Vom „nationalen“ zum „sozialistischen“ Selbst, 2009, S. 71 f.

314 Vgl. Übersicht über die Verhältnisse des Staatlichen Warenprüfungsamtes unter Berücksichtigung der Erstreckung des Tätigkeitsfeldes seiner Textilabteilung über die gesamte sowjetische besetzte Zone Deutschlands, 8.2.1947, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 27v-34r, hier Bl. 30r f.

Industrie bei der Herstellung qualitativ hochwertiger Erzeugnisse zu unterstützen, wird an dieser Stelle besonders gut deutlich. Einerseits wurden Mängel auf den entsprechenden Prüfzeugnissen eindeutig deklariert, und die örtlichen Behörden sollten für eine Umsetzung der Anweisungen des StWPA sorgen. Andererseits bot das Amt durchgehend Beratung und Unterstützung im Produktionsprozess an und war bereit, das Fachwissen seiner Experten einzubringen.

Um ein Unternehmen, das im Zuge der Prüfpflicht keine Produkte einreichte oder dauerhaft Waren von ausnehmend schlechter Qualität anfertigte, zu sanktionieren, forderte das Amt 1947 einen entsprechenden Strafenkatalog an.<sup>315</sup> Obwohl ein solches Dokument nicht überliefert ist, sind trotzdem verschiedene Sanktionsmöglichkeiten des StWPA gegenüber der Industrie bekannt. Beispielsweise verhängte die Schuhprüfstelle Erfurt im Dezember 1947 wegen „schuldhafter Fahrlässigkeit in der Produktion“ eine Strafe gemäß § 14 der sog. Verbrauchsregelungsstrafverordnung.<sup>316</sup> Bemerkenswert ist, dass diese Verordnung bereits 1940 erlassen und zur Verfolgung von Wirtschaftskriminalität von der SMAD übernommen wurde. Diese und andere Verordnungen zur Verfolgung von Wirtschaftsstraftaten im Dezember 1945 waren sogar noch durch den SMAD-Befehl Nr. 160 „über die Verantwortung für Sabotage- und Diversionsakte“ verschärft worden.<sup>317</sup> Bei vorsätzlich produzierten minderwertigen Erzeugnissen von Schuhen und Lederprodukten konnte unverzüglich von den Strafmaßnahmen der genannten Verordnung Gebrauch gemacht werden.<sup>318</sup> Denn besonders die Schuhproduktion band große Mengen der wertvollen Ressource Leder. Die SMATH bzw. SMAD war an hochwertigen Reparationsleistungen interessiert und wollte den teuren Rohstoff nicht verschwendet wissen. Verstöße gegen die Herstellungsvorschriften wurden daher als feindliche Aktion gegen die Militäradministration

---

315 Vgl. Begründung zum Gesetz über den Aufbau des Staatlichen Warenprüfungsamtes, unterzeichnet vom juristischen Referenten Dr. Stegherr, 12.3.1947, ebd., Nr. 2021, Bl. 76r-76v.

316 Vgl. Bericht für den Monat Dezember 1947, 3.1.1948, ebd., Nr. 353, Bl. 153r-154v, hier Bl. 154r f.

317 Vgl. Wentker: Sowjetische Eingriffe, 2001, hier S.173.

318 Vgl. Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammengestellt am 1.7.1948. LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 69r-86r, hier Bl. 79r.

verstanden und entsprechend geahndet. Unklar muss bleiben, warum in diesen vorliegenden Fällen die ältere Verbrauchsregelungsstrafverordnung aus der NS-Zeit zur Anwendung gebracht wurde und nicht der modifizierte SMAD-Befehl Nr. 160. Die Verhängung von Strafen auf Grundlage dieser Verordnung ist für die anderen Abteilungen des StWPA nicht überliefert. Sofern die Mängel an den Produkten aber weniger gravierend waren, versuchte das StWPA, durch andere Maßnahmen zu intervenieren. Ein Beispiel dafür sind im April und November 1948 von der Schuhprüfstelle Erfurt initiierte Versammlungen, bei denen Hersteller von mangelhaften Produkten intensiv beraten werden sollten. Allerdings wurden auch hier einige wenige Strafen in unbekannter Höhe verhängt.<sup>319</sup>

Die Textilwirtschaftliche Abteilung war im Frühjahr 1949 sogar gezwungen, einigen Herstellern Produktionsverbote zu erteilen, allerdings war die Anzahl sehr gering. Im Januar desselben Jahres wurden im Vergleich zu 2.889 eingehenden Prüfaufträgen sechs Verbote auf dem zivilen Webereisektor ausgesprochen.<sup>320</sup> Im Februar waren es vier Verbote im gleichen Bereich bei 2.032 Prüfaufträgen und im März sieben Verbote im Vergleich zu 3.242 Aufträgen.<sup>321</sup> Die Herstellungsverbote waren temporär beschränkt und wurden nach Einreichung von geeigneten Mustern aufgehoben.

Die Monatsberichte der Textilwirtschaftlichen Abteilung geben, wenn auch einige Fehlstellen zu verzeichnen sind, einen Überblick über die Aufgaben des Warenprüfungsamtes und belegen seinen Einsatz für die Entwicklung der Industrie in der SBZ. Als die Prüfaufträge der Militäradministration abnahmen, stiegen jene aus der ansässigen Industrie kontinuierlich an. Dies beweist das Wachstum der Textilindustrie in der SBZ und dient auch als Indikator für die sich erholende Industrielandschaft Thüringens bzw. der SBZ nach Kriegsende insgesamt. Die Betriebskontrollen, die Zusammenarbeit mit dem Landespreisamt

---

319 Vgl. Bericht für den Monat April 1948, 3.5.1948, ebd., Nr. 847, Bl. 64r-67r, bzw. Bericht für den Monat November 1948, 5.12.1948, ebd., Nr. 141, Bl. 154r-156v, hier Bl. 155v-156v.

320 Vgl. Bericht für den Monat Januar 1949, 5.2.1949, ebd., Bl. 143r-146v, hier 145r-146v.

321 Vgl. Bericht für den Monat Februar 1949, 5.3.1949, ebd., Bl. 139r-141v, hier Bl. 140v-141v, bzw. Bericht für den Monat März 1949, 5.4.1949, ebd. Nr. 847, Bl. 14r-17v, hier Bl. 16r-17v.

und die Sanktionsmöglichkeiten des Amtes verdeutlichen den ganzheitlichen Ansatz des StWPA und damit seinen Anspruch, bereits den Herstellungsprozess der Waren zu begleiten und die Produzenten mit fachkundiger Beratung zu unterstützen. Die Prüfzeugnisse hatten nicht den Zweck eines „Top-Down“-Gutachtens, sondern sollten nützliche Hinweise zur Verbesserung der Produktqualität geben.

An einigen Stellen lassen sich Linien bis zur Gründung des DAMW und darüber hinaus ziehen. Aus den Abteilungsstandorten des StWPA wurden Prüfdienststellen des Amtes, und auch einige Schwierigkeiten des StWPA bestanden für die Arbeit der Nachfolgeeinrichtung weiter. In Ergänzung dazu bedürfen aber auch die Linien in die Vergangenheit einer Betonung. Ein geeignetes Beispiel dafür ist die Rechtsprechung auf Grundlage eines Gesetzes aus der NS-Zeit bezüglich der Verhängung von Strafen für die Hersteller von Produkten von minderwertiger Qualität. Auch die Entwicklung von Herstellungs- und Güterichtlinien war eine der Aufgaben des StWPA.

Da dieser Bereich aber sehr komplex war und die Richtlinien in den einzelnen Abteilungen auf unterschiedliche Weise erarbeitet wurden, werden sie im nächsten Unterkapitel gesondert berücksichtigt.

### 3.4 Die Entwicklung von Herstellungs- und Güterichtlinien

An dieser Stelle kann lediglich ausschnittsweise und nur auf den Beginn der Erarbeitung von Herstellungs- und Güterichtlinien durch das StWPA eingegangen werden. Das liegt daran, dass während des Bestehens des Amtes und später des DAMW im Zuge der Entwicklung neuer Produkte auch immer neue Qualitätsanforderungen an sie gestellt wurden, diese sich z. B. mit Blick auf die Rohstofflage häufig änderten. Im Folgenden wird die Erarbeitung der Richtlinien durch verschiedene Abteilungen des Amtes dargestellt.

Nach der Gründung des StWPA im Sommer 1946 fehlten Richtlinien, anhand derer die Prüfungen von Textilwaren durchgeführt werden konnten.<sup>322</sup> Die Gründe dafür lagen in der völlig veränderten wirtschaftlichen Situation, dem Zugang zu Rohstoffen und Fachpersonal, dem Zustand der Industrielandschaft und den Ansprüchen der Konsumenten im Vergleich zu der Zeit während des Krieges und davor. Der gravierendste Unterschied war jedoch die Forderung der russischen Besatzer nach Reparationsleistungen. Sie hatten ambivalente Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung der SBZ/DDR mit sich gebracht. Einerseits bedeuteten sie wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen, denn sie banden die Kapazitäten der Industrie und erforderten Personal. Auch das StWPA entstand nur zu dem Zweck, die Qualität von Gütern für die Sowjetunion zu sichern. Andererseits gelangten die Produkte gar nicht erst auf den Markt in der SBZ, da sie gleich in die UdSSR gebracht wurden.<sup>323</sup> Darüber hinaus muss festgehalten werden, dass die Reparationsgüter wichtige und knappe Ressourcen verbrauchten, die für die zivile Produktion nicht verwendet werden konnten. Die bisherigen Herstellungs- und Güterrichtlinien, die auf den Wirtschaftsverhältnissen der Vorkriegszeit bzw. während des Krieges basierten, konnten aus diesen genannten Gründen nach 1945 nicht übernommen werden.

Für die Erarbeitung neuer Richtlinien entwickelte die Textilwirtschaftliche Abteilung des Warenprüfungsamtes ein neues Verfahren. Um sich einen Überblick über die aktuelle Qualität der in Thüringen hergestellten Produkte zu verschaffen, forderte sie Erzeugnisse von thüringischen Textilwarenherstellern als Prüfmuster an, sichtete und beurteilte sie hinsichtlich ihrer Güte. Die Abteilung klassifizierte ca. 300 dieser Muster als Produkte von „annehmbare Qualität“. Im Anschluss an die Prüfung wurden die für gut befundenen Muster externen Textilfachleuten vorgelegt, um deren Einschätzungen mit denen der Mitarbeiter des StWPA abzugleichen. Da die Untersuchungsergebnisse weitestgehend übereinstimmten, konnten daraus Maßgaben für die weitere Produktion von Textilerzeugnissen in Thüringen entwickelt

---

322 Vgl. Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammengefasst am 1.7.1948, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 69r-86r, hier Bl. 71r.

323 Vgl. Steiner: Zwischen Wirtschaftswunder und Stagnation, 2005, S.178.

werden.<sup>324</sup> Die Produzenten waren aufgefordert, in regelmäßigen Abständen Muster einzureichen, die mit den Ergebnissen der ersten Proben verglichen wurden. Bei schlechter Qualität wurde das zuständige Industrieamt bzw. der Kreis- oder Stadtrat, in welchem der herstellende Betrieb ansässig war, informiert. In schweren Fällen setzte das Warenprüfungsamt auch das Textilreferat des thüringischen Landesamtes für Wirtschaft in Weimar in Kenntnis. Von allen Prüfzeugnissen wurde regelmäßig ein Katalog angefertigt, der an das thüringische Textilreferat, die SMAD, die Textilabteilung der DZVI und an die DWK versandt wurde.<sup>325</sup>

Hinsichtlich der Qualität der Textilwaren für den zivilen Sektor und jenen, die als Reparationsgüter für die Sowjetunion dienen sollten, unterschied das Warenprüfungsamt deutlich. Für Produkte, die für den zivilen Markt hergestellt wurden, entschied sich das Amt zur Festlegung von weiter gefassten „Güterichtlinien“ als Handreichung für die Unternehmen. Diese dienten als Orientierungshilfe hinsichtlich der Qualität in der Produktion. Die Entscheidung fiel unter Berücksichtigung der unsicheren Rohstofflage. Durch die weniger strengen Güterichtlinien sollte die Industrie mehr Flexibilität im Hinblick auf die Verarbeitung der Waren erhalten.<sup>326</sup> Der Anspruch des StWPA war es, mit seiner Expertise bereits in der Frühphase des Produktionsprozesses zu qualitativ hochwertigen Erzeugnissen beizutragen. Um dieses Ziel zu erreichen, schien es ein gangbarer Weg zu sein, die Bestimmungen für die Qualität eines Produkts nicht allzu streng festzusetzen und mit den Güterichtlinien einen Ermessensspielraum zuzulassen.

Für die Herstellung von Textilwaren, die als Reparationsgüter Verwendung fanden, wurden jedoch eindeutige „Herstellungsvorschriften“ festgelegt. Die Gründe dafür waren zum einen, dass der Zugang zu Rohstoffen für diese Erzeugnisse gesichert war. Zum anderen unterlagen die für die SMATh hergestellten Waren keinen modischen Anforderungen und damit einhergehenden stetigen Veränderungen.

---

324 Vgl. Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammenge stellt am 1.7.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 69r-86r, hier Bl. 71r.

325 Vgl. Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammenge stellt am 1.7.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 69r-86r, hier Bl. 72r.

326 Vgl. ebd., Bl. 71r.

Außerdem hatten die sowjetischen Besatzer klare Vorstellungen von der Qualität der zu liefernden Waren, von denen sie nicht abwichen. Anhand dieser Vorschriften wurden auch Uniformstoffe für Polizei-, Zoll- und Forstbeamte geprüft, die in der SBZ zur Ausstattung der Beamten vor Ort bleiben sollten.<sup>327</sup> Bei der Ausrüstung der Sicherheitsorgane sollten offenbar keine Kompromisse hinsichtlich der Qualität der Uniformen gemacht werden.

Für die Erarbeitung der Mindestgütevorschriften für Gewebe, die dann von der SMAD-Zentrale in Berlin-Karlshorst bestätigt werden sollten, wurde im Januar 1948 mit den sächsischen Prüfmännern kooperiert.<sup>328</sup> Das StWPA war also bei der Erarbeitung von Qualitätsstandards nicht allein tätig und an einer Zusammenarbeit mit anderen Prüfinstituten in der SBZ interessiert. Auch für die anderen Abteilungen sind die Vorgehensweisen zur Erarbeitung von Güterrichtlinien bzw. Herstellungsvorschriften bekannt. Die Metallwirtschaftliche Abteilung, die seit November 1947 an der Universität Jena ansässig war, forderte zunächst Proben von Produkten aus dem Gießerei-, Walz- und Schmiedebereich ein, um sich einen Überblick über die Qualität der sich im Umlauf befindlichen Waren zu verschaffen. Anhand der Muster sollten Analysevorlagen für die Roheisenprüfung entwickelt werden.<sup>329</sup> Um eine langfristige Qualitätskontrolle zu gewährleisten, mussten die Hersteller von Metallwaren außerdem im Abstand von je 50 Tonnen Produktionsmasse ein neues Muster bei der Metallwirtschaftlichen Abteilung einreichen. Darüber hinaus wurden sie dazu verpflichtet, bei der Produktion die vorhandenen DIN-Normen zu berücksichtigen.<sup>330</sup> Obwohl der Deutsche Normenausschuss (DNA)<sup>331</sup>, abgesehen von seinem kurzzeitigen Sitz in der SBZ, nach der Neuordnung der Berliner Sektoren seinen Standort in der britischen Besatzungszone hatte, hatte die SMAD großes Interesse an dem westdeutschen Normenwerk. Die

---

327 Vgl. ebd., Bl. 77r.

328 Vgl. Bericht für den Monat Januar 1948, 3.2.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 141, Bl. 190r-192v, hier Bl. 190r.

329 Vgl. Bericht für den Monat Dezember 1947, 3.1.1948, ebd., Nr. 353, Bl. 153r-154v, hier Bl. 153v.

330 Vgl. Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammengestellt am 1.7.1948, ebd., Nr. 352, Bl. 69r-86r, hier Bl. 82v.

331 Für weitere Informationen zum DNA siehe Luxbacher: DIN, 2017.

Militäradministration hatte den großen Nutzen der Standardisierung für den Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft erkannt. Die VEB beteiligten sich an der Arbeit des DNA mit der Entwicklung der TGL (Technische Normen – Gütevorschriften – Lieferbedingungen), aus denen eine Kooperation erwachsen sollte. Ab 1946 waren die DIN-Normen durch entsprechende Verordnungen auch für Thüringen und Sachsen-Anhalt rechtlich bindend.<sup>332</sup> Trotz des schwelenden Ost-West-Konfliktes wurden die Standards bis August 1961 in der DDR angewandt. Nach dem Mauerbau orientierte man sich ausschließlich an den erwähnten TGL und dem Normungssystem der UdSSR, dem sog. „Gossudarstwenny Standart“ (GOST).<sup>333</sup>

Die ersten vorhandenen Informationen über die Qualitätsanforderungen des StWPA für die Schuhproduktion stammen aus dem Oktober 1947. Sie konnten allerdings in der Industrie nicht umgesetzt werden, da die erwartete Rohstoffzuteilung im vierten Jahresquartal ausblieb. Aus diesem Grund war die Abteilung hinsichtlich der Qualität der hergestellten Schuhe kompromissbereit.<sup>334</sup> Da die qualitätsmäßigen Probleme in der Schuhproduktion auch im Januar 1948 bestanden, war die Abteilung gezwungen, die eigenen Ansprüche herabzusetzen und die qualitativ minderwertige Ware zu akzeptieren.<sup>335</sup> Dem Warenprüfungsamt war es möglich, die Qualitätsanforderungen für eine begrenzte Zeit zu reduzieren, um die laufende Produktion nicht vollends zum Stillstand zu bringen.

Im Bereich der Schuhprüfung wurden im Februar 1948 zudem „Mindestgütevorschriften“ festgelegt, die nicht von der zuständigen Erfurter Prüfstelle selbst herausgegeben wurden. Die Mindestgütevorschriften bestimmten die Qualität eines Produktes, die es mindestens vorweisen musste, um für den Vertrieb zugelassen zu werden. Für die Schuhprüfung wurden diese Vorschriften von der DZVI in

---

332 Vgl. Mücke: TGL, 2010, S. 4 bzw. S. 10.

333 Vgl. Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S. 125.

334 Vgl. Bericht für den Monat Oktober 1947, 10.11.1947, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 353, Bl. 144r-145v, hier Bl. 144r.

335 Vgl. Bericht für den Monat Januar 1948, 3.2.1948, ebd., Nr. 141, Bl. 190r-192v, hier Bl. 190v.

Zusammenarbeit mit dem Freiburger DLI erarbeitet.<sup>336</sup> Dass nicht das StWPA selbst die Mindestgütevorschriften herausgab, lässt sich folgendermaßen begründen: Zu diesem Zeitpunkt wurden in Erfurt lediglich Beschauprüfungen der fertigen Produkte durchgeführt. Die Qualitätskontrolle der verwendeten Rohstoffe fand bis August 1948 im Freiburger Institut statt, da dort auch die entsprechenden Prüfinstrumente vorhanden waren. Daher ist es wahrscheinlich, dass auf Grundlage der dort erarbeiteten Ergebnisse auch die Mindestgütevorschriften entwickelt wurden. Außerdem war die Einrichtung durch die Satzung der Deutschen Versuchsanstalt und der ihr angeschlossenen Fachschule für Lederindustrie aus dem Juli 1947 der DZVI unterstellt und somit unmittelbar weisungsgebunden.<sup>337</sup> Obwohl die Erfurter Prüfstelle mindestens seit Oktober 1947 bestand, wurden von dort erst im Februar des darauffolgenden Jahres Mindestgütevorschriften herausgegeben. Mögliche Gründe dafür könnten die erwähnten Schwierigkeiten bei der Beschaffung der erforderlichen Arbeitsgerätschaften gewesen sein.

Ab November 1949 erhielt das StWPA die Aufgabe, „die vorhandenen Gütevorschriften [...] kurzfristig zu überprüfen und alle Normen der Kriegszeit [...] zu beseitigen.“<sup>338</sup> Damit wurden einen Monat nach Gründung der DDR auch im Bereich der Normung „Altlasten“ des Nationalsozialismus abgeschafft. Außerdem sollte in Zusammenarbeit der Ministerien für Industrie und Planung ein Register aller Güterrichtlinien und Herstellungsvorschriften erstellt werden. In Ergänzung dazu erforderte die gerade eingeführte Planwirtschaft eine Neuausrichtung des ökonomischen Systems. Durch den Zweijahresplan sollte die Arbeitsproduktivität erhöht und der Lebensstandard der Bevölkerung kontinuierlich verbessert werden.<sup>339</sup>

336 Vgl. Bericht für den Monat Februar 1948, 3.3.1948, ebd., Nr. 352, Bl. 61r-64v, hier Bl. 61r.

337 Vgl. Satzungsentwurf der Deutschen Versuchsanstalt und Fachschule für Lederindustrie, Freiberg/Sa., 22.7.1947, SächsStA – StA-C, 31421/120, Bd. 1, unpag.

338 Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 10, Ausgabetag: 26.11.1949, Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion, 24.11.1949, BArch Berlin, DF4-40296, unpag., S. 2.

339 Vgl. Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 10, Ausgabetag: 26.11.1949, Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion, 24.11.1949, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.,

Außerdem sollte das Material- und Warenprüfungssystem der DDR bis 31. Dezember 1949 qua Verordnung der Provisorischen Regierung der DDR neu geordnet werden.<sup>340</sup> Mit der Verordnung wurde die Gesetzesgrundlage für die Gründung des DAMW gelegt, dessen Tätigkeit später durch zahlreiche, immer wieder aktualisierte Durchführungsbestimmungen nachjustiert wurde.

Der Blick auf die Entstehungsgeschichte des StWPA verdeutlicht, dass das Warenprüfungsamt eine wissenschaftliche Einrichtung mit einem breitgefächerten Aufgabenfeld war. Das Amt war durch seine Forschungs- und Regulierungsarbeit nicht nur für ihre Initiatorin, die SMATH, als Prüfstelle für die Reparationsgüter wichtig, sondern unterstützte in zunehmendem Maße auch die Industrie der SBZ bei ihrer Entwicklung. Das Beispiel der Textilwirtschaftlichen Abteilung belegt, dass in der Phase von Oktober 1948 bis Februar 1948 zwar viele Aufträge der Militäradministration eingingen, deren Anzahl aufgrund ihres Rückzugs aus der SBZ ab 1948 aber immer weiter abnahm. Über 2000 Prüfaufträge aus der Industrie gegenüber fünf Aufträgen der SMAD im Dezember 1948 symbolisieren einerseits die wachsende Wirtschaftsleistung der SBZ und die erfolgreiche Arbeit des StWPA, das dieses Wachstum durch ihre Arbeit unterstützte. Andererseits belegen die Zahlen auch die zurückgehenden Reparationsforderungen der SMAD an die SBZ.

Bei diesem Wachstum wurde die Industrie allerdings durch den beschränkten Zugang zu erforderlichen Rohstoffen, durch den die Herstellung bzw. die Prüfung bestimmter Erzeugnisse schwer beeinträchtigt. Dies zeigt sich u. a. in den unterschiedlichen Produktionsvorschriften der Textilwirtschaftlichen Abteilung für Reparationsgüter und jene Waren für den zivilen Markt. Auch die Beschaffung von Leder, im Besonderen für Schuhe, stellte eine Schwierigkeit dar. Diesen Rohstoff beanspruchte die SMAD in erster Linie für sich. Der Mangel an bestimmten Chemikalien schränkte die Prüftätigkeit einiger Abteilungen so sehr ein, dass ihre Arbeit zeitweise unterbrochen werden musste. Innerhalb von fünf Jahren gelang es also, in der SBZ ein ernstzunehmendes System der Qualitätskontrolle aufzubauen, das seinen

---

S. 2.; Für weitere Informationen zum Zweijahrplan siehe Weber: Getrennt und doch vereint, 2020, S. 316.

340 Vgl. ebd.

inhaltlichen Schwerpunkt von der Prüfung von Reparationsgütern auf die Prüfung der Waren, die für den Inlandskonsum vorgesehen waren, verlegte. Das Potenzial bzw. die Struktur der durch die SMATH gegründeten Einrichtung nutzten die später übergeordneten Behörden der SBZ/DDR-Verwaltung bestmöglich für die eigenen Zwecke – die Förderung der eigenen Industrie.

## 4 Der Präsident, langjährige Mitarbeiter und Entnazifizierte: Zum Personal des StWPA

Für den ersten Präsidenten und einige Abteilungsleiter konnte Quellenmaterial ausgewertet werden, das es ermöglicht, ihre Herkunft, Ausbildung und die berufliche Laufbahn nachzuvollziehen. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf ihrem politischen Engagement und beruflichem Wirken während der NS-Zeit sowie darauf, wie sie den Systemwechsel nach 1945 in der SBZ erlebten und sich in das neue politische System der DDR einfügten. In diesem Kapitel wird danach gefragt, welche Bedeutung die „Expertise“, also das Fachwissen und der Beruf, der vorgestellten Personen in Bezug zur „Politik“, also dem politischen System vor und nach 1945, hatte. Wie trug ihre „Expertise“ während des Nationalsozialismus und in der SBZ/DDR zu ihrem beruflichen Erfolg bei bzw. inwiefern beeinflusste die Politik ihre Arbeit? Burghard Weiss konstatiert, dass Entscheidungsträger in der SBZ/DDR über ein Engagement für den Nationalsozialismus hinweggesehen hätten, wenn die jeweilige Person durch ihre Expertise einen Beitrag zum Aufbau des Sozialismus leisten konnte.<sup>341</sup> Hier wird diese These nun um einen Aspekt erweitert: Obwohl die politische Vergangenheit für ihre berufliche Karriere in der SBZ/DDR kaum ausschlaggebend war, wurde sie dennoch dokumentiert und zu bestimmten Zeitpunkten thematisiert, z. B. wenn Entscheidungen bzgl. der beruflichen Karriere einer Person getroffen wurden oder auch bewusst verschwiegen.

Zur besseren Übersicht wurden die Biografien in thematische Gruppen aufgeteilt. Der erste Präsident des StWPA, Max Rufflé, wird hier aufgrund seines Amtes gesondert vorgestellt. Dann folgen Biografien dreier Personen, die jene Beschäftigten repräsentieren, die das StWPA von seiner Gründung an begleiteten und später für das DAMW arbeiteten. Sie waren bis in die 1960er Jahre für das Amt und

---

341 Vgl. Weiss: „Ein Forscher ohne Labor ist wie ein Soldat ohne Waffe“, 2003, S. 217 f.

seine Nachfolgeeinrichtungen tätig und erreichten dort hochrangige Positionen. Beispielhaft für jene Mitarbeiter des StWPA, die Opfer der NS-Justiz bzw. -Verfolgung geworden waren, steht die Biografie von Prof. Alfred Eckardt. Paul Paris' Lebenslauf zeigt, dass es auch Mitarbeiter gab, die die SBZ noch vor der Gründung der DDR verließen. Im letzten Teilkapitel wird Otto Plöttner vorgestellt, der sich aufgrund seiner Position als Sturmführer im Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK), seiner Mitgliedschaft in der NSDAP seit 1933 und seines Amtes als Leiter einer Fachschule, welches er nicht zuletzt durch die Betonung seiner nationalsozialistischen Weltanschauung erhalten hatte, einem Entnazifizierungsverfahren stellen musste. Obwohl seine politische Vergangenheit im Amt bekannt war, wurde er durch die Unterstützung Ruffles Leiter einer Nebenstelle des StWPA und konnte seine Karriere uneingeschränkt weiterführen. Seine Biografie zeigt den pragmatischen Umgang der neuen politischen Elite der SBZ und später der SED-Parteiführung mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern. Entgegen den ursprünglichen politischen Ambitionen, diesem Personenkreis in der SBZ/DDR eine weitere Berufstätigkeit zu verweigern, war man zum Aufbau eines stabilen und wirtschaftlich leistungsfähigen Staats in vielen Bereichen auf ihre Expertise angewiesen.

Neben der Vorstellung ausgewählter Wissenschaftler wird auch die Entwicklungsgeschichte der Abteilungen des StWPA und deren Beziehung zu wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen und zum Staat selbst deutlich. Die Abteilungsleiter standen in ihrer Vergangenheit bereits Instituten oder Bildungseinrichtungen vor und führten diese nach Angliederung an das StWPA in Amtsunion weiter. So ermöglichten sie einerseits den Anschluss an aktuelle wissenschaftliche Entwicklungen sowie andererseits den Zugriff auf vor Ort ausgebildetes Fachpersonal und die erforderlichen Prüflabore. Das Kapitel soll vor allem zeigen, wie verschieden die Wege von Wissenschaftlern in das StWPA sein konnten, welche Karrieren dort möglich waren und welche Bedeutung die Nachkriegssicht auf den Nationalsozialismus für die Material- und Warenprüfung der SBZ/DDR aus prosopographischer Sicht hatte.

## 4.1 Der Hoffnungsträger: Max Rüffle (1903–1972) als erster Präsident des StWPA

Mit Dipl.-Ing. Max Rüffle wurde ein Präsident für das neu gegründete StWPA eingesetzt, der hinsichtlich seiner politischen Haltung ganz den Vorstellungen der neuen politischen Elite der SBZ entsprach, da er kein NSDAP-Mitglied gewesen war. Durch seinen frühen Eintritt in die SED und den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und sein weiteres Engagement in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) und der KdT zeigte er, dass er sich mit den Werten des Sozialismus identifizierte. Nach außen repräsentierte er also die Werte der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“, die auch in der Organisation der Material- und Warenprüfung umgesetzt werden sollten. Als Patentanwalt kannte er sich mit technischen Normen und Gesetzestexten aus, was für das StWPA, dessen inhaltlicher Schwerpunkt zu Beginn vor allem auf der Produktprüfung und der Ausarbeitung von Herstellungsrichtlinien lag, einen großen Zugewinn darstellte. Rüffle erhielt den Auftrag, ein in erster Linie für die Reparationsforderungen der SMATH funktionierendes Prüfamt zu bilden. Dabei sah er bei der Einstellung von Mitarbeitern nachweislich über deren NS-Engagement hinweg und setzte sich aufgrund ihrer Expertise für sie ein.



Abb. 5: Der erste Präsident des StWPA Dipl.-Ing. Max Rüffle. (LATH – HStA Weimar)

Max Rüffles<sup>342</sup> Weg führte aufgrund seines Dienstes bei der Wehrmacht, genauer durch seinen Einsatz im Maschinellen Berichtswesen des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), nach Gera. Zu dieser Tätigkeit erklärte er 1949: „Dort hatte ich bis Kriegsende die Aufgabe, betriebliche Meldungen für eine lochkartenmäßige Bearbeitung vorzubereiten und nach dem System ‚Hollerith‘ aufzuarbeiten.“<sup>343</sup> Vermutlich arbeitete Rüffle in der „Abteilung für maschinelles Berichtswesen der Reichsgruppe Industrie“, die gegen Kriegsende in Gera stationiert war. Mitte Mai 1945 zeigte diese Abteilung große Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den amerikanischen Alliierten und zog kurzfristig in die Nähe des US-Hauptquartiers nach Bad Nauheim um.<sup>344</sup> Rüffle indes entschied sich, in Gera zu bleiben.

- 
- 342 Dipl.-Ing. Max Rüffle (8.7.1903 in Freienwalde (Pommern)-26.09.1972 in Berlin), 1922–1927: Architekturstudium an den TH Berlin und Stuttgart, ab 1927: Bauleiter/Architekt bei der Gagfah-Heimat AG Berlin, ab 1931: Beratender Ing. in der Kanzlei Dr. Döllner, Seiler, Manecke in Berlin, 1931–1933: Weiterbildung zum Rechtsanwalt, ab 1934: Selbst. Rechtsanwalt in Berlin, 1942: Einberufung zur Wehrmacht (Einsatz bei den Landeschützen bzw. im Maschinellen Berichtswesen des OKW in Gera), vgl. Ministerium für Wirtschaft, Personalfragebogen, 7.9.1948, BArch Berlin, DO1-100613, unpag. Aufgrund fehlender Abschlusszeugnisse bleibt unklar, ob Rüffle neben den üblichen rechtswiss. Seminaren, die zur Ausbildung als Patentanwalt gehören, ein Jura-Studium zum Volljuristen (inkl. Referendariat) absolvierte. Dieses hätte er sicher in den vorhandenen Lebensläufen konkreter angegeben. Vermutlich war er sich bei der Angabe im Lebenslauf über die geschützte Berufsbezeichnung des Rechtsanwaltes nicht bewusst. Max Rüffle arbeitete vor seiner Einberufung zur Wehrmacht zweifelsohne als Patentanwalt, u. a. in einer Kanzlei, die Rechts- und Patentanwälte beschäftigte und so Wissen auf technischem und juristischem Gebiet vereinte. Bemerkenswert und damit so bedeutsam für das StWPA sind seine breit gefächerten Kenntnisse sowohl in Technik und Naturwissenschaften als auch in rechtlichen Dingen (Für diese Informationen zum Anwaltsberuf danke ich Vivian Yurdakul.).
- 343 Lebenslauf [als Anlage zum Personalfragebogen], 1.7.1949, BArch Berlin, DO1-100613, unpag.
- 344 Vgl. Arbeitskreis I.G. Farben der Bundesfachtagung der Chemiefachschaften: ...von Anilin, 1994, S. 96.

Ab Herbst 1945 arbeitete er als Betreuer bzw. Sachbearbeiter des Industriesektors bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) Gera.<sup>345</sup> Es ist zu vermuten, dass Rüffle im Nachgang eines nicht näher bekannten Vorkommnisses in der IHK im April 1946 zum StWPA „wegbefördert“ wurde, denn auch in späteren Quellen gibt es keine Hinweise auf eine Kündigung seitens der IHK bzw. einen Wechsel aus unläuterer Gründen. Im Sommer 1946 übernahm Rüffle mit Gründung des StWPA als Behörde des thüringischen Landesamtes für Wirtschaft dessen Leitung.<sup>346</sup> Seine Einstellung begünstigten einerseits seine fachlichen Kenntnisse. Er hatte vor dem Krieg als selbstständiger Patentanwalt gearbeitet und bereits während seiner Ausbildung Erfahrungen in der inländischen und ausländischen Patentanmeldung sowie bei der Vergabe von Warenzeichen sammeln können.<sup>347</sup> Andererseits war er auch aus politischer Sicht für das neue Amt geeignet, denn er war kein Mitglied der NSDAP gewesen. Zudem war er schon im Sommer bzw. Herbst 1945 in die SED bzw. den FDGB eingetreten.<sup>348</sup> 1948 wurde er für eine Auszeichnung als „Aktivist“ vorgeschlagen.<sup>349</sup> Außerdem engagierte er

- 
- 345 Vgl. Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft, Deutsche Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone, Personalfragebogen bzw. Lebenslauf [als Anlage zum Personalfragebogen], 1.7.1949, BArch Berlin, DOI-100613, unpag.
- 346 Vgl. Max Rüffle, Dipl. Ing. Max Rüffle, Patentanwalt, An Herrn Präsident Gronwald, Industrie- und Handelskammer Thüringen, Weimar, Betr.: Regelung meiner Gehaltsfrage, Bezug: Rücksprache vom 9. Juli 1946, 11.6.1946, LATH – HStA Weimar, Personalakten der Industrie- und Handelskammer, Max Rüffle, Bl. 11r f.; Lebenslauf [als Anlage zum Personalfragebogen], 1.7.1949, BArch Berlin, DOI-100613, unpag.
- 347 Vgl. Dr. Döllner, Seiler, Maenecke, Wehr, Dr. Kühl, Patentanwälte Me Kü, Berlin, Zeugnis [für Herrn Dipl. Ing. Max Rüffle], 12.2.1934, ebd., R 131/11411, Bl. 31.
- 348 Vgl. Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft, Deutsche Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone, Personalfragebogen, 7.9.1948, ebd., DOI-100613, unpag.
- 349 Vgl. Ehrung als Aktivist, Staatl. WPA Gera an das Ministerium für Wirtschaft, Hauptabteilung Industrie und Brennstoff, Herrn Ministerialdirektor Gäbler, 18.12.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 353, Bl. 140r.

sich in der KdT, wo er Ehrenvorsitzender des Bezirksausschusses Gera und seit Frühjahr 1950 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses Deutscher Normeningenieure war.<sup>350</sup>

Als Präsident des StWPA sollte er die Funktionstüchtigkeit des Amtes gewährleisten. Dazu waren in den Abteilungen Experten erforderlich, die auf ihrem Fachgebiet entsprechende Kompetenz vorweisen konnten. Dass sich diese aber in den meisten Fällen vor 1945 für den Nationalsozialismus engagiert hatten, stellte Rüffle vor ein Dilemma. Denn solchen Personen sollte eine berufliche Zukunft in der SBZ/DDR nur sehr eingeschränkt ermöglicht werden. Rüffle musste daher abwägen, inwiefern über dieses Engagement zum Wohle einer positiven Entwicklung des StWPA hinweggesehen werden konnte. Seine Entscheidungen riefen dabei die Kritik des thüringischen Innenministeriums hervor. Es bemängelte, dass Rüffle 1950 zwei Mitarbeiter des StWPA trotz ihrer bekannten NS-Belastung als Abteilungsleiter eingesetzt und damit deren fachliche Qualifikation ihrer politischen Bescholtenheit vorgezogen hatte. Beide waren aufgrund ihres Engagements für den Nationalsozialismus bereits aus ihren vorherigen Anstellungen entlassen worden. Daher sollten sie in Zukunft nur noch weniger bedeutende Positionen bekleiden. Trotzdem konnte Rüffle sein Amt als Präsident bewahren.<sup>351</sup> Nicht zuletzt, weil er sich für die Umsetzung der neuen politischen Ideale im StWPA einsetzte, hielt die SED-Betriebsgruppe Gera zu diesem Vorfall fest:

Wohl kann ihm [Rüffle, YS] der Vorwurf, dass besonders in den ersten Monaten des Aufbaus des Amtes seine Einstellung zur Personalpolitik allzu stark von fachlichen Erwägungen getragen wurde, nicht erspart bleiben; jedoch ist auch hier, besonders nach Bildung der Betriebsgruppe im Amt, eine positive Änderung zu verzeichnen gewesen.<sup>352</sup>

350 Vgl. Deutsche Demokratische Republik, Personalfragebogen mit Lebenslauf, 15.12.1950, BArch Berlin, DOI-100613, unpag.

351 Vgl. Land Thüringen, Ministerium des Innern, Hauptabteilung Personal und Schulung, An die Deutsche Demokratische Republik, Ministerium des Innern, Hauptabteilung Personal, Berlin, 9.3.1950, BArch Berlin, DOI-100613, unpag.

352 Ministerium für Wirtschaft – Staatliches Wareprüfungsamt Gera – SED-Betriebsgruppe, Charakteristik über den früheren Amtsleiter des Warenprüfungsamtes Gera Herrn Max Rüffle, 7.3.1950, ebd., unpag.

Trotz seines Einsatzes für das neue politische System der SBZ/DDR beschwerte sich die SED-Landesleitung Groß-Berlin über Rüffle. Im Rahmen eines Seminars der Kreisparteienschule im Jahr 1951 hatte er geäußert: „Die Intelligenz, die nicht fest auf unserer Seite steht, muss man gehen lassen. Voraussetzung der Mitarbeit eines Intellektuellen im Staatsapparat ist, dass er den Marxismus studiert.“<sup>353</sup> Seine Äußerung veranlasste die Landesleitung zu dem Entschluss, „sich die Tätigkeit des Genossen Rüffle im Amt für Material- und Warenprüfung politisch anzusehen.“ Der dem DAMW übergeordneten Behörde, dem Zentralamt für Forschung und Technik, waren diese politischen „Schwächen“ Rüffles bekannt. Darüber hinaus stellte das Zentralamt fest, dass die Parteigruppe des DAMW nur 35 Mitglieder zählte und nicht sehr intensiv arbeitete. Die politische Ausrichtung Rüffles sollte weiter beobachtet werden.<sup>354</sup>

Trotz der umfassenden Demontagen und obwohl die ‚erste Garde‘ der wissenschaftlich-technischen Experten in der SBZ/DDR aufgrund von freiwilligen oder erzwungenen Arbeitseinsätzen in der UdSSR oder ihrer Abwanderung in den Westen nicht verfügbar war, gelang Rüffle der Aufbau eines funktionierenden Prüfamtes. Der spätere Präsident des Amtes, Helmut Lilie<sup>355</sup>, sprach mit Blick auf diese Ausgangssituation sogar von „Zusammenramschen“ von technischen Prüfstellen während des Aufbauprozesses. Allerdings hätte Rüffle aus Lilies Sicht „damit den später entscheidenden Grundstock für den Aufbau eines zentralen staatlichen Material- und Warenprüfungsamtes für das Gebiet der gesamten SBZ [geschaffen].“<sup>356</sup> Die dezentralisierte Konzeption des Amtes mit Abteilungen und Prüfdienststellen, die aus der Not heraus entstanden war, sollte sich aufgrund der Ansiedelung von Prüfstellen an Produktionszentren als Vorteil erweisen.

---

353 Dieses und das nachfolgende Zitat: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Landesleitung Gross-Berlin, An den Genossen [N.N.] persönlich, Personalleitung, Zentralamt für Forschung und Technik, Betr.: Genossen Max Rüffle, Staatliche Plankommission, Präsident des Amtes für Material- und Warenprüfung, 3.4.1951, BArch Berlin, MfS AP 1151/61, Bl. 12.

354 An die Landesleitung der SED, Betr.: Genossen Max Rüffle, Präsident des Amtes für Material- und Warenprüfung, 15.4.1951, ebd., Bl. 13.

355 Für die Biografie von Helmut Lilie siehe Kapitel 9.1.

356 Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 42.

Rüffle begleitete das StWPA auch bei seiner weiteren Entwicklung zum DAMW und der damit einhergehenden behördlichen Neuanbindung. Am 1. Juli 1949 wurde er zum Leiter der in Berlin ansässigen Abteilung Normung und Gütesicherung ernannt, die der Hauptabteilung Wissenschaft und Technik im Ministerium für Planung unterstand. Im Februar 1950 wurde dann die Gründung des DAMW „[z]ur einheitlichen Entwicklung der Material- und Warenprüfung sowie zur Sicherung der Güte der gewerblichen Produktion“ angeordnet, dessen Leitung Rüffle zugesprochen wurde.<sup>357</sup> Somit war das Amt nun nicht mehr einem Landesministerium unterstellt, sondern einem gesamtstaatlichen Organ.

Zu Beginn des Jahres 1955 legte Rüffle sein Amt als Präsident des DAMW nieder und übernahm die Leitung des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen der DDR. In einer Rede anlässlich seiner Verabschiedung wurden seine Verdienste um den Aufbau der Material- und Warenprüfung in der SBZ und sein Beitrag zur „Entwicklung und Festigung der Volkswirtschaft“ gewürdigt.<sup>358</sup> Dabei wurde auch die internationale Bedeutung des Amtes und seine Vorbildfunktion für andere, auch nichtsozialistische Staaten, betont.<sup>359</sup>

Von Rüffle als erstem Leiter des StWPA Thüringen und erstem Präsidenten des DAMW lässt sich also ein facettenreiches Bild zeichnen. Aufgrund seiner fachlichen Eignung als Patentanwalt, seiner Erfahrung im Verwaltungsdienst für das Land Thüringen und seiner politischen Unbescholtenheit galt er als Hoffnungsträger für eine

357 Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 18, Ausgabetag: 28.2.1950, Verordnung über das Material- und Warenprüfungswesen (Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion), 16.2.1950, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

358 Vgl. Entwurf einer Rede bzgl. Übergabe der Präsidentschaft des DAMW von Max Rüffle an Johannes Naumann [Autor unbekannt], 3.1.1955, BArch Berlin, DF4-40301, unpag.

359 Die internationale Bedeutung des DAMW kam besonders durch die Leipziger Frühjahrs- bzw. Herbstmesse zum Ausdruck. Dort wurden internationale Produkte aus verschiedensten Branchen präsentiert und anhand der Gütezeichen des DAMW prämiert. Bemerkenswert ist, dass 1951 amerikanische Besucher der Messe an der amtlichen Warenprüfung des DAMW großes Interesse zeigten. Vgl. dazu: Zusammenfassender Kurzbericht über die Frühjahrsmesse 1951 in Leipzig, 19.3.1951, ebd., DF4-40296, unpag.

Waren- und Materialprüfung, die sich trotz der Herausforderungen, die sich aus dem materiellen Notstand der unmittelbaren Nachkriegszeit und der Suche nach Mitarbeitern ohne politisches Engagement für den NS ergaben, entwickelte.

Der Anspruch der SBZ/DDR, es „besser“ machen zu wollen als die Bundesrepublik, in der auf zahlreichen Gebieten personelle Kontinuitäten von Nationalsozialisten mehr oder minder offen fortgeführt wurden, wird in seiner Person besonders deutlich. Doch diese hehren Werte täuschten nicht über die prekäre Situation hinsichtlich der technischen Ausrüstung des Amtes und der personellen Ausgangssituation hinweg. Rüffle stellte sich dieser Herausforderung und kam dabei nicht umhin, Fachkräfte einzustellen, die als renommierte Experten auf ihrem Gebiet unverzichtbar waren, sich aber für den Nationalsozialismus engagiert hatten. Darüber hinaus brachte er sich in der SBZ schon zu einem frühen Zeitpunkt politisch ein, eckte aber trotzdem in SED-Kreisen an. Mit der Abgabe seines Amtes als Präsident des Amtes für Patent- und Erfindungswesen auf eigenen Wunsch bzw. aufgrund gesundheitlicher Probleme schied Rüffle im August 1959 aus dem Staatsdienst aus und trat danach bis zu seinem Tode 1972 nicht mehr in Erscheinung.<sup>360</sup>

## 4.2 Lange Karrieren in der Material- und Warenprüfung: Friedrich Thielemann (\*1904), Hans Böhnisch (1901–1973), Horst Tröger (\*1918)

Die drei nachfolgend vorgestellten Personen wurden ausgewählt, da sie nahezu ihr gesamtes Berufsleben der Material- und Warenprüfung in den verschiedensten Fachbereichen verschrieben hatten. Friedrich Thielemann, der als Leiter der Geraer Warenprüfungsstelle der indirekte Vorgänger Rüffles war, verlor diese Position nach Kriegsende zwar, wurde aber als Leiter einer Fachabteilung eingesetzt. Aufgrund seiner NSDAP-Mitgliedschaft musste er zunächst jedoch seine Entlassung in Kauf nehmen. Seine erfolgreiche Entnazifizierung, die u. a.

---

360 Vgl. An den Leiter des Büros des Präsidiums des Ministerrates, Genossen Staatssekretär Plenikowski, Berlin, Betr.: Antrag auf Abberufung des Herrn Max Rüffle, Präsident des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen, 22.8.1959, ebd., DOI-100613, unpag.

mit Rüffles Unterstützung erfolgte, sorgte dafür, dass er seine berufliche Laufbahn am StWPA wieder aufnehmen und später am DAMW und dem „DAMW-neu“, das aus der Fusion von DAMW und DAM hervorgegangen war, fortsetzen konnte.

Hans Böhnisch überzeugte bei seiner Einstellung am StWPA vor allem aufgrund seiner langjährigen praktischen Erfahrungen in der Textilindustrie. Da er kein Mitglied der NSDAP gewesen war, entstanden ihm in der SBZ und DDR hinsichtlich seiner politischen Vergangenheit keinerlei Probleme. Böhnischs Biografie ist besonders durch sein Engagement für die sozialistischen Ideale der SED geprägt. Durch die geschickte Verknüpfung von politischem und beruflichem Engagement in der Material- und Warenprüfung der SBZ/DDR, konnte er eine beachtliche Karriere vom StWPA bis zum neuen DAMW in hochrangigen Positionen machen.

Wie Thielemann musste auch Horst Tröger zuerst entnazifiziert werden, bevor er seine Stelle am StWPA antreten konnte.<sup>361</sup> Rüffle trat auch in diesem Fall an die Entnazifizierungskommission heran und betonte den akuten Fachkräftemangel in der SBZ, was sich positiv auf die Entscheidung auswirkte. Auch ohne bekanntes politisches Engagement in der SBZ/DDR konnte Tröger seine Karriere als Papieringenieur voranbringen und war bis in die 1980er Jahre am ASMW tätig. Aufgabe und Ziel Rüffles war es, ein funktionierendes Prüfamts für die SMATH und die SBZ einzurichten. Wenn die politische Vergangenheit von dringend benötigten Experten deren Einstellung gefährdete, trat er in mehreren Fällen direkt an die Entnazifizierungskommissionen heran, betonte in schriftlichen Eingaben deren Expertise und verwies auf den akuten Fachkräftemangel. Welches Gewicht diese Eingaben bei der Urteilsfindung der Kommissionen letztlich hatten, bleibt unbeantwortet. In jedem Falle wirkten sie sich durchaus positiv auf die Entscheidungen zugunsten der Angeklagten aus.

---

361 Zur Entnazifizierungspraxis in der SBZ siehe Landau und Heitzer: Zwischen Entnazifizierung, 2021; van Melis: Entnazifizierung, 1999; Welsh: Revolutionärer Wandel, 1989.

DIPL.-ING. FRIEDRICH THIELEMANN (\*1904)

Im Juli 1939 wurde Thielemann<sup>362</sup> als technischer Betriebsleiter der Geraer Warenprüfungsstelle eingestellt und zum 1. April 1941 zum alleinigen Geschäftsführer ernannt.<sup>363</sup> Er war somit der Leiter der Vorgängereinrichtung des StWPA. Im September 1943 erteilte ihn die Einberufung zur Wehrmacht. Dieser Umstand löste eine Diskussion über seine Nachfolge bzw. sogar über die Auflösung der Warenprüfungsstelle aus.<sup>364</sup> Es wurde ein geeigneter Stellvertreter Thielemanns gefunden und die Warenprüfungsstelle versuchte eifrig, zumindest einen längeren Urlaub zur Einarbeitung dieses Stellvertreters oder besser eine „Unabkömmlich (Uk)-Stellung“, also eine Zurückstellung vom Dienst bei der Wehrmacht Thielemanns zu erwirken, um seine Tätigkeit als Leiter zu sichern.<sup>365</sup> Diese Bemühungen waren aber erfolglos, Thielemann wurde eingezogen und geriet im August 1944 in russische

- 
- 362 Dipl.-Ing. Friedrich Thielemann (29.5.1904 in Dresden-?), 1919: Militärdienst, 1923–1929/30: Maschinenbau- und Textiltechnologiestudium an der TH Dresden, begleitend dazu Tätigkeiten in der Industrie, 1935: NSDAP, 1937: Dipl.-Ing., im Anschluss daran Angestellter am Institut für Faserstoffforschung Dresden und beim Öffentlichen Warenprüfungsamt Greiz mit gleichzeitiger Lehrtätigkeit an der Höheren Textilfachschule Greiz, vgl. Personalfragebogen Fritz Thielemann, 11.2.1947, LATH - HStA Weimar, NS-Archiv des MfS ZW 279, Akte 1, Bl. 9r-10v; Entlassene Mitglieder der ehem. NSDAP, deren Gliederungen und Organisationen, 22.5.1947, ebd., Bl. 1r-1v; Personal- und Vorlesungsverzeichnisse 1921–1930, Archiv der TU Dresden, Verzeichnis der Vorlesungen und Übungen Wintersemester 1922/23, Sommersemester 1923 bis Personalverzeichnis Wintersemester 1929/30, URL: [https://tu-dresden.de/ua/dokumentationen/dokumentationen/pvvs/copy2\\_of\\_index](https://tu-dresden.de/ua/dokumentationen/dokumentationen/pvvs/copy2_of_index) (Letzter Zugriff: 20.12.2021).
- 363 Vgl. Geschäftsbericht über das 22. Geschäftsjahr der Geraer Warenprüfungsstelle G.m.b.H. in Gera vom 1. Januar bis 31. Dezember 1939, 26.6.1940, StadtA Gera, III A 59 - „Intex“ Handelsgesellschaft mbH/15184, unpag.; Protokoll der außerordentlichen Versammlung der Gesellschafter der Geraer Warenprüfungsstelle G.m.b.H. am Freitag, den 20. Dezember 1940, 20.12.1940, ebd., unpag.
- 364 Vgl. Herrn Dipl. Ing. Thielemann zur Kenntnisnahme, 11.9.1943, ebd., unpag.
- 365 Vgl. Niederschrift über die Aufsichtsratsitzung der Geraer Warenprüfungsstelle G.m.b.H. am Montag den 15. November 17 Uhr in der Geschäftsstelle Leontinenstraße, o. D. [wahrsch. 1943, YS], ebd., unpag.

Kriegsgefangenschaft, aus der er erst nach mehr als einem Jahr zurückkehrte.<sup>366</sup> An der Aufsichtsratsitzung vom 28. November 1945 nahm Thielemann in seiner vorherigen Position als Betriebsleiter bereits wieder teil.<sup>367</sup> Noch Mitte Juni 1946 war Thielemann als Leiter maßgeblich in den bereits diskutierten Entscheidungsprozess eingebunden, ob das neu zu gründende Warenprüfungsamt seinen Standort in Gera oder Greiz finden sollte.<sup>368</sup> Zum 1. Juli 1946 löste ihn Max Rüffle als erster Leiter des StWPA Thüringen ab.<sup>369</sup> Friedrich Thielemann wurde daraufhin zum Leiter der Textilwirtschaftlichen Abteilung ernannt.<sup>370</sup>

Thielemanns politische Vergangenheit wog im Zuge der Gründung des StWPA und der damit einhergehenden Suche nach geeignetem Personal zunächst schwerer als seine Expertise: Zu Beginn des Jahres 1947 wurde er aufgrund der Direktive 24 des Alliierten Kontrollrats aus den Diensten des StWPA entlassen. Bemerkenswert ist, dass er nur drei Monate später wieder eingestellt wurde, allerdings in einer degradierten Position als Lagerarbeiter und Heizer.<sup>371</sup> Der Grund für

---

366 Vgl. Niederschrift über die Aufsichtsratsitzung der Geraer Warenprüfungsstelle am 28. Dezember 1944, 17 Uhr, 29.12.1944, ebd., unpag.; Fritz Thielemann, Dipl. Ing., Lebenslauf, 29.11.1947, LATH - HStA Weimar, NS-Archiv des MfS ZW 279, Akte 1, Bl. 10r.

367 Vgl. Niederschrift über die Aufsichtsratsitzung der Geraer Warenprüfungsstelle G.m.b.H. am 28. November [handschr.: 45, YS] in den Räumen des Öffentlichen Warenprüfungsamtes, Gera, Leontinenstraße 7, o. D., StadtA Gera, III A 59 - „Intex“ Handelsgesellschaft mbH/15184, unpag.

368 Vgl. Vermerk. Betr. Befehl 004 - Gründung eines Musterbüros - Berücksichtigung der Warenprüfungsämter in Greiz und Gera, 13.6.1946, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 827, Bl. 62r-62v.

369 Vgl. Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft, Deutsche Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone, Personalfragebogen bzw. Lebenslauf [als Anlage zum Personalfragebogen], 1.7.1949, BArch Berlin, DO1-100613, unpag.

370 Vgl. „Arbeitsplan des Staatlichen Warenprüfungsamtes“ im Dokument „Staatliches Warenprüfungsamt an das LAW, Abt. Textil, z. Hd. Herrn Götz, Weimar, Betr.: Arbeitsplan für das Staatl. Warenprüfungsamt. Bezug: Dort. Telegramm, hier eingegangen am 30.9.1946“, 2.10.1946, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 2021, Bl. 10r-14r, hier Bl. 11v.

371 Vgl. Entlassene Mitglieder der ehem. NSDAP., deren Gliederungen und Organisationen, 22.5.1947, ebd., NS-Archiv des MfS ZW 279, Akte 1, Bl. 1r-1v.

Thielemanns Entlassung war seine Mitgliedschaft in der NSDAP seit 1935. Der „Antifa-Block“ Gera bestätigte ihn allerdings als ein ausschließlich nominelles Parteimitglied.<sup>372</sup>

Als Fürsprecher konnte Thielemann den Oberbürgermeister Geras, Friedrich Bloch<sup>373</sup>, gewinnen, der sich an das dem StWPA übergeordnete thüringische Landesamt für Wirtschaft wandte und sich für ihn einsetzte. Er erklärte, dass Thielemann sich seit Kriegsende unermüdlich für den Aufbau des Warenprüfungsamtes engagiert habe und nie mehr als ein nominelles Mitglied der NSDAP gewesen sei. Außerdem konstatierte er: „Der Verlust der Mitarbeit von Dipl.-Ing. Thielemann würde beim Aufbau und bei der Kontrolle der Textilindustrie eine Lücke verursachen, die wir z.Zt. nicht schließen können.“<sup>374</sup> Damit wird deutlich, wie groß auch das Interesse der Stadt Gera am StWPA war. Sicher versprach diese sich davon einen Aufschwung der Textilindustrie vor Ort und somit zusätzliche Einnahmen.

Auch Präsident Rüffle engagierte sich bei der Entnazifizierungskommission Gera für eine Weiterbeschäftigung Thielemanns. Er bezweifelte in einem Schreiben an die Kommission, ob das StWPA die richtige Stelle sei, um den Entlassungsbeschluss umzusetzen. Außerdem galt dieser seiner Meinung nach nicht für einfache Angestellte, was die Position beschreibt, in der Thielemann ab April 1947 wieder für das

372 Vgl. Personalfragebogen Fritz Thielemann, 11.2.1947, ebd., Bl. 9r-10v. bzw. Entlassene Mitglieder der ehem. NSDAP, deren Gliederungen und Organisationen, 22.5.1947, ebd., Bl. 1r-1v. Bei dem „Antifa-Block“ handelte es sich um eine aus Mitgliedern der Blockparteien, die in der „Einheitsfront antifaschistischer demokratischer Parteien“ zusammengeschlossen waren, gebildeten Kommission.

373 Zur Vita Blochs vgl. Domkowsky: Oberbürgermeister der Stadt Gera, Gera 2007; Herbst: Bloch, Friedrich, in: Biografische Datenbanken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/friedrich-bloch> (Letzter Zugriff: 2.8.2023). Bemerkenswert ist, dass Bloch, zwar christlich getauft, selbst jüdischer Abstammung war und Ende 1937 aufgrund des Reichsbürgergesetzes seinen Arbeitsplatz verlor. Umso erstaunlicher, dass er sich für die Rehabilitation eines NSDAP-Mitglieds einsetzte, vgl. ebd.

374 Der Stadtrat der Stadt Gera (Oberbürgermeister), An das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Staatliches Warenprüfungsamt, z.Hd. Herrn Dr. Rüffle, 15.2.1947, LATh - HStA Weimar, NS-Archiv des Mfs ZW 279, Akte 1, Bl. 11r.

Amt tätig war.<sup>375</sup> Hinter dieser Argumentation ist durchaus ein gewisses Kalkül zu sehen. Möglich ist, dass Rüffle Thielemann zuvor ganz bewusst in diesem niedrigen Amt wieder eingestellt hatte, da seine erneute Entlassung in einer höheren Position wahrscheinlicher geworden wäre. Ergänzend dazu sprach er sich für Thielemann aus:

An sich liegen die Dinge so, daß Thielemann Spezialist auf dem Gebiet der textilen Warenprüfung ist, und die Verwendung seiner unzweifelhaft umfassenden Fachkenntnisse im eigentlichen Prüfdienst zweckentsprechender erscheint als seine Tätigkeit als Lagerarbeiter, vorausgesetzt natürlich, daß er für den öffentlichen Dienst dortseits für tragbar erachtet wird.<sup>376</sup>

Bei einer öffentlichen Sitzung der Entnazifizierungskommission Gera im Januar 1948 sollte der Fall Thielemann abschließend behandelt werden. Während der Verhandlung waren neben dem bereits erwähnten Oberbürgermeister weitere Angehörige der Lokalpolitik sowie Mitarbeiter des StWPA zugegen. Zu dem Vorwurf seiner NSDAP-Mitgliedschaft erklärte Thielemann, dass er während seiner Studienzeit bzw. der Vorbereitung auf die Prüfung zum Diplom-Ingenieur und nur auf äußeren Druck in die Partei eingetreten sei. Ein Amt habe er zu keiner Zeit bekleidet. Die Kommission kam zu der Entscheidung, dass Thielemanns Parteimitgliedschaft nicht nach SMAD-Befehl Nr. 201 bestraft werden könne. Folglich stufte sie ihn lediglich als Mitläufer ein.<sup>377</sup>

Nach Abschluss des Verfahrens gelang Thielemann seine vollständige Rehabilitation. Er galt als entnazifiziert, sodass es für eine Einstellung am StWPA keinen Hinderungsgrund mehr gab. 1948, als auch im Allgemeinen die Entnazifizierung durch die SMAD in der SBZ als abgeschlossen galt, wurde ihm die Leitung des Referats 4 „Strickerrei und Wirkerei“ des StWPA mit den Außendienststellen Apolda und Mühlhausen übertragen.<sup>378</sup> Für die weitere Entwicklung und Arbeit des

---

375 Vgl. Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft, Staatliches Warenprüfungsamt, An die Entnazifizierungskommission, Gera, Betr.: Dipl. Ing. Fritz Thielemann, 29.11.1947, ebd., Bl. 8r.

376 Ebd.

377 Vgl. Öffentliche Sitzung der Entnazifizierungskommission des Stadtkreises Gera, Entnazifizierungsverfahren gegen Herrn Fritz Thielemann, 9.1.1948, ebd., Bl. 2r-3r. Zu Inhalt um Umsetzung des Befehls siehe das Kapitel 2.1.

Amtes hatte seine Expertise also weiterhin großen Wert. Im Zuge der Umstrukturierung vom StWPA zum DAMW wurde auch Thielemann in das neue Amt übernommen. Ab 1951 fungierte er als verantwortlicher Leiter der Prüfdienststelle 552 für Textilien in Greiz, die aus dem ihm bereits bekannten Öffentlichen Warenprüfungsamt hervorging.<sup>379</sup> 1964 war er als Beauftragter für die VVB Bastfaser, Karl-Marx-Stadt, in der Prüfdienststelle 354 für Textilien eingesetzt.<sup>380</sup>

Für Friedrich Thielemann ist damit eine lange Karriere in der Material- und Warenprüfung im Bereich Textilien, beginnend in den späten 1930er Jahren, über den Zweiten Weltkrieg, bis in die DDR der 1960er Jahre hinein, belegbar. Ob und wie er sich politisch oder in wissenschaftlich-technischen Gremien der Gemeinschaftsarbeit in der SBZ/DDR einsetzte, bleibt unbekannt.

---

378 Vgl. Organisationplan Stand 15. Juni 1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 88 v.

379 Vgl. Ministerium für Planung, Hauptabteilung Wissenschaft und Technik, Abteilung Normung und Gütesicherung, DAMW Berlin, Vorhaben zur Erhaltung und Erweiterung der Forschungs-/Entwicklungsarbeit im Jahre 1951, o. D., BArch Berlin, DF4-40297, unpag.

380 Vgl. Liste der Beauftragten für die VVB, 11.6.1964, ebd., DF5-3035, unpag.

## ING. HANS BÖHNISCH (1901-1973)



Abb. 6: Der Leiter des mechanisch-technischen Laboratoriums in der Textilwirtschaftlichen Abteilung des StWPA Hans Böhnisch. (LATH – HStA Weimar)

Weil er in seiner tschechischen Heimat keine berufliche Perspektive sah, reiste Ing. Hans Böhnisch<sup>381</sup> im September 1946 in das thüringische Gera, wo er zum 1. Oktober beim StWPA eingestellt wurde.<sup>382</sup> Böhnisch konnte umfangreiche berufliche Erfahrungen in der

381 Ing. Hans Böhnisch (21.1.1901 in Rochlitz/Iser (Tschechien)-?), 1915-1921: Ausbildung zum „Ing. Chemiker“ in der chem.-techn. Abteilung der Höheren Staatsgewerbeschule in Reichenberg (Böhmen), 1921-1923: Militärdienst bei der tschechischen Armee, 1923-1926: Tätigkeit als „Chemiker-Colorist“ beim Verein für chemische und metallische Produktion in Aussig an der Elbe in Nordböhmen, 1926-1941: Leiter der Veredelungsabteilungen in verschiedenen Strumpf- und Trikotagenfabriken in Tschechien und Rumänien, 1941-1943: Wehrmacht (Ausmusterung), 1943-1945: Dienstverpflichtung bei den Teerfarbenwerken in Aussig, 1945-1946: Schichtführer in der Pappenfabrik Mahler in Rochlitz, vgl. Lebenslauf Hans Böhnisch, 10.9.1955, BArch Berlin, DY30-89666, Bl. 21-30, hier Bl. 21-23, 25; Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Fragebogen für Mitglieder zum Umtausch der Parteidokumente, 5.7.1970, ebd., Bl. 1-5, hier Bl. 5.

382 Vgl. Lebenslauf Hans Böhnisch, 10.9.1955, BArch Berlin, DY30-89666, Bl. 21-30, hier Bl. 25.

Textilindustrie vorweisen und war außerdem kein Mitglied der NSDAP gewesen.<sup>383</sup> So war er ein idealer Mitarbeiter für das neu gegründete Amt und ihm wurde die Leitung des mechanisch-technischen Laboratoriums zugesprochen.<sup>384</sup> Ab 1948 leitete er als „Textil-Ingenieur“ den technischen Dienst der Textilabteilung sowie das chemische Labor.<sup>385</sup> Begleitend zu seiner Tätigkeit am StWPA brachte Böhnisch sich auch in den fachwissenschaftlichen Gremien der SBZ ein: 1947 trat er der KdT bei, wurde Mitglied des Fachverbandes Leichtindustrie und bekam die Leitung der Fachausschüsse Faserstoffe und Textilveredelung übertragen.<sup>386</sup> Darüber hinaus wurde er zum Vorstandsvorsitzenden der KdT für den Bezirk Gera ernannt.<sup>387</sup>

Parallel zu diesem beruflichen Erfolg engagierte sich Böhnisch auch auf politischer Ebene. Seit November 1946 war er als Betriebsberichterstatter des FDGB in Gera tätig.<sup>388</sup> Mit Beginn des Jahres 1949 intensivierte er seinen Einsatz für die politischen Ideale der jungen DDR. Er trat in die SED sowie den DSF ein und hatte die Leitung der Betriebsparteiorganisation (BPO) des StWPA Gera sowie später des DAMW in der Berliner Zentrale inne. Die BPO war für die Umsetzung der politischen und ideologischen Ziele der SED in der Industrie bzw. in den Werken aber auch in den wissenschaftlichen und staatlichen Einrichtungen zuständig. Sie wurde von einem von der Betriebsparteileitung bestimmten ehrenamtlich tätigen Parteisekretär geführt. Dieser war dem zuständigen SED-Kreisverband unterstellt. Außerdem war die

---

383 Vgl. Handschriftliche Notiz zum Dokument „Sozialistische Einheitspartei Deutschland, Fragebogen“ v. 4.9.1955, o. D., ebd., Bl. 32.

384 Staatliches Warenprüfungsamt an das LAW, Abt. Textil, z. Hd. Herrn Götz, Weimar, Betreff: Arbeitsplan für das Staatl. Warenprüfungsamt. Bezug: Dort. Telegramm, hier eingegangen am 30.9.1946, 10.1946, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 2021, Bl. 10r-14r.

385 Vgl. Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft, Hauptabt. Industrie und Brennstoff, Staatl. Warenprüfungsamt, Verwaltung, An die Deutsche Wirtschaftskommission, Abt. Forschung und Entwicklung, Berlin W 8, Leipzigerstr. 5/7, Btr.: Material- und Warenprüfungsämter, Bezug: Dortiges Schreiben v. 21.5.48 Em/Wa, 16.6.1948, ebd., Nr. 141, Bl. 65r-67v.

386 Vgl. Handschriftliche Notiz zum Dokument „Sozialistische Einheitspartei Deutschland, Fragebogen“ v. 4.9.1955, o. D., BArch Berlin, DY30-89666, Bl. 32.

387 Vgl. Lebenslauf Hans Böhnisch, 10.9.1955, ebd., Bl. 21–30, hier Bl. 25.

388 Vgl. Handschriftliche Notiz zum Dokument „Sozialistische Einheitspartei Deutschland, Fragebogen“ v. 4.9.1955, o. D., ebd., Bl. 32.

BPO berechtigt, vom Betriebsleiter Rechenschaft über Vorgänge und Entscheidungen zu verlangen, durfte an Leitungssitzungen teilnehmen und Einsicht in betriebsinterne Unterlagen nehmen.<sup>389</sup> Bis 1950 stand er außerdem der SED-Parteileitung des Bezirksverbundes „B Mitte“ in Gera vor.<sup>390</sup> Böhnischs politische Haltung wurde in einer Personalbeurteilung aus dem Jahr 1955 positiv eingeschätzt: „[E]r [gibt] sich besonders Mühe, die letzten Schlacken aus seinen kleinbürgerlichen Verhältnissen abzuschütteln.“<sup>391</sup> Für dieses Engagement und seine Erfolge auf dem Gebiet der Textilbleichung erhielt er 1949 die Auszeichnung als „Aktivist des Zweijahrplanes“.<sup>392</sup>

Mit der Umstrukturierung des StWPA zum DAMW erhielt Böhnischs Karriere einen entscheidenden An Schub. Da die Zentrale des Amtes nach Berlin verlegt wurde, zog er in die Hauptstadt um. Nachdem er für ein Jahr als wissenschaftlicher Assistent des Leiters der Fachgruppe Textil tätig war, hatte er ab 1951 selbst die Leitung der Fachgruppe inne. Er erklärte dazu in seinem Lebenslauf:

Meine Aufgabe war der Aufbau der Fachgruppe, die Koordinierung der bestehenden Warenprüfungsämter, einheitliche Gestaltung der Pflichtprüfung, Auswertung der Güteberichte, Ausarbeitung von Güte- und Prüfvorschriften, die Zusammenarbeit mit den Fachministerien u. anderen Institutionen in Qualitätsfragen.<sup>393</sup>

Aufgrund seiner bisherigen beruflichen Laufbahn bzw. seiner umfangreichen praktischen Erfahrungen aus der Industrie und auch durch sein politisches Engagement für die SED war Böhnisch ein geeigneter

389 Vgl. Kubina: Artikel „Betriebsparteiorganisation (der SED) (BPO)“, URL: [https://library.fes.de/FDGB-Lexikon/rahmen/lexikon\\_frame.html](https://library.fes.de/FDGB-Lexikon/rahmen/lexikon_frame.html) (Letzter Zugriff: 10.9.2024).

390 Vgl. Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Fragebogen, 4.9.1955, BArch Berlin, DY30-89666, Bl. 31–38, hier Bl. 33.

391 DAMW, An den Stellv. der Staatlichen Plankommission, Herrn Hieke, Betreff: Bildung eines neuen Kollegiums für das DAMW, 21.5.1955, ebd., DF4-40301, Bl. 14.

392 Vgl. Lebenslauf Hans Böhnisch, 10.9.1955, ebd., Bl. 21–30, hier Bl. 25.

393 Ebd., Für eine Übersicht über die Haupt- und Fachgruppen des DAMW siehe im Anhang das Organigramm des DAMW, Stand: 1955.

Kandidat für diese Stelle. Während dieser Tätigkeit erhielt er im Mai 1952 die „Medaille für ausgezeichnete Leistungen“.<sup>394</sup>

Im letzten Quartal des Jahres 1952 war der Großteil der textilen Erzeugnisse der DDR laut Urteil der Fachgruppe Textil des DAMW zwar von „befriedigender“ Qualität, aufgrund der instabilen Rohstoffzuteilung und veralteter Maschinenparks traten aber immer wieder Fehlproduktionsreihen mit schlecht verarbeiteten Waren auf. Das DAMW versuchte, dem mit einer direkten Anleitung der Industrie entgegenzuwirken.<sup>395</sup> Kritik an diesem Zustand wurde auch in der von der SED herausgegebenen Tageszeitung „Neues Deutschland“ laut. Konkret thematisiert wurden dabei in einem Artikel aus dem Januar 1953 Mäntel, die für das HO-Warenhaus in Berlin trotz minderwertiger Qualität in den Verkauf gelangt waren. Auf Anfrage der Zeitung an das DAMW erklärte Böhnisch als Leiter der Fachgruppe Textil, dass ein Produktionsverbot der minderwertigen Mäntel aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich gewesen und es nur verständlich sei, dass die Herstellung von Textilien aus nicht geeigneten Rohmaterialien „immer auf Kosten der Gebrauchstüchtigkeit geht.“<sup>396</sup> Diese und andere Versorgungsengpässe mit Alltagsgütern, wie z. B. den erwähnten Mänteln, zugunsten eines Aufrüstungsprogramms sowie die Anhebung der Arbeitsnormen sorgten für zunehmende Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die sich in Volksaufständen um den 17. Juni 1953 herum niederschlug.<sup>397</sup>

Böhnisch hatte sich entsprechend seiner positiven Haltung gegenüber der DDR während des Aufstandes aus Sicht der BPO „einwandfrei“ verhalten und „war in diesen Tagen und Nächten ununterbrochen im Amt. Mit anderen Genossen war er vorgesehen für den

---

394 Vgl. DAMW, An den Stellv. der Staatlichen Plankommission, Herrn Hieke, Betreff: Bildung eines neuen Kollegiums für das DAMW, 21.5.1955, BArch Berlin, DF4-40301, Bl. 14.

395 Vgl. Analyse zur Güteberichterstattung der Fachgruppe 750 Textil für das IV. Quartal 1952, 10.1.1953, BArch Berlin, DE1-31566, Bl. 270–273.

396 N. N.: Ministerium für Leichtindustrie muß seine Arbeit schnell verbessern! Beratung in der Redaktion „Neues Deutschland“ über die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Textilien. Protokoll der Beratung, in: Neues Deutschland, 11.1.1953, S. 5.

397 Vgl. Roesler: Jedes Mal existenzgefährdend?, 2007, S.159–162. Siehe dazu auch: Hoyer: Diesseits der Mauer, 2023; Wettig: Aufrüstung, 2017.

Agitationseinsatz.“<sup>398</sup> An dieser Stelle wird nicht nur deutlich, dass Böhnisch vollumfassend für die politischen Ideale der DDR eintrat, sich an dem Volksaufstand nicht beteiligte und sogar in den Nachtstunden seinen Arbeitsplatz nicht verließ. Auch besaß er offenbar das Vertrauen der SED bzw. der BPO innerhalb des DAMW, da er als eine Art Streikbrecher fungieren sollte, wenn die Demonstrationen eskaliert wären.<sup>399</sup>

Seine Karriere am DAMW setzte sich fort, als er 1954 die Leitung der Hauptgruppe Leichtindustrie übernahm, die die Fachgruppen Holz- und Kulturwaren, Leder- und Lederwaren und Textil zusammenfasste.<sup>400</sup> In dieser Funktion betreute er auch die Zusammenarbeit mit westdeutschen Normungs- und Forschungseinrichtungen, u. a. dem DNA und dem Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem.<sup>401</sup> Außerdem war Böhnisch langjähriges Mitglied der ständigen Kommission für Leicht- und Lebensmittelindustrie beim Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)<sup>402</sup> und pflegte so auch Kontakte in das sozialistische Ausland.

---

398 Betriebsparteiorganisation des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung, Betr.: Ergänzung zu der am 30.9.55 abgegebenen Beurteilung des Genossen Böhnisch Hans, geb. 21.1.1901, 24.10.1955, BArch Berlin, DY 30-89666, unpag.

399 Siehe dazu Sabrow: Macht und Herrschaft, 2007, S. 30.

400 Vgl. DAMW, An den Stellv. der Staatlichen Plankommission, Herrn Hieke, Betreff: Bildung eines neuen Kollegiums für das DAMW, 21.5.1955, BArch Berlin, DF4-40301, Bl. 14. Für eine Übersicht über die Haupt- und Fachgruppen des DAMW siehe im Anhang das Organigramm des DAMW, Stand: 1955.

401 Vgl. Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Fragebogen, 4.9.1955, ebd., DY 30-89666, Bl. 31–38, hier Bl. 33

402 In diesem 1949 als Antwort auf den Marshall-Plan gegründeten Bündnis waren alle Länder der UdSSR sowie ab 1978 auch Vietnam Mitglied. Die DDR trat 1950 ein. Ziel des RGW war es, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Mitgliedsländern im Allgemeinen und den Handel mit Rohstoffen im Besonderen zu vereinfachen sowie die Umsetzung der Planwirtschaft zu fördern. Zudem begünstigte das Bündnis den Technologie- und Wissenstransfer unter den Partnern. Auch in politischer Hinsicht herrschte eine enge Zusammenarbeit mit dem Ziel der Umsetzung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die DDR hatte innerhalb des Rates aufgrund ihrer geografischen Lage eine exponierte Rolle. Neben den genannten Bestrebungen sollte auch ein vom Kapitalismus unabhängiges Wirtschaftssystem, das nicht auf Importe aus dem Westen angewiesen war, geschaffen werden, vgl. Luxbacher: Ersatzstoffe, 2020, S. 332 f.; sowie weiterführend: Radisch: Der Rat, 2022.

Als er um 1966 herum durch das DAMW für den Vaterländischen Verdienstorden (VVO) in Bronze vorgeschlagen wurde, wurde im Empfehlungsschreiben dahingehend sein besonderer Einsatz für die internationale Zusammenarbeit betont.<sup>403</sup>

Begleitend zu seiner Karriere am DAMW intensivierte Böhnisch in den 1950er Jahren sein politisches Engagement. Von 1951 bis 1954 absolvierte er zunächst das sog. „Parteijahr“ der SED.<sup>404</sup> Dieses politische Bildungsprogramm orientierte sich an den Schulungsmaßnahmen der KPdSU und wurde inhaltlich durch die Parteitagsbeschlüsse bestimmt. Es umfasste Seminare und Vortragsabende mit verschiedenen Schwerpunkten der SED-Ideologie. Für Mitglieder und Anwärter der SED gab es eine Teilnahmepflicht, aber auch Nichtmitglieder, wie Pädagogen und Staatsbedienstete, wurden zur Absolvierung des Parteilehrjahres verpflichtet.<sup>405</sup> Außerdem trat Böhnisch 1954 der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) bei.<sup>406</sup> Darüber hinaus nahm er an der Volkskongressbewegung<sup>407</sup> sowie den Kreisparteitagen 1949 in Weida, 1950 in Gera sowie 1953 in Berlin teil. Von März 1956 bis April 1957 besuchte er die Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED. Es ist davon auszugehen, dass sich Böhnischs politische Aktivität auch auf sein berufliches Fortkommen positiv auswirkte. Denn bereits nach einer einjährigen Tätigkeit als stellvertretender Vizepräsident übernahm er 1957 das Amt des Vizepräsidenten des DAMW. Unterdessen erhielt er die

---

403 Vgl. Vaterländischer Verdienstorden, Einreicher: Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung, o. D. [vermutl. 1966, YS], BArch Berlin, DY30-89666, Bl. 9 f.

404 Vgl. Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Fragebogen, 4.9.1955, ebd., Bl. 31–38, hier Bl. 33.

405 Vgl. Glossareintrag „Parteilehrjahr“, in: Netzwerk SED- und FDGB-Archivgut, URL: <https://www.bundesarchiv.de/sed-fdgb-netzwerk/glossar.html?q=Parteilehrjahr#p35> (Letzter Zugriff: 15.6.2023).

406 Vgl. Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Fragebogen, 4.9.1955, BArch Berlin, DY30-89666, Bl. 31–38, hier Bl. 33

407 Vgl. dazu: Hirschinger: Die „Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden“, 2000, S.5–44.

Auszeichnung als „Aktivist des Fünfjahrplanes“.<sup>408</sup> Bemerkenswert und ein gewichtiges Argument für die politische Arbeit Böhnischs ist, dass er seine Auszeichnungen immer bereits kurz nach deren Stiftung erhielt.

Über die konkreten Tätigkeiten Hans Böhnischs während seiner Zeit als Vizepräsident des DAMW ist nichts bekannt. Allerdings müssen diese erfolgreich gewesen sein, da er im November 1961 die silberne Ehrennadel der KdT erhielt.<sup>409</sup> Aus Altersgründen und aufgrund seines Gesundheitszustandes wurde Böhnisch 1963 von seinem Amt als Vizepräsident entbunden und zum Leiter der Zentralstelle für Standardisierung des DAMW ernannt.<sup>410</sup> Aus seinem Amt wurde Böhnisch zum 31. August 1963 als „Invalidenrentner“ entlassen.<sup>411</sup> Den bronzenen VVO, und damit seine höchste Auszeichnung, erhielt Hans Böhnisch 1966 auf Vorschlag des DAMW. In dem Empfehlungsschreiben wurden seine wichtigsten beruflichen Stationen rekapituliert und sein Einsatz für die Textilindustrie der DDR betont: „Besonders hervorzuheben ist sein persönlicher Anteil bei der Stabilisierung der gesamten Farbstoffsituation auf dem Gebiet der Textilindustrie in unserer Republik.“<sup>412</sup> Darüber hinaus wurden sein Engagement für Wissenschaft und Politik im Zusammenspiel sowie sein Beitrag zur Entwicklung des DAMW gewürdigt: „Seine Arbeit hat dazu beigetragen, die lebendige Verbindung

---

408 Vgl. Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Fragebogen für Mitglieder zum Umtausch der Parteidokumente, 5.7.1970, BArch Berlin, DY30-89666, Bl. 1-5, hier Bl. 3.

409 Vgl. ebd.

410 Vgl. Prof. Dr. habil. Helmut Lilie, An das Zentralkomitee der SED, Leiter der Abteilung Forschung und techn. Entwicklung, Gen. Pöschel, Berlin: „Besetzung der Funktion des Vizepräsidenten im Deutschen Amt für Material- und Warenprüfung, 2.8.1963, BArch Berlin, DC20-8210, Bl. 76-78. Die Zentralstelle ging aus dem Büro für Standardisierung des DAMW hervor und schuf eine Verbindung zwischen dem DAMW und dem AfS, vgl. Arlt u. A.: Standardisierung in der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1963, S. 199; sowie im Anhang das Organigramm des DAMW, Stand: 1955 und den Strukturplan des DAMW, Stand: 1.5.1963.

411 Vgl. Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Fragebogen für Mitglieder zum Umtausch der Parteidokumente, 5.7.1970, BArch Berlin, DY30-89666, Bl. 1-5, hier Bl. 5.

412 Vaterländischer Verdienstorden, Einreicher: Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung, o. D. [vermutl. 1966, YS], ebd., Bl. 9 f.

von Wissenschaft und Praxis, von Ideologie, Ökonomie und Technik im System der Qualitätskontrolle und -sicherung zu verwirklichen.“<sup>413</sup> Am 28. September 1973 verstarb Hans Böhnisch im Alter von 73 Jahren.<sup>414</sup>

Hans Böhnisch durchlief eine besonders lange Karriere in der Material- und Warenprüfung der DDR. Er hatte bereits als Abteilungsleiter in der Textilindustrie gearbeitet und konnte nahtlos seine Tätigkeit in Gera aufnehmen. Sein politisches Engagement, das er Ende der 1940er bzw. zu Beginn der 1950er Jahre intensivierte, trug zum Erfolg seiner weiteren Karriere am DAMW bei. Besonders durch die Mitgliedschaft in der SED und in einigen ihrer Massenorganisationen sowie in der Leitung der BPO des StWPA/DAMW verdeutlichte er seine Zustimmung zum Staatssystem. Die Parteiführung wiederum erkannte seinen Einsatz und seine Loyalität zum politischen System der DDR an und ermöglichte ihm den Weg bis in das zweithöchste Amt des DAMW.

ING. HORST TRÖGER (\*1918)

Lediglich aufgrund Horst Trögers<sup>415</sup> Kriegsverwundung und der daraus resultierenden „Kriegsuntauglichkeit“ war es für ihn möglich, ab 1943 ein Studium zum Papieringenieur am bereits vorgestellten Altenburger Fachschulzentrum aufzunehmen. Dieses schloss er 1946 ab.<sup>416</sup> Tröger und zwei weitere Studenten, die ebenfalls im Krieg verwundet worden waren, zählten zu den letzten Absolventen der Fachschule, bevor sie 1946 geschlossen wurde.<sup>417</sup>

413 Vaterländischer Verdienstorden, Einreicher: Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung, o. D. [vermutl. 1966, YS], BArch Berlin, DY30-89666, Bl. 9 f.

414 Vgl. Parteiinternes Material, Ergänzungsmeldung PKK und Ausscheiden aus der Partei, 23.10.1973, ebd., Bl. 2.

415 Ing. Horst Tröger (3.2.1918 in Plauen-?), 1932–1935: Schüler und Lehrling an der Handelsschule Plauen bzw. im Papiergroßhandel Schäfer u. Schultze Plauen, 1936–1937: Volontär bei der Papierfabrik Berger Wolkenburg, 1937–1943: Wehrmacht (Oberleutnant d. Reserve), vgl. Personalfragebogen Horst Tröger, Altenburg, 3.12.1947, LATH - HStA Weimar, NS-Archiv des MfS, ZW 217, Akte 19, Bl. 8 f.; Tröger, Horst, geb. am 3.2.1918 in Plauen, o. D., ebd., Bl. 2.

416 Vgl. ebd.

417 Vgl. Heinzig und Richter: Papiergeschichte, 2005, S. 117 f.

Nach Kriegsende verblieb Horst Tröger in Altenburg. Ende 1947, als die Abteilung für Papier-, Pappen- und Verpackungsindustrie des StWPA am ehemaligen Versuchslaboratorium des Reichsverbandes der Wellpappenfabrikanten in Altenburg bereits in Planung war, musste er sich aufgrund seiner Zugehörigkeiten zu den genannten NS-Organisationen und seines Offiziersranges bei der Wehrmacht einem Entnazifizierungsverfahren stellen. Tröger war zwar für eine Anstellung am StWPA vorgesehen, allerdings war diese vom Ergebnis des Verfahrens abhängig. Eine NSDAP-Mitgliedschaft ist für ihn nicht überliefert.<sup>418</sup> Präsident Rüffle sah einer Einstellung zuversichtlich entgegen, erklärte er doch, dass es in der SBZ einen enormen Mangel an Papieringenieuren gebe.<sup>419</sup> Am 6. Dezember 1947 wurde Tröger durch eine entsprechende Kommission vollständig entnazifiziert. Daraufhin wurde er am StWPA angestellt, musste sich aber aufgrund seines Kriegsdienstes als Offizier die Abteilungsleitung mit Paul Paris, der selbst NSDAP-Mitglied gewesen war, teilen.<sup>420</sup>

Tröger profitierte von Paris' Republikflucht im Oktober 1948, denn aufgrund des in der SBZ ohnehin großen Expertenmangels und der ohnehin kleinen Papiermacherbranche war er nun in besonderem Maße als Fachmann gefragt. Er übernahm die Leitung der Abteilung für Papier-, Pappen- und Verpackungsindustrie des StWPA und setzte sich in Zusammenarbeit mit Rüffle für die Wiedereröffnung der Altenburger Fachschule ein, um eine neue Generation von Papierexperten ausbilden zu können. Neben der Leitung der StWPA-Abteilung dozierte

---

418 Vgl. Personalfragebogen, Altenburg, 3.12.1947, LATH - HStA Weimar, NS-Archiv des MfS, ZW 217, Akte 19, Bl. 8 f.

419 Vgl. Landesamt für Wirtschaft, Staatliches Warenprüfungsamt, An den Rat der Stadt Altenburg, Entnazifizierungskommission, Altenburg, Betr.: Ing. Tröger, Altenburg, Neugasse 21, Bezug: Diess. Schreiben vom 2.12.1947, 5.12.1947, ebd., Bl. 5.

420 Vgl. An das Staatliche Prüfamt Gera, 6.12.1947, ebd., Bl. 6, bzw. Stellungnahme des Staatlichen Warenprüfungsamtes zur Anordnung der SMA Nr. 405 vom 27.10.1947, von Rüffle an Herrn Minister Hüttenstrauch [sic!], Weimar, 8.11.1947, ebd., Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 353, Bl. 209r-210v.

er dort im Fach Papiertechnik.<sup>421</sup> Auf diesem Wege schuf er zahlreiche Praktikumsstellen für die Studenten und brachte somit fähige Nachwuchskräfte an das Institut.<sup>422</sup>

Im Zuge der Umstrukturierung des Amtes zum DAMW wurde ihm die Aufsicht über den Bereich „Papier, Pappe, Karton“ übertragen.<sup>423</sup> Ab 1951 leitete er die neu geschaffene Prüfdienststelle 581 für Papier- und Verpackungstechnik in Altenburg, in der die frühere StWPA-Abteilung aufging.<sup>424</sup> Darüber hinaus war er ab 1953 als Vorsitzender des Gutachterausschusses Papier<sup>425</sup> des DAMW tätig, wodurch er die Prüfdienststelle eng mit der Papierindustrie der DDR verknüpfte. Er engagierte sich in zahlreichen staatlichen Arbeitskreisen und -gruppen und setzte sich für einen intensiven Austausch mit anderen wissenschaftlichen Instituten, wie dem Institut für Zellstoff und Papier in Heidenau, dem Institut für grafische Technik in Leipzig, dem Institut für Papiertechnik an der TH Dresden sowie anderen Prüfdienststellen des DAMW, die mit Papier und Zellstoff arbeiteten, ein.<sup>426</sup> Im Jahr 1953 untersuchte die Prüfdienststelle die Härte von Pappen bei verschiedener Klimatisierung, um ein möglichst langlebiges Produkt zu erhalten.<sup>427</sup> Die entsprechenden Ergebnisse veröffentlichte Tröger in der DDR-Fachzeitschrift „Papier und Druck“.<sup>428</sup> Neben den praktischen Versuchen erarbeitete die Prüfdienststelle neue Prüfmethode „unter dem Gesichtspunkt der kostensparenden und auch in den Unternehmen einfach herzustellenden Geräte bei geringem Material- und

421 Vgl. Heinzig und Richter: *Papiergeschichte*, 2005, S. 117–119. Siehe zu Paris' Flucht das übernächste Unterkapitel.

422 Vgl. Jahresbericht 1953 der Forschungs- und Entwicklungsstelle 581 Altenburg, 30.1.1954, BArch Berlin, DF4-55705, S. 5.

423 Vgl. Heinzig und Richter: *Papiergeschichte*, 2005, S. 117–119.

424 Vgl. Ministerium für Planung, Hauptabteilung Wissenschaft und Technik, Abteilung Normung und Gütesicherung, DAMW Berlin, Vorhaben zur Erhaltung und Erweiterung der Forschungs-/Entwicklungsarbeit im Jahre 1951, o. D., BArch Berlin, DF4-40297, unpag.

425 Für Näheres zu den Gutachterausschüssen des DAMW siehe das Kapitel 5.1.

426 Vgl. Jahresbericht 1953 der Forschungs- und Entwicklungsstelle 581 Altenburg, 30.1.1954, BArch Berlin, DF4-55705, S. 5.

427 Vgl. ebd., S. 9 f.

428 Siehe Tröger: *Der Wassergehalt von Rohpappen bei verschiedenen Luftfeuchtigkeiten*, in: *Papier und Druck*. Eine monatliche Fachzeitschrift für die grafische und papierverarbeitende Industrie, Bd. 2 (1953), S. 185–186.

Apparateaufwand.<sup>429</sup> Da die Prüfaufträge häufig umfangreich und aufwändig waren, wurden sie ab 1954 nach und nach in die Industriestätten verlegt. Darüber hinaus beriet die Prüfdienststelle Hersteller aus der Papierbranche während des Gründungsprozesses und unterstützte Firmen, die selbst Prüflabore einrichten wollten. Unter Trögers Anleitung erstellte sie außerdem Gutachten für die Deutsche Notenbank der DDR bzgl. der Eignung von Papier für Geldnoten.<sup>430</sup> An dieser Stelle wird das staatliche Interesse am DAMW im Allgemeinen und der Altenburger Prüfdienststelle im Besonderen deutlich. Die Expertise der Prüfdienststelle war demnach in der gesamten SBZ bekannt und geschätzt. Dass sie für die Entwicklung der DDR-Mark konsultiert wurde, bezeugt das Vertrauen der SED-Regierung in ihre Leistungsfähigkeit.

Als 1959 die Fachgruppe „Technische Chemie“ des DAMW gebildet wurde, wurde Horst Tröger zum Vorsitzenden ernannt und stieg so die Karriereleiter weiter hinauf.<sup>431</sup> Auch in den darauffolgenden Jahren war er im DAMW bzw. ab 1964 dem „DAMW-neu“ tätig. Er fungierte in diesem Jahr u. a. als VVB-Beauftragter für die VVB Zellstoffe, Papier und Pappe im sächsischen Heidenau.<sup>432</sup> Die Einsetzung von VVB-Beauftragten des DAMW belegt den Anspruch des Amtes, eine enge Verbindung zur Industrie zu schaffen und Produkte bereits in den frühesten Entwicklungsstadien zu begleiten, um so eine möglichst hohe Qualität des Erzeugnisses zu gewährleisten. Zum 70. Geburtstag wurde er 1988 mit einem Artikel in der DDR-Zeitschrift „Zellstoff & Papier“ gewürdigt. Zuletzt hatte er das Fachgebiet Papier, Polygrafie und Verpackung des ASMW, welches aus dem „DAMW-neu“ hervorgegangen war, geleitet. Neben seiner Tätigkeit in nationalen und internationalen Gremien hatte er über 40 Beiträge in der genannten Zeitschrift publiziert und saß dem Arbeitsausschuss „Geschichte der Papierfabriken der Unteren Mulde“ im Fachausschuss Papiergeschichte der KdT vor.<sup>433</sup> Im

---

429 Jahresbericht 1954 der Forschungs- und Entwicklungsstelle 581 Altenburg, Marstall, 7.2.1955, BArch Berlin, DF4-57578, S. 3.

430 Vgl. ebd., S. 3 f.

431 Vgl. Heinzig und Richter: *Papiergeschichte*, 2005, S. 117 f.

432 Vgl. Liste der Beauftragten für die VVB, 11.6.1964, BArch Berlin, DF5-3035, unpag.

433 Vgl. N. N.: *Oberingenieur Horst Tröger 70 Jahre*, in: *Zellstoff & Papier. Zeitschrift für die Zellstoff- und Papierindustrie* (1988), H. 37, S. 27.

Rahmen dieses Arbeitsausschusses veröffentlichte er zahlreiche Artikel zur thüringisch-sächsischen Papiergeschichte und hielt entsprechende Vorträge im Rahmen der KdT.<sup>434</sup>

Über Trögers politisches Engagement in der SBZ/DDR ist nichts bekannt. Es steht zu vermuten, dass dieses für seine Karriere auch nicht unbedingt erforderlich war, wurde doch in zahlreichen Quellen auf die Einzigartigkeit seiner Expertise verwiesen. Allein die Tatsache, dass 1946 nur drei Studenten an der Altenburger Fachschule ihr Abschlusszeugnis erhielten und diese erst 1950 wieder eröffnet wurde, spricht für eine absolute Alleinstellung Trögers. Es ist möglich, dass ihm seine Laufbahn daher auch ohne persönlichen politischen Einsatz gewährt wurde, weil man ihn unbedingt in der DDR halten wollte. Nach der Gratulation anlässlich seines 70. Geburtstages wird Tröger in den Quellen und der Literatur nicht mehr erwähnt, weshalb sein weiterer Lebensweg unbekannt bleibt.

---

434 Siehe Tröger: Zur Geschichte der Papierprüfung. Vortrag, gehalten anlässlich der Wahlversammlung der Betriebssektion der KDT am 27.5.1987, in: Zellstoff & Papier. Zeitschrift für die Zellstoff- und Papierindustrie 36, 1987, S.155–157, bzw.: Ders., Vortrag. 4. Tagung des Arbeitsausschusses Geschichte der Papierfabriken der Unteren Mulde im Fachausschuß Papiergeschichte der KDT, in: KDT-Information (1989), H. 9, S. 9–10.

### 4.3 Opfer der NS-Justiz: Alfred Eckardt (1903–1980)

Als weiterer Vertreter der „ersten Generation“ der Material- und Warenprüfer der SBZ/DDR ist Prof. Dr. Alfred Julius Wilhelm Eckardt zu nennen. Seine Vita sticht aufgrund seiner KZ-Haft besonders heraus. Er war der einzige bekannte Mitarbeiter des StWPA in höherer Position, der von den Nationalsozialisten aufgrund seiner politischen Haltung verfolgt worden war. Daher wird in seiner nachfolgenden Biografie auch sein Lebensweg vor 1945 ausführlicher dargestellt. Darüber hinaus dient die Beschreibung seiner Vita dazu, die für das StWPA typische Anbindung einer Abteilung an ein bereits bestehendes Forschungsinstitut darzustellen. Wie im Folgenden gezeigt wird, hatte seine wissenschaftliche Arbeit für ihn sowohl während des NS als auch in der SBZ/DDR größere Bedeutung als die politischen Rahmenbedingungen.<sup>435</sup>



Abb. 7: Der Leiter der Metallwirtschaftlichen Abteilung Prof. Dr. Alfred Julius Wilhelm Eckardt (1903–1980), undatiert. (Professorengalerie der Friedrich-Schiller-Universität Jena / Familienbesitz P. Eckardt)

435 Zur Position und Wiedereinstellung von NS-Verfolgten in der SBZ/DDR sowie zu den Wiedergutmachungsbestrebungen siehe Mertens: Die SED, 2023; Goschler: Der Umgang, 2016; Ders.: Zwei Wege, 2003; Schmidt: Menschliche Reparationen, 2016.

Ab 1937 war Alfred Eckardt<sup>436</sup> als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Firma Siemens-Reiniger Röntgenwerke in Rudolstadt tätig.<sup>437</sup> Das Unternehmen stellte Röntgenröhren her, die für die Medizintechnik große Bedeutung hatten, und stieg in der Mitte der 1930er Jahre zum international führenden Produzenten auf. Im Kontext von Autarkisierung und Aufrüstung nahm in der Medizintechnik die Zahl der militärischen Forschungsaufträge insgesamt deutlich zu. Das Unternehmen war Florian Kiuntke zufolge „zwar nicht der Rüstungswirtschaft zugeordnet [...], [genoss] jedoch auf Grund der Bedeutung der Gesundheitsversorgung der Soldaten durch den Sanitätsdienst und seiner starken Exporttätigkeit große Vorzüge“.<sup>438</sup> Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs erhielt es das Prädikat „wehrwichtig“.<sup>439</sup> Eckardt konnte in seiner Position offenbar von einer „Uk-Stellung“ profitieren, da er

- 
- 436 Prof. Dr. Alfred Julius Wilhelm Eckardt (21.10.1903 in Sondershausen-8.5.1980), bis 1930: Studium der Physik und Elektrotechnik in Hannover und Kiel, 1930: Promotion („Geschwindigkeitsverlust von H-Kanalstrahlen beim Durchgang durch feste Körper“), 1936: Habilitation („Über die Entstehung radioaktiver Elemente bei der Beschießung von Lithium und Magnesium mit Th (c,alpha) Strahlen“), 1936–1944: DAF und KdF-Werk, vgl. Berufungen von 1946–1989: Alfred Julius Wilhelm Eckardt, in: Physikalisch-Astronomische Fakultät Friedrich-Schiller-Universität Jena, URL: [\(https://www.physik.uni-jena.de/fakult%C3%A4t/historisches/professoren-galerie/20\\_+jahrhundert/1946+-+1989/eckardt\\_+alfred+julius+wilhelm+\(1903-1980\)\)](https://www.physik.uni-jena.de/fakult%C3%A4t/historisches/professoren-galerie/20_+jahrhundert/1946+-+1989/eckardt_+alfred+julius+wilhelm+(1903-1980)) (Letzter Zugriff: 28.12.2021); Persönlicher Fragebogen A. Eckardt, 20.12.1945, Universitätsarchiv Jena (UAJ), Bestand D Nr. 5135, Personalakte A. Eckardt, Bl. 4 f.; Lebenslauf A. Eckardt, 19.9.1945, ebd., Bl. 6 f.; Tätigkeit in der NSDAP, Hilfsorganisationen, o. D., ebd., Bl. 3; Eckardt: Geschwindigkeitsverlust von H-Kanalstrahlen beim Durchgang durch feste Körper, Diss., in: Annalen der Physik, Bd. 5, Jg. 1930, S. 401–428; Ders.: Über die Entstehung radioaktiver Elemente bei der Beschießung von Lithium und Magnesium mit Th (c,alpha) Strahlen, Habil., in: Annalen der Physik, Bd. 29, Jg. 1937, S. 498–513. Ich bedanke mich außerdem herzlich bei Peter Eckardt (Jena) für die Informationen zur Lebensgeschichte seines Vaters.
- 437 Vgl. Lebenslauf, 19.9.1945, UAJ, Bestand D Nr. 5135, Personalakte A. Eckardt, Bl. 6 f.
- 438 Kiuntke: Mit Röntgen, 2009, S.180.
- 439 Vgl. ebd., S.187. Zum Prädikat „wehrwichtig“ siehe Maier: „Wehrhaftmachung“, 2002, hier Kapitel 1 „Nominell“: Die Termini „Landesverteidigung“, „Wehr-“ und „Kriegswichtigkeit“ in der interinstitutionellen Kommunikation, S.11–16.

über den Kriegsbeginn hinaus dort beschäftigt war.<sup>440</sup> 1940 wurde Eckardt bei der Deutschen Seewarte in Hamburg als Hauptabteilungsleiter dienstverpflichtet.<sup>441</sup> Diese war ab 1934 in den Reichswetterdienst eingegliedert worden, erstellte meteorologische Berichte und prüfte nautische Instrumente sowie Chronometer. Als staatliche Einrichtung arbeitete sie auch für die Wehrmacht.<sup>442</sup> Eckardt war dort im Laboratorium für Elektronenmikroskopie beschäftigt und wurde 1941 zum Regierungsrat ernannt.<sup>443</sup> Aufgrund der verstärkten alliierten Bombenangriffe auf Hamburg wurde die Deutsche Seewarte 1943 in ein Kurhotel im thüringischen Friedrichroda verlegt. Alfred Eckardt zog noch im selben Jahr mit seiner gesamten Familie dort hin.<sup>444</sup>

Schlagartig wurde seine Karriere jedoch unterbrochen. Dazu führt er in einem Lebenslauf aus: „Eine Anzeige wegen antifaschistischer Äußerungen betr., das zu erwartende Kriegsende und ungünstigen Einfluss des preuss. Militarismus auf die wissenschaftl. Entwicklung bzw. das Geschick Deutschlands machte meinen Arbeiten ein vorzeitiges Ende.“<sup>445</sup> Sein weiteres Schicksal wird an dieser Stelle undurchsichtig. Nach Kriegsende berichtete er, deswegen am 31. März 1944 entlassen worden und infolge einer Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus in das Konzentrationslager Papenburg im Emsland gebracht worden zu sein.<sup>446</sup> Im Dezember 1946 erklärte er jedoch rückblickend:

Im April 1944 wurde ich wegen des Verdachts der Zersetzung verhaftet. Nachdem ich durch drei Prozesse der üblichen Art geschleppt worden war, wurde ich als Gefangener in das Konzentrationslager Aschendorfer Moor gebracht, aus dem ich durch englische Streitkräfte am 22. April 1945 befreit wurde.<sup>447</sup>

---

440 Vgl. Kiuntke: *Mit Röntgen*, 2009, S.188.

441 Vgl. Helmbold: *Kernphysik*, 2010, S.28.

442 Zur Geschichte der Deutschen Seewarte siehe Wege: *Die Entwicklung*, 2002, hier besonders Kapitel 8.2.4: Deutsche Seewarte, S.79–83.

443 Vgl. Lebenslauf, 19.9.1945, UAJ, Bestand D Nr. 5135, Personalakte A. Eckardt, Bl. 6.

444 Vgl. Helmbold: *Kernpyhsik*, 2010, S.108.

445 Lebenslauf, 19.9.1945, UAJ, Bestand D Nr. 5135, Personalakte A. Eckardt, Bl. 6.

446 Vgl. ebd.

447 Ebd., Bl. 7.

Mit dem KZ Aschendorfer Moor meinte Eckardt das Strafgefangenenlager Aschendorfer Moor, in dem er wegen der erwähnten „Wehrkraftzersetzung“ inhaftiert war. Die Gefangenen verstanden sich trotzdem als KZ-Häftlinge, mussten ebenso schwere Zwangsarbeit leisten und wurden vom Wachpersonal schikaniert und misshandelt. Bernd Faulenbach erklärt dazu: „Charakteristisch für die Strafgefangenenlager war, dass sie durch die Moor-SA bewacht wurden, die einerseits Teil der SA war und andererseits dem Reichs- und Landesjustizministerium unterstand.“<sup>448</sup> Mit Voranschreiten des Krieges wurden auch die Straftatbestände, die zu einer Inhaftierung in einem Strafgefangenenlager führten, angepasst: „Generell wurde der Sühnegedanke ins Zentrum der Rechtsprechung gerückt und die Gefangenen wurden weitestgehend rechtlos.“ Diesem Prozess fiel auch Alfred Eckardt zum Opfer.<sup>449</sup>

Nach seiner Befreiung und einem Lazarettaufenthalt schlug sich Eckardt zu seiner Familie durch, die weiterhin in Friedrichroda lebte. Nicht zuletzt stand er, auch aufgrund seiner Hafterfahrung und seiner geringen Meinung zu den Nachkriegskarrieren bestimmter Wissenschaftler, die sich den Nationalsozialisten angedient hatten und nahezu ohne Konsequenzen ihre Arbeit nach 1945 fortsetzen konnten, dem NS als Ideologie äußerst kritisch gegenüber, was seine Ansiedlung in der SBZ neben den familiären Gründen unterstützt haben mag. Unmittelbar nach Kriegsende entstand dann der Kontakt zur Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena war bereits seit dem 19. Jahrhundert das Zentrum für Physik, besonders der Fachgebiete Optik, Theoretische Physik, Kernphysik und Kosmologie. Daher wurde im Zuge der Wiedereröffnung im Oktober 1945 ein Schwerpunkt auf diese Forschungsbereiche gelegt.<sup>450</sup> In der SBZ war Eckardt aufgrund seiner Expertise in der Physik bzw. der Forschung, die er im Auftrag der Wehrmacht betrieben hatte, auch für das SMAD eine interessante Persönlichkeit, um sie in der UdSSR zu einem Arbeitseinsatz zu verpflichten. Bereits ab Mai 1945 verbrachte die Militäradministration der SBZ führende Atomwissenschaftler in die UdSSR. In einer zweiten Phase warb sie verstärkt um Experten aus Wissenschaft und Technik und sah dabei sogar über gravierende Kompromittierungen aus dem Nationalsozialismus

---

448 Dieses und das folgende Zitat: Faulenbach: 2017, S. 21.

449 Zu den Strafgefangenenlagern im Emsland siehe außerdem: Wiedemann: Die Strafgefangenen, 2017; Knoch: Die Emslandlager, 2015.

450 Vgl. Helmbold: Kernphysik, 2010, S. 7, 22 f., 28, 108.

hinweg. Außerdem wurden sowjetische Spezialisten in der SBZ an neu entwickelten Gerätschaften ausgebildet und dazu angehalten, die Arbeit der deutschen Kollegen zu überwachen. Ihren Höhepunkt fand die Verschleppung von Wissenschaftlern im Oktober 1946 mit der sog. Aktion „Ossawakim“. Dabei wurden nicht nur zahlreiche Fachleute teils mit, teils ohne ihre Familien unfreiwillig in die UdSSR verbracht, sondern auch viele für die SMAD interessante Forschungs- und Produktionsstätten in der SBZ demontiert.<sup>451</sup>

Im August 1945 wurde Eckardt durch einen sowjetischen Kommandanten zu einer Befragung bezüglich seiner Tätigkeiten bei der Deutschen Seewarte von der Militäradministration vorgeladen. Dabei wurde ihm ein Arbeitseinsatz in der UdSSR angeboten. Eckardt lehnte mit Verweis auf sein Alter und seinen Gesundheitszustand ab, erklärte sich aber grundsätzlich mit einer Anstellung in der SBZ einverstanden: „Meinem ganzen bisherigen Schicksal und Werdegang entsprechend scheint mir eine Tätigkeit in der Heimat passender zu sein.“<sup>452</sup>

Zum 1. November 1945 wurde Eckardt daraufhin als Leiter der Materialprüfungsstelle an der Friedrich-Schiller-Universität Jena angestellt.<sup>453</sup> Seine Vorlesung im Wintersemester zur „Einführung in die Kernphysik“ stellte sich bemerkenswerterweise nachträglich als illegal heraus, sorgte doch das am 7. Mai 1946 erlassene Kontrollratsgesetz Nr. 25 für eine starke Einschränkung dieses Fachbereichs. Konsequenzen entstanden Eckardt dadurch aber nicht.<sup>454</sup> Politisch engagierte sich Alfred Eckardt in der SBZ/DDR nur geringfügig. Er war zwar seit 1945 Mitglied des FDGB, nicht aber der SED.<sup>455</sup>

---

451 Siehe dazu: Mick: *Forschen für Stalin*, 2000, S. 91; Weber: *Getrennt und doch vereint*, 2020, S. 77; Sowie weiterführend: Hentschel: *Misstrauen*, 2012; Sobolev: *Deutsche Spuren*, 2000; Schmidt: *Die Deportation*, 2015; Pose: *Deutsche Wissenschaftler*, 2019.

452 Alfred Eckardt, Friedrichroda, An das Landesamt für Volksbildung Weimar, Betrf: Einstellung als Lehrkraft, 8.8.1945, UAJ, Bestand D Nr. 5135, Personalakte A. Eckardt, Bl. 42.

453 Vgl. Der Kurator der Friedrich-Schiller-Universität Jena, An das Arbeitsamt Jena, 3.12.1945, ebd., Bl. 58.

454 Vgl. Helmbold: *Kernphysik*, 2010, S. 33.

455 Vgl. Deutsche Demokratische Republik, Land Thüringen, Personalbogen, 6.3.1950, UAJ, Bestand D Nr. 5135, Personalakte A. Eckardt, Bl. 10 f.

Wie bereits erwähnt, leitete Eckardt nicht nur das Hochschulinstitut, sondern auch die Metallwirtschaftliche Abteilung des StWPA, welche zum 1. November 1947 gegründet wurde, in Amtsunion. Beide Einrichtungen nutzen Räumlichkeiten und Inventar der Universität gemeinschaftlich.<sup>456</sup> Die Arbeit wurde jedoch durch die anfänglich schlechte Ausstattung des Jenaer Instituts stark eingeschränkt, bspw. war die physikalische Bibliothek nicht mehr vorhanden.<sup>457</sup> Im September 1946 war die behördliche Anbindung an das thüringische Landesamt für Wirtschaft bereits absehbar, allerdings waren nur wenige geeignete Prüfinstrumente vorhanden.<sup>458</sup> Im Zuge eines Besuchs von Max Rüffle, der die Eingliederung des Instituts in das StWPA vorantrieb, wurde festgehalten, dass für den materiellen Ausbau Laborgerätschaften aus Greiz nach Jena gebracht werden sollten. Eckardt war außerdem dazu angehalten worden, ein Exposee zur Umsetzung der Eingliederung zu entwerfen.<sup>459</sup> Im November 1946 erklärte sich die Jenaer Universität mit den Planungen einverstanden und erhielt Fördergelder in Höhe von 20.000 RM durch das Landesamt für Wirtschaft. Eckardt wurde als Leiter des Materialprüfungsinstituts bestätigt.<sup>460</sup> Um die Ausrüstung des Instituts weiter aufzustocken, Forschungsliteratur zu beschaffen und um an Konferenzen teilzunehmen, beantragte Eckardt mehrfach Reisen nach Westdeutschland und Österreich. Diese wurden ihm gestattet, da gegen ihn als „Opfer des Faschismus“ keine politischen

---

456 Zur Gründung der Abteilung siehe Kapitel 3.2.2.

457 Vgl. Helmbold: Kernphysik, 2010, S. 22 f.

458 Vgl. Institut für Materialprüfung an der Friedrich-Schiller-Universität, Leitung: Dozent Dr. A. Eckardt, Jena, Am Jenzig – Fernruf 2163, An Herrn Oberregierungsrat Dr. Kohlitz, Landesamt für Wirtschaft, Weimar“, 29.9.1946, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 2021, Bl. 7r.

459 Vgl. Vermerk über die Besichtigung der Materialprüfungsanstalt der Friedrich-Schiller-Universität in Jena am 27. September 1946, Anwesend: Herr Dr. Eckardt, Leiter der Prüfstelle; Herr Dr. Kohlitz, LAW Weimar; Herr Dr. Ing. Kirchhoff, LAW Weimar; Herr Dr. Rüffle, Warenprüfungsamt Gera, 1.10.1946, ebd., Bl. 6r-6v.

460 Vgl. Protokoll zwischen den Vertretern des Landesamtes für Wirtschaft – Staatliches Warenprüfungsamt – Herrn Dipl. Ing. Rüffler [sic!] (Staatliches Warenprüfungsamt Gera), Herrn Dr. Stegherr (Landesamt für Wirtschaft, Weimar), von Seiten der Friedrich-Schiller-Universität Herrn Dr. Eckardt (Direktor des Inst. f. Materialprüfung und dem Herrn Kurator der Friedrich-Schiller-Universität, 25.11.1946, ebd., Bl.192r.

Bedenken gehegt wurden.<sup>461</sup> Eckardts Verfolgungsgeschichte wurde also instrumentalisiert, um seine politische Zuverlässigkeit zu betonen. Das Ministerium für Volksbildung, das den Antrag für einen Interzonenpass bearbeitete, sollte davon überzeugt werden, dass jemand, der von den Nationalsozialisten verfolgt und in einem Strafgefangenenlager inhaftiert worden war, nach der Erledigung seiner Dienstgeschäfte in jedem Fall in die „antifaschistische“ SBZ zurückkehren würde. Dieses Versprechen hielt Eckardt stets ein.

Die Metallwirtschaftliche Abteilung des StWPA nahm Ende 1947 also ihre Arbeit auf und prüfte entsprechende metallische Rohstoffe aber auch Endprodukte „mittels chemischer, mechanisch-technologischer, optischer bzw. photooptischer und röntgenologischer Untersuchungen.“<sup>462</sup> Außerdem überwachte sie die metallurgische Industrie und erarbeitete Herstellungs- und Güterrichtlinien. Aufgrund der prekären Ausrüstungssituation und der dünnen Personaldecke gingen die ersten Prüfaufträge in recht kleinen Dimensionen und auch nur für den thüringischen Raum vonstatten. Im Gegensatz zur Textilabteilung in Gera, der eine Arbeitsfläche von ca. 2.000 qm<sup>2</sup> zur Verfügung stand, musste sich die Metallwirtschaftliche Abteilung in Jena mit einem Viertel dessen begnügen.<sup>463</sup>

Mit Beginn der 1950er Jahre schritt die Karriere Eckardts weiter voran. Im Jahr 1950 übernahm er als renommierter Experte auf den Gebieten Elektronenmikroskopie, Ultraschall- und Röntgentechnik die Leitung des gesamten Technisch-Physikalischen Instituts der Jenaer Universität und wurde wenig später zum Professor und Leiter

---

461 Vgl. Der Kurator der Friedrich-Schiller-Universität Jena, An das Ministerium f. Volksbildung, z.Hd. v. Herrn Ob. Reg. Rat Senff, Weimar, Betr.: Interzonenpass für Dozent Dr. Eckardt, 7.8.1947, UAJ, Bestand D Nr. 5135, Personalakte A. Eckardt, Bl. 182; Universitätskurator Bluhm, An das Ministerium des Innern, Interzonen und Außenhandel, Weimar, 26.2.1947, ebd., Bl. 181.

462 Vgl. Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft, Hauptabt. Industrie und Brennstoff, Staatl. Warenprüfungsamt, Verwaltung, An die Deutsche Wirtschaftskommission, Abt. Forschung und Entwicklung, Berlin W 8, Leipzigerstr. 5/7, Btr.: Material- und Warenprüfungsämter, Bezug: Dortiges Schreiben v. 21.5.48 Em/Wa, 16.6.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 141, Bl. 65r-67v, hier Bl. 66r.

463 Vgl. ebd.

des Lehrstuhls für angewandte Physik berufen.<sup>464</sup> Bezüglich seiner Arbeit für das DAMW ist bekannt, dass in den Jahren 1950 und 1951 Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Helmut Lilie, der das chemische Labor des StWPA in Jena leitete und später Präsident des DAMW werden sollte, entstanden waren.<sup>465</sup> Diesen lag auch die unterschiedliche politische Ausrichtung der beiden Männer zugrunde. In einer Personalbeurteilung wurde zu diesem Konflikt festgehalten:

Seine [Lilies, YS] konsequente Einstellung für die Ziele der Arbeiterbewegung waren einerseits aus den vielen Differenzen mit dem damaligen Dienststellenleiter Prof. Dr. Eckhardt und andererseits aus dem außerordentlich guten kollegialen Zusammenarbeiten mit seinen Mitarbeitern zu ersehen.<sup>466</sup>

Offenbar verfocht Eckardt eher das Bild des altgedienten, distinguierten Akademikers, wohingegen Lilie, zwar selbst Wissenschaftler, vielmehr ein Unterstützer der politischen Ideale der SED war und sich für die von dieser propagierten „Arbeiterklasse“ einsetzte. Der „Standesdünkel“ von Akademikern wie Eckardt, die bereits vor 1945 führende Ämter in der Wissenschaft bekleideten, war, so konstatiert Kyora-Wagner, „ein traditionelles Elitenkonzept, das seine Wertorientierungen strikt nach außen und nach unten abgrenzte.“<sup>467</sup> Diesen Habitus begann dieser Personenkreis erst abzulegen, als sich die Versorgungslage in der DDR rapide verschlechterte und einem Vergleich mit westlich geprägten Ländern nicht mehr standhalten konnte.<sup>468</sup> Lilie dagegen, der aus einer Arbeiterfamilie stammte und erst nach Kriegsende seine berufliche Karriere begann, war seit 1945 SED-Mitglied und vollständig von den Idealen der Partei überzeugt. Er setzte sich in besonderem Maße dafür

---

464 Vgl. N. N.: Berufungen von 1946–1989, Alfred Julius Wilhelm Eckardt, in: Professorengalerie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, URL: <https://www.physik.uni-jena.de/4040/eckardt-alfred-julius-wilhelm-1903-1980> (Letzter Zugriff: 11.9.2024).

465 Vgl. Lebenslauf Helmut Lilie, 14.2.1966, BArch Berlin, DC20-8213, Bl. 18–20, hier Bl. 18.

466 Deutsches Amt für Material. und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik - Verwaltung Thüringen - Betreff: Charakteristik des Dipl.-Chemikers Helmut Lilie, 23.10.1951, BArch Berlin, DC20-8213, Bl. 41 f.

467 Wagner-Kyora: Vom „nationalen“ zum „sozialistischen“ Selbst, 2009, S. 751.

468 Vgl. Wagner-Kyora: Vom „nationalen“ zum „sozialistischen“ Selbst, 2009, S. 754.

ein, dass diese auch innerhalb des StWPA umgesetzt wurden.<sup>469</sup> Aus diesen unterschiedlichen politisch-gesellschaftlichen Haltungen entstanden Konflikte, die sich auch auf die fachliche Arbeit auswirkten.

Im März 1950 zog die Metallwirtschaftliche Abteilung des StWPA nach Altenburg um. Die Leitung der Abteilung wurde an Lilie übertragen. Alle Apparate und Einrichtungsgegenstände, die im Zuge der Abteilungsgründung beschafft wurden, sollten nach Altenburg verbracht werden. Der Umzug erfolgte in Zusammenarbeit mit der Nebenstelle der Abteilung in Schmalkalden.<sup>470</sup> Alfred Eckardt schied so nach einer nur dreijährigen Tätigkeit aus dem Dienst des StWPA aus. Trotzdem machte Eckardt in der DDR eine beachtliche Karriere. Als Wissenschaftler setzte er sich für die Vernetzung und den Austausch unter Experten ein und wohnte 1952 der Gründungsversammlung der Physikalischen Gesellschaft der DDR bei.<sup>471</sup> 1953 wurde er in die Sektion Physik der Deutschen Akademie der Wissenschaften (AdW) berufen. Diese war die bedeutendste Forschungsgesellschaft der DDR und sah sich in Teilen in der Tradition der Preußischen Akademie der Wissenschaften.<sup>472</sup> Eine Aufnahme galt als besondere Auszeichnung. Außerdem gab er zusammen mit anderen Wissenschaftlern die Zeitschrift „Experimentelle Technik der Physik“ heraus.<sup>473</sup> Darüber hinaus erhielt er die Möglichkeit, verschiedene Forschungsreisen in das sog. „kapitalistische Ausland“, aber auch in Staaten der Sowjetunion zu unternehmen. 1957 war er durch die Academia Sinica, der Nationalen Akademie der Wissenschaften Taiwans für einen zweimonatigen Aufenthalt eingeladen worden. Als Teil der Delegation der DDR reiste er zur UNO-Atomkonferenz nach Genf und repräsentierte die DDR ein Jahr später bei einem Symposium am CERN. Darüber hinaus vertrat

---

469 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik - Verwaltung Thüringen - Betreff: Charakteristik des Dipl.-Chemikers Helmut Lilie, 23.10.1951, BArch Berlin, DC20-8213, Bl. 41 f.

470 Vgl. Staatliches Warenprüfungsamt, Zentralverwaltung, Rüffle, An das Ministerium für Wirtschaft, Staatl. Warenprüfungsamt, Metallwirtschaftliche Abteilung in Jena, Betreff: Umzug nach Altenburg, 4.3.1950, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 141, Bl. 216r-216v.

471 Vgl. Hoffmann: Die Physikalische Gesellschaft (in) der DDR, 1995, S.159.

472 Zur Geschichte der AdW siehe: Kocka: Die Berliner Akademien, 2002.

473 Vgl. Lebenslauf, 23.6.1953, UAJ, Bestand D Nr. 5135, Personalakte A. Eckardt, Bl. 18.

er die Republik im russischen Dubna, um dort ein Symposium zu Betastrahlungsphysik im Rahmen eines Abkommens mit der rumänischen Volksrepublik abzuhalten. Der zweite Konferenztermin fand mit Eckardts Anwesenheit 1962 in Bukarest statt.<sup>474</sup>

Die zahlreichen Dienstreisen belegen einerseits das große Vertrauen der SED-Führung darauf, dass der Wissenschaftler auch von Aufenthalten in westlich geprägten Ländern wie der Schweiz immer wieder in die DDR zurückkehrte. Andererseits war Eckardt einer der Vorreiter auf dem Gebiet der Kernphysik in der DDR und sollte dem Staat auch in der Forschung internationale Anerkennung verschaffen. Eine Präsentation im Ausland, bei der die Qualität der Forschung in der DDR betont werden sollte, war dazu unerlässlich. Im Zuge dieser Erfolge erhielt er 1958 den VVO in Bronze sowie im Oktober 1963 den Nationalpreis II. Klasse für, wie in der Tageszeitung der SED „Neues Deutschland“ erläutert,

seine Verdienste um die Entwicklung, Erforschung und Anwendung kernphysikalischer Methoden für die Zwecke der zerstörungsfreien Materialprüfung sowie für seine wissenschaftlichen Erfolge in der Lehre und beim Aufbau der dazu erforderlichen Einrichtungen.<sup>475</sup>

Im gleichen Jahr wurde er Mitglied des Wissenschaftlichen Rates zur friedlichen Anwendung der Atomenergie. Dieser war dem Ministerrat der DDR unterstellt und vereinte Experten aus der Wissenschaft und Politik.<sup>476</sup> Außerdem wurde er nach seiner Tätigkeit als Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität

---

474 Vgl. Technisch-Physikalisches Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Direktor: Prof. A. Eckardt, 20.5.1963, UAJ, Bestand D Nr. 5135, Personalakte A. Eckardt, unpag.

475 Kaderabteilung, Kurzbiographie, 6.9.1960, ebd., Bl. 20; N. N., Nationalpreisträger, in: Neues Deutschland, 7.10.1963, S. 4.

476 Vgl. Kaderabteilung, Kurzbiographie, 3.3.1964, UAJ, Bestand D Nr. 5135, Personalakte A. Eckardt, Bl. 22.

Jena zu deren Prodekan ernannt. Eckardt war in der KdT engagiert und avancierte zu deren Vorstandsmitglied.<sup>477</sup> 1968 erfolgte Eckardts Emeritierung.<sup>478</sup> Er starb 1980 im Alter von 79 Jahren in Jena.<sup>479</sup>

#### 4.4 Flüchtling der SBZ: Paul Paris (1896–1983)

Ing. Paul Paris repräsentiert jene Mitarbeiter des StWPA, die die SBZ bzw. die DDR durch eine Flucht verließen. Wie er hatten von 1949 bis 1990 nahezu 4,6 Millionen Menschen gehandelt.<sup>480</sup> Sein politisches Engagement während des NS wirkte sich auf seine Karriere in der SBZ/DDR aus, denn aufgrund seiner NSDAP-Parteimitgliedschaft sollte er nur in Form einer Doppelspitze, gemeinsam mit dem erwähnten Horst Tröger, die Abteilung für Papier-, Pappen- und Verpackungsindustrie des StWPA in Altenburg leiten. Seine Vita kann nur in Bruchstücken rekonstruiert werden. Seit 1934 war er als Direktor der Kartonagenfachschule am Altenburger Technikum tätig. Im selben Jahr erfolgte die Eingliederung des Versuchslaboratoriums des in der Remise des Altenburger Marstalls ansässigen Reichsverbandes der Wellpappenfabrikanten. Durch den Anschluss des Laboratoriums, das er von diesem Zeitpunkt an ebenfalls leitete, konnte Paris die Schule zu besonderer Anerkennung und herausragendem Ruf führen. Zwar wurde diese 1946 geschlossen und diente wenig später zur Unterbringung für sowjetische Soldaten, allerdings war das Laboratorium im Marstall nicht davon betroffen.<sup>481</sup> Paris konnte zumindest sein Amt als Leiter des Laboratoriums über das Weltkriegsende hinaus retten.

477 Vgl. Kaderabteilung, Kurzbiographie, 6.9.1960, ebd., Bl. 20; Friedrich-Schiller-Universität, Kaderabteilung, Kurzbiografie, 9.5.1966, ebd., Bl. 24.

478 Vgl. Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Der Minister, 15.5.1968, ebd., unpag.

479 Vgl. N. N.: Berufungen von 1946–1989, Alfred Julius Wilhelm Eckardt, in: Professorengalerie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, URL: <https://www.physik.uni-jena.de/4040/eckardt-alfred-julius-wilhelm-1903-1980> (Letzter Zugriff: 11.9.2024)

480 Vgl. Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 2008, S. 45.

481 Vgl. Heinzig und Richter: Papiergeschichte, 2005, S. 116, 118. Siehe dazu auch: Traditionsverein Papierfabrik Fockendorf e.V., Kurzchronik der Papierfachschule, o. D., URL: <https://www.papiermuseum.net/papiermuseum/papierfachschule-altenburg/> (Letzter Zugriff: 29.6.2023).

Als die Abteilung Papier-, Pappen- und Verpackungsindustrie des StWPA 1947 am Standort Altenburg in Planung war, entstanden jedoch personelle Komplikationen, die die Gründung der Abteilung verzögerten. Es wurde bekannt, dass der vorgesehene Leiter Paris ab 1942 Mitglied der NSDAP gewesen war. Trotz des Zuspruchs der Stadt Altenburg sowie der DZVI für Paris' Einstellung und „des Umstandes, [...] daß irgendwelche aktivistische Tätigkeit nicht glaubhaft ist und im übrigen auch nicht nachgewiesen werden konnte“ versagte das Personalreferat des StWPA seine Zustimmung.<sup>482</sup> Max Rüffle vertrat die Meinung, Paris lediglich als Aushilfe zu beschäftigen. Als stellvertretender Leiter sollte ein anderer Papieringenieur eingestellt werden, der aufgrund seines Engagements als Oberleutnant der Reserve bei der Wehrmacht ebenso nicht für die erste Führungsposition geeignet war.<sup>483</sup> Dabei handelte es sich um Horst Tröger. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass sich Rüffle für Tröger bei dessen Entnazifizierung aktiv eingesetzt hatte.

Zum 1. Januar 1948 konnten die personellen Schwierigkeiten jedoch beseitigt werden und die Prüfstelle Papier-, Pappen- und Verpackungsindustrie in Altenburg nahm ihre Arbeit auf. Ähnlich wie in Schmalkalden und Jena wurde sie an eine bereits bestehende, fachbezogene Einrichtung angegliedert. In diesem Fall handelte es sich um die 1934 gegründete Fachschule für Kartonagenteknik bzw. konkret um das der Schule angeschlossene ehemalige Versuchslaboratorium des Reichsverbandes der Wellpappenfabrikanten in der Remise des Marstalls.<sup>484</sup> Die Abteilung in Altenburg war die erste des StWPA, die für die gesamte SBZ und nicht nur für Thüringen prüfte, da man befürchtete, dass ihre Auslastung sonst zu gering sei.<sup>485</sup> Zunächst sollten

---

482 Stellungnahme des Staatlichen Warenprüfungsamtes zur Anordnung der SMA Nr. 405 vom 27.10.1947, von Rüffle an Herrn Minister Hüttenstrauch [sic!], Weimar, 8.11.1947, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 353, Bl. 209r-210v, hier Bl. 210r.

483 Vgl. ebd.

484 Vgl. Heinzig und Richter: *Papiergeschichte*, 2005, S. 116.

485 Vgl. Begründung zur 2. Ergänzung über Errichtung von technischen Laboratorien vom 7.6.1946, ausgestellt vom StWPA, unterzeichnet von Rüffle, 23.1.1947, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 6r-9r.

die eingereichten Proben ausschließlich vor Ort in Altenburg geprüft werden, später weitete man das Angebot auf Prüfungen in den Unternehmen aus.<sup>486</sup>

Entgegen den genannten Bedenken wurde Paris 1948 einem Monatsbericht der Abteilung zufolge „wegen seiner in Deutschland allgemein anerkannten Fachkenntnisse und angesichts seiner früheren sehr geringen politischen Belastung mit der technischen – nicht also verwaltungsmäßigen – Aufsicht über das Altenburger Institut beauftragt“.<sup>487</sup> Allerdings stellte sich heraus, dass polizeiliche Ermittlungen gegen ihn geführt wurden. Dabei handelte es sich vermutlich um die juristische Verfolgung seiner NSDAP-Mitgliedschaft bzw. ein Entnazifizierungsverfahren. Aus diesem Grund wurde ihm ein „unbelasteter Papieringenieur“ in Person des bereits erwähnten Horst Tröger „gleichgestellt“.<sup>488</sup> Bemerkenswert ist hier die Parität der beiden Männer. Offenbar sollten sie die technischen und verwaltungstechnischen Belange der Abteilung getrennt voneinander betreuen.

Die Situation spitzte sich zu, als Paris als frisch ernannter Abteilungsleiter Ende Oktober 1948 von einer Dienstreise nach Berlin nicht zurückkehrte. Man vermutete, er habe die SBZ verlassen.<sup>489</sup> Diese Befürchtung bewahrheitete sich, wurde Paris doch 1949 bei der Jahrestagung des Hauptverbandes der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie zum Leiter der Abteilung Papiertechnik am Oskar-von-Miller-Polytechnikum München vorgeschlagen und bestätigt.<sup>490</sup> Diese sollte die 1946 geschlossene Altenburger Papierfachschule, die vor 1945 Schüler aus ganz Deutschland ausgebildet hatte, für die junge Bundesrepublik

---

486 Vgl. Geschichte des Staatlichen Warenprüfungsamtes Gera. Zusammengestellt am 1.7.1948, ebd., Bl. 69r-86r.

487 Fünfter Bericht über den Ausrüstungsstand der Prüfstellen des Staatl. Warenprüfungsamtes in Gera, Staatl. WPA Gera an die SMAD, z. Hd. Herrn Major Bereskin, 31.10.1948, ebd., Nr. 353, Bl. 102r-104v, hier Bl. 104r.

488 Vgl. Fünfter Bericht über den Ausrüstungsstand der Prüfstellen des Staatl. Warenprüfungsamtes in Gera, Staatl. WPA Gera an die SMAD, z. Hd. Herrn Major Bereskin, 31.10.1948, ebd., Bl. 102r-104v, hier Bl. 104r.

489 Vgl. Bericht für den Monat Oktober 1948, 5.11.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 141, Bl. 158r-161v, hier 159r.

490 Vgl. N.N.: Personalien. Todesfälle, in: Das Papier 37 (1983), S.458.

ersetzen.<sup>491</sup> Der Verlust von Paris wog schwer, denn laut dem Jahresbericht 1949 des StWPA brachten die „[p]ersonelle[n] Schwierigkeiten wegen Ausfalls des in der ganzen Zone als Fachmann geschätzten Abteilungsleiters [...] gewisse, auch heute noch nicht ganz überwundene Störungen mit sich.“<sup>492</sup> In der Literatur wird Paris' Übersiedelung nach Westdeutschland bereits auf 1945 datiert.<sup>493</sup> Aufgrund der genannten Quellen muss dies aber auf 1948 korrigiert werden.

Die Gründe für Paris' Handeln sind nur schwerlich nachzuvollziehen und können nicht abschließend bestimmt werden. Die Quellen zeigen, dass er in der SBZ die Möglichkeit hatte, als anerkannter Experte seines Fachgebiets auf einer hochrangigen und sicheren Position zu arbeiten. Sein Fachwissen in der Papiertechnik machte ihn nahezu unentbehrlich. Allerdings sanken in den wissenschaftlichen Tätigkeitsfeldern, wie z. B. den Chemiewerken der SBZ, die Löhne kontinuierlich, was zu einer verstärkten Unzufriedenheit und Flucht von akademischem Personal führte.<sup>494</sup> Auch aufgrund der schlechten Entwicklungsaussichten des neuen wirtschaftlichen Systems und des mangelhaften Lebensstandards im Vergleich zu Westdeutschland verließen zahlreiche Experten aus Wissenschaft und Technik die SBZ.<sup>495</sup> Auf seinem weiteren Lebensweg fertigte Paris als Experte der Papiertechnik in Westdeutschland u. a. Gutachten für Gerichte bis hin zum Bundesgerichtshof an. Er verstarb am 21. Juni 1983 im Alter von 88 Jahren.<sup>496</sup>

---

491 Traditionsverein Papierfabrik Fockendorf e.V.: Kurzchronik der Papierfachschule und des Studentenvereins Altenburg, o. D., URL: <https://www.papiermuseum.net/papiermuseum/papierfachschule-altenburg/> (Letzter Zugriff: 29.6.2023).

492 Vgl. Jahresbericht 1948, 29.1.1949, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 141, Bl. 147r-148r, hier Bl. 147v.

493 Vgl. Heinzig und Richter: *Papiergeschichte*, 2005, S. 119.

494 Vgl. Wagner-Kyora: *Vom „nationalen“ zum „sozialistischen“ Selbst*, 2009, S. 272.

495 Vgl. Wagener: *Anschluss verpasst?*, 2007, S. 122 f.

496 Vgl. N.N.: *Personalien. Todesfälle*, in: *Das Papier* 37 (1983), S. 458.

## 4.5 Kontinuitäten durch Entnazifizierung: Otto Plöttner (\*1894)

Mit Dr.-Ing. Otto Plöttner wird im Folgenden eine Person vorgestellt, deren Vita für die Fragestellungen der vorliegenden Arbeit von besonderem Interesse ist. Aufgrund seines Engagements für den Nationalsozialismus musste er sich 1948 einem Entnazifizierungsverfahren stellen. Doch auch in seinem Fall wog sein Fachwissen schwerer als seine politische Vergangenheit. Dass der Erfolg der Metallwirtschaftlichen Abteilung u. a. von der Person Plöttners abhing, wurde sogar im Protokoll des Verfahrens festgehalten. Plöttner begleitete die Entwicklung der Nebenstelle der Metallwirtschaftlichen Abteilung in Schmalkalden als Leiter in Amtsunion mit der Tätigkeit als Schuldirektor der dortigen Staatlichen Fachschule für Kleineisen- und Stahlindustrie und war bis in die frühen 1950er Jahre am DAMW als Prüfdienststellenleiter angestellt.

Nachdem die erste Bewerbung Otto Plöttners<sup>497</sup> als Studienrat an der Staatlichen Berufsfachschule für die Kleineisen- und Stahlwarenindustrie Schmalkalden im Jahr 1937 gescheitert war, erhielt dieser im März 1939 dort seine erste Anstellung als kommissarischer Leiter. Nach

---

497 Dr.-Ing. Otto Plöttner (10.8.1894 in Dresden-?), dreijährige Ausbildung bei einer Dresdner Bohrmaschinenfabrik, Erlangung des Reifezeugnisses, einjährige Tätigkeit als Hilfsassistent am Institut für Elektromaschinenbau der TH Dresden, 1914: Aspirantur bei der Hamburg-Amerika-Linie, freiwillige Meldung zum Kriegsdienst (u. A. Werkstättenleiter bei der Segelfliegerabteilung sowie Lehrer für Flugzeug- und Motorenkunde), nach 1918: Betriebsleiter der erw. Dresdner Bohrmaschinenfabrik, dreijährige Weiterbildung zum Lehrer für Metallgewerbe, 1923: Staatsprüfung für das Lehramt, 1925: Abitur, 1925–1929: Maschinenbau- und Betriebswirtschaftslehrestudium an der TH Dresden, begleitend dazu Lehrtätigkeit, 1925–1933: SPD, 1929: Dipl.-Ing., 1932: Promotion („Einfluß der Instruktion auf Arbeitsgüte und -geschwindigkeit“), begleitend dazu Bauprüfer 1. Ordnung für den Dt. Luftsportverband und als Sachverständiger für das Luftamt Dresden, außerdem theoretischer Ausbilder beim Segelfliegerstamm Ebersbach in Sachsen, 1933: NSDAP (Ortsgruppe NSFK bzw. Segelfliegerabteilung), 1935: VDI und andere Berufsverbände, vgl. Lebenslauf Otto Plöttner, 11.9.1936, BArch Berlin, R4901-20207, unpag.; Erklärung über politische und militärische Tätigkeit, 28.3.1939, ebd.,

einer einjährigen Probezeit wurde er zum Direktor ernannt.<sup>498</sup> Dieser Karrieresprung erfolgte jedoch nur mit Hindernissen, da Mitte des Jahres 1940 seine frühere Mitgliedschaft in der SPD bekannt wurde. Plöttner erklärte dazu, lediglich karrierebedingt in die SPD eingetreten zu sein, da er sich dadurch von seiner hauptamtlichen Tätigkeit für das Studium in Dresden hätte freistellen lassen können. Darüber hinaus hätte er in der Partei kein Amt oder eine Funktion ausgeübt.<sup>499</sup> Im RMWEV sah man den Sachverhalt jedoch anders. Da Plöttner bis zur Auflösung der Partei Mitglied geblieben war, zweifelte man an seiner politischen Zuverlässigkeit. Der zuständige Sachbearbeiter schrieb im Oktober 1940: „Ich muss aber zu bedenken geben, dass wir die Leitung einer Schule doch nicht solchen Männern in die Hand geben können, die so lange Zeit zu den offenen Gegnern der nationalsozialistischen Bewegung und damit des Führers gezählt haben.“<sup>500</sup> Plöttner hätte in Ergänzung dazu in einem Formular zu seiner politischen Betätigung lediglich das Kürzel „S.P.“ angegeben, was die Vermutung aufkommen ließ, er wolle die Mitgliedschaft vertuschen. Da er aber im Fragebogen zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums seine frühere politische Aktivität offen zugegeben hatte, sollte nun der Gauleiter über das weitere Verfahren entscheiden.<sup>501</sup>

In einem eigens verfassten Bericht nahm Plöttner selbst Stellung zu der Angelegenheit. Er war seinerzeit auf Empfehlungen „alter Parteigenossen“ in die NSDAP eingetreten und bot an, Referenzpersonen anzugeben. Außerdem betonte er sein Engagement für das

---

unpag.; Übersicht über Zugehörigkeit zu Beamtenvereinigungen, 18.9.1935, ebd., unpag.; NSDAP-Gaukartei Otto Plöttner, o. D., ebd., R9361-IX KARTEI/3269116; Plöttner: Einfluß der Instruktion auf Arbeitsgüte und -geschwindigkeit, Diss., Dresden 1932.

498 Vgl. Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin, An den Gewerbestudienrat Herrn Dr.-Ing. Otto Plöttner, 20.3.1939, BArch Berlin, R4901-20207, unpag.

499 Vgl. Der Oberregierungs- und Gewerbeschulrat Krampe, Kassel, An Herrn Ministerialdirigenten Prof. Heering Berlin, Reichserziehungsministerium, 6.9.1940, ebd., unpag.

500 Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bzw. Prof. Heering, An den Oberregierungs- und Gewerbeschulrat Krampe, Kassel, 3.10.1940, BArch Berlin, R4901-20207, unpag.

501 Vgl. ebd.

Nationalsozialistische Fliegerkorps (NSFK), wo er den Rang eines Sturmführers innehatte und bereits durch höhere Parteifunktionäre befragt und überprüft worden war. Er ergänzte:

Meinen festen Willen, die Führung und Erziehung der mir als Direktor anvertrauten Mitarbeiter und Schüler immer im Sinne des Führers und der nationalsozialistischen Weltanschauung durchzuführen habe ich, wie ich hoffe, seitdem immer gezeigt und bin jederzeit bereit, ihn unter Beweis zu stellen.<sup>502</sup>

Neben der Anschaffung von Büsten Adolf Hitlers und Hakenkreuzfahnen für die Aula berichtete er von der durch ihn veranlassten Einführung des Lehrbuches „Ausrichtung der nationalsozialistischen Berufserziehung“ für das Fach Gemeinschaftskunde.<sup>503</sup> Durch diese Ausführungen konnte das RMWEV nun doch vollends überzeugt werden und der abschließenden Ernennung Plöttners zum Fachschulleiter wurde Ende Juni 1941 bedenkenlos entsprochen.<sup>504</sup> Aufgrund seiner Position wurde er nicht zur Wehrmacht eingezogen, war aber Feldwebel der Reserve bei der Luftwaffe.<sup>505</sup>

Otto Plöttner konnte sein Amt über das Kriegsende retten. Seine Position als Sturmführer im NSFK, in das er 1937 eintrat, seine Mitgliedschaft in der NSDAP seit 1933 und die Tatsache, dass er die Fachschule bereits vor Kriegsende leitete, belastete seine Position als Schuldirektor zunächst nicht. Zwar wurde im Februar 1948 ein Entnazifizierungsverfahren angestrengt, allerdings erklärte Plöttner im Zuge der ersten Untersuchung durch eine Entnazifizierungskommission am 4. Februar 1948, dass er sein Amt im NSFK lediglich zur Wahrnehmung seiner Autorität als Schulleiter ausgeübt und außerdem vor 1945 von Verfolgung durch die Nationalsozialisten bedrohten Familienmitgliedern bei der Emigration geholfen hätte. Außerdem wies er eine

---

502 Bericht über meinen Eintritt in die NSDAP und meine Tätigkeit an der Staatl. Fachschule Schmalkalden, 7.11.1940, ebd., unpag.

503 Vgl. ebd.

504 Vgl. NSDAP, Parteikanzlei, Führerbau, München, An den Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin, betr.: Ernennung des Studienrates Dr.-Ing. Otto Plöttner, Schmalkalden, Nährtilerstr. 76/I, zum Fachschuldirektor, Ihre Anfrage vom 23.5.1941, 26.6.1941, BArch Berlin, R4901-20207, unpag.

505 Vgl. Lebenslauf Otto Plöttner, 11.9.1936, ebd., unpag.

Mitgliedschaft in der SPD von 1919 vor. Des Weiteren hätte er Schüler seiner Fachschule, die zu Wehrrertüchtigungslagern hätten eingezogen werden sollen, nicht beurlaubt und sich damit in einen Konflikt mit dem Gebietsführer begeben.<sup>506</sup> Bemerkenswert ist, wie Plöttner die SPD-Mitgliedschaft für seine Zwecke instrumentalisierte und sogar ein früheres Eintrittsdatum angab. Die Mitgliedschaft hatte er noch acht Jahre zuvor als nahezu aufgezwungen und ausschließlich für die Durchführung seines Studiums als relevant ausgelegt. Ins Auge fallen auch seine früheren Äußerungen zu seinem politischen Engagement für den Nationalsozialismus, als seine Ernennung zum Schuldirektor in Gefahr war. Dass Plöttner zum Zeitpunkt seines Entnazifizierungsverfahrens bereits seit über zwei Jahren Mitglied der SED war, lässt auf eine politische, ideologische und moralische Anpassungsfähigkeit schließen.<sup>507</sup>

Die Entnazifizierungskommission war sich bewusst, dass der Erfolg, der sich zu diesem Zeitpunkt bereits in Planung befindlichen Nebenstelle der Metallwirtschaftlichen Abteilung des StWPA, die an die Schmalkaldener Fachschule angegliedert werden sollte, in besonderem Maße von Plöttner abhing: „Weil aber seine Mitarbeit [für die Metallwirtschaftliche Abteilung, YS] dringend nötig war, bleibt [sic!] er in der Stellung als Leiter der Materialprüfungsstelle.“<sup>508</sup> Dem Protokoll nach ging es in der Befragung also lediglich darum, ob Plöttner aus dem Schuldienst entfernt werden musste. Dass er die Leitung der Prüfungsstelle übertragen bekommen sollte, stand außer Frage. Es ist denkbar, dass er daher aus taktischen Gründen zunächst als sog. „Minderbelasteter (Stufe 3)“ eingestuft wurde, um dann von seinen Ämtern und seinem Wissen profitieren zu können.<sup>509</sup>

---

506 Vgl. Auszug aus dem Protokoll der Entnazifizierungskommission in Schmalkalden am 4.2.1947, LATH – HStA Weimar, NS-Archiv des MfS, ZE53232, Akte Nr. 25, Bl. 3 f.

507 Vgl. Fünfter Bericht über den Ausrüstungsstand der Prüfstellen des Staatl. Warenprüfungsamtes in Gera, Staatl. WPA Gera an die SMAD, z. Hd. Herrn Major Bereskin, 31.10.1948, ebd., Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 353, Bl. 102r-104v, hier Bl. 104r.

508 Auszug aus dem Protokoll der Entnazifizierungskommission in Schmalkalden am 4.2.1947, ebd., NS-Archiv des MfS, ZE53232, Akte Nr. 25, Bl. 3 f.

509 Vgl. Auszug aus dem Protokoll der Entnazifizierungskommission in Schmalkalden am 4.2.1947, LATH – HStA Weimar, NS-Archiv des MfS, ZE53232, Akte Nr. 25, Bl. 3 f.

Otto Plöttner wurde in einem abschließenden Verfahren am 9. Februar 1948 vollständig entnazifiziert und durfte sein Amt weiter ausüben. Eltern ehemaliger Schüler hatten sich gegenüber der Kommission für ihn eingesetzt und sein Engagement für das Bestehen der Schule trotz immenser Beschädigung durch Bombenangriffe betont. Der ehemalige stellvertretende Schulleiter erklärte zu Plöttners Gunsten, dass dieser seinen Rang im NSFK nur aufgrund seiner Tätigkeit als Segelflugprüfer und die Uniform ausschließlich und gezwungenermaßen zu Schulfeiern getragen hätte.<sup>510</sup>

Mit Beginn des Jahres 1949 nahm die Nebenstelle der Metallwirtschaftlichen Abteilung des StWPA an der Staatlichen Fachschule für Kleineisen- und Stahlindustrie ihre Arbeit auf.<sup>511</sup> Räumlichkeiten und Apparate der Schule sollten gemeinschaftlich genutzt werden. Plöttner bekam neben dem Amt als Schuldirektor die technische Aufsicht der Nebenstelle übertragen.<sup>512</sup> Dem Präsidenten Max Rüffle kam die Entscheidung der Entnazifizierungskommission offenbar sehr entgegen. Er erklärte gegenüber Major Bereskin von der SMAD die Schwierigkeit bei der Suche nach geeigneten Experten für das StWPA:

Es scheint notwendig zu erwägen, inwieweit für das rein technisch arbeitende Personal (vom Ingenieur bis zum Laboranten) Ausnahmen zuzulassen sind, sofern nicht auf die Bearbeitung einzelner Sachgebiete praktisch Verzicht geleistet werden muß. Natürlich sind die unbelasteten Personen längst untergekommen, so daß die heutige Auswahl umso schwieriger ist.<sup>513</sup>

Eine Entlassung hätte zur Folge gehabt, dass bei einer Neubesetzung der Stellen in Schmalkalden ohne Amtsunion die gute Zusammenarbeit mit der Schule bzw. die Möglichkeit zur Nutzung der Räumlichkeiten und

510 Vgl. Auszug aus dem Protokoll der 401. Sitzung der Entnazifizierungskommission in Schmalkalden am 9.2.1948, 20.2.1948, ebd., NS-Archiv des MfS, ZE53366, Akte 12, Bl. 2 f.

511 Jahresbericht 1948, 29.1.1949, ebd., Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 141, Bl. 147r-148r, hier Bl. 147v.

512 Vgl. Fünfter Bericht über den Ausrüstungsstand der Prüfstellen des Staatl. Warenprüfungsamtes in Gera, Staatl. WPA Gera an die SMAD, z. Hd. Herrn Major Bereskin, 31.10.1948, ebd., Nr. 353, Bl. 102r-104v, hier Bl. 104r.

513 Ebd., Bl. 103v.

Apparate der Schule verloren gegangen wären.<sup>514</sup> Da Otto Plöttner noch 1951 im DAMW als Leiter der Prüfdienststellen 513 für Maschinenbau und 521 zuständig war, kann nicht davon ausgegangen werden, dass sein Engagement im NS für seine weitere Arbeit hinderlich war.<sup>515</sup> Anhand dieses Beispiels zeigt sich der große Nutzen des Fachwissens der vorgestellten Personen für die Material- und Warenprüfung in der SBZ, der im Fall Otto Plöttners sogar während des Entnazifizierungsverfahrens zur Sprache gebracht wurde und vermutlich Auswirkungen auf das Urteil der Kommission hatte. Eine eindeutige Ausprägung dieser Vorgehensweise erkennt auch Ralph Jessen, indem er erklärt, dass die SED-Regierung zwar in den Geistes-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften um einen rigorosen Austausch NS-belasteter Forscher bemüht gewesen, im naturwissenschaftlich-technischen Bereich aber für den wirtschaftlichen Wiederaufbau auf deren Expertise angewiesen gewesen sei und somit auch über etwaige Kompromittierungen hinweggesehen hätte: „Professoren, die ihre wissenschaftliche Ausbildung in der Weimarer Republik oder während des Nationalsozialismus abgeschlossen hatten“ spielten also in diesem Fachbereich in den fünfziger Jahren eine wegweisende Rolle.<sup>516</sup> Über den weiteren Lebensweg sowie ein Sterbedatum Otto Plöttners ist nichts bekannt.

Die vorgestellten Personen zeigen querschnittartig mögliche Wege in das Staatliche Warenprüfungsamt Thüringen. Dabei fällt auf, dass die Gewichtung von „Politik“ bzw. politischer Vergangenheit während des NS und politischem Engagement in der SBZ einerseits und der „Expertise“ einer Person andererseits durchaus unterschiedlich ausfiel. Für die vorgestellten Personen kann grundlegend der These Burghard Weiss‘ zugestimmt werden, dass in der SBZ/DDR über eine politische Vergangenheit im NS hinweggesehen wurde, wenn es sich um eine dringend benötigte Fachkraft handelte. Mit Blick auf das Personal des

---

514 Vgl. Fünfter Bericht über den Ausrüstungsstand der Prüfstellen des Staatl. Warenprüfungsamtes in Gera, Staatl. WPA Gera an die SMAD, z. Hd. Herrn Major Bereskin, 31.10.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 353, Bl. 102r-104v, hier Bl. 104r.

515 Vgl. Ministerium für Planung, Hauptabteilung Wissenschaft und Technik, Abteilung Normung und Gütesicherung, DAMW Berlin, Vorhaben zur Erhaltung und Erweiterung der Forschungs-/Entwicklungsarbeit im Jahre 1951, o. D., BArch Berlin, DF4-40297, unpag.

516 Vgl. Jessen: Von den Vorzügen, 2002, S. 44 bzw. 47.

StWPA ist es bemerkenswert, dass Präsident Rüffle sich oft für diesen milden Umgang mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern eingesetzt hatte. Gegenüber der SMAD bat er sich sogar „Ausnahmen“ aus, die den Mangel an Experten kompensieren sollten.<sup>517</sup> Die Vorgehensweise zeigt, dass die ambitionierten Ziele der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“, konkret der Ausschluss und die juristische Verurteilung von Personen mit NS-Vergangenheit, unmöglich war, wenn der Aufbau einer wirtschaftlich leistungsfähigen Besatzungszone gelingen sollte. Auch wenn sich einige spätere Abteilungsleiter des StWPA eindeutig für den Nationalsozialismus engagiert hatten, entstanden im Anschluss an etwaige Entnazifizierungsverfahren kaum Nachteile für sie.

Friedrich Thielemann wurde aufgrund seiner NSDAP-Mitgliedschaft als „Mitläufer“ eingestuft und nur für kurze Zeit entlassen bzw. „degradiert“. Horst Tröger und Paul Paris wurden zwar entnazifiziert, mussten sich aber trotzdem die Leitung der Abteilung für Papier-, Pappen- und Verpackungsindustrie in Altenburg teilen. Nach Paris Flucht nach Westdeutschland machten sie beide in ihrem Fachbereich eine beachtliche Karriere. Otto Plöttner, der sich für den NS engagiert hatte, konnte aufgrund seiner vollständigen Entnazifizierung nicht nur die Leitung der Fachschule für Kleineisen- und Stahlindustrie in Schmalkalden, sondern auch die der dortigen Nebenstelle der metallwirtschaftlichen Abteilung des StWPA behalten.

Ebenso verdienen die Vita und besonders die Hafterfahrung von Prof. Eckardt eine erneute Erwähnung. Da er aufgrund einer „wehrkraftzersetzenden“ Äußerung zum Kriegsende denunziert wurde, war er ca. ein Jahr lang im Strafgefängnislager Aschendorfer Moor inhaftiert. Er ist der einzige bekannte Mitarbeiter des StWPA und des DAMW mit einer NS-Verfolgungsgeschichte, der nach 1945 eingestellt wurde.

Ein besonderes Engagement für das neue politische System der SBZ/DDR war für die Abteilungsleiter des StWPA mit Blick auf die hier angeführten Lebensläufe nicht zwingend erforderlich. Die größte Differenz bestand dabei zwischen den Viten Hans Böhnischs und Horst Trögers. Erstgenannter brachte sich intensiv für die Ziele der SED ein, wohingegen für Tröger kein politischer Einsatz bekannt ist. Dem

---

517 Vgl. Fünfter Bericht über den Ausrüstungsstand der Prüfstellen des Staatl. Warenprüfungsamtes in Gera, Staatl. WPA Gera an die SMAD, z. Hd. Herrn Major Bereskin, 31.10.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 353, Bl. 102r-104v, hier Bl. 103v.

gegenüber steht seine Expertise in der Papiermacherbranche einerseits und der akute Fachkräftemangel in der SBZ bzw. jungen DDR andererseits. Es kann vermutet werden, dass daher über eine mangelnde oder nur geringfügige Teilnahme am politischen Geschehen des Leitungspersonals des StWPA hinweggesehen wurde.

Aufgrund des breiten Aufgabenfeldes des Amtes und der politischen, materiellen und personellen Situation der unmittelbaren Nachkriegszeit war nicht ausschließlich ein bestimmter Mitarbeiter-Typus am StWPA beschäftigt. Vielmehr fanden verschiedenste Charaktere dort eine Anstellung. Zunächst einmal gibt es keine festgelegte Alterskohorte unter den ausgewählten Mitarbeitern. Horst Tröger wurde 1918 geboren und ist damit die jüngste hier vorgestellte Person. Otto Plöttner, Jahrgang 1894, ist der älteste Stellvertreter. Daraus ergibt sich eine Spanne von 24 Jahren, die nahezu eine ganze Generation umfasst. Dies entspricht auch dem Altersdurchschnitt der anderen bekannten Mitarbeiter des StWPA. Die Leiter von wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, die zu Prüfdienststellen des DAMW wurden, sind mit wenigen Ausnahmen in der Regel kurz vor oder nach 1900 geboren und konnten ihre berufliche Karriere in den späten 1930er bzw. den 1940er Jahren festigen. In den 1960er Jahren ist dann ein Generationenwechsel bzw. eine Welle von Neueinstellungen jüngerer Mitarbeiter festzustellen. Die praktisch-technisch orientierte Ausrichtung des Amtes in seiner Anfangszeit wird durch einen Blick auf den Ausbildungsstand des Personensamples deutlich: Die Abteilungsleiter und auch Präsident Ruffle waren mit Ausnahme von Prof. Eckardt Ingenieure, teilweise mit Diplom oder Doktorgrad.

Zusammenfassend zeigt sich, dass das Staatliche Warenprüfungsamt Thüringen in der frühen Nachkriegszeit eine heterogene Gruppe von Mitarbeitern beschäftigte, deren politische Vergangenheit und berufliche Expertise unterschiedlich gewichtet wurden. Dieser pragmatische Ansatz ermöglichte es, die dringend benötigten Fachkräfte trotz ihrer NS-Vergangenheit in den Aufbau einer wirtschaftlich stabilen Besatzungszone zu integrieren, was die ambitionierten Ziele der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ in der SBZ/DDR in gewissem Maße relativierte.



## 5 Das DAMW als Organ der Staatlichen Plankommission und sein Beitrag zur staatlichen Güteprüfung und Normierungsarbeit

Der Übergang vom regional tätigen zu einem für die gesamte SBZ zuständigen Prüfamt lag in den Händen der SMAD. Weil die bisherige Arbeit des StWPA positiv aufgefallen war, wurde Max Rüffle im Juni 1949 aufgetragen, sein Institut als Material- und Warenprüfungsstelle für die gesamte Besatzungszone auszubauen.<sup>518</sup> Die bisherige behördliche Anbindung an das thüringische Landesamt für Wirtschaft wurde gelöst und das Amt dem zum 7. Oktober 1949 gegründeten Ministerium für Planung, Hauptabteilung Wissenschaft und Technik, Abteilung Normung und Gütesicherung, unterstellt. Bereits im Juli desselben Jahres wurde Rüffle zum Leiter dieser noch zu gründenden Abteilung bestimmt.<sup>519</sup> Das Ministerium wurde 1950 zur SPK umgewandelt und das Amt beim Zentralamt für Forschung und Technik angesiedelt. Wie im Folgenden gezeigt wird, entstand durch die Gründung des DAMW ein neues System der Material- und Warenprüfung für die DDR. In seinem Aufbau unterschied es sich von seinem westdeutschen Pendant, der BAM, griff allerdings die dezentrale Struktur der Materialprüfungsämter des Deutschen Reiches in Ansätzen auf.<sup>520</sup> Die Umsetzung erfolgte für das DAMW aber kleinteiliger, denn jedes in der DDR hergestellte Produkt wurde bereits in der Entwicklungsphase von einer

---

518 Vgl. Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2005, S. 44 f. Zur Verordnung siehe: Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 10, Ausgabetag: 26.11.1949, Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion, 24.11.1949, BArch Berlin, DF4-40296, unpag., S. 1-3.

519 Vgl. Jahresbericht 1949, 23.12.1949, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 847, Bl. 1r-4, hier Bl. 1r. Siehe für einen Vergleich mit der behördlichen Unterstellung der bundesrepublikanischen BAM die Studie von Elisabeth Kölmel.

520 Siehe dazu die Studie von Malte Stöcken zur Geschichte des MPA.

Prüfdienststelle betreut. So wurde die Betreuung der Industrie laufend intensiviert. Außerdem hatten die Prüfdienststellen umfangreichere Kompetenzen und konnten beispielsweise direkt in den Produktionsprozess eingreifen. Diese wurden in sogenannten „Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion“ durch das Ministerium für Planung und das Ministerium für Industrie und erteilt.<sup>521</sup>

Zu den Arbeitsbereichen des DAMW gehörten neben der Bearbeitung von Forschungsaufträgen die Klassifizierung von Produkten hinsichtlich ihrer Qualität inklusive der Vergabe eines entsprechenden Prüfzeichens. Außerdem wirkte es an der Entwicklung der TGL mit.<sup>522</sup> Diese Vorschriften waren mit dem Vorsatz eingeführt worden, als eigene Qualitätsrichtlinien die vom DNA herausgegebenen DIN-Normen zunächst zu ergänzen und später zu ersetzen.<sup>523</sup> Durch beide Aufgabenbereiche, besonders aber durch die Gütezeichen, erlangte das Amt in der breiten Öffentlichkeit der DDR Bekanntheit. Im zweiten Teil dieses Kapitels werden nach einer Erläuterung des

---

521 Siehe dazu als Beispiel die ersten fünf Durchführungsbestimmungen: Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 18, Ausgabetag: 28.2.1950, Verordnung über Register für Gütevorschriften und die Errichtung von Überwachungsstellen für technische Normen (Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion), 10.2.1950, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.; Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 18, Ausgabetag: 28.2.1950, Verordnung über das Material- und Warenprüfungswesen (Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion) (16.2.1950), ebd., unpag.; Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 23, Ausgabetag: 13.3.1950, Verordnung über das Gütezeichen der Deutschen Demokratischen Republik (Dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion), 21.2.1950, ebd., unpag.; Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 67, Ausgabetag: 28.6.1950, Verordnung über die Güte-kennzeichnung von industriellen Erzeugnissen (Vierte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion), 12.6.1950, ebd., unpag.; Verordnung über die Neuregelung der Zuständigkeiten des [DAMW] und des [DAMG] auf dem Gebiete der amtlichen Güteprüfung (Fünfte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion), 29.5.1952, ebd., unpag.

522 Zur Geschichte der TGL siehe: Mücke: TGL, 2010.

523 Vgl. Siemens: Normung, 1953, S. 10.

Verständnisses von Qualität in der DDR diese TGL und die Gütezeichen vorgestellt. Sie stellten das Normierungssystem in der DDR dar, die die Produktqualität bestimmten bzw. sichern sollten. Die Gütezeichen, die vor allem auf die Klassifizierung von Konsumgütern ausgerichtet waren, waren einerseits an die Verbraucherschaft adressiert und informierten diese über die Qualität eines Produkts.<sup>524</sup> Andererseits sollten die Hersteller den Ehrgeiz entwickeln, möglichst hochklassifizierte Produkte herzustellen. Die TGL stellten, anders als die freiwillig einzuhaltenden bundesrepublikanischen DIN-Normen, verpflichtende Herstellungsregeln in der DDR dar. Ein Produkt wurde in der DDR also unter den Bestimmungen der TGL hergestellt und erhielt im besten Falle ein Gütezeichen als Hinweis auf seine Qualität.

## 5.1 Die Struktur des DAMW und sein Platz in der Planwirtschaft

Ganz gleich, ob die „Sowjetisierungsabsicht“<sup>525</sup> der SMAD für die SBZ bereits mit dem Ende des Krieges beschlossen war oder sich die Militäradministration dem Drängen der ostdeutschen Kommunisten, besonders seitens Walter Ulbricht, auf die Errichtung eines Staates nach sowjetischem Vorbild beugte: Die Umstellung des wirtschaftlichen Systems der SBZ/DDR auf die Planwirtschaft war für die Einführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung eine unabdingbare Voraussetzung.<sup>526</sup> Daher wurden auch die großflächigen Demontagen der Industrie ab zum Ende der 1940er Jahre eingestellt. Dies galt Ulrich Mählert zufolge als ein „Indikator [dafür, YS], daß man sich in Ostdeutschland einzurichten begann.“<sup>527</sup> Gleichwohl war die Versorgungslage der Bevölkerung prekär und die Militäradministration erkannte, dass ein weiteres Auspressen ihrer Besatzungszone zu einem vollständigen wirtschaftlichen Kollaps führen würde. Die Planwirtschaft war u. a. deshalb das System der Wahl, da diese die Sowjetunion von den Ereignissen der Weltwirtschaftskrise 1932/33 nahezu unberührt gelassen hatte und Stalin

---

524 Vgl. Seyffert: Wirtschaftslehre, 1972, S. 81.

525 Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S. 35.

526 Die neuere Forschung ist der Meinung, dass vielmehr Letzteres zutrifft. Vgl. dazu z. B. Hoffmann: Einleitung, 2016, S. 4.

527 Mählert: Kleine Geschichte, 2007, S. 48.

gestärkt aus der ersten Planperiode 1929–1932 hervorgegangen war.<sup>528</sup> Nicht zuletzt hatte ihre Einführung auch ideologische Gründe. Unterstützend dazu trugen außerdem die Erlebnisse aus der Weimarer Zeit mit seiner ökonomischen Unsicherheit und der Weltwirtschaftskrise Jahre später zur Abwendung von der freien Marktwirtschaft hin zur Planwirtschaft bei. Die voranschreitende Industrialisierung in der Sowjetunion unter Stalin mit seinem rasanten Wachstum wurde als attraktive und vor allem erstrebenswerte Option erkannt.<sup>529</sup>

Ein weiterer Vorteil war, dass die SBZ durch das neue System enger an die Sowjetunion gebunden werden und die SED ihre Vormachtstellung sichern konnte. Die Erwartungen an das neue Konzept und die Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen Aufschwung waren also entsprechend hoch. Die Planwirtschaft der SBZ/DDR löste die „Leistungsgesellschaft“ des NS ab, orientierte sich nach Nina Verheyen aber an deren Grundzügen: „Mit staatlichen Instrumenten sollte die Produktivität erhöht und individueller Status an Leistung gebunden werden, um BürgerInnen maximal anzuspornen und das Maximum aus ihnen herauszuholen.“<sup>530</sup> Viele Ingenieure waren diesen Druck und die Sparmaßnahmen für Werk- und Rohstoffe sowie die Arbeit mit Ersatzstoffen bereits aus der NS-Wirtschaftspolitik gewohnt und konnten beides für die Planwirtschaft der SBZ/DDR adaptieren.<sup>531</sup>

Die Planwirtschaft war von den Entscheidungen des SED-Parteiapparates, besonders des kleinen Personenkreises des Politbüros des Zentralkomitees (ZK) der SED, abhängig, welcher die inhaltlichen Schwerpunkte festlegte. Auf operativer Ebene leiteten die jeweiligen Ministerien die wirtschaftlichen Abläufe und damit auch die Arbeit der VVB und Kombinate.<sup>532</sup> In Ergänzung dazu fußte das Wirtschaftssystem der SBZ/DDR auf der staatlichen Wirtschaftsbürokratie in Form der SPK. Sie war zuständig für die Entwicklung, aber auch die Umsetzung der Pläne und ging im November 1950 aus dem Ministerium für Planung hervor. Durch die direkte Anbindung an den Ministerrat, dem höchsten exekutiven Staatsorgan, erhielt die SPK eine „administrative

---

528 Vgl. Roesler: Jedes Mal existenzgefährdend?, 2007, S. 15; Hildermeier: Die Sowjetunion 1917–1991, 2007, S. 40 f.

529 Vgl. Steiner: Möglichkeiten und Grenzen, 2007, S. 135 f.

530 Verheyen: Die Erfindung, 2018, S. 191.

531 Vgl. Luxbacher: Ersatzstoffe, 2020, S. 333.

532 Vgl. Steiner: Möglichkeiten und Grenzen, 2007, S. 138.

Aufwertung“ im Vergleich zum vorherigen Ministerium. In ihrem Mitarbeiterstab, der sich in den ersten zehn Jahren auf circa. 2.000 Personen verfünffachte, hatte die Mehrheit des leitenden Personalstamms keine Vorkenntnisse in der Wirtschaftsverwaltung, geschweige denn den geforderten Bildungsstand. Dies änderte sich erst ab Mitte der 1950er Jahre.<sup>533</sup>

Das DAMW erhielt seine rechtliche Grundlage am 16. Februar 1950 mit der Verordnung über das Material- und Warenprüfungswesen bzw. der Zweiten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion. Das Amt sollte in Zukunft „zur einheitlichen Entwicklung der Material- und Warenprüfung sowie zur Sicherung der Güte der gewerblichen Produktion“ dienen.<sup>534</sup> Zu seinen Aufgaben gehörte es von nun an, die Einhaltung der erarbeiteten Güte- und Produktionsvorschriften zu überwachen und diese im Bedarfsfall zu verbessern, Prüfzeugnisse für Prototypen und Stichproben aus der Serienfertigung zu erstellen und die übergeordneten staatlichen Stellen über die Ergebnisse zu unterrichten, die Produzenten zu beraten und fachlich zu unterstützen sowie Forschungsaufträge zu bearbeiten. Im Gegenzug waren alle Hersteller dazu verpflichtet, dem Amt unentgeltlich Proben ihrer Waren einzureichen und den Herstellungsprozess durch das DAMW überwachen zu lassen. Betriebsinterne Unterlagen, die die Fabrikation betrafen, mussten dem Amt ebenso überlassen werden. Die genannten Aufgaben sollten themenbezogen in den Prüfdienststellen bearbeitet werden. Dazu wurden der Verordnung über das Material- und Warenprüfungswesen vom Februar 1950 zufolge „Ämter, Prüfstellen, Untersuchungsstellen [und] Versuchsanstalten [...] durch Vereinbarung mit ihren Trägern“ übernommen.<sup>535</sup> Außerdem konnten auch bereits bestehende

---

533 Vgl. Hoffmann: *Lasten der Vergangenheit?*, 2018, S. 112 f.

534 Vgl. Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 18, Ausgabetag: 28.2.1950, Verordnung über das Material- und Warenprüfungswesen (Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion), 16.2.1950, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

535 Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 18, Ausgabetag: 28.2.1950, Verordnung über das Material- und Warenprüfungswesen (Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion), 16.2.1950, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

Forschungs- und Lehrinstitute dem DAMW als Prüfdienststellen unterstellt werden. Somit war eine enge Zusammenarbeit mit und in den Unternehmen sowie die Möglichkeit zu einem sofortigen Eingriff bei qualitativ minderwertigen Produkten gewährleistet.

Die dezentrale Struktur des StWPA hatte sich bewährt und wurde für die Gestaltung des DAMW weitergeführt. Der erste Dienstsitz der Zentrale des neu gegründeten DAMW wurde in Berlin-Lichtenberg, Alt-Friedrichsfelde Nr. 1, eingerichtet. Eine prestigeträchtige Adresse, denn dort hatte in der unmittelbaren Nachkriegszeit für einige Wochen die „Gruppe Ulbricht“ ihren Sitz.<sup>536</sup> Außerdem war dort ab April bzw. Mai 1945 der Militärkommandant der Stadt Berlin, Generaloberst Nikolai Erastowitsch Berasin, untergebracht gewesen.<sup>537</sup> Um stärker Einfluss auf seine Entwicklung und Arbeit nehmen zu können, ließ die SMAD die Zentrale des Amtes dorthin verlegen, obwohl in Berlin Wohnraum und Platz für Arbeitsstätten auch 1949/50 infolge der Zerstörung während des Kriegs weiterhin knappe Ressourcen waren.<sup>538</sup> Eli Rubin konstatiert ergänzend dazu, dass vor allem planwirtschaftliche Koordinierungs- und Qualitätsmängel die Bündelung der Qualitätskontrolle und damit einhergehend die Gründung des DAMW erforderlich machten.<sup>539</sup> Weil die Militäradministration eine organisierte Material- und Warenprüfung zur Unterstützung der wirtschaftspolitischen Ziele als notwendig erachtete, erfolgte die Ausweitung des Zuständigkeitsbereichs des Amtes auf die gesamte SBZ und die Unterstellung unter das Ministerium für Planung.

Im Zuge der Gründung des DAMW wurden verschiedene bereits bestehende Forschungseinrichtungen dem Amt als Prüfdienststellen unterstellt. Als Bindeglied zur Hauptverwaltung in Berlin waren über den lokalen Prüfdienststellen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ländergebundene Verwaltungen entstanden.<sup>540</sup> Die Zahl der Prüfdienststellen wuchs daraufhin rasant an. Zum 31. März 1951 arbeiteten

---

536 Vgl. Fuhrmann u. A.: Material- und Warenprüfung, 2010, S. 25.

537 Vgl. Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 50. Zu Berasin siehe: Möller u. A.: SMAD-Handbuch, 2009, S. 615.

538 Vgl. Malycha: Die Staatliche Plankommission, 2016, S. 47.

539 Vgl. Rubin: Synthetic socialism, 2008, S. 197.

540 Vgl. Erläuterungen zum Stellenplan - Entwurf 1952 der Deutschen Amtes für Material und Warenprüfung, Berlin, 1.4.1952, BArch Berlin, DF4-40299, unpag., S. 11.

bereits 85 Prüfdienststellen für das DAMW (s. Anhang).<sup>541</sup> Die Stellen, deren Anzahl aufgrund von Abstoßungen und Zusammenlegungen variierte und die bei Bedarf ihren Standort wechselten, unterlagen einem bestimmten Nummerierungssystem. Die erste Ziffer der dreistelligen Kennzahl bezeichnete das Land, in dem die Prüfdienststelle ihren Sitz hatte. Die Länder waren 1945 bzw. 1947 von der SMAD gegründet worden. 1 stand für Mecklenburg, 2 für Brandenburg, 3 für Sachsen, 4 für Sachsen-Anhalt, 5 für Thüringen und 6 für Ost-Berlin. Dieses System wurde auch nach der Auflösung der Länder im Juli 1952 und der Einführung der 14 Bezirke beibehalten. Diese Bezirke blieben für die Nummerierung der Prüfdienststellen weiterhin unter den Ländern zusammengefasst. Die darauffolgenden zwei Zahlen bezeichneten den Prüfbereich bzw. die Fachgruppe, für die die Prüfdienststelle tätig war:

- 11 bis 19: Fachgruppe Maschinenbau,
- 21 bis 24: Fachgruppe Metallurgie,
- 31: Fachgruppe Elektrotechnik,
- 41 und 42: Holz- und sog. Kulturwaren wie Musikinstrumente, Spielwaren sowie Turn- und Sportgeräte,
- 51 bis 58: Textilprüfstellen,
- 61 und 62: Fachgruppe Leder,
- 71 bis 73: Fachgruppe Bauwesen,
- 81 bis 85: Technische Chemie,
- 91 bis 93: Lebensmittelchemie.<sup>542</sup>

Produkte, die in großer Menge produziert wurden, wurden in ländergebundenen Prüfdienststellen kontrolliert. Beispielsweise hatten Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und auch Berlin eigene Prüfdienststellen für die Qualitätskontrolle von Guss- und Schmiedestücken. In Sachsen und Sachsen-Anhalt wurden sogar zwei Prüfdienststellen eigens zu diesem Zweck eingerichtet. Alle Erzeugnisse

---

541 Vgl. Wer prüft was? Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, Stand vom 31.3.1951, BArch Berlin, DF4-40301, unpag. Für eine Aufstellung der Prüfdienststellen des DAMW um 1951 siehe im Anhang die Aufstellung der Prüfdienststellen des DAMW.

542 Vgl. Organigramm DAMW (Stand 1955), ebd., unpag.

und Rohstoffe, für deren Prüfung die Fachgruppen Metallurgie, Elektrotechnik sowie Lebensmittelindustrie zuständig waren, wurden ebenfalls ländergebunden geprüft. Dieser Sachverhalt verdeutlicht den wirtschaftlichen Fokus der Planwirtschaft der DDR auf die Schwerindustrie. In der Holzbearbeitung wurden lediglich Möbel in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in den Herstellungsgebieten kontrolliert. Mineralöle, Teerprodukte und Erzeugnisse der Industrie für Parfümerien und Kosmetika untersuchten ländergebundene Prüfdienststellen der Fachgruppe Chemische Erzeugnisse. Weniger häufig hergestellte Waren, wie z. B. Fernrohre, Holzsägeblätter, aber auch Musikinstrumente kontrollierten die Prüfdienststellen für die gesamte DDR.<sup>543</sup> Während des ersten Fünfjahrplans existierten Prüfdienststellen für Lebensmittel sowie jene, die Leder, Schuhe sowie Rauchwaren und damit vornehmlich Güter prüften, die aufgrund ihres hohen Preises und der schweren Zugänglichkeit zu Beginn der 1950er Jahre noch immer als Luxusgüter galten und auch in späteren Jahren gelten sollten, nur in sehr geringem Umfang. Diese Feststellung spiegelt ihre nachgeordnete Priorität in der DDR-Wirtschaftspolitik der frühen 1950er Jahre wider. Die Subventionen flossen vor allem in den (Schwer-)maschinenbau und die Weiterentwicklung der Technik. Die Produktion von in der Bevölkerung so dringend nachgefragten Konsumgütern blieb für lange Zeit benachteiligt, was sich auch in der Anzahl der Prüfdienststellen für die jeweiligen Industriesparten zeigte. Im April 1951 konnte das DAMW bereits 600 Mitarbeiter verzeichnen. Noch im selben Jahr wurde ein Anstieg auf 1000 Mitarbeiter erwartet.<sup>544</sup>

Darüber hinaus wurde die Gründung von Fachgruppen beschlossen, die in thematisch zusammengehörige Prüfdienststellen untergliedert werden sollten.<sup>545</sup> Das Amt des Fachgruppenleiters wurde an einen der Leiter der angegliederten Prüfdienststellen vergeben. Bei

543 Vgl. Wer prüft was? Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, Stand vom 31.3.1951, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

544 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Allgemeine Verwaltung, An die Staatliche Plankommission, Sekretariat Straußberger, Berlin, Betreff: Zuteilung von IN-Scheinen für Mitarbeiter des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung (17.4.1951), ebd., unpag.

545 Für eine Übersicht über die Fachgruppen des DAMW siehe im Anhang das Organigramm des DAMW, Stand: 1955.

seiner Arbeit unterstützte ihn ein Gremium, bestehend aus den Leitern der untergeordneten Prüfdienststellen und durch das Ministerium ernannte, ehrenamtlich arbeitende, externe Spezialisten. Die organisatorische Leitung bzw. die regionale Verwaltung der Fachabteilungen sollte mehreren Vizepräsidenten zufallen. Die Fachgruppen waren meist an Industriezentren angesiedelt und stellten nach einer DAMW-eigenen Publikation aus dem Jahr 1966 „die Verbindung zwischen der Zentrale in Berlin und den Prüfdienststellen her.“<sup>546</sup>

Das Amt war weiter dazu aufgefordert, Gutachterausschüsse zu gründen, die die Prüfdienststellen des DAMW bei der Qualitätskontrolle berieten. Sie hatten außerdem die Aufgabe, die Entwicklung von Güterichtlinien durch das DAMW zu unterstützen, die Einhaltung der Gütevorschriften zu kontrollieren, Beschwerden gegen erstellte Prüfbefunde zu bearbeiten, und das Amt bei der Verleihung der Gütezeichen und der Preisgestaltung zu begleiten. Die Gutachterausschüsse konnten nach Horst Siemens an eine Prüfdienststelle als sog. „beratendes Organ“ angeschlossen sein oder selbstständig als eigene Prüfdienststelle fungieren. Siemens hatte ab 1952 eine Professur u. a. für Mechanische Technologie an der TU Dresden inne und veröffentlichte zahlreiche Studien im Fachbereich Standardisierung. Aufgrund der darin zum Ausdruck gebrachten wohlwollenden Haltung gegenüber der Wirtschaftspolitik, kann er als SED-nah eingestuft werden.<sup>547</sup>

Die Ausschüsse setzten sich neben einem Geschäftsführer, der DAMW-Mitarbeiter war, aus Mitgliedern aus Behörden wie dem Preisamt, politischen Massenorganisationen und der Unternehmen sowie Vertretern der Endkonsumenten zusammen. Nur der Geschäftsführer war hauptamtlich angestellt, die Beisitzer waren ehrenamtlich tätig.<sup>548</sup> Gutachter des DAMW konnte laut einer Grundsatzerklärung des Amtes sein, „wer die Gewähr dafür bietet, daß er seine Funktion sorgfältig und zuverlässig ausüben wird und über die erforderliche

---

546 Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 129.

547 Vgl. Siemens: Normung, 1953, S. 77.

548 Vgl. Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 67, Ausgabetag: 28.6.1950, Anweisung über Zusammensetzung und Aufgaben der Gutachterausschüsse des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung, 19.6.1950, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

fachliche und politische Qualifikation verfügt.“<sup>549</sup> Die Ernennung erfolgte durch den Vorsitzenden des Gutachterausschusses, der dem Prüfdienststellenleiter und dem übergeordneten Fachgruppenleiter einen Kandidaten vorschlagen konnte.<sup>550</sup>

Ein weiteres Organ, das die „Verbesserung der Qualität“ während des Produktionsprozesses beaufsichtigen sollte, war die Technische Kontrollorganisation (TKO). Bereits im Herbst 1949 wurde festgelegt, dass die Organisation zunächst als eigenständige, aber als zu dem entsprechenden VEB gehörige Abteilung eingerichtet werden sollte. Der TKO-Leiter wurde vom Betriebsleiter vorgeschlagen und vom Hauptdirektor der übergeordneten VVB bestätigt.<sup>551</sup> Bis zum 31. März 1950 sollte in allen VEB der DDR eine entsprechende Organisation eingesetzt sein.<sup>552</sup> Größere Unternehmen wurden von Kontrollabschnittsleitern der TKO betreut, die die einzelnen Schritte überwachten. Es bestand außerdem die Möglichkeit, einzelne Aufgaben bzw. Kontrollschritte, die vor Ort nicht entsprechend den Anforderungen bearbeitet werden konnten, an größere Produzenten oder Hochschulinstitute auszulagern.<sup>553</sup> Die TKO repräsentiert den Anspruch der DDR, möglichst alle gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Abläufe zu überwachen und über ihre Entwicklungen informiert zu sein. Mit dieser Organisation war ein Instrument geschaffen worden, das parallel zum DAMW zu einer tieferen Durchdringung der Industrie beitragen und die Qualität der Produkte steigern sollte.

---

549 Grundsätze der Arbeit des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, 31.7.1963, ebd., DE1-54921, Bl. 7.

550 Vgl. ebd.

551 Vgl. Anordnung über die Durchführung der Gütekontrolle in volkseigenen Industriebetrieben, 21.9.1949, in: Auszug aus dem Zentralverordnungsblatt der Deutschen Wirtschaftskommission, hrsg. v. d. deutschen Justizverwaltung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Nr. 85, Ausgabetag: 3.10.1949, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

552 Vgl. VO über die Verbesserung der Qualität der Produktion (einschließlich Materialien), 24.11.1949, ebd., DC20-1/3/1, unpag.

553 Vgl. Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik: Qualitätskontrolle, Qualitätssicherung, Berlin 1964, S. 270.

Der Aufgabenbereich der TKO umfasste die Überwachung und Kontrolle des gesamten Produktionsprozesses vom Materialeingang, über die verschiedenen Abschnitte der Weiterverarbeitung bis zur Endkontrolle und Verpackung. Nur mit einem Kontrollvermerk der TKO durfte die Ware das Herstellerwerk verlassen.<sup>554</sup> In den Unternehmen wurde ihrer Arbeit laut der Anordnung des DAMW über die Durchführung der Gütekontrolle in volkseigenen Industriebetrieben aus dem September 1949 eine hohe Bedeutung beigemessen:

Der Leiter der [TKO] [...] trägt die Verantwortung für die Produktion von Erzeugnissen, die den vorgeschriebenen Qualitätsanforderungen nicht entsprechen, wenn die unzureichende Qualität auf mangelhafte Gütekontrolle der [TKO] zurückzuführen ist. Er kann auch in materieller Hinsicht für den Schaden haftbar gemacht werden.<sup>555</sup>

Hinter der Einrichtung der TKO und der Zuteilung ihrer Aufgabengebiete stand der Anspruch der SED, die Ziele der Planwirtschaft zu erreichen bzw. für die DDR wertvolle Ressourcen zu schonen und vorhandene Rohstoffe sparsam einzusetzen. Horst Siemens:

Der Kampf um die Sekunde, den Pfennig und das Gramm ist logischerweise gleichzeitig ein Ringen um Qualität; wir können es uns volkswirtschaftlich einfach nicht leisten, im Rahmen unserer Planwirtschaft Rohstoffe, Ausgangsmaterialien durch Produktion minderwertiger Erzeugnisse zu vergeuden, ebensowenig wie zu hochwertigen Werkstoffe nicht verwendet werden dürfen, wo ihre hohen Eigenschaften nicht genutzt werden [...].<sup>556</sup>

---

554 Vgl. Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 45.

555 Anordnung über die Durchführung der Gütekontrolle in volkseigenen Industriebetrieben, 21.9.1949, in: Auszug aus dem Zentralverordnungsblatt der Deutschen Wirtschaftskommission, hrsg. v. d. deutschen Justizverwaltung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Nr. 85, Ausgabetag: 3.10.1949, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

556 Siemens: Normung, 1953, S. 8.

Mit dieser Haltung positionierte sich der Autor ganz im Sinne der Ziele der Planwirtschaft und der Notwendigkeit der Produktion qualitativ hochwertiger Produkte bei gleichzeitig möglichst geringem Rohstoffeinsatz.<sup>557</sup>

Im März 1951 erfolgte die Umwandlung der dem früheren Ministerium für Planung unterstellten Hauptabteilung Wissenschaft und Technik in das Zentralamt für Forschung und Technik, das dann der SPK unterstand. Dort wurden verschiedene staatliche Ressortforschungseinrichtungen, die technisch-wissenschaftlich arbeiteten, darunter auch das DAMW und das DAMG, gebündelt. Johannes Bähr konstatiert dazu:

Innerhalb der SPK war das Zentralamt eine der wenigen Querschnittsabteilungen, die im Unterschied zu den für einzelne Wirtschaftsbereiche zuständigen Fachabteilungen nicht durch einen fest abgegrenzten Verantwortungsbereich gekennzeichnet waren.<sup>558</sup>

Das Zentralamt beschäftigte allerdings weder zahlenmäßig ausreichend Personal noch genügend Personen mit dem notwendigen Fachwissen, daher entstanden Schwierigkeiten bei der Bearbeitung der ihm übertragenen Aufgaben. Diese waren Bähr zufolge sowohl großzügig als auch ungenau formuliert: „Die staatliche Plankommission, Zentralamt für Forschung und Technik, leitet und koordiniert die gesamte wissenschaftliche Forschung und technische Entwicklung in der DDR.“ Problematisch war dahingehend u. a., dass dem Zentralamt nicht einmal bekannt war, welche Forschungseinrichtungen in der DDR überhaupt tätig waren. Sofern geschultes Personal vorhanden war, hatte dies kaum Kenntnis über die aktuell laufenden Arbeiten und Projekte auf ihrem Forschungsgebiet. Weiter schränkte die mangelhafte wirtschaftliche Lage Kostenplanungen von Forschungsaufträgen in hohem Maße ein. Da die Kompetenzen des Amtes nicht eindeutig bestimmt worden waren, waren dem Personal die genauen Tätigkeitsbereiche der Ämter und ihre Befugnisse unklar.

---

557 Siehe dazu z. B.: Möller: Braunkohle, 2022; Petschow u. A.: Umweltreport DDR, 1990.

558 Dieses und die folgenden direkten und indirekten Zitate: Bähr: Entwicklung, 2016, S.374–376 f.

Probleme dieser Art fanden jedoch in der Außendarstellung des Zentralamtes keine Berücksichtigung. Vielmehr wurde der Nutzen der gebündelten behördlichen Anbindung für die unterstellten Forschungseinrichtungen betont. Beispielsweise unterstrich das DAMW 1964 in einer Eigenpublikation vielmehr die Vorteile, die sich aus seiner Tätigkeit als zentrales staatliches Organ für die Material- und Warenprüfung in der DDR und der Anbindung an die SPK ergaben. So würde

gewährleistet, daß es [das DAMW, YS] die Perspektivplanung, die Ausarbeitung der Programme für die Industriezweige und somit die etappenmäßige Steigerung und Sicherung der Qualität der Erzeugnisse unmittelbar beeinflussen kann und die erforderliche Autorität besitzt.<sup>559</sup>

Spätestens ab 1957 verfolgte das DAMW das Ziel, nicht nur die Prüfung, sondern auch das Ausstellen der Prüfzeugnisse langfristig auf die Industrie zu übertragen. Dieses Vorhaben sollte in einem Dreischritt umgesetzt werden. Nachdem das Amt viele Jahre den umfassenden Prüfvorgang in den Prüfdienststellen durchgeführt hatte, sollten in einem nächsten Schritt die Hersteller die Waren selbst prüfen und lediglich die Zeugnisse durch die Prüfdienststellen ausgestellt werden. In einem letzten Stadium sollte die Produktprüfung als Ganzes an die Industrie abgegeben werden. 1957 prüften bereits 60 Unternehmen, die den DAMW-Fachgruppen Elektrotechnik und Technische Chemie zugeordnet waren, ihre Produkte selbst. Die Zeugnisse wurden weiter von den zuständigen Prüfdienststellen ausgestellt. 40 Hersteller aus der Fachgruppe Textil hatten die dritte Stufe der Umstrukturierung in diesem Jahr bereits erreicht und führten die Produktprüfung inklusive der Zeugnisausstellung selbstständig durch.<sup>560</sup> Mit dieser grundlegenden Veränderung der Produktprüfung gewährte das DAMW und die übergeordnete SPK als das für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR zuständige Organ der Industrie einen großen Vertrauensvorschuss: „Diese Regelung ist eine Auszeichnung für solche Betriebe, die in einem längeren Zeitraum bewiesen haben, daß sie für den vorgesehenen Verwendungszweck geeignete Erzeugnisse herstellen.“<sup>561</sup> Obwohl in dieser

---

559 Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik: Qualitätskontrolle, 1964, S. 342.

560 Vgl. Naumann: Aufgaben der Materialprüfung, 1963, S. 200.

561 Arlt u. A.: Standardisierung, 1963, S. 200.

von dem späteren Präsidenten Johannes Naumann<sup>562</sup> ausgeführten Neukonzeption des Prüfwesens die TKO unerwähnt blieben, kann allerdings davon ausgegangen werden, dass diese als Kontrollinstanz in den Unternehmen fungieren und die Prüfarbeit überwachen sollten.

Mit der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖSPL/NÖS), dessen Einführung im Sommer 1963 beschlossen wurde und das die Produktivität der Industrie noch einmal fördern sollte, wurden die TKO zum 5. Dezember 1963 dem DAMW unterstellt. Damit sollten sie unabhängig von der Industrie werden und objektiver ihrer Arbeit nachgehen können. Trotz der Anstellung beim DAMW war der Leiter der TKO weiterhin den Betriebsleitern des jeweiligen VEB gegenüber zur Rechenschaft verpflichtet.<sup>563</sup> In einem Vertragsentwurf zwischen VVB und dem DAMW zum Einsatz des Leiters einer TKO wird die Anbindung der Organisation an das Amt verdeutlicht: „Der Leiter der TKO untersteht der fachlichen Weisung und Anleitung des Leiters der Prüfdienststelle des DAMW, in der der Leiter der TKO seinen Dienstsitz hat.“<sup>564</sup> Die Mitarbeiter der TKO mussten täglich in den Unternehmen anwesend sein. Mit diesem Schritt wurde die Organisation in allen VEB dazu verpflichtet, „durch ständige exakte Qualitätsanalysen auf die Steigerung der Qualität der Erzeugnisse einzuwirken“ und war „verantwortlich für die systematische Erfassung der Qualitätsmängel und die Bestimmung ihrer Ursachen.“<sup>565</sup> Darüber hinaus vereinfachte die Unterstellung der TKO unter das DAMW die amtliche Pflichtprüfung für neue Produkte. Nachdem der TKO-Leiter die Nullserie bzw. den Prototypen direkt im Herstellerbetrieb geprüft hatte, meldete er das Produkt zur amtlichen Pflichtprüfung beim DAMW an. Die dazu erforderlichen Muster wurden dann nach Vorbereitung des TKO-Leiters vor Ort beim Produzenten oder der Prüfdienststelle geprüft. Ebenso galt dieses Prozedere für die neuen

---

562 Für die Biografie von Johannes Naumann siehe Kapitel 9.1.

563 Vgl. Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik: Qualitätskontrolle, 1964, S. 350; Deutschland Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 135; Lilie: Qualitätskontrolle gehört in staatliche Hände, in: Neues Deutschland, 4.1.1963, S. 2.

564 Vertragsentwurf zwischen VVB und dem DAMW zum Einsatz des Leiters einer TKO, o. D., BArch Berlin, DE1-53021, Bl. 3.

565 Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik: Qualitätskontrolle, 1964, S. 242.

oder jährlich wiederholten Güteklassifizierungen sowie für Produkte, die auf ausländischen Messen und Konferenzen präsentiert werden sollten. Die Umsetzung der im Prüfzeugnis vermerkten Verbesserungsvorschläge in den Werken wurde daraufhin von der TKO überwacht.<sup>566</sup> Durch die Anbindung der TKO an das DAMW sollte die Beziehung zwischen Amt und Industrie verstärkt werden.

Auf diesem Wege war es den Prüfdienststellen einerseits möglich, tiefgehende Einblicke in die Produktionsabläufe zu erlangen und Missstände, wie z. B. hohe Fehlerquoten in der Herstellung und die Verschwendung von Rohstoffen, aufzudecken. Andererseits wurde durch die Berechtigung der TKO, Pflichtprüfungen von Prototypen und Gütekontrollen vorzunehmen, Prozesse vereinfacht und beschleunigt. Anmerkungen bezüglich einzelner Herstellungsschritte konnten so unmittelbar umgesetzt werden. Nachdem es infolge der Einrichtung dieses Überwachungsorgans der Industrie offenbar zu einiger Kritik seitens der Hersteller kam, erkannten diese, womöglich aber nur scheinbar und erzwungenermaßen gegenüber dem DAMW bzw. der SED-Parteiführung, dessen Vorzüge. Denn der Eingriff der TKO in den Herstellungsprozess bedeutete für die Industrie zusätzliche Arbeit und eine ständige Kontrolle des Produktionsablaufs.

Der spätere Präsident des DAMW, Helmut Lilie, betonte jedoch 1964 in der politisch-ideologisch wichtigsten Monatsschrift der SED, der „Einheit“, die positiven Auswirkungen der TKO-Arbeit. Die in der Zeitschrift erschienenen Artikel waren vor allem von führenden SED-Funktionären und ausgewählten Kadern zu politischen Fragen verfasst worden. Die „Einheit“ erschien unter der Herausgeberschaft des ZK der SED seit der Gründung der Partei bis zur Auflösung der DDR. Lilie erklärte: „In einigen VVB machte man Schluß damit, der TKO mit allen möglichen administrativen und ökonomischen Mitteln die Augen zu verkleistern, weil man tatsächlich begriff, daß die TKO das gute Gewissen des Betriebes in Qualitätsfragen sein muß.“<sup>567</sup> So rechtfertigte er den staatlichen Beschluss der Unterstellung unter das DAMW und unterstrich den zusätzlichen Nutzen und die bedeutsame Arbeit seines Amtes für die DDR.

---

566 Vgl. ebd., S. 242–262.

567 Lilie: Die Qualität sichern und steigern, 1964, S. 9.

Der spätere Vizepräsident Hans Jancke<sup>568</sup> wollte um 1965 in diesem System einen deutlichen Vorteil gegenüber der Vorgehensweise der Bundesrepublik sehen, in der seines Wissens nach lediglich eine Endkontrolle der fertigen Produkte durch die staatlichen Ressortforschungseinrichtungen durchgeführt wurde. Durch die Befugnisse des DAMW bzw. der TKO konnte direkt in den Produktionsprozess eingegriffen werden. Er erklärte dazu: „Die staatliche Einrichtung führt selbst die Kontrolle durch und wird Teil des gesamten volkswirtschaftlichen Prozesses.“<sup>569</sup> Nicht zuletzt darin erkannte er den in der DDR in sämtlichen Bereichen und dauerhaft gesuchten Beweis für die „Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung“.

## 5.2 Die amtliche Güteprüfung und Normierungsarbeit des DAMW

Für das Verständnis der Arbeit des DAMW ist eine Definition des Begriffs „Qualität“, und was in der DDR darunter verstanden wurde, vonnöten. Im Anschluss daran wird im nachfolgenden Teilkapitel die Vergabe der Gütezeichen durch das DAMW vorgestellt. Dabei wird zunächst die Gestalt der Gütezeichen und das Vergabeverfahren am Beispiel des Trabant „P 601“ thematisiert, sowie auf die Entwicklung der Qualität der industriellen Erzeugnisse eingegangen und die Kampagnen, die zu deren Verbesserung angestoßen wurden, erläutert. Weiter erfolgt ein Blick auf die Versorgungslage der Bevölkerung und darauf, wie sie sich mit im Vergleich zu westlichen Erzeugnissen qualitativ minderwertigen Produkten arrangierte. Im Anschluss wird auf die Mitarbeit des DAMW bei der Ausarbeitung der TGL-Normen eingegangen. Hier steht die Entwicklung dieser Normen und ihre Position zwischen den Vorgaben des DNA einerseits und des sowjetischen Normierungssystem andererseits im Fokus. Sowohl für die Gütezeichen als auch für die TGL waren die Kriterien DDR-intern festgelegt worden. So bestand nicht zuletzt die Möglichkeit, der eigenen Bevölkerung zu suggerieren,

---

568 Für die Biografie von Hans Jancke siehe Kapitel 9.5.

569 Dieses und das nächste Zitat: Gedanken zur Neuordnung des Meßwesens, o. D., [ohne Autor, wahrsch. Prof. Dr. Jancke, da das nächste Dokument ein Vorblatt/Brief zu dieser Aufstellung zu sein scheint, dann v. 24.9.1965, YS], BArch Berlin, DF5-3035, unpag.

die Qualität der eigenen Produkte entspräche jener des westlichen Auslandes. Dies funktionierte allerdings nur bedingt, da die Bevölkerung der DDR gut über die bessere Qualität der ausländischen Produkte, besonders jene aus der Bundesrepublik, informiert war.

In den Quellen und zeitgenössischen Publikationen des DAMW wird das Schlagwort „Qualität“ bzw. „Produktqualität“ und der Beitrag des Amtes zu einer positiven Entwicklung derselben in der DDR an zahlreichen Stellen thematisiert. In einer Rede anlässlich der Verabschiedung von Max Rüffle im Jahr 1955 konstatierte ein unbekannter Verfasser, dass das DAMW dank Rüffle dazu beigetragen hatte, „den alten Ruf deutscher Wertarbeit“ wiederzuerlangen.<sup>570</sup> Damit bezog sich der Autor offensichtlich auf das Qualitätssiegel „Made in Germany“. Dieses war Ende des 19. Jahrhunderts deutschen Herstellern durch britische Großindustrielle oktroyiert worden, um die Kundschaft vor billiger, qualitativ minderwertiger Massenware zu warnen. Weil die deutschen Hersteller sich daraufhin angespornt fühlten, die Qualität ihrer Produkte zu verbessern, sollte es sich als das Markenzeichen von zuverlässigen und innovativen Produkten durchsetzen.<sup>571</sup> Artikel mit diesem Siegel wurden bei der Käuferschaft sogar so beliebt, dass es amerikanische Hersteller von Kuckucksuhren fälschten und auf ihren Waren anbrachten, um deren Marktwert zu steigern und den Verkauf anzukurbeln.<sup>572</sup> Die Nationalsozialisten nutzten das Prädikat „deutsche Wertarbeit“ als Siegel und Zielvorstellung für die (wehrwichtige) Industrie.<sup>573</sup> Dabei muss berücksichtigt werden, dass dieser Qualitätsstandard während des NS im Kontext von Zwangsarbeit, der Ausplünderung der besetzten Gebiete und dem Holocaust zu verstehen ist. In der Rede zur Verabschiedung Rüffles wird der Begriff ohne Abgrenzung von der NS-Interpretation verwendet. Vielmehr wird der Anspruch des DAMW betont, an die Erfolge und die positiv konnotierten Aspekte der „deutschen Wertarbeit“ anzuknüpfen und seine Ideale zu übernehmen.

---

570 Vgl. Entwurf einer Rede bzgl. Übergabe der Präsidentschaft des DAMW von Max Rüffle an Johannes Naumann, 3.1.1955, BArch Berlin, DF4-40301, unpag.

571 Vgl. Katzir u. A.: Editorial, 2020, S. 11–15.

572 Vgl. MacGregor: Deutschland, 2015, S. 387, siehe weiterführend auch das Kapitel „Made in Germany“ zur Entwicklung des Qualitätssiegels in Deutschland, S. 325–418.

573 Vgl. Katzir u. A.: Editorial, 2020, S. 11–15.

In einem zweiten Teil der Rede wurde die politische Bedeutung des Amtes unterstrichen und die Zuhörerschaft auf die Herausforderungen des kommenden Jahres eingeschworen:

Im Jahre 1955 kommt es mehr denn je darauf an, dass unsere Deutsche Demokratische Republik weiter gefestigt und gestärkt wird, damit die deutschen Patrioten das Wiedererstehen, (sic!) des deutschen Militarismus, (sic!) - dieses Todfeindes des deutschen Volkes - verhindern, die Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege herstellen.<sup>574</sup>

Dabei wurde die Arbeit des DAMW eng mit der politischen Ideologie der DDR verknüpft. Die geforderte Stabilität der DDR konnte nur durch eine gefestigte Wirtschaft, die wiederum durch qualitativ hochwertige Produkte bedingt war, geschaffen werden. Dazu war eine strenge Material- und Warenprüfung vonnöten.

Präsident Helmut Lilie definierte 1966 sein Verständnis von „Qualität“: „Die Qualität ist die Gesamtheit der Eigenschaften eines Erzeugnisses, die den Grad seiner Eignung für den vorhergesehenen Verwendungszweck bestimmt.“ Sie war seinen Ausführungen zufolge also zweigeteilt und ergab sich aus der „Entwicklungsqualität“, die die Produktentwicklung beschrieb und der „Qualität der mustergetreuen Fertigung“ bzw. der Übertragung des durch das DAMW geprüften Prototypen auf die serienmäßige Herstellung.<sup>575</sup> Beide Bereiche wurden vom Amt durch die Prüfdienststellen beaufsichtigt und betreut.

---

574 Entwurf einer Rede bzgl. Übergabe der Präsidentschaft des DAMW von Max Rüffle an Johannes Naumann, 3.1.1955, BArch Berlin, DF4-40301, unpag.

575 Beide Zitate: Lilie: Qualitätskontrolle, 1966, 25, 28.

Auch der spätere Hauptgruppenleiter und Vizepräsident Walter Singer<sup>576</sup> übernahm Lilies Definition in seiner Habilitationsschrift.<sup>577</sup>

Die Kriterien, anhand derer die Qualität eines Produkts in der DDR ermittelt wurde, erläuterte, genau wie Lilie, zwar aus einer Innenansicht der DDR aber nicht des DAMW heraus, der Wirtschaftswissenschaftler und Prorektor der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg, Prof. Dr. sc. oec. Hans-Joachim Aust, im Jahr 1989:

Wichtige Kriterien, die die Qualität eines Erzeugnisses repräsentieren, sind Funktionstüchtigkeit, Lebensdauer und Zuverlässigkeit, das Masse-Leistungsverhältnis, der Reinheitsgrad, Formschönheit, Bearbeitungsgenauigkeit, Maßhaltigkeit, die chemisch-physikalische Zusammensetzung von Stoffen, die sensorischen Eigenschaften von Lebensmitteln und viele andere.<sup>578</sup>

---

576 Prof. Dr. Walter Singer (29.6.1920 in München-?), 1934–1938: Reichsschule der NSDAP, 1939–1945: Wehrmacht (Hauptmann, u. a. Testpilot bei der Erprobungsstelle der Luftwaffe in Rechlin und zuletzt Technische Akademie der Luftwaffe in Berlin), 1948: KdT, 1951: Mitglied der ehrenamtl. Leitung der Fachgruppe Chemie, bis 1953: Technischer Direktor bzw. Hauptdirektor der VVB Alcid bzw. Anorgana, danach Produktionsleiter im Staatssekretariat bzw. im Ministerium für Chemie, 1954: Werkdirektor der VEB Farbenfabrik Wolfen, 1955–1959: Vorsitzender des Bezirksvorstandes Halle, 1957: Dipl.-Ing. oec., 1959–1963: 1. Vorsitzender des Fachverbandes „Chemische Technik“, 1962: Vizepräsident der KdT, 1963: Leiter der Hauptgruppe Chemie des DAMW, 1963: Promotion („Beitrag zur Nachchlorierung von Polyvinylchlorid“), 1964: Vizepräsident des „DAMW-neu“, 1967: Habilitation („Beitrag zur Theorie der Qualität und der Leitung der Qualitätsentwicklung“), vgl. Personalnachweis Singer, Walter, geb. 29.6.20 zu München, o. D., BArch Freiburg, PERS6-162190, unpag.; Dr. Walter Singer, An die Zentralnachweisstelle beim Bundesarchiv, W-5106 Aachen-Kornelimünster, 26.3.1993, ebd., unpag.; Beschlussprotokoll über die Leitungssitzung am Montag dem 23.11.1964 um 10.00 Uhr, 25.11.1964, BArch Berlin, DE1-51045, unpag.; Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR, Strukturplan, Stand vom 1.5.1963, o. D., 3791, Archiv der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig, unpag.; N. N., Walter Singer – neuer Vizepräsident des DAMW, in: Chemische Technik, Bd. 16, Heftnr. 2, Jg. 1964, S. 127; Singer: Beitrag zur Nachchlorierung von Polyvinylchlorid, Diss., Leuna-Merseburg 1963; Ders.: Beitrag zur Theorie, Habil., 1967.

577 Vgl. Singer: Beitrag zur Theorie, 1966, S. 23.

578 Aust: Qualität, 1989, S. 15.

Damit fächerte er ein breites Anforderungsfeld auf, das, wie bereits bei Lilie, auch die Produktentwicklung enthielt. Beide Ausführungen lassen jedoch die Bedeutung von bereits qualitativ hochwertigen Ressourcen für das Endprodukt außer Acht.

Doch warum war die Produktqualität der Dreh- und Angelpunkt der Arbeit des DAMW? Warum hatte die SED-Führung so großes Interesse an qualitativ hochwertigen Erzeugnissen? Nach Michael Schramm hatte die Qualität von Produkten in der DDR vier Funktionen. Zunächst diente sie zur Untermauerung des Sozialismus, denn die SED-Führung sah in der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern aller Art und in bestmöglicher Qualität die Legitimation ihres politischen Systems.<sup>579</sup> Lilie griff diesen Ansatz bereits in der Jubiläumsschrift zum zehnjährigen Bestehen des Amtes auf und reizte diesen Anspruch sogar so weit aus, indem er konstatierte, dass

[d]ie Fertigung von Erzeugnissen schlechter Qualität [...] einen Verstoß gegen die sozialistische Ordnung dar[stellt], denn Qualitätsmängel führen zu ernststen Auswirkungen in den Produktionsbetrieben selbst, bei der Bevölkerung, in der Akkumulation, im Entwicklungstempo unserer Volkswirtschaft sowie nicht zuletzt im Export.<sup>580</sup>

Zweitens sollte sie Schramm zufolge in der Bevölkerung den Stolz auf die eigenen Produkte hervorrufen und festigen bzw. zur Identifikation mit den politischen Grundsätzen der DDR beitragen. Dabei ging es nicht zwingend um technische Eckdaten eines Erzeugnisses, sondern darum, „dass es bestimmte psychische und physische Leistungen erbringt und damit emotionale Bedürfnisse der Konsumenten, aber auch der Produzenten befriedigt.“<sup>581</sup> Ein Beispiel dafür waren die Produkte des VEB Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen, die sich traditionsbedingt auch auf dem Weltmarkt großer Beliebtheit erfreute. Außerdem sollte drittens durch hochwertige Waren die potenzielle Kundschaft innerhalb der DDR zum Kauf angeregt und so auch das Bruttoinlandsprodukt gesteigert werden. Viertens war sie für den Exporthandel ausschlaggebend. Nur mit qualitativ hochwertigen Produkten konnte die

579 Vgl. Schramm: Konstruktionen von Qualität, 2019, S.296 f.

580 Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR: Zehn Jahre, 1960, S.5.

581 Schramm: Konstruktionen von Qualität, 2019, S.296 f.

DDR am internationalen Handel, in den sie durchgehend eingebunden war, teilnehmen und mit den Einnahmen wiederum neue Rohstoffe beschaffen.<sup>582</sup> Die Bedeutung dieser vier Funktionen war von der SED bereits im März 1947 erkannt worden. Im Aufruf des Parteivorstandes hieß es dazu: „Von der Qualitätsarbeit unserer Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler [...] hängt der künftige Wohlstand unseres Volkes ab.“<sup>583</sup> Es wird also deutlich, dass das DAMW mit seiner Qualitätsprüfung einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der DDR leistete. Wie dieser für die genannten Bereiche konkret aussah, wird im Folgenden gezeigt.

### 5.2.1 Die Gütezeichen des DAMW

Den Auftrag zur Qualitätskontrolle industrieller Erzeugnisse in der gesamten SBZ hatte bereits das StWPA erhalten. Allerdings war mit dieser Aufgabe kein Kategorisierungssystem ausgegeben worden. Daher entwickelten die Abteilungen des Amtes unterschiedliche Vorgehensweisen bei der Bewertung der Qualität von Produkten. Beispielsweise hatte die Textilwirtschaftliche Abteilung des Amtes im Februar 1949 ein Konzept zur Klassifikation von Textilwaren erarbeitet. Sie teilte Produkte aus Kamm- und Streichgarn in drei Klassen ein: Die erste Klasse bezeichnete eine „besonders hohe Qualität“, die zweite „normale Qualität“, die dritte stand für „minderwertige, aber noch annehmbare Qualität“.<sup>584</sup> Nur wenige Monate später führte die Nebenstelle der Metallwirtschaftlichen Abteilung in Schmalkalden ein Punktesystem zur Güteklassifizierung von Metallernzeugnissen bzw. für die Werkzeugfertigung ein.<sup>585</sup>

In Form einer rechtlichen Bestimmung wurde die Güteprüfung durch das StWPA für die gesamte DDR erstmals durch die Verordnung der Provisorischen Regierung der DDR über die Verbesserung der

---

582 Vgl. Schramm: Konstruktionen von Qualität, 2019, S. 296 f.

583 Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik: Qualitätskontrolle, 1964, S. 27.

584 Vgl. Bericht für den Monat Februar 1949, 5.3.1949, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 141, Bl. 139r-141v, hier Bl. 139v.

585 Vgl. Bericht für den Monat Dezember 1949, 5.1.1950, ebd., Bl. 210r-211r, hier Bl. 210v.

Qualität der Produktion vom 24. November 1949 festgehalten. Denn bisher hatte nur für Thüringen eine „amtliche Prüfpflicht“ vorgelegen, die im Zuge der Verordnung ausgeweitet wurde. Das Amt erhielt durch sie den Auftrag zur Ausarbeitung und Erteilung von Gütezeichen, zur Überwachung und Ergänzung von Gütevorschriften, sowie zur Entwicklung von Mindestgütevorschriften.<sup>586</sup> Bemerkenswert ist, dass auch das DAMG Gütezeichen dieser Art vergab, und die Verordnung somit auch für dieses Amt galt.<sup>587</sup>

Die geprüften Produkte wurden entsprechend ihrer Qualität von der fachlich zuständigen Prüfdienststelle in Kooperation mit dem jeweiligen Gutachterausschuss mit einem Gütezeichen versehen. Zunächst wurde nur das Gütezeichen „Q“ für jene Waren vergeben, die sich durch ihre besonders hochwertige Qualität bzw. als sog. „Besterzeugnisse“ auszeichneten.<sup>588</sup> Ausschlaggebend für die Vergabe des „Q“ war, dass das zu bewertende Produkt dem „technisch-wissenschaftlichen Höchststand“ entsprach, der sich durch das „Weltniveau“ definierte. Die Erzeugnisse der DDR sollten hinsichtlich ihrer Qualität mit vergleichbaren Erzeugnissen des westlichen Auslandes, die das „Weltniveau“ darstellten, mithalten können.<sup>589</sup> Dieses wurde in der DDR durch sog. „Weltstandsvergleiche“ ermittelt. Dazu wurden in den meisten Fällen allerdings willkürlich ausgewählte Produkte aus dem westlichen Ausland unter eigenmächtig festgelegten und gewichteten Kriterien mit den DDR-eigenen Erzeugnissen verglichen. Frappierend war in Ergänzung dazu, dass diese Waren des Westmarktes in vielen Fällen nicht zur Prüfung

---

586 Vgl. Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 46 f.; VO über die Verbesserung der Qualität der Produktion (einschließlich Materialien), 24.11.1949, BArch Berlin, DC20-I/3/1, unpag.

587 Vgl. Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 67, Ausgabetag: 28.6.1950, Verordnung über die Gütekennzeichnung von industriellen Erzeugnissen (Vierte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion), 12.6.1950, ebd., DF4-40296, unpag.; Lein, u. A.: Unser Weg, 1961, S. 155.

588 Vgl. Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 23, Ausgabetag: 13.3.1950, Verordnung über das Gütezeichen der Deutschen Demokratischen Republik (Dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion), 21.2.1950, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

589 Fuhrmann u. A.: Material- und Warenprüfung, 2010, S. 33–35.

vorlagen und technische Eckdaten daher nur geschätzt werden konnten. Sogar der FDGB hatte erkannt, dass daraus kein ernstzunehmendes Bewertungssystem erwachsen konnte und die Vorgehensweise 1961 in einer Broschüre entsprechend kritisiert.<sup>590</sup>



Abb. 8: Gütezeichen „Q“ des DAMW. (Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 5.)

Die Kriterien, an denen die Qualität eines Erzeugnisses gemessen wurde, variierten je nach Produktart. Sie werden hier am Beispiel eines der bekanntesten Produkte der DDR, dem Trabant „P 601“, nachgezeichnet. Für dieses Modell, das von 1964 bis 1990 serienmäßig im VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau gefertigt worden war, liegt ein Prüfzeugnis des DAMW aus dem ersten Produktionsjahr vor. Die dort genannten Kategorien waren Konstruktion und Form, Material, Verarbeitung, Oberflächenbeschaffenheit, Verarbeitung und Funktion.<sup>591</sup> Als weitere, in diesem Fall für die Produktqualität allerdings nicht bewertete Kriterien wurden vom DAMW laut einer amtseigenen Publikation „Technologie, Organisation des Fertigungsprozesses, Durchführung der Fertigung, Meßwesen, Kundendienst einschließlich Druckschriften für Bedienung, Wartung etc., Reklamation, Ausschuß, [und die, YS] Arbeit der TKO“ bei der Klassifikation berücksichtigt. Bemerkenswerterweise wurden für KFZ bedeutsame Aspekte wie Sicherheit und Leistung im vorliegenden Prüfzeugnis außer Acht gelassen. Für das Beispiel des Trabant „P 601“ erhielten alle Kategorien die höchste Klassifikation „von hoher Güte“. Dem KFZ wurde aus unbekanntem

590 Vgl. Lein u. A.: Unser Weg, 1961, S. 25, zit. nach Schramm: Konstruktionen von Qualität, 2019, S. 300.

591 Dieses und die folgenden direkten und indirekten Zitate: Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der DDR, Prüfdienststelle Kraftfahrzeugtechnik, Dresden, Prüfzeugnis Nr. 225/64, 16.4.1964, BArch Berlin, DF5-3192, unpag.

Gründen allerdings nicht das „Q“ sondern die nachfolgende Güteklasse 1 zugesprochen. Neben den Prüfkriterien, dem erteilten Gütezeichen, Angaben zum Hersteller und der genauen Modellbezeichnung des Produkts konnten im Zeugnis auch Verbesserungsvorschläge oder Änderungswünsche von der Prüfdienststelle vermerkt werden. Im Falle des „P 601“ hatte die zuständige Prüfdienststelle aber keine Beanstandungen.

Auffällig ist, dass die positive Bewertung des Trabant nicht mit der Meinung der DDR-Fachpresse übereinstimmte. In einem Artikel der von der KdT herausgegebenen Fachzeitschrift „Kraftfahrzeugtechnik“ wurden der geringe wirtschaftliche Nutzen bzw. der Gewinn für die Volkswirtschaft durch die niedrigen Verkaufszahlen bemängelt. Die Ausgaben für teure Ressourcen, die für die Entwicklung des Modells aufgewandt worden waren, konnten dem Artikel zufolge kaum ausgeglichen werden. Außerdem rechneten Experten dem „Trabi“ kaum Chancen aus, mit den schnelllebigen automobiltechnischen Neuerungen mithalten zu können. Positiv fielen jedoch die geringe Lärmimmission im Innenraum, die Fensterheber zum Kurbeln und das moderne Design auf. Wie diese konträren Einschätzungen zueinander passten, ist nicht belegt.<sup>592</sup> Vermutlich lässt sich dies damit begründen, dass Aspekte wie „Wirtschaftlichkeit“ und „Zukunftsfähigkeit“ von der Prüfdienststelle für Kraftfahrzeugtechnik in Dresden nicht bewertet wurden.

Das DAMW war bei der Vergabe des „Q“ verpflichtet, ein Verzeichnis über jene Unternehmen zu erstellen, denen die Nutzung für ihre Erzeugnisse gestattet wurde. Außerdem musste es dem Ministerium für Planung, Hauptabteilung Wissenschaft und Technik, und später den anderen übergeordneten Behörden, regelmäßig über ihre Entscheidungen zur Vergabe der Gütezeichen berichten. Darüber hinaus wurden Informationen über die Vergabe der Gütezeichen an bestimmte Hersteller bzw. Produkte im Ministerialblatt der DDR veröffentlicht. Den Produzenten war die Möglichkeit gegeben, gegen abgelehnte Anträge in Revision zu gehen. Für einen Antrag auf Nutzung des „Q“ durch

---

592 Vgl. N. N.: Kraftfahrzeugtechnik beurteilt „Trabant 601“, in: Kraftfahrzeugtechnik. Technische Zeitschrift des Kraftfahrwesens (1964), H. 4, S. 144-147.

den Hersteller bzw. für eine freiwillige Prüfung wurde eine Gebühr von 100,- Mark erhoben, bei der Prüfung auf eine verlängerte Nutzungserlaubnis wurden jährlich 50,- Mark berechnet.<sup>593</sup>

Da das „Q“ ein Prädikat für absolute Spitzenerzeugnisse darstellte, wurde es durch das DAMW für DDR-eigene Waren entsprechend selten vergeben. Beispielsweise erhielt im Jahr 1952 kein Produkt dieses Gütezeichen, lediglich 13,58 % der Erzeugnisse konnten die nächste Güteklasse „1“ erreichen.<sup>594</sup> 1955 wurden nur 0,4 % aller Erzeugnisse mit diesem Gütezeichen prämiert. Alle Produkte entstammten der Fachgruppe Feinmechanik/Optik.<sup>595</sup> Diese Entwicklung lässt sich nach Schramm vor allem mit der Orientierung der Wirtschaftspolitik an der „Tonnenideologie“ und einem damit einhergehenden exzessiven Ressourcenverbrauch erklären, die sich die Produktquantität statt -qualität zum Ziel gesetzt hatte. Ziel war es, um jeden Preis die Vorgaben des Wirtschaftsplanes, der hohe Produktionszahlen verlangte, zu erreichen. Eine Ausnahme ist dem Autor zufolge jedoch für Erzeugnisse, die, wie z. B. das erwähnte Meissner Porzellan, für den Export vorgesehen waren, festzustellen. Da durch sie die wertvollen Devisen eingenommen werden konnten, wurden sie mit besonderer Sorgfalt und unter anderen Qualitätsansprüchen produziert als Produkte für die Abnehmerschaft innerhalb der DDR.<sup>596</sup>

Im Jahr 1963 erhielten immerhin 10,2 % aller in der DDR erzeugten Waren das Gütezeichen „Q“, was eine vorher nicht dagewesene positive Entwicklung bedeutete. Allerdings könnten auch veränderte Bewertungskriterien ein Grund für diese hohe Quote gewesen sein. Besonders erfolgreich waren das dritte und vierte Quartal dieses Jahres.

---

593 Vgl. Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 23, Ausgabetag: 13.3.1950, Verordnung über das Gütezeichen der Deutschen Demokratischen Republik (Dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion), 21.2.1950, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

594 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, Bericht über die Prüftätigkeit des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung im IV. Quartal 1952 mit einer Übersicht über das Jahr 1952, 26.1.1953, BArch Berlin, DE1-31566, Bl. 1-3.

595 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR, Der Leiter, Bericht über die Prüftätigkeit des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung im 1. Quartal 1955, 2.5.1955, ebd., DE1-32407, Bl. 4.

596 Vgl. Schramm: Konstruktionen von Qualität, 2019, S. 297 f.

Hervorragende Waren konnten in den Bereichen Schwer- und Transportmaschinen, Baumaschinen sowie Elektrotechnik und damit in den Industriesparten, die die DDR seit jeher besonders subventioniert hatte, präsentiert werden.<sup>597</sup> Diese Entwicklung ist vor allem durch die Abschaffung der „Tonnenideologie“ und die Neujustierung der Planwirtschaft zu begründen. Neben dem „Q“ wurden ab 1950 weitere Zeichen bzw. diesem Gütesiegel untergeordneten Qualitätsstufen eingeführt.



Abb. 9: Weitere Gütezeichen des DAMW nach der VO vom 12.6.1950. Anstatt der drei Nullen wurde die Nummer jener Prüfdienststelle eingetragen, die die Produktprüfung durchgeführt hatte bzw. die Betriebsnummer des Herstellers. (Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S.6)

Das Zeichen mit der Ziffer 1 stand für eine Produktqualität mit „Welt-niveau“, das anhand DDR-intern gesetzter Maßstäbe ermittelt worden war. Damit entsprach es „dem Durchschnitt der von den führenden Industrieländern auf dem Weltmarkt angebotenen hochwertigen Erzeugnissen.“<sup>598</sup> Das Zeichen mit der Ziffer 2 wurde vergeben, wenn immer Produkten eine für den Benutzungszweck ausreichende Qualität nachgewiesen werden konnte und eine garantierte „Gebrauchsfähigkeit und Funktionsfähigkeit“ gegeben war.<sup>599</sup> Die Fachabteilungsleiter des DAMW erkannten 1951 jedoch Schwierigkeiten hinsichtlich dieser Güteklasse, da die mit diesem Zeichen versehenen Produkte im Verkauf oft mit einem Produkt zweiter Wahl verwechselt wurden. Dahingehend forderten sie mehr Aufklärungsarbeit im Handel.<sup>600</sup>

597 Vgl. Lilie: Die Qualität sichern und steigern, 1964, S. 9.

598 Fuhrmann u. A.: Material- und Warenprüfung, 2010, S. 33.

599 Vgl. ebd., S. 34.

600 Vgl. Protokoll über die Sitzung der Fachabteilungsleiter des DAMW am 25.7.51 in der Zentalverwaltung, 26.7.1951, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

Das Gütezeichen „S“, das eine Sonderklasse bezeichnete, wurde kaum verwendet und bald abgeschafft.<sup>601</sup> Das leere dreieckige Gütesiegel klassifizierte ein Produkt bei dessen Herstellung zwar die Mindestgüterichtlinien eingehalten, aber keine weiteren Qualitätsmerkmale festgestellt werden konnten. Auch dieses wurde nur für kurze Zeit genutzt und durch ein sog. Überwachungszeichen mit dem Schriftzug „DAMW“ ersetzt. Es wurde ebenso „für Grundstoffe, Halbfabrikate und sonstige Fertigerzeugnisse vergeben, die nicht klassifiziert [wurden], wenn sie den in den Standards oder sonstigen Qualitätsbestimmungen festgelegten Mindestgüteanforderungen entsprachen.“<sup>602</sup>



Abb. 10: Überwachungszeichen mit DAMW-Schriftzug. (Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 7.)

Produkte, die eine Klimaschutzprüfung bestanden hatten und denen mindestens das Gütezeichen erster Klasse oder das Überwachungszeichen verliehen wurde, wurden mit dem Klimaschutzzeichen der DDR versehen, das ebenfalls vom DAMW ausgegeben wurde.<sup>603</sup> Dazu unterhielt das DAMW eine eigene Prüfdienststelle in Berlin-Adlershof.<sup>604</sup> Sie befasste sich mit der Gebrauchswertprüfung von Produkten in klimatisch anspruchsvollen Zonen. Die Forschungsergebnisse dieser Prüfdienststelle sollten die Herstellung robuster und klimaresistenter Erzeugnisse unterstützen.

601 Vgl. Fuhrmann u. A.: Material- und Warenprüfung, 2010, S. 27.

602 Ebd., S. 34.

603 Vgl. Fuhrmann u. A.: Material- und Warenprüfung, 2010, S. 34.; Manuskript: Formen und Methoden des Kampfes um hohe Qualität in der DDR, von Prof. Dr. habil. Helmut Lilie, 23.7.1964, BArch Berlin, DF5-3192, Bl. 5–7.

604 Zur Arbeit der PSt. siehe z. B. Jahresbericht 1959 der Prüfdienststelle für Klimaschutz des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung, 5.2.1960, ebd., DF4-62706. In dem Bestand BArch DF4 sind Jahresberichte dieser Prüfdienststelle von 1959 bis 1963 vorhanden.



Abb. 11: Gütezeichen des DAMW für die Klimaschutzprüfung. (Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 7.)

Bemerkenswert ist, dass industriellen Erzeugnissen für die Schifffahrt ein eigenes Gütezeichen zugesprochen wurde. Es war als Zulassungszeichen ein unerlässliches Siegel für Produkte dieser Art, um im Handel gelistet zu werden. Vergeben wurde es von der Prüfdienststelle für Technische Schiffsausrüstung des DAMW in Stralsund.<sup>605</sup> Diese wurde 1955 laut der Verordnung über die Bildung eines Versuchs- und Prüfamtes für technische Schiffsausrüstung „[z]ur Erhöhung der Sicherheit der Schifffahrt und zur Förderung der Entwicklung auf dem Gebiete der Produktion technischer Schiffsausrüstungen, insbesondere nautischer Geräte sowie seefunktechnischer Einrichtungen und Erzeugnisse“ eingerichtet.<sup>606</sup> Sie arbeitete auch im Auftrag des DAMG. Zu ihren Aufgaben gehörten u. a. die Erprobung neuer Einrichtungen und Einrichtungsteile für Schiffe hinsichtlich der Seetauglichkeit, die Zulassung von Erzeugnissen zur technischen Schiffsausrüstung sowie die Normung von Kompassen.<sup>607</sup>

605 Vgl. Fuhrmann u. A.: Material- und Warenprüfung, 2010, S. 35.

606 Verordnung über die Bildung eines Versuchs- und Prüfamtes für technische Schiffsausrüstung, 29.10.1954, BArch Berlin, DF4-40301, unpag.

607 Zur Arbeit der PSt. siehe: Verordnung über die Bildung eines Versuchs- und Prüfamtes für technische Schiffsausrüstung, 29.10.1954, BArch Berlin., DF4-40301, unpag.; Jahresbericht 1959 der Prüfdienststelle für Technische Schiffsausrüstung Stralsund, 20.12.1960, ebd., DF4-64076; Jahresbericht 1961 der Prüfdienststelle für Technische Schiffsausrüstung Stralsund, 31.1.1962, ebd., DF4-52334; Vilkner: Chronometerprüfung, in: Monatsschrift für Feinmechanik und Optik. Zeitschrift für Ökonomie und Technik der Feinmechanik und Optik 77 (1960), S.108–115. Dr.-Ing. Hans Vilkner (3.12.1910 in Rostock-?), 1929–1935: Studium der Fächer Mathematik, Biologie, Physik und „Leibesübungen“ an den Universitäten Marburg, Innsbruck und Rostock, 1937–1939: Militärdienst mit Unterbrechungen, 1942: Einberufung zur Wehrmacht (Offizierslaufbahn bei der Luftwaffe, Leutnant), 1956: Promotion („Wind und Sturm in der westlichen Ostsee“), um 1960: Mitarbeiter der PSt. für Techn. Schiffsausrüstung Stralsund,



Abb. 12: Überwachungszeichen des DAMW für industrielle Erzeugnisse für die Schifffahrt. (Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 7.)

Die Qualitätskontrolle des DAMW bestand aus zwei Komponenten. Einerseits waren alle Hersteller dazu verpflichtet, Prototypen neu entwickelter Produkte bei der zuständigen Prüfdienststelle zur Klassifikation einzureichen. Ohne eine Freigabe des DAMW konnte in der DDR kein Produkt in die serienmäßige Fertigung bzw. den Verkauf gelangen.<sup>608</sup> Die Verpflichtung zur Einreichung von Proben ergab sich bereits durch jene Verordnung, die die Gründung des DAMW im Jahre 1950 bestimmte und wurde wenige Monate später noch einmal spezifiziert.<sup>609</sup> Unter dem zugesprochenen Gütezeichen, das im Prüfzeugnis aufgeführt und auf dem Produkt angebracht war, wurde zunächst die Nummer der Prüfdienststelle vermerkt. Diese war bei der weiteren Produktion durch die Betriebsnummer des Herstellers zu ersetzen. In Angeboten und Rechnungen für ein Produkt musste stets das Datum des

---

NSDAP: Ja, Eintrittsdatum unbekannt, vgl. Vilkner, Hans, Luftgaukommando XII/XIII, Waffengattung: Fliegertruppe, Fluglehrer, Truppenteil: Flugzeugführerschule A/B 111 Roth b. Nbg., Vorschlag zur Beförderung zum Kriegsoffizier gem. D. (Luft) 2200 Anschnitt D. II. 2. A), 13.2.1942, BArch Freiburg, PERS6-221522, unpag.; Heimatluftgau XI, Waffengattung Fliegertruppe, Fluglehrer, Truppenteil: Flugzeugführerschule A/B 52, Schülerkompanie, 21.4.1942, ebd., unpag.; Lehr- und Erprobungskdo. 36, Kriegsbeurteilung zum 1. Oktober 1944 für Offz. Auschl. San., Vet.-Offz, 31.8.1944, ebd., unpag.; NSDAP-Gaukartei Hans Vilkner, o. D., BArch Berlin, R9361-IX KARTEI/45860318; Jahresbericht 1959 der Prüfdienststelle für Technische Schiffsausrüstung Stralsund, 20.12.1960, BArch Berlin, DF4-64076.

608 Vgl. Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 10, Ausgabetag: 26.11.1949, Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion, 24.11.1949, ebd., DF4-40296, unpag., S.1-3.

609 Vgl. Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 18, Ausgabetag: 28.2.1950, Verordnung über das Material- und Warenprüfungswesen (Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion), 16.2.1950, ebd., unpag. S. 6.

letzten DAMW-Prüfzeugnisses aufgeführt sein.<sup>610</sup> Ergänzt wurde die Pflichtprüfung der Muster durch die Kontrolle von Stichproben aus der laufenden Produktion. Auf diesem Wege sollte sichergestellt werden, dass die Unternehmen ihre Waren ausschließlich entsprechend dem vom DAMW freigegebenen Muster fertigten. Präsident Helmut Lilie hielt 1966 den Nutzen bzw. den positiven Effekt der Pflichtprüfungen fest: „Während es zu Beginn [...] vordringlich darum ging, durch die Festlegung einer Mindestgütegrenze qualitativ schlechte Produktion zu verhindern, wurde mit Hilfe der Güteklassifizierung die Qualitätsentwicklung positiv beeinflusst.“<sup>611</sup>

Andererseits bestand die Möglichkeit für die Produzenten, bei der zuständigen Prüfdienststelle freiwillig ein aus Herstellersicht besonders vielversprechendes Produkt zur Qualitätsprüfung einzureichen. So konnten die Unternehmen über die Pflichtprüfung im Frühstadium der Entwicklung hinaus ein Gütezeichen als Beweis der Produktqualität erhalten. Dieses wurde dann nach einer DAMW-eigenen Publikation häufig als werbewirksames Verkaufsargument eingesetzt: „Insbesondere exportwürdige Spitzenerzeugnisse von Weltmarktgeltung soll[t]en durch Zuerkennung eines solchen Gütezeichens hervorgehoben werden.“<sup>612</sup> Ein Beispiel dafür ist der VEB Kühlautomat Berlin-Johannisthal, der es sich 1960 zum Ziel gesetzt hatte, für alle dort hergestellten Produkte das „Q“ zu erreichen. Das DAMW stand dem Hersteller dabei zwar beratend zur Seite, dieser kritisierte jedoch, dass die zuständige Prüfdienststelle die konkreten Voraussetzungen für ein Produkt zur Erreichung des Gütezeichens nicht benennen konnte. Der Journalist Dieter Brückner forderte in einem Artikel der Tageszeitung „Neues Deutschland“, dass sich das Amt zur Anleitung der Produzenten in Zukunft besser informieren solle und resümierte:

---

610 Vgl. Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 67, Ausgabetag: 28.6.1950, Verordnung über die Gütekennzeichnung von industriellen Erzeugnissen (Vierte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion), 12.6.1950, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

611 Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 130.

612 Siemens: Normung, 1953, S. 80 f.

Summa summarum ergibt sich die kuriose Tatsache, daß die Belegschaft eines ganzen Betriebes den Kampf um das „Q“ aufnimmt und das DAMW andererseits dem Werk keine genauen Hinweise geben kann, wie Erzeugnisse der Güteklasse „Q“ auszusehen haben.<sup>613</sup>

Konnte ein Produkt die Qualitätsanforderungen der Güteklasse „1“ erfüllen oder mit dem leeren Dreieck oder der Sonderklasse „S“ ausgezeichnet werden, war der Hersteller befugt, einen Aufschlag von fünf Prozent auf den Listenpreis zu erheben. Bei Erzeugnissen der Güteklasse „2“ musste ein Preisnachlass von zehn Prozent gewährt werden. Wenn das DAMW eine Güteklassifizierung aufgrund zu schlechter Qualität verweigerte, die Waren aber trotzdem weiterverkauft werden durften, weil beispielsweise die Nachfrage hoch war oder sie als Rohstoff zur Fertigung eines anderen Produktes dienten, musste der Preis um 20 % gesenkt werden.<sup>614</sup>

Dem Produzenten war es gestattet, das erteilte Gütezeichen lediglich für den Zeitraum von einem Jahr zu nutzen. Wenn ein Erzeugnis den Kriterien jener Güteklasse, die es im Vorjahr erhalten hatte, nicht mehr entsprechen konnte, so schätzte das DAMW den Minderwert und teilte diesen dem Landespreisamt für eine Neuansetzung mit.<sup>615</sup> In diesem Fall wurde auch das Gütezeichen um eine Stufe herabgesetzt. Eine Rückstufung konnte auch erfolgen, wenn sich die in der DDR konstruierten internationalen Qualitätsmaßstäbe veränderten, was auch zu einer Neuklassifizierung der Gütezeichen führte. Wenn das Amt diesbezüglich Veränderungen erkannte, war es angehalten, die VEB, VVB und die TKO zu benachrichtigen. Daraufhin wurden die Hersteller der ‚gefährdeten‘ Produkte informiert, bei der Verbesserung der Warenqualität unterstützt und bekamen einen Termin zur erneuten Prüfung mitgeteilt. Konnte die Produktqualität bis zur erneuten Prüfung nicht

---

613 Brückner: „Q“ für kühle Sachen. Wie die Parteiorganisation in VEB Kühlautomat Berlin den Kampf um das Gütezeichen organisiert, in: Neues Deutschland, 13.2.1950, S. 5.

614 Vgl. Siemens: Normung, 1953, S. 79.

615 Vgl. Auszug aus dem Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 67, Ausgabetag: 28.6.1950, Verordnung über die Gütekennzeichnung von industriellen Erzeugnissen (Vierte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion), 12.6.1950, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

verbessert werden, erfolgte die Herabsetzung des Gütezeichens.<sup>616</sup> Ein Beispiel für die Vorgehensweise in einem solchen Fall ist einem offenen Brief des DAMW an die Mitarbeiter des VEB Glühlampenwerk Berlin zu entnehmen. Dieser wurde 1962 in der „Lichtquelle“, der Schrift der BPO des Betriebes, veröffentlicht. Dort drohte die Rückstufung der Gütezeichen von verschiedenen Lampentypen. Für einige Modelle stand sogar der Entzug des Siegels bevor. Das DAMW führte dazu aus, dass sich nicht die Qualität der Produkte per se verschlechtert hätte. Allerdings sei das „Weltniveau“ angestiegen und die Lampen könnten mit diesem nicht mehr mithalten. Daher wies es das Unternehmen an, sich bis Ende des Jahres für eine Verbesserung einzusetzen und bot seine Unterstützung bei den erforderlichen Maßnahmen an.<sup>617</sup> Durch den offenen Brief wird deutlich, dass das DAMW als Organ der SPK großes Interesse an einer positiven Entwicklung der Wirtschaft hatte und dahingehend den Unternehmen beratend zur Seite stand. Da das „Weltniveau“ allerdings ein innerhalb der DDR und großteils willkürlich erarbeiteter Maßstab war, war auch die Mahnung realiter unsinnig. Tatsächlich konnte der Hersteller in den meisten Fällen die Qualität der eigenen Produkte gar nicht beeinflussen, da dieser von der Güte der zugelieferten Rohstoffe abhängig war. Wurden mangelhafte Materialien geliefert, konnten daraus keine qualitativ hochwertigen Produkte gefertigt werden.

Stellte das DAMW außerdem Mängel in der laufenden Produktion fest bzw. wichen Stichproben aus der laufenden Produktion, die im Rahmen der Betriebskontrollen genommen wurden, stark von dem anfangs geprüften Muster ab, wurde der Hersteller auf diesen Unterschied mit der Aufforderung zum Ausgleich hingewiesen. Bei nach Meinung des DAMW „schwerwiegende[n] Qualitätseinbrüche[n]“<sup>618</sup> konnte das Gütezeichen unmittelbar entzogen werden. Bei der Rückstufung

616 Vgl. Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der DDR, Die Wirkungsweise der Gütezeichen des DAMW auf die Qualitätsentwicklung, 6.6.1964, ebd., DF5-3035, unpag.

617 Vgl. Artikel: N. N.: „Gütezeichen ist in Gefahr. Wichtiger Brief vom DAMW - Noch ist alles drin - Drahtwerk, bitte melden!“, in: Lichtquelle. Organ der Betriebsparteiorganisation der SED im VEB Berliner Glühlampenwerk (1962), 14. Jg., H. 45, S. 1 f., ebd., DE1-54921, unpag.

618 Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der DDR, Die Wirkungsweise der Gütezeichen des DAMW auf die Qualitätsentwicklung, 6.6.1964, BArch Berlin, DF5-3035, unpag.

bzw. dem Entzug von Gütezeichen auf Produkte, für die die DDR international bekannt war oder die eine große volkswirtschaftliche Bedeutung hatten, sollte zuvor der für die Hauptgruppe bzw. Industriesparte zuständige Vizepräsident des DAMW kontaktiert werden.<sup>619</sup> Erst wenn die von der Prüfdienststelle angemahnten Mängel beseitigt wurden, durfte die Produktion wieder aufgenommen werden. Für dringend benötigte Produkte konnte eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden, die dann allerdings finanzielle Sanktionen für den Produzenten nach sich zog.<sup>620</sup>

Die Prüfung eines Erzeugnisses diente aus Sicht des DAMW dazu, „die Betriebe auf noch vorhandene Schwächen und Fehler der Erzeugnisse hinzuweisen und ihnen Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung vorzuschlagen bzw. solche in gemeinsamer Beratung festzulegen.“<sup>621</sup> Ähnlich wurde diese Kernaufgabe in der Veröffentlichung des Amtes anlässlich seines zehnjährigen Jubiläums gesehen:

Die Ergebnisse der Pflichtprüfung, die in Form von Prüfzeugnissen den Betrieben übermittelt wurden und werden und in der Erteilung der Gütezeichen ihren sichtbaren Ausdruck finden, geben den Betrieben und den Wirtschaftsorganen eine wichtige Handhabe zur Beseitigung von Qualitätsmängeln und damit zur Verbesserung der Qualität.<sup>622</sup>

Im Zeitraum von 1952 bis Ende 1958 führten die rund 85 Prüfdienststellen DAMW fast zwei Millionen Musterprüfungen durch, von denen knapp zwei Drittel auf der Prüfpflicht beruhten.<sup>623</sup> Für das Jahr 1952 ist eine Aufstellung aller erfolgten Prüfaufträge überliefert. In diesem Jahr wurden von allen Prüfdienststellen des DAMW insgesamt 482.010 Prüfaufträge durchgeführt, von denen 250.070 Pflichtprüfungen und

---

619 Vgl. ebd.

620 Vgl. Lillie: „Gütezeichen der DDR – Ausdruck höchster Qualität“, Sonderausgabe der Zeitschrift „Die Wirtschaft“ anlässlich der Leipziger Jubiläumsmesse im Frühjahr 1965 und der Zeitschrift „Prawda“, o. D., BArch Berlin, DF5-3192, unpag. Bl. 6.

621 Jahresbericht 1957 der Prüfdienststelle 312 Zwickau, 8.2.1958, ebd., DF4-60345, S.7.

622 Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR: Zehn Jahre, 1960, S.8.

623 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR: Zehn Jahre, 1960, S.9.

231.940 freiwillige Prüfungen waren. Im Gegensatz zum Vorjahr hatte sich die Gesamtzahl aller bearbeiteten Prüfaufträge mehr als verdreifacht, lag diese Zahl 1951 doch lediglich bei 151.722 Aufträgen. Dies ist vor allem damit zu begründen, dass 1952 unter dem Einfluss der „Tonnenideologie“ eine große Anzahl neuer Produkte entwickelt bzw. in großen Mengen hergestellt worden waren, die einer Prüfung durch das Amt bedurften.<sup>624</sup> Mit dieser Entwicklung wurde besonders eines der Ziele des ersten Fünfjahrplans der DDR widergespiegelt, nämlich die Leistung der industriellen Produktion aus dem Jahr 1936 zu verdoppeln und noch einmal so viele Waren herzustellen, wie es für dieses Jahr geplant gewesen war.<sup>625</sup> In den Folgejahren nahm diese ‚Produktionswut‘, die entsprechend eine ‚Prüfwut‘ hervorrief, auch infolge der wirtschaftlichen Neuorientierung allerdings wieder ab (Tab. 4).

Tab. 4: Übersicht über die Prüfaufträge des DAMW in den 1. Quartalen der Jahre 1952, 1954 und 1955 sowie die Unterteilung in Pflicht- und freiwillige Prüfungen.<sup>626</sup>

Quartal/Jahr	Insgesamt	Pflichtprüfungen	Freiw. Prüfungen
I/1952	100.376	58.594	41.782
I/1954	77.287	54.443	12.293
I/1955	71.847	60.922	10.925

624 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, Bericht über die Prüftätigkeit des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung im IV. Quartal 1952 mit einer Übersicht über das Jahr 1952, 26.1.1953, BArch Berlin, DE1-31566, Bl. 1–3.

625 Vgl. Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S. 65.

626 Erstellt auf Grundlage von: Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, Bericht über die Prüftätigkeit des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung im IV. Quartal 1952 mit einer Übersicht über das Jahr 1952, 26.1.1953, BArch Berlin, DE1-31566, unpag.; Bericht über die Prüftätigkeit in den Dienststellen des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der DDR im I. Quartal 1954, 30.4.1954, ebd., DE1-60679, Bd. 1 v. 2, unpag.; Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR, Der Leiter, Bericht über die Prüftätigkeit des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung im 1. Quartal 1955, 2.5.1955, ebd., DE1-32407, unpag.

Den Gütezeichen wurde durch das DAMW überdies ein ideologischer Nutzen zur Beeinflussung der Belegschaften der Unternehmen zugesprochen. Das Amt erkannte in ihnen einen bedeutsamen Anreiz für die Produktion:

Für die Arbeiter und Techniker muß es eine Ehre sein, für die Erzeugnisse ihres Betriebes ein hohes Gütezeichen zu erhalten, und in der Wettbewerbsbewegung ist die Einbeziehung der Klassifizierungsmerkmale ein Mittel, die Werktätigen zu bester Qualitätsarbeit anzuspornen.<sup>627</sup>

Diesem Anspruch stand in den frühen 1950er Jahren die hohe Mängelquote im Bereich „Be- und Verarbeitung“ aller in der DDR hergestellten Waren und Güter entgegen. Dementsprechend wurden in diesem Zeitraum auch nur wenige höherwertige Gütezeichen vergeben. Im Jahr 1951 lag der Anteil dieser Produktionsfehler bei 19,1% und 1952 bereits bei 25,2%.<sup>628</sup> Im ersten Quartal des Jahres 1955 war er sogar auf 36,93% angestiegen.<sup>629</sup> Die Mängel in der Be- und Verarbeitung stellten in diesen Jahren die größte Fehlerquelle in der Produktion dar und wurden seitens der SED-Führung als ernstzunehmendes Problem wahrgenommen, weil sie der Kulturwissenschaftlerin Ina Merkel zufolge „dem Grundkonzept sozialistischer Warenproduktion, dem Ideal, funktionale und langlebige Gebrauchswaren zu erzeugen, zuwider liefen.“<sup>630</sup> Wertvolle Rohstoffe und Ressourcen wurden verschwendet, da mangelhafte Ware nicht in den Verkauf gelangte.

Ausschlaggebend für die zahlreichen Be- und Verarbeitungsfehler waren in Wirklichkeit die bereits mangelhaften Rohstoffe, die die Fertigung eines qualitativ hochwertigen Produkts nicht zuließen oder die Tatsache, dass Produkte bereits fehlerhaft in der weiterverarbeitenden

627 Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR: Zehn Jahre, 1960, S.9. Dieser Aspekt wird auch aufgegriffen von Schramm: Konstruktionen von Qualität, 2019, S. 296 f.

628 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, Bericht über die Prüftätigkeit des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung im IV. Quartal 1952 mit einer Übersicht über das Jahr 1952, 26.1.1953, BArch Berlin, DE1-31566, Bl. 1-3.

629 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR, Der Leiter, Bericht über die Prüftätigkeit des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung im 1. Quartal 1955, 2.5.1955, ebd., DE1-32407, Bl. 5.

630 Vgl. Merkel: Utopie, 1999, S. 96.

Industrie ankamen. Auch die dort verwendeten Maschinen, die längst nicht mehr auf dem technisch neuesten Stand waren, trugen zu einer hohen Ausschussquote bei.<sup>631</sup>

Als Auswirkung der schlechten Versorgungslage musste sich der Handel mit der Lieferung qualitativ minderwertiger Produkte für seine Kundschaft begnügen. Es wurde akzeptiert und zum Verkauf angeboten, was geliefert werden konnte. Auch die Konsumentinnen und Konsumenten rückten nach und nach von ihren Qualitätsansprüchen ab und kauften, was vorhanden war.<sup>632</sup> Die Kundschaft wurde allerdings dazu aufgerufen, ihr Geld nur für wertige Produkte auszugeben und die Güteprüfung des DAMW wertzuschätzen:

Achten auch Sie selbst bei Ihren Einkäufen von Verbrauchsgütern immer wieder darauf, ob das Gütezeichen angebracht ist, das Ihnen aus der Güteklassennummer die Qualität anzeigt. Fordern Sie immer von Neuem nur Erzeugnisse mit Gütekeennzeichen vorgelegt zu bekommen, Sie fördern damit die Bestrebungen unserer Regierung zur Qualitätssteigerung!<sup>633</sup>

Das Zitat belegt, dass der Anspruch der SED-Führung an die Industrie und die Realität weit auseinanderklafften. Der Verbraucherschaft wurde so nicht nur suggeriert, Zugriff auf qualitativ hochwertige Produkte zu haben, sondern mit ihrem Kauf zusätzlich einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der DDR beizutragen. Die Bevölkerung konnte jedoch in vielen Fällen gar nicht jenes Produkt mit der höheren Güteklasse kaufen, da meist schlichtweg keine Auswahl im Ladenregal vorhanden war.

Die SED-Führung indes suchte die Schuld für die hohe Fehlerquote irrtümlicherweise bei der Belegschaft der herstellenden Unternehmen. Die Problemlagen, die aus den Schwerpunktsetzungen der Planwirtschaft entstanden waren, ließ sie vollständig unberücksichtigt. Obwohl das DAMW beispielsweise in den Jahresberichten der Prüfdienststellen Missstände offen ansprach, folgte es in dieser Angelegenheit der Argumentation der politischen Führung. Als Beispiel für dieses Verhalten ist der erste Quartalsbericht des Jahres 1955 zu nennen. Zu

---

631 Vgl. ebd., S. 97.

632 Vgl. Merkel: Utopie, 1999, S. 97. Siehe dazu auch: Schevarodo: Vom Wert, 2006.

633 Siemens: Normung, 1953, S. 79.

diesem Zeitpunkt lag bspw. die Mängelrate in der Nahrungsmittelverarbeitung bei horrenden 46 %. Das DAMW sah die Ursache dafür bei dem Produktionspersonal, das die Rohstoffe weiterverarbeitete:

Es muß vor allen Dingen darauf hingewiesen werden, daß die Verarbeitungsfehler bei einem sorgfältiger geführten Herstellungsprozeß unter Berücksichtigung des Qualitätsprinzips auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden. Dies ist ohne weiteres durch Belehrung des Fachpersonals in den Betrieben und durch Hebung des Bewußtseins der Werk tätigen in bezug auf die Herstellung von Qualitätserzeugnissen möglich.<sup>634</sup>

Die in der Produktion Beschäftigten sollten nach Meinung des Amtes eine intrinsische Motivation zur Fertigung von qualitativ hochwertigen Produkten entwickeln. Denn die Gütezeichen dienten nicht zuletzt auch als „ökonomischer Hebel für die Betriebe, denn ihr Prämienfonds erhöhte bzw. verringerte sich entsprechend der Qualität.“<sup>635</sup> So sollten die festgestellten Mängel vollkommen ausgemerzt werden. Dass die Qualität der Erzeugnisse von Fehlern an anderer Stelle in der Produktionskette beeinflusst wurde, erkannten die zuständigen Stellen nicht. Weil die Qualität der Produkte immer weiter sank bzw. die Ausschussquote im Laufe der Zeit immer weiter anstieg, wurde 1959 die Kampagne „Meine Hand für mein Produkt“ ins Leben gerufen, die zur Qualitätsarbeit anspornen sollte.<sup>636</sup> Das DAMW sah sich im Zuge dessen als „Organisator dieser Qualitätsbewegung“<sup>637</sup>, was die amtsseitige Unterstützung der Industrie erklärt:

Durch die verschiedensten Maßnahmen, wie Handzettel, Steckbriefe, Produktionsberatungen usw., wurden alle Werk tätigen auf die Schwerpunkte orientiert. Ihnen wurde erläutert, wie das Gütezeichen ‚Q‘ oder ‚1‘ bis zu einem bestimmten Termin zu erreichen

---

634 Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR, Der Leiter, Bericht über die Prüftätigkeit des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung im 1. Quartal 1955, 2.5.1955, BArch Berlin, DE1-32407, Bl. 74 f.

635 Merkel: Utopie, 1999, S. 97.

636 Vgl. Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik: Qualitätskontrolle, 1964, S. 29.

637 Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR: Zehn Jahre, 1960, S. 5 f.

ist, Zielprämien wurden ausgesetzt, Wettbewerbe organisiert, sozialistische Arbeitsgemeinschaften gebildet und an der Lösung bestimmter Komplexe beteiligt.<sup>638</sup>

Da sie das eigentliche Übel, die Schwerpunktsetzung der Planwirtschaft, nicht bei der Wurzel fassten, blieben die Bestrebungen allerdings weitestgehend wirkungslos.

Durch einen Beschluss des VI. Parteitag der SED im Januar 1963 wurde die Bedeutung der Gütezeichen des DAMW im Zuge der Einrichtung des NÖS für die Volkswirtschaft der DDR neu justiert: „Mit dem [NÖS, YS] sollte die DDR-Wirtschaft binnen weniger Jahre modernisiert und der Konsumgüterproduktion ein neuer Schub verliehen werden.“<sup>639</sup> Die „Tonnenideologie“ wurde abgeschafft und die Qualität der Produkte über ihre Quantität gestellt. Die Gütezeichen sollten nun zur Gewinnerzielung beitragen und wirkten aus Sicht des DAMW „somit stark auf das ökonomische Ergebnis des Betriebes ein.“<sup>640</sup> Offenbar war erkannt worden, dass sich die Qualität der Rohstoffe auf die Güte des Endprodukts niederschlug und diese nur zum Teil von der Leistung des verarbeitenden Personals abhängig war.

Ab den 1960er Jahren vergrößerte sich auch in der DDR das Warenangebot. Dies stellte eine zusätzliche Arbeitsbelastung für die Prüfdienststellen des DAMW dar. Daher wurde gegen Ende des Jahres 1964 eine Umstrukturierung des Prüfwesens angestrebt, die parallel zu der Fusion mit dem DAM zum „DAMW-neu“ umgesetzt werden sollte. In diesem Zuge sollte die Pflichtprüfung auf die wirtschaftlich bedeutsamsten Produktgruppen reduziert und die Hoch- und Fachschulinsti-tute in die Prüfarbeit mit einbezogen werden.<sup>641</sup> Nachdem die TKO bzw. deren Leiter dem DAMW unterstellt worden waren, unterstützten auch sie die amtliche Pflichtprüfung und entlasteten das Amt damit in hohem Maße. Sie prüften die Nullserie bzw. den Prototypen vor Ort in den Unternehmen und meldeten das Produkt

---

638 Lilie: Die Qualität, 1964, S. 9.

639 Kaminsky: Wohlstand, 2001, S. 71.

640 Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der DDR, Die Wirkungsweise der Gütezeichen des DAMW auf die Qualitätsentwicklung, 6.6.1964, BArch Berlin, DF5-3035, unpag.

641 Vgl. Arbeitsgruppe Forschung und technische Entwicklung, Betrifft: Fragespiegel zur Klärung der Aufgabenstellung für das DAMW, 3.12.1964, BArch Berlin, DF5-3035, unpag.

zur Pflichtprüfung beim DAMW an. Im Anschluss daran organisierten sie diese Prüfung und stellten u. a. die erforderlichen Unterlagen zusammen. Außerdem ermöglichten sie entweder die Prüfung vor Ort beim Hersteller oder übersandten Muster an die zuständige Prüfdienststelle. Ebenso galt das Prozedere für die jährlich wiederholten sowie die freiwilligen Güteklassifizierungen. Darüber hinaus beantragten die TKO-Leiter die Prüfung von Produkten, die auf ausländischen Messen und Konferenzen präsentiert werden sollten. Nachdem die Prüfdienststelle ein Prüfzeugnis übermittelte, das, wenn nötig, mit Verbesserungsvorschlägen an das Unternehmen versehen war, überwachte die TKO die Umsetzung dieser Hinweise und betreute die Produktion über den gesamten Herstellungsprozess.<sup>642</sup> Die ‚Prüfwut‘ des DAMW klang also zu Beginn der 1960er Jahre nach und nach ab. Durch die Fokussierung auf die Prüfung wirtschaftlich relevanter Waren und die Abgabe eines großen Teils des Prüfprozesses in die Industrie entstanden in den Prüfdienststellen neue Kapazitäten.

Nachdem nun die Systematisierung und die Vergabe der Gütezeichen begleitet durch die Entwicklung der Qualität der industriellen Erzeugnisse in der DDR während des Untersuchungszeitraums geschildert wurden, bleibt abschließend, einen Blick auf die Wahrnehmung der Gütezeichen und die staatlichen Qualitätsbestrebungen durch die Bevölkerung zu werfen. Trotz aller Bemühungen des DAMW wurden die Gütezeichen von den Konsumentinnen und Konsumenten in der DDR nicht umfassend anerkannt, da sie wussten, dass Alltags- und Konsumgüter im westlichen Ausland und, besonders in der Bundesrepublik, für die dortige Verbraucherschaft einfacher zugänglich und vor allem qualitativ hochwertiger waren. Sie ließen sich nicht mit in Eigenregie vergebenen Gütezeichen über die schlechte Produktqualität und die insgesamt mangelhafte Versorgungslage hinwegtäuschen. Dem entsprechend informierte die DDR-Satirezeitschrift „Eulenspiegel“ im Jahr 1968 ihre Leserschaft über qualitativ minderwertige Damenwollmäntel. Der verwendete Stoff war die Ausschussware von Jugendweihenanzügen und offenbarte bei der Textilpflege erhebliche Qualitätsmängel.

---

642 Vgl. Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik: Qualitätskontrolle, 1964, S. 242–262.

Trotzdem wurde dem Modell das Gütezeichen 1 zugesprochen und die Produktion lief ohne Gegenmaßnahmen weiter.<sup>643</sup> Schramm bilanziert dazu:

Die zunehmende Orientierung [der DDR-Produktion, YS] am Welt-niveau führte somit nicht zu einer für die Konsumenten spürbaren Qualitätssteigerung der Produkte, da die Betriebe Mittel und Wege fanden, die Weltstandsvergleich durch Auswahl und Gewichtung der Kriterien wie Vergleichsobjekte so zu gestalten, dass sie das gewünschte Ergebnis zeitigten.<sup>644</sup>

Da die Bevölkerung erkannt hatte, dass die DDR-eigenen Produkte keinesfalls dem Weltniveau entsprachen und die Prämissen für qualitativ hochwertige Produkte in der DDR fingiert waren, orientierte sie sich an anderen Kriterien, wie zum Beispiel der Regionalität.<sup>645</sup> Letzten Endes musste aber doch gekauft werden, was in den Verkaufsgalen vorhanden war.

### 5.2.2 Die Entstehung der Technischen Güte- und Liefervorschriften (TGL) der DDR in Beziehung zu den sowjetischen Produktionsstandards

In Ergänzung zur Gütekennzeichnung von Produkten unterstützten die Prüfdienststellen des DAMW auch die Ausarbeitung von TGL. Diese DDR-eigenen Vorschriften galten als Instrument der Planwirtschaft und orientierten sich einerseits an den Qualitätsrichtlinien des DNA und andererseits am sowjetischen Normierungssystem GOST. Trotzdem behielt die DDR zumindest innerhalb des hier angelegten Untersuchungszeitraums ihr eigenes Normierungssystem bei. Dies belegt nicht nur ihre Abgrenzungsbestrebungen gegenüber der Bundesrepublik. Es zeigt auch, dass die DDR gegenüber der Sowjetunion in diesem Bereich zunächst ein gewisses Maß an Souveränität bewahren wollte. Die TGL waren mit dem Vorsatz eingeführt worden, als eigene Qualitätsrichtlinien die vom DNA herausgegebenen DIN-Normen

---

643 Vgl. N. N.: Kleider machen Leute, 1968, S. 9.

644 Schramm: Konstruktionen von Qualität, 2019, S. 301.

645 Vgl. ebd., S. 305.

zunächst zu ergänzen und später zu ersetzen.<sup>646</sup> Durch die Verordnung über die Einführung staatlicher Standards und die Durchführung von Standardisierungsarbeiten in der DDR vom 30. September 1954 waren „Betriebe, Forschungs- und Entwicklungsstellen, Projektierungs- und Konstruktionsbüros sowie sonstige beauftragte Stellen der Wirtschaft und Verwaltung [...] verpflichtet, die unmittelbare Standardisierungsarbeit zu leisten und Entwürfe zu Standards zu erarbeiten.“<sup>647</sup> Damit war auch das DAMW verpflichtet worden, das für die Herausgabe der TGL zuständige Amt für Standardisierung (AfS) bei seiner Arbeit zu unterstützen. Dieses war ebenfalls der SPK unterstellt. Ihm oblag nicht nur die Ausarbeitung der Normen, sondern auch die Überwachung ihrer Einhaltung in der Industrie.<sup>648</sup>

Das DAMW war also in diesem Bereich nicht federführend tätig. Im Zuge der Bearbeitung von Forschungsaufträgen erarbeitete es Entwürfe für in Planung befindliche TGL, die dann vom AfS entsprechend weiterentwickelt bzw. freigegeben wurden. Wie dieser Prozess im Detail ablief, geht aus den vorliegenden Quellen nicht hervor. Allerdings geben Beispiele der Prüfdienststelle 422 in Halle einen Einblick, wie das Amt in diesem Tätigkeitsbereich arbeitete. Im Jahr 1952 entwickelte die Prüfdienststelle „Einheitsmethoden für die Prüfung von Stahl, Eisen, Leichtmetallen und NE-Metall-Legierungen, die für sämtliche Betriebslaboratorien der DDR als TGL für verbindlich erklärt werden.“<sup>649</sup> Durch diese neuen Prüfmethode sollten nicht nur die hohen Ausschussquoten fehlerhafter Produkte reduziert, sondern Zeit, Personal, Geld und Chemikalien eingespart werden. Die TGL dienten also nicht nur zur Sicherstellung der Produktqualität, sondern trugen auch zur Ressourcenschonung bzw. -einsparung innerhalb der DDR bei.

---

646 Vgl. Siemens: Normung, 1953, S.10. Siehe zu diesem Vorhaben auch: Ruffe: Verbesserung der Qualität der Produktion durch Anwendung verbindlicher Industrienormen und Gütevorschriften, in: Die Technik. Eine monatliche Zeitschrift für technisch-wissenschaftliche Grundsatzfragen im VEB Verlag Technik Berlin (1950), H. 7, S.343-346.

647 Mücke: TGL, 2010, S.51.

648 Vgl. ebd., S.39 f., 45.

649 Jahresbericht 1952 der Prüfdienststelle 422 Halle, 2.1.1953, BArch Berlin, DF4-54762, S.1-3.

In Begleitung zum Forschungsauftrag „Beratung der Betriebe der Metallurgie und der Gießereien im Rahmen der Pflichtprüfung des DAMW“ der genannten Prüfdienststelle erfolgte 1954 gar ein Austausch mit Kollegen des tschechischen Normenausschusses. Die Abschlussleistung des Forschungsauftrags umfasste dem entsprechenden Jahresbericht zufolge die „Ausarbeitung einer TGL als Ergänzung der bestehenden Normblätter der verschiedenen Härteprüfverfahren DIN 50 351, DIN 50 133, DIN 50 103 durch Auswertungs- und Vergleichstabellen in Anlehnung an die sowj. Normen.“<sup>650</sup> Hier zeigt sich die Verflechtung der drei Normierungssysteme. Die TGL wurden einerseits in der DDR zunächst als wertvoller Zusatz sowie zur „Ausmerzung von Lücken im deutschen DIN-Normenwerk“ verstanden.<sup>651</sup> Die Quelle zeigt andererseits, dass das russische Äquivalent bei der Ausarbeitung der TGL einen wichtigen Bezugspunkt darstellte und die Möglichkeit zur Transferierung bereits während des Entwicklungsstadiums berücksichtigt wurde. Wie die TGL zwischen DIN- und GOST-Normen, die im Kern die westliche und östliche Standardisierung verkörpern, entstanden waren, wird im Folgenden dargestellt.

Da sich bereits bald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs abzeichnete, dass in der SBZ eine Planwirtschaft etabliert werden sollte, waren Qualitätsrichtlinien für die Produktion unabdingbar. Die Aussetzung der Marktwirtschaft und die so fehlende Selbstregulierung des Marktes bzw. des Warenangebots erzwangen sie geradezu als Kontrollinstrument. Die Zentrale des für die technische Normung industrieller Erzeugnisse zuständigen DNA lag allerdings in der britischen Besatzungszone. Die VEB der SBZ beteiligten sich trotzdem an der Arbeit des Ausschusses und waren durchaus an einer zonenübergreifenden Zusammenarbeit interessiert. Die SMAD teilte dieses Interesse besonders hinsichtlich der Qualitätssicherung ihrer Reparationsgüter und trat u. a. mit Aufträgen zur Erstellung von Gutachten über Lokomotiven, Dieselmotoren, Metalle und Stähle an den DNA heran. Auch die neue politische Elite in der SBZ erkannte die Vorteile, die sich aus den international anerkannten Normungen ergaben. Bereits im Oktober 1945 wurden diese vom Magistrat der Stadt Berlin für die Warenproduktion

---

650 Vgl. Jahresbericht 1954 der Forschungs- und Entwicklungsstelle der Prüfdienststelle 422 Halle, o. D., ebd., DF4-57555, S. 2 f.

651 Vgl. Siemens: Normung, 1953, S. 10.

als verbindlich erklärt. Mit dieser Verpflichtung folgte er dem Konzept des sowjetischen Normungssystems, dem GOST, nicht aber dem Ursprungsgedanken des DNA, der den Produzenten vielmehr auf freiwilliger Basis entgegenkommen und sie zu einer selbst initiierten Verpflichtung animieren wollte.<sup>652</sup> Mit dieser Vorgehensweise wurde „erstmalig im Oktober 1945 der in der Planwirtschaft der DDR in den Standardisierungs-Verordnungen wiederholt fixierte Grundsatz der rechtlichen Verbindlichkeit staatlicher Standards formuliert.“<sup>653</sup>

Nachdem zuerst die Eingliederung des DNA in die 1947 gegründete KdT erwogen, letztendlich aber verworfen wurde, erhielt die Stadt Dresden 1949 eine eigene Dienststelle des DNA. 1951 wurde diese nach Berlin verlegt.<sup>654</sup> Als wissenschaftlich-technische Organisation war der DNA als einzige Einrichtung dieser Art im Auftrag aller vier alliierten Besatzungsmächte dazu berechtigt, in den jeweiligen Zonen zu wirken und trug damit in erheblichem Maße zur Stabilität der Industrie im Nachkriegsdeutschland bei.<sup>655</sup> Im Februar 1950 wurde in der DDR dann in der „Verordnung über Register für Gütevorschriften und die Errichtung von Überwachungsstellen für technische Normen“ die Einführung eines urkundlichen Zentralregisters, in das alle Gütevorschriften einzutragen waren, festgehalten. Gültigkeit erlangten diese Gütevorschriften durch den Eintrag in das Register und die Veröffentlichung in einem der amtlichen Blätter der DDR. Die erste dieser Vorschriften wurde im Ministerialblatt Nr.8/1950 vom 6. Mai 1950 veröffentlicht. Grundsätzlich wurden sie als auf die Rohstofflage der DDR angepasste Version und ausdrückliche Ergänzung der DIN-Normen eingeführt. Häufig wurden sogenannte Grundnormen des Deutschen Normenwerks in den TGL unverändert übernommen.<sup>656</sup>

---

652 Vgl. Mücke: TGL, 2010, S. 4, 10 f. Siehe zur Geschichte der sowjetischen Normung: Ministerium für Bildung und Wissenschaft: Geschichte der Entwicklung der Normung, 2012, hier besonders die Kapitel „Entstehung des Normensystems nach dem Zweiten Weltkrieg“, S. 44–54, und „Staatliches System der Normung“, S. 55 f. Das Buch liegt nur im russischen Original vor. Ich danke Matthias Uhl für die Beschaffung.

653 Mücke: ebd., S. 10 f.

654 Vgl. ebd., S. 12 f. bzw. 21.

655 Vgl. Luxbacher: DIN, 2017, S. 323.

656 Vgl. Mücke: TGL, 2010, S. 31, 34.

Ein Blick auf die Entwicklung in der Bundesrepublik lässt vermuten, warum die DDR zu Beginn der 1950er Jahre die eigene Produkt- bzw. Qualitätssicherung in Form von Gütezeichen und TGL vorantrieb: 1952 ging der Reichsausschuss für Lieferbedingungen und Gütesicherung im DNA auf. Dieser war 1925 gegründet und dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit beim Reichswirtschaftsministerium unterstellt worden. Er vergab und vergibt bis zum heutigen Tage auf freiwilliger Antragsbasis das Gütezeichen „RAL“ für verschiedenste Produkte und Lebensmittel sowie Leistungen, z. B. das „Gütezeichen für sachgemäßes Waschen“.<sup>657</sup> Es kann angenommen werden, dass die DDR mit den Gütezeichen bzw. der Einführung der TGL Parallelstrukturen zu den bundesrepublikanischen Institutionen schaffen wollte.

Die stetige Weiterentwicklung der TGL und ihre zahlenmäßige Ausweitung in der DDR sorgte Mitte der 1950er Jahre dafür, dass in Industrie und Politik der Wunsch entstand, auch die DIN-Normen in TGL-Standards zu übersetzen, um ein einheitliches System zu schaffen. Als die für die Ausarbeitung, Herausgabe sowie zur Kontrolle der Einhaltung der TGL zuständige Stelle wurde im Jahre 1954 das AfS gegründet.<sup>658</sup> Der DNA protestierte jedoch gegen eine voranschreitende Verselbstständigung, da die ursprüngliche Idee des Ausschusses, ein für beide deutsche Staaten gültiges Normenkonzept zu schaffen, so unterminiert wurde. Da der DDR eine eigene Ausarbeitung von Produktionsnormen aber nicht verboten werden konnte, wurde die gemeinschaftliche Arbeit unter Berücksichtigung der Abwandlung der DDR-Normen trotzdem fortgesetzt.<sup>659</sup> Die ablehnende Position der DDR gegenüber dem System der Bundesrepublik verdeutlichte die SPK 1959 mit der Veranstaltung einer eigenen Standardisierungskonferenz sowie einer Lehrschau der Standardisierung. Damit sollte die Notwendigkeit eines eigenständigen Normierungs- bzw. Standardisierungssystems noch einmal betont werden.<sup>660</sup>

---

657 Vgl. Seyffert: Wirtschaftslehre, 1972, S. 80 f. Zum RAL siehe: N. N.: RAL Geschichte/Historie, URL: <https://www.ral.de/ueber-uns/ral-historie/> (Letzter Zugriff: 30.3.2024); RAL: Grundsätze für Gütezeichen, 2017; Ders.: 70 Jahre RAL-Gütezeichen, 1995.

658 Vgl. Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 54.

659 Vgl. Luxbacher: DIN, 2017, S. 327.

660 Vgl. Mücke: TGL, 2010, S. 46.

Mit voranschreitender Zeit nahmen die politischen Konflikte zwischen DDR und Bundesrepublik weiter zu. Bereits 1958 hatte es politische Bestrebungen gegeben, die Zweigstelle des DNA in der DDR zu schließen.<sup>661</sup> Der größte Kritikpunkt der SED-Führung am DNA war der Einfluss westdeutscher Industriekonzerne. Die in der DDR tätigen Ingenieure, besonders in den Fachnormenausschüssen Feinmechanik und Optik, also den themenbezogenen Arbeitsgruppen, setzten sich jedoch für einen beständigen Austausch mit dem DNA ein.<sup>662</sup> Auch die ostdeutschen Betriebsdirektoren liebäugelten weiter mit der fortschrittlicheren westdeutschen Technologie, daher waren Beziehungen zu westdeutschen Pendantunternehmen ab den 1950er Jahren teilweise unter Strafe gestellt worden.<sup>663</sup>

Der politische Wille der SED war stärker als die Bestrebungen der Industrie. So forderte Walter Ulbricht im Frühjahr 1961 ein DDR-eigenes Organ für die Ausarbeitung von Industriestandards.<sup>664</sup> Parallel dazu verlangte die SPK die Einführung von Maßnahmen, um die „Volkswirtschaft der DDR gegen willkürliche Störmaßnahmen militaristischer Kreise Westdeutschlands zu schützen“.<sup>665</sup> Infolgedessen sollten die DIN-Normen in Abfolge ihrer Dringlichkeit und ihrem wirtschaftlichem Nutzen den sowjetischen GOST-Standards in einem Register gegenübergestellt werden, damit „Entwickler, Konstrukteure und Handelsfunktionäre [...] ihre Berechnungen, Konstruktionen und Bestellungen auf Grundlage von GOST-Standards [vornehmen können].“<sup>666</sup> Diese Anweisung wurde noch im selben Jahr vom AfS in Form von entsprechenden Publikationen in einer mehrbändigen Reihe für die verschiedenen Produktionssparten umgesetzt.<sup>667</sup>

---

661 Vgl. ebd., S. 46.

662 Vgl. Luxbacher: DIN, 2017, S. 328–330.

663 Vgl. Weber: Getrennt und doch vereint, 2020, S. 307.

664 Vgl. Luxbacher: DIN, 2017, S. 328 f.

665 Beschluss der Staatlichen Plankommission über die Sicherung der Wirtschaft der DDR gegen willkürliche Störmaßnahmen militaristischer Kreise in Westdeutschland, 4.1.1961, BArch Berlin, DY30-IV2/2029 (Büro Erich Apel), unpag., zit. nach: Judt: Aufstieg, 1998, S. 154 f.

666 Judt: Ebd.

667 Siehe dazu beispielsweise: Amt für Standardisierung der Deutschen Demokratischen Republik: TGL, 1961.

Die Abschottung von der Bundesrepublik durch den Mauerbau im August 1961 bedeutete schlussendlich auch die Ablösung von den DIN-Normen und wurde in SED-Parteikreisen als Befreiung betrachtet. Die Einfuhr der DIN-Normenblätter wurde in diesem Zuge unterbrochen. Außerdem wurden die Zweigstellen des DNA in Ost-Berlin, Jena und Ilmenau am 23. August 1961 durch die SPK geschlossen und der Zugriff auf die DDR-Konten verweigert. Die Zweigstelle des DNA in Ost-Berlin übernahm das AfS, was vom DNA als illegaler Akt bezeichnet wurde. AfS-Mitarbeiter, die in der „International Organization for Standardization“ (ISO) mit bundesrepublikanischen Kollegen zusammengearbeitet hatten, beendeten die Kooperation.<sup>668</sup>

Unterdessen hielt die DDR weiterhin an ihren eigenen TGL-Normen fest, die zeitweise mit den russischen Standards und auch den Vorgaben des RGW abgeglichen wurden. In Industrie und Forschung wurde weiter mit den TGL gearbeitet, die ihre Quintessenz in den DIN-Normen hatten. Zeitweise entsprachen Dreiviertel der TGL-Normen den Bestimmungen des DNA, die in der DDR übernommen und an die eigenen Ansprüche angepasst worden waren.<sup>669</sup> In den Folgejahren erfolgte keine endgültige Absage an eine staatenübergreifende Normierungsarbeit, da beispielsweise das AfS weiterhin Mitglied des ISO war. Auch wurden die gedruckten DIN-Normblätter wieder in die DDR geliefert. Der DNA ließ sich allerdings 1962 den alleinigen Anspruch auf die Vertretung Deutschlands in der ISO bestätigen.<sup>670</sup> Die Vereinheitlichung von TGL und GOST erfolgte erst 1973 über ein Regierungsabkommen mit der UdSSR. Der aufgrund der vielen Detailfragen schwierige Prozess sollte sich bis 1982 hinziehen.<sup>671</sup> Auf diesem Wege wurde die Verbindung der DDR zur UdSSR weiter gefestigt und dem bundesrepublikanischen DNA eine Absage erteilt.

Das vorliegende Kapitel zeichnet die Güteprämierung des DAMW und seinen Beitrag zur Entwicklung von Herstellungsstandards nach. Allerdings trug das Amt nur vermeintlich zur Sicherung der Produktqualität in der DDR bei. „Qualität“ hatte hier neben einem wirtschaftlichen auch einen großen ideologischen Nutzen, der nicht

---

668 Vgl. Luxbacher: DIN, 2017, S. 331-333.

669 Vgl. ebd., S. 333; Mücke: TGL, 2010, S. 96.

670 Vgl. Luxbacher: ebd., S. 334. Siehe dort auch zur Weiterverfolgung des Konflikts zwischen DIN- und TGL-Normen.

671 Vgl. Fuhrmann u. A.: Material- und Warenprüfung in der DDR, 2010, S. 120.

zuletzt zur Selbstlegitimation der SED-Führung diene. Durch die Gütezeichen, die durch DDR-intern erarbeitete Kriterien vergeben wurden, sollte der Bevölkerung suggeriert werden, die eigenen Produkte könnten qualitativ an jene der westlichen Hersteller heranreichen. Diese durchschaute die Irreführung jedoch und orientierte sich an anderen Qualitätsaspekten, die sie selbst und objektiv nachverfolgen konnte, wie z. B. der Regionalität eines Produkts. Die TGL entwickelten sich zwischen den bundesrepublikanischen DIN- und den sowjetischen GOST-Normen zunächst als eigenständiges System. In der Frühphase blieb der Blick in beide Richtungen bei deren Ausarbeitung jedoch immer gewahrt. Der geschilderte Zeitraum, besonders die Jahre 1955 bis 1964, bezeichnet hinsichtlich der technischen Normen, die mit Unterstützung von Industrie und staatlichen Forschungseinrichtungen in ein eigenes System gegossen wurden, eine Findungsphase der DDR. Diese Phase mündete einerseits in einer Selbstbehauptung der eigenen Normen bzw. dem Verbot der DIN-Regularien. Andererseits wollte die DDR aber den Anschluss an die Entwicklungen in diesem Bereich auf internationaler Ebene nicht verlieren und bemühte sich um Partizipation. Die Zusammenarbeit mit der westdeutschen Normungseinrichtung sollte sich später auf eine Schnittstelle in Form der ISO begrenzen.<sup>672</sup>

---

672 Vgl. Mücke: TGL, 2010, S. 45 f.



## 6 Forschungsaufträge des DAMW in Relation zu den Zielen des ersten Fünfjahrplans der DDR (1951–1955)

Die Planwirtschaft der SBZ/DDR fußte zu Beginn auf einem im Jahr 1948 von der SMAD aufgestellten und für ein halbes Jahr gültigen Wirtschaftsplan, der ihre ökonomischen Interessen durch die Festlegung von Produktionsschwerpunkten und -zielen ausdrückte.<sup>673</sup> Zur Verbesserung der Qualität der Produktion und Standardisierung sowie zur Stabilisierung der Industrielandschaft schloss sich ein Zweijahresplan für die Jahre 1949 und 1950 an.<sup>674</sup> Entgegen den offiziellen Verlautbarungen, die sogar eine vorzeitige erfolgreiche Umsetzung bekannt gaben, wurden die Ziele des Zweijahresplans in der Realität nicht erreicht. Im Jahr 1950 befand sich die Industrieleistung sogar noch 25 % unter dem Stand von 1936, und auch die Vorkriegsproduktion in den Bereichen Lebensmittel- und Textilindustrie konnten nicht erreicht werden. Die Ziele in der Grundstoffindustrie, mit Ausnahme der Metallurgie und der Energiewirtschaft, wurden hingegen sogar übererfüllt.<sup>675</sup>

Mit der Verkündung des daran anschließenden ersten Fünfjahrplans wurde die Marktwirtschaft vollständig abgeschafft und einzelne Industriebereiche in besonderem Maße subventioniert, um ein stabiles und vom Westen möglichst unabhängiges Wirtschaftssystem zu errichten.<sup>676</sup> Dieser Plan trat 1951 in Kraft und nahm erneut Bezug auf das Jahr 1936. Um auch die Forderungen aus der Sowjetunion zu befriedigen, standen die Bereiche Metallurgie und (Schwer-)Maschinenbau weiterhin im Fokus.<sup>677</sup> Der ständige Produktionszuwachs in der Schwerindustrie bis 1952 lässt sich durch Ressourcenreserven der Industrie und durch beträchtliche staatliche Fördermaßnahmen erklären. Diese waren

---

673 Vgl. Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S. 65.

674 Vgl. Mücke: TGL, 2010, S. 25.

675 Vgl. Weber: Getrennt und doch vereint, 2020, S. 316.

676 Vgl. Luxbacher: Ersatzstoffe, 2020, S. 332 f.

677 Vgl. Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S. 65.

riskant hoch und führten beinahe zum staatlichen Zusammenbruch. Investitionen in die Landwirtschaft und die Konsumgüterproduktion wurden demgegenüber nahezu vollständig vernachlässigt, was sich in der Unterversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Alltagswaren niederschlug. Allen Bemühungen zum Trotz erreichten die Erzeugnisse der Produktionsbereiche Metallurgie und Maschinenbau keinen ernstzunehmenden internationalen Standard.<sup>678</sup>

Ein weiteres Ziel des ersten Fünfjahrplanes war es, die Arbeitsproduktivität um 60 % zu steigern und den Lebensstandard der Bevölkerung über das Niveau von 1936 zu heben. Die industriebezogenen Ziele konnten zwar „annähernd erreicht“<sup>679</sup>, der Lebensstandard aber auch bis 1955 nicht entsprechend erhöht werden. Er blieb während der gesamten Existenz der DDR hinter dem in der Bundesrepublik zurück: „Da die Betriebe lange Zeit für die reine Produktion und nicht den Absatz ihrer Erzeugnisse belohnt wurden, waren sie kaum an den Bedürfnissen ihrer Abnehmer interessiert.“<sup>680</sup> Allein die Planerfüllung stand im Fokus der Industrie. Daher erregte die Tatsache, dass zahlreiche Produkte aufgrund unzureichender Preis-Qualität-Verhältnisse nur wenige Abnehmer fanden, kaum Aufsehen. Aus diesem Grund entstanden die sog. „Überplanbestände“ von nicht verkauften Waren bzw. auch abwertend als „Tonnenideologie“ bezeichnet. Erst die Ereignisse des 17. Juni 1953 alarmierten die SED bezüglich dieser Missstände. Zu einem Einlenken führte außerdem der Tod Stalins, nach dem in der gesamten UdSSR die Forderung auftrat, „die kaum verminderten Versorgungsmängel mit verstärkten Anstrengungen zu beheben.“<sup>681</sup> Dementsprechend leistete auch das DAMW als Organ der SPK bzw. des Zentralamtes für Forschung und Technik durch seine Arbeit einen Beitrag dazu. Das Zentralamt und seine unterstellten Einrichtungen dienten als wichtiges Instrument zur Erreichung der Ziele des ersten Fünfjahrplans.<sup>682</sup> Die Schwerpunktsetzung dieses Plans spiegelte sich sowohl in der Anzahl der Prüfdienststellen in den jeweiligen Fachgruppen als auch in den Forschungsaufträgen wider (Tab. 5).

---

678 Vgl. Weber: *Getrennt und doch vereint*, S.317.

679 Weber: *Getrennt und doch vereint*, S.317.

680 Steiner: *Von Plan zu Plan*, 2004, S.108 f.

681 Hildermeier: *Die Sowjetunion*, 2007, S.70.

682 Vgl. Bähr: *Entwicklung*, 2016, S.376.

Tab. 5: Übersicht über die Anzahl der Prüfdienststellen und verschiedenen Prüfbereiche des DAMW, Stand: 31.3.1951.<sup>683</sup>

Fachgruppe	Anzahl Prüfdienststellen	Prüfbereiche
Maschinenbau	19	82
Textilindustrie	10	57
Chemische Erzeugnisse	10	36
Holzbearbeitung	9	7
Baumaterialien	8	16
Metallurgie	7	13
Lebensmittelindustrie	6	1
Leder, Schuhe, Rauchwaren, Konfektion	5	13
Zellstoff, Papier	5	1
Elektrotechnik	4	12
Polygrafische Industrie	4	3
Feinmechanik, Optik	3	20
Rohholz, Rinden- u. Harzgewinnung	1	1
Gesamt	91	262

Die hohe Gesamtzahl der Prüfdienststellen in der hier gezeigten Tabelle ergibt sich dadurch, dass eine Prüfdienststelle für mehrere Fachgruppen tätig sein konnte und daher in der o. g. Aufstellung doppelt gezählt wurde. Beispielsweise prüfte die Prüfdienststelle 361 Gummikeilriemen in der Fachgruppe Chemische Erzeugnisse, aber auch Leder und Kunstleder in der Fachgruppe Leder, Schuhe, Rauchwaren, Konfektion. Ohne die Doppelzählungen existierten 1951 85 Prüfdienststellen des DAMW.<sup>684</sup>

Im Jahr 1952 verfügte das DAMW über 1716 Planstellen. Obwohl in der Fachgruppe Textil zu diesem Zeitpunkt 14 Prüfdienststellen tätig waren und es sich bei ihr hinsichtlich der Anzahl dieser Stellen nicht um die größte Fachgruppe handelte, beschäftigte das DAMW in diesem

683 Erstellt auf Grundlage von: Wer prüft was? Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, Stand vom 31.3.1951, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

684 Vgl. ebd.

Bereich die meisten, nämlich 372 Mitarbeiter. Für die Fachgruppe Metalle waren in sechs Prüfdienststellen 242 Planstellen vorgesehen. Platz drei belegte die Fachgruppe Maschinenbau, die in 24 Prüfdienststellen 204 Angestellte führte. In der Fachgruppe Chemie, Glas, Keramik und Papier waren in neun Prüfdienststellen 175 Beschäftigte tätig.<sup>685</sup>

1953 wurden das DAMW und u. a. auch das DAMG einem Beschluss der SPK zufolge außerdem zu „selbstständigen Planträgern“ ernannt. Damit wurde ihnen eine umfassende Verantwortung „für die Planung und Durchführung von Investitionen in ihrem Zuständigkeitsbereich“ erteilt.<sup>686</sup> Die behördliche Anbindung an das Zentralamt für Forschung und Technik wurde damit zwar nicht gelöst, jedoch erhielten die Ämter etwas mehr finanzielle Selbstständigkeit. Dies mag nicht zuletzt damit zusammengehangen haben, dass das Zentralamt kaum Kenntnis über die Interna der Ämter hatte und man mit der Abtretung der Finanzen diese Belastung zumindest teilweise abstreifen wollte. Auch die Einrichtung der Ministerien für Maschinenbau, Schwerindustrie inklusive der Grundstoffindustrie und Chemie, sowie für die Leichtindustrie und die Lebensmittelindustrie im Oktober 1954 verhalfen den einzelnen Industriesparten nicht zur gewünschten Entwicklung.<sup>687</sup>

Um die Rolle des Amtes als staatliche Prüfeinrichtung darzustellen, wird im Folgenden anhand ausgewählter Beispiele ein Einblick in die Forschungsaufträge von Prüfdienststellen des DAMW gegeben, die den jeweiligen Jahresberichten zu entnehmen sind. Diese Aufträge bearbeitete das Amt seit seiner Gründung. Die Auswahl der Prüfdienststellen bzw. der Forschungsaufträge erfolgte dabei auf Basis der Quellenlage. Die Berichte liegen zwar nicht durchgehend, jedoch für einige Prüfdienststellen für eine Abfolge mehrerer Jahre vor.

Die Forschungsaufträge, die sowohl von der SPK als auch von anderen staatlichen Stellen sowie von Seiten der Hersteller eingereicht wurden, bearbeiteten die Prüfdienststellen zusätzlich zur regulären

---

685 Vgl. Erläuterungen zum Stellenplan - Entwurf 1952 der Deutschen Amtes für Material und Warenprüfung, Berlin, 1.4.1952, BArch Berlin, DF4-40299, unpag., S.1.

686 Vgl. Entwurf: Beschluß der Staatlichen Plankommission. Betrifft: Neuregelung der Planträgerschaft für das DAMG, DAMW und das Amt für Erfindungs- und Patentwesen, 27.11.1952, ebd., DF4-40137, unpag.

687 Vgl. Wagner-Kyora: Vom „nationalen“ zum „sozialistischen“ Selbst, 2009, S. 73.

Güteprüfung von Prototypen. Außerdem nahmen sie Stichproben aus der laufenden Produktion und begleiteten die Produktentwicklung. Die Forschungsaufträge umfassten also lediglich einen Teil der Aufgaben des Amtes, der aber nicht unterschätzt werden sollte. Das DAMW erklärte diesbezüglich im Jahr 1960:

Um die Prüftätigkeit immer mehr wissenschaftlich zu untermauern, wurden [...] von Mitarbeitern des DAMW Entwicklungs- und Forschungsarbeiten durchgeführt, die insbesondere die Weiterentwicklung der Prüfmethode<sup>688</sup> betreffen.

Die Jahresberichte geben Aufschluss über die Zusammenarbeit der Prüfdienststellen untereinander sowie mit der Industrie. Bemerkenswert ist die Doppeldeutigkeit dieser Quellen. Zum einen berichten sie über die fachwissenschaftliche Arbeit des Amtes und das Bestreben der Prüfdienststellen, die Produktion qualitativ hochwertiger Waren zu verbessern. Im folgenden Kapitel werden die Arbeiten und Versuche erläutert, die den Willen des Amtes belegen, einen Beitrag zur Entwicklung eines neuen wirtschaftspolitischen Systems bzw. zum Wachstum der Industrie zu leisten. Außerdem ist den Berichten das Engagement der Mitarbeiter bzw. der Leiter in wissenschaftlichen Forschungsgremien zu entnehmen. Andererseits wird im Vergleich zu anderen staatlichen Quellen der DDR recht offen Kritik geübt. Die Quellen enthalten konkrete Hinweise auf praktische Herausforderungen wie die materielle und personelle Ausstattung der Prüfdienststellen, die sich u. a. aufgrund der innerdeutschen Teilung ergaben. Auch wird offen erklärt, dass Mitarbeiter aufgrund besserer Bezahlung in der BRD die DDR verließen. Bei den Berichten handelt es sich um bisher in der Forschungsliteratur nicht ausgewertetes Quellenmaterial. Sie wurden jährlich und im Umfang von nur wenigen Exemplaren von den Leitern der Prüfdienststellen erstellt. Sie umfassten einige wenige bis zu 100 Seiten und richteten sich an die Zentralverwaltung des Amtes in Berlin. Teilweise erhielten auch fachspezifisch tätige Gremien eine Ausfertigung.<sup>689</sup>

---

688 Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR: Zehn Jahre, 1960, S. 9.

689 Vgl. dazu bspw. Jahresbericht 1960 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 6.2.1961, BArch Berlin, DF4-64080, S. 2.

## 6.1 Maschinenbau/Metallurgie

1951 waren die meisten Prüfdienststellen des DAMW für den Bereich Maschinenbau tätig, die Aufträge aus 82 verschiedenen Produktionsbereichen bearbeiteten. Diese waren breit gefächert: Unter anderem wurden Anhänger für Autos und Motorräder, chemische Ausrüstungen, Gasmotoren, Guss- und Schmiedestücke, Herde, Schachtförderanlagen, Stahlkonstruktionen und Stanzwerkzeuge geprüft. Außerdem fielen auch die Prüfdienststellen für den Schiffsbau und Schusswaffen in diesen Bereich.<sup>690</sup>

Beispielhaft für die umfangreichen Forschungstätigkeiten der Fachgruppe Maschinenbau sind die zahlreichen Aufträge des Instituts für bildsame metallische Forschung der Prüfdienststelle 312 in Zwickau im Jahr 1952. Als Leiter der Prüfstelle fungierte zu diesem Zeitpunkt Dipl.-Ing. Werner Engelhardt.<sup>691</sup> Dieser war seit April 1943 zunächst an der Versuchsanstalt für Blechverformung in Aue beschäftigt, die

---

690 Vgl. ebd. .

691 Dr.-Ing. Werner Engelhardt (15.04.1905 in Wurzen b. Leipzig-28.07.1969), 1926–1933: Studium der Metallkunde, Metallphysik sowie Materialprüfung an der TH Dresden, 1933: Dipl.-Ing., 1933: NSDAP, 1934: VDI, 1934–1943: Kupfer- und Drahtwerk Osnabrück, zwei Jahre Assistent, sieben Jahre Leiter der Phys. Untersuchungsanstalt, 1943–1959: Versuchsanstalt f. Blechverformung unter wechselnden Namen bis zur Bezeichnung als Forschungsinstitut für bildsame Form der Metalle, Leiter, 1947: FDGB, 1950: KdT, 1960–1961: VEB Werkstoffprüfmaschinen Leipzig, Versuchsing., 1961: Wiss. Mitarbeiter am Institut für Fertigungstechnik und betriebliches Messwesen der Technischen Hochschule Magdeburg, 1962: Promotion („Entwicklung und erste Erprobung eines neuen Verfahrens zur Beurteilung der Tiefziehbarkeit“), 1964: Professur mit Lehrauftrag für das Fachgebiet „Umformtechnik“ an der TH Magdeburg, vgl. NSDAP-Gaukartei Werner Engelhardt, o. D., BArch Berlin, R9361-IX KARTEI/7861483; Personalbogen Werner Engelhardt, 9.6.1961, Archiv der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (UA OvGU-MD), 022.068, Bl. 1 f.; Lebenslauf von Hermann Werner Engelhardt, 8.6.1961, ebd., Bl. 3 f.; Einzelvertrag als wiss. Mitarbeiter am Institut Fertigungstechnik und betriebliches Messwesen der Technischen Hochschule Otto von Guericke Magdeburg zum 1.10.1961, ebd., Bl. 10–13; Technische Universität Dresden, Institut für Fertigungstechnik, Gutachten über Herrn Dr.-Ing. Werner Engelhardt zum Zwecke der Beauftragung mit der Wahrnehmung einer Professur mit Lehrauftrag für das Fachgebiet „Umformtechnik“, 1.6.1964, ebd., Bl. 63 f.

mehrfach umzog bzw. umfirmierte, zwischen 1945 und 1949 zeitweilig als Spezialkonstruktions- und Technisches Büro (SKTB) 5 der SMAD verwendet und 1951 dem DAMW als Prüfdienststelle in Zwickau unterstellt wurde.<sup>692</sup> Die Prüfdienststelle beschäftigte 1952 33 Mitarbeiter, davon 26 Personen in wissenschaftlich-technischen Arbeitsbereichen. Sie war aufgeteilt in die Leitungs- und Verwaltungsabteilung, jeweils eine Gruppe für Metallforschung, Metallentwicklung, Metallprüfung, Emailleprüfung und Oberflächenschutzprüfung, Analyse, Auswertung sowie eine angegliederte Prüfdienststelle als Sitz der Geschäftsführung der Gutachterausschüsse für Metallerzeugnisse.<sup>693</sup>

Mit Beginn des ersten Fünfjahrplanes setzte die DDR auf eine intensive Einsparung von knappen Roh- und Werkstoffen, besonders von Metallen verschiedenster Art. Im Zuge dessen wurde, wie bereits während des Nationalsozialismus, mit Bezugsscheinen für die Industrie gearbeitet. Hintergrund bzw. Ziel dieser Maßnahmen war die avisierte wirtschaftliche Unabhängigkeit von der Bundesrepublik. Wie die Forschungsaufträge der Prüfdienststelle 312 belegen, hatte die Metallindustrie aufgrund dieser Mangellage großes Interesse an ausländischen Herstellungsverfahren. Ihr Ziel war es, diese auf die Produktionsmöglichkeiten in der DDR zu adaptieren, um qualitativ hochwertige Metallerzeugnisse herstellen zu können.

Unter anderem war die Prüfdienststelle 1952 mit der „Entwicklung der Fertigung von fließgepressten Schrauben“ beauftragt worden. Damit trug die Prüfdienststelle neben der Methodenentwicklung auch zur Produktinnovation bei und übernahm damit eine Aufgabe, die typischerweise eher in der Industrie zu verorten ist. Derartige Schrauben wurden zu diesem Zeitpunkt bereits im westlichen Ausland gefertigt und sollten nun auch in der DDR hergestellt werden. Das Ziel des Auftrags war, verschiedene ausländische Herstellungsverfahren miteinander zu vergleichen und die Ergebnisse auf die eigene Produktion zu übertragen. Allerdings scheiterte das Vorhaben, da kein Unternehmen in der DDR in der Lage war, die für die Produktion notwendigen Werkzeuge nachzubauen. Moderne Fertigungsanlagen waren, wenn nicht bereits von den amerikanischen Alliierten nach

---

692 Vgl. Personalbogen, 9.6.1961, ebd., Bl. 1f.

693 Vgl. Erläuterungen zum Stellenplan - Entwurf 1952 der Deutschen Amtes für Material und Warenprüfung, Berlin, 1.4.1952, BArch Berlin, DF4-40299, unpag., S.39-42.

dem unmittelbaren Kriegsende weggeschafft, spätestens aber von den russischen Besatzern demontiert worden. Die Probleme, die daraus resultierten, bestanden in der DDR noch für lange Zeit, da Ersatz durch neue Maschinen kaum beschafft werden konnte. Außerdem verzögerte die lange Lieferzeit eines dringend benötigten Versuchsinstruments den Fortschritt des Forschungsauftrags. Der Auftrag konnte jedoch abgeschlossen werden, da nur die Entwicklung, nicht die industrielle bzw. serienmäßige Fertigung der Schrauben zu dessen Rahmenbedingungen gehörte.<sup>694</sup>

Durch einen Forschungsauftrag zur „Emallierung ohne Grund- und Weißemallierung ohne Nickel- und Kobaltoxyd“ sollte herausgefunden werden, wie eine einmalige weiße Deckemallierung auf Stahl glücken kann. Bemerkenswert ist, dass der Prüfdienststelle dazu amerikanische Versuche bekannt waren, die durch die Verwendung von Spezialstählen bereits eine Lösung gefunden hatten. Mit dem Forschungsauftrag sollte nun dem Jahresbericht zufolge eine eigene Herangehensweise erarbeitet werden, die den herrschenden Versorgungsengpässen angepasst war: „Die Forschung in der DDR muß aber bemüht sein, dieses Ziel auch ohne die Anwendung derartiger Spezialstähle zu erreichen.“<sup>695</sup> Die Versuchsergebnisse sollten in einem gesonderten Bericht im Folgejahr eingereicht werden.<sup>696</sup>

Bestimmte Forschungsaufträge wurden auch gemeinschaftlich mit der Industrie bearbeitet. Durch diese Symbiose profitierten beide Seiten von der Expertise und materiellen Ausstattung des jeweils anderen. Zeitweise entstanden dabei aber auch Differenzen. Die Zusammenarbeit lässt sich am Beispiel der „Entwicklung eines Produktionsverfahrens für das Maßgenauschmieden von Kegelrädern, Turbinenschaufelteilchen und Fahrradnaben“, die 1952 anteilig in der Prüfdienststelle und in verschiedenen VEB erarbeitet wurde, beschreiben.<sup>697</sup> Es muss unklar bleiben, für welche Art Turbine die Schaufeln verwendet werden sollten.

---

694 Vgl. Jahresbericht 1952 des Institutes für bildsame metallische Forschung in der Prüfdienststelle 312 des DAMW Zwickau, 2.1.1953, BArch Berlin, DF4-54766, S. 4–6.

695 Jahresbericht 1952 des Institutes für bildsame metallische Forschung in der Prüfdienststelle 312 des DAMW Zwickau, 2.1.1953, BArch Berlin, DF4-54766, S. 14.

696 Vgl. ebd.

697 Vgl. ebd., S. 7–10.

Von Seiten der Industrie waren das Thälmann-Werk Suhl VEB, der VEB EKM Görlitzer Maschinenpark, der in der DDR größte Hersteller von Energieanlagen, Großturbinen und Kraftwerksgeneratoren VEB EKM Bergmann-Borsig sowie das Kabelwerk Oberspree, beide in Berlin ansässig, beteiligt. Die Versuche in den VEB wurden hauptsächlich an Turbinenschaufeln durchgeführt, was von der Prüfdienststelle in dem entsprechenden Jahresbericht kritisiert wurde, „denn es ist völlig verkehrt, mit einem der schwierigsten Probleme zu beginnen.“<sup>698</sup> Grundlagen zur Entwicklung wurden von den VEB im Zuge dieses Forschungsauftrags erarbeitet und die Überlegungen in gesonderten Berichten eingereicht. Die Zusammenarbeit der VEB untereinander gestaltete sich als schwierig: „Die Betriebe waren anfänglich gegeneinander sehr kritisch eingestellt. Dies hat überwunden werden können. Sie haben sich dann außerordentlich darum bemüht, Geldmittel für ihre Versuche zu erhalten.“<sup>699</sup> Als diese dann genehmigt worden waren, begannen die Unternehmen allerdings nicht unmittelbar mit den Forschungsarbeiten, was erneut von der Prüfdienststelle bemängelt wurde. Der Auftrag konnte aus den genannten Gründen 1952 nicht abgeschlossen werden und wurde im Folgejahr weitergeführt.

Die Schwierigkeiten, die bei der Zusammenarbeit mit der Industrie entstanden waren, belegt auch ein weiterer Forschungsauftrag zur „Entwicklung einer Maschine zum Prüfen des Verformungsvermögens von metallischem Werkstoff“.<sup>700</sup> Dazu sollte zunächst eine Presse entwickelt und gebaut werden, die in verschiedenen Geschwindigkeitsstufen arbeiten konnte. An dieser Stelle wird noch einmal das breitgefächerte Aufgabengebiet des DAMW deutlich. Neben der Produktinnovation und der Erarbeitung von Prüfmethoden nahm auch die Produktprüfung selbst einen wichtigen Stellenwert in der Arbeit des Amtes ein. Damit sich der Bau dieser Presse auch wirtschaftlich für die Prüfdienststelle lohnte, sollte sie universell einsetzbar sein, sodass auch andere Versuche mit ihr durchgeführt werden konnten. Dabei traten allerdings unüberwindbare Schwierigkeiten bei der Suche nach einem geeigneten Partner aus der Industrie auf, was dem Jahresbericht zufolge die erfolgreiche Durchführung des Forschungsauftrags gefährdete:

---

698 Ebd., S. 8.

699 Ebd., S. 10.

700 Vgl. ebd.

„Es ist nun sehr bedauerlich, daß dem Institut von keiner Seite Hilfe in der Richtung [zuteil, YS] geworden ist, daß irgendein Betrieb der DDR den Auftrag zum Bau der Presse angenommen hätte.“<sup>701</sup> Der Auftrag wurde von verschiedenen Unternehmen nicht aus Unwillen oder wegen Streitigkeiten abgelehnt. Vielmehr hatte kein Produzent die entsprechenden Kapazitäten, um ein solches Versuchsinstrument herzustellen. Daher versuchte die Prüfdienststelle, einige Bestandteile der Presse in Eigenarbeit zu entwickeln. Bezüglich der weiteren Bearbeitung des Forschungsauftrags wurde im Jahresbericht angekündigt, Kontakt mit dem Ministerium für Erzbergbau und Hüttenwesen sowie dem Zentralamt für Forschung und Technik als übergeordnete Behörde aufzunehmen.<sup>702</sup>

Auch innerhalb der Prüfdienststelle waren 1952 einige Probleme aufgetreten, die eine reibungslose Prüfarbeit behinderten. Der Verfasser des vorliegenden Jahresberichts und Leiter der Prüfdienststelle, Werner Engelhardt, beklagte sich über Lieferschwierigkeiten bei Werkzeugen und Maschinen, die sich negativ auf die Bearbeitung der Forschungsaufträge auswirkten: „Praktisch sind alle aufgetretenen Mißerfolge entweder auf die Werkzeugmaterialien oder auf die Qualität auswärts hergestellter Werkzeuge zurückzuführen.“<sup>703</sup> Auch der Personalmangel beschränkte die Leistungsfähigkeit der Prüfdienststelle. Engelhardt sah den Grund dafür in der schlechten Bezahlung der Mitarbeiter des DAMW, die eine Tätigkeit in der Industrie attraktiver machte.<sup>704</sup> Diesen Kritikpunkt hatte er bereits im Zuge der Gründung des Amtes bzw. bei Einrichtung der Prüfdienststelle gegenüber der SPK im Januar 1951 vorgebracht und um zusätzliche Fördergelder für die Arbeit der 22 Mitarbeiter der Prüfdienststelle gebeten. Seine Bitte rechtfertigte er mit der bisherigen Leistung bzw. Forschungsarbeit der Prüfdienststelle und hoffte, damit „der DDR einen besonderen Dienst erwiesen

---

701 Jahresbericht 1952 des Institutes für bildsame metallische Forschung in der Prüfdienststelle 312 des DAMW Zwickau, 2.1.1953, BArch Berlin, DF4-54766, S.10.

702 Vgl. ebd., S.11.

703 Ebd., S.18.

704 Vgl. ebd.

zu haben.“<sup>705</sup> Da Engelhardt zwei Jahre später die geringen Gehälter weiterhin bemängelte, hatte dahingehend offenbar keine positive Entwicklung stattgefunden.

Die „Herstellung von Normalproben für in- und ausländische Betriebslabors“ in der Prüfdienststelle 422 für Metallurgie in Halle aus dem Jahr 1954 ist ein weiterer bemerkenswerter Forschungsauftrag des DAMW während des ersten Fünfjahrplans, der hier aus mehreren Gründen Erwähnung finden soll. Zum einen zeigt er, wie eine Prüfdienststelle des Amtes von Materialbeständen der CTR vor 1945 profitierte. Zum anderen belegt er den wissenschaftlichen Austausch zwischen den sozialistisch-geprägten Staaten und, zumindest in diesem Themenbereich, die erfolgreiche Arbeit der DDR, deren Ergebnis ein Exportprodukt war. Nicht zuletzt symbolisiert der Forschungsauftrag noch einmal die Bestrebungen im Rahmen der Unabhängigkeitsbestrebungen der DDR im Metallurgie-Sektor. Laut Jahresbericht der Prüfdienststelle hätten die Versuche dazu bereits 1949 begonnen, denn „[d]ie Bestände der Laboratorien an Normalproben, die von der CTR stammten, schmolzen sehr schnell zusammen.“<sup>706</sup> Vermutlich handelte es sich bei diesen Beständen um Demontagegüter der Sowjets, die dem DAMW zur Verfügung gestellt wurden. Gegensätzlich zu den sinkenden Vorräten wuchs die Nachfrage nach solchen Proben stark an, und es ergab sich bald ein Defizit. Nachdem zunächst Normalproben aus Westdeutschland bzw. Westberlin bestellt wurden, wurde die Bergakademie Freiberg mit der Herstellung beauftragt, um sich von der Lieferung aus dem sog. „kapitalistischen Ausland“ unabhängig zu machen. Die Aufgabe wurde zum 18. Mai 1951 an die Prüfdienststelle 422 des DAMW übertragen. Die Produktion dort erwies sich als so erfolgreich, dass die Normalproben sogar nach Bulgarien, China, Nordkorea, Rumänien und in die ČSSR exportiert werden konnten.<sup>707</sup> Die Prüfdienststelle war eine der größten des DAMW. 1952 waren dort 104 Planstellen vorgesehen, von denen 53 dem wissenschaftlichen Personal zugeordnet

---

705 Dipl. Ing. Werner Engelhardt, Prüfdienststelle 312 des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der DDR, An Herrn Prof. Dr. Werner Lange, Staatliche Plankommission, Zentralamt für Forschung und Technik, Berlin, 31.1.1951, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

706 Jahresbericht 1954 der Forschungs- und Entwicklungsstelle der Prüfdienststelle 422 Halle, o. D., BArch Berlin, DF4-57555, S. 3.

707 Vgl. ebd., S. 3 bzw. 17.

waren. Die Prüfdienststelle war aufgeteilt in Verwaltung und Werkstatt sowie Abteilungen für mechanisch-technologische Untersuchungen, Gießereitechnik, zerstörungsfreie Untersuchung, chemische Untersuchungen und Spektrochemie.<sup>708</sup>

Der Zugang zu Rohstoffen war nicht nur für die Prüfdienststellen des DAMW, sondern auch für den gesamten Industriesektor während der Laufzeit des ersten Fünfjahrplans wellenförmig und nicht stetig. Wenn zeitweise Material für die Industrie vorhanden war, sorgte eine hohe Ausschuss- bzw. Fehlerquote in der Produktion dafür, dass Waren in noch geringerer Menge in den Verkauf gelangten. Das DAMW untersuchte diese Entwicklungen u. a. im Bereich Maschinenbau und erstattete den zuständigen Ministerien regelmäßig Bericht über die aktuellen Entwicklungen.

In einem Gütebericht zum ersten Halbjahr 1951 der Fachgruppe Maschinenbau, Feinmechanik und Optik des DAMW, die den Prüfdienststellen für Maschinenbau übergeordnet war, wurde die mangelhafte Qualität der Erzeugnisse aus der durch die Fachgruppe betreuten Industrie kritisiert. Damit griff der Bericht eines der grundsätzlichen Probleme der Industrie zu dieser Zeit auf und führte es zu großen Teilen auf Be- und Verarbeitungsfehler zurück. Das Streben nach Quantität ging aus Sicht der Fachgruppe auf Kosten der Qualität der Erzeugnisse. Deshalb forderte sie von den Unternehmen eine sorgfältigere Schulung des Personals vor Ort in der Industrie, um zukünftig Fehler zu vermeiden.<sup>709</sup> Neben den Fehlern, die bei der Verarbeitung entstanden, sorgte auch die schlechte materielle Ausstattung der Herstellerunternehmen mit geeigneten Maschinen und Instrumenten für eine mangelhafte Produktqualität (Tab. 6).

---

708 Vgl. Erläuterungen zum Stellenplan - Entwurf 1952 der Deutschen Amtes für Material und Warenprüfung, Berlin, 1.4.1952, BArch Berlin, DF4-40299, unpag., S. 66-71.

709 Vgl. Zusammenfassende Analyse des Güteberichts 1. Halbjahr für das Fachgebiet Maschinenbau, Feinmechanik, Optik ohne Guß- und Schmiedestücke, 11.7.1951, ebd., DF4-40296, unpag.

Tab. 6: Zusammenstellung der Fehlerarten im Schwermaschinenbau 1952 und 1953<sup>710</sup>

Fehlerarten	1952	1953
Be- und Verarbeitung	34,4 %	35,7 %
Konstruktionsfehler	26,0 %	29,3 %
Materialfehler	17,7 %	15,8 %
Oberflächenfehler	11,3 %	9,2 %
Normenfehler	7,6 %	5,0 %
Funktionsfehler	3,0 %	5,0 %

Aus der Auswertung des Jahresberichts des DAMW des Jahres 1953 für die Hauptabteilung Planung des Ministeriums für Maschinenbau für den Bereich Schwermaschinenbau geht hervor, dass die Quote der Be- und Verarbeitungsfehler in der Produktion besonders hoch und im Vergleich zu 1952 noch einmal angestiegen war. Diese Fehler lagen auch vor, wenn die Qualität der vom DAMW geprüften und mit einem Gütezeichen versehenen Musterstücke, die dem Amt am Anfang der Produktion vorgelegt werden mussten, in der Serienfertigung nicht eingehalten wurde. Das DAMW erklärte den Sachverhalt wie folgt: Durch die unstete Rohstoffzufuhr mussten einerseits längere Lieferengpässe überbrückt werden, andererseits bei Nachlieferungen große Mengen an Material kurzfristig bearbeitet werden. Das „führt[e] in den Betrieben zur Terminjagd und damit zum Ansteigen der Be- und Verarbeitungsfehler.“<sup>711</sup> Diese Problematik herrschte nicht nur im Metall- und Maschinenbau vor, sondern prägte die gesamte Waren- und Güterproduktion der DDR. Sowohl zunächst beim Hersteller als dann auch entsprechend bei den Händlern kamen Rohstoffe bzw. verkaufsfertige Produkte nicht in gleichbleibenden Mengen an, was zeitweise jeweils zu einer Mangellage oder den sog. „Überplanbeständen“, also einer Überschwemmung des Marktes mit Produkten, führte. Diese Entwicklung war eine der einschneidendsten Negativfolgen der Planwirtschaft der DDR, die während ihres gesamten Bestehens nicht bewältigt werden konnte.

710 Vgl. Ministerium f. Maschinenbau, HA Planung, Auswertung des Berichtes des DAMW für das Jahr 1953, 8.3.1954, ebd., DG3-1831, unpag., S. 1 f.

711 Ministerium f. Maschinenbau, HA Planung, Auswertung des Berichtes des DAMW für das Jahr 1953, 8.3.1954, BArch Berlin, DG3-1831, unpag., S. 7.

Die Hauptabteilung Planung des Ministeriums des Ministeriums für Maschinenbau, die die Auswertung des DAMW-Berichtes erstellt hatte, nahm 1954 Stellung zu den Ausführungen des DAMW und erklärte, dass bereits zahlreiche Maßnahmen eingeleitet worden seien, um die Fehlerquote der Erzeugnisse zu verringern. Außerdem hätte das DAMW Entwürfe für verschiedene Anweisungen zur Verbesserung der industriellen Herstellung eingereicht. Da auch die veralteten Produktionsstraßen in der Industrie aus Sicht der Hauptabteilung ein weiterer Grund für die hohe Ausschussquote waren, sollte für eine Modernisierung sowohl intensiv mit der KdT zusammengearbeitet werden als auch die beschäftigten Konstrukteure verstärkt ausländische Messen besuchen, um sich dort über moderne Herstellungsprozesse und Qualitätsstandards zu informieren.<sup>712</sup>

Zu Beginn des Jahres 1955 stellte das DAMW dann aber fest, dass die Quote der Be- und Verarbeitungsfehler im Fachgebiet Maschinenbau, Feinmechanik/Optik auf 49 % angestiegen war. Das Amt sah die Gründe dafür in der veralteten Technik und bemerkenswerterweise auch an der Haltung der Industrie, die offenbar kein Interesse an der Produktion qualitativ hochwertiger Waren hatte. Auch in diesem Jahr fiel dem Amt die wellenförmige Zulieferung von Rohstoffen durch Importe negativ auf. War Material vorhanden, musste so viel produziert werden, dass die Lager der Hersteller überquollen und fertige Produkte nur unsachgemäß gelagert werden konnten, was sich später auf ihre Qualität auswirkte. Außerdem fehlte es an geeignetem Personal, das u. a. eine Modernisierung der Produktionsanlagen vorantreiben sollte. Aus diesen Gründen verschärfen die Prüfdienststellen der Fachgruppen Maschinenbau und Metalle die innerbetrieblichen Kontrollen ab dem 1. Quartal 1955. Zu diesen Kontrollen gehörte die Besichtigung von Produktionsstraßen und Lagern, aber auch die Prüfung von gerade fertiggestellten Waren vor Ort. Die Prüfdienststellen fertigten Protokolle über ihre Erkenntnisse an und stellten sie dem Zentralamt für Forschung und Technik zur Verfügung.<sup>713</sup>

---

712 Vgl. ebd.

713 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR, Der Leiter, Bericht über die Prüftätigkeit des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung im 1. Quartal 1955 (2.5.1955), BArch Berlin, DE1-32407, unpag., S. 9 f., 13.

Der großen Anzahl an Prüfdienststellen des DAMW bzw. der Schwerpunktsetzung auf die Bereiche (Schwer-)Maschinenbau und Metallurgie lagen vor allem die Produktionsvorgaben aus Moskau sowie die Pläne zur militärischen Aufrüstung der DDR zu Grunde. Der Höhepunkt der staatlichen Investitionen in diesen Produktionsbereich ist 1952/53, parallel zum Peak des Koreakrieges, zu verorten.<sup>714</sup> 1952 und 1953 verdoppelten sich die staatlichen Ausgaben für die militärische Aufrüstung der DDR auf zwei Milliarden Mark (Ost). Schon bald erhielt der militärische Sektor ein Fünftel des Staatsetats.<sup>715</sup> Die außerordentliche Förderung nur eines Wirtschaftsbereichs führte zeitgleich zu Kürzungen der Investitionen in der Leichtindustrie und der Lebensmittelversorgung, was nahezu in eine Versorgungskrise mündete. Ihren Höhepunkt fand diese im zweiten Quartal des Jahres 1953, währenddessen auch die Abwanderungsrate in den Westen enorm anwuchs. Erst die Ereignisse um den 17. Juni sorgten für ein Einlenken der Regierung.<sup>716</sup> Nicht zuletzt aufgrund des Endes des bisherigen Konfrontationskurses der UdSSR nach Stalins Tod, der u. a. zum Waffenstillstand in Korea Ende Juli 1953 führte, wurden die Rüstungsausgaben und damit auch der extreme Ausbau der Schwerindustrie zurückgefahren. Die Investitionen in Konsum- und Alltagsgüter wurden wieder aufgenommen und die Kollektivierung der Landwirtschaft zunächst gestoppt. Ab August desselben Jahres verzichtete die Sowjetunion auf Reparationsleistungen, stellte die Besatzungskosten der DDR – immerhin jährlich rund 1,2 Milliarden Mark – aber weiterhin in Rechnung.<sup>717</sup>

---

714 Vgl. Roesler: *Jedes Mal existenzgefährdend?*, 2007, S. 159–162. Sowie weiterführend: Stöver: *Geschichte des Koreakrieges*, 2021; Ciesla: *Korea als Generalprobe?*, 2012.

715 Vgl. Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, 2008, S. 91.

716 Zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 in der DDR siehe Apelt und Engert: *Das historische Gedächtnis*, 2014. Sowie weiterführend: Kowalczyk: *17. Juni 1953*, 2013.

717 Vgl. Roesler: *Jedes Mal existenzgefährdend?*, 2007, S. 159–162; Karlsch: *Allein bezahlt?*, 1993, S. 221 f.

## 6.2 Textilindustrie

Ein weiterer Schwerpunkt des DAMW lag 1951 auf der Prüfung der textilen Erzeugnisse. 57 Prüfbereiche deckten die 14 Prüfdienststellen der Textilindustrie ab und stellten so die zweitgrößte Fachgruppe des Amtes dar. Damit sollte neben dem Ausbau der Maschinen- und Metallbauindustrie ein weiteres Ziel des Fünfjahrplans, nämlich den Lebensstandard der Bevölkerung über das Niveau von 1936 zu heben, erreicht werden. Zur Erhöhung des Lebensstandards gehörte auch die Versorgung der DDR-Bevölkerung mit Kleidung und anderen im Alltag benötigten Textilien. Wie bereits erwähnt, erhielt die Konsumgüterproduktion durch die Ereignisse des 17. Juni 1953 einen zusätzlichen An Schub. Weil sich die Qualität der für die Bevölkerung bestimmten Produkte dieser Art in den frühen 1950er Jahren bzw. während der Laufzeit des ersten Fünfjahrplans als denkbar schlecht erwies, war das DAMW in diesem Bereich intensiv tätig.

Bis 1945 existierte ein dezentrales Materialprüfsystem, das sich aus privaten und staatlichen Prüfstellen zusammensetzte. Für einige Produkte war die Prüfung durch sie verpflichtend, andere konnten auf freiwilliger Basis dort vorgestellt werden.<sup>718</sup> Auch die Vorgängereinrichtungen einiger Prüfdienststellen für die Textilindustrie waren vor 1945 in staatlicher oder privater Hand und in dem Verband Deutscher Öffentlicher Warenprüfungsämter für die Textilindustrie zusammengefasst. Konkret handelte es sich dabei um die Stellen in Cottbus, Forst Lausitz, Chemnitz, Zittau, Reichenbach, Meerane, Greiz und die Warenprüfungsstelle Gera.<sup>719</sup> Die Niederlausitz mit Cottbus als Zentrum konnte die Vormachtstellung ihrer Textilindustrie aus der Zeit der Aufrüstung vor dem Zweiten Weltkrieg in die Planwirtschaft der DDR hinein retten. 30 % der in der DDR hergestellten Streichgarngewebe

718 Siehe dazu die Studien von Malte Stöcken und von Elisabeth Kölmel.

719 Vgl. Satzung des Verbandes Deutscher Öffentlicher Warenprüfungsämter für die Textilindustrie, o. D., BArch Berlin, R4901-14114, Bl. 15-18; Wer prüft was? Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, Stand vom 31.3.1951, ebd., DF4-40296, unpag.; Magistrat von Groß-Berlin (Hrsg.): Achter Aufruf zur Vorlage von Material- und Warenproben (vom 3. September 1951), in: Verordnungsblatt für Groß-Berlin, Teil II, Berlin 1951, S. 293-296, hier S. 293. Für nähere Informationen zu diesem Verband siehe das Kapitel 3.1.

wurden dort produziert.<sup>720</sup> Wie bei der Gründung anderer Prüfdienststellen konnte die materielle Ausstattung, vorbehaltlich der Demontagen, auch hier vom DAMW übernommen werden.

Die Tätigkeiten des Bereichs Textilprüfung während des ersten Fünfjahrplans der DDR belegen zwei Jahresberichte der Prüfdienststelle 356 mit Sitz in Zittau. Die dort bearbeiteten Forschungsaufträge betonten den Anspruch des Amtes, einen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Weiterentwicklung der DDR zu leisten und den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen. Die Prüfdienststelle 356 ging aus der 1947 gegründeten Lehr- und Versuchswäscherei Zittau hervor, die an die örtliche Textilingenieurschule angeschlossen war. Die Stadt war traditionsbedingt ein Zentrum für die Textilwarenproduktion. 1951 wurden dort die Prüfdienststellen 352 für Textilprüfung und 356 für Wäschereiprüfung eingerichtet.<sup>721</sup> Innerhalb eines Jahres war die Prüfstelle dem Jahresbericht zufolge „zu einem federführenden Institut des Wäschereiwesens in der DDR geworden und in der Lage, für unsere Volkswirtschaft die notwendige Forschungsarbeit zu leisten.“<sup>722</sup> Für die Prüfdienststelle 356 waren 1952 40 Planstellen vorgesehen, von denen sieben von wissenschaftlich arbeitendem Personal besetzt werden sollten. Die restlichen Arbeitsplätze waren von Verwaltungspersonal und Wäschereimitarbeitern besetzt.<sup>723</sup> Bemerkenswert ist, dass die Prüfdienststelle 1954/55 die Kolumne „Vom DAMW beobachtet und beurteilt“ in der Zeitschrift „Die Wäscherei“, die sich sowohl an Fachpublikum als auch an eine an der Wäschepflege interessierte Leserschaft wandte, unterhielt. Dort wurde von der Arbeit und dem breiten Aufgabenspektrum in der Prüfdienststelle berichtet.<sup>724</sup>

---

720 Vgl. Clemens: Die „Letzten“, 1993, S. 247 f.

721 Vgl. Prescher: Kälzufer, S. 22 f.

722 Jahresbericht 1952 der Forschungsstelle DAMW Prüfdienststelle 356, Fachgruppe Textil, Wäschereiprüfamt, Zittau, Kälzufer 2, 6.1.1953, BArch Berlin, DF4-54803, S. 5.

723 Erläuterungen zum Stellenplan - Entwurf 1952 der Deutschen Amtes für Material und Warenprüfung, Berlin, 1.4.1952, ebd., DF4-40299, unpag., S. 107-109.

724 Siehe dazu z. B. Prüfdienststelle 356 des DAMW: Vom DAMW beobachtet und beurteilt. Waschen oder vernichten?, in: Die Wäscherei. Fachzeitschrift für die Textilreinigung, Wäscherei, Chemiereinigung, Kleiderfärberei (1954), H. 10, S. 16; Dies.: Vom DAMW beobachtet und beurteilt. Verbesserte Spültechnik durch Überlauf, in: Ebd. (1955), H. 1, S. 5.

Von den Ergebnissen der Prüfdienststelle sollten in erster Linie die Textilindustrie und gewerbliche Wäschereien profitieren. Denn Waschmaschinen verbreiteten sich nicht zuletzt aufgrund des hohen Anschaffungspreises zunächst über die Industrie, hinein in Gemeinschaftswaschanlagen, wie modernisierte Waschkeller in Mietshäusern, und erreichten schlussendlich die Privathaushalte.<sup>725</sup> Die erste vollautomatische Trommelwaschmaschine war nach amerikanischem Vorbild von der Firma Constructa entwickelt und 1951 für den westdeutschen Markt in Hannover vorgestellt worden. In der ersten Hälfte der 1950er Jahre hielt eine solche Maschine in jedem zehnten westdeutschen Haushalt Einzug.<sup>726</sup> DDR-Haushalte waren bis Mitte der 1950er Jahre jedoch nur in den seltensten Fällen mit einer Waschmaschine ausgestattet. Lediglich 0,5 % der Haushalte besaßen 1955 ein Modell. Erst in den 1960er Jahren nahm dieses Gefälle ab: 1965 verfügten 27,7 % der DDR-Haushalte über eine Waschmaschine.<sup>727</sup> 25 % der westdeutschen Haushalte besaßen 1962/63 bereits eine Waschmaschine, weitere 8,6 % einen Waschvollautomaten.<sup>728</sup> Der Betrieb der Maschinen in Industrie und Privathaushalt war jedoch keinesfalls mit der heutigen leichten Bedienweise zu vergleichen: „Der Einzug der Trommelwaschmaschinen bzw. des Waschvollautomaten reduzierte das Wäschewaschen [...] nicht auf einen bloßen Knopfdruck, sondern setzte wiederum Kenntnisse über Textilien, Waschmittel und die Pflege der Waschmaschine voraus.“<sup>729</sup> Waschmittel wurden daher in enger Zusammenarbeit mit den Maschinenherstellern entwickelt.<sup>730</sup> Die Leistung und Qualität der verschiedenen Waschmaschinen- und Waschmitteltypen wurden in der DDR u. a. in der Prüfdienststelle 356 in Zittau geprüft.

1952 bearbeitete die Prüfdienststelle einen Forschungsauftrag zur „Entwicklung faserschonender Waschverfahren und Geräte“. Im Rahmen dieses Auftrags sollten die Unterschiede der Waschleistungen zwischen einer Frontalwaschmaschine und einer Normalwaschmaschine bzw. einer Doppeltrommelwasch- und Spülmaschine analysiert werden.

---

725 Vgl. König: Geschichte, 2000, S. 231.

726 Vgl. Kleinschmidt: Technik, 2007, S. 60.

727 Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: Statistisches Jahrbuch 1985, 1985, S. 281.

728 Vgl. König: Geschichte, 2000, S. 232.

729 Kleinschmidt: Technik, 2007, S. 60.

730 Vgl. ebd.

Der Grund für den Vergleich war die Markteinführung dieser Frontalwaschmaschine mit dem heute typischen Glasbullaage. Diese hatte 1951/52 die VEB Wäschereimaschinenbau Berlin-Weissensee, der einzige Waschmaschinenhersteller der DDR, entwickelt. Der Einbau des Bullauges stellte, so wurde im entsprechenden Jahresbericht konstatiert, ein attraktives Werbeargument dar, „denn dadurch können viele Menschen, die noch das Wäschereimaschinenwesen negativ beurteilen, an dieses herangeführt werden.“<sup>731</sup> Die Entwickler gingen offenbar davon aus, dass die Frontalöffnung das Be- und Entladen vereinfacht sowie die Möglichkeit zur Beobachtung des Waschganges gewährt, was die Verkaufszahlen erhöhen würde. Dem gegenüber standen allerdings die hohen Preise für diese Maschinen sowie die Herstellung in nur kleinen Mengen, was den Bedarf der Bevölkerung nicht deckte. Die hier untersuchte Frontalwaschmaschine fasste 12 kg trockene Wäsche, was die Prüfdienststelle zunächst als Nachteil bzw. ein zu geringes Fassungsvermögen betrachtete. Daher war der Forschungsauftrag vermutlich nicht auf klassische Haushaltswaschmaschinen, sondern auf Maschinen für gewerbliche Wäschereien ausgerichtet. Die Waschleistungen wurden über eine Versuchsreihe von 50 Waschgängen hinweg miteinander verglichen. Die Kriterien, auf die die Wäschestücke nach den Waschgängen untersucht wurden, waren Verschleiß, Faserschonung, Festigkeitsverlust, Aschegehalt sowie der Weißgrad. Die Analyse der Wäschestücke im Anschluss an die Versuchsreihe ergab, dass die Waschleistung der neu entwickelten Frontalwaschmaschine schlechter als die einer herkömmlichen Normalmaschine war.<sup>732</sup>

Ein weiterer Forschungsauftrag betraf die „Untersuchung von handelsüblichen Spezialwaschmitteln für gewerbliche Wäschereien und Nachbehandlungsmittel“.<sup>733</sup> Dieser war auf Kritik der Wäschereien hin durchgeführt worden, denn sie behaupteten, dass die verwendeten Waschmittel einen starken Einfluss auf den Wäscheverschleiß hätten. Erprobt wurden Waschchemikalien vom Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld, dem VEB-Persilwerk Genthin, dem Fettchemie- u. Fewa-Werk Chemnitz sowie dem Buna-Werk Schkopau.

---

731 Jahresbericht 1952 der Forschungsstelle DAMW Prüfdienststelle 356, Fachgruppe Textil, Wäschereiprüfamt, Zittau, Külüfer 2, 6.1.1953, BArch Berlin, DF4-54803, S. 2 f.

732 Vgl. ebd.

733 Dieses und die folgenden direkten und indirekten Zitate: Ebd., S. 3 f.

In 400 Einzelwaschversuchen bzw. acht Waschgangkontrollen nach jeweils 50 Wäschen wurden verschiedene Wäschestücke hinsichtlich Festigkeitsverlust, Aschegehalt und Weißgrad ausgewertet. Erstaunlich ist, dass laut Jahresbericht „[a]uf Grund der unterschiedlichen Ergebnisse“ im Zuge des Versuchs keine Klassifizierung der geprüften Waschmittel vorgenommen wurde. Als Fazit wurde lediglich festgestellt, „dass die Waschmittel [...] den Wäscheverschleiss nicht so beeinflussen, wie in der Praxis angenommen wird.“

Die Versuche für die „Prüfungen der Vor- und Klarwaschmittel sowie der Einfluss der Bleichmittel und Fettlöser“ wurden 1952 aufgenommen. Das Erkenntnisinteresse war die Erforschung der Wirkung dieser Bleichmittel und Fettlöser sowie die Feststellung des mechanischen Anteils am Wäscheverschleiß. Dazu wurde im Jahresbericht festgehalten:

Obwohl der Waschprozess selbst zwar nur einen Teil der Strapazen darstellt, die die Textilien während ihrer Lebensdauer auf sich zu nehmen haben, so ist es doch bekannt, dass der Gewebeverschleiß durch unsachgemäßes Waschen stark beeinflusst wird.<sup>734</sup>

Mit diesen Ausführungen wurde auf den volkswirtschaftlichen Nutzen dieses Forschungsauftrags Bezug genommen: Der Wert des gesamten Wäschebestandes der DDR wurde auf vier Milliarden Mark geschätzt. Würde nur 1 % davon beschädigt und damit unbrauchbar werden, entstünde daraus ein Verlust von 40 Millionen Mark an Volksvermögen. Daher leistete die Prüfdienststelle aus ihrer Sicht einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Volkswirtschaft.<sup>735</sup>

Um den Wäscheverschleiß zu reduzieren, sollte der Waschgang in Maschinen systematisiert und einzelne Waschmaschinen bzw. alle Waschmittel, die für den Gebrauch in gewerblichen Wäschereien entwickelt worden waren, geprüft und beurteilt werden. Dabei wurden Waschladungen im Umfang von 10 kg unter Zusatz verschiedener Waschmittel u. a. im Hinblick auf Festigkeitsverlust, Aschegehalt, Weißgrad, aber auch Geruch, Griff, Aussehen und mechanische Faserschädigung sowie Rückstände der Waschchemikalien

734 Jahresbericht 1952 der Forschungsstelle DAMW Prüfdienststelle 356, Fachgruppe Textil, Wäschereiprüfamt, Zittau, Külzufer 2, 6.1.1953, BArch Berlin, DF4-54803, S. 4.

735 Vgl. ebd., S. 5.

geprüft.<sup>736</sup> Zwischenergebnisse für diesen auf mehrere Jahre angelegten Forschungsauftrag wurden in dem Bericht für das Jahr 1953 nicht festgehalten. Im Folgejahr wurden der Zittauer Prüfdienststelle die Funktionsprüfung von Wäschereimaschinen, für die zuvor die Prüfdienststelle 319 in Leipzig zuständig war, übertragen. Dies führte zwar einerseits zu einem größeren Aufgabenspektrum, andererseits sollte so eine Auslagerung der Forschungsaufträge in die Industrie abgewendet werden.<sup>737</sup>

1954 wurde zu den untersuchten Verfahren zur faserschonenden Wäsche bilanziert, dass alle Waschmittel für gewerbliche Zwecke gute Ergebnisse hinsichtlich der Waschkraft und Faserschonung erzielten, sich aber trotzdem weiter verbessern müssten. Die Laufzeit des Forschungsauftrags wurde daher bis 1955 verlängert. Dieser Auftrag wurde von Hans Böhnisch bearbeitet, der bereits für das StWPA in der Textilprüfung tätig gewesen war. Im Zuge der Versuchsreihe wurde auch ein Schallwäscher des niederländischen Herstellers Philips beschafft. Die Prüfdienststelle begründete den Kauf damit,

da dieses Gerät Ende 1952 in unserer demokratischen Presse publiziert wurde und als ein Waschgerät modernster Ausführung mit überzeugender Waschkraft einerseits und größter Faserschonung andererseits dargestellt wurde.<sup>738</sup>

Bei dem Gerät handelte es sich um eine Art Glocke, die auf einen herkömmlichen Waschzuber gesetzt werden konnte und durch Vibrationen den Schmutz aus der Wäsche herauslöste. Die Versuchsreihe der Prüfdienststelle ergab schließlich, dass es sich bei dem Instrument vielmehr um einen Alltagshelfer für den häuslichen Gebrauch handelte und er für gewerbliche Zwecke unbrauchbar war.<sup>739</sup>

Als Reaktion auf die Ergebnisse wurde zusammen mit dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld ein hochwertiges Waschmittel entwickelt. Im Jahresbericht wurde dazu erläutert:

---

736 Vgl. ebd., Anhang, unpag.

737 Vgl. ebd., S. 5.

738 Jahresbericht 1953 der Forschungs- und Entwicklungsstelle des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der DDR, Fachgruppe Textil, Prüfdienststelle 356, Zittau, o. D., BArch Berlin, DF4-55710. S. 6 f.

739 Vgl. ebd., S. 7.

Volkswirtschaftlich wird unsererseits dieser Entwicklung große Bedeutung beigemessen, da sämtliche Wascheigenschaften hervorragend sind und gleichzeitig erhebliche Einsparungen an Verpackungsmaterial sowie Raum und Ton[n]age [sic!] erzielt werden.<sup>740</sup>

Um die Ergebnisse des Forschungsauftrags auf die Industrie bzw. die Produktion zu übertragen, beriet die Prüfdienststelle die VEB Zentralwerkstätten Berlin bei der Konstruktion eines Tumblers, also eines Trommeltrockners.<sup>741</sup> Nachdem noch im Vorjahr die materielle Ausstattung der Prüfdienststelle bemängelt wurde, wurde 1953 berichtet, dass „hier neben fortschrittlich entwickelter Wäschereipraxis, mit besten Laboratoriumsbedingungen, Wäschereiprüfung betrieben wird.“<sup>742</sup>

Dem Jahresbericht zufolge lagen bis 1952 kaum wissenschaftliche Grundlagen oder Literatur zur Wäschereiforschung vor. Allerdings wurde im Bericht vermerkt, dass von 1932 bis 1945 eine Wäschereiforschungsabteilung am Forschungsinstitut für Bastfasern in Sorau/Niederlausitz (heute Zary/Westpolen) existiert hätte, auf die aber nicht näher eingegangen wird. Die Prüfdienststelle erklärte vielmehr, ein nahezu unerschlossenes Forschungsfeld zu bearbeiten.<sup>743</sup> Bei dem erwähnten Institut handelte es sich jedoch um die Forschungsstelle des Verbandes Deutscher Bastfaser-, Röst- und Aufbereitungsanstalten e. V., die 1916 aufgrund der bereits dort ansässigen Textilfachschule und seiner Lage nahe eines Produktionszentrums gegründet wurde. 1938 stieg es zum Kaiser-Wilhelm-Institut für Bastfaserforschung (KWIBf), dem größten deutschen Institut für Textilforschung während der NS-Zeit sowie zur zweitgrößten Forschungseinrichtung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) selbst, auf.<sup>744</sup> „Das KWIBf wurde als ausgesprochen

---

740 Ebd., S. 4.

741 Vgl. ebd., S. 11.

742 Ebd., S. 13.

743 Jahresbericht 1952 der Forschungsstelle DAMW Prüfdienststelle 356, Fachgruppe Textil, Wäschereiprüfamt, Zittau, Külzufer 2, 6.1.1953, BArch Berlin, DF4-54803, S. 5.

744 Vgl. Luxbacher: Roh- und Werkstoffe, 2004, S. 5, 23, URL: <https://www.mpiwg-berlin.mpg.de/KWG/Ergebnisse/Ergebnisse18.pdf> (Letzter Zugriff: 3.9.2024)

wichtig für die NS-Wehrwirtschaft eingestuft. In den Institutsghremien arbeiteten Vertreter von Staat, Militär, Industrie, Landwirtschaft, Forschung und Politik zusammen.“<sup>745</sup>

Die genannten Beispiele aus dem Tätigkeitsbereich „Wäschereiforschung“ der Fachgruppe Textilindustrie des DAMW lassen mit Blick auf den ersten Fünfjahresplan der DDR und die Integration des Amtes in die Wirtschaft mehrere Schlüsse zu. In erster Linie wird der Anspruch der Prüfdienststelle deutlich, einen Beitrag zur Weiterentwicklung der gewerblichen Wäscherei zu leisten. Alle bekannten Forschungsaufträge waren darauf ausgerichtet, die Qualität von Waschmaschinen und -mitteln für diese Industriesparte zu verbessern. Die Qualitätsprüfung von Produkten für den Hausgebrauch war 1952/53 noch nicht erforderlich bzw. möglich, da Waschmaschinen in DDR-Haushalten zu diesem Zeitpunkt nur in den seltensten Fällen vorhanden waren. In der DDR wurden die vorhandenen Textilien als wertvolles Volksvermögen angesehen, dessen Erhalt von großem wirtschaftlichem Interesse war. Einerseits wurde so versucht, den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen und andererseits große Anstrengungen darauf verwendet, Methoden und Gerätschaften zu entwickeln, die die verfügbaren textilen Ressourcen schonen sollten: Die Forschungsaufträge belegen vor allem Versuche mit Wäschestücken bzw. Textilien des Alltags, die bereits in Haushalten vorhanden waren. Versuche, die beispielsweise chemische Rückstände aus neu produzierten Textilien waschen sollten, wurden nicht durchgeführt bzw. sind nicht überliefert. Darüber hinaus betonte die Prüfdienststelle in den vorliegenden Jahresberichten ihre Pionierarbeit in der Wäschereiforschung. Das bedeutsame KWIBf erhielt lediglich eine Randnotiz, ohne bei seinem richtigen Namen genannt zu werden. Die Fachgruppe unterstützte zwar durch ihre zahlreichen Prüfdienststellen die Ziele des ersten Fünfjahrplans der DDR, auf die Industrie wirkte sich deren Arbeit aber nur wenig aus: Noch Ende des Jahres 1959 waren mehr als 11 % der Waren im Bereich Textilien bzw. Bekleidung aufgrund der Überplanbestände nicht vermarktbar. Jedoch „zeigte sich gerade bei der Bekleidung, daß die Kunden zunehmend Wert auf Qualität der Waren legten, modebewußter wurden und DDR-Produkte mit Westwaren verglichen.“<sup>746</sup>

---

745 Ebd., S. 59.

746 Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S. 108 f.

### 6.3 Technische Chemie

Der dritte hier behandelte Schwerpunkt vereint die bereits erwähnten zentralen Themen des ersten Fünfjahrplans, den (Schwer-)Maschinenbau bzw. die Metallurgie und die Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung miteinander. Denn die technische Chemie diente nicht nur dazu, den beiden erstgenannten Punkten zum Wachstum zu verhelfen. Durch Forschungen zur Erhöhung der Haltbarmachung von Lebensmitteln und z. B. für die Kosmetik sollte mit Ihrer Hilfe auch der Lebensstandard angehoben werden. Für die Fachgruppe Technische Chemie prüften in der ersten Hälfte der 1950er Jahre zehn verschiedene Prüfdienststellen in 36 Produktionszweigen. Dabei ging es u. a. um die Qualitätskontrolle von Asbesterzeugnissen, Gelatine, Gummierzeugnissen aller Art, Lacken und Anstrichmitteln, Kosmetika, der Zusammensetzung von Waschpulver sowie Zünd-, Spreng- und Detonationsstoffen.<sup>747</sup> Hier werden nun ausgewählte Forschungsaufträge verschiedener Prüfdienststellen dieser Fachgruppe vorgestellt.

Ein Forschungsauftrag der Prüfdienststelle 481 in Köthen aus dem Jahr 1952 zur Entwicklung eines Lackes für Konservendosen, der für eine längere Haltbarkeit sorgen sollte, belegt noch einmal die besondere Arbeitsweise des Amtes. In der Prüfdienststelle waren in diesem Jahr 43 Planstellen eingerichtet, von denen 26 für wissenschaftliches Personal vorgesehen waren. Sie war unterteilt in ein Arbeitsgebiet für Seifen, Waschmittel, Kosmetika und chemisch-technische Produkte, ein Arbeitsgebiet für Gummi, Asbestwaren und Kunststoffe sowie ein Arbeitsgebiet für Kohle und Kohlewertstoffe.<sup>748</sup> Der Leiter der Prüfdienststelle 481 war Erich Koppitz.<sup>749</sup>

747 Vgl. Wer prüft was? Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, Stand vom 31.3.1951, BArch Berlin, DF4-40296, unpag. Siehe dazu auch: Haupt: Die amtliche Güteprüfung im Produktionsgebiet Chemie, in: Chemische Technik 4 (1952), H. 6, S. 255 f.; Für den Hinweis auf diesen Artikel bedanke ich mich bei Helmut Maier.

748 Erläuterungen zum Stellenplan - Entwurf 1952 der Deutschen Amtes für Material und Warenprüfung, Berlin, 1.4.1952, BArch Berlin, DF4-40299, unpag., S.143-145.

749 Erich Koppitz (9.3.1908 in Karwin (Polen)-22.11.1957), 1926-1930: Chemie-studium in Breslau (Abbruch), 1930-1935: Chemiker im Bergbau und der Sprengstoffchemie, 1935-1945: Tätigkeit in der Metalluntersuchung in den Junkerswerken Dessau im Fachgebiet Korrosions- und Oberflächenschutz,

Für den Forschungsauftrag wurden entsprechende Produkte der Lackfabrik Coswig sowie Konservendosen der VEB Meißen und Konservenblech der SAG Mansfeld bzw. des Kupfer- und Messingwalzwerks Hettstedt untersucht. Die Prüfdienststelle 591 für Nahrungs- und Genussmittel in Altenburg unterstützte den Versuch mit ihrem Fachwissen zur Lebensmittelechtheit. Die Vorlage dieser Versuchsreihe boten die Forschungen von Dr. Wilhelm Wiederholt, der als ehemaliger CTR-Mitarbeiter am MPA in Berlin beschäftigt und ein Experte im Bereich Metall- und Korrosionsschutz war.<sup>750</sup> Besonders relevant für diesen Auftrag war seine Arbeit zur Prüfung von Konserven- und Milchkannenlacken.<sup>751</sup> Zunächst sollte der optimale Grad der Aufräumung des Konservenblechs vor der Lackierung mit Hilfe einer Vakuumsandstrahlmaschine herausgefunden werden. Da diese Maschine zu diesem Zeitpunkt in der Prüfdienststelle nicht vorhanden war, musste dieser Teilbereich des Forschungsauftrags verschoben werden. Inhaltlich verlagerte man sich dann auf Reihenprüfaufträge, in denen unterschiedlich dick lackierte Dosen untersucht wurden. Als Problem stellte sich heraus, dass die Art und Weise der Lackierung zu einer ungleichmäßigen Verteilung des Lacks führte. Schlussendlich wurde festgehalten, dass die bisherige serienmäßige Lackierung nicht zufriedenstellend war,

---

1945–1957: Leiter der Forschungsstelle des VEB Lack- und Lackkunstharzfabrik in Magdeburg, nach 1945: Aufbau der PSt. 422 des DAMW und Leiter der PSt. 481 in Halle, 1954: Abteilungsleiter im Institut für organisch-chemische Industrie in Leipzig in der Abteilung für Oberflächenschutz durch Anstrichmittel, vgl. N. N.: Nachruf Erich Koppitz, in: *Plaste und Kautschuk* 5 (1958), H. 2, S. 80; Bericht als Anlage zum Brief vom 18.6.1951, BArch Berlin, DF4-40297, unpag.; Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, Hauptverwaltung, An die Staatliche Plankommission, Zentralamt für Forschung und Technik, Normung und Gütesicherung, zu Händen von Herrn Bachmann, Berlin, Betreff: Mitarbeit des Leiters der Prüfdienststelle 422, Halle/Saale, Herrn Koppitz, beim Normenausschuss Stuttgart, 18.6.1951, ebd., unpag.; Jahresbericht 1952 der Forschungs-/Entwicklungsstelle der Prüfdienststelle 481 Köthen, 9.1.1953, ebd., DF4-54802; Jahresbericht 1953 der Prüfdienststelle 481 Köthen, o. D., ebd., DF4-55709.

750

751

Vgl. Wiederholt: Laboratoriumsprüfung von Konservendosen- und Milchkannenlacken, in: *Verpackungswirtschaftliche Hefte: Aus Forschung und Praxis der Verpackungswirtschaft* (1950), S. 20.

da der Lack schlecht haftete und Bläschen bildete, was zu einer hohen Schlagempfindlichkeit und damit zu einer schlechteren Haltbarkeit der Konservendose führte.<sup>752</sup>

Einen weiteren Forschungsauftrag, der die Themenbreite des DAMW und seiner Fachgruppe Technische Chemie herausstellt, bearbeitete im selben Jahr die Prüfdienststelle 582 in Erfurt. Hier waren fünfzehn Mitarbeiter beschäftigt, die teilweise von der SAG Kali in Erfurt zur Prüfdienststelle kamen. Zehn von ihnen waren im wissenschaftlichen Bereich tätig.<sup>753</sup> Das Ziel des genannten Versuchs war die „Entwicklung einer zuverlässigen, anwendbaren und zugleich billigen Brandschutzfarbe mit produktionsreifer Rezeptur“.<sup>754</sup> Besonders ist hier, dass der Anstoß dieses Forschungsauftrags nicht von der SPK oder der Industrie, sondern aus dem Ministerium des Innern bzw. der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei, Hauptabteilung Feuerwehr, kam und einen sicherheitstechnischen Hintergrund zum Schutz der Bevölkerung hatte. Das zu entwickelnde Produkt sollte kostengünstig und für jedermann erschwinglich sein, sodass möglichst viele Holzkonstruktionen vor Feuer geschützt werden konnten. Die Ausführung des Forschungsauftrags erfolgte in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Erfurt. Um eine solche Rezeptur zu entwickeln, wurden mit verschiedenen Farbprezepturen behandelte Holzlatten angezündet und deren Wirkweise untersucht. Auf diesem Wege konnte eine optimale Mischung gefunden werden.

Ein abschließendes Beispiel aus der Fachgruppe Technische Chemie ist der Forschungsauftrag „Entwicklung von Verfahren und Einrichtungen zur Prüfung und Bewertung der Korrosionsbeständigkeit von Laboratoriumsgeräten aus verschiedenen Werkstoffen“ aus dem Jahr 1954 der Prüfdienststelle 583 in Ilmenau. Schwierigkeiten stellten sich, dem Jahresbericht zufolge, zu Beginn des Projekts folgendermaßen dar:

Es ist festzustellen, daß nirgends in der Literatur oder sonstwo etwas darüber zu finden ist, was man unter einer ‚Laboratoriums-atmosphäre‘ zu verstehen hat. Infolgedessen fehlen auch Angaben

752 Vgl. Jahresbericht 1952 der Forschungs-/Entwicklungsstelle der Prüfdienststelle 481 Köthen, 9.1.1953, BArch Berlin, DF4-54802, S. 5-7, 9.

753 Vgl. Erläuterungen zum Stellenplan - Entwurf 1952 der Deutschen Amtes für Material und Warenprüfung, Berlin, 1.4.1952, ebd., DF4-40299, unpag., S. 149.

754 Dieses und die folgenden indirekten Zitate: Jahresbericht 1952 der PSt. 582 Erfurt, 6.1.1953, ebd., DF4-54800, S. 3-5.

darüber, gegen welche Einflüsse ein Laboratoriumsgerät widerstandsfähig und korrosionsbeständig sein soll.<sup>755</sup>

Die Prüfdienststelle erhielt bei der Übermittlung des Forschungsauftrags kaum Informationen zur Ausgangssituation und musste sie sich selbst erarbeiten. Für die Bearbeitung ergaben sich also zwei Herausforderungen: Einerseits sollten die Bedingungen ermittelt werden, unter denen in einem Labor Korrosion entsteht und andererseits sollten Parameter erarbeitet werden, um diese messbar zu machen. Dazu arbeitete die Prüfdienststelle mit dem Jenaer Glaswerk Schott zusammen und entwickelte gemeinsam eine Glasapparatur, die an die verschiedenen Anforderungen der Versuchsreihe angepasst werden konnte. Entsprechend wurde im Jahresbericht festgehalten:

Durch reichlich vorgesehene Ansätze, Stutzen und [...] sind vielfache Gelegenheiten zum Einstellen oder Einhängen von Proben, zum Einführen oder Anbauen von Messgeräten, zum Einleiten von Gasen, für Luftumwälzung, Heizung und was sich sonst vielleicht noch als nötig erweisen wird, vorgesehen.

Mit diesem Gerät wurde ein universell einsetzbares Versuchsinstrument entwickelt, das in den verschiedensten Atmosphären und unter den verschiedensten Einflüssen auf Korrosion hin überprüft werden konnte. Dieser Forschungsauftrag ging allerdings über das Jahr 1954 hinaus.

Die Technische Chemie bzw. Chemische Industrie bildete u. a. durch das „Chemiedreieck“ der DDR, konkret die Buna-Werke in Schkopau, die Leuna-Werke südlich von Halle und der ehemalige I.G.-Farben-Komplex in Bitterfeld, einen eindeutigen wirtschaftlichen Schwerpunkt der DDR.<sup>756</sup> Die Unternehmen hatten die Region bereits vor dem Zweiten Weltkrieg zu industrieller Stärke geführt:

In wirtschaftsgeschichtlicher Perspektive kann die Chemieindustrie als einer der tragenden schwerindustriellen Leitsektoren der DDR-Volkswirtschaft benannt werden, dessen

---

755 Dieses und die folgenden direkten und indirekten Zitate: Jahresbericht 1954 der Forschungs-/Entwicklungsstelle 583 Ilmenau, 31.12.1954, ebd., DF4-57577, S.1f.

756 Siehe dazu: Karlsch: Leuna, 2016; Ders. und Stokes: Die Chemie, 2000.

Innovationspotenziale allerdings zu stark begrenzt worden waren, um eine dynamische technologische Wachstumsdynamik initiieren zu können.<sup>757</sup>

Diese Begrenzungen ergaben sich einerseits durch die großflächigen Demontagen nach Kriegsende und andererseits durch die Vorgaben aus Moskau bzw. die Fokussierung auf den Maschinen- und Metallbau, die die DDR als Satellitenstaat der Sowjetunion uneingeschränkt übernehmen musste.<sup>758</sup> Die Technische Chemie erhielt in der staatlichen Förderung während des ersten Fünfjahrplans daher eine zweitrangige Position. Allerdings wird durch die Anzahl der Prüfdienststellen des DAMW und die vorgestellten Forschungsaufträge die Bedeutung bzw. der Nutzen für das wirtschaftliche System der DDR deutlich. Mit ihrer Hilfe sollten auch die Unabhängigkeitsbestrebungen der DDR von der Bundesrepublik weiter vorangetrieben werden.<sup>759</sup> Trotz der Fördermaßnahmen dieses Industriesektors ab 1958 blieb die Technische Chemie aber im Vergleich mit dem Wachstum der Branche in der Bundesrepublik zurück.<sup>760</sup>

Die Forschungsaufträge des DAMW waren nicht nur darauf ausgelegt, wissenschaftliche Erkenntnisse für die Industrie zu erlangen. Sie sollten auch, wie an den Beispielen gezeigt, mit ihren Versuchen zur Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung beitragen. Von besonderem Interesse war für die zuständige Prüfdienststelle, wie oben gezeigt, die Korrosionsforschung, deren Ergebnisse vor allem dazu dienten, bereits vorhandene Güter und Material vor (weiterem) Verfall zu schützen und zu bewahren. Da nach den umfangreichen Demontagen wissenschaftliche Gerätschaften und Instrumente häufig nicht zu beschaffen waren und sich so die Bearbeitung von Forschungsaufträgen und die Qualitätsprüfung von Prototypen und serienmäßig produzierten Waren verzögerten, mussten die vorhandenen Prüfinstrumente geschont und gepflegt werden.

Wie anhand der Forschungsaufträge der Prüfdienststellen des DAMW gezeigt, waren die Ziele des ersten Fünfjahrplans und die anderen wirtschaftlichen Verpflichtungen der DDR thematisch

---

757 Wagner-Kyora: Vom „nationalen“ zum „sozialistischen“ Selbst, 2009, S. 70 f.

758 Vgl. ebd.

759 Vgl. Bauerkämper u. A.: „Funktionäre des schaffenden Volkes?“, 1997, S. 51.

760 Vgl. Wagner-Kyora: Vom „nationalen“ zum „sozialistischen“ Selbst, 2009, S. 70 f.

breit gestreut. Der junge Staat zeigte sich nicht in der Lage, den Anforderungen aus „Reparationslieferungen, Exportverpflichtungen, Ausrüstung, schnelle Entwicklung der Grundstoff- und Schwerindustrie, Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung sowie [der] Stärkung der Staatsreserven“ gerecht zu werden.<sup>761</sup> Besonders in der Produktion entstanden immer wieder Rückstände, die nicht nur den eigenen Markt belasteten, sondern auch die Empfänger der Exporte verärgerten. Die von Stalin initialisierte Industrialisierung wurde im Zweijahr- und Fünfjahrplan nahezu unverändert übernommen und der wirtschaftliche Fokus auf den Ausbau der Schwerindustrie gelegt.<sup>762</sup>

Die industrielle Stärke Mitteldeutschlands lag bereits vor dem Krieg in den Bereichen Maschinenbau, Feinmechanik, Optik und in der chemischen Industrie. Mit nur wenigen, breiter gestreuten zusätzlichen Investitionen hätte hier die Chance auf den Anschluss an den wirtschaftlichen Erfolg der Vorkriegszeit liegen können. Besonders die Produktionsanlagen der Chemieindustrie waren in sehr unterschiedlichem Umfang während des Zweiten Weltkriegs zerstört worden. Dem wirtschaftlichen Wiederaufbau der DDR kam zugute, dass nur die Leuna-Anlagen starke Beschädigungen davongetragen hatten, die Bitterfelder Werke und die Anlagen der Buna hingegen nahezu unbeschadet von den Luftangriffen geblieben waren.<sup>763</sup> Erst 1953 hatte die UdSSR ein Einsehen und erließ der DDR die Reparationszahlungen und versprach, die Liefermengen von wichtigen Rohstoffen zu erhöhen.<sup>764</sup>

Trotz der unglücklichen wirtschaftlichen Schwerpunktsetzung einerseits und der Vernachlässigung wichtiger Industriesparten konnten die Ziele des ersten Fünfjahrplans in Teilen erreicht werden. Die DDR war in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt hinter der Bundesrepublik zurückgeblieben. Ungeachtet dessen war das Einholen des westdeutschen Staates durch eine Schwerpunktsetzung auf Wissenschaft und Technik eines der wichtigsten Ziele des sich anschließenden Zweiten Fünfjahrplans ab 1956. Mit welchen Forschungsaufträgen das DAMW bzw. ausgewählte Prüfdienststelle die Vorhaben dieses neuen Wirtschaftsplans unterstützte, wird im folgenden Kapitel untersucht.

---

761 Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S. 76.

762 Vgl. Ders.: Möglichkeiten und Grenzen, 2007, S. 135 f.

763 Vgl. Vesting: Zwangsarbeit, 2012, S. 31.

764 Vgl. Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S. 76.



## 7 Wissenschaft und Technik im Fokus

### Das DAMW und die Schwerpunkte des zweiten Fünfjahrplans (1956–1960)

Wie für das Jahr 1951 liegt auch für das Jahr 1955 eine Übersicht über die Prüfdienststellen des DAMW vor. Da sie kurz vor Inkrafttreten des zweiten Fünfjahrplans erstellt wurde, kann sie doch als wegweisend für die Entwicklung des Amtes in den Folgejahren verstanden werden. Auch in diesem Kapitel sollen Forschungsaufträge ausgewählter Prüfdienststellen vorgestellt werden, die in Relation zu den Zielen des zweiten Fünfjahrplans der DDR gesetzt werden. Damit soll die exemplarische Darstellung des Tätigkeitsbereichs des DAMW fortgeführt werden (Tab. 7).

Da der erste Fünfjahrplan zwar in Teilen erfolgreich, der Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik aber trotzdem verpasst wurde, stellte der zweite Fünfjahrplan einen neuen Versuch in dieser Richtung dar. Die SED gab sich erneut „der Hoffnung hin, ihre Herrschaft durch eine planmäßige Steigerung der Lebensverhältnisse festigen zu können.“<sup>765</sup> Der Plan bezog sich erstmals nicht mehr auf die deutsche Wirtschaft der Vorkriegszeit, sondern zeichnete sich durch Schwerpunktprogramme für die Kohle- und Energieproduktion, den Maschinenbau sowie die Chemieindustrie aus. Weiterhin stand die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung im Fokus:

Während die Partei 1952 den Aufbau des Sozialismus ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung in Angriff genommen hatte, wurde die neuerliche ideologische Offensive jetzt mit konsumpolitischen Zielstellungen flankiert.<sup>766</sup>

Die Ereignisse des 17. Juni 1953 sollten sich nicht wiederholen. Daher orientierte man sich an der ökonomischen Leistung der Bundesrepublik, deren Produktionsniveau bis 1965 erreicht werden sollte. Diese ambitionierten Ziele waren von staatlicher Seite als Maßnahme gegen die

---

765 Kaminsky: Wohlstand, 2001, S. 36.

766 Ebd., S. 48.

stark angewachsene Westbewegung der Bevölkerung ersonnen worden.<sup>767</sup> Die SPK erkannte darüber hinaus, dass wissenschaftliche Vorhaben, die die wirtschaftliche Entwicklung unterstützen sollten, von Wissenschaftlern und nicht von Bürokraten geplant werden mussten. Der zweite Fünfjahrplan war „ein in der Geschichte der Zentralplanwirtschaft beispielloser Versuch, Wissenschaftler in die Forschungs- und Technikplanung zu integrieren.“<sup>768</sup> Die Mittelzuweisung für die Forschung ging nun nicht mehr von der SPK, sondern von dem 1957 gegründeten Forschungsrat<sup>769</sup> aus, der das zentrale Beratungsorgan für den Ministerrat der DDR bildete und diesem direkt unterstellt war. Er setzte sich aus führenden Wissenschaftlern zusammen, von denen ca. ein Viertel nach Kriegsende mehrjährige Arbeitseinsätze in der UdSSR abgeleistet hatte.<sup>770</sup> Zu den Aufgaben des Forschungsrates gehörten neben der Beratungstätigkeit die Zusammenarbeit mit der SPK zur Erarbeitung von Forschungsplänen, die Ausrichtung der Wissenschaft auf die Anforderungen der Wirtschaft und die Entwicklung von Maßnahmen zum Ausbau und zur Förderung der Wissenschaften. Man wollte durch ihn „dem Unverständnis einiger Verantwortlicher für die Rolle von Wissenschaft und Technik in der modernen Wirtschaft entgegenwirken.“<sup>771</sup>

1958 erfolgten erste Nachjustierungen an den Schwerpunktsetzungen und Zielen des zweiten Fünfjahrplans. Walter Ulbricht legte auf dem 5. Parteitag der SED im Juli 1958 eine „ökonomische Hauptaufgabe“ fest, die darin bestand, den Pro-Kopf-Verbrauch relevanter Lebensmittel und Konsumgüter der westdeutschen Bevölkerung bis 1961 zu erreichen und sogar zu übertreffen. Politisch war diese Zielsetzung durchaus sinnvoll, „denn nur durch höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit konnte das System und damit die Macht der SED nach innen und außen langfristig gesichert werden.“<sup>772</sup> Allerdings war die DDR bei Weitem nicht in der Lage, ihre Industrie in dem Maße

---

767 Bähr: Entwicklung, 2016, S.399.

768 Ebd., S.392. Siehe weiterführend: Tandler: Geplante Zukunft, 2000.

769 Siehe zum Forschungsrat der DDR: Eibl: Der Physikochemiker, 1999, hier das Kapitel VIII., S.257–290. Sowie weiterführend: Wagner: Der Forschungsrat der DDR, 1992.

770 Vgl. Bähr: Entwicklung, 2016, S.392.

771 Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S.101.

772 Ebd., S.110 f.

zu subventionieren, wie es der Bundesrepublik möglich war. Es war notwendig, Rohstoffe von außen, also aus den sowjetischen Satellitenstaaten zu importieren, um die Wirtschaft zu stabilisieren.<sup>773</sup> Die geringe Verfügbarkeit von Waren und die starre Planwirtschaft machten es kaum möglich, alle Waren überall für die Kundschaft zugänglich zu machen. Erschwert wurde dies zusätzlich durch Lieferverträge mit der UdSSR und die Verpflichtungen aus dem Exporthandel, um an die ersehnten Devisen zu gelangen.<sup>774</sup>

Ein Schwerpunkt lag Steiner zufolge ab 1956 auf dem Ausbau der chemischen Industrie, denn „[s]trukturalpolitisch zielte der zweite Fünfjahrplan in der Industrie auf die vorrangige Entwicklung des Maschinenbaus und der eigenen Rohstoffbasis: Braunkohle- und Kaliindustrie sowie Grundstoffchemie.“<sup>775</sup> Das im November 1958 auf der „Chemiekonferenz der DDR“ in Leuna eingeführte Programm „Chemie gibt Brot – Wohlstand – Schönheit“ sollte dazu beitragen, die Produktion dieser Industriesparte bis 1965 zu verdoppeln. Im Fokus standen die PVC-Produktion sowie die Herstellung synthetischer Fasern, die den Grundstein für eine attraktive „bunte neue Warenwelt“<sup>776</sup> legen sollten. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, war die DDR auf Erdölimporte aus der UdSSR angewiesen.<sup>777</sup> Waren 1956 noch 156.000 Tonnen Erdöl in die DDR importiert worden, so umfassten die Lieferungen vier Jahre später bereits 1,8 Millionen Tonnen. Gegenüber der Bundesrepublik war die DDR zu diesem Zeitpunkt aber längst ins Hintertreffen geraten, importierte diese 1960 bereits rund 29 Millionen Tonnen Erdöl jährlich.<sup>778</sup> Dahingehend muss allerdings angemerkt werden, dass die DDR flächen- und bevölkerungsmäßig kleiner war als die Bundesrepublik und allein deshalb geringere Verbrauchszahlen hatte.

---

773 Vgl. ebd.

774 Vgl. Mählert: *Kleine Geschichte*, 2007, S. 91–93. Sowie weiterführend: Kim: *Außenwirtschaft der DDR*, 2000, hier besonders Kapitel 3, S. 49–116.

775 Steiner: *Von Plan zu Plan*, 2004, S. 88 f.

776 Karlsch: *Energie- und Rohstoffpolitik*, 2016, S. 308.

777 Vgl. Fraunholz: *Mobilisierung*, 2003, S. 33 f.

778 Vgl. Karlsch: *Energie- und Rohstoffpolitik*, 2016, S. 307. Sowie weiterführend: Ders. und Stokes: *Faktor Öl*, 2003, hier bes. den 2. Teil 1945–1974.

Neben dem Rohstoff Öl waren für die Produktion vieler Waren weitere Chemikalien erforderlich, die aber in der DDR nicht hergestellt werden konnten.<sup>779</sup> Im Allgemeinen reichten die avisierten Wachstumsraten schon von Beginn an nicht aus, um die gesetzten Ziele zu erreichen:

In wirtschaftsgeschichtlicher Perspektive kann die Chemieindustrie als einer der tragenden schwerindustriellen Leitsektoren der DDR-Volkswirtschaft benannt werden, dessen Innovationspotenziale allerdings zu stark begrenzt worden waren, um eine dynamische technologische Wachstumsdynamik initiieren zu können.<sup>780</sup>

Ende der 1950er Jahre fiel das Wirtschaftswachstum aufgrund dieser erneuten und fehlerhaften Schwerpunktsetzungen bis zum Jahr 1960 auf 6,6 % zurück.<sup>781</sup> Jedoch hatte die DDR-Führung nach bestem Wissen und Gewissen und auf Basis der vorhandenen bzw. zu beschaffenden Rohstoffe geplant. Eine andere Entwicklung war aufgrund der planwirtschaftlich bedingten Situation schlichtweg nicht möglich.

Außerdem befand sich die Landwirtschaft u. a. wegen der durch die SED auf dem 5. Parteitag im Juli 1958 forcierten flächendeckenden LPG-Gründungen in einer Krise. Daher musste sich die Parteileitung erneut und bereits vorzeitig im Jahr 1959 das Scheitern eines ihrer Wirtschaftspläne eingestehen.<sup>782</sup> Abgelöst wurde er Anfang Oktober 1959 rückwirkend zum Jahresbeginn von einem Siebenjahrplan.<sup>783</sup>

---

779 Vgl. Karlsch: Energie- und Rohstoffpolitik, 2016, S.308

780 Wagner-Kyora: Vom „nationalen“ zum „sozialistischen“ Selbst, 2009, S.70 f.

781 Vgl. Boldorf: Planwirtschaft, 2016, S.189. Zwischen 1950 und 1960 betrug das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik im Durchschnitt 8,2 %, vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis): Pressemitteilung, 1.6.2023, URL: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23\\_N032\\_81.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_N032_81.html) (Letzer Zugriff: 26.8.2024).

782 Boldorf: Planwirtschaft, 2016, S.189. Für nähere Informationen zur Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR siehe: Schöne: Die Landwirtschaft, 2015.

783 Siehe dazu Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform, 1999.

Tab. 7: Übersicht über die Fachgruppen und Prüfdienststellen des DAMW mit ihren Standorten, Stand: 1955.<sup>784</sup>

\*An diesen Prüfdienststellen, die in externen Forschungseinrichtungen integriert waren, war das DAMW nur fachlich aufsichtführend und nicht selbst der Betreiber.<sup>785</sup> Für die Standorte Leipzig und Magdeburg trifft dies bei Mehrfachnennungen für jeweils eine Prüfdienststelle zu.

Fachgruppe	Anzahl Prüf- dienststellen	Standort
Maschinenbau	9	Leipzig (3x), Rostock, Dresden, Suhl, Dessau*, Halle*, Berlin*
Metallurgie	8	Wismar, Karl-Marx-Stadt, Dresden, Leipzig (2x*), Magdeburg, Halle, Berlin*
Werkzeugbau	3	Zwickau, Leipzig, Schmalkaden
Feinmechanik/Optik	3	Jena, Berlin-Oberschöneweide, Berlin
Elektrotechnik	4	Dresden, Halle, Ilmenau, Berlin
Textil	11	Cottbus, Karl-Marx-Stadt (3x), Zittau (2x), Glauchau, Gera, Greiz, Berlin (2x*)
Leder	3	Leipzig, Erfurt, Berlin*
Holz- und Kultur- waren	7	Karl-Marx-Stadt, Klingenthal, Erfurt (2x), Leipzig, Berlin (2x*)
Technische Chemie	8	Wismar, Leipzig, Halle, Altenburg (2x), Erfurt, Ilmenau, Berlin*
Lebensmittelchemie	7	Rostock, Potsdam, Leipzig, Magdeburg, Altenburg, Berlin (2x*)
Bauwesen	5	Dresden, Leipzig, Magdeburg, Weimar, Berlin*
Gesamt	68	

784 Erstellt auf Grundlage von: Organigramm DAMW (Stand 1955), BArch Berlin, DF4-40301, unpag.

785 Vgl. Lilie: Qualitätskontrolle, 1966, S. 71.

## 7.1 Maschinenbau/Metallurgie

Auch während des zweiten Fünfjahrplans kam den Industriesparten (Schwer-)Maschinenbau und Metallurgie eine intensive staatliche Förderung zu. In diesem Bereich waren 1955 acht Prüfdienststellen tätig, die so die zweitgrößte Gruppe des DAMW bildeten. Für den Zeitraum des zweiten Fünfjahrplans liegt ein Bericht der bereits vorgestellten Prüfdienststelle 312 in Zwickau für das Jahr 1957 vor. Die darin genannten Aufträge verpflichteten die Prüfdienststelle zur Entwicklung eines elektromagnetischen Drahtseilprüfgeräts, Versuchen zur Dauerfestigkeitsabhängigkeit sowie zur Ausarbeitung eines Seildruckverfahrens.<sup>786</sup> Alle drei Untersuchungen waren bereits im Vorjahr begonnen worden und wurden nun fortgesetzt. Das Ziel aller Aufträge war es,

die bisher vorgenommenen statischen Prüfungen durch dynamische zu ersetzen, da das Dauerfestigkeitsverhalten von Seilen und Drähten von entscheidendem Einfluß auf das Betriebsverhalten der Seile ist, und alles getan werden muß, um die Lebensdauer von Seildrähten und Drahtseilen möglichst zu vergrößern.<sup>787</sup>

Schwierigkeiten traten insofern auf, als dass sich die Beschaffung von für die Auftragsbearbeitung erforderlicher Literatur verzögerte, denn besonders ausländische Publikationen auf Mikrofilm hatten lange Lieferzeiten. Erschwerend kam hinzu, dass der zur Entwicklung eines elektromagnetischen Drahtseilprüfgeräts benötigte Lichtpunkt-Linien-schreiber, der bereits im Vorjahr in der Bundesrepublik bestellt worden war, auch 1957 nicht geliefert werden konnte. Einem Vermerk ist zu entnehmen, dass dieser erst ein Jahr später zur Verfügung stand. Auch das für dieses Gerät erforderliche Papier war in der DDR nicht vorhanden und musste bestellt werden. Die Zwischenzeit überbrückte die Prüfdienststelle durch einen geliehenen Schleifen-Oszillographen, der das ursprünglich angeforderte Instrument ersetzte. Unter anderem durch den hohen persönlichen Einsatz der Mitarbeiter, der im Bericht

786 Vgl. Jahresbericht 1957 der Prüfdienststelle 312 Zwickau, 8.2.1958, BArch Berlin, DF4-60345, S.35. Zur Geschichte der zerstörungsfreien Drahtseilprüfung siehe: Gronau u. A.: 100 Jahre Seilprüfstelle, 2003, URL: <https://www.ndt.net/article/dgzfp03/papers/p15/p15.html> (Letzter Zugriff: 22.10.2023).

787 Ebd., S. 2.

besonders herausgearbeitet wird, konnten die Abschlussberichte trotzdem rechtzeitig eingereicht werden.<sup>788</sup> Die Forschungsarbeit in diesem Bereich war in der Industrie hoch willkommen, stellten doch zahlreiche Unternehmen nach Bekanntwerden der Aufträge „hinsichtlich des Einsatzes zweckmäßiger Drahtseilmacharbeiten“<sup>789</sup> in größerem Umfang Anfragen an die Prüfdienststelle. Darüber hinaus wurden zeitgleich bei den Herstellern ähnliche Versuche durchgeführt, um „vergleichende Beobachtungen hinsichtlich des Dauerfestigkeitsverhaltens von Importdrähten und solchen aus DDR-Aufkommen“ anstellen zu können. Inwiefern diese in den Abschlussberichten der einzelnen Forschungsaufträge aufgegriffen wurde, ist nicht überliefert. Darüber hinaus belegt der Bericht die Zusammenarbeit bei der Untersuchung von Seilbrüchen und anderen Schäden ein weiteres Mal die enge Verbindung zwischen DAMW und der Industrie der DDR.

Trotz der erfolgreichen Durchführung der Forschungsaufträge bemängelte die Prüfdienststelle die langen Wartezeiten auf notwendige Prüfinstrumente und bei der Literaturbeschaffung. Auch bezüglich der Anstellung des wissenschaftlichen Personals übte der Verfasser Kritik: Das Engagement der Mitarbeiter, von dem der Erfolg der gesamten Arbeit der Prüfdienststelle abhinge, werde durch die zahlreichen Jahresverträge gebremst. Einige Mitarbeiter wüssten zum Jahresende nicht, ob sie auch im neuen Jahr weiter für das DAMW arbeiten könnten bzw. ob Forschungsaufträge weiter genehmigt werden würden. Außerdem sei die Tarifbezahlung ungeeignet und unattraktiv für die Mitarbeiter.<sup>790</sup> Unklar bleibt, wie von Seiten der SPK als übergeordneter Behörde auf diese Forderungen reagiert wurde. Die Leiter der Prüfdienststellen waren in allen bekannten Fällen früher oder später in Form sog. Einzelverträge beim DAMW angestellt. Diese waren 1949/50 im Zuge der neuen Intelligenzpolitik der SED eingeführt worden. Die neue politische Elite erkannte, dass zur Erreichung eines wirtschaftlichen Aufschwungs kompetentes wissenschaftliches und technisches Personal erforderlich war, dem nicht zuletzt finanzielle Anreize geboten werden mussten, damit es bereitwillig in der DDR weiterarbeitete und nicht den verlockenden

---

788 Vgl. ebd., S. 2 f.

789 Dieses und die folgenden direkten und indirekten Zitate: Jahresbericht 1957 der Prüfdienststelle 312 Zwickau, 8.2.1958, BArch Berlin, DF4-60345, S. 4.

790 Vgl. Jahresbericht 1957 der Prüfdienststelle 312 Zwickau, 8.2.1958, BArch Berlin, DF4-60345, S. 5.

Angeboten aus der Bundesrepublik verfiel. Die „Hofierung“ der Intelligenz verdeutlichte sich in Form von bestimmten „Intelligenz-Tarifen“ und Einzelverträgen, die sich auch auf das Leben der Angehörigen der Vertragsnehmer, u. a. durch eine Altersvorsorge auch für den Ehepartner, eine Förderung beim Bau des Eigenheims und die Zusage einer akademischen Ausbildung für die eigenen Kinder positiv auswirkten.<sup>791</sup>

Diese Maßnahmen riefen jedoch Unmut bei den Angestellten und Arbeitern hervor. Walter Ulbricht versuchte, die Kritiker zu beschwichtigen und legte Staats- und Parteikadern nahe, Vertrauen zu dieser Elite zu fassen, da man zur Umsetzung des Sozialismus zu Beginn auf eine „bürgerliche“ Unterstützung angewiesen sei.<sup>792</sup> Beispielsweise sollte dem Laboratoriumsleiter der Prüfdienststelle 472 für Baustoffe in Magdeburg im Januar 1953 ein solcher Vertrag angeboten werden, um „auf diese Art und Weise diese wertvollen Kräfte an die Forschungsstelle

791 Vgl. dazu z. B. Einzelvertrag für Erwin Thymian, 30.9.1951, ebd., DQ 1/27152, unpag. Dipl.-Chem. Erwin Arnold Wolfgang Thymian (17.5.1910 in Soltau-?), 1932–1936: Studium der Chemie an den Universitäten Rostock und München, 1936–1938: Techn. Assistent am Medizinal-Untersuchungsamt und der Universität Rostock, 1937: SA, 1938–1943: Praktikant in der Lebensmittelchemie, 1939–1940 und 1941–1943: Wehrmacht (Obergefreiter), 1943–1945: Forschungsassistent am Institut für Mikrobiologie Rostock, 1945–1950: 1. Lebensmittelchemiker an der Staatlichen Chemischen Untersuchungsanstalt Rostock, 1946: LDPD, 1947: FDGB, 1950–1951: Stellv. Leiter der PSt. 191 für Lebensmittelchemie des DAMW Rostock, 1951–1955: Prüfdienststellenleiter ebd., 1955–1958: Abteilungsleiter am Bezirks-Hygiene-Institut Rostock, Abt. Lebensmittel und Ernährungshygiene, 1957: KDT, 1958–min. 1974: Mitarbeiter im Ministerium für Gesundheit der DDR, Abt. Lebensmittel- und Ernährungshygiene, vgl. Entnazifizierungskommission gemäß Direktive Nr. 24 des Alliierten Kontrollrates, An die Staatl. Chem. Untersuchungsanstalt des Landes Mecklenburg, Betr.: Einstellung des Lebensmittelchemikers Erwin Thymian, 22.4.1947, BArch Berlin, DQ1-27152, unpag.; Staatliche Chemische Untersuchungsanstalt des Landes Mecklenburg, G. Nr. A. 92 und A 142, An die Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Sozialwesen, Hauptabteilung Gesundheitswesen VI/III, Betr.: Einstellungsgenehmigung für den Lebensmittelchemiker Thymian, Verfügung vom 17.3.1947, Az VI/III – 2330, 5.5.1947, ebd., unpag.; Personalbogen Erwin Thymian, 19.9.1951, ebd., unpag.; Personalbogen Erwin Thymian, 29.12.1954, ebd., unpag.; Personalbogen Erwin Thymian, 4.2.1974, ebd., unpag.; Lebenslauf Erwin Thymian, 10.3.1975, ebd., unpag.

792 Vgl. Meyer: Wissenschaftspolitik, 1990, S. 15 f.

stärker zu binden.“<sup>793</sup> Allerdings wurden diese Verträge nicht immer unmittelbar zum Zeitpunkt der Einstellung neuer Leiter geschlossen, was innerhalb der DAMW zu Unmut führte. Auch Hansgeorg Laporte<sup>794</sup>, von 1952 bis 1955 Leiter der Prüfdienststelle 422 für Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung, äußerte sich zu diesem Sachverhalt. Als IM des MfS erklärte er gegenüber einem Mitarbeiter der Staatssicherheit im Mai 1953, dass einige Wissenschaftler des DAMW noch keine Einzelverträge erhalten hätten, was sie in vielen Fällen zu einem Wechsel in die Industrie oder gar zu einer endgültigen Ausreise aus der DDR bewegen würde.<sup>795</sup>

- 
- 793 Jahresbericht 1952 der Prüfdienststelle Nr. 472, Baustoffprüfamt Magdeburg, 13.1.1953, BArch Berlin, DF4-55242, S. 4 f.
- 794 Dr. rer. nat. Hansgeorg Laporte (12.04.1912 in Torgau-5.10.1981), 1930-1933: Studium Experimentalphysik, Theoretische und Angewandte Physik, Mathematik, Meteorologie an der Universität zu Köln, 1933-1943: NSDAP, ab 1935: Tätigkeit bei Rheinmetall Borsig Düsseldorf, Bereich: Elektrotechnik der Waffenkonstruktion, Karriere bis zum Abteilungsleiter, 1942: Promotion („Glühzündvorgänge bei Gleich- und Wechselstrom“), 1946: SED, 1946: FDGB, 1949: Berufung mit dem Rheinmetall-Institut nach Leipzig, Eingliederung in den VEB Rundfunk- und Fernmelde-Technik Enko, 1950-1956 sowie ab 1969: IM des MfS, 1952: DAMW, PSt. 422 für Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung, Leiter der Abteilung 2 für Hochfrequenz- und Hochvakuumprüfung sowie magnetische und elektrische Verfahren und stellvertr. Prüfdienststellenleiter, 1953: Übernahme der Leitung der Prüfdienststelle, währenddessen Tätigkeit Hauptgutachterausschuss „Technische Schiffsausrüstung“, 1953-1955: GST, 1955: Ernennung zum Vizepräsidenten des DAMG, 1958: KdT, 1958-1960: Vorstandsmitglied des Fachverbandes Maschinenbau, 1960-1962: Leiter der Sektion 1 „Messtechnik“, Mitglied des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft, 1966: Wiss. Mitarbeiter am Meteorologischen Observatorium Lindenberg, vgl. Personalbogen Hansgeorg Laporte, 1.8.1963, BArch Berlin, MfS AIM 2713-75 T. 1 Bd. 1, Bl. 39-42; Dr. rer. nat. Hansgeorg Laporte, Kurze Angaben über gesellschaftliche Tätigkeit, o. D., ebd., Bl. 54; Lebenslauf Hansgeorg Laporte, 25.12.1950, ebd., Bl. 67 f.; Hauptabteilung XVIII/5/2, Vorschlag zur Verpflichtung des Kandidaten, Auskunftsbericht über den Kandidaten Dr. Laporte, Hans-Georg, 15.12.1969, ebd., Bl. 71-76; Lebenslauf Hansgeorg Laporte, 25.12.1950, ebd., Bl. 82/HA XVIII/5/2, Auskunftsbericht, Reg.-Nr. XI 574/0, 7.3.1974, ebd., Bl. 103-106; NSDAP-Gaukarrei Hansgeorg Laporte, o. D., BArch Berlin, R9361-IX KARTEI/24911263, unpag.; Jahresbericht 1952 der Prüfdienststelle 422, Forschungsabteilung Leipzig, 6.1.1953, ebd., DF4-54807.
- 795 Vgl. Dienststelle Leipzig, Abteilung III, Referat 3, Treff mit GI „Heino“ am 13.8.1953 in KW „Höhne“, Treffbericht, 14.8.1953, BArch Berlin, MfS AIM Nr. 615/56, Bl. 32.

Die Prüfdienststelle 312 in Zwickau wirkte an der Bearbeitung der Forschungsaufträge, der Entwicklung der TGL und außerdem an der Qualitätsprüfung von Prototypen und Stichproben aus der Produktion mit. Jene Wissenschaftler, die einzelne Prüfaufträge bearbeiteten, sollten nicht nur auf Mängel hinweisen, sondern die Hersteller auch bei der Verbesserung der Qualität der Produkte beraten. Darüber hinaus gehörten Betriebsprüfungen und eine Beratung vor Ort zu ihren Aufgaben: „Derartige Betriebsüberprüfungen gestatten viel bessere Rückschlüsse hinsichtlich der betrieblichen Möglichkeiten der Qualitätsverbesserung und Gewährleistung einer Konstanz der Fertigung, als dies bei reiner Musterprüfung möglich ist.“<sup>796</sup> Durch diese Überprüfungen hatte das Amt die Möglichkeit, Herstellungsabläufe zu überwachen und zu regulieren bzw. im Bedarfsfall in die Produktion einzugreifen. Außerdem wurde die Arbeit des DAMW durch die voranschreitende Technisierung und ‚Verwissenschaftlichung‘ geprägt. Die Prüfungen der einzelnen Prüfdienststelle und auch die der Prüfdienststelle 312 wurden, ganz im Sinne der Ziele des zweiten Fünfjahrplans, kaum noch auf Basis von optischen Eindrücken bzw. einer reinen Beschauprüfung durchgeführt. Vielmehr nutzten die Mitarbeiter moderne technische Gerätschaften und Instrumente, sofern sie denn zu beschaffen waren, um exakte Ergebnisse zu erhalten.<sup>797</sup>

Zur Bearbeitung der Forschungs- und Prüfaufträge arbeiteten die Prüfdienststellen eng mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR zusammen. Im Jahr 1957 pflegte die Prüfdienststelle 312 enge Verbindungen zum örtlichen Bezirks-Hygiene-Institut, dem Institut für Chemie und Technologie der Plaste und anderen Prüfdienststellen des DAMW. Außerdem bestand ein Austausch mit den fachlich zuständigen Gutachterausschüssen für Armaturen, Metallerzeugnisse und Hufbeschlag, aber auch mit dem Gutachterausschuss für Kinderwagen. Neben diesen Aufgaben engagierte sich die Prüfdienststelle 312 in der Arbeitsschutzinspektion, bei der Standardisierung bzw. der Entwicklung von TGL-Normen von Sicherheitsgurten, bei der technischen Überwachung der Deutschen Reichsbahn, der Deutschen Schiffsrevision und -klassifikation und der Technischen Bergbauinspektion.<sup>798</sup>

796 Jahresbericht 1957 der Prüfdienststelle 312 Zwickau, 8.2.1958, BArch Berlin, DF4-60345, S. 8.

797 Vgl. ebd., S. 7–12.

798 Vgl. ebd., S. 7–12, 15.

Diese breitgestreuten Tätigkeitsbereiche werden an dieser Stelle lediglich beispielhaft für die Prüfdienststelle 312 beschrieben. Auch die anderen Prüfdienststellen des DAMW waren in vielfältiger Weise in die staatliche Qualitätsprüfung eingebunden, unterstützten die Industrie mit ihrer Expertise, durch Beratungen in der Produktion und partizipierten in den verschiedensten wissenschaftlich-technischen Gremien.

Für das Jahr 1958 hatte es sich die hier untersuchte Prüfdienststelle zum Ziel gesetzt, verstärkt wissenschaftlich zu arbeiten und sich mehr in die Entwicklung von Prüfmethoden als in die praktische Material- und Warenprüfung einzubringen. Bezüglich dieser Schwerpunktsetzung kündigte der Verfasser des Jahresberichts an, dass die Anschaffung neuer Prüfinstrumente erforderlich werden würde. Die von der Prüfdienststelle bereits im Jahr 1957 geplante Fokussierung auf die wissenschaftliche Arbeit entsprach den ein Jahr später den in den Plenumsitzungen des ZK der SED gefassten Beschlüssen, die die strukturelle Veränderung des DAMW bzw. die Einschränkung der Pflichtprüfungen des Amtes auf gewisse wirtschaftliche Schwerpunkte festlegten.<sup>799</sup>

Im Zuge dieser Veränderung machte es sich das DAMW zur Aufgabe, „politisch und fachlich starke Kollektive“<sup>800</sup> zu schaffen und das Engagement der Prüfdienststellen in sozialistischen Forschungs- und Arbeitsgemeinschaften zu intensivieren. Die Kapazitäten dafür sollten aus den zahlenmäßig reduzierten Prüfaufträgen entstehen. Die Prüfung von Erzeugnissen der Industriesparten Metallurgie und Maschinenbau wurden am Standort Magdeburg zentralisiert, jene der Technischen Chemie in Halle zusammengezogen. Magdeburg, in der DDR die „Stadt des Schwermaschinenbaus“<sup>801</sup>, löste Leipzig 1958 als Standort der Fachabteilung Maschinenbau/Feinmechanik/Optik des DAMW ab. Hier entstand in der Folgezeit ein dichtes Netz von Prüfdienststellen dieser Industriesparte.<sup>802</sup> Die Stadt Halle stellte das Chemiezentrum der DDR dar.

---

799 Vgl. Jahresbericht 1957 der Prüfdienststelle 312 Zwickau, 8.2.1958, BArch Berlin, DF4-60345, S. 32 f.; Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 131 f.

800 Die folgenden direkten und indirekten Zitate: Ebd.

801 Siehe dazu: Asmus: 1200 Jahre Magdeburg, 2009, hier besonders das Kapitel „Stadt des Schwermaschinenbaus im geteilten Deutschland“, S. 216–479.

802 Vgl. Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 53 f.

Die Prüfungsvorgänge wurden im Zuge der Umstrukturierung in weiten Teilen von der Prüfdienststelle in die Unternehmen verlegt, um einen intensiven Austausch mit den Herstellern anzustoßen:

Der Schwerpunkt unserer Arbeit wird künftig nicht mehr in dem Prüfen von Mustern in den Dienststellen, sondern in einer verstärkten Kontrolltätigkeit in den Betrieben liegen. Aus diesem Grunde mußte der Umfang der Prüfungen reduziert werden, um Kräfte für die operative Arbeit in den Betrieben freizubekommen.<sup>803</sup>

Außerdem erfolgte nach Jablonski „der Übergang von der generellen Prüfung auf der Grundlage der Probenvorlagepflicht zur Anmeldepflicht für Erzeugnisse und Beschränkung der Prüfung und Klassifizierung auf Schwerpunkte.“<sup>804</sup> In Ergänzung dazu war das Amt nach eigener Aussage dazu angehalten, sich um eine engere Zusammenarbeit mit Presse und Medien zu bemühen, „um die gesamte Bevölkerung in den Kampf um hohe Qualität mit einzubeziehen.“<sup>805</sup> Die Prüfdienststelle signalisierte in ihrem Jahresbericht zwar ihre Bereitschaft, die 1957 zwar noch nicht gefassten, aber in der Diskussion befindlichen Beschlüsse bedingungslos umzusetzen, warnte aber davor, dass eine Qualitätsverschlechterung bestimmter Güter zu erwarten sei, wenn sie keine Prüfungen in den Herstellerbetrieben mehr durchführen würde.<sup>806</sup>

Mit den Beschlüssen der Plenarsitzungen bzw. den sich daraus ergebenden strukturellen Veränderungen der Arbeitsweise des DAMW entsprach die politische Führung der DDR den Vorsätzen des zweiten Fünfjahrplans, die naturwissenschaftlich-technisch arbeitenden staatlichen Forschungseinrichtungen enger an sich zu binden.<sup>807</sup> Diesen politischen Zielen zum Trotz hatte die Prüfdienststelle 312 die Nachteile, die daraufhin für die Qualitätskontrolle des DAMW entstanden, frühzeitig erkannt und auf mögliche Folgen aufmerksam gemacht. Den geschilderten Ereignissen zufolge ließen sich die Pläne des ZK jedoch nicht aufhalten.

---

803 Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR: Zehn Jahre, 1960, S. 17.

804 Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 53 f.

805 Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 131 f.

806 Vgl. Jahresbericht 1957 der Prüfdienststelle 312 Zwickau, 8.2.1958, BArch Berlin, DF4-60345, S. 32 f.

807 Vgl. Bähr: Entwicklung, 2016, S. 392.

Wie nun eine Prüfdienststelle am neuen Schwerpunktstandort Magdeburg arbeitete, belegt der Jahresbericht der Prüfdienststelle 421 für das Jahr 1959. Geleitet wurde sie von dem in diesem Jahr frisch ins Amt eingesetzten Dr. Werner Schatt.<sup>808</sup> Im letzten Jahr des zweiten Fünfjahrplans entsprach sie mit einem ihrer Forschungsaufträge den neuen Vorgaben für das DAMW, verstärkt an der Entwicklung von

- 
- 808 Prof. Dr.-Ing. habil. Dr.-Ing. E.h. Werner Otto Schatt (26.1.1923 in Friedrichroda-14.07.2009 in Dresden), 1941: Einberufung zur Wehrmacht (Leutnant bzw. Zug- und Kompanieführer), Herbst 1944: Kriegsgefangenschaft, 1. Halbjahr 1948: Lehrgang an der Zentralantifaschule Krasnogorsk bei Moskau, 1949: Entlassung aus Kgf. und Immatrikulation an der TH Dresden für das Fach Maschinenbau, 1950: Studium der Fachrichtung Werkstoffkunde an der TH Dresden, 1952: SED, 1954: Dipl.-Ing., 1955: Assistent bzw. Oberassistent am Institut für Werkstoffkunde ebd., 1957: Oberassistent, Arbeitsgruppe Metallographie, 1959: Promotion („Untersuchungen an Sinterkörpern aus Tonerde und Chrom“), 1959: Fachabteilungsleiter für Metallurgie am DAMW Magdeburg, nebenamtlich bis 1962 Lehrbeauftragter am Institut für Werkstoffkunde der TU Dresden, 1959–1964: Leitende Tätigkeiten auf den Gebieten der nat. und internat. Standardisierung und Werkstoffprüfung, u. a. Vorsitz im Standardisierungsfachausschuss der DDR, Bereich „Prüfung metallischer Werkstoffe“, seit 1960: NSW-Reisekader, 1960–1962: Mitglied der Betriebsparteileitung des DAMW Magdeburg, 1961: Vorsitz der Sektion 4 der Länderkonferenz der Standardisierungsgremien der sozialistischen Staaten, 1962: Abteilungsleiter am Institut für Werkstoffkunde und -prüfung sowie Professor für Werkstoffkunde an der TH Magdeburg, 1962–1963: Mitglied der Bezirksleitung der Gewerkschaft Wissenschaft in Magdeburg, Mitglied in der KDT, Ende 1962–Anfang 1963: Amtierender Vizepräsident des DAMW, 1963: Abteilungsleiter am Institut für Werkstoffkunde und Werkstoffprüfung der TH Magdeburg, 1966: Direktor des erw. Instituts, 1969–1988: Ordentlicher Professor für Werkstoffwissenschaft an der Sektion Grundlagen des Maschinenwesens der TU Dresden, 1973–1979: Dekan der Fakultät Maschinenwesen an der TU Dresden, 1986: Dr.-Ing. E.h., 1988: Ehrensensator der TU Dresden. Werner Schatt pflegte enge Beziehungen zu Materialwiss. an der TU Wien, dem Max-Planck-Institut Stuttgart sowie dem Kernforschungszentrum Karlsruhe. Dies veranlasste das MFS, ihn des Hochverrats zu verdächtigen, vgl. Pommerin u. A.: 175 Jahre TU Dresden, 2003, S. 823; Dr.-Ing. Werner, Otto Schatt, Lebenslauf, 7.3.1966, UA OvGU-MD, 042.870/1, Bl. 16 f.; Erklärung über die bisherige wiss. Tätigkeit, 7.3.1966, ebd., Bl. 23 f.; Worch: Prof. Dr.-Ing. habil. Dr.-Ing. E.h. Werner Schatt, 2008, S. 3–7; Ders.: Nachruf, 2010, S. 448–451; Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Objektdienststelle TU/H, Anlagebericht OPK „Schatten“, 30.9.1983, BArch Berlin, MFS BV Ddn AOPK 1402/86, Bl. 5–8, hier Bl. 6 f.

Prüfmethoden zu arbeiten, indem sie sich dem Problem der Zeitfestigkeit von Werkstoffen bei besonders hohen Temperaturen widmete. Bisher galten für diesen Bereich noch die Prüfnormen des DNA bzw. die internationalen Normen des ISO, die nun durch DDR-eigene Prüfmethoden abgelöst werden sollten.<sup>809</sup>

Die Zeitstandprüfung ist ein Verfahren zur Werkstoffprüfung bzw. zur Untersuchung seines Verhaltens unter konstant hoher Temperatur, während dieser Werkstoff Prüfdienststelle einer gleichbleibenden Zugkraft ausgesetzt wird. Um den Auftrag bearbeiten zu können, waren in der Prüfdienststelle bereits sechs Öfen umgebaut und angepasst worden, um die Temperatur während der Versuche exakter regeln zu können. Eigens entwickelte Übertemperaturschalter sollten ein „Hochgehen des Ofens“, wenn die Temperatur zu stark ansteigen sollte, verhindern. Aufgrund ihres großen Nutzens wurden diese Öfen bereits während des laufenden Auftrags in von der Prüfdienststelle beauftragten Unternehmen für andere Forschungseinrichtungen nachgebaut. Bis zu sechs Proben verschiedener Werkstoffe konnten gleichzeitig in den Öfen geprüft werden. Zeitgleich fanden Vergleichsprüfungen in Prüfeinrichtungen der UdSSR und der ČSSR statt. Die entwickelten Prüfinstrumente der Prüfdienststelle 421 lieferten die genauesten Ergebnisse.<sup>810</sup> Der Mitarbeiter Dipl.-Ing. Gerhard Krüger<sup>811</sup> veröffentlichte parallel zum Forschungsauftrag die Ergebnisse in der Fachzeitschrift „Neue Hütte“ und erklärte, dass

---

809 Vgl. Krüger: 8 Jahre Forschungsarbeit im Dienste des DAMW, in: Neue Hütte. Zeitschrift für das Berg- und Hüttenwesen 4 (1959), S. 551–559.

810 Vgl. Jahresbericht 1959 der Prüfdienststelle 421 Magdeburg, 7.2.1960, BArch Berlin, DF4-62710, S. 1f.

811 Dipl.-Ing. Gerhard Krüger (11.3.1901 in Stendal-?), 1919: Prakt. Ausbildung in der Eisenbahn-Hauptwerkstatt in Stendal, 1920–1924: TH Hannover, Studium Maschinenbau, 1924: Dipl.-Ing., 1924–1927: Gießerei-Ing. im Eisenwerk Tangerhütte, 1927–1928: Sachverständiger bei der Landfeuersozietät der Provinz Sachsen in Magdeburg, 1928–1951: Revisions-Ing. beim Magdeburger Verein für Dampfkesselbetrieb, Abt. Arbeitsschutz/ Technische Überwachung, 1933: Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) (Scharführer), 1937: NSDAP, 1938: NSV, 1939–1945: Wehrmacht (Ing.-Offizier bzw. Regierungsbaurat im Kraftfahrpark Magdeburg), 1945: FDGB und KdT, 1951–1966: Leitung der PSt. 421 für Metalle des DAMW, 1955–1966: Vorsitzender des Zentralen Arbeitskreises für Forschung und Technik beim Forschungsrat der DDR „Geräte zur Prüfung metallischer Werkstoffe“ bis zur Auflösung, 1961–1962: Vorsitzender der Kommission

[f]ür den Aufbau der Energiewirtschaft [...] die schnelle Erweiterung der viel zu geringen Prüfkapazitäten zur Untersuchung warmfester Werkstoffe dringend notwendig [war], zumal 1951 die Unzulänglichkeit von Kurzprüfmethoden bis 45 Stunden für erhöhte Temperaturen von den Werkstoffachtleuten klar erkannt war.<sup>812</sup>

Die dazu benötigten Gerätschaften wurden teilweise selbst von der Prüfdienststelle entwickelt, da bspw. eine Dauerstandprüfmaschine nicht beschafft werden konnte.<sup>813</sup> Zwischenergebnisse wurden regelmäßig auf Konferenzen und Tagungen präsentiert, verbunden mit der Bitte um Anregungen zur Weiterentwicklung und um Empfehlungen zur Einbringung der Ergebnisse in die Industrie. Ohne den Austausch wäre es „nicht möglich gewesen, die Betriebe von der Dringlichkeit der Beschaffung einer ausreichenden Zahl von Zeitstandprüfeinrichtungen zu überzeugen.“<sup>814</sup> Darüber hinaus schulte die Prüfdienststelle die Werkstoffprüfer in der Produktion in der Anwendung der neuen Instrumente. Außerdem kündigte Krüger die Zusammenarbeit aller Prüfdienststelle des DAMW an, die Zeitstandprüfungen vornahmen, um die weitere Forschung zu diesem Thema bestmöglich zu fördern.<sup>815</sup> Er

---

„Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung“ des Forschungsrates, 1969: Vorsitz der AG „Schlag- und Bruchzähfestigkeitsprüfung“ der KdT, Mitarbeiter in weiteren fachwiss. Gremien zur Metallurgieforschung, 1.7.1971-31.12.1972: Rentner-Arbeitsvertrag als Kontrolling. f. Chemieanlagen des „DAMW-neu“, FA Staatliche Kontrolle, Fachgebiet Chemieanlagen, vgl. Dipl.-Ing. Gerhard Krüger, Lebenslauf, o. D. [aber frühestens 1970, YS], UA OvGUMD, 054.307, Bl. 9 f.; Zentralarchiv, Krüger, Gerhard, geb. 11.3.1901 in Stendal, o. D., Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Magdeburg, K 70, Nr. ZA I 10698 A. 07, unpag.; Schäfer: Zur Geschichte der Hochschule, 1993, S. 38, URL: <https://hsdbs.hof.uni-halle.de/documents/t852.pdf> (Letzter Zugriff: 26.8.2021); NSDAP-Gaukartei Gerhard Krüger, o. D., BArch Berlin, R9361-IX KARTEI/23550421; Abschlussbeurteilung über den Kollegen Dipl.-Ing. Gerhard Krüger, geb. 11.3.1901, Leiter der Prüfdienststelle Metallurgie im DAMW, 3.2.1972, ebd., DF5-7451, unpag.; Arbeitsvertrag, 1.7.1971, ebd., unpag.; Arbeitsvertrag, 27.12.1971, ebd., unpag.; Arbeitsvertrag, 1.7.1972, o. D., ebd., unpag. Für die Beschaffung ausgewählter Personalakten aus dem Bestand DF5 bedanke ich mich herzlich bei Katharina Borowski.

812 Krüger: 8 Jahre, 1959, S. 551.

813 Vgl. ebd.

814 Ebd., S. 554.

815 Vgl. ebd.

betonte die erfolgreiche Arbeit der Magdeburger Einrichtung sowie den Nutzen ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR:

Auf dem Gebiet der Zeitstandprüfung haben die Arbeiten der Metallprüfstelle einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau der Zeitstandprüfung in der Deutschen Demokratischen Republik geleistet und außerdem den Erfolg gehabt, die Prüfverfahren in einigen Fällen zu verbessern, so daß es möglich sein wird, die Zahl und Zeitdauer der erforderlichen Prüfungen in einem gewissen Umfang und den Aufwand für die Prüfeinrichtungen erheblich herabzusetzen.<sup>816</sup>

Entsprechend dem Ziel, die Prüfvorgänge vornehmlich in die Industrie zu verlegen, arbeitete die Prüfdienststelle neben weiteren Forschungsaufträgen an der „Entwicklung einer im Kraftwagen fahrbaren Gamma-Durchstrahlungseinrichtung mit Isotopen“.<sup>817</sup> Dazu waren die Wissenschaftler angehalten, sich benötigtes Fachwissen zunächst anhand von Forschungsliteratur anzueignen und darüber hinaus Fachtagungen und Isotopen-Ausstellungen in der DDR und auch in Westdeutschland zu besuchen. Zudem sollten sie sich mit jenen Unternehmen austauschen, die Metallerzeugnisse bereits mit Isotopen prüften. Der Forschungsauftrag sollte im vierten Quartal 1960 abgeschlossen werden. Die Weiterentwicklung der Pläne für einen Isotopenwagen, der die Hersteller vor Ort besuchen konnte, stand noch aus.<sup>818</sup>

Wie die Prüfdienststelle 312 engagierte sich auch die Magdeburger Prüfdienststelle für die Standardisierung und technische Normung. Werner Schatt und Gerhard Krüger waren Mitglieder im Arbeitsausschuss für mechanische Prüfmethode metallischer Werkstoffe im Fachausschuss Standardisierung der VVB Stahl- und Walzwerke. Krüger arbeitete außerdem an TGL-Entwürfen für verschiedene

---

816 Ebd., S. 559.

817 Vgl. Jahresbericht 1959 der Prüfdienststelle 421 Magdeburg, 7.2.1960, BArch Berlin, DF4-62710, unpag.

818 Vgl. Jahresbericht 1959 der Prüfdienststelle 421 Magdeburg, 7.2.1960, BArch Berlin, DF4-62710, unpag.

Stahlprodukte. Ihr Mitarbeiter Dr. Carl Lauch<sup>819</sup>, der den Auftrag zur Entwicklung einer fahrbaren Gamma-Durchstrahlungseinrichtung mit Isotopen bearbeitete, engagierte sich im Auftrag des AfS im Normenausschuss für röntgenografische Gütebeurteilung von Schweißnähten in der DDR, Polen, Ungarn und der ČSSR. Durch diese internationalen Verbindungen war ein Wissenstransfer möglich. Auf Grundlage des so erlangten Wissens sollte eine Standardisierungsstelle in der Prüfdienststelle geschaffen werden, damit Aufgaben dieser Art gebündelt bearbeitet werden konnten.<sup>820</sup>

---

819 Dr. phil. Carl/Karl Walter Hermann Lauch (1897 in Leipzig-?), 1919–1924: Studium der Mathematik, Physik und Chemie an der Universität Leipzig, 1924: Promotion zum Dr. phil. in Leipzig („Die optischen Konstanten reiner, undurchsichtiger durch Kathodenzerstäubung hergestellter Metallschichten“), 1931–1939: Wiss. Mitarbeiter der Gesell. f. Elektrodenzerstäubung in Leipzig und der Opt. Werke C. Reichert in Wien, 1939–1942: Wehrmacht (Unteroffizier), 1943–1945: Physiker und Leiter des Physiklabors der Hasag in Leipzig, 1945: SED/FDGB, 1945–1946: Dozent von Vorbereitungskursen der Arbeiter- und Bauernfakultät in Leipzig, 1946–1952: Arbeitseinsatz als Spezialist in der UdSSR, ab Oktober 1952: Wiss. Mitarbeiter am DAMW, PSt. für Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung in Leipzig, 1.9.-31.12.1954: Interimsleiter der PSt., 1955–1962: Leiter der PSt., Mitglied im Gutachterausschuss für Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung sowie Angehöriger der Fachgruppe Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung der KdT für die Gebiete Röntgen-Feinstruktur, Radiografie und Isotope, vgl. Jahresbericht 1952 der Prüfdienststelle 422, Forschungsabteilung Leipzig, 6.1.1953, BArch Berlin, DF4-54807; Jahresbericht 1954 der Forschungsstelle für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung Leipzig, 14.2.1955, ebd., DF4-57554; Jahresbericht 1955 der Forschungsstelle für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung Leipzig, 4.2.1956, ebd., DF4-58406; Personalbogen Carl Lauch, 19.9.1952, ebd., DF5-7435, unpag.; Kaderabteilung, Herrn Dr. Karl Lauch, Forschungsstelle für Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung, Leipzig, [ohne Betreff], 2.9.1958, ebd., unpag.; Aufhebungsvertrag, 31.3.1962, ebd., unpag.; Studie über die Zusammenhänge zwischen der Betonung von Schweißnähten nach dem 5-Notensystem und ihren Festigkeitswerten bei statischer und dynamischer Belastung, von Dr. Lauch, Prüfdienststelle für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung des DAMW Magdeburg, 15.3.1962, UA-OvGU-MD, A510-04, unpag.

820 Vgl. Jahresbericht 1959 der Prüfdienststelle 421 Magdeburg, 7.2.1960, BArch Berlin, DF4-62710, S. 2.

## 7.2 Textilindustrie

Die zahlreichsten Prüfdienststellen wies zu Beginn des zweiten Fünfjahrplans mit elf Einrichtungen die Fachgruppe Textil auf. Obwohl der Fokus dieses Plans auf dem Ausbau der Grundstoffindustrie bzw. dem Metall- und Maschinenbau sowie der Chemieindustrie lag, zwangen u. a. die hohen Fluchtzahlen aus der DDR in der Mitte der 1950er Jahre die SED-Führung dazu, Maßnahmen zur Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung zu ergreifen. Denn die größte Ausreisewelle lag nicht in der unmittelbaren Zeit vor dem Mauerbau, sondern in den Jahren zwischen 1955 und 1957. Diese wurde jedoch ab Herbst 1957 durch die nachfolgenden Maßnahmen eingedämmt, da die SED-Führung fürchtete, dass die Ausreisen überhandnahmen. Ab September 1957 wurden Ausreisanträge von Angestellten des Öffentlichen Dienstes nur noch in Ausnahmefällen genehmigt, ab Oktober 1957 galt dies auch für Jugendliche und junge Erwachsene. Zum Ende dieses Jahres brach der innerdeutsche Reiseverkehr nahezu vollständig ein, da u. a. aufgrund der Änderung des ostdeutschen Passgesetzes die Bundesrepublik zum Ausland erklärt wurde.<sup>821</sup>

Zahlen zur sogenannten Republikflucht von Mitarbeitern des DAMW bzw. der Prüfstellen, unter Ausnahme der Zentralverwaltung in Berlin, liegen lediglich für das Jahr 1955 vor. In diesem Jahr verließen 12 Angestellte, die jeweils zur Hälfte auf wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Positionen tätig waren, die DDR. Die Gründe waren meist beruflicher bzw. finanzieller oder familiärer Natur.<sup>822</sup> Zu diesem Zeitpunkt hatte das DAMW 1112 Mitarbeiter. Die Migrationsquote betrug also etwas mehr als 1%.<sup>823</sup> Nicht nur die Prüfdienststelle 481 in Halle hatte während des ersten und zweiten Fünfjahrplans personelle Verluste dieser Art zu beklagen. Aus den Jahresberichten der Prüfdienststelle für Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung in Leipzig geht hervor, dass in den Jahren 1954 bis 1957 jedes Jahr mindestens ein

---

821 Vgl. Major: Innenpolitische Aspekte, 2002, S. 99 f.

822 Vgl. Ergänzung zum Jahresbericht über die Kaderarbeit des DAMW entsprechend dem Schreiben vom 14.2.1955, o. D., BArch Berlin, DF4-40301, unpag.

823 Vgl. Organigramm DAMW (Stand 1955), ebd., , unpag.

wissenschaftlicher Mitarbeiter die DDR verließ.<sup>824</sup> Ein Grund, der häufiger vorgetragen wurde, war, dass die Gehälter des DAMW im Gegensatz zu jenen in der Industrie oder an den Hochschulen vergleichsweise niedrig und daher besonders für Nachwuchskräfte unattraktiv waren. Denn das Amt klassifizierte seine Stellen nach dem Verwaltungstarif und nicht nach den höher dotierten Hochschultarifgruppen der DDR.<sup>825</sup> Dass nur die Prüfdienststellenleiter über sogenannte Einzelverträge angestellt waren, die ihnen zusätzliche soziale Vorteile sicherten, war von der SED-Regierung offenbar „zu kurz“ gedacht worden. Ein Blick auf die Ausreisezahlen in dieser Forschungssparte lässt den Schluss zu, dass besonders Wissenschaftler der Zerstörungsfreien Werkstoffprüfung auch in der Bundesrepublik und anderen westlich geprägten Ländern von großem Interesse waren und die Experten diesem „brain drain“ nicht zuletzt aus finanziellen Gründen folgten.<sup>826</sup> Offenbar konnten auch die Einzelverträge für leitende Wissenschaftler dem nichts entgegensetzen.

Um das Leben in der DDR attraktiver zu machen, setzte es sich die Staatsführung nicht nur zum Ziel, die Versorgung mit Lebensmitteln zu verbessern, sondern auch, ihrer Bevölkerung hochwertige und modische Textilien zur Verfügung stellen zu stellen. Nicht zuletzt ist dahingehend der Hype um die Jeanshose in der DDR, die für die Jugendlichen vielmehr eine Lebenseinstellung, denn ein Kleidungsstück symbolisierte, ein eindrucksvoller Beleg.<sup>827</sup> Die Prüfdienststellen dieser Branche waren vornehmlich weiterhin in Sachsen, mit Karl-Marx-Stadt als ihrem Zentrum, angesiedelt. Auch die ursprüngliche Zentrale des Staatlichen Warenprüfungsamtes Thüringen in Gera prüfte weiterhin für die Textilindustrie. Jenen Städten, die bereits

---

824 Vgl. Jahresbericht 1954 der Forschungsstelle für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung Leipzig, 14.2.1955, ebd., DF4-57554, S. 13 f.; Jahresbericht 1955 der Forschungsstelle für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung Leipzig, 4.2.1956, ebd., DF4-58406, S. 14 f.; Jahresbericht 1956 der Forschungsstelle für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung Leipzig, 4.2.1957, ebd., DF4-59360, S. 13 f.; Jahresbericht 1957 der Forschungsstelle für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung Leipzig, 4.2.1958, ebd., DF4-60343, S. 19.

825 Vgl. Jahresbericht 1955 der Forschungsstelle für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung Leipzig, 4.2.1956, BArch Berlin, DF4-58406, S. 14 f.

826 Siehe dazu auch: Conelly: Zur „Republikflucht“, 1994, S. 331–352.

827 Siehe dazu: Menzel: Jeans, 2004.

traditionell eine enge Verbindung zur Textilwarenherstellung hatten, kam also auch während des zweiten Fünfjahrplans eine besondere Rolle bei der Qualitätsprüfung dieser Produkte zu.

Eine nahezu umfassende Überlieferung der Jahresberichte dieser Industriesparte liegt für die Prüfdienststelle 356 für Wäschereiforschung in Zittau vor. Diese befasste sich beispielsweise mit Versuchen zur Entwicklung faserschonender Waschverfahren. Die Leitung der Prüfdienststelle übernahm mit Beginn des Jahres 1957 Dr. Hans-Erich Schwarzkopf<sup>828, 829</sup>. Die Versuche erfolgten mittels einer Gegenstromwaschanlage der Firma Engelhardt und Förster mit Sitz in Bremen. Die Anschaffung und Erprobung von Maschinen aus der Bundesrepublik gehörte zu den Aufgaben der Prüfdienststelle, war doch erst im Jahr zuvor mit der Gegenstromwaschanlage System Sulzmann der Fa. Leyendecker & Co. aus Düsseldorf das für diese Zeit modernste Fabrikat bestellt worden.<sup>830</sup> Dazu wurde im Jahresbericht 1957 festgehalten: „Die erzielten Erkenntnisse sollten die Entwicklung von hiesigen Strömungsanlagen unterstützen und gleichzeitig die im westlichen Ausland veröffentlichten Angaben über Dampf-, Wasser- und

---

828 Dr. Hans-Erich Schwarzkopf (23.7.1906 in Stuttgart-?), 1924: Abitur, im Anschluss Studium an der Universität Marburg, 1931: Promotion („Über die Einwirkung von Ammoniak und Hydrazin auf die Ester anorganischer Säuren“), 1932: Wiss. Assistent am Institut für Physiologische Chemie der Philips-Universität Marburg, 1932–1935: Chemiker und Betriebsleiter bei Strauß und Cie in Stuttgart, 1935–1945: Chemiker und Abteilungsleiter bei der Böhme Fettchemie GmbH in Chemnitz, 1945: FDGB (Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung), 1945–1948: Chemiker und Abteilungsleiter bei der JV 27 Chemie, Zweigbetr. Fettchemie und Fewa-Werk, 1946–1950: CDU, 1948–1953: Abteilungsleiter in den VVB Sapotex in Chemnitz, 1953–mindestens 1961: Wiss. Mitarbeiter am DAMW bzw. ab 1957 Leiter der PSt. 356 für Wäschereiforschung in Zittau. Ab Oktober 1955 erfolgte die dauerhafte Überwachung Schwarzkopfs inklusive Postkontrolle durch das MfS, da er unter Spionageverdacht für ein Unternehmen in der Bundesrepublik stand, vgl. Personalbogen Hans-Erich Schwarzkopf, 5.9.1950, BArch Berlin, MfS BV Karl-Marx-Stadt AOP 249/56, Bl. 25–28; Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt, Abt. III, An die Abt. XII, im Hause, Betr.: Umregistrierung, Bezug: ohne, 12.10.1955, ebd., Bl. 23; Schwarzkopf: Über die Einwirkung von Ammoniak und Hydrazin auf die Ester anorganischer Säuren, Diss., Düsseldorf 1932.

829 Vgl. Jahresbericht 1957 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 28.2.1958, BArch Berlin, DF4-60341, S. 15.

830 Vgl. Prescher: Kälzufer, 2012, S. 23.

Waschmittelverbrauch überprüfen.“<sup>831</sup> Als Waschgut wurden neben Teststreifen aus Zellwolle ausschließlich Alltagstextilien verwendet. Dabei handelte es sich um Tischdecken, Handtücher sowie Wischtücher aus Baumwollmischgarn und Halbleinen. Für das erste Quartal des Jahres 1958 war avisiert, das Material nach 50 Wäschen im Standard- und Kurzwashverfahren zu analysieren und dieses Ende des Jahres 1959 abschließend auszuwerten. Ersten Ergebnissen zufolge konnten bereits in einem frühen Versuchsstadium über die Hälfte des Dampfes und des Waschmittels sowie nahezu zwei Drittel an Wasser eingespart werden. Trotz eines als positiv bewerteten Wascheffektes rief die hohe Faserbeanspruchung jedoch die Kritik der Prüfdienststelle hervor. Der Forschungsauftrag sollte Ende 1960 abgeschlossen werden.<sup>832</sup>

Auffällig ist hier, dass in der Prüfdienststelle nicht nur DDR-eigene Waschmaschinenfabrikate für die Forschungsaufträge genutzt, sondern mehrere Modelle aus der Bundesrepublik importiert wurden. Es ist anzunehmen, dass so in erster Linie überprüft werden sollte, ob die Angaben über Verbrauch und Leistung der Tatsache entsprachen und was die eigene Produktion dem entgegenzusetzen hatte. Obwohl nicht explizit im Jahresbericht erwähnt, ist es möglich, dass an dieser Stelle die Gelegenheit, die Vorzüge der westdeutschen Modelle auf die eigene Herstellung zu übertragen, genutzt wurde. Die Waschmaschinen-Industrie der DDR konnte auf diesem Wege von den Erkenntnissen der Untersuchungen profitieren und das Ziel des wirtschaftlichen „Einholens“ der Bundesrepublik in dieser Branche weiter vorantreiben. Außerdem richteten sich die Versuche erneut eindeutig auf die Zivilbevölkerung und nicht auf industrielle Wäschereien aus.

Auf die Verbesserung der industriellen Reinigung von Textilien zielte die Entwicklung einer Laugenflutanlage ab, an der die Prüfdienststelle 1957 ebenfalls arbeitete. Der Waschvorgang sollte ohne mechanische Hilfsmittel und lediglich unter Zusatz bestimmter Chemikalien bzw. thermischer Einflüsse durchgeführt werden. Für haushaltsübliche Waschmaschinen konnten bereits zu Beginn des Forschungsauftrags positive Ergebnisse erzielt werden. Für die Übersetzung in die Industrie war aber noch keine wirtschaftlich sinnvolle

---

831 Jahresbericht 1957 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 28.2.1958, BAArch Berlin, DF4-60341, S. 3.

832 Vgl. ebd., S. 3, 5.

Lösung gefunden worden.<sup>833</sup> Das DAMW bzw. die Prüfdienststelle hatte also auch weiterhin an der Entwicklung und Modernisierung industrieller Wäschereien Interesse.

Neben der Bearbeitung von Forschungsaufträgen und der regulären Prüfarbeit für die laufende Produktion unterstützte die Prüfdienststelle die Funktionsprüfung von Haushaltswaschmaschinen im Hinblick auf die Konstruktion bzw. Produktentwicklung. Unter anderem begleitete sie den VEB Waschgerätekombi Schwarzberg bei der Konstruktion des Modells „Trowa“, „eine[r] Haushaltswaschmaschine mit Trommelsystem, bei der Wascheffekt und Faserschonung als gut bezeichnet werden können.“<sup>834</sup> Die 27. Anweisung zur Verordnung über das Material- und Warenprüfwesen verpflichtete die Prüfdienststelle außerdem zur Überwachung der Tätigkeit aller in der DDR angesiedelten Wäschereien. Dazu suchten die Mitarbeiter fast 300 Unternehmen auf und begutachteten deren Arbeit.<sup>835</sup>

Auch die Prüfdienststelle 356 engagierte sich bei der Ausarbeitung von TGL-Normen. 1957 entwickelte sie zusammen mit dem AfS eine TGL für die Maschinenwäscherei. Dabei wurde die Wäschereileistung durch das Mitwaschen verschiedener Stoffstreifen überprüft. Mit der Veränderung der Streifengröße von 33x140 cm auf 70x70 cm wurde den international verwendeten Maßen entsprochen. Die Anforderungen der Prüfdienststelle für faserschonende Waschverfahren in der industriellen Wäscherei konnten während des Berichtsjahres nicht mit den DIN-Richtlinien abgestimmt werden.<sup>836</sup> Die Prüfdienststelle 356 sah in ihren Bestrebungen zur Verbesserung der Waschtechnik einen wichtigen Beitrag „zur Steigerung der Qualität in der Arbeit der Wäschereien, d.h. mit einer beachtlichen Einsparung an dem Volksvermögen, welches im Wäscheschutz der Hausfrau sich repräsentiert.“<sup>837</sup> Darüber hinaus war die Abteilung Wäscherei der Prüfdienststelle für verschiedene Zittauer Einrichtungen tätig. Sie wusch Textilien für örtliche Krankenhäuser und Feierabendheime, für ein HO-Hotel mit Gaststättenbetrieb,

---

833 Vgl. Jahresbericht 1957 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 28.2.1958, BArch Berlin, DF4-60341, S.5.

834 Ebd., S.7.

835 Vgl. ebd., S.6f.

836 Vgl. Jahresbericht 1957 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 28.2.1958, BArch Berlin, DF4-60341, S.10.

837 Ebd., S.13.

für FDGB-Ferienheime und bis Februar 1956 auch für die Kasernierte Volkspolizei. Ab März 1956 übernahm sie Waschaufträge für das Artillerie-Regiment der NVA in Zittau.<sup>838</sup>

Im Ausblick des Berichts hielt Dr. Schwarzkopf neue Ideen und mögliche Arbeitsgebiete für die Prüfdienststelle fest. So erklärte er, die Wäschereiforschung und auch die Überprüfung der Arbeit in den Wäschereibetrieben sowie die internationale Zusammenarbeit in Zukunft intensivieren zu wollen. Dabei meinte er nicht nur den Kontakt mit den Ostblockstaaten, die aus seiner Sicht als erstes einbezogen werden müssten, sondern auch mit Wäschereiforschungsinstituten der „International Laundry Association“ (Internationaler Wäschereiverband). Schwarzkopf hatte 1957 einen Vortrag auf der Tagung des Deutschen Wäschereiverbandes in München gehalten, im Vorfeld einer Fachtagung zum textilen Reinigungswesen in Leipzig eine Delegation von Wissenschaftlern aus Russland, Polen, der ČSSR und Ungarn in der Prüfdienststelle empfangen sowie anschließend während eines Gegenbesuchs in der ČSSR Forschungsinstitute, Großwäschereien und Waschmittelfabriken besucht.<sup>839</sup> Er bekundete außerdem Interesse daran, in Zukunft Aufgaben „auf dem Gebiete der Sachentgiftung im zivilen Luftschutz, der textilen Reinigung radioaktiver Gewebe, etc. zu bearbeiten.“<sup>840</sup>

1958 bearbeitete die Prüfdienststelle 356 für Wäschereiforschung in Zittau u. a. einen Forschungsauftrag zur „hygienische[n] Überprüfung des Einlaugenverfahrens durch Keimzahlbestimmung in der Flotte“.<sup>841</sup> Das Einlaugenverfahren umfasst das herkömmliche Waschverfahren von Vorwäsche, Hauptwäsche, Spülen und Schleudern und ist für mäßig verschmutzte Wäsche üblicherweise anzuwenden. Daneben existiert noch das Zweilaugenverfahren mit doppeltem Vorwaschgang für stärker verschmutzte Textilien. Neben der Ressourcenschonung stand im Zentrum des Forschungsinteresses der Prüfdienststelle auch die Reinigungsleistung von Waschverfahren und -programmen, um eine möglichst lange Haltbarkeit der Wäschestücke und den Schutz der Bevölkerung vor eventuell bakteriell übertragenen Krankheiten zu

---

838 Vgl. Prescher: Külzufer, 2012, S. 24–26.

839 Vgl. Jahresbericht 1957 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 28.2.1958, BArch Berlin, DF4-60341, S. 10 f., 17.

840 Ebd., S. 17.

841 Vgl. Jahresbericht 1958 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 4.2.1959, BArch Berlin, DF4-61428, S. 9.

gewährleisten. Anhand der bereits oben erwähnten mitgewaschenen, mit Krankheitserregern infizierten Teststreifen wurde die Anzahl der nach dem Waschgang übrig gebliebenen Keime des *Bazillus Mesentericus* bzw. des Kartoffelbazillus, der Magen-Darm-Erkrankungen verursacht, bestimmt. Die Keimart eignete sich besonders für die hier vorgestellten Versuche, da sie u. a. aufgrund ihrer Hitzebeständigkeit große Ähnlichkeit zu jenen Keimen aufweist, die Milzbrand und Botulismus, eine Form der Lebensmittelvergiftung, verursachen. Somit waren die Ergebnisse auch auf ähnliche Fragestellungen übertragbar.<sup>842</sup>

Für die Buntwäsche konnten im Rahmen des Forschungsauftrags keine zufriedenstellenden Ergebnisse erzielt werden. Die Teststreifen der Weißwäsche wurden jedoch zu großen Teilen in den Waschküchen von den Bakterien befreit. Darüber hinaus wurden Möglichkeiten geprüft, Keime dieser Art auch bei der weiteren Behandlung bzw. bei der Trocknung und Lagerung von Textilien abzutöten. Die Prüfdienststelle erlangte die Erkenntnis, dass besonders die Trocknungstemperatur und die Einwirkzeit der Waschmittel das Reinigungsergebnis bzw. die Entkeimung beeinflussten. Weitere Versuche zur Abtötung von Coli- und Staphylokokkenbakterien wurden auf Grundlage eines Versuchs des American Institute of Laundering aus dem Oktober 1948 durchgeführt. Die Keime konnten bei der Heißmangelung der Textilien bei 163 Grad Celsius nach zwei Durchgängen, die jeweils 30 Sekunden dauerten, abgetötet werden. Der *Bazillus Mesentericus* war jedoch resistent gegen diese Behandlungsform.<sup>843</sup> Die Zwischenergebnisse der Versuchsreihe wurden in verschiedenen DDR-Fachzeitschriften veröffentlicht.<sup>844</sup>

Neben den Forschungsaufträgen kümmerte sich die Prüfdienststelle im Rahmen der Qualitätskontrolle auch um Kundenreklamationen. „In Zusammenarbeit mit der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle des Bezirkes Dresden wurden fünf Wringmaschinen (maschinell

---

842 Vgl. ebd., S. 9 f.

843 Vgl. ebd.

844 Siehe: Schwarzkopf und Treuhoff: Hygiene neuzeitlicher Waschverfahren, in: Die Wäscherei. Fachzeitschrift für die Textilreinigung, Wäscherei, Chemiereinigung, Kleiderfärberei (1956), H. 10, S. 201; Schwarzkopf: Hygiene neuzeitlicher Waschverfahren II, in: Sonderdruck der Zeitschrift „Deutsche Textiltechnik“ 7 (1957), H. 12, S. 669–671; Ders.: Hygiene neuzeitlicher Waschverfahren III, in: Deutsche Textiltechnik. Technisch-wissenschaftliche Zeitschrift aller Zweige der Textilindustrie 9 (1958), H. 8, S. 435 f.

und mit Handbetrieb) getestet und der Restfeuchtigkeitsgehalt an diesen Geräten ermittelt.“ Konkret wurde die Trocknungsleistung einer Wringmaschine aus der Produktion der Firma Neubert & Co. Dresden von den Kunden bemängelt. Die Prüfdienststelle stellte fest, dass die Walzen nicht ausreichend Flüssigkeit aus den Textilien herauspressten, daher wurde die Reklamation bestätigt.<sup>845</sup> Im Jahr 1958 sah die Prüfdienststelle ihren volkswirtschaftlichen Nutzen auch darin, die Wäschereiforschung hinsichtlich Wirtschaftlichkeit sowie Faser- und Rohstoffschonung voranzubringen. Die Beaufsichtigung und Kontrolle der Wäschereien wurde in diesem Jahr durch einen Außendienst der Prüfdienststelle weitergeführt. Da sich die Waschverfahren aus Sicht der Stelle zu diesem Zeitpunkt nicht mehr verbessern ließen, stand nun die Wäschereichemie bzw. Entwicklung optimaler Waschmittel besonders für den Hausgebrauch im Fokus. Dazu war eine engere Zusammenarbeit mit anderen wissenschaftlich-technisch tätigen Einrichtungen der DDR bzw. der UdSSR geplant.<sup>846</sup>

Die Prüfdienststelle 356 prüfte verschiedene Waschmittel und Waschhilfsmittel „hinsichtlich ihrer Einsatzmöglichkeit in den maschinellen Waschprozess[en]“. Geprüft wurden Waschmittel der Firma Pott & Co., Pirna, des VEB Chemische Fabrik Grünau, Berlin, des VEB Waschmittelwerk, Genthin, der Firma Sons-Vertriebe Finsterwalde, des VEB Linda-Werk, Schwerin, sowie des VEB Farbenfabrik Wolfen. Die Produkte, die unterschiedliche Chemikalien zur Basis hatten, waren sowohl für den Hausgebrauch als auch für industriellen Wäschereien hergestellt worden. Kriterien für ihre Qualität waren der Festigkeitsverlust der Wäsche und der Aschegehalt, die tatsächlichen Einsatzmengen im Vergleich zur Herstellerempfehlung, die Reinigungsleistung, das Schaumvermögen, die Pflegeleistung für die Waschmaschine, die erforderliche Washtemperatur bzw. die Reinigungskraft bei niedrigen Temperaturen und die faserschützende Wirkung. Knapp die Hälfte dieser Waschmittel erzielte gute Ergebnisse, die anderen Produkte befriedigten die Ansprüche der Prüfdienststelle hinsichtlich des Festigkeits- und Aschegehalts nicht. Für das Kaltwaschmittel „KWA 60“ des Sons-Vertriebs Finsterwalde wurden Testwaschversuche mit sehr

---

845 Vgl. Jahresbericht 1958 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 4.2.1959, BArch Berlin, DF4-61428, S. 10 f.

846 Vgl. ebd., S. 19.

geringen Temperaturen auch unter 15 Grad Celsius durchgeführt. Als Universalwaschmittel konnte es aber nicht ausgezeichnet werden, da „[b]ei der geringen Temperatur von 30 [Grad Celsius] [...] der hygienische Effekt erwartungsgemäß völlig ungenügend [war].“<sup>847</sup>

Anlass für die Testreihe bzw. die Entwicklung eines solchen Kaltwaschmittels war die Tatsache, dass im Hausgebrauch mit sehr hohen Temperaturen gewaschen wurde, was den knappen Ressourcen der DDR entgegenlief. Nur so konnte einerseits eine hygienische Reinigung der Wäschestücke gewährleistet werden, andererseits wurde auf diesem Wege eine Menge Energie verbraucht. Die Prüfdienststelle kam aber zu dem Ergebnis, dass das untersuchte Kaltwaschmittel nicht für den Universalzweck beworben werden könne, da sonst „beim Endverbraucher u. U. der falsche Eindruck erweckt [würde], als ob trotz der niederen Temperaturen auch hier ein hygienischer Effekt garantiert ist.“ Das Produkt wurde letzten Endes jedoch zu einem brauchbaren Feinwaschmittel erklärt, da es qualitativ Ähnlichkeiten mit den Waschmitteln anderer Hersteller aufwies.<sup>848</sup>

Ein besonderes Interesse hatte die Prüfdienststelle im Rahmen dieser Versuchsreihe an der Untersuchung von faserschützenden Waschmitteln, da dieser Nutzen sowohl in der Bundesrepublik als auch jüngst in der DDR der Verbraucherschaft immer wichtiger wurde. Dazu wurde das Waschmittel des VEB Linda-Werkes Schwerin, dessen Werbeanzeigen für die „Waschpaste Linda-Neutral“ besonderen Schutz versprochen, untersucht. Nach Erklärung des Herstellers wurde dem hinzugefügten sulfonierten Rizinusöl „eine zusätzliche faserschonende Wirkung zugeschrieben.“ Nach 25 bzw. 50 Waschgängen wurden die Waschladungen jeweils hinsichtlich Festigkeitsverlust und Schädigungsfaktor der einzelnen Stücke untersucht und die Werbeversprechen des Herstellers konnten bestätigt werden.<sup>849</sup>

Forschung an Textilwaren führte das DAMW ab Ende der 1950er Jahre auch an anderen Prüfdienststellen durch: Die Chemisch-Technischen Laboratorien Altenburg gingen 1958 aus einem Zusammenschluss der VEB Chemisch-Technische Laboratorien Leipzig, Abteilung IV, und dem VEB Bekleidungstechnik Leipzig hervor, die gemeinsam

---

847 Dieses und das folgende Zitat: Jahresbericht 1959 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 15.2.1960, BArch Berlin, DF4-62708, S. 5.

848 Vgl. ebd.

849 Vgl. ebd., S. 6.

nach Altenburg verlegt wurden. Nur ein Jahr später erhielten sie die Bezeichnung „Prüfdienststelle für Organisch-Technische Chemie“ und wurden dem DAMW unterstellt. Die Hauptaufgabe der Einrichtung lag in der Erforschung von chemischen Kampfstoffen und ihren Auswirkungen. Im Fokus standen während der Verschärfung des Kalten Krieges vor allem die Versuche mit Napalm, das von den USA im Vietnamkrieg eingesetzt wurde und die Effekte eines Angriffs mit diesem Stoff auf Mensch und Material. Des Weiteren wurden klimatische Prüfungen von militärischer Schutzausrüstung bzw. den dafür verwendeten Textilien und auch von Lebensmitteln für die NVA durchgeführt. Ab 1962 kam die sog. Lichtimpulsprüfung, also die Erforschung der Folgen der Detonation von Atomwaffen auf militärische Ausrüstungsgegenstände, zum Aufgabenspektrum der Prüfdienststelle hinzu. Alle Versuche erfolgten unter größter Geheimhaltung, da die DDR zu deren Durchführung eigentlich nicht befugt war. Die Forschungsergebnisse wurden unmittelbar an den Medizinischen Dienst der Armee der DDR weitergeleitet.<sup>850</sup> 1955 übernahm der Toxikologe Dr. Karlheinz Lohs<sup>851</sup> die Leitung

---

850 Vgl. Müller: Von der Remise, 2020, S.10 f., 16, 19, 22.

851 Prof. Dr. rer. nat. Karlheinz Lohs (23.8.1929 in Annaberg-26.6.1996 in Leipzig), 1944–1945: Chemielaborantenlehrling bei der AEG, Werk Annaberg, 1946: FDGB, 1948: SED, 1948–1952: Studium der Chemie an der Universität Leipzig, Abschluss als Diplom-Chemiker, 1952–1955: Tätigkeit in der VEB Farbenfabrik Wolfen, 1955: Promotion zum Dr. rer. nat. („Synthetische Versuche in der Diphenylreihe, insbesondere zur Darstellung des 4,4'-Divinyldiphenyl“), 1955–1962: Wiss. Leiter des VEB Chemisch-Techn. Laboratorien bzw. der Prüfdienststelle Organisch-Technische Chemie des DAMW, 1961–1962: Vorsitzender der Bez.-Komm. Med. Schutz (Strahlen), 1962: Leiter der zentralen Arbeitsgruppe Toxikologie beim Präsidium des DRK, 1962: Habilitation, 1965: Direktor des Instituts für Biophysik der Forschungsgemeinschaft der AdW, wiss. Betreuung der Gruppe des Instituts für Verfahrenstechnik der org. Chemie des Institutskomplexes Leipzig sowie Prof. an der AdW, 1970: Korrespondierendes und 1972: Ordentliches Mitglied der AdW, 1970–1990: Leiter der Forschungsstelle für chemische Toxikologie der AdW in Leipzig, 1972: Vorsitzender des internat. Abrüstungsaussch. der Weltföderation der Wiss., 1980–1990: Mitglied des Governing Board des Internationalen Instituts für Friedensforschung (SIPRI) Stockholm, 1981–1990: Vizepräsident der Urania und Vors. des Beirats für chem. Abrüstung beim Präs. des Friedensrats, Lohs war ab 1954 beim MfS als IM „Gerd“, ab 1982 als IM „Engelmann“ erfasst, vgl. Forschungsgemeinschaft Abteilung Kader/Arbeit, Kurzbiographie Karlheinz Lohs,

der Einrichtung und prägte sie aufgrund seiner langen Tätigkeit am DAMW. Ab 1963 wurden die Sicherheitsmaßnahmen rund um den Gebäudetrakt massiv verstärkt und die Einrichtung ein Jahr später in „Prüfdienststelle für Organisch-Technische Chemie des DAMW“ umbenannt. Eine offizielle Dienststelle der NVA wurde sie 1968. Die Mitarbeiter wurden als zivile Beschäftigte der Streitkräfte übernommen und zur absoluten Geheimhaltung verpflichtet.<sup>852</sup>

Einer der unter der Beteiligung der Prüfdienststelle für Organisch-Technische Chemie durchgeführten Versuche, die auch die Textilprüfung des DAMW tangierte, wurde im Sommer 1963 am Zentralinstitut für Brand- und Explosionsbekämpfung im Bergbau und in der Industrie in Freiberg in Sachsen durchgeführt. Das Institut war dem DAMW nicht direkt als Prüfdienststelle unterstellt, übernahm aber immer wieder Auftragsarbeiten.<sup>853</sup> Auf Anweisung des Ministeriums für Nationale Verteidigung sollten dort in einem Großversuch militärische Ausrüstungsgegenstände auf ihre Feuerfestigkeit überprüft werden. Die Prüfdienststelle für Organisch-Technische Chemie Altenburg lieferte den Brennstoff für die Experimente.<sup>854</sup> Neben Mitarbeitern des DAMW hospitierten Vertreter des Luftschutzes und der Militärakademie sowie Beschäftigte des Chemischen und Medizinischen Dienstes der DDR bei den Experimenten. Sie waren zu absoluter

---

6.2.1965, BArch Berlin, DF4-4787, Bd. 2 v. 2, unpag.; Biografie Karlheinz Lohs, in: Datenbank Mitglieder – historisch der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, URL: <https://www.bbaw.de/die-akademie/akademie-historische-aspekte/mitglieder-historisch/historisches-mitglied-karlheinz-lohs-1679> (Letzter Zugriff: 15.7.2022); Kant: Lohs, Karlheinz, in: Biografische Datenbanken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/karlheinz-lohs> (Letzter Zugriff: 15.7.22); Lohs: Synthetische Versuche in der Diphenylreihe, insbesondere zur Darstellung des 4,4'-Divinyldiphenyl, Diss., Leipzig 1955.

852 Vgl. Müller: Von der Remise, 2020, S. 14.

853 Vgl. z. B. Jahresbericht 1956 der Versuchsstrecke Freiberg, Zentralinstitut für Explosions- und Brandbekämpfung im Bergbau und in der Industrie, 22.2.1957, BArch Berlin, DF4-58721, S. 11 f.

854 Vgl. Protokoll über die am 10.5.1963 im Ministerium für Nationale Verteidigung stattgefundene Besprechung zur Vorbereitung des Großversuchs im Zentralinstitut für Brand- und Explosionsbekämpfung im Bergbau und in der Industrie, Freiberg, o. D., BArch Freiburg, DVW15-112755, Bl. 94 f.

Geheimhaltung verpflichtet. Zum einen sollte durch den Versuch erprobt werden, wie hoch die Temperatur bei Feuerkontakt unter der Ausrüstung bzw. auf dem Körper werden würde. Zum anderen sollten verschiedene Maskentypen getestet werden. Unklar ist, ob es sich dabei um Gasmasken oder um einfache Stoffmasken für das Gesicht handelte. Im Anschluss an die Experimente wurden die Versuchsgegenstände zur weiteren Prüfung an die Prüfdienststelle in Altenburg übergeben.<sup>855</sup> In Altenburg wurden u. a. auch besondere Teststreifen entwickelt, mit denen sich Spuren chemischer Kampfstoffe nachweisen ließen. Diese waren Bestandteil eines jeden NVA-Feldlabors.<sup>856</sup>

Im Jahr 1960, also zwei Jahre nachdem Hans-Erich Schwarzkopf als Leiter der Prüfdienststelle 356 sein Interesse an Forschungsarbeiten zur Entgiftung bzw. Dekontaminierung von Textilien kundgetan hatte, erhielt diese einen Unterauftrag durch den VEB Chemisch-Technische Laboratorien Leipzig zur „Entwicklung von Spezialwaschverfahren“. Die Berichte über die „umfangreiche[n] und sehr zeitraubende[n] Reihenversuche“ wurden „in streng vertraulichen Berichten weitergeleitet“.<sup>857</sup> Der Auftrag wurde im folgenden Jahr weitergeführt.<sup>858</sup>

Hinsichtlich des Schwerpunkts Textilindustrie während des zweiten Fünfjahrplans lässt sich festhalten, dass weiterhin die Ressourcen- und Materialschonung im Fokus der Prüfdienststelle 356 für Wäschereiforschung in Zittau stand. Im Vergleich zum ersten Fünfjahrplan ist auffällig, dass die Prüfdienststelle nun nicht mehr ausschließlich für industrielle Wäschereien, sondern auch für die Waschmaschinen im Hausgebrauch prüfte, obwohl diese nur in sehr geringem Umfang vorhanden waren. Auch im hier untersuchten Zeitraum wurde ausschließlich für die Pflege von bereits vorhandenen Textilien geforscht. Keiner der Forschungsaufträge hatte die Entwicklung neuer Stoffarten oder das Waschverhalten von neuen Kleidungsstücken zum

---

855 Vgl. Verwaltung Luftschutz - Der Leiter -, [An das] Ministerium für Nationale Verteidigung, Abteilung Forschung und Entwicklung, Genossen Oberst Tappert, Betr.: Vorbereitung des Großversuchs im Zentralinstitut für Brand- und Explosionsbekämpfung im Bergbau und in der Industrie, Freiberg, 25.6.1963, ebd., DVW15-112577, Bl. 96.

856 Vgl. Müller: Von der Remise, 2020, S. 44 f.

857 Jahresbericht 1959 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 15.2.1960, BAArch Berlin, DF4-62708, S. 3.

858 Vgl. Jahresbericht 1960 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 6.2.1961, ebd., DF4-64080, S. 11.

Thema. Dabei zählten moderne Textilien zu den Konsumwünschen der DDR-Bevölkerung. Signifikant für die Arbeit der hier untersuchten Prüfdienststelle während des zweiten Fünfjahrplans ist zunächst das Interesse und dann die aktive Beteiligung an Forschungsaufträgen für die NVA. Das DAMW konnte diesbezüglich offenbar so große Beiträge leisten, dass sogar eine eigene Prüfdienststelle in Altenburg eingerichtet wurde. Die hier vorgestellte Prüfdienststelle 356 konnte 1959, 1960 und auch in den späteren Jahren sogar diese Forschungsarbeit unterstützen.

### 7.3 Technische Chemie

Infolge der auf der „Chemiekonferenz der DDR“ im November 1958 in Leuna unter dem Motto „Chemie gibt Brot – Wohlstand – Schönheit“ verabschiedeten Maßnahmen erhielt die chemische Industrie bzw. die Industriesparte der technischen Chemie hohe staatliche Subventionen. Ziel dieses Programms war es, die Produktion in diesem Bereich bis 1965 zu verdoppeln.<sup>859</sup> Um den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden, war die DDR auf umfangreiche Erdölimporte aus der UdSSR angewiesen, da solche Rohstoffe und notwendige Chemikalien auf dem eigenen Territorium nicht vorkamen bzw. produziert werden konnten. Die Prüfdienststelle 481, die im Zuge der Gründung eines Prüfzentrums für die Technische Chemie nach Halle umgezogen war, bearbeitete dieses Forschungsgebiet im Jahr 1957 unter der Leitung von Dr. Friedrich Oehlmann<sup>860, 861</sup>. In diesem Jahr wurden Laborvorschriften für Arbeiten zur Fettsäuretrennung, zur Anwendung eines

859 Vgl. Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S.89.

860 Dr. Friedrich Oehlmann (19.7.1915-?), 1937: NSDAP, 1949: SED, 1956: Leiter der PSt. 481 in Halle, 1960–min. 1964: Leiter der Fachabteilung Technische Chemie im DAMW, 1965: Promotion („Der Einfluß unterschiedlicher Festsengruppen in Anionen-Austauscherharzen auf die Elutionschromatographie aliphatischer Monocarbonsäuren in nichtwässrigen Lösungsmitteln“), vgl. Brief an den Leiter der Saline Oberilm bzgl. Bereinigung von Qualitätsproblemen, 27.7.1964, LATH - HStA Weimar, Vereinigtes Betriebsarchiv der Kaliindustrie, VVB Kali AVII, VVB 231, Nr. 2021, unpag.; DAMW-Arbeitskarte (1962) Signatur B 10 1-148/62, 30.6.1962, BArch Berlin, DE4-28140, unpag.; Parteistatistische Erhebung 1939, Friedrich Oehlmann, 5.8.1939, ebd., R9361-II/781033, unpag.; NSDAP-Gaukartei Friedrich Oehlmann, o. D., ebd., R9361-IX KARTEI/31060771.

861 Vgl. Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S.132.

Ionenaustauschers, zur analytischen Bestimmung von Schwermetallen sowie zur Bestimmung von Formaldehyd in Pressmassen entwickelt. Der erste dieser Aufträge hatte zum Ziel, das Verfahren auf die in der DDR vorhandenen Rohstoffe anzupassen, „ohne daß eine wesentliche Verschlechterung in den Arbeitsergebnissen zu verzeichnen ist.“<sup>862</sup>

Die Arbeiten zur „Anwendung von Ionenaustauschern in der analytischen Chemie“ wurden von Februar bis April 1957 durchgeführt. Es handelte sich um „[e]ine Methode, welche es erlaubt[,] kleinste Mengen Kalium aus Natriumsalzen abzutrennen und anschließend zu bestimmen.“<sup>863</sup> Dabei erwies sich ein in der DDR hergestellter Ionenaustauscher aus der Produktion des VEB Agfa in Wolfen als geeignetes Instrument. Für den Zeitraum ab Dezember 1957 wurden weitere Versuche zur Optimierung der Methode durchgeführt. Die Zwischenergebnisse publizierte Oehlmann in der Fachzeitschrift „Plaste und Kautschuk“ unter dem Titel „Zinkbestimmung in Gummiwaren“, denn diese durften einen Metallgehalt von 1% nicht überschreiten.<sup>864</sup> Außerdem wurden sie in der tschechischen Fachzeitschrift „Chemický průmysl“ („Chemische Industrie“) veröffentlicht.<sup>865</sup> In Ergänzung arbeitete die Prüfdienststelle an Laborvorschriften zur analytischen Bestimmung von Schwermetallen. Dieser Auftrag wurde bereits 1956 mit dem Ziel begonnen, den Kupfergehalt in nicht näher bezeichneten „technischen Produkten“ festzustellen. Dem Jahresbericht zufolge bestand auch an diesem Forschungsauftrag großes internationales Interesse, da er den Versuchen zur Zinkbestimmung in Gummiwaren ähnelte. Die im Zuge des Auftrags entwickelte Chemikalie Aminomerkaptan sollte das Verfahren vereinfachen. Die Forschungsergebnisse mit diesem Präparat sollten im Folgejahr in der Fachpresse veröffentlicht werden. Die Bestimmung von Formaldehyd in Pressmassen bzw. in Aminoplasten wurde seit Oktober 1957 in Austausch mit wissenschaftlichen Instituten

---

862 Jahresbericht 1957 der Prüfdienststelle 481 Halle, 10.2.1958, BArch Berlin, DF4-60340, S.1 f.

863 Dieses und die folgenden direkten und indirekten Zitate: Ebd.

864 Oehlmann: Zinkbestimmung in Gummiwaren. Mitteilung aus dem Deutschem Amt für Material- und Warenprüfung, Prüfdienststelle 481, Halle/Saale, in: Plaste und Kautschuk. Zeitschrift für polymere Werkstoffe 4 (1957) S.183 f.

865 Dieses und die folgenden direkten und indirekten Zitate: Jahresbericht 1957 der Prüfdienststelle 481 Halle, 10.2.1958, BArch Berlin, DF4-60340, S.2 f.

der ČSSR bearbeitet. Dabei stand eine von einem tschechischen Wissenschaftler erarbeitete, neuartige Methode auf dem Prüfstand. „Zu klären bleibt jedoch im Rahmen dieses Auftrags, inwieweit sich Alterung der zu prüfenden Masse, sowie Veränderung während der Probenvorbereitung auf die Versuchsergebnisse auswirken.“

Ein weiterer Auftrag betraf die Entwicklung von „Tropenbrauchbarkeitsrichtlinien für Plaste, Elaste und oberflächengeschützte Metalle“. Oehlmann:

Für die Bestimmung der Korrosionseinwirkung gegen Ms 63 [ein Messing, das zu 63 % aus Kupfer besteht, YS] unter verschiedenen Klimabedingungen bei Anlegung einer Gleichspannung wurden an 31 verschiedenen Duroplasten der DDR und der BRD (Einschließlich Hartpapieren und Gewebesorten) und 10 verschiedenen Thermoplasten Untersuchungen durchgeführt.<sup>866</sup>

Auch an dieser Stelle war ein Vergleich der DDR-eigenen Produkte mit Erzeugnissen aus der Bundesrepublik offenbar obligatorisch. Obwohl der Slogan „Plaste und Elaste aus Schkopau“, der die Produkte Thermoplaste und Elastomere des VEB Chemische Werke Buna bewarb, erst in den 1970er Jahren weltberühmt wurde, waren die beiden Stoffe bereits in den 1950er Jahren in der DDR gängige Materialien. In dieser Zeit fehlte es besonders an Alltags- und Konsumgütern, da die großen Produzenten sich verstärkt der ertragreicheren Schwerindustrie zuwandten und ihre Ressourcen vorrangig für Aufträge aus diesem Industriebereich verwandten. Zahlreiche Haushaltsgegenstände wurden infolgedessen aus Kunststoff hergestellt:

Die Bevölkerung nahm zunächst an, bei den Haushaltsgegenständen aus Plastik handele es sich um minderwertige Ersatzstoffe, deren Gebrauchseigenschaften hinter denen herkömmlicher Materialien wie Email, Aluminium, Chrom oder Stahl zurückblieben. Mit dem Motto ‚Plaste...das Wunder der Chemie‘ sollte dem Misstrauen der Bevölkerung gegen die neuen Werkstoffe begegnet werden [...].<sup>867</sup>

---

866 Jahresbericht 1957 der Prüfdienststelle 481 Halle, 10.2.1958, BArch Berlin, DF4-60340, S. 3.

867 Kaminsky: Wohlstand, 2001, S. 64.

Um verschiedene Objekte hinsichtlich ihrer Beständigkeit im tropischen Klima zu testen, wurden zwei Klimakammern in der Prüfdienststelle eingerichtet, darunter eine Aerosol-Sprühkammer. Bevor diese vorhanden waren, behalf man sich mit Untersuchungen dieser Art in Gewächshäusern, was aber bemängelt wurde, da sich die klimatischen Bedingungen von Gewächshäusern und tropischen Erdregionen nicht ausreichend ähnelten. Bei der Prüfung von Metallerzeugnissen stand erneut die Korrosionsfestigkeit im Fokus. Bewertet wurden die Werkstücke ausschließlich nach visuellen Bewertungskriterien. Dazu wurden die Kunststoffe hinsichtlich ihres Dauerstandverhaltens unter fortwährender Biegung bzw. mechanischer Belastung sowie tropischem Klima untersucht. Im Anschluss daran war ein Belastungstest unter dauerhaften Schwingungen vorgesehen. Allerdings wurden die Untersuchungen auch hier durch Versorgungsengpässe verzögert.

Zur Prüfung der Korrosionswirkung des Messings Ms 63 lag bereits die DIN-Norm 53 489 vor, die im April 1957 publiziert worden war. Die Zwischenergebnisse des Forschungsauftrags, der bisher unter den gleichen klimatischen und spannungstechnischen Bedingungen wie die Versuche des DNA durchgeführt worden war, stimmten mit der DIN-Vorgabe überein. Darüber hinaus erfolgten Versuche „über das Kriechverhalten von Kunststoffen mittels Durchbiegung bei einseitiger Belastung“.<sup>868</sup> Da die Belastung der Proben auf 50 % der möglichen Bruchlast erhöht wurde und dazu neue Instrumente erforderlich waren, die erst konstruiert werden mussten, wurden die Versuche unterbrochen. Problematisch gestaltete sich der Fortschritt der Versuchsreihe durch den regelmäßigen Ausfall der Klimakammern. Erschwerend kam hinzu, dass der zuständige Wissenschaftler, Herr Stierand, „der die gesamten Arbeiten auf dem Gebiete des organischen Oberflächenschutzes durchführte, [...] illegal das Gebiet der DDR [verlassen hatte, YS].“<sup>869</sup> Aufgrund dieser Hindernisse wurde die Weiterarbeit an diesem Forschungsauftrag im Jahr 1958 zunächst unterbrochen.

Die Übersicht über Anzahl und Standorte der Prüfdienststellen bzw. der Fachgruppen verdeutlicht, dass die Industriesparten Maschinenbau/Metallurgie, Textilwaren und Technische Industrie

---

868 Vgl. Jahresbericht 1958 der Prüfdienststelle 481 Halle, 7.2.1959, BArch Berlin, DF4-61425, S. 3.

869 Ebd., S. 4.

auch während des zweiten Fünfjahrplans der DDR im Fokus der wirtschaftlichen Entwicklung standen. Infolgedessen waren auch entsprechende Prüfdienststellen in größerem Umfang vorhanden. Während des in diesem Teilkapitel untersuchten Zeitraums benannten die Prüfdienststellenleiter offen Mängel, die die Arbeit des DAMW behinderten. Sie thematisierten ebenfalls das Fehlen geeigneter Fachliteratur sowie Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Laborinstrumenten und -geräten, die häufig zu Verzögerungen führten. Die auf ähnlichen Gebieten tätigen Forschungseinrichtungen halfen den betroffenen Prüfdienststellen mit Leihgaben von Prüfinstrumenten aus. Auch das Zusammenwirken bei der Bearbeitung von Forschungsaufträgen zum Abgleich von Forschungsergebnissen mit anderen Prüfdienststellen und der Industrie sowie mit internationalen Instituten belegt die besondere Position des DAMW.

Mit der Umstrukturierung des Amtes 1958 sollte es sich entsprechend der Ziele des zweiten Fünfjahrplanes stärker seinen wissenschaftlichen Aufgaben widmen. Dazu sollte es in weiten Teilen von der Durchführung der Prüfarbeit entbunden und die Kapazitäten in den Prüfdienststellen auf die Bearbeitung von Forschungsaufträgen verwandt werden. Diese Entwicklung entspricht zwar der Typisierung von Barlösius von Ressortforschungseinrichtungen als „forschende Behörden“.<sup>870</sup> Allerdings unterstützten die Ergebnisse der Forschungsaufträge der Prüfdienststellen weiterhin in erster Linie die Industrie bzw. der Produktentwicklung und -verbesserung. Die Festlegung von Prüfzentren beispielsweise für den Bereich Metallurgie und Maschinenbau am Standort Magdeburg und für die Technische Chemie in Halle belegt, dass das Amt an einer engeren Beziehung zu den Herstellungszentren und damit u. a. an kurzen Wegen zu den Herstellern interessiert war. Nicht zuletzt sollte die „politische Festigung“ der Mitarbeiter die Ausreisezahlen senken und einen umfangreichen und vor allem kompetenten Mitarbeiterstab sichern.

Während der Laufzeit des zweiten Fünfjahrplans der DDR gewann das DAMW auch im Bereich der militärischen Forschung an Bedeutung. Dabei wuchs das Interesse daran nicht nur von Seiten des Amtes bzw. der Prüfdienststellen selbst. Vielmehr erfolgten konkrete Arbeitsaufträge dieser Art spätestens ab 1958 direkt von der

---

870 Vgl. Barlösius: Zwischen Wissenschaft und Staat?, 2008, S. 7.

SED-Regierung. Die dazu eingerichtete Prüfdienststelle arbeitete zunächst unter größter Geheimhaltung in Altenburg und ging dann 1968 in einer amtlichen Dienststelle der NVA auf. Entgegen allen offiziellen Verlautbarungen wurde hier bereits in einem frühen Stadium intensive militärische Forschung z. B. bzgl. der Wirkung von Kampfstoffen auf bestimmte Textilien in Zusammenarbeit mit anderen wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der DDR durchgeführt.

Obwohl das DAMW versuchte, durch die Bearbeitung der Forschungsaufträge einen Beitrag zur Verbesserung der Qualität von DDR-eigenen Produkten zu leisten, trug die Planwirtschaft auch in diesem Zeitraum nicht die gewünschten Früchte. In den Jahresberichten wurde weiterhin Schwierigkeiten und Verzögerungen thematisiert, die direkt auf das politische bzw. wirtschaftliche System der DDR zurückzuführen waren. Die Ziele des zweiten Fünfjahrplans konnten nicht erreicht werden, und die Versorgung der Bevölkerung mit Alltagsgütern war weiterhin denkbar schlecht, denn der wirtschaftliche Fokus lag mehr auf der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie als auf der Subventionierung der Textil- und Lebensmittelproduktion sowie der Landwirtschaft.<sup>871</sup> Besonders bei den Lebensmitteln reduzierte sich das Angebot stark: Bestimmte Produkte konnten nur über Wartelisten bezogen werden. Teilweise konnten Waren gar nicht mehr ausgeliefert werden. „Trotz aller Verbesserungen hatte sich ein Problem als kurzfristig kaum lösbar erwiesen: Die produzierten Waren reichten nicht für eine flächendeckende Versorgung der gesamten DDR aus.“<sup>872</sup> Das Ziel, den westdeutschen Lebensstandard zu erreichen, scheiterte aufgrund dieser Mangellage.<sup>873</sup> Nachdem dieses erneute Scheitern auch in Regierungskreisen erkannt worden war, wurde der Wirtschaftsplan rückwirkend zum Oktober 1959 abgebrochen und durch einen Siebenjahrplan ersetzt. Die Schwerpunkte dieses Plans und des darauffolgenden NÖS werden im folgenden Teilkapitel mit den Arbeitsthemen der in diesen Bereichen tätigen Prüfdienststellen des DAMW in Beziehung gesetzt.

---

871 Vgl. Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S.102 f.

872 Kaminsky: Wohlstand, 2001, S. 37.

873 Vgl. Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S.119.



## 8 Das DAMW als zentrales staatliches Organ<sup>874</sup> für die Material- und Warenprüfung im Siebenjahrplan und NÖS bis 1964

Der von der Volkskammer der DDR beschlossene Siebenjahrplan begann realiter 1960, wurde aufgrund des Scheiterns des Zweiten Fünfjahrplans aber bereits rückwirkend 1959 aktiviert. In dessen Laufzeit fallen nicht nur die diesem Plan verbundenen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen, sondern auch allgemein-politische Zäsuren wie der Mauerbau 1961 und der sich verschärfende Ost-West-Konflikt, etwa die Kuba-Krise 1962. Auch für das DAMW waren die frühen 1960er Jahre aufgrund einiger struktureller Veränderungen von zentraler Bedeutung. Im vorliegenden Kapitel werden diese Veränderungen erläutert und eingeordnet. Außerdem wird die Arbeit des Amtes am Beispiel einiger Prüfdienststellen, zu denen besonders viel Material vorliegt, während des Siebenjahrplans bzw. des NÖS exemplarisch dargestellt. Dabei soll die Frage beantwortet werden, wie es während dieses Zeitraums mit der Bearbeitung von Forschungsaufträgen die Industrie in der Produktentwicklung und -herstellung unterstützte.

Für die weitere Entwicklung des DAMW in den 1960er Jahren waren zwei Faktoren bedeutsam. Bezeichnend war erstens der Aufstieg zum „zentrale[n] Organ für die Koordinierung aller Aufgaben der Qualitätskontrolle, das auch die Grundsätze der TKO-Arbeit zu bestimmen hat.“<sup>875</sup> Dies geschah durch die Verordnung über die staatliche Material- und Warenprüfung der DDR vom 8. September 1960.<sup>876</sup> Hinzu kam zweitens die 1962 erfolgte direkte Unterstellung des Amtes

---

874 Diese Bezeichnung folgt dem Manuskript: Formen und Methoden des Kampfes um hohe Qualität in der DDR, von Prof. Dr. habil. Helmut Lillie, 23.7.1964, BArch Berlin, DF5-3192, unpag., S. 5

875 Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 133.

876 Vgl. ebd.

unter den Ministerrat der DDR. Präsident Lillie war damit von nun an dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzenden der SPK, Erich Apel,<sup>877</sup> direkt verpflichtet. Jablonski:

Anlass war die Verwirklichung der Beschlüsse des V. Parteitages der SED, der gefordert hatte, jeden Produktionsprozess so zu gestalten, dass mit dem geringsten Aufwand an Arbeitskraft, Zeit und Material die höchste Steigerung der Arbeitsproduktivität und zugleich bei geringstmöglichen Kosten die höchste Qualität der Erzeugnisse erreicht wird.<sup>878</sup>

---

877 Dr. rer. oec. Erich Hans Apel (3.10.1917 in Judenburg-3.12.1965 in Berlin (Ost)), 1937–1939: Studium an der Ingenieurschule Ilmenau, 1939: Maschinenbauing., 1939–1940: Militärdienst, u. a. Dienstverpflichtung in der Heeresversuchsstelle Peenemünde, 1943: Leiter eines Entwicklungsbetriebes in Peenemünde, Versetzung nach Breslau, 1944: Freistellung, leitende Tätigkeit bei einem zivilen Zulieferer der Heeresversuchsstelle (Linke-Hoffmann-Werke), 1945: Technischer Leiter der Linke-Hoffmann-Werke, Organisation des Umzugs des Unternehmens in die Nähe von Nordhausen, 1946: SPD, 1946: Dienstverpflichtung durch die SMAD in Nordhausen bzw. als Haupting. und stellv. Werksleiter bei der Sowjetisch-Technischen Kommission in Bleicherode, bis 1952: Dienstverpflichtung als Obering. und Leiter eines Forschungsbetriebs in der UdSSR, nach der Rückkehr 1952: Abteilungsleiter für Forschung und Technik in der Hauptverwaltung Schwermaschinen des Ministeriums für Maschinenbau, 1952: FDGB und DSF, 1953–1958: Politische Laufbahn im Staatsdienst, 1955–1958: Minister für Schwermaschinenbau, 1957: SED, 1958: Leiter der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED, 1958: Mitglied des Wiss. Rates für die friedliche Anwendung der Atomenergie beim Ministerrat und Mitglied der Volkskammer, 1960: Mitglied des ZK der SED, 1960: Promotion („Das Chemieprogramm der Deutschen Demokratischen Republik. Ein wichtiger Faktor im ökonomischen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus“), 1961–1962: Kandidat des Politbüros bzw. Sekretär des ZK der SED, 1962: Mitglied des Forschungsrats und ab August 1962 Mitglied des Präsidiums des Ministerrats, 1963–1965: Vorsitzender der SPK und Stellv. Vorsitzender des Ministerrates, vgl. Kaiser und Müller-Enbergs: *Apel, Erich Hans*, in: *Biografische Datenbanken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur*, URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/erich-hans-apel> (Letzter Zugriff: 16.7.2024); *Apel: Das Chemieprogramm der Deutschen Demokratischen Republik. Ein wichtiger Faktor im ökonomischen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus*, Diss., Berlin 1960.

878 Jablonski: *Material- und Warenprüfung*, 2015, S. 61.

Der Ministerrat war das hochrangigste Exekutivorgan und stellte damit laut Verfassung und Staatsordnung die eigentliche „Regierung“ der DDR dar.<sup>879</sup> Mit der direkten Anbindung an dieses Organ wurde dem DAMW die umfassende Zuständigkeit für die Qualitätskontrolle in der DDR übertragen, was als eine Zäsur in der Entwicklung des Amtes gewertet werden kann. In dieser Position war das Amt verpflichtet, verschiedenen politischen Institutionen regelmäßig über die Entwicklung und Maßnahmen zur Steigerung der Produktqualität zu berichten. Dazu zählten der Ministerrat der DDR, die SPK und die Industriezweigleitungen der VVB, die als branchenspezifische Zusammenschlüsse einzelner VEB fungierten, außerdem der Volkswirtschaftsrat (VWR), der als zentrales staatliches Organ ebenfalls dem Ministerrat unterstand.<sup>880</sup>

Der VWR ging 1961 aus den aus der SPK herausgelösten Hauptabteilungen für Industrie und Materialversorgung hervor.<sup>881</sup> Denn besonders diesen Abteilungen war das Scheitern der bisherigen Wirtschaftspläne angelastet worden. In seiner Ausgestaltung glich der VWR seinem sowjetischen Vorbild, das seit 1957 enormen Einfluss auf die Entwicklung der Industrie ausübte:

Dem VWR der DDR fiel als ‚zentrales Organ des Ministerrates‘ die Aufgabe zu, die staatliche Industrie zu leiten, Grundsatzfragen der örtlichen Industrie, des Handwerks sowie der Dienstleistungsbetriebe auszuarbeiten sowie den Entwurf für den Jahresvolkswirtschaftsplan der Industrie vorzubereiten.<sup>882</sup>

---

879 Für weitere Informationen zum Ministerrat der DDR siehe Lapp: Der Ministerrat der DDR, 1982. Angemerkt werden muss, dass es sich hier um eine Publikation eines westdeutschen Autors handelt, dem die Quellen des Ministerrats nicht vollumfänglich zugänglich waren.

880 Vgl. Grundsätze der Arbeit des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, 31.7.1963, BArch Berlin, DE1-54921, unpag., S. 3.

881 Vgl. Ludz: DDR-Handbuch, 1975, S. 1144.

882 Malycha: Die Staatliche Plankommission, 2016, S. 84. Für weitere Informationen zum VWR siehe ebenfalls diesen Aufsatz.

Er übernahm von der SPK die Aufsicht über die Industrie der DDR, bis er 1965 u. a. aufgrund von Differenzen hinsichtlich der wirtschaftlichen Weisungsbefugnis aufgelöst wurde.<sup>883</sup> Dem VWR waren außerdem die VVB unterstellt, und es war seine Aufgabe, deren Arbeit zu überwachen und sich im Bedarfsfall, z. B. wenn gravierende Qualitätsmängel festgestellt wurden, in die laufende Produktion einzuschalten. Aus den genannten Kompetenzen ergab sich ein andauernder Konkurrenzkampf des VWR mit der SPK, der aufgrund ungeklärter Zuständigkeiten immer wieder aufflammte.<sup>884</sup>

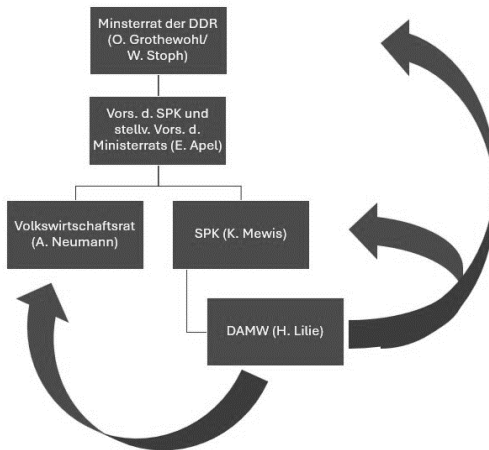


Abb. 13: Vereinfachte Darstellung der behördlichen Anbindung des DAMW 1962. Die Pfeile symbolisieren die Berichtspflicht des Amtes. (Erstellt auf Grundlage von Schenk: *Magie der Planwirtschaft*, 1960, S. 43.)

883 Vgl. Sattler: Artikel „Staatliche Plankommission“, URL: [https://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/s/Staatliche\\_Plankommission\\_\(SPK\).html#:~:text=Staatliche%20Plankommission%20\(SPK\),die%20Bezirks%2D%20und%20Kreisplanungskommissionen%20st%C3%BCtzen](https://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/s/Staatliche_Plankommission_(SPK).html#:~:text=Staatliche%20Plankommission%20(SPK),die%20Bezirks%2D%20und%20Kreisplanungskommissionen%20st%C3%BCtzen) (Letzter Zugriff: 16.2.2024).

884 Vgl. Malycha: *Die Staatliche Plankommission*, 2016, S. 84 f. Erinnerungen an seine Zeit im VWR als Stellvertreter für Erzbergbau, Metallurgie und Kali verfasste Kinne: *Erinnerungen*, 2018.

Das DAMW sollte den VWR hinsichtlich aller Qualitätsfragen unterstützen und ihn laufend über die Qualität der industriellen Erzeugnisse in Form von Monats- und Halbjahresberichten inklusive Angaben über die durchgeführten Einzelprüfungen und Betriebskontrollen sowie Quartalsanalysen informieren. Darüber hinaus war das Amt angehalten, dem VWR Unternehmen mit sehr guten und sehr schlechten Produktionsergebnissen zu nennen. Zur Intensivierung der Arbeit der dem DAMW unterstellten TKO erteilte der VWR sein Einverständnis, in der Industrie Kontrollbeauftragte oder DAMW-Mitarbeiter zur Leitung der TKO und/oder Zwischenkontrollstellen in den VEB einzusetzen.<sup>885</sup>

Außerdem erhielt das Amt neben der Prüf- und Forschungsarbeit die Aufgabe, Einfluss auf die wirtschaftlichen Planungen zu nehmen, zu denen u. a. die Jahres- und Perspektivpläne der DDR gehörten.<sup>886</sup> In dieser Funktion arbeitete es in Folge der direkten Anbindung an den Ministerrat eng mit den VVB, verschiedenen Ministerien und Ressortforschungseinrichtungen wie dem DAM und dem AFS zusammen.<sup>887</sup>

Unter dem Motto „anleitende Kontrolle“<sup>888</sup> wurden 1960 neue und bereits bestehende Aufgabenbereiche des Amtes beschrieben und seine Programmatik präsentiert:

1. Es führt die staatliche Gütekontrolle und die Prüfung aller Erzeugnisse der Industrie und des Handwerks auf der Grundlage verbindlicher Standards und anderer Güte- und Prüfvorschriften durch, bestimmt und überwacht die ordnungsgemäße Qualitätskennzeichnung dieser Erzeugnisse.

---

885 Vgl. Vereinbarung zwischen dem Volkswirtschaftsrat der DDR und dem DAMW, o. D., BArch Berlin, DE1-53021, S. 2–4.

886 Vgl. Grundsätze der Arbeit des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, 31.7.1963, BArch Berlin, DE1-54921, S. 1; Lillie: Qualitätskontrolle, 1966, S. 19.

887 Vgl. Grundsätze der Arbeit des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, 31.7.1963, ebd., S. 3; Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Arbeitsordnung, 1.7.1962, ebd., DF5-3035, unpag.

888 Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR: Zehn Jahre, 1960, S. 42 f.

2. Das DAMW organisiert das Prüfwesen auf dem Gebiet der industriellen und handwerklichen Produktion. Es trifft alle Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung der Güte der Erzeugnisse.
3. Das DAMW nimmt die Interessen der Deutschen Demokratischen Republik in internationalen Organisationen und Organen auf dem Gebiete der Material- und Warenprüfung wahr.
4. In der Zusammenarbeit mit den zuständigen zentralen Arbeitskreisen für Forschung und Technik stellt es Forderungen für die Bearbeitung von Entwicklungen.
5. Es ist berechtigt, unabhängig vom Vorschlag des Herstellers Garantieleistungen festzulegen.
6. Das DAMW nimmt Einfluß bei den Preisbildungsorganen dann, wenn Erzeugnisse unterhalb der Mindestgütegrenze liegen.
7. Es ist ermächtigt, volkseigene Betriebe und andere Institutionen mit der Durchführung der Material- und Warenprüfung zu beauftragen.
8. Es fertigt Gutachten mit Anspruch auf öffentlichen Glauben aus.
9. Das DAMW ist das zentrale Organ für die Koordinierung der Aufgaben der Qualitätskontrolle, für die Aufgaben der TKO der Betriebe, für die Aufgaben der Güteinspektion des Handels sowie anderer zuständiger staatlicher Organe.<sup>889</sup>

Die ausgestellten Prüfzeugnisse stellten offiziell gültige Dokumente dar und die Produktionsbetriebe hatten den aus ihnen hervorgehenden Anweisungen Folge zu leisten. Als Dienstleistung für die Bevölkerung der DDR sowie für die Industrie konnte das DAMW eigenständig Garantieleistungen bestimmen und stand somit auch dem Reklamationswesen in der DDR vor. In Ergänzung dazu war das Amt nach einer eigenen Grundsatzerklärung bzgl. der amtseigenen Aufgaben aus dem Jahr 1963 berechtigt,

---

889 Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR: Zehn Jahre, 1960, S. 42 f.

bei Verletzungen der gesetzlichen Qualitätsbestimmungen und bei Nichtdurchführung von Auflagen [...] die Verantwortlichen von Betrieben und Institutionen persönlich zu belangen, [...] [und, YS] Ordnungsstrafen bis zu einer Höhe von 500,- DM [Ost, YS] zu erteilen.<sup>890</sup>

Die wirtschaftliche Lage Ende der 1950er bzw. zu Beginn der 1960er Jahre war u. a. durch das Investitionsprogramm der DDR für die Schwerindustrie zu Beginn des Siebenjahrplans indes kritisch. Die UdSSR hielt versprochene Rohstofflieferungen nicht ein, was das Wachstum der Volkswirtschaft der DDR bremste und die sich daher weiter verschlechternde Versorgung der Bevölkerung mit Alltagsgütern führte zu einer verstärkten Abwanderung in den Westen.<sup>891</sup> Da die Bundesrepublik im dritten Quartal des Jahres 1960 mit der Beendigung der innerdeutschen Handelsbeziehungen gedroht, diese aber letztendlich nicht umgesetzt hatte, ergänzte sie eine Widerrufs Klausel im innerdeutschen Handelsabkommen. Diese Maßnahme bewegte die SED-Parteiführung, ihre Bemühungen für eine endgültige „Störfreimachung“, also den Stop von Importen von Waren und Rohstoffen aus Westdeutschland zu intensivieren.<sup>892</sup> Diese Maßnahme stellte die DDR allerdings vor mehrere Probleme: Nicht nur war damit der Zugang zu dringend benötigten Rohstoffen aus der Bundesrepublik blockiert. Zudem konnten keine wertvollen bundesrepublikanischen Devisen mehr eingenommen und die Möglichkeiten, die technischen Errungenschaften des Westens für eigene Zwecke zu beschaffen, fehlten von nun an. Ulbrichts Lösungsansatz bestand in der Vertiefung der Handelsbeziehungen mit bzw. Importen aus der UdSSR, die im Gegenzug die wirtschaftspolitische Ausrichtung an die eigenen Ziele verlangte. Nach außen erklärte Ulbricht diesen Umschwung jedoch als aktive Autarkiebestrebung, Befreiung von der Abhängigkeit von der Bundesrepublik und Schulterschluss mit dem sowjetischen „Bruderstaat“.<sup>893</sup>

---

890 Grundsätze der Arbeit des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, 31.7.1963, BArch Berlin, DE1-54921, unpag., S. 6.

891 Roesler: Jedes Mal existenzgefährdend?, 2007, S. 162–164.

892 Siehe zum innerdeutschen Handel z. B. Krewer: Geschäfte, 2008.

893 Vgl. Wettig: Chruschtschows Berlin-Krise, 2006, S. 109 f.

Die Folgen der Einstellung von Importen verschiedener Waren und Rohstoffe aus dem westlichen Ausland waren enorme wirtschaftliche Verluste sowie die weitere Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung. Diese Entwicklung erreichte im ersten Halbjahr 1961 ihren Tiefpunkt.<sup>894</sup> Die daraus resultierende Fokussierung der DDR-Wirtschaft auf die eigenen Erzeugnisse stellte eine doppelte Herausforderung dar: Die Wirtschaftspolitik führte in eine Krise, die eine große Fluchtwelle auslöste, was wiederum die angespannte Wirtschaftslage noch weiter verschlechterte. Die SED-Führung sah ein, dass die bisher praktizierte Planwirtschaft nicht zuletzt deshalb gescheitert war, weil der Lebensstandard der Bevölkerung nicht verbessert und damit ein wichtiges Versprechen der Partei nicht eingehalten werden konnte.<sup>895</sup> Als verantwortliche Stelle für diese Misere machte die Staats- und Parteiführung der DDR schnell die SPK aus, da diese, nachdem die Industrieministerien aufgelöst worden waren, hinsichtlich ihrer komplexen Strukturen und enormen Größe an Reaktionsschnelligkeit nachgelassen hatte.<sup>896</sup>

Die vollständige Schließung der Grenzen der DDR, die schließlich im August 1961 erfolgte, war der von der SED ersonnene „außerökonomische[ ] Weg, die Fluchtbewegung zu unterbinden und damit die [wirtschaftliche, YS] Planung wieder kalkulierbar zu machen.“<sup>897</sup> Sie stellte aus Sicht der Parteiführung die notwendige Grundlage für weitere Maßnahmen zur Stabilisierung bzw. Reform der DDR-Wirtschaft sowie der Untermauerung staatlicher Souveränität dar. Gegenüber der UdSSR wurde das Vorgehen vorrangig aus ökonomischen Gründen legitimiert.<sup>898</sup> Ungeachtet der Probleme in der Industrie und bei der Versorgung der Bevölkerung mit Alltagsprodukten, die während und infolge der früheren Wirtschaftspläne durch die fokussierte Förderung der Investitionsgüter entstanden waren, wurde diese auch während des Siebenjahrplans nicht reduziert. Eine Neuerung stellte in den frühen 1960er Jahren der verstärkte Ausbau der technologischen

---

894 Vgl. Roesler: Jedes Mal existenzgefährdend?, 2007, S.162–164.

895 Vgl. Steiner: Möglichkeiten und Grenzen, 2007, S.143 f.

896 Vgl. Bähr: Blockaden, 2016, S.406 f.

897 Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S.122.

898 Vgl. ebd.

Neuentwicklungen dar.<sup>899</sup> In den Mittelpunkt rückte nun vor allem die Elektrotechnik.<sup>900</sup> Die Alltagsgüter- und die Lebensmittelproduktion blieb trotz der großen Mängel weiterhin benachteiligt.<sup>901</sup>

Abgesehen vom Ende der Absetzbewegung der Bevölkerung in Richtung Westen durch die endgültige Schließung der Grenzen konnten die wirtschaftlichen Probleme der DDR jedoch nicht gelöst werden. Eine Weiterführung des Siebenjahrplans war unmöglich. Daher erfolgte 1963 auf Beschluss des VI. Parteitags der SED die Einführung des NÖS. Dessen Ziel war es, wie DAMW-Präsident Lilie 1966 konstatierte, den internationalen „wissenschaftlich-technischen Höchststand[ ]“ nicht nur zu erreichen, sondern auch nachhaltig mit den eigenen Produkten zu prägen.<sup>902</sup> Der Begriff fußte allerdings auf DDR-intern festgelegten Standards bzw. die Wirtschaftsführung der SED bestimmte, welche Kriterien diesen Höchststand bedingten. So sollte der Bevölkerung suggeriert werden, dass auch die DDR Produkte auf dem Qualitätsniveau westlicher Staaten herstellen konnte. Um diesen Höchststand zu erreichen, sollte der Fokus nun nicht mehr auf der massenhaften Produktion, sondern auf der Fertigung von qualitativ hochwertigen Produkten liegen. Die für deren Herstellung benötigten Rohstoffe waren für die DDR allerdings teilweise nur schwer zugänglich. Das Prinzip der Tonnenideologie sollte darum endgültig abgeschafft werden. Die Leistung der Wirtschaft wurde nicht mehr durch die Bruttonproduktion bewertet, sondern anhand des Gewinns. Je höher dieser Gewinn war, desto höher fielen die Prämien für Mitarbeiter und Leitung der Unternehmen aus.<sup>903</sup>

Das DAMW erkannte im NÖS einen eindeutigen Arbeitsauftrag zur „Sicherung eines ständig steigenden Qualitätsniveaus der Produktion, das einen maximalen gesellschaftlichen Nutzeffekt hervorbringt“ sowie zur Unterstützung des Aufbaus des Sozialismus.<sup>904</sup> Lilie erklärte seine Einschätzung dazu in einem Artikel in der „Einheit“. Er führte

---

899 Vgl. Boldorf: Planwirtschaft, 2016, S. 187.

900 Vgl. Bähr: Entwicklung und Blockaden des Planungssystems für Forschung und Technik, S. 399.

901 Vgl. Boldorf: Planwirtschaft, 2016, S. 188.

902 Vgl. Lilie: Qualitätskontrolle, 1966, S. 17.

903 Vgl. Steiner: Möglichkeiten und Grenzen, 2007, S. 144 f.

904 Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik: Qualitätskontrolle, 1964, S. 25.

darin aus, dass das DAMW im NÖS eng mit der Industrie zusammenarbeiten solle, um eines der wirtschaftspolitischen Ziele, die Herstellung qualitativ hochwertiger Waren gewährleisten zu können. Er kritisierte jedoch einerseits deren widerständige Haltung gegenüber der Arbeit des Amtes sowie mangelndes Interesse an Kooperation. Andererseits erklärte er, dass das Amt durchaus Sanktionen gegenüber den VVB verhängen würde, wenn Produktionsvorschriften und Qualitätskriterien nicht eingehalten würden und erhöhte damit den Druck auf die Industrie.<sup>905</sup>

Als für die Materialprüfung und Gütekennzeichnung in der DDR zuständige staatliche Stelle erhielt das DAMW ab 1963 eine weitere Aufgabe. Es sollte von nun an auf der Leipziger Mustermesse in Kooperation mit dem dortigen Messeamt aus DDR-interner Sicht qualitativ hervorragende Exponate in- und ausländischer Aussteller mit Goldmedaillen und dazugehörigen Zertifikaten auszeichnen.<sup>906</sup> Die Auszeichnung besonderer Produkte war bereits auf anderen internationalen Messen eine gängige Praxis, die nun auch in Leipzig umgesetzt wurde.<sup>907</sup> Die Messe stellte für die DDR grundsätzlich, aber nach der Abschottung durch den Mauerbau ganz besonders, „das internationale Aushängeschild einer Staats- und Parteiführung [dar], die um Anerkennung im Ausland und Legitimation im eigenen Land rang.“<sup>908</sup>

Den Erläuterungen Lilies entsprechend sollten dort jene „technische[n] Erzeugnisse, die den wissenschaftlich-technischen Höchststand darstellen [...] und Konsumgüter von hervorragender Qualität“ prämiert werden.<sup>909</sup> Er erklärte 1965 anlässlich des Messejubiläums den Ablauf der Produktprüfung. Für die Prämierung war zunächst

---

905 Vgl. Lilie: Die Qualität sichern und steigern, 1964, S. 13.

906 Vgl. Rudolph und Wüstenhagen: Große Politik, 2006, S. 9. Zur Leipziger Messe siehe auch: Brinkmann: Fenster zur Welt, 1999; Leipziger Messe GmbH: MM wie Mustermesse, 2021; Rembold: Staatsinteresse, 2003; Blume: Die Geschichte, 2023. Dass das DAMW als staatliche Stelle für die Material- und Warenprüfung der DDR für die Vergabe der Goldmedaillen zuständig war, bleibt in allen Arbeiten unerwähnt.

907 Vgl. Fuhrmann u. A.: Material- und Warenprüfung, 2010, S. 114.

908 Rudolph und Wüstenhagen: Große Politik, 2006, S. 9. Kursivsetzung aus Original übernommen.

909 Lilie: „Internationaler Wettbewerb der Spitzenerzeugnisse – Goldmedaillen und Diplome auf den Leipziger Messen“, in: Sonderausgabe der Zeitschrift „Die Wirtschaft“ anlässlich der Leipziger Jubiläumsmesse im Frühjahr 1965, o. D., BArch Berlin, DF5-3192, unpag., S. 1 f.

ein Antrag erforderlich, den interessierte Aussteller bereits einige Wochen vor Beginn der Messe stellen mussten. Neben dem Produkt selbst mussten ausreichend Informationsmaterial sowie Werbeprospekte und weitere technische Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Über die Prämierung beriet sich ein Komitee, das sich aus Friedrich Engemann<sup>910</sup>, dem Präsidenten des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen, Dr. Joachim Hemmerling<sup>911</sup>, der ein Nachfolger Rüffles in diesem Amt war, einem Stellvertreter des Staatssekretariats für Forschung und Technik, dem Generaldirektor des Messeamtes Leipzig, Kurt Schmeißer<sup>912</sup>, sowie aus weiteren branchenbezogenen Experten

- 
- 910 Friedrich Engemann (13.5.1898 in Meuselwitz-24.1.1970 in Halle/Saale), nach 1923: Studium für Raumkunst und Kunstkritik an der Kunstgewerbe-Akademie in Dresden, 1927-1933: Lehrtätigkeit an den Gewerblichen Berufs- und Fachschulen, gleichzeitig Immatrikulation am Bauhaus in Dessau und Berlin, im Anschluss Studium und Lehrtätigkeit am Bauhaus, 1933: NSDAP, bis 1939: Leiter der Abteilung Holz an den Technischen Lehranstalten in Dessau, 1948: Institut für künstlerische Werkgestaltung Halle/Saale, Burg Giebichenstein bzw. Hochschule für industrielle Formgestaltung Halle - Burg Giebichenstein, 1958: Prorektor für Forschung und Bildung der Hochschule, ab 1962: Vorstandsvorsitzender des Rates für Industrieform, vgl. Biografie Friedrich Engemann, URL: <https://bauhauskooperation.de/wissen/das-bauhaus/koepfe/biografien/biografie-detail/person-Engemann-Friedrich-299> (Letzter Zugriff: 2.4.2024); ND: Goldmedaillen für Industrieformer. Rat für Industrieform beim Ministerium für Kultur gebildet, in: Neues Deutschland, 14.9.1962, S. 4. Zum Rat für Industrieform siehe Rubin: *Synthetic socialism*, 2008, hier besonders das Teilkapitel „The AiF and the DAMW“, S. 201-207. Dort wird die Verbindung des DAMW zur industriellen Formgestaltung in der DDR erläutert.
- 911 Dr. oec. Joachim Hemmerling (1926-?), 1955: Promotion („Das Allgemeine Vertragssystem – ein Mittel zur Aufstellung und Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes bei der Leitung der volkseigenen Industriebetriebe in der Deutschen Demokratischen Republik“), 1956: Stellv. Leiter des Staatl. Vertragsgerichts und Direktor des Instituts für Staats- und Rechtstheorie an der HU Berlin, 1961-1990: Präsident des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen, vgl. Kaden: Hemmerling, Joachim, 1996, S. 299; Hemmerling: *Das Allgemeine Vertragssystem. Ein Mittel zur Aufstellung und Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes bei der Leitung der volkseigenen Industriebetriebe in der Deutschen Demokratischen Republik*, Diss., Berlin 1955.
- 912 Kurt Schmeißer (1909-20.5.1982), 1962-1971: Generaldirektor des Messeamtes Leipzig, zuvor über zehn Jahre im Außenhandel für die DDR tätig, u.a. Leiter der Außenhandelsunternehmen Glas und Keramik

zusammensetzte. Die Leitung des Prüfausschusses lag beim Präsidenten des DAMW, der zusammen mit dem Direktor des Leipziger Messeamtes über eine Auszeichnung entschied.<sup>913</sup>

Das Verfahren war im Allgemeinen folgendes: Zunächst sichtete der Ausschuss das eingereichte Informationsmaterial und wertete es anschließend aus. Um eine Goldmedaille für ein Produkt zu erhalten, musste diesem „das Qualitätsniveau der Erzeugnisse gegenüber dem Welthöchststand, die besonderen Eigenschaften und die Funktionstüchtigkeit zu entnehmen sein.“<sup>914</sup> Im Anschluss daran wurde das Erzeugnis selbst einer Prüfung durch eine äußerliche Beschau unter Berücksichtigung der Formgestaltung unterzogen. Hier wurden

die Konstruktion, die Kapazität und Produktivität eines Erzeugnisses, der Mechanisierungs- und Automatisierungsgrad, der Anwendungs- und Einsatzbereich, die Formgestaltung, die Arbeitsschutzgüte, der Materialeinsatz und die Verarbeitung

untersucht. Ergänzend wurde geprüft, ob das Produkt bzw. seine Ausarbeitung eine Neuerung gegenüber Erzeugnissen von Mitbewerbern darstellte.<sup>915</sup> Wie für die Gütezeichen für DDR-eigene Produkte wurden

---

sowie Maschinenexport und Handelsrat der DDR in Irak und Schweden, Gründungsmitglied der Kammer für Außenhandel der DDR, Vorstandsmitglied im Ausschuss zur Förderung des Deutschen Handels, lange Zeit Teil des Kollegiums des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handels der DDR, Träger des VVO und anderer staatlicher Auszeichnungen, zuletzt Vorsitzender der Kommission zur Betreuung alter verdienter Parteimitglieder und der SED-Kreisleitung Außenhandel, vgl. ND: Kurt Schmeißer in sein Amt eingeführt, in: Neues Deutschland, 7.11.1962, S. 2; N. N.: Traueranzeige Kurt Schmeißer, in: Ebd., 2.6.1982, S. 7.

913 Vgl. Lilie: „Internationaler Wettbewerb der Spitzenerzeugnisse – Goldmedaillen und Diplome auf den Leipziger Messen“, in: Sonderausgabe der Zeitschrift „Die Wirtschaft“ anlässlich der Leipziger Jubiläumsmesse im Frühjahr 1965, o. D., BArch Berlin, DF5-3192, unpag.; Fuhrmann u. A.: Material- und Warenprüfung, 2010, S. 115.

914 Dieses und das nachfolgende Zitat: Lilie: „Internationaler Wettbewerb der Spitzenerzeugnisse – Goldmedaillen und Diplome auf den Leipziger Messen“, in: Sonderausgabe der Zeitschrift „Die Wirtschaft“ anlässlich der Leipziger Jubiläumsmesse im Frühjahr 1965, o. D., BArch Berlin, DF5-3192, unpag.; S. 6 f.,

915 Vgl. Abschrift: Interview mit Prof. Dr. habil. Lilie in „Die Wirtschaft“, 12.3.1964, ebd., unpag., S. 3.

auch für die Vergabe der Goldmedaillen auf der Leipziger Messe die Kriterien des „wissenschaftlich-technischen Höchststandes“ bzw. „die zur Zeit bekannte höchste Qualität gleichwertiger oder ähnlicher Erzeugnisse“ als Bewertungskriterium angelegt.<sup>916</sup> Diese standen jedoch in keiner Beziehung zu internationalen Standards und waren nach DDR-internen Maßstäben festgelegt worden. Für Produkte aus der DDR war zudem die Devisenrentabilität, also das Verhältnis von Exporterlös und Herstellerpreis, ausschlaggebend für eine Medaille.<sup>917</sup> Abschließend kam es zu einem Bewertungsgespräch mit dem ausstellenden bzw. herstellenden Unternehmen.

Konnte ein Produkt allen Anforderungen gerecht werden, wurde die Goldmedaille zusammen mit einer Urkunde und einer Anstecknadel direkt am Messestand des jeweiligen Unternehmens und im Beisein des entsprechenden Ministers oder dessen Stellvertreters sowie lokalen Vertretern von Politik und Wirtschaft überreicht.<sup>918</sup> Bei Herstellern aus dem Ausland kamen Außenhandelsvertreter oder der jeweiligen Botschafter hinzu. Die Zusammensetzung der bei der Übergabe anwesenden Repräsentanten und Amtsinhaber ließ auf die Bedeutung des Produkts und das Ansehen des Unternehmens in der DDR schließen. Eine finanzielle Bezuschussung erhielt der ausgezeichnete Hersteller nicht.<sup>919</sup> Allerdings war ein Vertreter des Unternehmens eingeladen, sich in das goldene Buch der Messe einzutragen und an Veranstaltungen des Messeamtes sowie dem kulturellen Rahmenprogramm teilzunehmen.<sup>920</sup>

Das Unternehmen war von nun an für einen unbegrenzten Zeitraum berechtigt, das Logo der Goldmedaille auf die Verpackung des ausgezeichneten Produkts und dazugehörige Werbematerialien zu

---

916 Ersetzen: Lilie: „Internationaler Wettbewerb der Spitzenerzeugnisse – Goldmedaillen und Diplome auf den Leipziger Messen“, in: Sonderausgabe der Zeitschrift „Die Wirtschaft“ anlässlich der Leipziger Jubiläumsmesse im Frühjahr 1965, o. D., ebd., unpag.; S. 6 f.

917 Vgl. Fuhrmann u. A.: Material- und Warenprüfung, 2010, S. 115.

918 Vgl. Broschüre „Ehrenzeichen der Leipziger Messe“, Statut, unterzeichnet durch den Generaldirektor des Leipziger Messeamtes, 1.7.1966, BArch Berlin, DA5-11395, unpag.

919 Vgl. Fuhrmann u. A.: Material- und Warenprüfung, 2010, S. 117.

920 Vgl. Broschüre „Ehrenzeichen der Leipziger Messe“, Statut, unterzeichnet durch den Generaldirektor des Leipziger Messeamtes, 1.7.1966, BArch Berlin, DA5-11395, unpag.

drucken. Die Prämierung war in Skandinavien und Westeuropa durchaus anerkannt. Lilie berichtete von ihrer Nutzung durch eine dänische Radiomanufaktur zu Werbezwecken sowie von dem französischen Automobilhersteller Renault, der über die Verleihung der Goldmedaille in seiner Betriebszeitschrift informierte.<sup>921</sup> Auch in Ungarn, der ČSSR und in Italien bewarben Hersteller angeblich mit der Auszeichnung ihre Produkte auf weiteren Messen.<sup>922</sup> Lilie schreibt:

Die Goldmedaillen der Leipziger Messe sind ein sichtbarer Ausdruck höchster Qualität der Erzeugnisse und geben damit dem Käufer eine zusätzliche Orientierung und dem Verkäufer größere Verkaufschancen und einen höheren Gewinn.<sup>923</sup>

Es bestand für einige Erzeugnisse die Möglichkeit, jedes Jahr einen Antrag auf Prüfung zu stellen, daher konnten auch mehrere Medaillen auf Etiketten gedruckt werden.<sup>924</sup> Bestimmte Produkte, z. B. Spirituosen und Kosmetik, konnten allerdings nur alle drei Jahre geprüft werden. Technische Produkte, die bereits ausgezeichnet und deren Eigenschaften nicht abgewandelt worden waren, konnten nur dann prämiert werden, wenn Veränderungen bzw. Optimierungen im Antrag nachgewiesen werden konnten.<sup>925</sup>

In der Mitte der 1960er Jahre veränderte sich allerdings nicht nur das Aufgabenspektrum des DAMW. Es kamen auch einige strukturelle Veränderungen auf das Amt zu. Im Jahre 1964 wurden auf dem erwähnten VI. Parteitag der SED neben der Einführung des NÖS

---

921 Vgl. Lilie: „Internationaler Wettbewerb der Spitzenerzeugnisse – Goldmedaillen und Diplome auf den Leipziger Messen“, in: Sonderausgabe der Zeitschrift „Die Wirtschaft“ anlässlich der Leipziger Jubiläumsmesse im Frühjahr 1965, o. D., ebd., DF5-3192, unpag.

922 Vgl. Abschrift: Interview mit Prof. Dr. habil. Lilie in „Die Wirtschaft“, 12.3.1964, ebd., unpag., S. 2.

923 Lilie: „Internationaler Wettbewerb der Spitzenerzeugnisse – Goldmedaillen und Diplome auf den Leipziger Messen“, in: Sonderausgabe der Zeitschrift „Die Wirtschaft“ anlässlich der Leipziger Jubiläumsmesse im Frühjahr 1965, o. D., ebd., unpag. S. 2.

924 Vgl. Fuhrmann u. A.: Material- und Warenprüfung, 2010, S. 117.

925 Vgl. Lilie: „Internationaler Wettbewerb der Spitzenerzeugnisse – Goldmedaillen und Diplome auf den Leipziger Messen“, in: Sonderausgabe der Zeitschrift „Die Wirtschaft“ anlässlich der Leipziger Jubiläumsmesse im Frühjahr 1965, o. D., BArch Berlin, DF5-3192, unpag.

die Zusammenlegung des DAMW mit dem DAM, der Nachfolgeeinrichtung des DAMG, zum Deutschen Amt für Messwesen und Warenprüfung („DAMW-neu“) beschlossen.<sup>926</sup> Diese erfolgte zum 1. Februar 1964.<sup>927</sup> Präsident Lilie erklärte den Zusammenschluss mit den sich immer weiter annähernden Arbeitsbereichen der Warenprüfung und des Eich- und Messwesens. Auf diese Weise sollte doppelte Arbeit vermieden und ein noch engerer Austausch gewährleistet werden. Seinen Ausführungen zufolge wurde durch die Fusion „eine weitere wichtige Grundlage geschaffen, um die Grundsätze des [...] [NÖS] im Zusammenhang mit dem Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand in der Produktion durchzusetzen.“<sup>928</sup> Unter dem Schlagwort „Warenprüfung“ war nun auch Materialkontrolle verortet, was u. a. durch die Neuausrichtung der Industrieministerien möglich war. Der Buchstabe „M“ im Kürzel DAMW stand nun für das Messwesen. Auf diesem Wege musste die in Wissenschaft, Industrie und Bevölkerung bereits etablierte Bezeichnung nicht verändert werden.<sup>929</sup>

Das neue Amt wurde in je einen Bereich für Maschinenbau, Chemie und Bauwesen, Leichtindustrie, Messwesen und Forschung unterteilt, dem je ein Vizepräsident vorstand.<sup>930</sup> Dabei handelte es sich um Dr.-Ing. Heinz Fritzsche<sup>931</sup> als Leiter der Hauptgruppe Maschinenbau/

---

926 Vgl. Kind: Herausforderung, 2002, S. 40.

927 Vgl. Deutsches Amt für Messwesen und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, An die Staatliche Plankommission, Gruppe Haushalt und Investitionen, Betreff: Analyse über die Erfüllung des Haushaltsplanes 1964, Kap. 869 für den Zeitraum Jan.-Juni 1964, 17.7.1964, BArch Berlin, DE1-50346, unpag., S.1.

928 Leitwort zu den Aufgaben aus dem Inhalt des Mitteilungsblattes des DAMW, von Präsident Helmut Lilie, 9.7.1964, ebd., DF5-3192, unpag., S. 3.

929 Vgl. Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 72 f.

930 Für eine Übersicht über die Bereiche siehe im Anhang den Strukturplan des DAMW, Stand: 1.5.1963 (mit handschriftl. Ergänzungen der PSt.-Nummern und der Namen der Leiter).

931 Dr.-Ing. Heinz Fritzsche (25.12.1927-?), 1944: NSDAP, 1944: Einberufung zur Wehrmacht (Marineschule Heiligenhafen, Matrose), 1948: FDGB und FDJ, 1949: SED, 1952: KdT, 1954: Dipl.-Ing., 1954–1960: Wiss. Assistent und Oberassistent am Institut für Werkzeugmaschinen der TH Dresden, 1960–1961: Leiter des Büros für Entwicklung und Konstruktion im VEB Kompressenbau, Bonnewitz, 1960–1964: Mitgl. der SED-Fakultätsparteileitung, 1962–1963: Forschungsleiter im VEB Zentrale Entwicklung und Konstruktion, Hydraulik, Leipzig sowie Mitglied der Zentralen Partei-

Metallurgie, Prof. Dr. Walter Singer als Leiter Hauptgruppe Chemie/Bauwesen, Textilingenieur Herbert Böhme als Leiter Hauptgruppe Leichtindustrie sowie Hans Jancke als Leiter der Hauptgruppe Messwesen. Insgesamt waren in neun untergeordneten Fachgruppen sechzig Prüfdienststellen und fünfzehn Eichämter tätig. Die Prüfdienststellen blieben in altbekannter Weise weiterhin in der Nähe der entsprechenden Industriezentren verortet, wohingegen die Eichämter aus dem Zuständigkeitsbereich des DAMG kamen und dort jeweils für einen festgelegten Bezirk zuständig waren. Um 1964 übte das „DAMW-neu“ die Aufsicht über die Qualität von 250.000 Produkte aus.<sup>932</sup> Die zuvor fünf Abteilungen des DAM wurden im „DAMW-neu“ im Bereich Forschung bzw. Meßwesen fusioniert. Dort waren Fachabteilungen für Messwesenkontrolle, die Prüfung von Elektrizitäts- und Glasmessgeräten sowie für industrielle Längenmessgeräte und die Eichtechnik zusammengefasst.<sup>933</sup>

Die nachfolgende Übersicht aus dem Jahr 1963 repräsentiert die Branchen der Volkswirtschaft der DDR in Beziehung zur Schwerpunktsetzung des Amtes anhand der Zahl der Prüfdienststellen während des Siebenjahrplans bzw. des NÖS vor der Zusammenlegung mit dem DAM (Tab. 8).

---

leitung, 1963–1965: Vizepräsident des DAMW, Hauptgruppe Maschinenbau, 1964–1965: Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Standardisierung in der KdT, 1965–1967: Präsident des DAMW-neu, 1966: Vorstand des Forschungsrates der DDR, 1967–1970: Stellv. Minister für Wissenschaft und Technik, 1970: Direktor der Zentralinspektion der Technischen Überwachung, 1977–1981: Leiter des staatl. Amtes für Technische Überwachung der DDR, vgl. Kurzbiografie Dr. Ing. Heinz Fritzsche, o. D., BArch Berlin, DF4-4786, unpag.; Kappelt: Braunbuch, 2009, S. 321; Grahn: Fritzsche, Heinz, 1996, S. 200 f.

932 Vgl. Manuskript: Formen und Methoden des Kampfes um hohe Qualität in der DDR, von Prof. Dr. habil. Helmut Lilie, 23.7.1964, BArch Berlin, DF5-3192, unpag., S. 5.

933 Vgl. Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 72 f.

Tab. 8: Übersicht über die Fachgruppen und Prüfdienststellen des DAMW mit ihren Standorten, Stand: 1.5.1963.<sup>934</sup>

\*An diesen Prüfdienststellen, die in externen Forschungseinrichtungen integriert waren, war das DAMW nur fachlich aufsichtführend und nicht selbst der Betreiber.<sup>935</sup> Für die Standorte Leipzig und Magdeburg trifft dies bei Mehrfachnennungen für jeweils eine Prüfdienststelle zu.

Fachgruppe	PSt.	Standorte
Maschinenbau	11	Magdeburg, Dresden (2x), Zwickau, Jena, Berlin, Schmalkalden, Suhl, Leipzig (2x)*, Halle-Trotha*
Bauwesen	9	Berlin, Wismar, Magdeburg (2x), Leipzig, Weimar, Dresden, Eberswalde*, Meißen*
Metallurgie	7	Karl-Marx-Stadt*, Magdeburg (3x), Berlin-Adlershof, Rheinsberg/Mark, Leipzig*
Lebensmittelchemie	7	Rostock, Leipzig, Berlin, Halle, Dresden*, Magdeburg*, Halle*
Technische Chemie	6	Halle-Trotha (3x), Leipzig (2x), Ilmenau
Textil	6	Zittau (2x), Glauchau, Gera, Karl-Marx-Stadt, Berlin
Leder	5	Leipzig, Berlin, Freiberg*, Coswig*, Weißenfels*
Elektrotechnik	4	Dresden (2x), Ilmenau, Berlin-Lichtenberg
Holz- und Kulturwaren	4	Karl-Marx-Stadt, Erfurt, Berlin, Markneukirchen*
Gesamt	59	

## 8.1 Maschinenbau/Metallurgie

In den frühen 1960er Jahren standen die Investitionsgüter, besonders im Bereich (Schwer-)Maschinenbau und Metallurgie, weiterhin im Fokus der DDR-Wirtschaftspolitik. Entsprechend prüften elf Dienststellen des DAMW die Erzeugnisse dieser Industriesparte. Zur Schilderung der Aufgaben des Amtes während des Siebenjahrplans eignen sich die

934 Erstellt auf Grundlage von: Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR, Strukturplan, Stand vom 1.5.1963, BArch Berlin, DE1-54921, Bd. 2 v. 2, unpag.

935 Vgl. Lilie: Qualitätskontrolle, 1966, S. 71.

Jahresberichte der sog. Forschungs- und Entwicklungsstelle des DAMW in Magdeburg. Sie vereinte am Zentrum des Schwermaschinenbaus der DDR die Prüfdienststellen für mechanische, zerstörungsfreie und chemische Werkstoffprüfung. Die Struktur der Prüfdienststelle zeigt, dass das Amt mittlerweile dazu tendierte, Fachbereiche sinnvoll zusammenzulegen, um die zu prüfenden Industriesparten umfassender betreuen und einen inhaltlichen Austausch der Prüfbereiche gewährleisten zu können.

Um den Ausbau der Energiewirtschaft, der in der DDR dringend notwendig war und dem bereits seit Mitte der 1950er Jahre ein hoher Stellenwert in der Wirtschaftsplanung zugesprochen wurde, zu unterstützen, beteiligte sich die Prüfdienststelle in Magdeburg zu Beginn der 1960er Jahre verstärkt an der technischen Weiterentwicklung von Braunkohlekraftwerken in der Lausitz. Die früheren mitteldeutschen Gebiete, die nun zur DDR gehörten, verfügten über reiche Braunkohlevorkommen. Die in der Nieder- und Oberlausitz erschlossenen Reviere beeinflussten gemeinsam mit den Erträgen des Mitteldeutschen Reviers in der Nähe von Halle und Leipzig die wirtschaftliche Entwicklung der DDR. Die Braunkohleförderung in diesen Gebieten war bereits Teil des Vierjahrplans im Nationalsozialismus gewesen und die vor 1945 gebauten Hydrierwerke wurden in der DDR weiter genutzt. Im Jahr 1950 wurden 36 % der weltweit geförderten Braunkohle in der DDR abgebaut, 1988 waren es noch 24 %.<sup>936</sup>

Um diese Schwerpunktsetzungen zu unterstützen, führte die Magdeburger Prüfdienststelle 1960 einen Forschungsauftrag zur Untersuchung von Turbinenstählen für Energiekraftwerke aus DDR-eigener und westdeutscher Herstellung durch. Die Qualität von Produkten aus der Bundesrepublik war demnach auch während des Siebenjahrplans ein wichtiger Bezugspunkt für die Wirtschaft der DDR. Der Prüfdienststellenleiter Dipl.-Ing. Gerhard Krüger, attestierte den DDR-eigenen Produkten eine gute Qualität und erklärte 1960, „daß für die Turbinengehäuse vom Kraftwerk Berzdorf von der Werkstoffseite aus keine Gefahr besteht.“<sup>937</sup> Auch die Langzeitfähigkeit des verwendeten Stahls hätte die technischen Anforderungen erfüllt, wohingegen die Güte der Fabrikate aus der Bundesrepublik keinesfalls den

---

936 Vgl. Karlsch: Energie- und Rohstoffpolitik, 2016, S. 250. Zur Braunkohleförderung und deren Auswirkungen auf die Umwelt siehe: Möller: Braunkohle, 2022, bzw. zur Prüfnebenstelle des DAMW im Kohlekraftwerk Reinbergs den Aktenbestand BArch Berlin DF1-435.

Werbeargumenten entspräche. Darüber hinaus wurden die „Zeitstandeigenschaften der in der DDR erzeugten warmfesten Stähle“ in einem anderen Forschungsauftrag ermittelt. Unterstützend dazu wurde ein Gutachter- und Hauptgutachterausschuss gebildet, in denen die Prüfdienststellenleiter und „namhafte Vertreter der Wissenschaft und Industrie“ in Austausch traten.

1961 führte die Magdeburger Stelle die „Untersuchungen an Turbinenstählen der DDR und westdeutscher Erzeugung“ für das Kraftwerk Berzdorf weiter. „[S]ie ergaben, daß für ein weiteres Jahr des Betriebes der Turbinengehäuse des Kraftwerkes Berzdorf keine Gefahr von Seiten des Werkstoffes“ bestand.<sup>938</sup> Auch die Dampfkessel dieses und anderer Kraftwerke wurden importierten Kesseln gegenübergestellt und geprüft. Außerdem wurden Versuche zu warmfesten Stählen durchgeführt. Aus den Experimenten, in denen das Material über 10.000 Stunden getestet wurde, ging hervor, „daß diese Stähle nicht schlechter als westliche Stähle sind.“<sup>939</sup> Trotz der zu diesem Zeitpunkt schwierigen politischen Situation und der forcierten Abgrenzung von Westdeutschland wurde die dortige Produktqualität immer noch als Maßstab der eigenen Produktion herangezogen. Die Experimente hatten zum Ziel, Armaturen und Turbinen von Kraftwerken vor Schäden durch Langzeitversprödung zu bewahren. Da die dafür erforderlichen Öfen von der Prüfdienststelle selbstständig entwickelt werden konnten, konnte sie sich von Importen unabhängig machen. Die Konstrukteure waren am Ende der Versuchsreihe in der Lage, „klare Angaben hinsichtlich der Gestaltung zu geben, so daß Sprödbrüche vermieden werden können.“<sup>940</sup>

---

937 Dieses und die folgenden direkten und indirekten Zitate: Jahresbericht 1960 des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Magdeburg, Große Steinernetischstr. 4, 13.7.1961, BArch Berlin, DF4-64081, S. 4.

938 Jahresbericht 1961 des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Magdeburg, Große Steinernetischstr. 4, 5.2.1962, ebd., DF4-52331, S. 5.

939 Ebd.

940 Dieses und die folgenden direkten und indirekten Zitate: Jahresbericht 1961 des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Magdeburg, Große Steinernetischstr. 4, 5.2.1962, BArch Berlin, DF4-52331, S. 5–8.

Die Prüfdienststelle für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung stieß in diesem Jahr eine Zusammenarbeit mit dem VEB Carl Zeiss Jena an, um gemeinschaftlich ein Ultraschall-Gerät zu entwickeln. Auf diesem Wege sollte wiederum die Einführung von Geräten aus dem westlichen Ausland vermieden und außerdem die raren Devisen gespart werden. Die Entwicklung eines solchen Prüfgerätes war dringend erforderlich, entstanden doch „Gesamtverluste durch Ausschuß an Material und falsche[m] Material“ in Höhe von mehr als 150 Millionen Mark pro Jahr. „[S]o ergibt sich die Wirtschaftlichkeit der Forschung auf dem Gebiete der Prüfung von selbst, da sie in der Lage ist, zumindest den Maschinenbau davor zu bewahren, Ausschuß zu erhalten.“ Neben diesen selbst konstruierten Gerätschaften war die Prüfdienststelle aber weiterhin auf Instrumente aus dem Ausland angewiesen. Diese stammten nicht nur aus der UdSSR, sondern auch aus Frankreich, der Bundesrepublik und Österreich.

Die Mitarbeiter der Prüfdienststelle, darunter Dr.-Ing. Werner Schatt und allen voran ihr Leiter, Dipl.-Ing. Gerhard Krüger, engagierten sich in zahlreichen wissenschaftlichen Gremien und Organisationen. Schatt war beispielsweise Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung auf dem Gebiet Kerntechnik und leitete die Unterarbeitsgruppe zur Entwicklung „von Richtlinien für Schmiede- und Gußstücke für Kernkraftanlagen“. <sup>941</sup> Krüger saß dem Zentralen Arbeitskomitee C 57 für „Verfahren und Hilfsmittel für die Prüfung fester Werkstoffe“ sowie der Kommission für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung vor. Ihr Ziel war es vorrangig, Instrumente für die zerstörungsfreie Werkstoffprüfung zu konstruieren. Außerdem war Krüger Mitglied in der Forschungsgemeinschaft für Hochtemperaturwerkstoffe und leitete die Arbeitsgruppe „Stahl“. In der KdT engagierte er sich im Fachausschuss „Werkstoffprüfung“ des Fachverbandes Maschinenbau. Die Prüfdienststelle arbeitete auch eng mit verschiedenen Forschungseinrichtungen der DDR zusammen und nahm Forschungsaufträge aus der Industrie an. Außerdem pflegte sie Kontakte zu Forschungsinstituten in der UdSSR, aber auch zum Schwedischen Institut für Metalluntersuchungen in Stockholm. <sup>942</sup>

941 Dieses und die folgenden direkten und indirekten Zitate: Ebd., S.1f.

942 Vgl. Jahresbericht 1961 des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Magdeburg, Große Steinernetischstr. 4, 5.2.1962, BArch Berlin, DF4-52331, S. 3.

Neben der Betreuung von Diplom- und Doktorarbeiten hielten die Mitarbeiter, den vorliegenden Berichten für die Jahre 1960 bis 1962 zufolge, Vorlesungen an Hochschulen.<sup>943</sup> Außerhalb der DDR hielt Krüger 1960 einen Vortrag „Über das Langzeitverhalten warmfester Stähle“ auf einer internationalen Konferenz in Düsseldorf sowie bei der Jahrestagung der Gesellschaft für Metallkunde in Wien. Außerdem nahm er an der Normentagung des DNA in Kreuztal teil.<sup>944</sup> 1961 sprach er auf dem Kongress für Materialprüfung in Budapest sowie bei einer Maschinenbau-Tagung der KdT in Magdeburg über die „Statistische Auffassung der Festigkeit und neuere Erkenntnisse der Sprödbruchprüfung“. Außerdem organisierte er ein Kolloquium zur „Untersuchung warmfester metallischer Werkstoffe“ zusammen mit der Forschungs- und Versuchsanstalt Dresden. Da sich das DAMW auch für die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften stark machte, bot die Magdeburger Prüfstelle zahlreiche Lehrgänge zu allen von ihr betreuten Bereichen an. Die Schulungen wurden von Fachvorträgen in den Unternehmen, die sich an Mitarbeiter und TKO-Leiter richteten, begleitet. Diese Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen wurden angeboten, weil ein Ziel des Amtes darin bestand, die regulären Prüfarbeiten in den frühen 1960er Jahren in weiten Teilen in die Industrie zu verlagern und so freie Kapazitäten für die Bearbeitung von Forschungsaufträgen zu gewinnen.<sup>945</sup>

Die Gründe dafür sah Ing. Herbert Böhme 1960 darin, dass jeder Produzent selbst für die von ihm hergestellten Produkte und damit auch für deren Qualität verantwortlich war. Um diese Prüfungen intensiv und ohne Zutun des DAMW durchführen zu können, sollten in den Unternehmen nun entsprechende Laboratorien eingerichtet werden. Ziel dieser Maßnahmen sei es nicht, das Amt zu entlasten, denn

---

943 Vgl. Jahresbericht 1960 des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Magdeburg, Große Steinernetischstr. 4, 13.7.1961, ebd., DF4-64081, S. 3; Jahresbericht 1961 des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Magdeburg, Große Steinernetischstr. 4, 5.2.1962, ebd., DF4-52331, S. 3 f.

944 Vgl. Jahresbericht 1960 des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Magdeburg, Große Steinernetischstr. 4, 13.7.1961, ebd., DF4-64081, S. 5.

945 Vgl. Jahresbericht 1961 des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Magdeburg, Große Steinernetischstr. 4, 5.2.1962, ebd., DF4-52331, S. 3 f.

es wäre Böhme zufolge einfacher und günstiger gewesen, wenn das DAMW ohne die in der Industrie ansässigen Labore weiterarbeiten würde. Die Verlagerung sei schlichtweg vor dem Hintergrund geschehen, dass Waren häufig im Zuge des Ausgangs in dem einen und beim Wareneingang des anderen Unternehmens, das ein Produkt weiterverarbeitete, geprüft wurden. Diese doppelte Arbeit sollte in Zukunft vermieden werden.<sup>946</sup> Diesbezüglich lobte der Leiter des VEB Mähdrescherwerk Weimar und SED-Wirtschaftsfunktionär Emil Jarosch<sup>947</sup> im „Neuen Deutschland“ die betriebsinternen Prüfungen: „Kein Arbeitsgang wird dem Zufall überlassen, niemand muss mit Herzklopfen abwarten, wenn die Vertreter des DAMW die Qualität des Enderzeugnisses unter die Lupe nehmen.“<sup>948</sup> Die neue Aufgabe fördere die Eigenverantwortung der Industrie für die Erzeugnisse und sporne sie zur Erreichung besserer Produktqualitäten an.<sup>949</sup> Es ist anzunehmen, dass Jarosch mit dem Artikel dem Wunsch von politischer Seite nachkam, die neuen Prüfmethode für die breite Öffentlichkeit und vor allem jenen Teil der Leserschaft, der in der Produktion beschäftigt war, positiv zu beschreiben. Dabei belegen andere Artikel, dass die Hersteller

946 Vgl. Böhme: Entwicklung der Material- und Warenprüfung in der DDR, in: Deutsche Textiltechnik. Technisch-wissenschaftliche Zeitschrift aller Zweige der Textilindustrie 10, (1960), S.553 f., hier S.554. Johannes Naumann hatte bereits 1957 gefordert, dass Unternehmen, die Rohstoffe zur Weiterverarbeitung anliefern, deren Qualität gewährleisten sollen, um eine doppelte Prüfung zu vermeiden, vgl. Naumann: Aufgaben der Materialprüfung, 1957, S.194.

947 Dr. rer. oec. Emil Jarosch (11.11.1922 in Pockau-?), nach 1945: Abteilungsleiter im VVB Landmaschinen- und Traktorenbau und Werkdirektor des Mähdrescherwerkes Weimar, 1963: Stellv. Vorsitzender des Bezirksrates Erfurt und Vorsitzender des Betriebswirtschaftsrates, 1964: Mitglied der SED-BL Erfurt, 1965: Promotion („Erfahrungen, Methoden und ökonomische Ergebnisse bei der Planung und Leitung der Neuererbewegung im VEB Weimar-Werk (früher VEB Mähdrescherwerk Weimar)“), 1974–1980: Stellv. Vorsitzender des Bezirksrates Erfurt für bezirksgeleitete Industrie, Lebensmittelindustrie und örtliche Versorgungswirtschaft, ab 1980: Generaldirektor des VEB Kombinat Oberbekleidung in Erfurt, vgl. Schoop: Jarosch, Emil, 1996, S.357; Jarosch: Erfahrungen, Methoden und ökonomische Ergebnisse bei der Planung und Leitung der Neuererbewegung im VEB Weimar-Werk (früher VEB Mähdrescherwerk Weimar), Diss., Leipzig 1965.

948 Jarosch: Qualitätskontrolle ohne Herzklopfen, in: Neues Deutschland, 4.12.1962, 3.

949 Vgl. ebd.

die Vorgaben des DAMW häufig ablehnten. Sie sahen darin zusätzliche Arbeit und bezweifelten die positive Auswirkung neuer Prüfmethode auf die Qualität der Produkte.<sup>950</sup>

Neben den Forschungsaufträgen für die Energiewirtschaft brachte sich die Prüfdienststelle auch auf dem Gebiet der Zerstörungsfreien Werkstoffprüfung ein. Für das Jahr 1962 sah die Prüfdienststelle ihre Hauptaufgabe darin, weitere Prüfmethode für die drei in Magdeburg bearbeiteten Fachbereiche zu entwickeln und bereits vorhandene Arbeitsweisen zu verbessern. In der mechanischen Werkstoffprüfung sollte die Zeitstandprüfung besonders durch „Ultraschallprüfmethode, magnetische Prüfverfahren und Röntgenprüfverfahren“<sup>951</sup> intensiviert werden. Die Prüfdienststelle wollte die angebotenen Qualifikations- und Weiterbildungsmöglichkeiten ausbauen und den Wissenstransfer zwischen Forschung, Wissenschaft und Industrie, z. B. in Form von Kolloquien, verstärken. Weiter sollten Betriebsprüfungen dazu beitragen, die Prüfvorgänge weitestgehend in die Industrie zu verlagern.<sup>952</sup>

Für die Entwicklung neuer Methoden der Isotopenprüfung arbeitete der Fachbereich zerstörungsfreie Werkstoffprüfung 1962 mit Polen, der ČSSR und Ungarn zusammen. Dieser Bereich sollte besondere Zuwendung erfahren, um „die in der DDR weit zurückgebliebene zerstörungsfreie Prüfung [...] [voranzutreiben, YS] und zur Automatisierung der Prüfung wesentlich“ beizutragen.<sup>953</sup> Nach Luxbacher habe es „in der DDR nicht nur an einem Zentralinstitut für ZfP [Zerstörungsfreie Prüfung, YS], sondern ganz allgemein an einer Informations- und Koordinierungsstelle“ gefehlt.<sup>954</sup> Durch eine solche Stelle hätte nicht nur die zahlenmäßig bessere Ausstattung der Forschungseinrichtungen in der DDR mit Geräten dieser Art, sondern auch eine

---

950 Vgl. dazu bspw.: N. N.: Keine faulen Kompromisse in Qualitätsfragen, in: Neues Deutschland, 28.6.1963, 5. Aber auch in diesem Artikel wird der Nutzen der Arbeit des DAMW und der TKO hinsichtlich der Produktqualität bilanziert.

951 Jahresbericht 1961 des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Magdeburg, Große Steinertischstr. 4, 5.2.1962, BArch Berlin, DF4-52331, S. 9.

952 Vgl. ebd.

953 Jahresbericht 1962 des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Magdeburg, Große Steinertischstr. 4, 7.2.1963, ebd., DF4-50780, S. 1 f.

954 Luxbacher: Durchleuchten, 2018, S. 232.

inhaltliche Organisation des Fachbereichs gewährleistet werden können. Da die DDR aber einen solchen beruflichen Zusammenschluss ohne Kontrolle durch die Politik nicht gestattete, seien diese Aufgaben von der „schwerfällige[n]“<sup>955</sup> KdT durch verschiedene Gremien, beispielsweise dem Fachausschuss „Werkstoffprüfung“ des Fachverbandes Maschinenbau, übernommen worden.<sup>956</sup>

In der mechanischen Prüfung bewertete Krüger die internationale Zusammenarbeit im Bericht für das Jahr 1962 als „mangelhaft“ und in der zerstörungsfreien Prüfung trotz des genannten Projekts als „unzureichend“. Die Prüfdienststelle hatte bereits Vorschläge zur besseren internationalen Kooperation an die Zentrale des DAMW eingereicht und von dort Bestätigung erfahren.<sup>957</sup> Darüber hinaus wurde die Prüfung warmfester Werkstoffe, u. a. für die Anwendungsbereiche in Kraftwerken, fortgesetzt. So war es dem Jahresbericht 1962 zufolge möglich, „die Ursache der Überhitzerschäden im Kraftwerk Lübbenau durch Überhitzung einerseits und mangelhafte Speisewasseraufbereitung und Entzunderung andererseits nachzuweisen.“<sup>958</sup> Weil so Schäden in Höhe von mehreren Millionen Mark vermieden werden konnten, erhielt die Prüfdienststelle eine besondere Anerkennung dieser Leistung durch den VWR. Weitergeführt wurde auch die Vertragsforschung für die Kohlekraftwerke, die bereits 1960 begonnen worden war. Dazu wurden Zeitstanduntersuchungen an Proben aus Turbinengehäusen sowie weitere Prüfaufträge für die Standorte Berzdorf, Lübbenau und Hirschfelde durchgeführt. Die Prüfdienststelle übernahm auch Prüfarbeiten für die sächsische Talsperre Pöhl.<sup>959</sup>

Da die Versorgung der Industrie mit Fachliteratur, vor allem aus dem westlichen Ausland, auch 1962 immer noch ein Problem darstellte, veröffentlichte die Prüfdienststelle eine „Schnellinformation“

---

955 Ebd.

956 Vgl. Jahresbericht 1960 des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Magdeburg, Große Steinernetischstr. 4, 13.7.1961, BArch Berlin, DF4-64081, S.1f.

957 Vgl. Jahresbericht 1962 des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Magdeburg, Große Steinernetischstr. 4, 7.2.1963, ebd., DF4-50780, S.1f.

958 Jahresbericht 1962 des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Magdeburg, Große Steinernetischstr. 4, 7.2.1963, BArch Berlin, DF4-50780, S.7f.

959 Vgl. ebd., S.6–8.

zur zerstörungsfreien Werkstoffprüfung, für deren Erstellung relevante Artikel 110 verschiedener Fachzeitschriften ausgewertet wurden. Für eine Broschüre des VWR verfasste Gerhard Krüger einen Aufsatz zum „[g]egenwärtige[n] Stand der Anwendung magnetischer und elektrischer Prüfverfahren in der betrieblichen Praxis der DDR, ihr[em] ökonomische[n] Nutzen und Maßnahmen zur schnellen Einführung dieser Prüfverfahren in die Industrie“.<sup>960</sup>

Den vorliegenden Jahresberichten der Prüfdienststelle der frühen 1960er Jahre ist eine eindeutige Schwerpunktsetzung auf die Unterstützung der Braunkohlekraftwerke der DDR und der Zerstörungsfreien Werkstoffprüfung zu entnehmen. Mit dieser Tätigkeit entsprach die Prüfdienststelle in ihrem Profil durchaus den Zielsetzungen des Siebenjahresplans, neue Technologien zu fördern und deren Ausbau zu unterstützen. Die Prüfmethode in diesem Bereich sollten einerseits verbessert, vereinfacht und kostengünstiger gestaltet werden, um deren dauerhaften Betrieb sicherzustellen und Schäden an Materialien frühzeitig zu erkennen. Dazu verglich die Prüfdienststelle die eigenen technischen Leistungen oder Erzeugnisse immer wieder mit denen der Bundesrepublik und suchte in einem bekannten Fall sogar den direkten Austausch mit westdeutschen Herstellern. Nicht zuletzt, um die eigenen Leistungen zu verbessern und dem Anspruch, die Bundesrepublik wirtschaftlich zu ‚überholen‘, wurde der Austausch mit wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Ost und West sowie die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften in der DDR in besonderem Maße gefördert. Andererseits war es das Ziel der Magdeburger Prüfdienststelle, die meisten Prüfvorgänge in die Unternehmen zu verlagern, um sich selbst zu entlasten bzw. Kapazitäten für jene Aufgaben und Forschungsaufträge zu haben, die nur in den eigenen Laboren bearbeitet werden konnten.

## 8.2 Bauwesen

Bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit war sowohl in der SBZ als auch in den westlichen Zonen erkannt worden, dass die städtebaulichen Planungen zum Wiederaufbau als sichtbarer Beleg der jeweiligen

---

960 Vgl. ebd., S. 5.

gesellschaftlichen Ziele genutzt werden konnten.<sup>961</sup> Daher stand in der DDR schon während der beginnenden Wiederaufbaumaßnahmen in den frühen 1950er Jahren, „das Bestreben zur Nutzbarmachung von Architektur und Städtebau für die Schaffung einer ‚sozialistischen Heimat‘, mit der sich der Einzelne [...] identifizieren konnte“, im Vordergrund. Ziel war es, die aus Sicht der DDR-Ideologie während des Faschismus und zuvor vorherrschenden „Klassengegensätze“ zu revidieren und nun die wohnungsbaulichen Interessen der Bevölkerung des „Arbeiter- und Bauernstaats“ zu forcieren. Dies schlug sich in der Errichtung von großen Arbeitersiedlungen in direkter Nähe von Produktionszentren bzw. von „sozialistischen Wohnstädten“ wie Hoyerswerda oder Eisenhüttenstadt, später auch Halle-Neustadt, nieder.<sup>962</sup>

Mit dem Bau von Siedlungen dieser Art wurde die Bestrebung der DDR-Regierung verfolgt, das Stadtbild gemäß ihren gesellschaftspolitischen Vorstellungen zu prägen. In diesem Sinne sollten dem Betrachter nicht länger die repräsentativen Bauten aus der Vorzeit ins Auge fallen. Forciert wurde der Bau von vor allem erschwinglichen Wohnungen, ganzen Stadtteilen oder Retorten- bzw. Satellitenstädten für jene, die die DDR zu wirtschaftlicher Blüte führen sollten. Durch den so geschaffenen Wohnraum sollten Arbeiter angeworben werden, die in den Fabriken in der Nähe tätig werden und zum wirtschaftlichen Wachstum der DDR beitragen sollten. Diese Bemühungen mündeten schließlich 1973 in dem vom ZK der SED beschlossenen Wohnungsbauprogramm.<sup>963</sup>

Die Prüfung von Baumaterialien hatte mit Blick auf die neun Prüfdienststellen dieser Fachgruppe im Jahr 1963 einen nicht unerheblichen Stellenwert im DAMW. Die Fachgruppe ging aus den über das Kriegsende hinaus in der SBZ bestehenden Material- bzw. Baustoffprüfämtern in Leipzig, Weimar, Dresden, Magdeburg und Berlin hervor.<sup>964</sup>

---

961 Die folgenden direkten und indirekten Zitate Palutzki: Architekturpolitik, 2000, S. 422–424.

962 Siehe dazu auch: Betker: Die „sozialistische“ Stadt, 2004; Ders: Einsicht, 2005.

963 Vgl. Steiner: Von Plan zu Plan, 2004, S. 159–164.

964 Die genannten Ämter waren mindestens seit März 1951 Prüfdienststellen des DAMW, siehe im Anhang die Aufstellung der Prüfdienststellen des DAMW, Stand: 31.3.1951.



Abb. 14: Karte der Standorte der für die Baustoffprüfung zuständigen Prüfdienststellen des DAMW, Stand: 1960. (Nieschler: 10 Jahre, 1960, S. 516.)

Sie hatten zuvor entweder öffentlichen Trägern auf Stadt- oder Landesebene sowie Technischen Hochschulen unterstanden und waren im Zuge der Amtsgründung dem DAMW angeschlossen worden. Zu ihren Aufgaben gehörten die Qualitätskontrolle von Baustoffen und -elementen, das Erstellen von Gutachten bei Bauschäden sowie die Bearbeitung von Forschungsaufträgen, um das Bauwesen in der DDR weiterzuentwickeln. Auch in dieser Fachgruppe galt es, die Verfahren für die Prüfung von Erzeugnissen, hier von Baustoffen, ständig weiterzuentwickeln.<sup>965</sup> War sie zunächst ausschließlich für die Prüfung von Baumaterialien zuständig, sorgten nun entsprechende Verordnungen im Herbst des Jahres 1960 dafür, dass die Fachgruppe zu einem

965 Vgl. Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 188. Das DAMW diente bei Konflikten zwischen Industrie und Verbraucher auch als Schiedsstelle. Die Gutachterausschüsse der Prüfdienststellen fertigten entsprechende Gutachten und Schiedsanalysen an, vgl. Arlt u. A.: Standardisierung, 1963, S. 193.

staatlichen Kontrollorgan [wurde, YS], das nicht nur die Qualität der produzierten Baustoffe und Bauelemente kontrollierte und den Herstellern die Ergebnisse mitteilte, sondern das aktiv die Sicherung und Steigerung der Qualität in der Baumaterialienindustrie beeinflusste.<sup>966</sup>

Neben der Qualitätskontrolle und -entwicklung von Baustoffen, die u. a. in Zusammenarbeit mit staatlichen Baubehörden und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen erfolgte, unterstützte die Fachgruppe nun auch die Aus- und Weiterbildung von TKO-Fachkräften und setzte sich dafür ein, die Prüfarbeiten von Prüfdienststellen in die Industrie zu verlagern.<sup>967</sup> Darüber hinaus engagierten sich die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Prüfdienststellen in der Plenumskommission der Deutschen Bauakademie und dem Gutachterausschuss „Zulassung neuer Baustoffe“, der von der Fachgruppe selbst gegründet worden war.<sup>968</sup> Durch diesen wurde sichergestellt, dass nur jene Baustoffe in den Verkauf kamen, die den Qualitätsansprüchen des DAMW genühten. Für die 1960er Jahre machte es sich die Fachgruppe zur Aufgabe, auch für große Bauelemente wie Stahlbetonfertigteile Prüfmethode zu erarbeiten und gab Vorschriften zum industrialisierten Bauen heraus.<sup>969</sup> Diese behandelten u. a. die Eingangskontrolle und korrekte Lagerung

---

966 Arlt u. A.: Standardisierung, 1963, S. 189 f. Bei den Verordnungen handelt es sich um VO über die staatliche Material- und Warenprüfung in der DDR und die VO über die Technische Kontrollorganisation in den volkseigenen Produktionsbetrieben und die Verbesserung der Qualität industrieller Erzeugnisse vom 8. September 1960.

967 Vgl. Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 189 f.; Jahresbericht 1960 über die Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Prüfdienststelle der Fachabteilung Bauwesen des DAMW der DDR, Dresden A27, Am Gericht 7, 22.1.1961, BArch Berlin, DF4-64079, S. 4.

968 Zur Geschichte der Deutschen Bauakademie siehe N. N.: Aufgaben/Organisation der Deutschen Bauakademie, URL: <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DH2PLAN-29637/index.htm?kid=5b819ce5-6268-4e61-9759-e9e6a0d3f7df> (Letzter Zugriff: 12.1.2024).

969 Vgl. Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 191.

von Rohstoffen, die Anfertigung von Baumaterialien wie Mörtel oder Beton, die Gestaltung von Baustoffen und deren Zulassung sowie die Qualitätskontrolle durch DAMW- und TKO-Mitarbeiter vor Ort.<sup>970</sup>

Nachfolgend werden einige ausgewählte Forschungsaufträge der Prüfdienststelle für Baustoffe in Dresden während des Siebenjahrplans beleuchtet. Sie war die größte Prüfdienststelle der Fachgruppe Bauwesen des DAMW und verantwortlich für die Prüfung von Steinzeugrohren, Asbestbetonerzeugnissen, Holzwolleleichtbauplatten, Fußbodendämmplatten, Dachpappen sowie bituminösen Bautenschutzmitteln.<sup>971</sup> Ab 1957 wurde sie von Ing. Walther Bochmann<sup>972</sup> geleitet. Ein Projekt,

970 Die Vorschriften finden sich in: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, WB 6 – Instrumente des ressourcenschonenden und klimaangepassten Bauens (Hrsg.): Spezialarchiv Bauen in der DDR, Informationszentrum Plattenbau, URL: <https://bauarchivddr.bbr-server.de/bauarchivddr/finbuch/stba/index.htm> (Letzter Zugriff: 3.1.2024). Zu den Aufgaben der Baustoffprüfung in der DDR siehe auch: Schulze: Einführung, 1966, S.13.

971 Vgl. Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S.192f.

972 Ing. Walther Kurt Bochmann (26.4.1896 in Plauen-?), 1915–1919: Soldat im 1. Weltkrieg (Gefreiter), 1920: Ing. an der Ingenieurschule f. Bautechnik Dresden, im Anschluss daran Ing. am Versuchs- und Materialprüfungsamt der TH Dresden, 1937: NSDAP, 1946: SED/FDGB, 1950: Geschäftsführer und Fachgruppenleiter des Versuchs- und Materialprüfungsamt der TH Dresden, ab 1951: Stellv. Leiter der PSt. 371 Dresden des DAMW (Prüfamt der TH Dresden als PSt. übernommen) und Mitglied im Sachverständigenausschuss für die Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten im Ministerium für Aufbau, 1954–1957: Nebenberuflich Lehrbeauftragter in der Abteilung für Bauingenieurwesen an der TH Dresden, ab 1957: Leiter der PSt. 371 Dresden des DAMW, Juli 1963: Ausscheiden aus dem DAMW, vgl. Personal- und Vorlesungsverzeichnis Studienjahr 1956/57, Herbstsemester, Archiv der TU Dresden, S. 94, URL: <https://www.ua.tu-dresden.de/PVVs/yum/PVV1957HS.htm> (Letzter Zugriff: 3.9.2024); Personal- und Vorlesungsverzeichnis Studienjahr 1955/56, Herbstsemester, ebd., S.72, S.76, S.78, S.81, URL: <https://www.ua.tu-dresden.de/PVVs/yum/PVV1956HS.htm> (Letzter Zugriff: 3.9.2024); Jahresbericht 1953 der Prüfdienststelle 371 Dresden, 4.2.1954, BArch Berlin, DF4-55706; Zwischenbericht 1956 zum Forschungsauftrag „Entwicklung eines Verfahrens für die Prüfung der Frostbeständigkeit von keramischen Erzeugnissen“, Prüfdienststelle 371 Dresden, 21.1.1957, ebd., DF4-59377; Jahresbericht 1958 über die Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Prüfdienststelle der Fachabteilung Bauwesen des DAMW der DDR, Dresden A27, Am Gericht 7, 13.3.1959, ebd., DF4-61427;

das die Dresdner Prüfdienststelle 1959 begonnen und über mehrere Jahre hinweg bearbeitet hatte, war die Entwicklung von Prüfmethode für Baustoffe, die so weit vereinfacht werden sollten, dass sie direkt in der Produktion durchgeführt und das Erzeugnis direkt beim Hersteller mit einem Gütezeichen klassifiziert werden konnte. Ziel war es, die Prüfung dieser Materialien zu intensivieren und flächendeckender durchführen zu können als bisher.<sup>973</sup> Daher kontrollierten die Mitarbeiter nicht nur in den Unternehmen, sondern auch auf den Baustellen und arbeiteten mit der staatlichen Bauaufsicht zusammen.<sup>974</sup> Ein Beispiel dafür ist der Forschungsauftrag zur Entwicklung von Methoden für die Prüfung von Ziegeleierzeugnissen auf Spaltzugfestigkeit, der 1959 von der Prüfdienststelle bearbeitet wurde. Zu den Abschlussleistungen des Auftrags gehörte die Ausarbeitung von Vorschlägen und Anweisungen zur Nutzbarmachung der Arbeitsergebnisse in der Industrie. Diese sollten in Form von Diplomarbeiten von Studierenden der Hochschule für Bauwesen in Weimar erstellt werden.<sup>975</sup> Auf diesem Wege leistete die Prüfdienststelle nicht nur einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Qualität von Baustoffen bzw. ihrer Prüfmöglichkeiten, sondern förderte zugleich die Ausbildung von Nachwuchskräften.

Darüber hinaus fertigte die Prüfdienststelle Gutachten für die Industrie und Vertragsgerichte zur Aufklärung von Baumängeln sowie zum Zustand von Bestandsgebäuden an. Sie beriet Baustoffhersteller bei der Entwicklung von Materialien und Produkten und beantwortete Anfragen aus der Bevölkerung zu Bauschäden und -fehlern sowie zu

---

Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Fachabteilung Bauwesen, Aufhebungsvertrag, o. D., ebd., DF5-7800, unpag.; Personalbogen Walther Bochmann, 3.3.1951, ebd., unpag.; FR. K. Koetschau-Verlag (Hrsg.): Handbuch der deutschen Wissenschaft, Bd. 2, Berlin 1949, S. 839; Fragebogen zur Mitgliedschaft in NS-Formationen, Der Oberbürgermeister der Stadt Dresden, 11.9.1945, Sächsisches Staatsarchiv (SächsStA), Hauptstaatsarchiv (HStA) Dresden, Bestand 13471, NS-Archiv des MfS, Signatur: ZB II 3909, Bl. 261–263; Sonderausschuss des Antifaschistisch-Demokratischen Block Sachsen, Bestätigung über den erbrachten Nachweis der antifaschistischen Betätigung für Herrn Walter Bochmann, Dresden – A 29, Klopstockstr. 49, 21.3.1946, ebd., Bl. 261–263.

973 Vgl. Jahresbericht 1959 über die Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Prüfdienststelle der Fachabteilung Bauwesen des DAMW der DDR, Dresden A27, Am Gericht 7, 6.2.1960, BArch Berlin, DF4-62707, S. 4.

974 Vgl. ebd., S. 7.

975 Vgl. ebd., S. 16.

minderwertigen Baustoffen. Da andere für die Baustoffindustrie arbeitende wissenschaftliche Einrichtungen oft nicht die Kapazitäten hatten, übernahm die Prüfdienststelle einige externe Aufträge. Auftraggeber waren u. a. die verschiedenen Institute für Technik und Normung der Deutschen Bauakademie, das Institut für Stahlbeton der TH Dresden, das Entwurfsbüro für Industriebau Dresden und das Institut für Straßenwesen in Berlin.<sup>976</sup> Des Weiteren übernahm die Prüfdienststelle während des Siebenjahrplans bzw. des NÖS verschiedene Aufträge anderer Einrichtungen, z. B. vom VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Dresden, dem VEB Industrie-Projektierung Dresden, der Hochschule für Verkehrswesen Dresden, dem Fernmeldeamt Dresden und dem Sächsischen Stahl- und Brückenbau Dresden.<sup>977</sup>

Einen Beleg für die enge Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Prüfeinrichtungen der DDR und die Beraterrolle des Amtes stellt ein Forschungsauftrag aus dem Jahr 1959 zur Gasdichtigkeit von Hausschornsteinen dar. Da dessen Ergebnisse vor allem der Industrie bzw. der Produktion zugänglich gemacht werden sollten, war es Aufgabe der Prüfdienststelle einen Literaturbericht, ein Manuskript über die Ergebnisse der theoretischen Untersuchungen, verschiedene Versuchsprotokolle, einen wissenschaftlichen Bericht mit Vorschlag für die Nutzbarmachung der Arbeitsergebnisse sowie Entwürfe zu den entsprechenden Konstruktionen anzufertigen. Die Erkenntnisse sollten unmittelbar von den Herstellern umgesetzt werden können. Darüber hinaus dienten die Versuche der Brandverhütung und somit dem Bevölkerungsschutz sowie nicht zuletzt der Schonung von Baumaterialien und -rohstoffen. Für den Auftrag waren große Mengen Luft erforderlich, deren Austritt aus den Schornsteinen mit Hilfe eines Messinstruments erfasst werden sollte. Das entsprechende Instrument, eine Venturidüse, konnte dazu allerdings nicht wie ursprünglich angedacht verwendet werden, denn das DAMG besaß nicht die Kapazitäten, um diese Düse im Vorfeld zu prüfen. Daher wurden die Versuche mit einer

---

976 Vgl. Jahresbericht 1959 über die Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Prüfdienststelle der Fachabteilung Bauwesen des DAMW der DDR, Dresden A27, Am Gericht 7, 6.2.1960, BArch Berlin, DF4-62707, ebd., S. 7-9.

977 Vgl. Jahresbericht 1960 über die Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Prüfdienststelle der Fachabteilung Bauwesen des DAMW der DDR, Dresden A27, Am Gericht 7, 22.1.1961, ebd., DF4-64079, S. 5.

Gasuhr durchgeführt und entwickelten sich trotz der erforderlichen Änderungen gut. Der Versuch sollte erst im zweiten Quartal 1960 abgeschlossen werden.<sup>978</sup>

Der Kontakt zu Wissenschaftlern im sozialistischen Ausland und die Zusammenarbeit der Prüfdienststelle mit der Industrie wird durch einen Forschungsauftrag zur „Festigkeitsermittlung und Verformungsmessungen an Beton bei zweiachsiger Druckbeanspruchung“ belegt, den die Prüfdienststelle ab 1960 bearbeitete. Da bereits bei den vorgelagerten Probeversuchen Komplikationen entstanden waren, wurde der ursprüngliche Aufbau abgewandelt und der Kontakt zu einem im Jahresbericht namentlich nicht genannten polnischen Material- und Warenprüfer aufgenommen. Daher konnten die zu Beginn festgestellten Ergebnisse widerlegt bzw. aktualisiert werden. Da allerdings im zweiten Halbjahr andere Aufgaben vorrangig bearbeitet werden mussten, wurde der Forschungsauftrag zunächst zurückgestellt. Außerdem wurde während der Bearbeitung die Einbeziehung eines Partners aus der Industrie erforderlich, der aber aufgrund von Zulieferschwierigkeiten 1960 keine Aufträge mehr annehmen konnte. So wird eine Wechselwirkung zwischen DAMW und Industrie erkennbar: Das Amt war einerseits von staatlicher Seite angewiesen, die Produktionsbetriebe zu überwachen und in der Produktentwicklung zu beraten. Andererseits benötigten die Prüfdienststellen, wie hier gezeigt, aber auch die Unterstützung der Hersteller, um Forschungsaufträge zu bearbeiten.

Im Gegensatz zu einigen anderen Prüfdienststellen stellte die materielle Ausstattung der Prüflaboratorien in dieser Einrichtung während der frühen 1960er Jahre keinen Hinderungsgrund bei der Bearbeitung der Forschungsaufträge dar.<sup>979</sup> In dem Bericht für das Jahr 1960 wurde festgehalten, dass Prüfinstrumente, deren Kauf vorgesehen war, auch tatsächlich angeschafft wurden und die Aufträge zielführend bearbeitet werden konnten. Als Kontrast dazu geht aus einem Exposee zur materiellen Ausrüstung des DAMW hervor, dass

---

978 Vgl. für dieses und die folgenden direkten und indirekten Zitate: Jahresbericht 1959 über die Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Prüfdienststelle der Fachabteilung Bauwesen des DAMW der DDR, Dresden A27, Am Gericht 7, 6.2.1960, BArch Berlin, DF4-62707, S. 14 f.

979 Vgl. Jahresbericht 1960 über die Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Prüfdienststelle der Fachabteilung Bauwesen des DAMW der DDR, Dresden A27, Am Gericht 7, 22.1.1961, ebd., DF4-64079, S. 7.

die meisten Prüfdienststellen nicht ausreichend mit den erforderlichen Gerätschaften ausgestattet waren und in der Fachgruppe Bauwesen sogar 10 % davon aus der Zeit des Ersten Weltkriegs stammten.<sup>980</sup> Für die hier untersuchte Prüfdienststelle kann diese Behauptung mit Blick auf den o.g. Jahresbericht aber nicht verifiziert werden.

Auch die Fachgruppe Bauwesen hatte es sich während des Siebenjahrplans zur Aufgabe gemacht, Prüfmethoden weiterzuentwickeln und so zu vereinfachen, dass sie bei den Produzenten selbstständig durchgeführt werden konnten. Die Aufsicht darüber sollten die Mitarbeiter der TKO übernehmen, die durch die Prüfdienststelle aus- und weitergebildet werden sollten. Mit Hilfe des Austauschs mit wissenschaftlichen Einrichtungen im In- und Ausland sollte die Qualität von verschiedensten Baustoffen und in Zukunft auch von größeren Bauelementen gesichert werden. Dabei stand besonders die Einsparung von Rohstoffen, Zeit und Arbeitskraft im Fokus. Im Jahresbericht 1960 der Dresdner Prüfdienststelle wurde daher nicht nur der Beitrag des DAMW, sondern auch ein wichtiges Kriterium für die dort geprüften Materialien festgehalten:

Wenn der entwerfende Ingenieur heute in der Lage ist, die Werkstoffe bis an die Grenze des Vertretbaren auszulasten, so ist dies ein Erfolg, der in erster Linie der Arbeit der verschiedensten Versuchs- und Materialprüfungsämter zugeschrieben werden muß.<sup>981</sup>

### 8.3 Textilindustrie

Als weiteres Anschauungsobjekt dient die Prüfdienststelle 356 für Wäschereiforschung in Zittau, ihre Forschungsaufträge und allgemeine wissenschaftliche Arbeit von 1959 bis 1963. Sie wurde, wie zuvor erwähnt, von Dr. Hans-Erich Schwarzkopf geleitet. 1963 betrieb das DAMW sechs Prüfdienststellen in dieser Fachgruppe, wohingegen es während des ersten Fünfjahrplans noch zehn Prüfdienststellen und während des zweiten Fünfjahrplans sogar elf Stellen für die

980 Vgl. Exposé über die unzureichende technische Ausstattung der Prüfdienststellen des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung, 10.12.1962, BArch Berlin, DE1-51045, unpag.

981 Jahresbericht 1959 über die Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Prüfdienststelle der Fachabteilung Bauwesen des DAMW der DDR, Dresden A27, Am Gericht 7, 6.2.1960, ebd., DF4-62707, S. 9.

Textilprüfung waren. Diese Entwicklung lässt die Vermutung zu, dass sich die Arbeitsschwerpunkte des DAMW im Laufe der Zeit durchaus verlagerten. Andererseits können aber auch strukturelle Gründe, wie die Zusammenlegung von Prüfdienststellen, den genannten Sachverhalt erklären. Eine breit aufgestellte Forschung auf diesem Gebiet war allerdings nötig, da seit Beginn der 1960er Jahre immer mehr Haushalte eine Waschmaschine besaßen. Nannten 1960 lediglich 6,2 % der Bevölkerung der DDR eine solche Maschine ihr Eigen, konnten 1965 bereits 27,7 % mit maschineller Unterstützung zuhause waschen. Bis zum Jahr 1970 war dieser Anteil sogar auf 53,6 % angewachsen.<sup>982</sup>

Neben der Bearbeitung von Aufträgen, deren Erkenntnisse zur Weiterentwicklung der hygienischen Wäschepflege für die Bevölkerung und in der Industrie der DDR beitragen sollten, hatte die Prüfdienststelle auch im Verlauf dieses Wirtschaftsplans großes Interesse an den neuesten Forschungsergebnissen des westlichen Auslands. Daher führte die Prüfdienststelle 1959 zur Entwicklung von Waschverfahren für halb- und vollautomatische sowie Klein-Haushaltswaschmaschinen Dauerwaschversuche mit einem Fabrikat aus der DDR und einem aus der Bundesrepublik durch. Dabei sollte herausgefunden werden, wie die bestmögliche Reinigung unter hoher Faserschonung erreicht werden konnte. Unterstützt wurde die Prüfdienststelle dabei von den VVB Eisen-, Blech-, Metallwaren und dem VEB Waschgerätee Werke Schwarzenberg. Erkenntnis des Forschungsauftrags war, dass beide Modelle die gesetzten Kriterien erfüllten und damit auch das Erzeugnis aus der DDR mit den technischen Entwicklungen der Bundesrepublik mithalten konnte.<sup>983</sup> Des Weiteren wurden 1959 fünf verschiedene Haushaltswaschmaschinen und Tischschleudern von verschiedenen Herstellern aus der DDR geprüft, die den Forschungsauftrag selbst initiiert hatten. Dabei standen die Benutzerfreundlichkeit und die Waschleistung im Fokus. Für den Forschungsauftrag wurden jeweils 50 Waschgänge

---

982 Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1985 der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1985, S. 281. Zu Aufgaben und Arbeitsweise der PSt. in den frühen 1970er Jahren siehe: N. N.: DAMW Fachgebiet Textilreinigung Zittau – gestern und heute, in: Textilreinigung, Wäscherei, Chemischreinigung, Kleiderfärberei (1972), H. 2, S. 45–53.

983 Vgl. Jahresbericht 1959 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 15.2.1960, BArch Berlin, DF4-62708, S. 8.

durchgeführt und die Wäschestücke hinsichtlich Benutzerfreundlichkeit, Waschleistung, Faserverschleiß sowie Festigkeit analysiert. Jene Hersteller von Modellen, die in der Versuchsreihe weniger gute Ergebnisse erzielt hatten, wurden im Anschluss von der Prüfdienststelle hinsichtlich der Verbesserungsmöglichkeiten beraten.<sup>984</sup> Im Jahresbericht 1959 wurde außerdem der große Einfluss der Prüfdienststelle auf die Entwicklung von Waschmaschinen jeglicher Art betont. Besonders wichtig war die Zusammenarbeit von Forschung und Industrie, um sicherzustellen, dass „das Optimum an technischer Sicherheit und Waschleistung herausgeholt wird.“<sup>985</sup> Dabei entstand eine „neue Form sozialistischer Zusammenarbeit“, da die Prüfdienststelle nun bereits die Produktentwicklung begleitete, anstatt wie zuvor lediglich das fertige Erzeugnis zu prüfen.

Im Jahr darauf untersuchte die Prüfdienststelle ein polnisches Waschmittel hinsichtlich seiner Reinigungskraft. Dazu wurde in einer Doppeltrommelwaschmaschine mit 15 kg Füllgewicht Schmutzwäsche gewaschen. Das Produkt konnte jedoch nicht überzeugen. Auch hier bot die Prüfdienststelle weitere Unterstützung bei der Verbesserung des Waschmittels an.<sup>986</sup> Auch die dort durchgeführten Waschversuche mit einer Pullman-Waschmaschine für eine Ladung mit 40 kg Gewicht mit und ohne Mitnehmerrippen aus demselben Jahr stellen einen interessanten Forschungsauftrag dar. Zur Beobachtung der Wäschebewegung während des Waschgangs wurde dieser gefilmt und anhand der Zeitlupen die Dauerwaschversuchsreihen hinsichtlich ihres Reinigungseffektes geprüft. Zusammen mit der Erkenntnis, dass die Waschmaschine bei gleichem Reinigungserfolg auch ohne die Mitnehmerrippe hergestellt und damit wertvolles Material eingespart werden konnte, wurde der Forschungsauftrag inklusive der Filmaufnahmen auf der Arbeitstagung der AG Waschmaschinen des KdT-Fachausschusses „Textiles Reinigungswesen“ im Juni 1960 in Forst präsentiert.<sup>987</sup>

Das Interesse der Prüfdienststelle an Forschungsergebnissen der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Wäschereiforschung war 1961 trotz des Mauerbaus ungebrochen. In diesem Jahr wurde u. a. die hygienische

---

984 Vgl. ebd., S. 26 f.

985 Dieses und das folgende Zitat: Ebd., S. 29.

986 Vgl. Jahresbericht 1960 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 6.2.1961, BArch Berlin, DF4-64080, S. 7.

987 Vgl. ebd., S. 9.

Reinigungskraft der chemischen Waschmittel überprüft. Besonders wichtig war diese für die in den Krankenhäusern anfallende Wäsche, um Infektionskrankheiten zu vermeiden. Im Fokus der Versuche standen die in den Kliniken verwendeten Decken bzw. die darin festgesetzten Krankheitserreger und Keime. Für den Forschungsauftrag wurden verschiedene Waschmittel bzw. -substanzen hinsichtlich ihrer Reinigungskraft überprüft und miteinander verglichen. Im Vorfeld der Versuchsreihe wurde britische, australische und neuseeländische Fachliteratur zu Rate gezogen.<sup>988</sup> Im Fazit des Auftrags wurde festgehalten, dass die erprobten Reinigungsmittel „bei niedriger Temperatur und eine Nachbehandlung mit germiziden Verbindungen keinen hygienisch befriedigenden Effekt verbürgen.“<sup>989</sup>

Ein ähnlicher Forschungsauftrag wurde auch 1962 in Form von Waschversuchen zur Ermittlung der durchschnittlichen Nutzungsdauer von verschiedenen Mietwäschearten einschließlich Textilien des Gesundheitswesens durchgeführt. Der Auftrag war der Prüfdienststelle erteilt worden, da in der DDR ein Trend zur Nutzung von Mietwäsche entstanden war. Für die Bearbeitung kooperierte die Prüfdienststelle mit der Abteilung für Textilreinigung des Institutes für Kommunalwirtschaft Dresden sowie mit dem VEB Wäscherei der Stadt Dresden als Mietwäschedienst.<sup>990</sup> Das Ziel war die Ausarbeitung eines möglichst umfassenden Beurteilungssystems für alle Wäschearten, um bessere Preise für Mietwäsche festlegen zu können.<sup>991</sup> Dazu sollte herausgefunden werden, welche Waschmittel bzw. welche Waschmittelbestandteile sich am besten für die Pflege der genannten Wäschearten eigneten und eine möglichst lange Lebensdauer der Wäschestücke garantierten. Verschiedene Wäschereien, u. a. die der HO-Gaststätte Stadtkrug Zittau und des Krankenhauses bzw. der Kinderklinik Zittau, lieferten daher verschmutzte Handtücher, Wischtücher, Badetücher, Tischdecken, Servietten, Bettwäsche, Kinderunterwäsche und -jäckchen sowie Windeln für die Versuchsreihe an. Sie wurden mit der Gegenstromwaschanlage „System Sulzmann“ gewaschen und hinsichtlich Weißgrad,

988 Vgl. Jahresbericht 1961 der Prüfdienststelle 356 Zittau, o. D., ebd., DF4-52332, S.12, 15.

989 Ebd., S.12.

990 Vgl. Jahresbericht 1962 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 25.2.1963, BArch Berlin., DF4-50720, S.6-8.

991 Vgl. ebd., S.25 f.

Trockenfestigkeitsverlust, „Inkrustationen des Wäschereileistungstreifens in Form der Glühäsche“, Krumpfung, Faserabrieb nach Gebrauch und Waschung durch Wiegen sowie der „Repräsentationsgüte“ in einem Punktesystem ausgewertet.<sup>992</sup> Bezüglich der Repräsentationsgüte wurde geprüft, ab wann die Wäschestücke nicht mehr den Kriterien der Güteklasse 1 entsprachen, was zusätzlich für die Preisbestimmung ausschlaggebend war. Am Ende der Waschversuche wurde festgestellt, dass zwei Waschchemikalien, die besondere Formen von Alkylsulfat enthielten, die Wäschestücke am besten pflegten.<sup>993</sup>

1963 setzte die Prüfdienststelle die Versuche zur Ermittlung der durchschnittlichen Nutzungsdauer von verschiedenen Mietwäscharten einschließlich der Textilien des Gesundheitswesens fort, da das Interesse der Bevölkerung an Leihwäsche weiterhin groß war. Auch die beiden anderen großen Themen, die Prüfung und der Vergleich von Waschmitteln und -substanzen sowie die Analyse von chemischen Reinigungsmethoden, vor allem für die Krankenhauswäsche, wurden erneut aufgegriffen. Neu hinzu kam für das Jahr 1963 ein Forschungsauftrag zur Prüfung von Innentrommeln in Pullman-Waschmaschinen.<sup>994</sup> Im Bereich der Standardisierung und technischen Normung trug die Prüfdienststelle 1959 und 1960 außerdem zur Ausarbeitung verschiedener TGL-Normen bei. Diese galten für Funktionsprüfungen an Waschmaschinen, Waschmitteln für den maschinellen Waschprozess in den Wäschereien, Einweich- und Enthärtungsmitteln für den Haushalt, Spül- und Bleichmitteln für den Haushalt sowie verschiedenen Handwaschmitteln.<sup>995</sup>

Außerdem engagierten sich Schwarzkopf und seine wissenschaftlichen Mitarbeiter in verschiedenen Arbeitsgruppen und Gremien. Dazu zählten die zentralen Arbeitskreise für Forschung und Technik, hier u. a. das Arbeitsgremium für Seifen und oberflächenaktive Stoffe

992 Vgl. ebd., S. 7. Mit der „Repräsentationsgüte“ waren das äußere Erscheinungsbild und der Tragekomfort der Textilwaren gemeint.

993 Vgl. ebd., S. 9.

994 Vgl. Jahresbericht 1963 des Deutschen Amtes für Meßwesen- und Warenprüfung, Prüfdienststelle für Waschmittel/Wäscherei Zittau – Wäschereiforschung, 13.2.1964, BArch Berlin, DF4-50032, S. 2 f., 5.

995 Vgl. Jahresbericht 1959 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 15.2.1960, ebd., DF4-62708, S. 20–22; Jahresbericht 1960 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 6.2.1961, ebd., DF4-64080, S. 25.

bzw. der Ausschuss zur Erarbeitung von Optimalrezepturen. In Ergänzung dazu arbeitete die Prüfdienststelle in der DDR-Delegation der Arbeitsgruppe der Länder der UdSSR für Waschmittel, Seife und Fettveredlung sowie der Unterarbeitsgruppe für Waschmaschinen und -geräte der Arbeitsgruppe für Haushaltsgeräte, Kurzwaren und Beschläge der Zentralen Entwicklungs- und Konstruktionsstelle der VVB Eisen-, Blech-, Metallwaren mit. Schwarzkopf selbst engagierte sich als Leiter der Prüfdienststelle als Bezirksvorstand der KdT Dresden des Fachverbandes für Textil, Bekleidung und Leder und leitete die Fach- bzw. Fachunterausschüsse für Wäschereiprüfung, textiles Reinigungswesen, Waschmittel, textil-chemische Prüfung, neue Arbeitsmethoden, Wäschereimaschinen, Standardisierung und technische Normung. 1961 kamen die Arbeitsausschüsse für Gesundheitswesen und Selbstbedienungswäschereien hinzu.<sup>996</sup> Außerdem war er Mitglied des Gutachterausschusses für Wäschereimaschinenbau der Magdeburger Prüfdienststelle und Redaktionsbeirat der Fachzeitschrift „Die Wäscherei“.<sup>997</sup> Ab 1962 brachte sich die Prüfdienststelle 356 auch in der Arbeitsgruppe zur Austestung grenzflächenaktiver Stoffe am Institut für Fettchemie der AdW ein und unterstützte die Abteilung Textilreinigung des Instituts für Kommunalwirtschaft Dresden bei der Bearbeitung von Forschungsaufträgen.<sup>998</sup>

Um die eigene Forschungsarbeit der fachwissenschaftlichen Öffentlichkeit zu präsentieren, nahmen Vertreter der Prüfdienststelle an verschiedenen Konferenzen und Tagungen teil. Beispielsweise hielt Schwarzkopf 1959 bei einer Fachtagung zum textilen Reinigungswesen in Weimar ein Referat zu den Untersuchungsergebnissen aus den Aufgabengebieten des DAMW Zittau. Außerdem stellte er in einem Seminar des Institutes für Textilchemie der TH Dresden „Einige Ergebnisse aus der Wäschereiforschung“ vor. Bei der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Fettwissenschaft in Baden-Baden im Jahr 1960 sprach Schwarzkopf über den „Einfluss des maschinellen Waschens und Trocknens auf

996 Vgl. Jahresbericht 1961 der Prüfdienststelle 356 Zittau, o. D., ebd., DF4-52332, S. 20–22.

997 Vgl. Jahresbericht 1960 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 6.2.1961, ebd., DF4-64080, S. 23; Jahresbericht 1961 der Prüfdienststelle 356 Zittau, ebd., DF4-52332, o. D., S. 20.

998 Vgl. Jahresbericht 1962 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 25.2.1963, ebd., DF4-50720, S. 19 f.

Mikroorganismen unter besonderer Berücksichtigung der Dermatophyten“ und bei der Bezirkstagung der KdT Dresden über „Abwasserprobleme in der Wäscherei“. 999 1961 nahmen Mitarbeiter der Prüfdienststelle an einer Tagung der Länder des RGW teil, die vom Institut für Fettchemie der AdW ausgerichtet worden war. 1000 Außerdem beteiligte sich die Prüfdienststelle an der Konstituierung des Fachverbandes für grenzflächenaktive Stoffe bei der Tagung der chemischen Gesellschaft der DDR im Jahr 1962 in Leipzig. Im selben Jahr leitete Schwarzkopf außerdem die Fachtagung zum Textilreinigungswesen der KdT. 1001

Die Mitarbeiter der Prüfdienststelle publizierten ihre Ergebnisse regelmäßig in verschiedenen Fachzeitschriften. 1963 wurden insgesamt 14 Artikel von der Belegschaft, aber auch von Schwarzkopf selbst, vor allem in der DDR-eigenen Zeitschrift „Die Wäscherei“ publiziert. 1002 Die Zeitschrift richtete sich in erster Linie an Fachpublikum aus der gewerblichen Wäscherei bzw. der Textilindustrie, wurde aber als Ratgeber zur Wäschepflege auch von Laien gelesen. Herausgegeben wurde sie vom Verlag „Die Wirtschaft“, der zahlreiche wirtschaftsbezogene Printmedien veröffentlichte. Darüber hinaus wurden die Erkenntnisse auch in anderen Formaten, wie den Abhandlungen der AdW abgedruckt. 1003 Die Prüfdienststelle veröffentlichte nicht nur Fachliteratur, sondern

---

999 Vgl. Jahresbericht 1959 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 15.2.1960, BArch Berlin, DF4-62708, S. 22 f.

1000 Vgl. Jahresbericht 1961 der Prüfdienststelle 356 Zittau, o. D., ebd., DF4-52332, S. 23.

1001 Vgl. ebd., S. 20.

1002 Siehe dazu z. B.: Leonhardt und Steude: Die maschinelle Ausrüstung der Wäschereibetriebe in der DDR, in: Die Wäscherei. Fachzeitschrift für die Textilreinigung, Wäscherei, Chemiereinigung, Kleiderfärberei (1963), H. 3, S. 75–78.; Wesch: Waschversuche zum Ermitteln der durchschnittlichen Nutzungsdauer verschiedener Textilien des Mietwäschendienstes, in: Die Wäscherei. Fachzeitschrift für die Textilreinigung, Wäscherei, Chemiereinigung, Kleiderfärberei (1963), H. 4, S. 107.

1003 Siehe dazu z. B.: Schwarzkopf und Treuhoff: Einwirkung textiler Reinigungsprozesse auf Mikroorganismen, in: Abhandlungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Klasse für Chemie, Geologie und Biologie (1963), H. 2, S. 58–70; Wesch und Schwarzkopf: Vergleichende Testung von Waschgrundstoffen und Waschverfahren unter Praxisbedingungen, in: Abhandlungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Klasse für Chemie, Geologie und Biologie (1963), S. 228–237.

fasste bedeutsame ausländische Titel zusammen und leitete die Exzerpte begleitend mit einer Kartei weiterer ausländischer Literaturtitel an die VVB Eisen-, Blech- und Metallwaren und an die VVB Fettchemie Berlin weiter. Die Vorgehensweise zeigt, dass die Prüfdienststelle zumindest zu diesem Zeitpunkt Zugang zur internationalen Fachliteratur hatte. Bei der Beschaffung der relevanten Zeitschriften und Bücher wurde sie durch den Dokumentationsdienst der AdW unterstützt.<sup>1004</sup>

Ein weiterer bemerkenswerter Aufgabenbereich betraf die bereits in den Forschungsaufträgen angeklungene Zusammenarbeit mit internationalen Wäschereiforschungsinstituten. Im Jahr 1961 empfing die Prüfdienststelle Delegationen aus Industrie und Forschung aus der ČSSR und Ungarn.<sup>1005</sup> In Ungarn arbeitete die Wäschereiforschung bereits seit den frühen 1950er Jahren nach dem System der Zittauer Prüfdienststelle.<sup>1006</sup> Hinzu kam die Erstellung von Gutachten von für den Import vorgesehenen Waschmaschinen aus der ČSSR, Polen, Bulgarien, Jugoslawien und Russland sowie die Prüfung von Importmustern aus weiteren sozialistischen Ländern, die im Auftrag der Deutschen Export- und Importgesellschaft durchgeführt wurden.<sup>1007</sup>

Die Prüfdienststelle wurde darüber hinaus auch selbst im Ausland aktiv. So unterstützte Schwarzkopf 1961 den Aufbau eines Wäschereiforschungsinstitutes in Warschau nach Zittauer Vorbild. Über seine Arbeit dort berichtete er nicht nur in der DDR-Zeitschrift „Die Wäscherei“, sondern auch in einer Textilfachzeitschrift der ČSSR.<sup>1008</sup> Darüber hinaus besuchte er im selben Jahr ein britisches Wäschereiforschungsinstitut in London.<sup>1009</sup> Diese Reise geschah im Jahr des Mauerbaus

1004 Vgl. Jahresbericht 1961 der Prüfdienststelle 356 Zittau, o. D., BArch Berlin, DF4-52332, S. 22.

1005 Vgl. ebd., S. 21 f.

1006 Vgl. Jahresbericht 1962 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 25.2.1963, ebd., DF4-50720, S. 31.

1007 Vgl. Jahresbericht 1960 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 6.2.1961, ebd., DF4-64080, S. 29; Jahresbericht 1961 der Prüfdienststelle 356 Zittau, o. D., ebd., DF4-52332, S. 21.

1008 Vgl. Schwarzkopf: Zu Gast in der Volksrepublik Polen, in: Die Wäscherei. Fachzeitschrift für die Textilreinigung, Wäscherei, Chemiereinigung, Kleiderfärberei (1961), H. 11., S. 328 f. Der erwähnte Artikel im tschechischen Pendant ist unbekannt.

1009 Vgl. Schwarzkopf: Besuch beim britischen Wäschereiforschungsinstitut, in: Ebd., (1961), H. 7, S. 196–198.

und ihre Genehmigung belegt, dass Schwarzkopf von politischer Seite offenbar besonderes Vertrauen entgegengebracht wurde. Für alle anderen Mitarbeiter war eine Teilnahme an westdeutschen Konferenzen ab diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich.<sup>1010</sup> Trotz des sich verschärfenden Kalten Kriegs suchte die Prüfdienststelle den Kontakt zu einem westdeutschen Institut für Wäschereiforschung in Krefeld und hielt ihn auch 1962 weiterhin aufrecht. Dies betraf auch die Beziehung zu der Londoner Einrichtung.<sup>1011</sup>

Auch innerhalb der DDR unterhielt die Prüfdienststelle zahlreiche Kooperationen. Einer der für die Einrichtung wichtigsten Hersteller war der VEB Waschgerätekombinat Schwarzenberg, dem größten Herstellerwerk von Haushaltswaschmaschinen der DDR. 1959 unterstützte die Prüfdienststelle das Unternehmen bei der Überarbeitung von Prüfvorschriften für Haushaltswaschmaschinen.<sup>1012</sup> Außerdem arbeitete sie mit der Arbeitsgruppe für Textilreinigung des Instituts für Kommunalwirtschaft Dresden und dem Institut für Fettchemie der AdW zusammen. Sie erstellte Gutachten für Produkte des VEB Neptun-Werft Rostock, des VEB Erste Maschinenfabrik Karl-Marx-Stadt, des VEB Wäscherei- und Hutmaschinenbau Forst sowie des VEB Motoren- und Maschinenbau Berlin und unterstützte die Ausarbeitung von Neukonstruktionen.<sup>1013</sup> Die Prüfdienststelle partizipierte 1962 am technisch-wissenschaftlichen Zentrum für Wasch- und Textilhilfsmittel bei der VVB Allgemeine Chemie in Karl-Marx-Stadt. Außerdem beriet sie die VVB Allgemeine Chemie Halle bei der Produktionslenkung von Seifen und Waschmitteln.<sup>1014</sup> 1963 arbeitete die Prüfdienststelle mit der Zentralstelle für Standardisierung des Forschungsinstituts für Textiltechnologie in Karl-Marx-Stadt sowie

---

1010 Vgl. Jahresbericht 1961 der Prüfdienststelle 356 Zittau, o. D., BArch Berlin, DF4-52332, S. 27.

1011 Vgl. Jahresbericht 1962 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 25.2.1963, BArch Berlin, DF4-50720, S. 31.

1012 Vgl. Jahresbericht 1959 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 15.2.1960, ebd., DF4-62708, S. 20–22.

1013 Vgl. Jahresbericht 1961 der Prüfdienststelle 356 Zittau, o. D., ebd., DF4-52332, S. 27.

1014 Vgl. Jahresbericht 1962 der Prüfdienststelle 356 Zittau, 25.2.1963, ebd., DF4-50720, S. 21.

dem VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ zusammen.<sup>1015</sup> Auch diese Prüfdienststelle setzte sich außerdem für die Aus- und Weiterbildung von Nachwuchskräften ein. Lediglich im Bericht für das Jahr 1961 ist die Ausbildung von Fachkräften bzw. die Schulung von Mitarbeitern von Krankenhauswäschereien überliefert.<sup>1016</sup>

Mit der Fokussierung auf Güter, die den Lebensstandard der Bevölkerung verbessern sollten, entsprach die Ausrichtung des Amtes der in den 1960ern Jahre entstandenen „Fürsorgediktatur“, die das Wohlergehen der Bevölkerung und die Garantie der Lebensqualität vor den Idealen des Kommunismus zum Ziel hatte. Sie löste die „Mobilisierungsdiktatur“ ab, die seit der Gründung der DDR für eine Fundierung des Sozialismus und einer Begeisterung der Bevölkerung für die Ideale des neuen Staates sorgen sollte.<sup>1017</sup> Dass die Prüfdienststellen auch Aufträge für andere Forschungseinrichtungen übernahmen und enge Kontakte zu Pendanteinrichtungen in das sozialistische und nichtsozialistische Ausland pflegten, belegt ihre Bedeutung in der internationalen Wissenschaftslandschaft. Ein besonderes Anliegen aller hier vorgestellten Prüfdienststellen war es, Anweisungen zur Verlegung der meisten Prüfarbeiten in die Industrie auszuarbeiten und die Verantwortung dafür den TKO zu übertragen.

Während des Siebenjahrplans bzw. des NÖS änderte sich die dem DAMW übergeordnete Behörde ein weiteres Mal. Durch die damit einhergehende Erhebung zum „zentrale[n] Organ für die Koordinierung aller Aufgaben der Qualitätskontrolle“<sup>1018</sup>, der Unterstellung unter den Ministerrat und der engen Verbindung zum VWR erfuhr das Amt einerseits eine weitere Aufwertung und einen signifikanten Bedeutungszuwachs als Beratungsorgan für die Wirtschaftsplanung der DDR. Andererseits zeigen der Zuständigkeitswechsel bzw. die wechselnde Unterstellung auch die Schnelllebigkeit der Verwaltungspraxis in der DDR. Im Rahmen der Möglichkeiten, die der Sozialismus und die enge Anbindung an die Vorgaben aus Moskau boten, sollte eine

---

1015 Vgl. Jahresbericht 1963 des Deutschen Amtes für Meßwesen- und Warenprüfung, Prüfdienststelle für Waschmittel/Wäscherei Zittau – Wäschereiforschung, 13.2.1964, ebd., DF4-50032, S.3–5.

1016 Vgl. Jahresbericht 1961 der Prüfdienststelle 356 Zittau, o. D., ebd., DF4-52332, S.22 f.

1017 Vgl. Sabrow: Macht und Herrschaft, 2007, S.42–44.

1018 Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S.133.

möglichst florierende Wirtschaft geschaffen werden. Wenn Misserfolge, wie das Scheitern der Wirtschaftspläne, eintraten, versuchte die SED-Parteiführung, dem auch mit strukturellen Veränderungen in der staatlichen Verwaltung entgegenzusteuern. Nicht zuletzt aus eigener Unsicherheit und um aus den begangenen Fehlern zu lernen bzw. um die selbstgesteckten Ziele endlich zu erreichen, hoffte sie, mit der Feinjustierung der behördlichen Anbindung des DAMW und anderer wissenschaftlich-technisch arbeitenden Forschungseinrichtungen, die richtige Stellschraube für eine positive Entwicklung der DDR-Wirtschaft zu betätigen.

Das vorliegende Gesamtkapitel zeigt die Entwicklung des DAMW zu einer bedeutsamen Forschungseinrichtung der DDR, die eng mit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung verknüpft war. Seine wichtigste Aufgabe war es, die DDR beim Erreichen ihrer wirtschaftlichen Ziele zu unterstützen. Weil die Industrie während des gesamten Untersuchungszeitraums dazu angehalten war, möglichst wenig Rohstoffe in kürzester Zeit unter den geringsten Kosten zu qualitativ hochwertigen Produkten weiterzuverarbeiten, war diese Beratung und Unterstützung dringend erforderlich. Zwar schwankte zeitweise der Anspruch an die Quantität, die Qualität der Erzeugnisse sollte aber konstant hoch sein. Um dazu die in der DDR nur knapp vorhandenen Ressourcen zu schonen und zugleich einen Beitrag zur Verbesserung der Produktqualität zu leisten, klassifizierte das DAMW nicht nur Erzeugnisse hinsichtlich ihrer Qualität. Auch die Bearbeitung der Forschungsaufträge durch die Prüfdienststelle trug in hohem Maße zur Erreichung dieser Ziele bei. Das DAMW orientierte sich in zahlreichen Fällen an den wissenschaftlich-technischen Errungenschaften der Bundesrepublik. Dazu wurden westdeutsche und -europäische Fabrikate bestellt, um sie hinsichtlich ihrer Leistung zu untersuchen und zu vergleichen und die Erkenntnisse auf die DDR-eigenen Produkte zu übertragen. An dieser Stelle wird der Konkurrenzkampf der beiden politischen Systeme, aber auch der Anspruch der DDR, Anschluss an die wissenschaftliche und technologische Weiterentwicklung der Bundesrepublik und der gesamten westlichen Welt zu halten, deutlich. Um ihre Position in der nationalen und internationalen Wissenschaftslandschaft zu festigen, betrieben die Leiter und andere Mitarbeiter der Prüfdienststellen eine rege Publikations- und Vortragstätigkeit. Sie nahmen an zahlreichen Tagungen und Konferenzen teil und präsentierten ihre Erkenntnisse in den

Ländern der RGW und auch über den August 1961 hinaus in einigen Fällen im westlichen Ausland. Außerdem pflegte das DAMW einen Austausch mit anderen DDR-eigenen Forschungseinrichtungen und mit Material- und Warenprüfungseinrichtungen in der UdSSR. Teilweise wurden Forschungsaufträge gemeinschaftlich bearbeitet oder von der Prüfdienststelle vollständig übernommen, wenn die ursprünglich beauftragten Einrichtungen keine Kapazitäten dafür hatten. Die dabei erlangten Erkenntnisse wurden häufig in Fachzeitschriften oder gar Monografien publiziert. Teilweise verfassten die Leiter der Prüfdienststellen auch entsprechende Handbücher bzw. Standardwerke, die für das Fachgebiet so bedeutend waren, dass sie über Jahre in mehreren Auflagen veröffentlicht wurden. Darüber hinaus setzten sich die Prüfdienststellen für die Aus- und Weiterbildung von wissenschaftlichen Fachkräften ein. Dazu waren ihre Leiter und Mitarbeiter nicht nur als Dozenten an Hochschulen und Universitäten tätig, sondern richteten auch Kolloquien aus und boten Praktika für den Nachwuchs an. Einige Forschungsaufträge wurden auch als Diplom- und Doktorarbeiten ausgeschrieben. Besonderes Interesse hatte das DAMW an der Qualifizierung von TKO-Mitarbeitern und richtete daher regelmäßig Weiterbildungsmaßnahmen aus. Nachdem die Prüfarbeit des Amtes im Zuge der 1958 angestoßenen Neuausrichtung des DAMW vermehrt in die Industrie verlagert werden sollte, gewann dieser Punkt zusätzlich an Bedeutung.

Weiter stellte die Beratungsfunktion für die Industrie, die die Prüfdienststellen des DAMW übernahmen, sowie die zunächst durch das DAMW und später durch die TKO in den Unternehmen institutionalisierte Qualitätskontrolle ein besonderes Merkmal des Amtes dar. Das DAMW unterstützte die Industrie zudem in der Produktentwicklung und fertigte Gutachten für Prototypen an. Teilweise wurden Prüfaufträge übernommen und in den Prüfdienststellen bearbeitet, wenn Hersteller nicht zu deren Bearbeitung imstande waren. Außerdem beriet das DAMW seine jeweils übergeordneten Behörden, die DWK, die SPK und den Ministerrat der DDR, in regelmäßigen Abständen schriftlich und mündlich zu wirtschaftspolitischen Planungsfragen und berichtete zur Entwicklung der Qualität der in der DDR erzeugten Waren und der dafür benötigten Rohstoffe. Auch die Bevölkerung trat direkt an das Amt heran und bat um seine Expertise sowie Unterstützung bei der Einforderung von Garantieleistungen. Gegenüber den

anderen Häusern stellt dies eine besondere und einmalige Leistung dar. Dazu sind beispielhaft die Anfertigung von Gutachten zu Waschmaschinen und Bauschäden zu nennen.

Bezeichnend für das DAMW ist seine Aufgabe, die Qualität eines jeden in der DDR gefertigten Produktes zu bestimmen und mit einem eigens entwickelten Gütezeichen zu klassifizieren. Damit leistete es einen bemerkenswerten Beitrag zur staatlichen Regulierung der Industrie. Die Gütezeichen waren so bedeutsam, dass sie sogar die Preisgebung beeinflussten. Entsprachen Waren nicht den Güterrichtlinien bzw. den Qualitätsanforderungen des DAMW, war es befugt, finanzielle Sanktionen und solange einen Produktionsstopp zu verhängen, bis eine bessere Produktqualität gewährleistet werden konnte. Die Prüfdienststellen waren beauftragt, im Zuge der Güteklassifizierung auch die Herstellungsprozesse in der Industrie zu beaufsichtigen. Daher wurden die Schritte vom Wareneingang bis zur Verpackung und Auslieferung des fertigen Produkts in regelmäßigen Betriebskontrollen überwacht. Da die Gütezeichen jährlich neu vergeben werden mussten und die Kontrollen vor Ort zahlreiche Mitarbeiter band, nahm die Güteprüfung des DAMW einen großen Teil der Kapazitäten der Prüfdienststellen in Anspruch. Daher verwundert es nicht, dass sich das Amt seit Ende der 1950er Jahre verstärkt dafür einsetzte, diese, nicht zuletzt aufgrund der Zunahme der in der DDR hergestellten Produkte und dem damit einhergehenden ansteigenden Prüfaufwand, an die Hersteller und die TKO größere Verantwortung zu übertragen. So erarbeiteten die Prüfdienststellen Prüfmethoden, die auch in der Industrie durchgeführt werden konnten. Neben der Gütekontrolle und der Entwicklung von Prüfmethoden betreute das DAMW auch die Ausarbeitung von TGL-Normen, die zwischen den in Westeuropa gültigen DIN-Normen und den sowjetischen GOST-Standards, ein eigenes Normierungssystem darstellten. Die Reichweite und die Kompetenzen des Amtes reichten also tief bis in die Industrielandschaft der DDR hinein. Als ein den leitenden Wirtschaftsbehörden unterstelltes Amt kann es als wirtschaftspolitisches Machtinstrument der SED-Partei-führung eingeordnet werden.

Bemerkenswert für die vorliegenden Jahresberichte ist, dass die Prüfdienststellenleiter Mängel bzw. Punkte, die sie bei ihrer Arbeit einschränkten, trotz der politischen Kontrolle bzw. der strengen Überwachung deutlich ansprachen. Besonders in der Frühphase des

DAMW, als die Prüfdienststellen aus verschiedensten Forschungseinrichtungen zusammengestellt wurden, die teilweise durch die Demontagen stark dezimiert worden waren, trat Kritik dieser Art häufig auf. Doch auch im weiteren Verlauf bemängelten die Wissenschaftler immer wieder, dass dieses oder jenes Instrument oder eine für einen Versuch benötigte Chemikalie aufgrund von Importengpässen nicht vorhanden war und sich damit auch die Bearbeitung der Forschungsaufträge verzögerte. Ein weiterer Kritikpunkt, der sich über den gesamten Untersuchungszeitraum feststellen lässt, ist die schlechte Bezahlung der DAMW-Mitarbeiter. Die Leiter der Prüfdienststellen nahmen dies immer wieder in ihre Berichte auf und stellten fest, dass wissenschaftlich und nicht-wissenschaftlich arbeitende Angestellte in anderen Forschungseinrichtungen bzw. der Industrie besser verdienen und daher abwandern würden bzw. Stellen deshalb nur schwerlich zu besetzen seien. Bis 1964 sind mit Blick auf die Quellen diesbezüglich keine Änderungen festzustellen.

# 9 Präsidenten, Belastete und MfS-Mitarbeiter

## Zum Personal des DAMW

In diesem Kapitel werden die Biografien der im Untersuchungszeitraum amtierenden Präsidenten, Prüfdienststellenleiter und ihrer Stellvertreter beleuchtet. Insbesondere die Präsidenten Johannes Naumann und Helmut Lilie fanden in der Forschung bisher keine Beachtung. Wie bereits im Kapitel zum Personal des StWPA (Kap. 4) wird hier gefragt, wie sich ihr politisches Engagement und berufliche Tätigkeit während des Nationalsozialismus auf ihre Laufbahn im DAMW auswirkte. Im Fokus stehen das Wirken der Personen am DAMW und ihr persönliches Verhältnis zum politischen System der DDR. Dabei wird besonders die Bedeutung von „Expertise“ und „Politik“ in den Biografien berücksichtigt, die das persönliche bzw. berufliche Fortkommen vor und nach 1945 bedingten.

Besonders für dieses zweite biografische Kapitel stellen die personenbezogenen Akten des MfS bzw. des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) wichtige Quellen dar.<sup>1019</sup> Die Thesen des ehemaligen Mitarbeiters in der Abteilung Bildung und Forschung des BStU Rainer Buthmann werden für die vorliegende Studie bestätigt. Er erklärt, dass die Quellen des BStU zwar keine abschließende Antwort auf Hintergrund und Kontext von Biografien gäben und ein „interpretatorisches Restrisiko“ beinhalteten, da sie hochgradig politisch-ideologisch gefärbt seien.<sup>1020</sup> Der Autor widerlegt aber die gängige Vorstellung von der „Informationsflut des Staatssicherheitsdienstes als reinste, unbeherrschte Sammelwut.“ Ein Blick in die Forschungsliteratur zeige darüber hinaus, dass dort erlangte Informationen oft ohne Hinterfragen als Tatsache übernommen würden. Für Buthmann und auch für diese Arbeit stellen sie Dokumente dar, die

---

1019 Siehe dahingehend: Kowalczyk: Stasi konkret, 2013.

1020 Dieses und die folgenden Zitate: Buthmann: Versagtes Vertrauen, 2020, S. 39 f.

wie alle anderen historischen Quellen einer Kritik bedürfen und so einen wichtigen Beitrag zur DDR-Forschung erbringen können: „Insbesondere die Recherche im Fundus des BStU erwies sich als iterativ, eine Weise des Vorwärtkommens, die Dokumentenpfade legte, die es gestatteten, Zusammenhänge plastisch werden zu lassen.“

## 9.1 Die Präsidenten: Johannes Naumann (1909–1968), Helmut Lilie (\*1923)

Da es sich beim DAMW um das in der DDR für die Material- und Warenprüfung zuständige staatliche Organ handelte, mussten ihre Präsidenten in ihrer politischen Haltung unbedingt der SED-Ideologie entsprechen. Während der Präsidentschaftszeiten von Dr.-Ing. Johannes Naumann und Prof. Dr. habil. Helmut Lilie stand daher mehr ihre politische Loyalität im Vordergrund, weniger ihr Beitrag zum wissenschaftlichen Renommee des Amtes. Wie unterschiedlich die Karrieren von Präsidenten des DAMW verlaufen konnten, je nachdem, ob sie den Vorstellungen der übergeordneten politischen Entscheidungsträger entsprachen, zeigen diese beiden Biografien. Einerseits waren an die wissenschaftliche Ausbildung der Präsidenten und ihr politisches Engagement in der DDR konkrete Anforderungen gestellt.<sup>1021</sup> Durch die NSDAP-Mitgliedschaften von Naumann und Lilie kann angenommen werden, dass man andererseits zumindest mit ihrer politischen Vergangenheit nachsichtig umging. Beurteilungen und andere Dokumente des MfS rekurrirten aber immer wieder auf die NS-Zeit und ihre damalige politische Haltung.<sup>1022</sup>

1021 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Zentralverwaltung, Kaderabteilung, An das Ministerium des Innern, Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten über Staatliche Plankommission, Berlin, Betreff: Qualifikationsmerkmale für die Nomenklaturfunktion (Präsident des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung, Planstellt Nr. 1 Verg. Gr. E 2), Bezug: Antrag auf Bestätigung Dr. Naumann, Johannes, geb. 26.11.1909 Schönberg Glauchau-Land, für die Nomenklaturfunktion, 24.1.1955, BArch Berlin, MfS BV Ddn AOP 1787-68, Bd. 2, Bl. 29 f.

1022 Vgl. Personalbogen Alfred Johannes Naumann, 7.4.1964, ebd., Bl. 73-76; NSDAP-Gaukartei Helmut Lilie, BArch Berlin, R9361-IX KARTEI / 25881505, unpag.

Naumanns Amtszeit wurde von Seiten der Kaderabteilung des DAMW zunächst als Interimslösung betrachtet. Diese Abteilung war auf der obersten Verwaltungsebene des Amtes, gleich nach dem Präsidenten angesiedelt. Vergleichbar mit einer Personalabteilung, die allerdings in hohem Maße von der Ideologie des Sozialismus geprägt war und Anordnungen auf Grundlage der Vorgaben der SED-Parteführung umsetzte, hatte sie die personalpolitische Entscheidungsgewalt. Alle Mitglieder der Abteilung mussten sich mit der „marxistisch-leninistischen“ Lehre identifizieren, Mitglied der SED sein und waren vom MfS überprüft worden.<sup>1023</sup> Trotz der genannten Einschätzung der Kaderabteilung dauerte Naumanns Präsidentschaft insgesamt fünf Jahre an. Und obwohl die Kaderabteilung wegen seiner guten Kontakte in die DDR-Industrie durchaus von ihm überzeugt war, wurde er Ende 1960 aus internen bzw. politischen Gründen abgesetzt.<sup>1024</sup> Dabei hatte er sich nicht nur in der SED, sondern auch mehrere Jahre in verschiedenen Parteiorganen engagiert.<sup>1025</sup> Die politischen Bedenken gegen Naumann teilte auch das MfS. Die Staatssicherheit trug verschiedenste Dokumente mit umfangreichen personenbezogenen Informationen aus seiner Ausbildungszeit und seiner Tätigkeit beim DAMW zusammen. Aus ihnen ergibt sich eine nahezu vollständige Personalakte. Seine Verwicklung in einen Operativvorgang des MfS, in dessen Zuge er gar der Spionage verdächtigt und sein Privatleben tiefgehend überwacht wurde, belegt diese Durchdringung seines Lebens durch das MfS eindrucksvoll.<sup>1026</sup> Diese Art von Quellen zeigen das große geheimdienstliche Interesse an den Entwicklungen innerhalb des Amtes und der personellen Besetzung von Leitungspositionen.

Helmut Lilie, der das Amt von Naumann zu Beginn des Jahres 1961 übernahm, lenkte das DAMW in Folge der staatlich verordneten Umstrukturierung hin zur Verlagerung der Prüfung in die Industrie und

---

1023 Siehe dazu: Salheiser: *Parteitreu*, 2009, Kapitel 2.2. Siehe dazu auch im Anhang das Organigramm des DAMW, Stand: 1955.

1024 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Kaderabteilung, Beurteilung über Genossen Dr. Johannes Naumann, geb. 26.11.1909 in Schönberg, tätig als Präsident des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung, 9.12.1959, BArch Berlin, MfS BV Ddn AOP 1787-68, Bd.2, Bl. 55–57, hier Bl. 56.

1025 Vgl. Personalebogen Alfred Johannes Naumann, 7.4.1964, ebd., Bl. 73–76.

1026 Vgl. dazu bspw.: Hauptabteilung III/1/B, Erhalten: Gen. Lotter, Betr.: Dr. Naumann, 29.1.1960, ebd., Bl. 115; Abteilung XVIII/1, Treffbericht, 6.12.1965, ebd., Bl. 97 f.

auf den Weg zur Fusion mit dem DAMG.<sup>1027</sup> Der habilitierte Chemiker Lilie war bereits als junger Mann zum StWPA gekommen, übernahm schon zu einem frühen Zeitpunkt seiner Karriere Leitungspositionen und begleitete das Amt über Jahrzehnte. Seine Ernennung passte zum 1958 verabschiedeten Chemieprogramm, für dessen Umsetzung er sich innerhalb des DAMW „[b]esonders tatkräftig“ einsetzte, und harmonierte mit der damit einhergehenden Schwerpunktsetzung der DDR-Wirtschaft auf diese Sparte.<sup>1028</sup> Im Gegensatz zu Naumann gelang ihm nicht nur eine erfolgreiche Karriere innerhalb des DAMW, sondern auch ein beachtlicher politischer Werdegang. Er erreichte später die Ernennung zum 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der SPK und, während seiner zweiten Amtszeit als Präsident des ASMW, die Ernennung zum Staatssekretär.<sup>1029</sup>

DR.-ING. JOHANNES NAUMANN (1909–1968)

Johannes Naumann<sup>1030</sup> bewarb sich Ende 1950 beim DAMW um eine Stelle als wissenschaftlich-technischer Assistent der Fachgruppe Elektrotechnik mit Sitz in Dresden.<sup>1031</sup> In seinem Lebenslauf maß er seiner bereits im März 1946 erfolgten Entnazifizierung große Bedeutung bei.

1027 Vgl. Kurzbiografie Helmut Lilie, 29.9.1980, ebd., DC20-8213, Bl. 6–12, hier Bl. 7.

1028 Vgl. Beurteilung über den Genossen Dr. rer. nat. habil. Helmut Lilie, geb. 11.3.1923, wohnhaft in Berlin-Wilhelmsruh, Kurze Str. 2, 16.7.1960, ebd., DF5-8131, unpag., S. 2.

1029 Vgl. Staatliche Plankommission, Der Vorsitzende, Beurteilung über Genossen Prof. Dr. habil. Lilie, Helmut, geb. 11.3.1923, 18.5.1967, ebd., DC20-8213, Bl. 103 f.; Kurzbiografie Helmut Lilie, Berlin, 29.9.1980, ebd., Bl. 6–12, hier Bl. 7.

1030 Dr.-Ing. Johannes Naumann (26.11.1909 in Schönberg-Juni 1968), 1930–1935: Studium der Elektrotechnik an der TH Dresden, 1935–1936: Assistent am Institut für Starkstrom und Hochspannungstechnik an der TH Dresden, 1936–1947: Projektionsing. im Technischen Büro Dresden der Siemens-Schuckert Werke, 1943–1947: Promotion an der Bergakademie Freiberg („Wann ist Elektrowärme für Raumheizung energie-wirtschaftlich vertretbar?“), 1947–1950: Leiter des Technischen Büros der Imbert-Holzgas-Generatoren GmbH, vgl. Personalbogen Alfred Johannes Naumann, 7.4.1964, BArch Berlin, MfS BV Ddn AOP 1787-68, Bd. 2, Bl. 73–76; Johannes Naumann, Dr. Ing., An das Deutsche Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Dresden, Betr. Bewerbung, Lebenslauf, 20.11.1950, ebd., Bl. 11 f.; Naumann: Wann ist Elektrowärme für Raumheizung energie-wirtschaftlich vertretbar?, Diss., Freiberg 1947.

Er erklärte später, dass sein Eintritt in die NSDAP im Jahr 1935 nur erfolgt sei, weil die Studentenverbindung, der er damals angehört hatte, in diesem Jahr geschlossen in die NSDAP überführt worden sei.<sup>1032</sup> Der Sonderausschuss des Antifaschistisch-Demokratischen Blocks Sachsen stellte fest, dass Naumann in „politischen Diskussionen die Nazi-Einrichtungen aufs schärfste verurteilt und durch geschickte Aufklärung wesentlich zur Zersetzung des nazistischen Gewaltregimes beigetragen“ hatte.<sup>1033</sup> Des Weiteren wurde ihm die nicht näher erläuterte Unterstützung einer „jüdische[n] Mitbewohnerin“ zugutegehalten.<sup>1034</sup> Bei dem Sonderausschuss handelte es sich um die in Sachsen zentralisierte Instanz, die ab Ende des Jahres 1945 über die Aufnahme von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern in die neuen ‚antifaschistisch-demokratischen‘ Parteien der SBZ entschied.<sup>1035</sup>

In der DDR engagierte er sich politisch in der SED. Außerdem brachte er sich auf gesellschaftspolitischer Ebene ein, sichtbar in seinen vielfältigen Mitgliedschaften (FDGB, KdT, DSF, Deutscher Kulturbund (DKB), wo er ab 1950 Mitglied des Präsidialrates war, Deutscher Turn- und Sportbund (DTSB), GST, Volkssolidarität (VS) der DDR).<sup>1036</sup> Naumann erhielt aufgrund seiner wissenschaftlichen Ausbildung, über 15 Jahren Berufserfahrung sowie seinen Verbindungen zur Industrie

---

1031 Vgl. Johannes Naumann, Dr. Ing., An das Deutsche Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Dresden, Betr. Bewerbung, Lebenslauf, 20.11.1950, BArch Berlin, MfS BV Ddn AOP 1787-68, Bd.2, Bl. 11 f.

1032 Vgl. Personalbogen Alfred Johannes Naumann, 7.4.1964, ebd., Bl. 73–76.

1033 Sonderausschuss des Antifaschistisch-Demokratischen Blocks Sachsen, Bestätigung über den erbrachten Nachweis der antifaschistischen Betätigung für Herrn Johannes Naumann, 7.3.1946, ebd., Bl. 9.

1034 Vgl. ebd.

1035 Die Parteien waren sich bewusst, dass einige Anwärter zwangsläufig eine NS-Vergangenheit hatten und versuchten auf diesem Wege, sie zu rehabilitieren. Die Bescheinigungen ermöglichten nicht nur einen politischen Anschluss in der SBZ, sondern stellten auch die Entscheidungsgrundlage über eine Neu- oder Wiedereinstellung im öffentlichen Dienst dar. Sie ähnelten den ‚Persilscheinen‘ in der amerikanischen Besatzungszone. Dass diese Bescheinigungen auf Basis absichtlicher Falschinformationen der Antragsteller ausgestellt wurden, kam sehr häufig vor. Vgl. Welsh: Revolutionärer Wandel, 1989, S. 61 f.

1036 Vgl. Personalbogen Alfred Johannes Naumann, 7.4.1964, BArch Berlin, MfS BV Ddn AOP 1787-68, Bd.2, Bl. 73–76.

in den Sparten Hochspannungstechnik, Elektrowärme und Elektroschweißen einen Einzelvertrag.<sup>1037</sup> So setzte sich der Leiter seiner Fachgruppe, Werner Heimerdinger<sup>1038</sup>, bereits ein Jahr nach Naumanns Einstellung für seine Umgruppierung in die nächste Gehaltsstufe ein: „Aufgrund seiner vielseitigen Fachkenntnisse hat er sich sehr rasch in sein neues Arbeitsgebiet eingearbeitet und ist mir ein sehr wertvoller Mitarbeiter.“<sup>1039</sup> Da Heimerdinger hauptamtlich an der TH Dresden beschäftigt und die Fachgruppenleitung nebenberuflich ausübte, wurde Naumann bereits 1952 die stellvertretende Fachgruppenleitung übertragen und sein Gehalt noch einmal erhöht.<sup>1040</sup> In diesem Jahr erhielt er außerdem erstmals die Auszeichnung als Aktivist, die ihm 1955 erneut

- 
- 1037 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Der Leiter, An Staatliche Plankommission, Zentralamt für Forschung und Technik, Herrn Prof. Dr. Lange, Berlin, Betreff: 1. Abschluß eines Einzelvertrages mit Herrn Schwarz, Hermann, 2. Änderung des bereits abgeschlossenen Einzelvertrages mit Herrn Dr. Naumann, Johannes, 12.3.1952, BArch Berlin, DF4-20496, unpag.
- 1038 Dipl.-Ing. Werner Heimerdinger (1916–?), 1938–1943: Studium der Elektrotechnik an der TH Dresden, 1940–1946: Hilfsassistent, Vollassistent, Oberassistent am Institut f. Starkstrom ebd., 1941–1942: Wehrmacht, 1943: Diplom, 1946–min. 1955: Lehrbeauftragter für Elektrowärme und Prüftechnik an der TH Dresden, 1945: SPD/SED und FDGB, 1946–1948: Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung der TH Dresden, 1950–min. 1955: Leiter der Fachabt. Elektrotechnik bzw. der PSt. 331 für Elektrotechnik des DAMW in Dresden, da das von ihm 1946 gegründete Prüfamts für Elektrotechnik an der TH Dresden 1950 vom DAMW übernommen wurde, vgl. Personalbogen Werner Heimerdinger, 10.5.1951, Archiv der TU Dresden, Personalakte Werner Heimerdinger, PA II 2248, Bl. 1–5; Landesverwaltung Sachsen, Personalamt, Fragebogen Werner Heimerdinger, 1.12.1947, ebd., Bl. 6; Landesregierung Sachsen, Volksbildung, Mitteilung gemäß Befehl 201, 10.11.1947, ebd., Bl. 26; Jahresbericht 1954 der Prüfdienststelle 331 Dresden, 3.10.1955, BArch Berlin, DF4-57553; Personal- und Vorlesungsverzeichnis Studienjahr 1954/55, Herbstsemester, S. 79, in: Archiv der TU Dresden, URL: <https://www.ua.tu-dresden.de/PVVs/yum/PVV1955HS.htm> (Letzter Zugriff: 3.9.2024).
- 1039 DAMW, Fachabteilung Elektrotechnik, Dresden, Werner Heimerdinger, An die Personalabteilung des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung, Berlin, Empfehlung zur Umgruppierung für Naumann, Johannes, 21.2.1951, BArch Berlin, MFS BV Ddn AOP 1787-68, Bd. 2, Bl. 17.
- 1040 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Der Leiter, An Staatliche Plankommission, Zentralamt für Forschung und Technik, Herrn Prof. Dr. Lange, Berlin, Betreff: 1. Ab-

zuteil wurde. 1954 wurde Naumann zum Leiter der Prüfdienststelle 331 für Elektrotechnik ernannt.<sup>1041</sup> Diese war 1950 aus dem Elektrotechnischen Prüfamt der TH Dresden hervorgegangen.<sup>1042</sup>

Als DAMW-Präsident Rüfle 1955 die Leitung des Amtes für Patent- und Erfindungswesen übernahm, wurde Naumann zu seinem Nachfolger ernannt. Er trat sein Amt zum 1. Januar 1955 zunächst kommissarisch an, da seine abschließende politische Bestätigung noch ausstand.<sup>1043</sup> Einer Personalbeurteilung zufolge sprachen für ihn „seine hervorragenden Leistungen auf dem Prüfgebiet Elektrotechnik in Verbindung mit seinen guten organisatorischen Fähigkeiten, die er nicht zuletzt beim Bau des Dresdner Prüfgebäudes unter Beweis gestellt hat.“<sup>1044</sup> Das Erfordernis einer politischen Bestätigung zeigt, dass die politische Loyalität des Präsidentschaftsanwärters Naumann seiner Eignung als Wissenschaftler übergeordnet war. Es war offenbar unabdingbar, dass sich der Präsident des Amtes bzw. einer staatlichen Einrichtung vollumfassend den Idealen der SED-Regierung verschrieb. Solange dies nicht bestätigt war, konnte keine offizielle Ernennung erfolgen.

---

schluß eines Einzelvertrages mit Herrn Schwarz, Hermann, 2. Änderung des bereits abgeschlossenen Einzelvertrages mit Herrn Dr. Naumann, Johannes, 12.3.1952, ebd., DF4-20496, unpag.

- 1041 Vgl. Personalbogen Alfred Johannes Naumann, 7.4.1964, ebd., MfS BV Ddn AOP 1787-68, Bd. 2, Bl. 73–76.
- 1042 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Zentralverwaltung, Kaderabteilung, Betreff: Beurteilung des Herrn Dr. Naumann Johannes Dipl.-Ing. Elektrotechnik, geboren am 26.11.1909 in Schönberg Glauchau Land, Bezug: Antrag auf Bestätigung Dr. Naumann für die Ausübung der Nomenklaturfunktion, Planstelle Nr. 1 des DAMW (Präsident) Verg. Gr. E 2, 14.2.1955, ebd., Bl. 31–33.
- 1043 Vgl. Niederschrift über die Beratung betreffend den Wechsel in der Besetzung des Präsidenten des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung, 29.12.1954, BArch Berlin, DF4-40301, unpag.; Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Büro des Präsidiums des Ministerrates, Der Leiter, Ernennungsurkunde Dr. Hans Naumann, 23.8.1956, ebd., MfS BV Ddn AOP 1787-68, Bd. 2, Bl. 47. Damit werden die zeitlichen Angaben von Fuhrmann u. A. bezüglich der Präsidentschaften von Johannes Naumann und seines Nachfolgers Helmut Lillie widerlegt. Sie konstatieren, dass Naumann bereits 1953 in dieses Amt berufen worden sei, vgl. Fuhrmann u. A: Material- und Warenprüfung in der DDR, 2010, S. 93.
- 1044 Begründung für den Vorschlag des Kollegen Dr. Naumann, 7.8.1959, BArch Berlin, MfS BV Ddn AOP 1787-68, Bd. 2, Bl. 47–50, hier Bl. 48.

Für die Präsidentschaft waren durch die Kaderabteilung der Zentralverwaltung des DAMW bestimmte Qualitätsmerkmale festgelegt worden. Sie umfassten ein abgeschlossenes technisches oder naturwissenschaftliches Studium inklusive intensiver Praxiserfahrung, fundierte Kenntnisse über das Wirtschaftssystem der DDR, das durch entsprechende Lehrgänge gefestigt werden sollte, Führungskompetenz in Wissenschaft und Verwaltung sowie eine tiefgehende politische Allgemeinbildung im Marxismus-Leninismus und die Bereitschaft, sich auf diesem Gebiet weiterzubilden. Eine mögliche NSDAP-Mitgliedschaft oder weiteres Engagement für den Nationalsozialismus wurden nicht abgefragt. Naumann erfüllte die genannten Kriterien in weiten Teilen, die Kaderabteilung wünschte sich aber eine Vertiefung seiner politischen Bildung durch den Besuch von Lehrgängen an der Parteischule der SED.<sup>1045</sup>

Grundsätzlich war die Kaderabteilung von Naumann als neuem Präsidenten des DAMW zu diesem Zeitpunkt aufgrund seines persönlichen Einsatzes für die von ihm betreute Fachgruppe bzw. Prüfdienststelle für Elektrotechnik überzeugt. Positiv wirkte sich für ihn außerdem sein früher Eintritt in die SED und den FDGB aus. Politisch engagierte sich Naumann besonders im Kulturbund. Er organisierte Informationsabende in der Dresdner Prüfdienststelle im Vorfeld der „Volkswahlen“ sowie verschiedene Kulturveranstaltungen. Die Kaderabteilung des DAMW hielt bzgl. der Unruhen um den 17. Juni 1953 fest:

Auch sein Verhalten am 17.6.53 bedarf der Erwähnung und es ist zweifellos nicht zuletzt auf seine Initiative zurückzuführen, dass der Putschversuch in der Dresdener Niederlassung keine R[e]sonanz gefunden hat, die zu beachten wäre.<sup>1046</sup>

---

1045 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Zentralverwaltung, Kaderabteilung, An das Ministerium des Innern, Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten über Staatliche Plankommission, Berlin, Betreff: Qualifikationsmerkmale für die Nomenklaturfunktion (Präsident des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung, Planstelle Nr. 1 Verg. Gr. E 2), Bezug: Antrag auf Bestätigung Dr. Naumann, Johannes, geb. 26.11.1909 Schönberg Glauchau Land, für die Nomenklaturfunktion, 24.1.1955, ebd., Bl. 29 f.

1046 Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Zentralverwaltung, Kaderabteilung, Betreff: Beurteilung des Herrn Dr. Naumann Johannes Dipl.-Ing. Elektrotechnik, geboren am 26.11.1909 in Schönberg Glauchau Land, Bezug: Antrag auf

Zu seinen ersten Amtshandlungen gehörten die Umstrukturierung und die Einsetzung der thematischen Hauptgruppen im DAMW.<sup>1047</sup> Die Zentralverwaltung in Berlin sollte sich aus den Abteilungen Grundsatz und Organisation sowie einer Kaderabteilung zusammensetzen. Für dieses Vorhaben bat er um die Zustimmung der übergeordneten SPK.<sup>1048</sup> War die Kaderabteilung Naumann im August 1959 noch wohlgesonnen und dankbar für seine guten Auslandskontakte, die bis nach China reichten, änderte sich diese Haltung nur vier Monate später.<sup>1049</sup> Die Abteilung attestierte Naumann plötzlich Schwierigkeiten bei der Gewöhnung an das erhöhte Arbeitspensum. Außerdem stellte sie Schwächen bei seiner politisch-ideologischen Ausbildung fest und führte dies auf seine „bürgerliche Ideologie“ zurück.<sup>1050</sup> Mit der aktuellen Situation bzw. der niedrigen Leistungsfähigkeit des Amtes war die Kaderabteilung unzufrieden:

Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass der Genosse Dr. Naumann sehr häufig sporadisch an seine Aufgaben herangeht, in vielen Fällen mangelnde Entscheidungsfreudigkeit zeigt und in anderen Fällen wieder unter Ausschaltung des Kollektivs Entscheidungen trifft.

Darüber hinaus sei Naumanns Ernennung zum Präsidenten lediglich eine Interimslösung gewesen. Er selbst hätte darum gebeten, das Amt nur für eine kürzere Zeit auszuüben. Sobald geeigneter Ersatz vorhanden wäre,

---

Bestätigung Dr. Naumann für die Ausübung der Nomenklaturfunktion, Planstelle Nr. 1 des DAMW (Präsident) Verg. Gr. E 2, 14.2.1955, BArch Berlin, MfS BV Ddn AOP 1787-68, Bd. 2, Bl. 31-33, hier Bl. 32. Zu den Geschehnissen um den 17. Juni 1953 in Dresden siehe: Müller: Fünfeinhalb Tapfere, 2003.

- 1047 Für eine Übersicht über die Hauptgruppen des DAMW siehe im Anhang das Organigramm des DAMW, Stand 1955.
- 1048 Vgl. DAMW, An den Stellv. der Staatlichen Plankommission, Herrn Hieke, Betreff: Bildung eines neuen Kollegiums für das DAMW, 21.5.1955, BArch Berlin, DF4-40301, unpag.
- 1049 Vgl. Begründung für den Vorschlag des Kollegen Dr. Naumann, 7.8.1959, ebd., MfS BV Ddn AOP 1787-68, Bd. 2, Bl. 47-50.
- 1050 Dieses Zitat sowie die folgenden direkten und indirekten Zitate: Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Kaderabteilung, Beurteilung über Genossen Dr. Johannes Naumann, geb. 26.11.1909 in Schönberg, tätig als Präsident des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung, 9.12.1959, ebd., Bl. 55-57, hier Bl. 56.

sollte Naumann gar seines Amtes enthoben werden.<sup>1051</sup> Woher dieser Sinneswandel rührte, bleibt ungeklärt. Sein rascher Aufstieg innerhalb des Amtes hatte anfänglich eine vielversprechende Zukunft am DAMW vermuten lassen. Mit Wirkung vom 31. Dezember 1960 wurde Johannes Naumann als Präsident schließlich abgesetzt und trat zum neuen Jahr eine Stelle als Leiter des VEB Zentrale Entwicklung und Konstruktion Elektroapparate Dresden an.<sup>1052</sup> Ab 1965 war er als Professor mit einem Lehrauftrag für die Bereiche Elektrotechnik und Schaltgerätetechnik an der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden tätig.<sup>1053</sup>

Für den Zeitraum ab Herbst 1965, als Naumann bereits an der Hochschule tätig war, sind noch einmal Dokumente der Staatssicherheit zu ihm überliefert. Ein Hauptmann des MfS berichtete, dass Naumann angeboten hatte, für das MfS tätig zu werden: „Dr. Naumann bot sich an, in unserem Auftrag Verbindungen zu Personen im kapitalistischen Ausland herzustellen, da er über zahlreiche Kontakte verfüge.“<sup>1054</sup> Das Angebot wurde jedoch zu keinem Zeitpunkt angenommen, da eigen-initiative Bewerbungen bei der Stasi als verpönt und unsicher galten.<sup>1055</sup> Aus Sicht des MfS passten Naumanns persönliche Einstellung, sein Privatleben, seine Arbeitshaltung und seine politische Position nicht zu den Idealen der Staatssicherheit: „Zusammenfassend schätzte [Name geschwärzt, YS] ein, daß Dr. Naumann für eine Spionagetätigkeit zu feige ist und sich nicht der Gefahr aussetzen will, eines Tages entlarvt zu werden.“<sup>1056</sup> Auch war das Ministerium unschlüssig über die Beweggründe seiner Bereitschaft sich zu engagieren, da weder eine politische

1051 Vgl. Zusatz zu der vom Deutschen Amt für Material- und Warenprüfung am 9.12.1959 erarbeiteten Beurteilung über Genossen Dr. Johannes Naumann, geboren am 26.11.1909 in Schönberg – tätig als Präsident des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung, 17.12.1959, BArch Berlin, MfS BV Ddn AOP 1787-68, Bd. 2., Bl. 58.

1052 Vgl. [An den] Genossen Dr.-Ing. Johannes Naumann, Dresden, 22.12.1960, ebd., Bl. 59.

1053 Vgl. Kappelt: Braunbuch, 2009, S. 451.

1054 Hauptabteilung XVIII/1/2, Absprache mit Gen. Hptm. Lotter – HA XVIII/4 – über Dr. Naumann, ehemals Präsident des DAMW Berlin, 5.10.1965, BArch Berlin, MfS BV Ddn AOP 1787-68, Bd. 2, Bl. 116–119, hier Bl. 116.

1055 Vgl. dazu Müller-Engbers: Inoffizielle Mitarbeiter, 2010, S. 13.

1056 Hauptabteilung XVIII/1/2, Absprache mit Gen. Hptm. Lotter – HA XVIII/4 – über Dr. Naumann, ehemals Präsident des DAMW Berlin, 5.10.1965, BArch Berlin, MfS BV Ddn AOP 1787-68, Bd. 2, Bl. 116–119, hier Bl. 118.

Überzeugung noch finanzielle Nöte festgestellt werden konnten. Ein möglicher Hintergrund wurde in seiner persönlichen Vergangenheit vermutet: „Es könnte höchstens sein, daß er [sich] aufgrund früherer Belastungen, vor allem während der Nazizeit, [...] irgendwie verpflichtet fühlt.“<sup>1057</sup> Die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit der Stadt Dresden beschloss, die Untersuchung zu Naumann zum 15. Dezember 1965 einzustellen.<sup>1058</sup>

Allerdings erweckte Naumann nur wenige Tage nach diesem Beschluss erneut das Interesse des MfS, da eine Verstrickung in den Operativvorgang „Läufer“ vermutet wurde. Quellen des MfS zufolge sollte der Wissenschaftler enge Kontakte zu ehemaligen Kommilitonen der TH Dresden pflegen, die nun in einem Schweizer Elektrotechnikunternehmen mit Sitz in Mannheim arbeiteten, und möglicherweise sensible Informationen an sie übermitteln. Daher wurde eine Kontaktperson des MfS auf Naumann angesetzt, die selbst Mitarbeiter der Hochschule für Verkehrswesen war. Diese wurde beauftragt, noch einmal umfassende Informationen über ihn einzuholen. Das Ministerium wünschte Auskunft über frühere und gegenwärtige Kontakte, eine Empfehlung anderer Mitarbeiter des MfS, die auf Naumann angesetzt werden könnten, die Kontrolle seiner Arbeit sowie seiner Dienstreisen und Näheres zu seinem ehrenamtlichen Engagement.<sup>1059</sup>

---

1057 Hauptabteilung XVIII/1/2, Absprache mit Gen. Hptm. Lotter – HA XVIII/4 – über Dr. Naumann, ehemals Präsident des DAMW Berlin, 5.10.1965, BArch Berlin, MfS BV Ddn AOP 1787-68, Bd. 2, Bl. 116–119, hier Bl. 118.

1058 Vgl. Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden, Abteilung M, [An die] Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden, Abteilung XVIII, im Hause, Betreff: PK Aufträge, 16.11.1965, ebd., Bd. 1, Bl. 70.

1059 Vgl. Abteilung XVIII/1, Operativplan zum Operativ-Vorgang „Läufer“ 1461/63, 23.11.1965, ebd., Bd. 1, Bl. 60–69, hier Bl. 60.

PROF. DR. HABIL. HELMUT LILIE (\*1923)



Abb. 15: Der Präsident des DAMW und des „DAMW-neu“ von 1961 bis 1965 Helmut Lilie, vermutl. um 1966. (BArch Berlin)

Helmut Lilie<sup>1060</sup> nahm zum Ende seines Chemiestudiums in Jena 1949 eine Tätigkeit im chemischen Labor des StWPA Thüringen auf, das im Frühjahr 1950 nach Altenburg verlegt wurde. Lilie wurde daraufhin als Nachfolger von Prof. Eckardt die Leitung der Metallwirtschaftlichen Abteilung des Amtes übertragen. In dieser leitenden Position konnte er bereits als junger Mann größere Verantwortung übernehmen.<sup>1061</sup> Seine Mitgliedschaft in der NSDAP, in die er 1941 eingetreten war, stellte dabei keinen Hinderungsgrund dar.<sup>1062</sup> Ende des Jahres 1945 wurde Lilie Mitglied der SPD, ab April 1946 der SED. Außerdem engagierte er sich seit 1953 in den Parteiorganisationen und hatte zahlreiche „gesellschaftliche Funktionen“ inne: Er war Mitglied des FDGB bzw. in der Betriebsgewerkschaftsleitung, Mitglied der Parteilung des DAMW an

1060 Prof. Dr. habil. Lilie (11.3.1923 in Erfurt-?), 1941–1945: Wehrmacht, Luftwaffe, Flugzeugführerschulen in Frankreich und Crailsheim, nach Kriegsende amerikanische Kriegsgefangenschaft, 1945–1949: Studium der Chemie in Jena, 1949: Diplom, vgl. Fragebogen, 29.8.1948, BArch Berlin., DC20-8213, Bl. 30–32.

1061 Vgl. Lebenslauf Helmut Lilie, 14.2.1966, ebd., Bl. 18–20, hier Bl. 18.

1062 Vgl. NSDAP-Gaukartei Helmut Lilie, BArch Berlin, R9361-IX KARTEI / 25881505.

den Standorten der Prüfdienststellen, des Sekretariats der SED-Kreisleitung der SPK, der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED sowie des Forschungsrates der DDR usw.<sup>1063</sup>

Um seine Doktorarbeit zu schreiben, erwirkte Lilie 1951 eine einjährige Beurlaubung und verfasste diese am chemischen Institut der Universität Jena.<sup>1064</sup> Nach der Promotion schlug er eine Berufslaufbahn am DAMW ein: Zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Prüfdienststelle 422 in Halle für die Metallindustrie angestellt, wurde ihm 1954 wurde ihm die Leitung der Prüfdienststelle 481 für Technische Chemie übertragen. Im Zuge dessen erhielt einen Einzelvertrag.<sup>1065</sup> Von 1952 bis 1956 stieg er, noch nicht einmal 30 Jahre alt, bis zum Leiter der Fachabteilung Metallurgie auf, der sechs Prüfdienststellen untergeordnet waren, und gründete die Abteilung für Normalproben und Eichelektroden an der Hallenser Prüfdienststelle, um „in allen Laboratorien der Metallurgie und der metallverarbeitenden Industrie der DDR eine einheitliche Basis für die analytischen Arbeiten zu schaffen.“<sup>1066</sup> Darüber hinaus war er zu dieser Zeit erster Delegierter der DDR in der internationalen Kommission für Standardisierung der Ostblockstaaten im Bereich Schwarzmetallurgie bzw. der Untergruppe Chemische Prüfverfahren.<sup>1067</sup>

Lilie war von 1953 bis 1956 Mitglied der Parteileitung in der Betriebsgruppe des DAMW am Standort Halle und besuchte 1955 die Kreisabendschule bzw. einen Kurs für politische Ökonomie. Damit kam er der Forderung nach politischer „Festigung“ nach. Im selben Jahr erhielt er seine erste Auszeichnung für hervorragende Leistungen.<sup>1068</sup> Lilies politisches Engagement ging so weit, dass er sich 1954 als Geheimer Informator (GI)<sup>1069</sup> des MfS unter dem Decknamen „Erfurt“

1063 Vgl. Kurzbiografie Helmut Lilie, Berlin, 29.9.1980, BArch Berlin, DC20-8213, Bl. 6–12, hier Bl. 9; Kurzbiografie Helmut Lilie, 1.6.1984, ebd., DF5-8131, unpag., S. 4.

1064 Vgl. Lilie: Beiträge zur Chemie der Reineckesalze, Diss., Jena 1953.

1065 Vgl. Lebenslauf Helmut Lilie, 14.2.1966, BArch Berlin, DC20-8213, hier Bl. 18; Kollege Dr. Lilie, Planstelle 894, Berlin, 1.9.1954, ebd., Bl. 50.

1066 Lebenslauf Helmut Lilie, 14.2.1966, ebd., Bl. 18–20, hier Bl. 19.

1067 Vgl. ebd.

1068 Vgl. Kurzbiografie Helmut Lilie, Berlin, 29.9.1980, ebd., Bl. 6–12, hier Bl. 8–10.

1069 Diese Bezeichnung wurde 1968 von dem Begriff „Inoffizieller Mitarbeiter“ abgelöst, vgl. Blum u. A.: Abkürzungsverzeichnis, 2012, S. 36, 43.

anwerben ließ.<sup>1070</sup> Seine berufliche Karriere zeigt, dass Lilie nicht nur wissenschaftlich ein Experte war. Um am DAMW erfolgreich das Amt des Präsidenten ausüben zu können, war vielmehr eine absolute Loyalität gegenüber der SED-Regierung erforderlich. Seine Bereitschaft zu einer geheimdienstlichen Tätigkeit ließ sein Ansehen weiter ansteigen, und er errang daher bereits in einem frühen Stadium seiner beruflichen Karriere hochrangige Positionen.

1956 erfolgte Lilies Ernennung zum Vizepräsidenten des DAMW. In diesem Zuge wechselte er seinen Dienstort und war fortan in der Zentralverwaltung des Amtes in Berlin tätig. Präsident des DAMW wurde er mit der Versetzung Naumanns auf eine Leitungsposition in der Industrie im Januar 1961.<sup>1071</sup> 1960 habilitierte er sich an der Universität Halle<sup>1072</sup> und war als Lehrbeauftragter an der Fachschule für Binnenhandel Dresden aktiv. Während seiner Präsidentschaft engagierte er sich außerdem als Mitglied des Büros für Industrie und Bauwesen beim Politbüro des ZK der SED sowie des Forschungsrates der DDR.<sup>1073</sup> Für seine Verdienste um das DAMW wurde er 1959 mit der Verdienstmedaille der DDR und 1964 mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze ausgezeichnet.<sup>1074</sup> Lilie publizierte zahlreiche Beiträge zur

---

1070 Vgl. Abteilung III/2, Abschlußbeurteilung über den GI „Erfurt“, Reg. Nr. 3341/54, Halle/Saale, 18.10.1956, BArch Berlin, MfS HA XVII, Nr. 15452, Bl. 2.

1071 Vgl. Kurzbiografie Helmut Lilie, 29.9.1980, BArch Berlin, DC20-8213, Bl. 6–12, hier Bl. 7; Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 131 f. Jablonski datiert Lilies Amtsantritt als Präsident fälschlicherweise auf das Jahr 1957 und erklärt, dass sich in diesem Zusammenhang auch die Arbeitsweise des DAMW geändert hätte. Seinen Ausführungen zufolge sei das Amt ab diesem Zeitpunkt bemüht gewesen, die Pflichtprüfungen in die Produktionsbetriebe zu verlagern. Diese Entwicklung ergab sich allerdings nicht auf Anordnung des Präsidenten Lilie, sondern aus den 1958 gefassten Beschlüssen der 32. bzw. 33. Plenumsitzungen des Zentralkomitees (ZK) der SED, vgl. Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 53 f., 94 f.

1072 Vgl. Lilie: Beiträge zu photometrischen Schnellmethoden in der Metallurgie, Habil., Halle/Saale 1960.

1073 Für eine Einordnung des Forschungsrates der DDR siehe Kapitel 7.

1074 Vgl. Kurzbiografie Helmut Lilie, 29.9.1980, BArch Berlin, DC20-8213, Bl. 6–12, hier Bl. 7, 9, 10.

Qualitätskontrolle, u. a. auch im „Neuen Deutschland“.<sup>1075</sup> Bereits die Artikel für die Tagespresse zeigen, dass Lilie die Bevölkerung nicht nur über die Entwicklungen innerhalb des DAMW informieren, sondern auch die gesetzten Ziele, wie die Verbesserung der Quote der mit dem Gütezeichen „Q“ versehenen Produkte oder die Eingliederung der TKO in das Amt, legitimieren wollte. Auch in Fachzeitschriften und der SED-Zeitschrift „Einheit“ verdeutlichte er die Bedeutung von qualitativ hochwertigen Produkten für das internationale Renommee der DDR.<sup>1076</sup> Ab Mitte der 1960er Jahre publizierte er verschiedene Monografien zur Qualitätssicherung. Unter anderem überarbeitete er ein von einem anderen DAMW-Mitarbeiter verfasstes Buch zu Qualitätskontrolle und Qualitätssicherung.<sup>1077</sup> Außerdem veröffentlichte er ein Handbuch, in dem neben Qualitätsaspekten auch die Standardisierung thematisiert wurde.<sup>1078</sup> Beide Bücher wurden noch Mitte der 1980er Jahre in der dritten Auflage veröffentlicht, was sie als weiterhin gültige Standardwerke auszeichnete.

Lilies wissenschaftliche Publikationen stehen für die Instrumentalisierung der Wissenschaft für die politischen Zwecke der DDR und ihren Anspruch auf Geltung im internationalen Wettbewerb. Häufig spricht er von „Kampf“ oder gar von „Waffen der Qualitätsleistung“, die im internationalen Wettbewerb eingesetzt werden müssten.<sup>1079</sup> Bei seiner Wortwahl handelte es sich allerdings um einen in der DDR gängigen Sprachduktus, denn bereits in einem Zeitungsartikel zur Gründung des DAMW im November 1949 war der Begriff „Kampf um die Verbesserung der Qualität unserer Produktion“ verwendet

---

1075 Siehe dazu exemplarisch: Lilie: Das „Q“ und der Kampf gegen Störenfriede. Die Arbeit einer wichtigen Institution für eine wichtige Aufgabe, in: Neues Deutschland, 18.7.1961, S.3; Ders.: Muß man Gütekontrolleure materiell interessieren?, in: Ebd., 5.12.1962, S.3; Ders.: Wie muß der Wettbewerb um „Q“ geleitet werden?, in: Ebd., 22.2.1963, S.3.

1076 Vgl. Lilie: „Gütezeichen der DDR – Ausdruck höchster Qualität“, Sonderausgabe der Zeitschrift „Die Wirtschaft“ anlässlich der Leipziger Jubiläumsmesse im Frühjahr 1965 und der Zeitschrift „Prawda“, o. D., BArch Berlin, DF5-3192, unpag.; Lilie: Die Qualität sichern und steigern, 1964.

1077 Siehe: Lilie: Qualitätskontrolle, 1966.

1078 Siehe: Lilie: Qualitätssicherung und Standardisierung. Handbuch, Berlin 1979.

1079 Vgl. Ders.: Qualitätskontrolle, 1966, S.11.

worden.<sup>1080</sup> Der „Kampf um das Gütezeichen ‚Q‘“ wurde 1960 außerdem als „Massenbewegung“ verstanden und das DAMW war damit beauftragt, diese Bewegung zu organisieren.<sup>1081</sup> In ihm sah Lilie das Streben der DDR, hochwertige Produkte unter geringstem Waren-, Rohstoff- und Personaleinsatz zu produzieren. Sie sollten mit der Qualität des Westens mithalten bzw. sie übertreffen und auf nationaler Ebene mit dem besten Gütezeichen, dem „Q“, prämiert werden.

Bereits drei Jahre nach dem Mauerbau, der einen der Höhepunkte des Ost-West-Konflikts darstellte, stand das DAMW mit Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik in Kontakt. 1964 tauschte Lilie sich mit Vertretern der PTB zur Bildung einer deutschen Delegation für die geplante internationale Meterkonvention aus. Konsens zwischen DAMW und PTB war zunächst, dass beide Einrichtungen berechtigt sein sollten, Mitglieder der Delegation zu ernennen. Die Leitung wurde nach kurzer Diskussion im Tagesrhythmus wechselnd festgelegt. Die PTB schlug vor, die Abordnung als „Allemagne“ zu bezeichnen, im Konferenzprotokoll sollten die Ämter dann namentlich erwähnt werden. Das DAMW wünschte darüber hinaus auch die Ergänzung der Bezeichnungen „Ost“ und „West“.<sup>1082</sup>

Ende des Jahres 1965 legte Lilie sein Amt als Präsident des „DAMW-neu“ nieder wurde zum 22. Dezember 1965 zum 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der SPK ernannt.<sup>1083</sup> Damit bekleidete er eines der höchsten wissenschaftspolitischen Ämter der DDR überhaupt. Während dieser Zeit wurde er Mitglied des Forschungsrates und des Gesellschaftlichen Rates der Universität Halle. Außerdem besuchte einen vierwöchigen Lehrgang am Zentralinstitut für Sozialistische Wirtschaftsführung in Berlin-Rahnsdorf.<sup>1084</sup> Die Tätigkeit in der SPK übte Lilie bis 1972 aus und kam dann zurück in das Amt, um eine

1080 Vgl. Frija: Wissenschaft hilft Qualität verbessern. Das Warenprüfungsamt in Gera ist ein guter Anfang, in: Neues Deutschland, 23.11.1949, S. 5.

1081 Alle Zitate dieses Satzes entnommen aus: Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR: Zehn Jahre, 1960, S. 5 f.

1082 Vgl. Protokoll über die Besprechung zur Bildung einer gemeinsamen deutschen Delegation zur XII. Generalkonferenz der Meterkonvention (Paris, Oktober 1964), o. D., BArch Berlin, MfS HA XVII, Nr. 15452, Bl. 34 f.

1083 Vgl. Staatliche Plankommission, Der Vorsitzende, Beurteilung über Genossen Prof. Dr. habil. Lilie, Helmut, geb. 11.3.1923, 18.5.1967, BArch Berlin, DC20-8213, Bl. 103 f.

1084 Vgl. Kurzbiografie Helmut Lilie, 29.9.1980, ebd., Bl. 6–12, hier Bl. 8–10.

weitere Präsidentschaft des mittlerweile aus dem „DAMW-neu“ hervorgegangenen Amtes für Standardisierung, Messwesen und Warenprüfung (ASMW) anzutreten. Seine Ernennung zum Staatssekretär erfolgte 1977, um sein Amt mit der entsprechenden staatspolitischen Autorität ausüben zu können. Außerdem wurde er in diesem Jahr Mitglied der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED.<sup>1085</sup> Im Laufe seiner Karriere wurde er mit zahlreichen staatlichen Auszeichnungen bedacht, darunter der VVO in Silber, das Banner der Arbeit, Stufe 1 und zuletzt 1986 der Kampforden „Für Volk und Vaterland“ des Ministeriums für Nationale Verteidigung.<sup>1086</sup> 1989 schied Lilie auf eigenen Wunsch zum Ende des Jahres als Präsident des ASMW aus.<sup>1087</sup> So absolvierte Lilie eine Karriere, die zunächst auf wissenschaftlicher Basis begann, aufgrund seines politischen Engagements für die SED-Diktatur rasch erfolgreich war und mit der Erlangung höchster staatlicher Ämter ihren Abschluss fand.

Dies machte sich auch in den ihm verliehenen Auszeichnungen bemerkbar: Während seiner zweiten Amtszeit am „DAMW-neu“ bzw. ASMW wurde er mit dem Banner der Arbeit Stufe 1, als Verdienter Techniker des Volkes, der Medaille 30. Jahrestag der DDR, dem Vaterländischen Verdienstorden in Silber sowie dem Kampforden für Verdienste an Volk und Vaterland in Bronze ausgezeichnet.<sup>1088</sup>

## 9.2 Belastete Experten: Ernst Schiebold (1894–1963), Friedrich Stather (1901–1974)

Die beiden nachfolgend vorgestellten Biografien stehen charakteristisch für jene Personen, die aufgrund ihres beruflichen Renommées, das sie bereits vor 1945 erworben hatten, ihre Karriere in der DDR und am DAMW auch ohne tiefgehendes politisches Engagement fortsetzen konnten. Fußte ihr Erfolg während des NS nicht nur auf ihrer Forschung, sondern auch auf ihrem politischen Engagement

---

1085 Vgl. ebd., hier Bl. 7, 9.

1086 Vgl. Kurzbiografie Helmut Lilie, 1.6.1984, ebd., DF5-8131, unpag.

1087 Vgl. Präsidium des Ministerrates, Beschluß über Veränderungen in der Besetzung von Nomenklaturfunktionen des Ministerrates vom 8. August 1989, o. D., ebd., DC20-8213, Bl. 155.

1088 Vgl. Kurzbiografie Helmut Lilie, 29.9.1980, ebd., Bl. 6–12, hier Bl. 10.

für die Ziele der NSDAP, konnten sie sich als Instituts- bzw. Prüfdienststellenleiter des DAMW, trotz einigen Unmuts von staatlicher Seite, zahlreiche Freiheiten herausnehmen, was die wissenschaftliche Entwicklung und politische Einbindung ihrer Einrichtungen betrafen. Im Gegensatz zu den oben genannten Präsidenten standen ihre wissenschaftlichen Errungenschaften im Zentrum ihrer Karrieren. Ihre politische Haltung gegenüber dem SED-Regime war für die staatlichen Stellen nachrangig, da Schiebold und Stather Experten auf exklusiven Fachgebieten waren und das Angebot an kompetenten Wissenschaftlern durch Entnazifizierung, „Republikflucht“ und teilweise erzwungene Arbeitseinsätze in der UdSSR ohnehin ausgedünnt war. Der neuen politischen Elite der SBZ/DDR blieb aufgrund des beschränkten Zugriffs auf Fachpersonal keine andere Möglichkeit, als solche Personen auf ihren Positionen zu belassen. Außerdem bot sich so für den jungen Staat auch eine Chance, in der internationalen Forschung Anerkennung zu erlangen.

Beide Personen konnten sich bereits während des Nationalsozialismus als anerkannte Experten ihrer Disziplin etablieren und bearbeiteten vor wie nach 1945 Fragestellungen, die wissenschaftlich und wirtschaftlich hochrelevant waren. Für die DDR stellten Schiebold und Stather einen absoluten Zugewinn dar. In der DDR ihre Expertenstellung als gewichtiges Argument, um sich dort nicht politisch engagieren zu müssen.

PROF. DR. ERNST SCHIEBOLD (1894–1963)



Abb. 16: Der Leiter der Prüfdienststelle 422 für Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung in Leipzig Ernst Schiebold, undatiert. (Archiv der Max-Planck-Gesellschaft)

Die Vita Ernst Schiebolds hat bereits in einigen jüngeren Publikationen Erwähnung gefunden. Besondere Aufmerksamkeit erhielten seine NSDAP-Mitgliedschaft und sein Rüstungsprojekt zur Entwicklung einer Art Röntgenkanone für die deutsche Luftwaffe.<sup>1089</sup> In diesem Teilkapitel soll seine Vita durch seine in der Literatur bisher unbeachtete Tätigkeit als Prüfdienststellenleiter des DAMW von 1951 bis Ende 1954 ergänzt werden. Ernst Schiebold<sup>1090</sup> galt aufgrund seines Fachwissens

1089 Siehe dazu: Weiss: „Ein Forscher ohne Labor ist wie ein Soldat ohne Waffe“, 2003.

1090 Prof. Dr. Ernst Schiebold (9.6.1894 in Leipzig-4.6.1963 in Magdeburg), 1913–1919: Studium der Mathematik, Physik, Chemie und Mineralogie und Geologie, 1919: Promotion („Die Verwendung der Lauediagramme zur Bestimmung der Struktur des Kalkspates“), 1919–1922: Assistent am Mineralogischen Institut der Universität Leipzig und Erlangung der Venia legendi, ab 1922: Wiss. Mitarbeiter in der Abteilung für angewandte Physik des KWI für Physik in Berlin, 1926–1942: Planmäßiger außerordentlicher Professor für Physikalisch-chemische Mineralogie an der Universität Leipzig, ab 1928: Leiter des Mineralogischen Instituts der Universität Leipzig, 1929: Mitbegründer der deutschen Gesellschaft für technische Röntgenstrahlen, 1931: Ernennung zum auswärtigen wiss. Mitglied der

während des Nationalsozialismus als „Hoffnungsträger der Autarkiepolitik“<sup>1091</sup>, weil er durch seine Arbeit Möglichkeiten schuf, den Wert jener im Reich vorhandenen Stoffe zu erkennen, die sonst hätten importiert werden müssen. Zwar unterstützte er die Grundlagenforschung der zerstörungsfreien Werkstoffprüfung, leitete jedoch zur praktischen NS-Autarkiepolitik keine nennenswerten Beiträge.

Dieses Missverständnis zeigte sich auch in seinem wohl faszinierendsten Forschungsprojekt, das er im April 1943 anstieß. Er bot dem Generalinspekteur der Luftwaffe Erhard Milch an, eine Art Röntgenkanone zu entwickeln, mit der Besatzungen von feindlichen Flugzeugen und auch Bodentruppen vernichtet werden sollten. Trotz der Exzentrik des Vorschlags gewährte Milch Schiebolds Vorhaben eine Finanzierung.<sup>1092</sup> Das Projekt erhielt sogar den Status eines „Sonderauftrags“ mit der Dringlichkeitsstufe „DE“.<sup>1093</sup> In seiner weiteren Entwicklung

---

KWG bzw. des KWI für Metallforschung, ab 1935: Leiter des Instituts für Röntgenologische Roh- und Werkstoffprüfung an der TH Dresden bzw. der Leipziger Außenstelle (nach Kriegsende führte er dieses als privates Forschungsinstitut weiter), 1937: Gründung eines Fördervereins für das Institut, das auch vom Reichsluftfahrt- und das Reichswehrministerium bezuschusst wurde, 1939: Uk-Stellung, ab 1942: Planmäßiger Professor für Röntgenkunde und zerstörungsfreie Werkstoffprüfung und Leiter des Versuchs- und Materialprüfungsamtes an der TH Dresden, vgl. Baumgartner und Hebig: Biographisches Handbuch, 1996, S. 771; Nachlass Ernst Schiebold, Einleitung, Zur Person, in: Archiv der MPG (AMPG), III. Abt., Rep. 79, S. 152, URL: <https://www.archiv-berlin.mpg.de/archivgut> (Letzter Zugriff: 20.1.2022); Biografie Ernst Schiebold, in: Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Historisches Seminar der Universität Leipzig (Hrsg.): Professorenkatalog der Universität Leipzig/Catalogus Professorum Lipsiensium, URL: [https://research.uni-leipzig.de/catalogus-professorum-lipsiensium/leipzig/Schiebold\\_315](https://research.uni-leipzig.de/catalogus-professorum-lipsiensium/leipzig/Schiebold_315) (Letzter Zugriff: 13.1.2024); Geyer und Michel: Geschichte der Physik, 2023, S. 301–307; Meinecke: Schiebold, Ernst, in: Biografische Datenbanken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/ernst-schiebold> (Letzter Zugriff: 23.3.2021); Lebenslauf E. Schiebold, 26.6.1955, AMPG, III. Abt., Rep. 79, Nr. 9, unpag.; Weiss: „Ein Forscher ohne Labor ist wie ein Soldat ohne Waffe“, 2003, S. 211.

1091 Dieses Zitat und die folgende These: Luxbacher: Ersatzstoffe, 2020, S. 270, 272.

1092 Vgl. Hepp: Die Geheimprojekte, URL: [http://www.grossostheim-im-krieg.de/html/body\\_reportage\\_02a.htm](http://www.grossostheim-im-krieg.de/html/body_reportage_02a.htm) (Letzter Zugriff: 13.1.2024).

stand der Auftrag allerdings unter keinem guten Stern: Nicht nur wurde bekannt, dass Schiebold sich für Prof. John Eggert, einen aufgrund seiner jüdischen Ehefrau durch die Nationalsozialisten bedrohten Kollegen, eingesetzt hatte.<sup>1094</sup> Auch weil Milch wegen des Misserfolgs der Luftwaffe nach und nach entmachtet wurde, stand die weitere Finanzierung des Projekts auf der Kippe. Da Schiebold bis August 1944 keine nennenswerten Fortschritte präsentieren konnte, versagte ihm das Gremium, das zur Kontrolle der eigens eingerichteten Forschungsstelle gegründet worden war, die weitere finanzielle Unterstützung.<sup>1095</sup>

Nur wenige Monate nach Kriegsende wurde Schiebold, trotz Intervention des Leipziger Universitätspräsidenten, der ihn zunächst mit dem Wiederaufbau des Versuchs- und Materialprüfungsamtes beauftragt hatte, aufgrund seiner NSDAP-Mitgliedschaft aus dem Universitätsdienst entlassen.<sup>1096</sup> Während der ersten Hälfte des Jahres 1946 erhielt Schiebold allerdings Schreiben von ehemaligen Mitarbeitern und Kollegen, die ihn als Gegner des Nationalsozialismus auswiesen.<sup>1097</sup> Vermutlich verhalfen Schiebold diese „Persilscheine“ und seine Kontakte zum Moskauer Institut für Angewandte Kristallographie an der

- 
- 1093 Vgl. Weiss: „Ein Forscher ohne Labor ist wie ein Soldat ohne Waffe“, 2003, S. 212, s. dort auch für detailliertere Informationen zu diesem Forschungsvorhaben. Die höchste Dringlichkeitsstufe „DE“, Dringende Entwicklung, wurde ab Juli 1942 ausschließlich von Albert Speer vergeben und durch das Rüstungsamt des Munitionsministeriums anerkannt, vgl. Flachowsky: Von der Notgemeinschaft, 2008, S. 400–410.
- 1094 Vgl. E. Schiebold an Herrn Dipl.-Kfm. W. Steinweden, Vizepräsident der Wirtschaftskammer und Vorsitzender der Förderervereinigung des Instituts für röntgenol. Roh- und Werkstoffforschung, Leipzig, 24.11.1944, AMPG, III. Abt., Rep. 79, Nr. 10, unpag.; E. Schiebold an Herrn Dipl.-Kaufmann Pg. Walther Steinweden, Leipzig, 25.11.1944, ebd., unpag.
- 1095 Vgl. Hepp: Die Geheimprojekte. Diesem Kuratorium gehörten Vertreter des RLM, der Präsident der PTR Abraham Esau, Walter Georgii, Walther Gerlach, Werner Heisenberg, Rudolf Mentzel und Tamms an, vgl. Weiss: „Ein Forscher ohne Labor ist wie ein Soldat ohne Waffe“, 2003, S. 214.
- 1096 Vgl. Gestattung zur Weiterführung der wiss. Arbeit für E. Schiebold, 13.11.1945, AMPG, III. Abt., Rep. 79, Nr. 9, unpag.; Landeszentralverwaltung Sachsen, Zentralverwaltung für Wissenschaft, Kunst und Erziehung an E. Schiebold, 30.11.1945, ebd.; Luxbacher: Durchleuchten, 2018, S. 224.
- 1097 Vgl. Bescheinigung zum Zwecke der Rehabilitierung von Prof. Dr. John Eggert, München, für E. Schiebold, 5.4.1946, AMPG, III. Abt., Rep. 79, Nr. 10, unpag.; Bescheinigung für E. Schiebold von Dipl.-Ing. Hans Ziegenhals, Dresden, 24.5.1946, ebd., unpag.; Brief von vier Mitgliedern der 4. Abt. des

sowjetischen Akademie der Wissenschaften, die er vor 1933 geknüpft hatte, zu einer neuen Beschäftigung in der SBZ. Denn 1946 wurde er zum Hauptreferenten der wissenschaftlich-technischen Abteilung des Ministeriums für Baumaterialien der UdSSR ernannt.<sup>1098</sup> Darüber hinaus führte er in seinem privat weiterbetriebenen Röntgenologischen Institut Untersuchungen zur Qualitätssicherung für die SAG und die SMAD durch.<sup>1099</sup> Von 1948 bis 1956 war er Vorsitzender der Fachabteilung zerstörungsfreie Werkstoffprüfung in der KdT.<sup>1100</sup>

Schiebold geriet ab Herbst 1948 in den Fokus der Ordnungsbehörden, denn er hatte Mitarbeiter trotz deren Mitgliedschaft in NSDAP und SA weiterbeschäftigt. Da die Leipziger Polizei Schiebolds Arbeitsgebiet nicht überblicken konnte, keimte der Verdacht der Sabotage auf. Deshalb forderte der zuständige Beamte, „die Leitung derartiger Institute in die Hände verlässlicher Antifaschisten zu legen.“<sup>1101</sup> Eine Schließung des Instituts oder zumindest eine Absetzung Schiebolds erfolgte jedoch nicht, waren doch seine NSDAP-Mitgliedschaft sowie seine Ämter als stellvertretender Zellenleiter und Blockleiter des NSV bereits im Juni 1948 als unbedeutend eingestuft worden.<sup>1102</sup> Weiter wurde ihm vorgeworfen, einen ehemaligen Kollegen denunziert zu haben. Im Zuge dessen war er im Frühjahr 1949 sogar für kurze Zeit inhaftiert, wurde aber aufgrund mangelnder Beweise entlassen. Das Verfahren wurde Ende März 1949 eingestellt.<sup>1103</sup> Zudem hatte er sein privat betriebenes Forschungsinstitut entgegen eigenen Aussagen nicht offiziell angemeldet.<sup>1104</sup> Sein Engagement in der KdT sowie seine

---

Versuchs- und Materialprüfungsamtes an der TH Dresden an E. Schiebold, 5.6.1946, ebd., unpag. Vgl. ergänzend dazu auch: Horst Walther, Chemiker der Vedag, Wideritzsch, bzgl. E. Schiebold, 25.7.1946, ebd., unpag.

1098 Vgl. Luxbacher: Durchleuchten, 2018, S. 224.

1099 Vgl. Lebenslauf E. Schiebold, 26.6.1955, AMPG, III. Abt., Rep. 79, Nr. 9, unpag.

1100 Vgl. Baumgartner und Hebig: Biographisches Handbuch, 1996, S. 771.

1101 Kriminalamt Leipzig, Komm. K5/C2, Zwischenbericht, 19.9.1948, SächsStA - HStA Dresden, Bestand 13471, NS-Archiv des MfS, Signatur: ZA I 5421 Akte 4, unpag.

1102 Vgl. Personenkartei E. Schiebold, ausgestellt durch K5 Leipzig, ausgestellt am: 14.4.1948, SächsStA - HStA Dresden, Bestand 13471, NS-Archiv des MfS, Signatur: ZA I 5421 Akte 4, unpag.

1103 Vgl. ebd. Siehe für Näheres zum Konflikt zwischen Scheumann und Schiebold: Weiss: „Ein Forscher ohne Labor ist wie ein Soldat ohne Waffe“, 2003, S. 216.

Tätigkeit als Leiter der physikalischen Abteilung des Eisenforschungsinstituts Henningsdorf bei Berlin, das dem Ministerium für Schwerindustrie der DDR unterstellt war, konnten diese Schuldzuweisungen allerdings wettmachen. Für seine Verdienste um die zerstörungsfreie Werkstoffprüfung erhielt er 1950 sogar den Preis der Stadt Leipzig.<sup>1105</sup> An dieser Stelle wird besonders deutlich, worauf Weiß mit seiner These abhebt, wenn er mit Blick auf die zügige Rehabilitierung des Wissenschaftlers resümiert: „Technisch-wissenschaftliche Experten waren dort [in der SBZ/DDR, YS] so knapp, daß ihre politische Vergangenheit kaum eine entscheidende Rolle spielen konnte.“<sup>1106</sup> Gleichwohl wurde diese Vergangenheit später aber trotzdem nachverfolgt und diskutiert wie bei Schiebold im Zuge seiner Einstellung am DAMW.

Im Vorfeld seiner Einstellung als Leiter der Prüfdienststelle 422 des DAMW für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung in Halle, die 1951 erfolgte, zog das Amt auch von außerhalb Erkundigungen über ihn ein.<sup>1107</sup> Der Professor für Metallkunde und Materialprüfung, Friedrich Erdmann-Jesnitzer<sup>1108</sup>, erklärte in seiner Beurteilung, dass

1104 Vgl. PP. Leipzig-KKPA. – Komm. 5 – Aktennotiz, 3.3.1949, SächsStA - HStA Dresden, Bestand 13471, NS-Archiv des MfS, Signatur: ZA I 5421 Akte 4, unpag.

1105 Vgl. Baumgartner und Hebig: Biographisches Handbuch der SBZ/DDR, 1996, S. 771.

1106 Weiss: „Ein Forscher ohne Labor ist wie ein Soldat ohne Waffe“, 2003, S. 217f.

1107 Vgl. Lebenslauf E. Schiebold, 26.6.1955, AMPG, III. Abt., Rep. 79, Nr. 9, unpag.

1108 Prof. Dr.-Ing. habil. Dr. ir. h. c. Friedrich Erdmann-Jesnitzer (3.5.1912 in München-8.7.1990), 1933–1937: Studium im Fach Maschinenbau an der TH Berlin, 1939: Promotion zum Dr.-Ing. („Die Aluminium-Ecke des Dreistoffsystems Aluminium-Magnesium-Chrom“), 1939–1941: Planassistent am Institut für Metallkunde an der TH Berlin, 1941: Habilitation, 1944–1945: Privatdozent für Metallkundliche Werkstoffmechanik an der TH Berlin, 1948–1961: Ordentlicher Professor für Metallkunde und Materialprüfung an der Bergakademie Freiberg/Sa., sowie Direktor des Instituts für Metallkunde und Materialprüfung und Direktor des Materialprüfungsamt an der Bergakademie in Freiberg/Sa., ab 1961: Ordinarius für Werkstoffkunde an der TH Hannover, ab 1962: Gründer des Instituts für Werkstoffkunde Direktor der Amtlichen Materialprüfanstalt für Werkstoffe des Maschinenwesens und Kunststoffe in Hannover, 1980: Honorarprofessor an der Technischen Universität Harbin in China, vgl. Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. Friedrich Erdmann-Jesnitzer, in: *Catalogus Professorum. Professorinnen und Professoren der TU Berlin und ihrer Vorgänger*, URL: <https://cp.tu-berlin.de/person/2425> (Letzter Zugriff: 13.4.2024); Tönshoff: Nachruf Friedrich Erd-

Schiebold zwar ein brillanter Wissenschaftler, seine Person aber „stark umstritten“ sei. Eine zielführende Kalkulation und Verplanung von Forschungsgeldern sei Schiebold nicht möglich, er benötige eine klare Aufgabenstellung und feste Strukturen. Erdmann-Jesnitzer erwähnte Schiebolds NSDAP-Mitgliedschaft, hob aber die Vorzüge seiner Expertise hervor.<sup>1109</sup> Zu einem ähnlichen Schluss kamen auch der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und die KdT, die ebenfalls um eine Einschätzung gebeten worden waren.<sup>1110</sup> Seine röntgenologischen Forschungen für die Luftwaffe während des NS blieben in den genannten Dokumenten jedoch unerwähnt. Dass das DAMW bereit war, Schiebold trotz dieser Warnungen einzustellen, zeigt das große Interesse an seiner Expertise. Als richtungsweisender Experte seiner Fachsparte sollte er offenbar unbedingt für das Amt gewonnen werden. Diese Ambition ging sogar so weit, dass kurzerhand in Leipzig eine Außenstelle der Prüfdienststelle eingerichtet wurde, da Schiebold sich weigerte, am ursprünglich vorgesehenen Standort Halle zu arbeiten. Aufgrund von Differenzen bezüglich seiner Arbeitshaltung und der Vermischung der Aufgaben seines privaten Instituts und der Prüfdienststelle wurde die schieboldsche Einrichtung 1952 ebenfalls dem DAMW unterstellt.<sup>1111</sup> In seiner Prüfdienststelle betreute er

alle Fragen, die mit der Weiterentwicklung der zerstörungsfreien Prüfverfahren zusammenhängen, mit dem Ziele, in kollektiver

---

mann-Jesnitzer, 1992, S.175 f., URL: [https://leopard.tu-braunschweig.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbbs\\_derivate\\_00032631/Toenschhoff\\_Nachruf\\_Erdmann-Jesnitzer.pdf](https://leopard.tu-braunschweig.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbbs_derivate_00032631/Toenschhoff_Nachruf_Erdmann-Jesnitzer.pdf) (Letzter Zugriff: 13.4.2024); Ziegler: Herr Prof. Dr.-Ing. habil. Dr. ir. h. c. Friedrich Erdmann-Jesnitzer, 1977, S. 234.

- 1109 Vgl. Institut für Metallkunde und Materialprüfung, Bergakademie Freiberg/Sa., o. Prof. Dr. Ing. habil. f. Erdmann-Jesnitzer, Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR, Hauptverwaltung, Berlin, Betrifft: Auskunft über Herrn Prof. Ernst Schiebold, 6.6.1951, UA OvGU-MD, 022.075, Bl. 43 f.
- 1110 Vgl. Rat der Stadt Leipzig, Dezernat Oberbürgermeister, Wissenschaft und Technik, an das Zentralamt für Material- und Warenprüfung, Berlin, Betrifft: Professor Dr. Schiebold, 3.7.1951, ebd., Bl. 48; Kammer der Technik, An das Deutsche Amt für Material- und Warenprüfung der DDR, Hauptverwaltung, Berlin, Betrifft: Herrn Prof. Dr. Ernst Schiebold, 15.6.1951, ebd., Bl. 46.
- 1111 Vgl. Weiss: „Ein Forscher ohne Labor ist wie ein Soldat ohne Waffe“, 2003, S. 217 f.

Zusammenarbeit mit den einschlägigen Lieferwerken der volkseigenen Industrie betriebsreife Geräte für die qualifizierte zerstörungsfreie Prüfung und laufende Gütekontrolle zur Verfügung zu stellen.<sup>1112</sup>

Die Prüfdienststelle hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die zerstörungsfreie Werkstoffprüfung „auf neutralem Boden und über alle betriebsgebundenen Interessen hinweg in enger Zusammenarbeit mit der Industrie und den Betrieben der DDR“ zu zentralisieren.<sup>1113</sup> Hier bearbeitete Schiebold wissenschaftlich und ökonomisch hochrelevante Fragestellungen. In der Prüfdienststelle sollten nicht nur selbstständig moderne Prüfverfahren entwickelt, sondern Verfahren „soweit sie sich im Ausland bewährt haben“, für die DDR anwendbar gemacht werden. Dabei sollten besonders die Erkenntnisse der westdeutschen Forschung auf eigene Fragestellungen übertragen werden. Neben der Beratung von Behörden und Unternehmen erstellte die Prüfdienststelle Gutachten, schuf einheitliche Beurteilungsgrundlagen sowie praxisnahe Prüfvorschriften. Außerdem wurden Schulungskurse für Prüfpersonal und Betriebskontrolleure abgehalten.<sup>1114</sup>

1952 bearbeitete die Prüfdienststelle zwölf Forschungsaufträge des Zentralamts für Forschung und Technik sowie zwei weitere Aufträge, die vom ursprünglich privaten Institut Schiebolds betreut wurden. Im Zentrum stand dabei die Erarbeitung von Methoden zur zerstörungsfreien Werkstoffprüfung für die Qualitätskontrolle von Metallen und Metallenerzeugnissen hinsichtlich innenliegender Fehlerstellen.<sup>1115</sup> Bemerkenswert war ein Auftrag zur Entwicklung eines Röntgenzählrohrverfahrens zur exakten Orientierungsbestimmung von Quarzkristallen für den VVB Carl Zeiss Jena, der von Schiebold selbst bearbeitet wurde. Dahingehend war bereits während des Krieges

---

1112 Lebenslauf E. Schiebold, 26.6.1955, AMPG, III. Abt., Rep. 79, Nr. 9, unpag.

1113 Dieses und die folgenden direkten und indirekten Zitate: Jahresbericht 1953 der Forschungsstelle für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung Leipzig, 5.2.1954, BArch Berlin, DF4-55700, S.1f.

1114 Vgl. Jahresbericht 1952 der Prüfdienststelle 422, Forschungsabteilung Leipzig, 6.1.1953, BArch Berlin, DF4-54807, S.4f.; Jahresbericht 1953 der Forschungsstelle für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung, Leipzig, 5.2.1954, ebd., DF4-55700, S.1f.

1115 Vgl. Jahresbericht 1952 der Prüfdienststelle 422, Forschungsabteilung Leipzig, 6.1.1953, ebd., DF4-54807, S.5.

in den USA ein entsprechendes Verfahren entwickelt worden. Die Erkenntnisse sollten nun in Zusammenarbeit mit dem VVB auf die DDR bzw. die dort zu beschaffenden Materialien übertragen werden.<sup>1116</sup> Anhand dieses Forschungsauftrags wird die oben genannte Aufgabe der Prüfdienststelle, Prüfmethoden aus dem Ausland auf die DDR zu übertragen, besonders deutlich. Einen großen Teil der Aufgaben umfasste auch die Übernahme von Prüfaufträgen für dritte Stellen. Unter anderem wurde für den VEB IFA Automobilfabrik BMW in Eisenach ein zerstörungsfreies Prüfverfahren für Metallteile entwickelt. Ein Großteil dieser Kooperationen wurde unentgeltlich von Schiebold betreut.<sup>1117</sup>

Während seiner Beschäftigung am DAMW engagierte Schiebold sich in verschiedenen wissenschaftlichen Gremien der DDR. Er leitete die AG „Technische Anwendung von Ultraschall“ im Arbeitskreis „Ultraschalltechnik“ beim Zentralamt für Forschung und Technik in der SPK sowie den Arbeitsausschuss „Zerstörungsfreie Prüfverfahren“ im zentralen Fachausschuss „Schweißtechnik“ der KdT.<sup>1118</sup> Darüber hinaus beriet er staatliche Gremien bei ihrer Arbeit. Schiebold brachte sich auch am Zentralinstitut für Schweißtechnik in Halle ein und betreute dort die Besuche von Delegationen aus der UdSSR. Zusammen mit seinen Mitarbeitern besuchte er zahlreiche Tagungen und Konferenzen und hielt Gastvorträge, u. a. auf der Hauptversammlung der deutschen Gesellschaft für Metallkunde in Nürnberg, der Tagung der Sektion Kristallkunde der deutschen mineralogischen Gesellschaft in Erlangen und bei diversen Veranstaltungen innerhalb der DDR.<sup>1119</sup>

Schiebold erfreute sich eines so großen Renommées, dass während seiner Amtszeit als Prüfdienststellenleiter interne wie externe Kritik an seiner Person abprallte. Diese Kritik, die sich u. a. in durch die Kaderabteilung des DAMW erstellten Personalbeurteilungen niederschlug, war seitens des MfS zusammengetragen worden. Die für ihn

---

1116 Vgl. ebd., S. 69 f.

1117 Vgl. ebd., S. 24–26; Jahresbericht 1953 der Forschungsstelle für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung Leipzig, 5.2.1954, ebd., DF4-55700, S. 5 f.

1118 Vgl. Lebenslauf E. Schiebold, 26.6.1955, AMPG, III. Abt., Rep. 79, Nr. 9, unpag.

1119 Vgl. Jahresbericht 1953 der Forschungsstelle für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung Leipzig, 5.2.1954, BArch Berlin, DF4-55700, S. 7 f.; Jahresbericht 1952 der Prüfdienststelle 422, Forschungsabteilung Leipzig, 6.1.1953, ebd., DF4-54807, S. 23.

dort angelegte Akte und auch ein IM, der immer wieder über ihn berichtete, zeigen das große Interesse der Staatssicherheit an Schiebold und den Vorgängen in seiner Prüfdienststelle. Die Zentralverwaltung des DAMW war mit der Arbeitsweise Schiebolds nicht zufrieden und bemängelte, dass seine Prüfdienststelle keine nennenswerten Erfolge hervorbrachte. Auch würde er nicht zu befriedigende Ansprüche bezüglich der Vergrößerung der Belegschaft stellen. Besonders negativ fiel auf, dass Schiebold keine Sparsamkeit walten ließ und zusätzlich ein Mitarbeiter zur Verwaltung der Finanzen der Prüfdienststelle eingesetzt werden musste. Obwohl ihm in den Beurteilungen eine tiefgehende Verbindung zu den politischen Zielen der DDR sowie Mitgliedschaften im FDGB und der DSF attestiert wurden, fand auch seine NSDAP-Zugehörigkeit darin noch einmal Erwähnung. Die Zentralverwaltung kritisierte, dass sich Schiebold dafür eingesetzt hätte, Verwandte und frühere Bekannte aus der NSDAP in der Prüfdienststelle anzustellen.<sup>1120</sup> Ähnlich negativ äußerte sich auch sein Mitarbeiter an der Leipziger Prüfdienststelle Hansgeorg Laporte gegenüber dem MfS. Dieser berichtete als IM „Heino“ über die Abläufe innerhalb des DAMW und kritisierte Schiebold wegen seiner Arbeitsweise enorm.<sup>1121</sup> Trotz alledem sind für den Wissenschaftler keine Abmahnungen des DAMW oder Zurechtweisungen anderer Art überliefert. Offenbar konnte sich Schiebold sogar die finanzielle Misswirtschaft seiner Prüfdienststelle erlauben, war doch die DDR eigentlich auf einen strengen Sparkurs angewiesen. Auch seine weitere Karriere blieb von dieser Kritik unbeeinflusst. Vielmehr erhielt er die Gelegenheit, seine berufliche Laufbahn weiter voranzutreiben.

---

1120 Vgl. Kaderabteilung, Beurteilung über Herr Prof. Dr. Ernst Schiebold, 9.6.1894, wohnhaft Leipzig C1, Talstr. 9, 14.10.1953, UA OvGU-MD, 022.075, Bl. 80.; Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Zentralverwaltung, Kaderabteilung, An die Hochschule f. Schwermaschinenbau, Kaderabteilung, Magdeburg, Betreff: Beurteilung des Herrn Prof. Dr. Schiebold, geb. 9.6.1894, 18.10.1954, ebd., Bl. 31 f.

1121 Vgl. Treff mit GI „Heino“ am 23.7.1953, 9.00 im DAMW Nonnenstr., Arbeitszimmer des GI, Treffbericht, 23.7.1953, BArch Berlin, MfS AIM Nr. 615/56, Bl. 29; Dienststelle Leipzig, Abteilung III, Referat 3, Treff mit GI „Heino“ am 13.8.1953 in KW „Höhne“, Treffbericht, 14.8.1953, ebd., Bl. 32; Bericht, 10.8.1953, ebd., Bl. 33 f.; Charakterisierung Ernst Schiebold, geb. 9.6.1894 zu Leipzig, o. D., ebd., MfS AP 3801/67, Bl. 35.

Schiebold schied zum 31. August 1954 aus dem Amt aus, da er einen Ruf als Professor an die Hochschule für Schwermaschinenbau in Magdeburg erhalten hatte. Nebenamtlich blieb er jedoch bis Ende des Jahres 1954 für die Leipziger Prüfdienststelle tätig.<sup>1122</sup> In Magdeburg begleitete er die Gründung des Instituts für Werkstoffkunde und Werkstoffprüfung, welches er bis zu seinem Tode 1963 als Professor leitete.<sup>1123</sup> Parallel dazu war er von 1956 an als Dekan sowie erster Vorsitzender des zentralen Fachausschusses Werkstoffprüfung der KdT tätig und bekleidete also auch in diesem wissenschaftlichen Gremium ein hochrangiges Amt. Für seine wissenschaftlichen Verdienste wurde Schiebold 1958 mit dem Nationalpreis für Wissenschaft und Technik zweiter Klasse ausgezeichnet.<sup>1124</sup> Als Privatperson pflegte er weiter den Kontakt zu Forschungsgremien in der Bundesrepublik und war u. a. 1959 Mitglied der Deutschen Gesellschaft für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung (DGZfP).<sup>1125</sup> Mit seiner Emeritierung 1962 erfolgte die Ernennung als Ehrensenator der TH Magdeburg.<sup>1126</sup> 1963 verstarb Schiebold in Magdeburg.<sup>1127</sup> Bis heute wird in verschiedenster Form an ihn erinnert. 1984 wurde die Ernst-Schiebold-Gastprofessur an der TH Magdeburg eingerichtet, und von 1996 bis 2009 verlieh die Deutsche Gesellschaft für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung die „Schiebold-Gedenkmünze“.<sup>1128</sup> Die Hochschule benannte außerdem ein Gebäude nach ihm, das heute noch immer seinen Namen trägt.<sup>1129</sup>

- 
- 1122 Vgl. Kaderabteilung, Beurteilung über Herr Prof. Dr. Ernst Schiebold, 9.6.1894, wohnhaft Leipzig C1, Talstr. 9, 14.10.1953, UA OvGU-MD, 022.075, Bl. 80; Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Zentralverwaltung, Kaderabteilung, An die Hochschule f. Schwermaschinenbau, Kaderabteilung, Magdeburg, Betreff: Beurteilung des Herrn Prof. Dr. Schiebold, geb. 9.6.1894, 18.10.1954, ebd., Bl. 31 f.
- 1123 Für Schiebolds Wirken an der TH Magdeburg siehe Schäfer: Zur Geschichte, 1993, S. 38–43.
- 1124 Vgl. Meinecke: Schiebold, Ernst; Baumgartner und Hebig: Biographisches Handbuch, 1996, S. 771.
- 1125 Vgl. Luxbacher: Durchleuchten, 2018, S. 183.
- 1126 Vgl. Meinecke: Schiebold, Ernst.
- 1127 Vgl. Baumgartner und Hebig: Biographisches Handbuch, 1996, S. 771.
- 1128 Nach Auskunft der DGZfP e.V. wurde die Gedenkmünze durch den DGZfP-Nachwuchspreis abgelöst. Hintergrund war die Erarbeitung eines neuen, erweiterten Systems für die Auszeichnungen der Gesellschaft. Ich danke Fr. Jutta Koehn, Vorstandsassistentin der DGZfP e.V., für diese Information.

Ernst Schiebolds Biografie steht idealtypisch für zahlreiche Wissenschaftler, die mit ihrer Forschung und Expertise das „Dritte Reich“ unterstützten, ihre Karriere nach 1945 aber weitestgehend ohne Konsequenzen fortsetzen konnten. Obwohl er aufgrund seiner NSDAP-Mitgliedschaft zunächst aus dem Universitätsdienst entlassen worden war, gelang es ihm, an seine beruflichen Erfolge anzuknüpfen. Bemerkenswert ist weiter, dass seine NSDAP-Mitgliedschaft und der Rückbezug auf seine Kontakte aus dieser Zeit durchaus kritisiert wurden, dies aber ohne Folgen blieb. Im Vergleich zu den Präsidenten Johannes Naumann und Helmut Lilie fällt auf, dass deren NSDAP-Mitgliedschaft nach 1945 an keiner Stelle mehr erwähnt wurde. In der DDR wurde Schiebold zu keinem politischen Engagement gedrängt, das über die Zugehörigkeit zur SED und zum FDGB hinausging. Der Grund dafür, dass man ihm diese Freiheiten gewährte und eine solche Karriere ermöglichte, lag in seinem wissenschaftlichen Renommee: Schiebold leistete bedeutende Beiträge zur Weiterentwicklung der zerstörungsfreien Werkstoffprüfung in der DDR, die auf seine Expertise in hohem Maße angewiesen war. Daher wollte man seine Ausreise um jeden Preis verhindern. Über die teilweise frappierenden Kritikpunkte sahen Arbeitgeber wie das DAMW hinweg.

---

1129 Vgl. Schäfer: Das Gedächtnis der OVGU, 2022, unpag., URL: [https://www.ovgu.de/unimagdeburg\\_media/Organisation/NEWSLETTER/Archiv/NL\\_05\\_2022\\_CONTENT/Archiv.pdf](https://www.ovgu.de/unimagdeburg_media/Organisation/NEWSLETTER/Archiv/NL_05_2022_CONTENT/Archiv.pdf) (Letzter Zugriff: 25.1.2024); Luxbacher: Durchleuchten, 2018, Anhang.

PROF. DR. FRIEDRICH FRANZ ANTON STATHER (1901–1974)



Abb. 17: Der Leiter des Deutschen Lederinstituts Freiberg bzw. der dort ansässigen Prüfdienststelle 361 Friedrich Stather, undatiert. (Universitätsarchiv der TU Dresden, Fotoarchiv)

Eine ähnlich beachtliche Karriere machte auch Friedrich Stather<sup>1130</sup>. Bereits als junger Mann konnte er sich als Experte etablieren und erhielt eine leitende Position. Aufgrund seiner erfolgreichen Forschungsarbeiten

---

1130 Prof. Dr. Friedrich Franz Anton Stather (5.11.1901 in Offenburg-31.3.1974 in Freiberg), 1920–1924: Studium der Chemie an der Universität Freiburg i.Br. und der TH Dresden, 1923–1930: Wiss. Mitarbeiter bzw. zweiter Assistent am KWI für Lederforschung in Dresden, 1924: Promotion („Über eine neue Art der Disaccharidbildung“), 1929: Habilitation („Über die Proteolyse von Hautsubstanz als Ursache zweier wichtiger Häuteschäden“), im Anschluss Privatdozent für die Sondergebiete der organisch-technischen Chemie, insb. für die Gerbereichemie, an der TH Dresden, 1930: Leiter der Deutschen Versuchsanstalt für die Lederindustrie Freiberg (1938 fusionierte die 1889 gegründete Deutsche Gerberschule Freiberg mit der Deutschen Versuchsanstalt für die Lederindustrie zur Deutschen Versuchsanstalt und Fachschule für Lederindustrie (DVA)), 1935–1945: Außerordentlicher Professor für Gerbereichemie und -technologie an der TH Dresden, vgl. Biografie Prof. Dr. phil. habil. Friedrich Stather, in: Professorenkatalog der Technischen Universität Dresden/Catalogus Professorum Dresdensis, URL: <https://tu-dresden.de/ua/archiv-bestaende/medienarchiv/professorenbiografien> (Letzter Zugriff: 18.5.2021); Tätigkeitsbericht 1929/30, o. D., AMPG, I.

wurde er für den NS-Staat besonders während des Zweiten Weltkriegs zu einem gefragten Fachmann der Lederindustrie. Diese Wertschätzung sorgte dafür, dass Stather einflussreiche wirtschaftspolitische Ämter erhielt. Für die Wehrmacht betrieb er bedeutsame Ersatzstoffforschung für Schuhleder und -sohlen, die eng mit dem Schuhläuferkommando im KZ Sachsenhausen verknüpft war. Nach Kriegsende konnte er seine berufliche Karriere in der SBZ/DDR unbehelligt fortsetzen und führte an seinem Institut Prüf- und Forschungsarbeiten für das DAMW durch.

Leder war während des Kriegs und vor allem für die Ausstattung der Wehrmacht ein wertvoller Rohstoff, jedoch nicht ausreichend verfügbar. Daher wurde Stathers Amt als Leiter der Deutschen Versuchsanstalt für die Lederindustrie Freiberg von politischer Seite eine bedeutsame Rolle zugesprochen. Seine Expertise war bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen gefragt, daher wurde Stather 1939 vom Reichswirtschaftsministerium zum Wehrwirtschaftsführer für den Bereich Leder ernannt.<sup>1131</sup> 1939 wurde Stather außerdem zum Referenten für Leder und Rauchwaren im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) ernannt.<sup>1132</sup>

---

Abt., Rep. 1A, Nr. 1791, unpag.; Stather: Über eine neue Art der Disaccharidbildung. Zusammenfassung der Diss., in: Philosophische Fakultät der Universität Berlin (Hrsg.): Jahrbuch der Dissertationen der Philosophischen Fakultät Berlin, 1923/24, Teil 1, Berlin 1924, S. 343–345; Ders.: Die Proteolyse von Hautsubstanz als Ursache zweier wichtiger Häuteschäden, Habil., Dresden 1930; Waibel, Diener vieler Herren, 2012, S. 321

1131 Vgl. Lebenslauf Prof. Dr. phil. habil. Stather [als Anhang zum Fragebogen zum Antrag auf Aufnahme in die [NSDAP] vom 27.9.1942], o. D., BArch Berlin, R 9361-II/968051, unpag. Der Titel wurde ab 1935 an jene Industrielle und Wissenschaftler verliehen, die großen Einfluss auf die Entwicklung der kriegswichtigen Wirtschaftssparten bzw. der Rüstungsindustrie hatten, um sie enger an das NS-Regime zu binden. In ihren Betrieben und Forschungsstellen erhielten sie besondere Weisungsbefugnis, um Produktionsabläufe zu beschleunigen. Insgesamt gab es über 400 Wehrwirtschaftsführer, die den Wehrwirtschaftsrat unter Leitung Hermann Görings bildeten, vgl. Dreßen: Wehrwirtschaftsführer, 1997, S. 800. Für eine Auflistung siehe: Heine: Die Wehrwirtschaftsführer, 1976/2017. Für den Eintrag zu f. Stather vgl. ebd., S. 56. Für Beispiele für Stathers Tätigkeiten und Zuständigkeiten als Wehrwirtschaftsführer siehe Bräutigam: Mittelständische Unternehmer, 1997, S. 174–192.

1132 Vgl. Lebenslauf Prof. Dr. phil. habil. Stather [als Anhang zum Fragebogen zum Antrag auf Aufnahme in die [NSDAP] vom 27.9.1942], o. D., BArch Berlin, R 9361-II/968051, unpag. Seine weiteren Titel und Ämter mit enger

Seine Positionen als Leiter der Deutschen Versuchsanstalt und Fachschule für die Lederindustrie, im Reichsamt für Wirtschaftsausbau und am KWI für Lederforschung<sup>1133</sup> fanden in der sog. „Gebrauchswertforschung“ einen gemeinsamen Nenner. In einem Verbundprojekt unter der Leitung des RWA und mit Beteiligung der Wirtschaftsgruppe Lederindustrie, der DVA und des KWI für Lederforschung sowie namhafter deutscher Schuhhersteller wurden auf der Schuhprüfstrecke im KZ Sachsenhausen Versuche zur Langlebigkeit von Leder und möglichen Ersatzstoffen für Schuhe und Schuhsohlen durchgeführt. Dazu wurden KZ-Häftlinge des sog. „Schuhläuferkommandos“ zu Trageversuchen gezwungen. Die grausame Behandlung führte dazu, dass die für dieses Arbeitskommando eingeteilten Häftlinge oft nur wenige Wochen überlebten.<sup>1134</sup> Stather betreute zusammen mit seinem Stellvertreter am Freiburger Institut und dem Leiter der Versuchsanstalt, Hans

---

politischer Verknüpfung zählte Stather ebenfalls in diesem Lebenslauf auf: Er war offizieller Berater des OKW und des Reichswirtschaftsministeriums sowie der SS, der Wirtschaftsgruppe Lederindustrie und der Fachgruppe ledererzeugende Industrie, ehrenamtlicher Mitarbeiter des Reichsamts für Wirtschaftsausbau (RWA) Berlin, Dozent an der Akademie für den höheren Intendanturdienst des OKW, Mitglied des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit und des Arbeitsausschusses des Reichsbeauftragten für Lederwirtschaft. Als Wissenschaftler war er darüber hinaus in folgende Gremien eingebunden und hatte dort hochrangige Ämter inne: Stather war Präsident der Deutschen Sektion des Internationalen Vereins der Chemiker für Lederindustrie, Sachverständiger für Gerberei und Lederchemie der Deutschen Rechtsfront, von der Industrie- und Handelskammer Dresden vereidigter und öffentlich bestallter Handelschemiker, Mitglied des Beirats der Fachgruppe ledererzeugende Industrie, Mitglied des Kuratoriums des KWI für Lederforschung in Dresden, Obmann der Kommission für quantitative Gerbstoffanalyse sowie für Leder im Verband für Materialprüfungen der Technik.

1133 Zur Entwicklung und den Aufgaben des KWI siehe: Sudrow: Dresden-München, 2010, S. 214–221.

1134 Vgl. Maier: Wissenschaft und Rüstungsforschung, 2023, S. 49. Sowie weiterführend: Sudrow: Der Schuh, 2010. Außerdem die Biografie von Joop Snep, der als niederländischer KZ-Häftling für das sog. „Schuhläuferkommando“ im KZ Sachsenhausen eingeteilt war: Peeters: Joop Snep, 2013, URL: <https://silo.tips/download/joop-snep-erinnerungen-aufgezeichnet-von-willem-peeters> (Letzter Zugriff: 19.4.2024).

Herfeld<sup>1135</sup>, die wissenschaftliche Auswertung der Testläufe. Das Personal vor Ort in Sachsenhausen stellte die nahegelegene Reichsfachschule und Versuchsanstalt des Schuhmacherhandwerks in Bischofswerder bei Liebenwalde.<sup>1136</sup>

Eine amerikanische Fachkommission aus Experten der Lederindustrie untersuchte nach der Befreiung des Lagers die auf der KZ-Schuhprüfstrecke durchgeführten Versuche und Verbrechen und

- 
- 1135 Prof. Dr.-Ing. Hans Ernst Herfeld (26.5.1907 in Elberfeld-2002), 1926–1927: Besuch des Jahreskurs der Deutschen Gerberschule Freiberg, 1927–1932: Chemiestudium in München und Berlin, 1931: Dipl.-Ing., 1932: Promotion („Über Säureflockungserscheinungen, welche pflanzliche Gerbmittel-, Huminsäure- und Sulfitzelluloseablauge-Lösungen zeigen“), 1932–1933: Anstellung am Institut für Chemie und Technologie der Eiweißstoffe an der TH Berlin, ab 1.9.1933: Wiss. Mitarbeiter an der Deutschen Versuchsanstalt für Lederindustrie, 1935: Ernennung zum stellv. Direktor, 1938: Ernennung zum Leiter der Abteilung „Versuchsanstalt“ und weiterhin stellv. Direktor (im Zuge der Fusion zur DVA und Fachschule f. Lederindustrie), 1939–1945: Vertretung von Prof. Stather, 1940: NSDAP (vollst. entnazifiziert d. Kreisentnazifizierungskommission, 12.5.1947), 1945: FDGB, ab 1945: Stellv. Direktor der DVA und Fachschule für Lederindustrie, 1947: Bestätigung seiner Position durch die DZVI, 1949: KdT, 1957–1974: Leiter der Westdeutschen Gerbereischule Reutlingen, 1964: Jahrespreis des VGCT, 1967: Ernennung zum Professor, 1973: Bundesverdienstkreuz I. Klasse und Ehrenmitgliedschaft des Vereins Österreichischer Ledertechniker (VÖLT), 1974: Edmund-Stiasny-Medaille des VÖLT und Ehrenblatt des Bundesverbandes deutscher Lederhändler, vgl. Deutsche Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone, Personalbogen Dr. Hans Herfeld, 19.8.1949, BArch Berlin, DO1-96793, unpag.; Lebenslauf Hans Herfeld als Anlage zum Personalbogen, o. D., ebd., unpag.; NSDAP-Gaukartei Hans Herfeld, o.D, BArch Berlin, R9361-IX KARTEI/15050610; Personaldaten Hans Herfeld, 15.5.1947, SächsStA – StA-C, 31421/121, unpag.; Sudrow: Der Schuh, 2010, S. 520–525, 714–718; Herfeld: Festschrift zum 25. Jubiläum. 1950 bis 1975, aus dem Jahre 1975. Westdeutsche Gerberschule Reutlingen, Lehr-, Prüf- und Forschungsinstitut für die Lederwirtschaft, 1975, URL: [https://www.lederpedia.de/veroeffentlichungen/sonderdrucke/122\\_festschrift\\_zum\\_25\\_jubilaeum\\_1950\\_bis\\_1975\\_aus\\_dem\\_jahre\\_1975](https://www.lederpedia.de/veroeffentlichungen/sonderdrucke/122_festschrift_zum_25_jubilaeum_1950_bis_1975_aus_dem_jahre_1975) (Letzter Zugriff: 5.10.2021); Ders.: Über Säureflockungserscheinungen, welche pflanzliche Gerbmittel-, Huminsäure- und Sulfitzelluloseablauge-Lösungen zeigen, Diss., Berlin 1932.
- 1136 Vgl. Scholtyseck: Freudenberg, 2016a, S. 337. Von 1940 bis 1943 leitete der an der Schule beschäftigte Lehrer und Schuhmachermeister Karl Poser die Schuhprüfstrecke. Ernst Brennscheidt, ebenfalls Schuhmacher, löste ihn 1943 ab, vgl. ebd.

befragte dazu Vertreter der beteiligten Schuhproduzenten.<sup>1137</sup> Diese wollten gegenüber den Alliierten verschleiern, dass auch sie an den Versuchen beteiligt waren, indem sie behaupteten, diese seien lediglich für die Wehrmacht durchgeführt worden und dass Prof. Stather federführend gewesen sei.<sup>1138</sup> Dieser befand sich zu diesem Zeitpunkt aber in der SBZ und war somit für die amerikanische Justiz nicht greifbar. Stather und andere beteiligte Wissenschaftler, die in der SBZ weilten, wurden durch westliche Alliierte nicht zu den Geschehnissen im KZ Sachsenhausen vernommen. Es gab keine weitere juristische Verfolgung der Trageversuche, lediglich der zweite Leiter der Schuhprüfstrecke und Beamter des Reichswirtschaftsministeriums, Ernst Brennscheidt, wurde 1947 im sowjetischen Sachsenhausen-Prozess in Berlin zu 15 Jahren Haft verurteilt. Brennscheidt musste nur die Hälfte der Strafe verbüßen und siedelte 1955 in die Bundesrepublik über.<sup>1139</sup>

Tatsächlich hatten die beteiligten Unternehmen und Wissenschaftler tiefgehende Kenntnisse darüber, welcher Personenkreis unter welchen Umständen für die Schuhprüfstrecke eingesetzt wurde. Sie hatten sich bewusst für die Einrichtung der Strecke in einem KZ ausgesprochen und eingesetzt. Stather und auch Herfeld hatten das Lager persönlich besucht: „Auch ihnen war die äußerst erniedrigende und brutale Behandlung der Testpersonen ihrer Experimente im Lagerumfeld bekannt, wenn auch wahrscheinlich nicht in ihrem vollen Ausmaß.“<sup>1140</sup> Beide sahen aber in ihrer Arbeit kein Verbrechen und auch kein „wissenschaftliches Problem“, sondern lediglich den Nutzen der Trageversuche zur Beantwortung ihrer Fragestellungen.

1137 Siehe dazu: Scholtyseck: Freudenberg, 2016a. Beteiligt an der Zwangsarbeit im NS sowie an der Schuhprüfstrecke war auch das Unternehmen „Salamander“, siehe: Burkhardt: Im Zeichen des SALAMANDER, 2014.

1138 Stather hatte sich schon zu einem früheren Zeitpunkt wissenschaftlich mit dieser Thematik auseinandergesetzt und seine Erkenntnisse publiziert, siehe Stather: Leder als Fußbekleidungsmaterial des Soldaten, in: Zeitschrift für die Heeresverwaltung (1937), H. 5, Seitenzahl unbek.; Ders.: Leder als Ausrüstungsmaterial des Soldaten, in: Ebd. (1938), H. 3, Seitenzahl unbek.

1139 Vgl. Sudrow: Der Schuh, 2010, S. 714, 716, 718. Sudrow bezieht sich dabei auf den Bericht der Fachkommission: BIOS Miscellaneous Report Nr. 2, An Investigation of the German Leather Industry, London 1946, S. 8, 142.

1140 Dieses und das folgende Zitat: Sudrow: Der Schuh, 2010, S. 591.

Im Freiburger Institut wurden während des Zweiten Weltkriegs zahlreiche Forschungsprojekte militärischer Auftraggeber bearbeitet. Neben anderen staatlichen Stellen waren in den Jahren 1941 und 1942 der Reichsminister für Luftfahrt, das Unternehmen Striegel und Wagner, das u. a. Fliegerhauben für die Luftwaffe fertigte<sup>1141</sup>, und verschiedene Ämter des OKW die größten Auftraggeber. Das Institut erfreute sich außerdem zu diesem Zeitpunkt großer internationaler Bedeutung für zivile Unternehmen, auch außerhalb Deutschlands. Es sind Prüfaufträge für Unternehmen in Frankreich, Ungarn, Griechenland, Großbritannien, Polen, Tschechien und den Niederlanden überliefert.<sup>1142</sup> Die Versuche in Sachsenhausen und die Forschungsaufträge für die Wehrmacht und Rüstungsbetriebe wurden in einer von Stather anlässlich des 75. Bestehens des Instituts herausgegebenen Festschrift nicht erwähnt. Vielmehr wird darin auf die entbehrungsreiche Kriegszeit und die Verluste von Lehrpersonal und Schülern rekurriert.<sup>1143</sup>

Stather bemühte sich 1942 zwei Mal um eine Aufnahme in die NSDAP. Beide Anträge wurden mit der Begründung, Stather engagiere sich politisch nicht ausreichend, abgelehnt.<sup>1144</sup> Bemerkenswert ist jedoch, dass sich hochrangige NS-Funktionäre für die Aufnahme

---

1141 Im Ghetto der 1939 von der Wehrmacht eingenommenen polnischen Stadt Zduńska Wola unterhielt die Fa. Striegel und Wagner einen Betrieb, in dem ca. 2.000 jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter arbeiten bzw. Leder- und Textilwaren für die Wehrmacht herstellen mussten. Im August 1942 wurde das Ghetto aufgelöst und die dort festgehaltenen Jüdinnen und Juden wurden entweder noch in der Stadt ermordet, in das Ghetto Łódź oder die Vernichtungslager Chelmino und Auschwitz deportiert. Vgl. Zegenhagen: Zduńska Wola, 2012, S. 123.

1142 Vgl. Debitorenauszug am 31.3.1941, 31.3.1941, SächsStA – StA-C, 31421/25, Bd. 3, unpag.; Deutsche Versuchsanstalt für Lederindustrie, Freiberg/Sa., Abteilung: Versuchsanstalt, Debitorenauszug per 31.3.1942, 31.3.1942, ebd., Bd. 1, unpag.

1143 Vgl. Stather: 75 Jahre Deutsches Lederinstitut Freiberg 1889–1964, Berlin 1964, S. 25 f.

1144 Vgl. Kreisgericht Freiberg der NSDAP, Kammer Freiberg, Aktenzeichen 33/42, Beschluss, Die Ablehnung bei der NSDAP des Vgl. Prof. Dr. Friedrich Stather in Freiberg (Sa.), Terrassengasse 1 ist begründet, 10.7.1942, BArch Berlin, R 9361-II/968051, unpag.; Antrag auf Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, 27.9.1942, ebd., unpag.; Oberbereichsleiter Schneider, An den Gauschatzmeister des Gau Sachsen der NSDAP, Herrn Emil Ecksturm, Dresden, 29.10.1942, ebd., unpag.

Stathers in die NSDAP einsetzten. Stather verfügte über enge Kontakte zu hochrangigen Partei- und SS-Führern. SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS Karl Hermann Frank schrieb in Vertretung von Oswald Pohl, dem Leiter des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (SS-WVHA), an den Reichsschatzmeister der NSDAP in München und bat ihn, Stathers Mitgliedschaft entgegen dem Widerspruch seiner Ortsgruppe zu befürworten.<sup>1145</sup> Darüber hinaus führte Stather bei seinem zweiten Aufnahmeantrag im Herbst 1942 gewichtige Referenzpersonen an. Als seine Bürgen benannte er den im SS-WVHA tätigen SS-Brigadeführer Georg Lörner, den SA-Obergruppenführer und Reichsinnungsmeister des Schuhmacherhandwerks Arthur Hess, den ebenfalls in führender Position im SS-WVHA beschäftigten SS-Obersturmbannführer Andreas Weggel, Reichshauptstellenleiter in der Kanzlei der Führers Dr. Wittig, und den in der Reichsleitung der DAF tätigen Oberbefehlsleiter Neumann.<sup>1146</sup> Doch auch dieser Antrag blieb erstaunlicherweise erfolglos.<sup>1147</sup>

Das Kriegsende stellte für Stather keine Zäsur seiner beruflichen Laufbahn dar. Von der Entnazifizierungswelle in der SBZ blieb er vollständig unberührt. Ihm gelang es, seine Position als Leiter der Deutschen Lederinstituts (DLI), das aus der Deutschen Versuchsanstalt für Lederindustrie hervorging und der angeschlossenen Fachschule beizubehalten. Außerdem nahm er seine Professur an der TH Dresden wieder auf und konnte seine Forschungen auf dem Gebiet der Gerbereichemie fortsetzen.<sup>1148</sup> Der Fortbestand des Instituts und die nahtlose Karriere Stathers lassen sich nicht zuletzt auf das Interesse der SMAD zurückführen, die den Nutzen der Einrichtung und des Wissenschaftlers für die eigenen Zwecke erkannte und selbst Forschungsarbeiten in Freiberg

1145 Vgl. SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS Karl Hermann Frank, beim Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt, Berlin, An den Herrn Reichsschatzmeister der NSDAP Schwarz, München, Betr.: Prof. Dr. Friedrich Stather, 13.3.1942, BArch Berlin, R 9361-II/968051, unpag.

1146 Vgl. Lebenslauf Prof. Dr. phil. habil. Stather [als Anhang zum Fragebogen zum Antrag auf Aufnahme in die [NSDAP] vom 27.9.1942], o. D., ebd., unpag.

1147 Oberbereichsleiter Schneider, An den Gauschatzmeister des Gaus Sachsen der NSDAP, Herrn Emil Ecksturm, Dresden, 29.10.1942, ebd., unpag.

1148 Vgl. Lebenslauf als Anlage zum Personalfragebogen, 19.8.1949, BArch Berlin, DO1-101841, unpag.

in Auftrag gab.<sup>1149</sup> In der Nachkriegszeit gab Stather durchgehend an, kein Mitglied der NSDAP bzw. von 1939 bis 1945 im Heeresverwaltungsamt Berlin als Stabsintendant d. R. bzw. Lederdezernent tätig gewesen zu sein. Nähere Angaben zu seinen konkreten Tätigkeiten bleiben bis auf wenige Stichworte aus.<sup>1150</sup> Dem MfS war sein vormaliges Amt als NS-Wehrwirtschaftsführer bekannt.<sup>1151</sup>

Wie schon für Ernst Schiebold gezeigt, nahm sich auch Stather in der DDR in politischer Hinsicht zahlreiche Freiheiten heraus, die ihm ohne Widerrede der SED-Regierung toleriert wurden. In der DDR engagierte sich Stather politisch nicht und war lediglich Mitglied im Kulturbund.<sup>1152</sup> Laut eines Berichts eines ehemaligen Landesvorstandes des FDGB in Sachsen erklärte Stather 1950 sogar: „Ich bin nicht Kommunist und werde nie einer werden. Ich und mein gesamter Betrieb sind gegen die kommunistische Diktatur.“<sup>1153</sup> Allerdings entstammt dieser Bericht, dessen Inhalt für Stather durchaus Konsequenzen hätte nach sich ziehen können, einer Quelle des MfS. Fingierte politische Kompromittierungen und Denunziationen waren in Berichten der Staatssicherheit nicht unüblich. Für die These, dass die Äußerung hinsichtlich seiner angeblichen antikommunistischen Haltung fingiert war, spricht,

---

1149 Vgl. Stather: 75 Jahre, 1964, S. 25 f.

1150 Vgl. Deutsche Wirtschaftskommission, Personalfragebogen Friedrich Stather, 19.8.1949, BArch Berlin, DO1-101841, unpag.; Lebenslauf als Anlage zum Personalfragebogen, 19.8.1949, ebd., unpag. Im Vergleich zu dem zuvor genannten Lebenslauf aus dem Jahr 1942, in dem er hochrangige NS-Funktionäre mit sehr guten politischen Verbindungen als Bürgen angab, nannte Stather in diesem Lebenslauf ausschließlich Kollegen aus der Wissenschaft (Dr. Wingenroth, Hauptabteilungsleiter der DWK, Abteilung Leichtindustrie, Prof. Dr. A. Simon, TH Dresden und Prof. Dr. Koloc, Kammer der Technik) als Bürgen.

1151 Vgl. Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Chemnitz, Dienststelle Freiberg, Abteilung III, An das Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Chemnitz, Abt. III mit der Bitte um Weiterleitung an das MfS Hauptabtgl. III, Betreff: Deutsches Lederinstitut für Forschung und Materialprüfung Freiberg/Sa., 7.4.1953, BArch Berlin, MfS AP 5556/61, Bl. 98 f.

1152 Vgl. Deutsche Wirtschaftskommission, Personalfragebogen Friedrich Stather (19.8.1949), ebd., DO1-101841, unpag.

1153 Staatssekretariat für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt, Dienststelle Freiberg, Ermittlung, Prof. Dr. Stather, geb. am 5.11.1901 Offenbach/Baden, wohnh. in Freiberg, 15.1.1954, ebd., MfS AP 5556/61, Bl. 100-105, hier Bl. 101.

dass der erwähnte Berichterstatter weder mit Klarnamen noch einer IM-Bezeichnung aufgeführt wurde. Andererseits kann vermutet werden, dass auf diese Weise versucht wurde, für Stathers apolitische bzw. vielmehr ablehnende Haltung in der DDR eine Erklärung zu finden. Erstaunlich ist, dass seine vehemente Weigerung, in die SED einzutreten oder sich anderweitig in der DDR politisch einzubringen, seinem weiteren beruflichen Erfolg keinen Abbruch tat. Ihm und auch anderen Wissenschaftlern in der DDR, die aufgrund ihrer Expertise unentbehrlich waren, wurden solche Freiheiten immer wieder gewährt. Stathers Reputation, so ein MfS-Dokument 1953, war überragend: „Im Institut [dem DLI, YS] ist man der Meinung, daß es keinen ebenbürtigen Fachmann in Deutschland wie St. [Stather, YS] gäbe.“<sup>1154</sup> Auch in seinem Nachruf wird seine wissenschaftliche Leistung gewürdigt: „Unter seiner Leitung entwickelte sich das Institut zu einem der größten und angesehensten Gerbereiinstitute der Welt.“<sup>1155</sup>

1946 wurde er zudem zum Honorarprofessor an der Bergakademie Freiberg ernannt und konnte sich dort der Entwicklung synthetischer bzw. pflanzlicher Gerbstoffe widmen.<sup>1156</sup> Das DLI und die Fachschule wurden zunächst der DZVI unterstellt und erhielten die Aufgabe, „durch Untersuchungs-, Beratungs- und Gutachtertätigkeit, durch technisch-wissenschaftliche Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und durch Lehr- und Vertragstätigkeit den Allgemeininteressen der deutschen Lederwirtschaft zu dienen.“<sup>1157</sup> Da Fachpersonal in der unmittelbaren Nachkriegszeit nur selten vorhanden war, erhielt es über die Gerbereischule den Auftrag zur Nachwuchsausbildung. Die aus der DZVI hervorgegangene Deutsche Wirtschaftskommission übernahm die behördliche Aufsicht über das Institut und verpflichtete es, Forschungs- und Beratungstätigkeiten „auf dem Gebiete des Leders,

---

1154 Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Chemnitz, Dienststelle Freiberg, Abteilung III, An das Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Chemnitz, Abt. III mit der Bitte um Weiterleitung an das MfS Hauptabtlg. III, Betreff: Deutsches Lederinstitut für Forschung und Materialprüfung Freiberg/Sa., 7.4.1953, BArch Berlin, MfS AP 5556/61, Bl. 98 f.

1155 Reich: Nachruf, 1974, S. 210.

1156 Vgl. Personaldaten Friedrich Stather, 15.5.1947, SächsStA – StA-C, 31421/121, unpag.

1157 Satzungsentwurf der Deutschen Versuchsanstalt und Fachschule für Lederindustrie, Freiberg/Sa., 31.12.1946, ebd., 31421/120, Bd. 2, unpag.

Kunstleders, Lederhilfsmittel, Gummisohlen und -Absätze, Schuhe, Textilien, Lederpflegemittel usw.“ durchzuführen und nahm Aufträge der DWK selbst, der SMAD, Abteilung Wissenschaft und Technik in Berlin Karlshorst und von Privatfirmen der Lederbranche entgegen.<sup>1158</sup>

Ein Grund für Stathers nach Kriegsende ununterbrochene Karriere war das Ergebnis einer Besprechung der Leitung des Antifa-Blocks der Stadt Freiberg. Man „sprach sich für eine Beschäftigung von ehemaligen Pg's unter Bezugnahme auf Ausführungen von führenden Mitgliedern der SED, wie Wilhelm Pieck und Walther Ulbricht aus, sofern sie nicht als Aktivisten anzusehen sind.“<sup>1159</sup> Auch die SED-Kreisleitung in Freiberg erhob keine Einsprüche gegen Stathers Weiterbeschäftigung als Direktor des DLI: „Von der Partei wurde für die noch in leitenden Stellungen im Institut beschäftigten Pg's keine Abberufung verlangt. Man ist von der Wichtigkeit des Instituts überzeugt und ist daran interessiert, die Spezialisten dem Institut zu erhalten.“ Da Stather kein Mitglied der NSDAP war und auch offenbar nicht als „Aktivist“ gesehen wurde, sprach aus politischer Sicht nichts gegen den Wissenschaftler. Daher bestätigte auch die SMAD ihn im Mai 1947 in seinem Amt.<sup>1160</sup>

Erste Überlegungen zur Aufnahme des DLI in das StWPA fanden parallel zu der geplanten Ausweitung der Prüftätigkeit des Amtes in den Bereichen Leder und Schuhe auf die gesamte SBZ bereits im März 1949 statt.<sup>1161</sup> Im Zuge der Gründung des DAMW zu Beginn des Jahres 1950 nahm Präsident Rüffle Kontakt zu Stather auf und setzte ihn über die Gründung der Materialprüfungseinrichtung in Kenntnis. Er erklärte, dass das DLI nicht als Ganzes dem DAMW unterstellt werden sollte und sich das Institut weiterhin selbst verwalten könnte. In Zukunft hätte es

1158 An die Landesregierung Sachsen, Ministerium für Volksbildung, Abt. Forschung und Forschungslenkung, Dresden, Betr.: Erfassung der Konstruktionsbüros und Laboratorien, 21.5.1948, ebd., 31421/121, unpag.

1159 Dieses und das folgende Zitat: Hauptabteilung I/1000, Allg./Hg., betr.: Deutsche Versuchsanstalt und Fachschule für Lederindustrie, Freiberg, Sachs., 15.4.1947, BArch Berlin, DO1-101841, unpag.

1160 Vgl. Sowjetische Militäradministration in Deutschland, Verwaltung der Leichten Industrie, An den Vizepräsidenten der Deutschen Zentralverwaltung der Industrie, Herrn Dr. Mischler, 23.5.1947, BArch Berlin, DO1-101841, unpag.

1161 Vgl. Bericht für den Monat März 1949, 5.4.1949, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 847, Bl. 14r-17v, hier Bl 15v.

aber auch Prüf- und Forschungsaufträge des DAMW zu bearbeiten. Ein Gutachterausschuss sollte dem Freiburger Institut angegliedert werden, um die Ergebnisse der Prüfarbeiten besser in der Industrie umsetzen zu können.<sup>1162</sup> Im Jahr 1951 erhielt das Institut die Prüfdienststellennummer 361 für „Gerbmittel, Lederpflege- und Behandlungsmittel, Leder, Felle, Schuhtextilien sowie Kautschuk- und Kunstharzerzeugnisse für die Schuhindustrie“.<sup>1163</sup> Konkret handelte es sich dabei um die Abteilung Materialprüfung des DLI, die aus der DVA hervorgegangen war.<sup>1164</sup> Leiter dieser Abteilung waren von 1950 bis 1957 die beiden vormaligen NSDAP-Mitglieder Dr.-Ing. Georg Königfeld<sup>1165</sup> und ab 1957

- 
- 1162 Vgl. Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Planung, Hauptabteilung Wissenschaft und Technik, An Herrn Prof. Dr. Stather, Deutsches Lederinstitut, Freiberg, Betreff: Ihr Institut im Verhältnis zur zukünftigen Organisation für die Material- und Warenprüfung in der DDR, 30.1.1950, SächsStA – StA-C, 31421/120, Bd. 1, unpag.; Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 44 f.; Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 216. Stather schätzte diesen ‚Sonderstatus‘ sehr, da er sich bereits im Vorfeld der Gründung des DAMW dagegen gesträubt hatte, dass das DLI in dem neuen Amt aufgehen sollte, vgl., Prof. Dr. Stather, An die Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Planung, Hauptabteilung Wissenschaft und Technik, Abt. Normung und Gütesicherung, z. H. von Herrn Dipl. Ing. Rüffle, Berlin, 17.2.1950, SächsStA – StA-C, 31421/120, Bd. 1, unpag.
- 1163 Für eine Übersicht über die Prüfdienststellen des DAMW siehe im Anhang die Aufstellung der Prüfdienststellen des DAMW, Stand: 31.3.1951.
- 1164 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR: Zehn Jahre, 1960, S. 45; Stather: 75 Jahre, 1964, S. 28.
- 1165 Dr.-Ing. Georg Königfeld (10.10.1905 in Darmstadt-?), 1924/25: Tätigkeit in einer Lederfabrik, 1925–1935: Studium der Chemie- und Gerbereichemie an der TH Darmstadt, 1933: Dipl.-Ing., 1933: SA (Scharführer), 1935: Promotion („Das Verhalten wässriger Aluminium- und Chromsalzlösungen beim Basischmachen sowie gegenüber Gelatine und Hautsubstanz“), 1935: Assistent an der TH Darmstadt, 1935–1945: Wiss. Mitarbeiter an der CTR Berlin (für Näheres siehe die Studie von Simon Große-Wilde), 1937: NSDAP (Entnazifiziert am 10.2.1947, Gruppe IV (Mitläufer)), 1947: FDGB, vermutl. ab 1948: Wiss. Mitarbeiter am DLI Freiberg, ab 1950: Leiter der Abteilung Materialprüfung des DLI bzw. der PSt. 361 des DAMW, 1959–1971: Leiter der Abteilung Materialprüfung und 2. Stellv. Direktor der Gerbereischule Reutlingen (Direktor der Schule ist zu diesem Zeitpunkt H. Herfeld), 1964–1971: Erster Stellv. Direktor der Gerbereischule Reutlingen, 1966–1968: Vorsitzender des VGCT, 1970: Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, 1973: Jahrespreis des VGCT für sein Lebenswerk, vgl. Personaldaten Georg

Dr. phil. Martin Gierth<sup>1166</sup>. Die Prüfdienststelle führte in erster Linie „Kontrolluntersuchungen“ durch, bearbeitete aber auch Reklamationen, erstellte Gutachten und war als Schiedsstelle zuständig. Außerdem überwachte sie die lederverarbeitende Industrie der DDR.<sup>1167</sup>

---

Königfeld, 25.8.1947, SächsStA – StA-C, 31421/121, unpag.; Die Spruchkammer Bergstrasse, Aktenzeichen Be.IIM-1580/46, Heppenheim, 10.2.1947, ebd., NS-Archiv des MfS, 39074, Obj. 14 ZA56/1660, unpag.; Kreisentnazifizierungskommission Freiberg i. Sa., Fragebogen, 16.1948, ebd., unpag.; Entnazifizierungskommission des Landkreises Freiberg/Sa., Protokoll über die Verhandlung des Angeschuldigten Dr. Georg Königfeld am Freitag, den 23. Januar 1948, mittags 2 Uhr in Freiberg, Gewerbehau, 1. Stock, 29.1.1948, SächsStA – HStA Dresden, Bestand 13471, NS-Archiv des MfS, Signatur ZE 49115, unpag.; Stather: 75 Jahre, 1964, S. 33; Herfeld: Festschrift, 1975, S. 41 f., 45–47; NSDAP-Gaukartei Georg Königfeld, BArch Berlin, R9361-IX KARTEI/21890664; Karteikarte Georg Königfeld, Fachschaftsgruppe: Chemisch-Technische Reichsanstalt, o. D., ebd., R9361-II/551163.

1166 Dr. phil. Martin Gierth (26.4.1898 in Zittau-1985), 1916–1919: Soldat im 1. Weltkrieg, 1920–1924: Studium der Chemie an der TH Dresden, Universität Berlin und der Universität Freiburg, 1924–1934: Doktorand am KWI für Lederforschung Dresden, 1926: Promotion zum Dr. phil., 1927–1934: Assistent am KWI für Lederforschung, 1933: NSDAP (Blockleiter und stellv. Organisationsleiter, Einstufung als „belastet“, 29.1.1948), 1934–1936: Betriebschemiker in den Lederwerken Wiemann A.G. Hamburg, 1938–1956: Chemiker am DLI, ab 1957: Leiter der Abteilung Materialprüfung des DLI bzw. der PSt. 361 des DAMW, 1964: VVB-Beauftragter des DAMW für die VVB Leder und Kunstleder, vgl. Liste der Beauftragten für die VVB, 11.6.1964, BArch Berlin, DF5-3035, unpag.; NSDAP-Gaukartei Martin Gierth, o. D., ebd., R9361-IX KARTEI/10941466; Entnazifizierungskommission des Landkreises Freiberg/Sa., Protokoll über die Verhandlung des Angeschuldigten Dr. Martin Gierth, am Freitag, den 23.1.1948, mittags 2 Uhr in Freiberg, Gewerbehau, 1. Stock, 29.1.1948, SächsStA – HStA Dresden, Bestand 13471, NS-Archiv des MfS, Signatur: Ze 46925, unpag.; Personaldaten Martin Gierth, 15.5.1947, SächsStA – StA-C, 31421/121, unpag.; Prof. M. Bergmann, KWI f. Lederforschung, Dresden, an Bürodirektor Stadtammann a. D. Franz Arndt, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Berlin, 17.6.1933, AMPG, I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1792, unpag.; Stather: 75 Jahre, 1964, S. 33; Indexeintrag: Gierth, Marin, in: Deutsche Biographie, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd1081047720.html> (Letzter Zugriff: 24.5.2024).

1167 Vgl. Stather: 75 Jahre, 1964, S. 33; Königfeld: Die Gütekontrolle auf dem Gebiet der Schuhtextilien und der Schuhzwirne, in: Deutsche Schuh- und Lederzeitschrift (1953), S. 70; Ders.: Über Qualitätsreklamationen von Schuhen, 1953; Gierth: Sachgemäße Schuh- und Lederpflege, in: Deutsche Schuh- und Lederzeitschrift (1959), S. 174; Ders.: Die Kennzeichnung des Le-

Die Fachabteilung für Lederprüfung im DAMW profitierte von der guten Ausgangssituation bzw. zwei bereits vorhandenen Prüfeinrichtungen, die in das Amt übernommen werden konnten. Neben der Freiburger Stelle gehörte die Prüfdienststelle für Schuhe und Lederwaren in Erfurt zu den nachgeordneten Stellen des DAMW, die bereits für das StWPA gearbeitet hatte. Beide Einrichtungen arbeiteten eng zusammen, wobei Stather die Leitung der Fachabteilung „Leder, Schuhe, Rauchwaren“ übernahm.<sup>1168</sup> Bereits seit 1949 hatte Stather zudem die Leitung des Arbeitsausschusses „Leder“ im Fachausschuss „Leder und Kunstleder“ der KdT inne und war ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften.<sup>1169</sup> Durch seine Forschung und sein Engagement in diesen Gremien prägte er die Entwicklung der Qualitätskontrolle von Leder- und Kunstleder-erzeugnissen in der SBZ/DDR in erheblichem Maße. Einige seiner fachwissenschaftlichen Publikationen galten über viele Jahre als Standardwerke und wurden mehrfach neu aufgelegt.<sup>1170</sup>

Zu Beginn der 1950er Jahre waren nur neun von knapp 160 Mitarbeitern des DLI und der Lehrerberei Mitglied der SED. Mindestens acht ehemalige NSDAP-Mitglieder und ein Angehöriger des Stahlhelms

---

ders, in: Ebd. (1962), S. 305. Nach Auskunft des Nachfolgeinstituts des DLI, der FILK Freiberg Institute gGmbH, sind kaum Akten für den festgelegten Untersuchungszeitraum überliefert. Daher können nur wenige Aussagen zu jenen Aufgaben, die das DLI für das DAMW bearbeitete, getroffen werden.

- 1168 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR: Zehn Jahre, 1960, S. 46; Protokoll über die Sitzung der Fachabteilungsleiter des DAMW am 25.7.51 in der Zentralverwaltung, 26.7.1951, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.
- 1169 Vgl. Kammer der Technik. FA Faserstoffe. Niederschrift über die 1. Sitzung des Arbeitsausschusses „Leder“ im Fachausschuß „Leder und Kunstleder“ am 10. Mai 1949 im Deutschen Lederinstitut, Freiberg, Sa., 31.5.1949, LATH - HStA Weimar, Land Thüringen - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 865, Bl. 54r-58r; Arbeitsausschuß ‚Leder‘, Sitzung 10. Mai 1949, Anwesenheitsliste, ebd., Bl. 59r-59v; Reich: Nachruf, 1974, S. 210; Biografie Fritz Stather, Prof. Dr. phil. habil., in: Mitglieder, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, URL: <https://www.saw-leipzig.de/de/mitglieder/statherf> (Letzter Zugriff: 20.4.2024).
- 1170 Siehe: Stather: Leder und Kunstleder. Fachkunde in Stichworten, 3. und verbesserte Auflage, Berlin 1959; Ders.: Gütesicherung in der Lederwirtschaft, in: Chemische Technik 1 (1949), H. 2, S. 64; Ders.: Ledereigenschaften und Schuhqualität, in: Deutsche Schuh- und Lederzeitschrift (1953), S. 180; Ders.: Gerbereichemie und Gerbereitechnologien, 4., neu bearbeitete Auflage, Berlin 1967.

waren in Freiberg beschäftigt. Aus Sicht der Staatssicherheit wirkte sich Stathers ablehnende Haltung gegenüber der SED auf sein gesamtes Institut aus: „Als besonders schlecht ist die gesellschaftliche Arbeit im Lederinstitut zu bezeichnen. Die Ursachen sind selbstverständlich in der Leitung des Instituts zu suchen. Unsere Partei spielt innerhalb des Institutes eine sehr kärgliche Rolle.“<sup>1171</sup> Eine nähere Überprüfung der Mitarbeiter hinsichtlich ihrer politischen Zuverlässigkeit, wie sie in der Industrie durchgeführt wurde, blieb aufgrund des Fachkräftemangels in der Lederforschung jedoch aus. Da Stather seitens des MfS nur wenig Vertrauen entgegengebracht wurde, wurde im Dezember 1951 ein Geheimer Informator am Institut angeworben.<sup>1172</sup> Auf diesem Wege sollte sichergestellt werden, dass die Staatssicherheit über die Geschehnisse im Institut informiert war. Trotz der Zweifel an seiner Loyalität entstanden Stather aufgrund seines wissenschaftlichen Renommées keinerlei Nachteile. Ihm wurden, im Gegenteil, sogar zahlreiche Dienstreisen, auch in die Bundesrepublik und andere Staaten des „kapitalistischen Auslands“ gestattet.<sup>1173</sup> Es kann Vermutung aufgestellt werden, dass die SED-Führung sich mit Stather als herausragendem Wissenschaftler auf internationalem Parkett rühmen wollte.

- 
- 1171 Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Chemnitz, Dienststelle Freiberg, Abteilung III, An das Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Chemnitz, Abt. III mit der Bitte um Weiterleitung an das MfS Hauptabtlg. III, Betreff: Deutsches Lederinstitut für Forschung und Materialprüfung Freiberg/Sa., 7.4.1953, BArch Berlin, MfS AP 5556/61, Bl. 98 f.
- 1172 Vgl. Staatssekretariat für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt, Dienststelle Freiberg, Ermittlung, Prof. Dr. Stather, geb. am 5.11.1901 Offenbach/Baden, wohnh. in Freiberg, 15.1.1954, ebd., Bl. 100–105, hier Bl. 104.
- 1173 Vgl. Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Leichtindustrie, Personalabteilung, [An] Deutsches Lederinstitut Freiberg, Herrn Prof. Dr. Stather, Freiberg/Sa., Betreff: Teilnahme an der Jahreshauptversammlung in Goslar, 25.7.1951, BArch Berlin, MfS AP 5556/61, Bl. 2; Betr.: 4 (Einladung)/Operativ/WD, Absender: Verein für Gerbereichemie und -technik e.V., Reutlingen, Mörikestraße 25, Empfänger: Prof. Dr. f. Stather, Direktor, Freiberg/Sachsen, Deutsches Lederinstitut, Mittelungen des Vereins für Gerbereichemie und -Technik, Vorläufiges Programm für die 10. Jahreshauptversammlung der VGCT in Marburg a. d. Lahn vom 15. bis 18. Mai 1958, 7.5.1958, ebd., Bl. 83; Bezirksverwaltung Leipzig, Abteilung III/1, Betr. Prof. Dr. Stather, 10.9.1958, ebd., Bl. 106–108; Abteilung XII/4, A.-Reisen, An die Hauptabteilung III/4, im Hause, Betr.: Prof. Dr. Stather, 12.3.1960, ebd., Bl. 127.

Mit voranschreitender Zeit konnten Prüfaufgaben, die zunächst der Freiburger Einrichtung übertragen worden waren, an andere Prüfdienststellen des DAMW für Textilien, Technische Chemie, Kunstleder und an das Institut für die lederverarbeitende Industrie in Weißenfels abgegeben werden.<sup>1174</sup> 1955 wurde Stather für seine Verdienste auf dem Gebiet der Gerbereichemie und anlässlich seines 25. Amtsjubiläums als Leiter des DLI der Ehrentitel „Hervorragender Wissenschaftler des Volkes“ verliehen.<sup>1175</sup> 1961 wurde Stather korrespondierendes, 1964 ordentliches Mitglied der AdW.<sup>1176</sup> Bis zu seiner Emeritierung 1966 blieb Stather nebenamtlicher Professor für Gerbereichemie und -technologie an der TH/TU Dresden und Leiter der Freiburger Gebereinstitute.<sup>1177</sup> Auch im Ausland war seine Expertise anerkannt: 1967 erhielt er die Berzelius-Medaille der Schwedischen Akademie der Wissenschaften zu Stockholm und die Edmund-Stiansy-Medaille des Vereins Österreichischer Ledertechniker (VÖLT), die nur an verdiente Wissenschaftler der Gerberei-Chemie verliehen wurden.<sup>1178</sup> In seinem Nachruf wurde Stathers Beitrag für die Lederindustrie noch einmal gewürdigt: „Überhaupt muß hervorgehoben werden, daß Friedrich Stather zeit seines Lebens ein leidenschaftlicher Verfechter des Qualitätsgedankens bei der Lederherstellung war.“<sup>1179</sup> Er verstarb im März 1974 im Alter von 73 Jahren.<sup>1180</sup> Der Annahme, Stather hätte seine berufliche Karriere in der SBZ fortsetzen können, weil er „dem Faschismus ablehnend gegenübergestanden hatte“, kann aus den dargelegten Gründen nicht entsprochen werden.<sup>1181</sup>

- 
- 1174 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR: Zehn Jahre, 1960, S. 47.
- 1175 Vgl. N. N.: Hohe Ehrungen durch Wilhelm Pieck. Hervorragende Künstler und Wissenschaftler ausgezeichnet, in: Neues Deutschland, 15.12.1955, S. 1.
- 1176 Vgl. Biografie Fritz Stather, in: Berlin-brandenburgische Akademie der Wissenschaften, URL: <https://www.bbaw.de/die-akademie/akademie-historische-aspekte/mitglieder-historisch/historisches-mitglied-fritz-stather-2644> (Letzter Zugriff: 20.4.2024).
- 1177 Vgl. N. N., Eintrag: Prof. Dr. phil. habil. Friedrich Stather, URL: <https://tu-dresden.de/ua/archiv-bestaende/medienarchiv/professorenprofile> (Letzter Zugriff: 18.5.2021); Reich: Nachruf, 1974, S. 210.
- 1178 Vgl. Freimuth: Fritz Stather, 1976, S. 254.
- 1179 Reich: Nachruf, 1974, S. 210.
- 1180 Vgl. ebd.
- 1181 Vgl. Freimuth: Fritz Stather, 1976, S. 253.

### 9.3 Flüchtling der SBZ: Eitel-Friedrich Richter (1906–1988)

Sein außergewöhnlicher Lebensweg führte Dr. Eitel-Friedrich Richter<sup>1182</sup> von der PTR, der bedeutendsten Ressortforschungseinrichtung des Deutschen Reiches in Berlin, nach Weida, Thüringen, dann in das DAMW, dort als Prüfdienststellenleiter, und schließlich als „Republikflüchtling“ wieder zurück an die westdeutsche Nachfolgebehörde der PTR, die PTB in Braunschweig. Der Spezialist für Hochspannungstechnik und -physik und Rüstungsforscher ist als NSDAP- und Förderndes Mitglied der SS für die Fragestellungen der vorliegenden Studie von besonderem Interesse.

---

1182 Dr. Eitel-Friedrich Richter (7.11.1906 in Aschersleben-1988), 1925–1928: Studium der Physik, Chemie und Mathematik an der Universität Halle, 1928–1930: Promotion („Polarisationserscheinungen bei der stufenweisen Anregung von Quecksilberfluoreszenz“), 1930–1931: Wiss. Assistent am physikalischen Institut der Universität Halle, 1931–1935: Wiss. Mitarbeiter am Forschungsinstitut der AEG in Berlin-Reinickendorf (Abteilung Physik, Forschungen zu gaskonzentrierten Elektrostrahlen sowie zu Lichtbogen-temperaturen und am Elektronenmikroskop sowie im Röhrenlaboratorium), vgl. Richter: Polarisationserscheinungen bei der stufenweisen Anregung von Quecksilberfluoreszenz, Diss., in: *Annalen der Physik* 7 (1930), S. 293–328; Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Vorschlag zur Ernennung des Wiss. Angestellten Dr. Richter zum Regierungsrat, 27.12.1939, BArch Berlin, R1519-956, unpag.; AEG-Forschungsinstitut, Prof. C. Ramsauer, Berlin-Reinickendorf, 24.5.1935, ebd., unpag.; Personal-Nachweisung Eitel-Friedrich Richter, o. D., ebd., unpag. Bereits ab Mitte der 1930er Jahre nahm das Forschungsinstitut die Entwicklung von Infrarot-Zielsuchgeräten bzw. der sog. „Bildwandler-technik“ als Auftragnehmer des HWA für die Panther-Kampfpanzer auf. Das Institut gehörte zu insgesamt fünf Arbeitsgemeinschaften des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau und hatte Maier zufolge innerhalb des Rüstungsministeriums einen ähnlichen Stellenwert wie z. B. Siemens, vgl. Maier: *Wissenschaft und Rüstungsforschung*, 2023, S. 51; sowie: Gaertner: *Bedeutung der infraroten Strahlen für militärische Verwendungszwecke*, in: *Wehrtechnische Monatshefte* 59 (1962), S. 141–155, hier S. 150. Zur Geschichte des AEG-Forschungsinstituts Berlin-Reinickendorf siehe außerdem: Lorenz: *Das AEG-Forschungsinstitut*, 2004. Für die Zurverfügungstellung des Zeitschriftenartikels bedanke ich mich bei Helmut Maier. Herrn Referatsleiter und Bibliotheksdirektor Dr.-Ing. Joachim E. Meier und Herrn Archivar Hans-Ulrich Löhr von der PTB danke ich vielmals für die Recherchen zum Todesdatum Richters.

Richters Karriere begann am 1. Juli 1935 mit seiner Einstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter der PTR. Hier war er in der Abteilung II für Elektrizität und ab 1936 für Elektrizität und Magnetismus im Hochspannungslaboratorium mit der Weiterentwicklung von Prüfverfahren sowie Arbeiten über den Isolationswiderstand keramischer Werkstoffe bei Temperaturen bis zu 900 Grad betraut. Außerdem arbeitete er im Fachbereich „Kabel und Leitungen“.<sup>1183</sup> Nach den Erinnerungen seiner Kinder sei er „bei Schießübungen mit sog. Schallkanonen auf einem Schießplatz in Norddeutschland dabei gewesen“.<sup>1184</sup> Dabei könnte es sich um die sog. „Heeresversuchsstelle“ in Kummersdorf bei Berlin gehandelt haben, auf der bereits seit der Kaiserzeit bis zur Deutschen Wiedervereinigung militärische Ausrüstung und Waffen geprüft wurden. An den Versuchen während der NS-Zeit war auch die PTR beteiligt.<sup>1185</sup> Darüber hinaus hatte Richter an „Do-Werfern“ mitgearbeitet. Hier handelte es sich um Raketenwerfer, die nach dem späteren Leiter des Peenemünder Raketenprogramms, Walter Dornberger, benannt waren.<sup>1186</sup>

Seit dem 1. März 1937 war Richter Mitglied der NSDAP. Die Aufnahmesperre war zu diesem Zeitpunkt für Personen gelockert worden, die seit der Machtübernahme Hitlers in NS-Organisationen eingetreten waren.<sup>1187</sup> Seit September 1934 war Richter Förderndes Mitglied der SS.<sup>1188</sup> Nach dem Krieg führte diese Mitgliedschaft nach der

---

1183 Vgl. Betrifft: ZB 12 474/38 vom 15.11.1938, Bericht über Herrn Dr. Richter gemäß Ziffer 3 des Erlasses des Reichsministeriums des Innern vom 13.12.1929, o. D. [vermutl. 15.11.1938, YS], BArch Berlin, R1519-956, unpag. Ein Dank gilt meinem Kollegen Vivian Yurdakul für die Beschaffung dieser Akte.

1184 Müller: Die PTR, 2013, S. 31 f.

1185 Zur Beteiligung der PTR an militärischer Rüstungsforschung für die Wehrmacht siehe die Studie von Vivian Yurdakul. Die Nutzung des Areals in Kummersdorf wird intensiv untersucht in: Nagel: Wissenschaft, 2013, hier bes. das Kapitel II. Experimente.

1186 Vgl. Müller: Die PTR, 2013, S. 31 f.

1187 Vgl. Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Vorschlag zur Ernennung des Wiss. Angestellten Dr. Richter zum Regierungsrat, 27.12.1939, BArch Berlin, R1519-956, unpag. Außerdem war Richter Mitglied in dem aus der BSDO hervorgegangenen DAF, dem NSV sowie dem NSBdT, vgl. ebd. Siehe zur Aufhebung der Aufnahmesperre der NSDAP: Grüttner: Das Dritte Reich, 2014, S. 101.

1188 Vgl. Personalbogen Eitel-Friedrich Richter, o. D., BArch Berlin, R1519-956, unpag. Zur Geschichte der SS siehe jüngst: Hein: Die SS, 2023, sowie auch: Kaienburg: Die Wirtschaft der SS, 2003 und Schulte: Zwangsarbeit, 2001.

Kontrollratsdirektive Nr. 38 zu einer Einstufung als „belastete“ Person, sofern die monatliche Zuwendung 10 RM überstieg, sonstige höhere finanzielle Unterstützung geleistet wurde oder der Eintritt vor 1938 erfolgte.<sup>1189</sup> 1942 besuchte Richter außerdem zwei Lehrgänge an NS-Schulungsburgen.<sup>1190</sup> Im Jahr 1939 urteilte der Präsident der PTR, Abraham Esau, über Richter: „In politischer Hinsicht bestehen nicht die geringsten Bedenken, daß Dr. Richter sich jederzeit für den nationalsozialistischen Staat einsetzen wird. Er ist seit dem 1. März 1937 Mitglied der NSDAP und bekleidet zurzeit in seiner Ortsgruppe das Amt eines Blockhelfers.“<sup>1191</sup>

Obwohl im wehrfähigen Alter, wurde Richter 1941 aus „zwingenden Gründen der Reichsverteidigung zur Erfüllung kriegswichtiger Aufgaben in der [PTR] entgegen seinen persönlichen Wünschen“ vollends „uk“ gestellt.<sup>1192</sup> In dieser Zeit arbeitete er weiter im Hochspannungslaboratorium der PTR hauptsächlich an der Weiterentwicklung von Isolierstoffen und beriet Kabelfirmen bei der Produktion. Aufgrund der verstärkten Fliegerangriffe wurde die PTR 1943 nach Weida verlegt.<sup>1193</sup> Richter zog noch in diesem Jahr mit nach Weida. Für seine wissenschaftlichen Verdienste wurde er im selben Jahr mit dem Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ausgezeichnet.<sup>1194</sup>

Auch das Kriegsende erlebte Richter als Beschäftigter der PTR. Aufgrund dessen geriet er für einen kurzen Zeitraum im thüringischen Weida in Gefangenschaft. Die russischen Besatzer wollten erfahren, an welchen Projekten er zuletzt gearbeitet hatte. Richter lehnte das Angebot eines Arbeitseinsatzes in Russland ab.<sup>1195</sup> Ende 1945 wurde

---

1189 Vgl. SMAD-Befehl Nr. 201/47 vom 16. Aug. 1947: Über die Anwendungsweise der Direktiven Nr. 24 und Nr. 38 des Kontrollrates über die Entnazifizierung, BArch Berlin, DX1-562, unpag.

1190 Vgl. Personalbogen Eitel-Friedrich Richter, o. D., ebd., R1519-956, unpag.

1191 Der Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, An den Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Betrifft: Besetzung einer Planstelle der Gruppe A2c2, 29.9.1939, ebd., R1519-956, Bl. 65, vgl. dazu: Abschrift, Ernennungsurkunde zum Regierungsrat, 9.1.1940, ebd., Bl. 71 (Rückseite).

1192 Vgl. Der Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, Berlin-Charlottenburg, 29.4.1941, BArch Berlin, R1519-956, Bl. 84.

1193 Siehe für weitere Informationen die Studie von Vivian Yurdakul.

1194 Vgl. Reg.-Rat Dr. E.-F. Richter, PTR, II S, An: PTR - GX, 21.10.1943, BArch Berlin, R1519-956, Bl. 109.

1195 Vgl. Müller: Die PTR, 2013, S. 31 f.

Richters Engagement für den Nationalsozialismus bekannt und er wurde aufgrund § 6 der Verordnung „über die Reinigung der öffentlichen Verwaltung von Nazi-Elementen vom 23.7.1945“ zum 1. Januar 1946 seines Amtes als Regierungsrat enthoben.<sup>1196</sup> Die PTR bestand nach Kriegsende zunächst bis Ende Mai 1946 und wurde dann auf Befehl des obersten Chefs der SMAD zum Deutschen Amt für Maß und Gewicht (DAMG) umgestaltet.<sup>1197</sup> In diesem Kontext wurde Richter als wissenschaftlicher Mitarbeiter wieder eingestellt.<sup>1198</sup> Aufgrund seiner NSDAP-Mitgliedschaft währte diese Anstellung allerdings nur ein knappes halbes Jahr.<sup>1199</sup> Gegen diese Maßnahme legte Richter im Sommer 1946 Beschwerde ein. Gegenüber der Entnazifizierungskommission erklärte er, dass er

laut Untersuchungsergebnis des in der PTR gebildeten antisfaschistischen Spruchausschusses kein aktivistischer Nazi war und keinen Nichtnazi politisch gefährdete. Vielmehr wurde festgestellt, dass ich jederzeit die mir vom Präsidium übertragenen Aufgaben zum Wohle meiner Kollegen mit der Anstalt erledigt habe. Mithin war ich weder Führer noch wirklicher Schädling in Sinne von Ziffer 3 der Durchführungsbestimmungen in dem erwähnten Gesetz.<sup>1200</sup>

Richter bezog sich dabei auf den § 6 des o.g. Gesetzes. Ihm zufolge wurden

Beamte, Angestellte und Arbeiter, die sich aktiv für die Ziele der NSDAP eingesetzt oder sich nachdrücklich zu diesen Zielen bekannt oder sich hervorragend im militaristischen Sinne betätigt haben, [...] entlassen, gleichviel, ob sie Mitglied der NSDAP waren oder nicht.<sup>1201</sup>

1196 Der Präsident der PTR, An Herrn Regierungsrat Dr. Richter, Weida, 15.12.1945, BArch Berlin, R1519-956, Bl. 118.

1197 Siehe dazu Jablonski: Material- und Warenprüfung, 2015, S. 23 f.

1198 Vgl. Der Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, Vertrag, 5.1.1946, BArch Berlin, R1519-956, Bl. 122.

1199 Vgl. Präs. des Landes Thüringen, Präsidialamt, I B 2/8736/46, Weimar, 27.6.1946, LATH - HStA Weimar, NS-Archiv des MfS, FB 49, Bl. 69. Für die Beschaffung dieser Akte danke ich Jens Thiel.

1200 Richter an den Hr. Präs. des Landes Thüringen, Präsidialamt, Weida, Abschrift, Betr.: Einspruch des wiss. Angestellten Dr. E.-F. Richter gegen die Entlassung vom 28.6.46, 9.7.1946, LATH - HStA Weimar, NS-Archiv des MfS, FB 49, Bl. 66.

Richter bat um eine erneute Prüfung seines Falls und verwies auf die dritte Durchführungsbestimmung des genannten Gesetzes, die eine „mechanische Gleichstellung und Gleichmacherei“ vermeiden sollte.<sup>1202</sup> Außerdem wandte er sich an den kommissarischen Präsidenten des DAMG, Wilhelm Steinhaus, sowie die Spruchkammer beim Oberbürgermeister der Stadt Gera.<sup>1203</sup> Dass seine Bemühungen erfolgreich waren, belegt Richters anschließende Tätigkeit im sog. „Büro F“ des DAMG. Dieses diente als ‚Auffangbecken‘ ehemaliger NSDAP-Mitglieder des Amtes.<sup>1204</sup>

Frühestens ab 1952 leitete Richter die Prüfdienststelle 431 für Elektrotechnik in Halle an der Saale.<sup>1205</sup> Die Prüfdienststelle wurde mit Aufgaben betraut, die Richter bereits vor 1945 bearbeitet hatte. So wurden neuartige Isolierstoffe für Kabel und ihre Herstellungsverfahren untersucht. Dabei arbeitete die Prüfdienststelle eng mit den chemischen Industrierwerken in Leuna, Schkopau und Bitterfeld zusammen.<sup>1206</sup> Im Zuge von Untersuchungen zum „Kriechstromverhalten neuer Kunststoffe“ wurde 1953 das Verhalten von Installationsteilen mit spannungsbeanspruchten Formpressstoffteilen in der Witterung geprüft. Dabei kooperierte er mit der PTB in Berlin-Charlottenburg, wo eine ähnliche Versuchsreihe durchgeführt wurde, um die Ergebnisse

---

1201 Regierungsblatt für das Land Thüringen, Nr. 3, Teil 1: Gesetzsammlung, Gesetz über die Reinigung der öffentlichen Verwaltung von Nazi-Elementen vom 23. Juli 1945, 4.9.1945, Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena, Universal Multimedia Electronic Library (UrMEL), S. 6, URL: [https://zs.thulb.uni-jena.de/rsc/viewer/jportal\\_derivate\\_00200032/000356\\_0124a.tif](https://zs.thulb.uni-jena.de/rsc/viewer/jportal_derivate_00200032/000356_0124a.tif) (Letzer Zugriff: 3.9.2024).

1202 Vgl. Richter an den Hr. Präs. des Landes Thüringen, Präsidialamt, Weida, Abschrift, Betr.: Einspruch des wiss. Angestellten Dr. E.-F. Richter gegen die Entlassung vom 28.6.46, 9.7.1946, LATH - HStA Weimar, NS-Archiv des MfS, FB 49, Bl. 66.

1203 Vgl. Richter an den Präsidenten des DAMG, Weida, Betr.: Stellungnahme des wiss. Angest. Dr. E.-Fr. Richter zum Vertrag mit der PTR Pb. Nr. 2162.45 vom 5.1.1946, 9.7.1946, ebd., Bl. 66r; Eitel-Friedrich Richter, Regierungsrat, Weida/Th., Wiesenstr. 27, Einschreiben, An die Spruchkammer bei dem Herrn Oberbürgermeister der Stadt Gera, (15) Gera Betr. Entlassungseinspruch, 847/46/Iic, 8.11.1946, ebd., Bl. 65.

1204 Vgl. Peltzer: Die Demontage, 1995, S. 106, Fn. 518.

1205 Vgl. Jahresbericht 1952 der Forschungs-/Entwicklungsstelle der Prüfdienststelle 431 Halle, 2.1.1953, BArch Berlin, DF4-54761, Deckblatt.

1206 Vgl. ebd., S. 1f.

der DDR-Prüfdienststelle zu verifizieren.<sup>1207</sup> Es steht zu vermuten, dass Richter seine vormaligen beruflichen Verbindungen zur PTR wieder aufleben ließ. 1951 veröffentlichte Richter erste Ergebnisse in einer DDR-Fachzeitschrift.<sup>1208</sup>

In den frühen 1950er Jahren verließ Richter die DDR, wobei unterschiedliche Daten für seine Ausreise angegeben wurden. So sei Richter 1952 endgültig aus der DDR ausgereist.<sup>1209</sup> Dagegen spricht der Jahresbericht der Prüfdienststelle 431 Halle aus dem Jahr 1953, den Richter zu Beginn des Jahres 1954 unterzeichnete.<sup>1210</sup> 1955 wird in einem Jahresbericht des DAMW vermutet, dass Richter aus finanziellen Beweggründen das Land verlassen hätte. Es war in der DDR allgemein bekannt, dass Wissenschaftler in der Bundesrepublik wesentlich besser bezahlt wurden. Eine vom DAMW zugesagte Gehaltserhöhung kam zu spät: „Inzwischen wurde ihm ein günstiges Angebot von seiner früheren Arbeitsstelle, der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt Braunschweig, gemacht. Dies mag ihn bewogen haben, das Gebiet der DDR zu verlassen.“<sup>1211</sup> Richter hatte die DDR unmittelbar vor der größten Ausreisewelle von 1955 bis 1957 verlassen. Die Gründe für die sog. „Abstimmung mit den Füßen“ waren „die wachsende Anziehungskraft der westdeutschen Wirtschaft, aber auch die Erleichterungen im Reiseverkehr, die dem Juni-Aufstand des Jahres 1953 folgten und leicht übersehen werden.“<sup>1212</sup> Unklar ist, ob der finanzielle Aspekt für Richters „Republikflucht“ oder andere Gründe ausschlaggebend waren.

Ab 1955 war er bei der PTB in Braunschweig im Laboratorium des Präsidenten Richard Vieweg beschäftigt.<sup>1213</sup> Er führte dort „Untersuchungen des Leitungsmechanismus von wärmefesten Isolierstoffen“ sowie Versuche zu „Hochspannungsüberschläge[n] an Isolatoren von

1207 Vgl. Jahresbericht 1953 der Prüfdienststelle 431 Halle, 3.2.1954, BArch Berlin, DF4-55707, S.5–7.

1208 Vgl. Richter: Der Einsatz der Isolierstoffe in der Installationstechnik, in: Deutsche Elektrotechnik. Technisch-wissenschaftliche Zeitschrift für Elektromaschinenbau, Licht- und Messtechnik 8 (1951) 350–352.

1209 Vgl. Müller: Die PTR, 2013, S.31.

1210 Vgl. Jahresbericht 1953 der Prüfdienststelle 431 Halle, 3.2.1954, BArch Berlin, DF4-55707.

1211 Ergänzung zum Jahresbericht über die Kaderarbeit des DAMW entsprechend dem Schreiben vom 14.2.1955, ebd., DF4-40301, unpag.

1212 Major: Innenpolitische Aspekte, 2002, S.99 f.

Feuerlöschgeräten“ durch.<sup>1214</sup> 1962 wurde Richter als ihr Mitarbeiter seit 1935 und als Oberregierungsrat aufgeführt, was belegt, dass er seine Laufbahn im Staatsdienst wieder aufnehmen konnte.<sup>1215</sup> In diesem Amt war er bis mindestens 1970 tätig.<sup>1216</sup>

## 9.4 NS-Verfolgter: Paul Weiß (1903–1975)

Die Lebensgeschichte von Paul Weiß<sup>1217</sup> repräsentiert die Gruppe von Mitarbeitern, die aufgrund ihrer politischen Haltung von den Nationalsozialisten verfolgt wurden. Er übernahm nach Kriegsende die Leitung der Prüfdienststelle für Beschusswesen in Suhl. Weiß hatte sich im kommunistischen Widerstand in Suhl gegen die Nationalsozialisten engagiert und war Teil einer Zelle, die an seinem Arbeitsplatz entstanden und im September 1943 aufgedeckt worden war. Über die Tätigkeit und die personelle Zusammensetzung dieser Zellen sowie den organisierten NS-Widerstand im Thüringer Wald liegen bisher einige Publikationen vor.<sup>1218</sup> Alle Quellen, die im Folgenden zu Weiß ausgewertet wurden, entstanden erst nach seiner Festnahme Anfang September 1943. Er war zunächst zusammen mit zahlreichen Mitgliedern Suhler Widerstandszellen im Staatsgefängnis Ichtershausen inhaftiert und dort massiven körperlichen und seelischen Misshandlungen ausgesetzt: „Bereits beim ersten Verhör

1213 Vgl. Geschäftsverteilungsplan, Stand 1.2.1955, BArch Koblenz, B102-40019, Teil 1, unpag. Für diese und die nachfolgend genannten Quellen aus dem BArch Koblenz sowie den regen Austausch zu Richter danke ich Jens Thiel herzlich.

1214 Vgl. Arbeitsplan, 1955, ebd., unpag.

1215 Vgl. Moser: Forschung, 1962, S.187.

1216 Vgl. N. N.: Personalnachrichten, in: PTB-Mitteilungen 80 (1970), S.246

1217 Paul Weiß (4.10.1903 in Suhl-1.7.1975 in Suhl), 1920–1923: Ausbildung zum Werkzeugmacher, im Anschluss Arbeit als Elektriker und Werkzeugmacher, 1924: KPD und Kommunistischer Jugendverband (Unterbezirksleiter), 1928–1932: SPD, 1928–1934: Arbeitslosigkeit, ab 1934: Dreher bei C.G. Haenel in Suhl., 1939/40: Uk-Stellung, vgl. Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Weimar II A 1- 127/42g, z. Zt. Ichtershausen, 7.9.1943, BArch Berlin, R3017-31232, Bl. 2–7; Der Oberreichsanwalt beim Volksgericht 10 J 167/44, An die Staatsanwaltschaft - Strafregister - bei dem Landgericht Meiningen, 4.7.1944, ebd., R3017-31225, Bl. 44.

1218 Siehe dazu: Kaiser: „Laßt nicht locker“, 2003; Ders.: „Laßt nicht locker“ (II), 2004; Moczarski u. A.: Suhler im Widerstand, 2019.

wurden Paul [...] Weiß [...] die Zähne ausgeschlagen.“<sup>1219</sup> Alle Angaben musste er also unter Zwang, großem psychischen Druck und vermutlich starken Schmerzen machen. In dem Gefängnis war in den Jahren 1943/44 zeitweise eine Vernehmungsguppe der Gestapo Weimar tätig.<sup>1220</sup>

Suhl im Thüringer Wald war ein Zentrum des organisierten Widerstands in der NS-Zeit. Dies war „historisch bedingt, da sich Suhl nach dem Ersten Weltkrieg verstärkt zu einer Hochburg der SPD und KPD entwickelte und politisch aktives Kernpotential in den Reihen der Arbeiterschaft besaß.“<sup>1221</sup> Trotz reger lokaler Tätigkeit der Parteien gewann aber auch dort spätestens 1933 die NSDAP die politische Oberhand, und die sozialdemokratisch bzw. kommunistisch aktive Szene wurde in den Untergrund verdrängt. In Suhl und den Nachbarorten entstanden daraufhin unterschiedliche Widerstandsgruppierungen. Die Gestapo Weimar sah sich daher gezwungen, in Suhl eine Außenstelle einzurichten. Bis 1935/36 waren die meisten Widerstandsgruppen aufgedeckt und aufgelöst worden.<sup>1222</sup> Mit der Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad 1943 erstarkte der organisierte Widerstand im Thüringer Wald allerdings erneut. Alte Netzwerke wurden wiederbelebt und neue Mitglieder angeworben. Unter anderem fand dies in den Waffenfabriken Suhls statt, besonders in den Werken der Firma Gustloff und Haenel. Der Mittelpunkt einer dieser Gruppen, der „Friedbergsiedlung“, war das Ehepaar Emil und Minna Recknagel, das wiederum in einem übergeordneten Netzwerk verknüpft war. Die Gruppen organisierten das Anbringen von Wandparolen, unterstützten jüdische Verfolgte sowie Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, hörten ausländische Rundfunksender und versuchten, ein überregional tätiges Widerstandsnetzwerk aufzubauen.<sup>1223</sup> Teil der „Friedbergsiedlung“ war eine Widerstandszelle in der Fabrik Haenel, in der Paul Weiß tätig war. Bis zu ihrer Aufdeckung organisierten zwischen 20 und 50 Personen Flugblattaktionen, politische Gesprächskreise, aber auch Sabotageakte in der Fabrik.<sup>1224</sup>

1219 Kaiser: „Laßt nicht locker“, 2003, S. 124 f., zit. nach: Schneider, Einige unter vielen, o. O. 1948, S. 20.

1220 Gräfe u. A.: Quellen zur Geschichte Thüringens, 2005, URL: [https://www.db-thueringen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbt\\_derivate\\_00022183/lzt\\_band1\\_polizei.pdf](https://www.db-thueringen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbt_derivate_00022183/lzt_band1_polizei.pdf) (Letzter Zugriff: 14.1.2022), S. 51.

1221 Moczarski u. A.: Suhler im Widerstand, 2019, S. 4.

1222 Vgl. Moczarski u. A.: Suhler im Widerstand, 2019, S. 4.

1223 Vgl. ebd., S. 5.

Anfang September 1943 begann eine Welle von Verhaftungen, von der am 3. September 1943 auch Paul Weiß betroffen war.<sup>1225</sup> Er wurde beschuldigt, das Anbringen von Wandparolen und eine Flugblattaktion geplant sowie ausländische Rundfunksender gehört zu haben. Er gab zu, dass er wegen der Lohnabzüge in der Fabrik unzufrieden gewesen sei und daher den politischen Austausch mit Kollegen gesucht habe. Ein Radio sei ihm aber nicht zugänglich gewesen. Weiß bestritt weiter den Vorwurf der Planung von widerständischen Aktionen und verwies auf einen anderen Angeklagten. Kollegen seien diesbezüglich zwar an ihn herangetreten, er hätte eine Beteiligung aber abgelehnt. Allerdings hätte er mit diesen über die Wirkung von Wandparolen an öffentlichen Gebäuden und deren nötige Größe gesprochen. Dann revidierte er im selben Verhör plötzlich seine Aussage: „Ich muss mich berichtigen: Meine Meinung war, dass man die Wandbeschmiererei ganz lassen sollte und dass man dagegen Streuzettel von etwas 15 cm Größe anfertigen könne, die in der Stadt verstreut werden müssen.“<sup>1226</sup> In einer weiteren Befragung ging Weiß noch einmal darauf ein, dass die Gruppe keine Wandparolen angebracht hatte, „weil wir inzwischen Angst bekommen hatten.“<sup>1227</sup> Aus einer Äußerung lässt sich auf die Umstände seiner Haft und den immensen Druck durch die Befrager schließen:

Wenn ich bisher in der vielstündigen Vernehmung immer wieder gedrängt wurde, doch nun endlich die Wahrheit zu sagen, und wenn ich immer wieder mit der Wahrheit zurückhielt, so hatte das seinen Grund darin, dass ich die Mitbeteiligten nicht verraten wollte.<sup>1228</sup>

Um das Widerstandsnetzwerk aufzudecken, wurde in den Befragungen körperliche Gewalt angewandt.<sup>1229</sup>

---

1224 Vgl. Kaiser: „Laßt nicht locker“ (II), 2004, S.106.

1225 Vgl. Ders.: „Laßt nicht locker“, 2003, S.124 f., 126 f.

1226 Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Weimar II A 1- 127/42g, z. Zt. Ichtershausen, 7.9.1943, BArch Berlin, R3017-31232, Bl. 2-7, hier Bl. 5.

1227 Ebd., Bl. 6.

1228 Ebd., Bl. 7.

1229 Vgl. Kaiser: „Laßt nicht locker“ (II), 2004, S.106; Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Weimar II A 1- 127/42g, z. Zt. Ichtershausen, 7.9.1943, BArch Berlin, R3017-31232, Bl. 7.

In einer späteren Befragung gab Weiß dann alle Vorwürfe zu und erklärte:

Es ist durchaus die Möglichkeit, dass ich hierbei [bei einem Gespräch mit einem Kollegen über die geplante Flugblattaktion, YS] gesagt habe, dass es mit der Anfertigung noch Zeit habe, jeder wolle aber von uns jedoch noch erleben, dass die Halunken aufgehängt würden.<sup>1230</sup>

Weiß bestätigte zudem, dass er über seine Kollegen Kenntnis über ausländische Nachrichten hatte und diese auch untereinander besprochen wurden.<sup>1231</sup>

Nach über acht Monaten in Haft bestätigte Weiß am 22. April 1944 sein Geständnis und offenbarte seine ablehnende Haltung gegenüber dem NS-Regime: „Mit meinen Arbeitskameraden [...] zusammen war ich von dem kommunistischen Gedankengut erfüllt. Wir glaubten an einen Zusammenbruch Deutschlands.“<sup>1232</sup> Er gab auch das Abhören von Rundfunksendern aus London und der Schweiz zu und erklärte, dass die Widerstandsgruppe im Sommer 1943 fest mit der militärischen Niederlage Deutschlands gerechnet hätte. Die Widerstandsaktivitäten in Form von Flugblättern und das Anbringen von Wandparolen seien für den August 1943 geplant gewesen. Die Gruppe hätte sich aber im letzten Moment aufgrund der Angst vor einer Aufdeckung gegen eine Durchführung entschieden.<sup>1233</sup>

Weiß und vermutlich auch die anderen sechs Angeklagten wurden unterdessen im April 1944 von Ichtershausen in das Gefängnis Greiz verlegt.<sup>1234</sup> Die Anklagepunkte lauteten „Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung und Wehrkraftzersetzung“:

Die Angeschuldigten haben während des gegenwärtigen Krieges, [...] bis zu ihrer Festnahme Anfang September 1943 untereinander oder mit anderen Gesinnungsgenossen in Suhl und Umgebung politische Aussprachen durchgeführt, die dazu gedient haben, die Teilnehmer im kommunistischen Sinne zu beeinflussen und einen

1230 II A 1 - B. Nr. 127/42 g., Erklärung Paul Weiß, z. Zt. Ichtershausen, 8.9.1943, ebd., Bl. 10 f.

1231 Vgl. ebd.

1232 Amtsgericht Arnstadt, Amtsgerichtsrat Dr. Gebhart, z. Zt. Ichtershausen, Erklärung Paul Weiß, 22.3.1944, ebd., Bl. 13 f.

1233 Vgl. ebd.

1234 Vgl. Gräfe u. A.: Quellen zur Geschichte Thüringens, 2005, S. 271.

festen Stamm zuverlässiger Gesinnungsgenossen für den von ihnen erwarteten kommunistischen Umsturz bereit zu halten. Darüber hinaus haben Sie während der letzten Jahre vor ihrer Festnahme bei diesen Gesprächen unter Verwertung feindlicher Rundfunknachrichten den baldigen Zusammenbruch des Reichs und den Sieg des Bolschewismus angekündigt.<sup>1235</sup>

Weiß und zwei weiteren Personen wurde außerdem die Planung von Flugblattaktionen und das Anbringen von Wandparolen vorgeworfen.<sup>1236</sup> Dem zuständigen Oberreichsanwalt zufolge war die Gruppe der Meinung, „daß die in Kürze zu erwartende Niederlage des Reiches zu einem Umsturz im Innern führen werde und daß dann die Deutschen, soweit man sie nicht umbringe, in Arbeitslager verschickt werden würden.“<sup>1237</sup> Die Gruppe hätte in der Firma Haenel den Verdacht gestreut, dass ein im Werk verstorbener Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion durch Misshandlungen der Betriebspolizei verstorben sei. Auch die Kontaktaufnahme zu Zwangsarbeiterinnen aus der Sowjetunion wurde ihnen zur Last gelegt.<sup>1238</sup> Der Oberreichsanwalt forderte in seiner Anklageschrift, den Prozess vom Volksgerichtshof durchführen zu lassen.<sup>1239</sup> Dieser verurteilte Weiß am 29. November 1944 zu acht Jahren Zuchthaus sowie anschließend acht Jahren Ehrverlust. Die Köpfe der Widerstandszelle wurden zum Tode verurteilt.<sup>1240</sup>

Zu Beginn des Jahres 1945 wurde Paul Weiß in das Zuchthaus Brandenburg-Görden überstellt.<sup>1241</sup> Das Zuchthaus war ab 1933 einer der modernsten und größten Haftorte des Deutschen Reiches und ab 1940 zudem Hinrichtungsstätte für politische Häftlinge.<sup>1242</sup> Für die

---

1235 Der Oberreichsanwalt beim Volksgericht 10 J 167/44, An die Staatsanwaltschaft - Strafregister - bei dem Landgericht Meiningen, 4.7.1944, BArch Berlin, R3017-31225, Bl. 41 f.

1236 Vgl. ebd.

1237 Ebd., Bl. 53 f.

1238 Vgl. ebd.

1239 Vgl. ebd., Bl. 55.

1240 Vgl. 2 H 203 / 44, 10 J 167/44, Urteil gegen E. Recknagel u. A., 29.11.1944, BArch Berlin, R3018-1393, Bl. 18 f.

1241 Vgl. Zugang am 10. Januar 1945, desgleichen, um 21.45 Uhr, von Richtung Magdeburg, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), 29 ZH Brdbg Do. 9/2.

1242 Vgl. N. N.: Dokumentationsstelle, 2007, S.156 f.

politische Propaganda der SED-Führung wurde das Zuchthaus ein zentraler Erinnerungsort, da auch Erich Honecker dort inhaftiert gewesen war. Neben der Weiternutzung als Gefängnis für politische Gegner und Straftäter in der DDR wurde 1949 dort eine Gedenkstätte eröffnet.<sup>1243</sup> Zumindest bis Mitte März 1945 war auch Paul Weiß dort inhaftiert.<sup>1244</sup>

Nach seiner Haftentlassung bzw. spätestens ab Mitte Juli 1945 war Weiß kommissarischer Direktor des Nebeneichamtes Suhl, das dem Eichamt Ilmenau untergeordnet war, tätig und löste den bisherigen Direktor ab, dem eine Vergangenheit als „alter Kämpfer der NSDAP“ nachgewiesen werden konnte.<sup>1245</sup> In der Suhler Einrichtung wurden zunächst russische Jagdwaffen geprüft und mit einem Beschusszeichen versehen.<sup>1246</sup> Ende Februar 1950, also unmittelbar nach der Gründung des DAMW, wurde das Nebeneichamt zur Prüfdienststelle 512 für Handfeuerwaffen.<sup>1247</sup> Nur vier Monate nach der Angliederung an das DAMW wurde Paul Weiß aus unbekanntem Gründen entlassen.<sup>1248</sup> Über seinen weiteren Lebensweg ist nichts bekannt. Jedoch fällt im Vergleich mit anderen Prüfdienststellenleitern des DAMW auf, dass Paul Weiß als früherer Angestellter in der Produktion und ohne eine wissenschaftliche Ausbildung diese hohe Position innerhalb des Amtes innehatte. Die Ernennung erfolgte vermutlich aufgrund seiner früheren Tätigkeit in einer Waffenfabrik und seiner Fachkenntnisse, die er dort erworben hatte.

---

1243 Siehe dazu: Wunschik: Honeckers Zuchthaus, 2017.

1244 Vgl. Zugangsliste Zuchthaus und Sicherungsanstalt Brandenburg-Görden, o. D., BLHA, 29 ZH Brdbg Do. 6..

1245 Vgl. Niederschrift, 19.7.1945, Stadtarchiv Suhl, Bestand Beschussamt Suhl, 3.11.4./70, Bl. 9.

1246 Vgl. V4776/46, Urschriftlich an das Landesamt für Finanzen, Weimar, 8.5.1946, ebd., Bl. 18.

1247 Vgl. Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Planung, Hauptabteilung Wissenschaft und Technik, An das Nebeneichamt Suhl des Eichamtes Ilmenau, Suhl, Betr.: Verordnung über das Material- und Prüfungswesen (Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Verbesserung der Qualität der Produktion vom 16.2.1950), 10.3.1950, Archiv der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig, 3510, unpag.

1248 Vgl. An die Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Planung, Hauptabteilung Wissenschaft und Technik, z. Hd. Herrn Gäbler, Betr.: Fristlose Entlassung des Leiters des Nebeneichamtes Suhl Paul Weiß, 13.6.1950, ebd., unpag.

## 9.5 Geheimer Informator und Inoffizieller Mitarbeiter des MfS im DAMW: Hans Jancke (1911–1982)

Mit Prof. Dr. phil. Hans Jancke wird eine weitere Person vorgestellt, die sich als Geheimer Informator (GI) bzw. Inoffizieller Mitarbeiter (IM) für die Staatssicherheit engagierte. So wurden bis 1968 jene Personen bezeichnet, die nicht hauptamtlich am MfS angestellt waren, dem Ministerium aber gezielt Informationen über Personen aus ihrem Umfeld beschafften. Erst nach 1968 wurde die Bezeichnung „IM“ eingeführt.<sup>1249</sup> Janckes Biografie zeigt, wie das Ministerium Amtsträger des DAMW für seine Zwecke instrumentalisierte. Seine Position als Institutsdirektor der AdW sorgte vermutlich dafür, dass er das Interesse der Stasi auf sich zog. Mit Ernennung zum Vizepräsidenten des „DAMW-neu“ und aufgrund seiner Kontakte zu einem britischen Unternehmen gewann Jancke für das MfS an Bedeutung. Ab Mitte der 1960er Jahre wurden ihm Reisen in das westliche Ausland genehmigt. Dort sollte er nicht nur die Beziehungen zu dem Unternehmen pflegen und Informationen über deren neueste Entwicklungen sammeln, sondern auch die Mitreisenden seiner Delegation hinsichtlich deren Kontakte zu westlichen Wissenschaftlern überwachen.

Hans Jancke<sup>1250</sup> unterstützte nach Kriegsende die Demontagearbeiten in den Chemiewerken Buna und Leuna sowie das Sonderkonstruktionsbüro Halle und zog dort das Interesse der sowjetischen

1249 Vgl. Blum u. A.: Abkürzungsverzeichnis, 2012, S. 36.

1250 Prof. Dr. phil. Hans Jancke (12.3.1911 in Frankfurt/Oder-5.5.1982), 1928–1935: Studium der Physik an den Universitäten München, Breslau und Berlin, 1932: NSDAP (Blockwart und Abwehrbeauftragter), 1933–1945: Werkstudent, später Aufstieg zum Abteilungsleiter in der Forschungsabteilung der Osram-Werke, vermutl. während des Studiums in München: Nebenamtliche Tätigkeit als wiss. Mitarbeiter bzw. Gutachter im Lektorat des Kolonialpolitischen Amtes (KPA) der NSDAP, 1936: Promotion („Untersuchungen über Grenzkontinua und Linienintensitäten im Heliumspektrum“), 1937/1939–1940: Wehrmacht (Unteroffizier), vgl. Kappelt: Braunbuch, 2009, S. 375 f.; Prof. Dr. Jancke, Hans, geb. am 13.2.1911, Direktor des Instituts für Gerätebau der DAW, o. D., BArch Berlin, MfS HA XX 5750, Bl. 272; Partei-statistische Erhebung Hans Jancke, 4.7.1939, ebd., R 9361-I 1451, unpag.; Jancke: Untersuchungen über Grenzkontinua und Linienintensitäten im

Besitzer auf sich.<sup>1251</sup> 1946 erfolgte eine „Einladung“ Janckes in die Sowjetunion, der er nachkam. Dort war Jancke im Projekt zur Weiterentwicklung des raketentriebenen Hochgeschwindigkeitsflugzeugs DFS 346 bzw. OKB 2 eingesetzt.<sup>1252</sup> Der Prototyp dieses Flugzeugs war noch im Deutschen Reich entwickelt worden. Das Produktionswerk Siebel Flugzeugwerke KG wurde zunächst von den Amerikanern besetzt. Nach Übernahme durch die sowjetischen Besatzer erfolgte im Rahmen der Aktion Ossawakim die Überführung des Prototyps und des Projektstabs in die UdSSR.<sup>1253</sup>

1952 kehrte Jancke in die DDR zurück und wurde stellvertretender Direktor und ab 1956 Direktor des Instituts für Strahlungsquellen der AdW.<sup>1254</sup> Aus diesem ging nach der Fusion dieser Einrichtung mit dem Institut für Festkörperforschung und dem Institut für Kristallphysik das Zentralinstitut für Elektronenphysik hervor.<sup>1255</sup> Jancke blieb bis 1964 als Leiter verschiedener Institute an der AdW tätig. Von 1956 bis 1963 leitete er das Institut für Gerätebau in Berlin-Adlershof, um im Anschluss daran für ein Jahr dem II. Physikalischen

---

Heliumspektrum, Diss., in: Zeitschrift für Physik (1936), Bd. 99, S. 169–188; Kurzbiografie Jancke, Hans, Prof. Dr. phil., 12.8.1963, BArch Berlin, DF4-4787, Bd. 2 v. 2, unpag. Für weitere Informationen zum KPA siehe: Linne: Deutschland jenseits des Äquators?, 2008. Für die Tätigkeiten jenes Zeitraums, in dem Jancke am KPA beschäftigt war, besonders das Kapitel 2 „Die Zeit der Weichenstellung: 1933–1936“, S. 26–45.

- 1251 Vgl. Hauptabteilung XVIII/5, Berichte über durchgeführte Werbung, 12.5.1965, BArch Berlin, MfS AIM 2467/86, Bd. 1, Bl. 9–12, hier Bl. 11; Kappelt: Braunbuch, 2009, S. 375 f.
- 1252 Vgl. ebd.; Kurzbiografie Jancke, Hans, Prof. Dr. phil., 12.8.1963, BArch Berlin, DF4-4787, Bd. 2 v. 2, unpag. Für weitere Informationen zu Arbeitseinsätzen von deutschen Wissenschaftlern in der UdSSR siehe die Biografie von A. Eckardt.
- 1253 Vgl. Hendrickx: *Energiya – Buran*, 2007, S. 11. Siehe für weitere Informationen zu dieser Thematik Sobolev: *Deutsche Spuren*, 2000. Als Beispiel für eine Biografie eines Wissenschaftlers, der nach Kriegsende in der UdSSR gearbeitet hatte siehe Eibl: *Der Physikochemiker*, 1999.
- 1254 Vgl. Kappelt: Braunbuch, 2009, S. 375 f.
- 1255 Vgl. Wissenschaftsrat (Hrsg.): *Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Physik*, Köln 1992, S. 11.

Institut der AdW vorzustehen. Bis 1966 war Jancke Direktor des Instituts für Optik und Spektroskopie der AdW. Zusätzlich leitete er das Zentralinstitut für Automatisierung in Dresden.<sup>1256</sup>

Parallel dazu erfolgten 1959 seine Ernennung zum Professor und seine Aufnahme in den Magistrat der Stadt Berlin (Ost), in dem er sich bis 1964 engagierte. Von 1963 bis 1971 gehörte er der Stadtverordnetenversammlung an.<sup>1257</sup> Darüber hinaus war Jancke Mitglied des FDGB und der KdT. Er war in zahlreichen wissenschaftlichen Gremien aktiv, darunter die Physikalische Gesellschaft der DDR, die Physikalische Gesellschaft zu Berlin der Bundesrepublik sowie der Arbeitskreis Massenspektroskopie des Wirtschaftsrates für friedliche Anwendung der Atomenergie. In der Koordinierungsgruppe für den wissenschaftlichen Gerätebau der DDR der SPK hatte er ebenfalls den Vorsitz inne.<sup>1258</sup> Für seine Arbeit wurde er 1959 als Aktivist und mit der Verdienstmedaille der DDR, 1960 mit dem Goethepreis der Stadt Berlin (Ost), 1961 dem Nationalpreis der DDR III. Klasse und 1976 mit dem VVO der DDR in Silber ausgezeichnet.<sup>1259</sup>

1965 wurde Hans Jancke am „DAMW-neu“ eingestellt und zum Vizepräsidenten ernannt.<sup>1260</sup> Er übernahm den Bereich Messwesen, der durch den Zusammenschluss mit dem DAMG im Jahr 1964 zum Aufgabenbereich des Amtes hinzugekommen war. Im Zuge seiner Amtseinführung hielt er einige „Gedanken zur Neuordnung des Messwesens“ fest. In seinem Memorandum, das in hohem Maße vom DDR-typischen, ideologisch gefärbten Duktus geprägt war, verglich er das bunderepublikanische Pendant, die PTB, mit dem „DAMW-neu“. Die eigene Institution hatte seinen Ausführungen zufolge den Vorteil, dass sie durch besondere Befugnisse wie die TKO-Verordnung den Herstellungsprozess intensiver überwachen und bei Mängeln direkt in die Produktion eingreifen konnte. So trug nach Jancke das Amt als „Teil

1256 Vgl. Kurzbiografie Jancke, Hans, Prof. Dr. phil., 12.8.1963, BArch Berlin, DF4-4787, Bd. 2 v. 2, unpag.

1257 Vgl. Kappelt, Braunbuch, 2009, S. 375 f.; N. N.: Konstituierende Tagung der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Die Mitglieder des Magistrats der Hauptstadt, in: Neues Deutschland, 6.7.1967, S. 8.

1258 Vgl. Kurzbiografie Jancke, Hans, Prof. Dr. phil., 12.8.1963, BArch Berlin, DF4-4787, Bd. 2 v. 2, unpag.

1259 Vgl. ebd.; Kappelt: Braunbuch, 2009, S. 375 f.

1260 Vgl. ebd.; Hauptabteilung XVIII/5, Bericht, 3.11.1969, BArch Berlin, MfS AIM Nr. 2467/86, Bd. 1, Bl. 111–114, hier Bl. 112.

des gesamten volkswirtschaftlichen Prozesses“ zur „Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung“ bei.<sup>1261</sup> In der Quintessenz seiner Ausführungen forderte er einen Ausbau der Forschungssparte in der DDR, da diese bisher im internationalen Vergleich recht klein war. Das „DAMW-neu“ sollte über die bereits an den Hochschulen betriebene Grundlagenforschung und die thematisch eng gefassten Prüf- bzw. Forschungsaufträge hinaus eigene Forschungen auf dem Gebiet der Metrologie anstellen dürfen, um das Wissen auf diesem Gebiet zu vertiefen. Damit erlangte das Amt also ein gewisses Maß an Unabhängigkeit von der übergeordneten Behörde. Jancke sprach sich außerdem dafür aus, den Bestimmungen der „Organisation Internationale de Métrologie Légale“ (OIML) zu folgen, sofern „andere, ebenfalls staatlich beaufsichtigte Kontrollen nicht ausreichen“.<sup>1262</sup> Die Organisation bietet seit 1955 eine Plattform, um die zahlreichen unterschiedlichen rechtlichen Bestimmungen zur Prüfung von Messgeräten bzw. deren Eichung aufeinander abzustimmen und den internationalen Austausch im Handel zu fördern.<sup>1263</sup>

Seine Biografie zeigt die Indienstnahme hochrangiger Wissenschaftler durch das MfS für die wissenschaftspolitischen Zwecke der DDR. Die Verbindung zwischen Jancke und dem MfS bestand bereits seit 1956, als dieser das Amt des Direktors des Instituts für Strahlungsquellen der AdW übernahm. Die Kontaktaufnahme zu Jancke war erfolgt, da er enge Beziehungen zu dem britischen Hersteller von Messinstrumenten Hilger & Watts pflegte und das Unternehmen Interesse bekundet hatte, Jancke einzustellen. Das MfS übertrug ihm die Aufgabe, die Verbindung zu dem Unternehmen auszubauen und Informationen über ihre Tätigkeitsbereiche und das dortige Personal einzuholen.<sup>1264</sup> Im März 1965 wurde Jancke auf freiwilliger Basis als GI der Staatssicherheit angeworben und legte sich selbst den Decknamen

---

1261 Vgl. Gedanken zur Neuordnung des Meßwesens (o. D.) [ohne Autor, wahrsch. Prof. Dr. Jancke, da das nächste Dokument ein Vorblatt/Brief zu dieser Aufstellung zu sein scheint, dann v. 24.9.1965, YS], BArch Berlin, DF5-3035, unpag.

1262 Ebd.

1263 Siehe zur OIML: Mühe: Zum deutschen Beitrag, 1991. Sowie zur Vorgeschichte der Organisation: Ariouet: Une organisation, 2023. Für den Hinweis und die Bereitstellung der Aufsätze danke ich Jens Thiel.

1264 Vgl. Hauptabteilung XVIII/5, Berichte über durchgeführte Werbung, 12.5.1965, BArch Berlin, MfS AIM 2467/86, Bd. 1, Bl. 9–12, hier Bl. 12.

„Jürgen“ zu.<sup>1265</sup> Offenbar erhielt er zusätzlich die Anweisung, das Ministerium mit Informationen zu ihm bekannten Wissenschaftlern in der DDR zu versorgen. Denn nur einen Tag nach seiner Verpflichtung gab er eine mehrseitige Einschätzung zu Prof. Dr. Dr. hc. Paul Görlich, der ab 1960 die Abteilung Forschung und Entwicklung des VEB Carl Zeiss Jena leitete, ab. Er kannte diesen aus der Zusammenarbeit in verschiedenen wissenschaftlichen Gremien, u. a. von der AdW.<sup>1266</sup> Knapp vier Wochen später berichtete er über eine Besprechung der Gruppe Automatisierungsmittel und Gerätebau des Forschungsrates der DDR.<sup>1267</sup>

Jancke galt als ein „aus Überzeugung geworben[er]“ GI. Dass er sich mit seinem Führungsoffizier zwei bis drei Mal in der Woche traf, lässt darauf schließen, dass er in seiner Position als Vizepräsident in kurzer Zeit zahlreiche Informationen erlangte, die für das MfS von Bedeutung waren. Jancke, so das MfS, versprach sich von seiner Tätigkeit für das Ministerium auch die Festigung seiner Position als Vizepräsident des DAMW.<sup>1268</sup> Auch waren für ihn politische Schulungen angedacht, um ihn als Reisekader in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland einsetzen zu können.<sup>1269</sup>

Zur Stabilisierung seiner Auslandskontakte reiste Jancke zusammen mit drei Wissenschaftlern des VEB Carl Zeiss Jena nach Großbritannien, um das genannte Unternehmen und die internationale Ausstellung „Physics Exhibition“ in London zu besuchen. Das MfS beauftragte ihn, seine „guten Beziehungen und das Interesse der Engländer an [...] [seiner, YS] Person zu nutzen, um die gegnerische Aktivität an Ihnen und anderen mitreisenden DDR-Wissenschaftlern aufzuklären.“<sup>1270</sup> Er sollte herausfinden, welche Projekte das britische Unternehmen bearbeitete und dort sogar anbieten, gegen Bezahlung fachspezifische Informationen über physikalisch-technische

---

1265 Vgl. ebd., Bl. 9.

1266 Vgl. Analyse zur Tätigkeit von Prof. Dr. Dr. hc. P. Görlich, 27.3.1965, BArch Berlin, MfS AIM 2467/86, Bd. 2, Bl. 9–14.

1267 Vgl. Problem Görlich, 27.4.1965, ebd., Bl. 18 f.; Hauptabteilung XVIII/5, Bericht, 30.3.1970, ebd., Bd. 3, Bl. 195 f.

1268 Vgl. Hauptabteilung XVVV/5/Ltg., Arbeitsstudie für einen einzelgesteuerten GI, 1.11.1967, BArch Berlin, MfS AIM 2467/86, Bd. 1, Bl. 131–133, hier Bl. 132.

1269 Vgl. ebd., Bl. 133.

1270 Auftrag, 8.7.1965, BArch Berlin, MfS AIM 2467/86, Bd. 2, Bl. 77–79, hier Bl. 77.

Entwicklungen in der DDR zu übermitteln. Bei Gesprächen mit englischen Wissenschaftlern und Firmenvertretern zu fachlichen Themen wurde seine besondere Aufmerksamkeit verlangt.

Zugleich sollte er die anderen Delegationsmitglieder und vor allem die Kontakte seiner Mitreisenden zu anderen Wissenschaftlern beobachten.<sup>1271</sup> Das MfS trug ihm auf: „Die Teilnehmer aus der DDR halten Sie während Ihres Aufenthaltes nach Möglichkeit weitestgehend unter Kontrolle.“<sup>1272</sup> Jancke sollte sich im westlichen Ausland diskret verhalten, nicht weiter auffallen und sich keinerlei Notizen machen. Sollte er mit möglichen Verbindungen zum MfS konfrontiert werden, war er angehalten worden, diese abzuweisen.<sup>1273</sup> Im Nachgang seiner Reisen erstattete Jancke gegenüber dem MfS ausführlich Bericht.<sup>1274</sup>

Des Weiteren traf sich Jancke, vermutlich im Vorfeld der Leipziger Frühjahrsmesse, im April 1969 mit zwei Vertretern von Hilger & Watts sowie den Zeiss-Mitarbeitern zu einer weiteren Besprechung in der Zentralverwaltung des DAMW. Er bekundete den Briten gegenüber Interesse an einem Infrarotsichtgerät bzw. Nachtsichtgerät aus England, das er auf der Ausstellung in London gesehen hatte. Da das Unternehmen sich auch auf dem DDR-Markt etablieren wollte, kam ihm diese Anfrage sehr gelegen. Einer der Gäste erklärte seine Bereitschaft, Informationen zu Verfügbarkeit und Preis des Geräts einzuholen. Im Falle einer Beschlagnahmung des Geräts bei der Überführung in die DDR durch den Zoll, erklärte Jancke, dass er sich dieses dann von dort beschaffen würde.<sup>1275</sup>

Jancke suchte auch den Kontakt in die USA. Er berichtete dem MfS von einer kurzen Unterhaltung während der Leipziger Messe 1969 mit dem Leiter eines amerikanischen Unternehmens, der für den Verkauf in die sozialistischen Länder zuständig war. Das Unternehmen

---

1271 Vgl. Auftrag, 7.3.1968, ebd., Bd. 3, Bl. 33–35, hier Bl. 33.

1272 Auftrag, 6.3.1969, ebd., Bd. 3, Bl. 104–106, hier Bl. 104.

1273 Vgl. Auftrag, 8.7.1965, ebd., Bd. 2, Bl. 77–79, hier Bl. 79; Auftrag, 7.3.1968, ebd., Bd. 3, Bl. 33–35, hier Bl. 35.

1274 Vgl. Abt. XVIII/A, Fr/Rt, Bericht, 3.7.1966, ebd., Bd. 1, Bl. 97 f.; Abschrift/Bi, 1.4.1968, ebd., Bd. 3, Bl. 39–54.

1275 Vgl. Abschrift/Bi, 25.4.1969, BArch Berlin, MfS AIM 2467/86, Bd. 3, Bl. 144–148.

bezweifelte aufgrund geringer Verkaufszahlen den Sinn weiterer Messteilnahmen. Außerdem sprach der Firmenvertreter den Misserfolg des wirtschaftspolitischen Systems der DDR an.<sup>1276</sup>

1970 erhielt Jancke die Treuedaille der NVA in Silber und die Plakette zum 20. Jahrestag der Bildung des MfS.<sup>1277</sup> „Er wurde zur Lösung politisch-operativer Aufgaben unter schwierigen Bedingungen eingesetzt und hat diese diszipliniert und gewissenhaft erfüllt.“<sup>1278</sup> Über die Dauer seiner Amtszeit am DAMW sowie seinen weiteren beruflichen Weg ist nichts bekannt. Jancke verstarb 1982 im Alter von 71 Jahren. Das zweite Biografiekapitel zeigt, welche Gewichtung „Expertise“ und „Politik“ in den Biografien von Präsidenten und ausgewählten leitenden Wissenschaftlern des DAMW hatten. Für die Präsidenten wird deutlich, dass ihrem politischen Engagement von der SED-Regierung große Bedeutung beigemessen wurde. Wissenschaftler wie Stather und Schiebold, die während des NS aufgrund ihrer fachlichen Expertise zu herausragender Bedeutung gelangten, konnten in der DDR nahtlos an ihre Karrieren anknüpfen. Sogar die Beteiligung an verbrecherischen Versuchen mit KZ-Häftlingen stellte kein Hindernis für eine erfolgreiche Laufbahn in der DDR dar. Durch den so erreichten Status und die Tatsache, dass die hier vorgestellten Personen auch nach 1945 die führenden Köpfe ihrer Disziplin waren, wurden ihnen einige Freiheiten gewährt. Dazu gehörten Misswirtschaft bis hin zur offenen Ablehnung des Sozialismus. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass ihre Expertise im internationalen Wettbewerb und zu Repräsentationszwecken für die DDR unverzichtbar war.

Auch Eitel-Friedrich Richter konnte trotz einer NSDAP-Mitgliedschaft, seiner Fördermitgliedschaft in der SS und seiner Beteiligung an der Rüstungsforschung seine berufliche Laufbahn in der SBZ/DDR fortsetzen. Obwohl er zunächst seines Amtes als Regierungsrat enthoben wurde, wurde er nur kurze Zeit später im DAMG wieder eingestellt: Seine Expertise machte sein NS-Engagement wett. Als Leiter der Prüfdienststelle 431 für Elektrotechnik vertiefte er seine

1276 Vgl. Abschrift/Bi, Tonbandabschrift „Jürgen“, 30.4.1969, ebd., Bd. 3, Bl. 149 f.

1277 Vgl. Hauptabteilung XVIII/5, Bericht, 30.3.1970, ebd., Bl. 195 f.

1278 Hauptabt. XVIII/5, Vorschlag, 6.11.1969, ebd., Bd. 1, Bl. 137.

Arbeiten auf seinem früheren Forschungsgebiet und nahm Kontakt zur westdeutschen PTB auf. Dort fand er nach seiner „Republikflucht“ eine Anstellung.

Die Biografie von Paul Weiß steht für jene Beschäftigte des StWPA/DAMW, die aufgrund ihrer politischen Haltung von den Nationalsozialisten verfolgt wurden. Weiß geriet wegen seiner Beteiligung in einer thüringischen Widerstandszelle in die Fänge der NS-Justiz und übernahm die Leitung der Prüfdienststelle für Beschusswesen des DAMW. Hans Jancke hatte als Vizepräsident des DAMW eine leitende Funktion inne. Hier steht aber seine Arbeit als GI bzw. IM für das MfS im Vordergrund. Als renommierter Experte auf seinem Fachgebiet hatte er im Lauf seiner Karriere wichtige Kontakte in der internationalen Forschungs- und Industrielandschaft knüpfen können. Aus diesem Grund nahm die Staatssicherheit Kontakt zu ihm auf und warb ihn aus wissenschaftspolitischen Zwecken an.

Die Biografien zeigen insgesamt, dass ein Engagement für den Nationalsozialismus entsprechend der oben angeführten These von Weiss kein Hinderungsgrund für eine Karriere war. Allerdings wurde diese Kompromittierung immer wieder diskutiert, wie auch die Quellen des MfS zeigen. Die nach Kriegsende für die SBZ angekündigte „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ und der Anspruch der neuen politischen Elite der SBZ, „es besser zu machen“ als die Bundesrepublik, rückte durch den Fachkräftemangel und dem DDR-eigenen Anspruch auf internationales Renommee im Verlauf der Zeit immer weiter in den Hintergrund.

## 10 Fazit

Die vorliegende Studie zeigt, dass Qualität und die DDR sehr wohl zusammenpassen. Im Wettbewerb der politischen Systeme wollte die DDR zeigen, dass auch im Sozialismus qualitativ hochwertige Produkte hergestellt und die Menschen mit Konsumgütern versorgt werden konnten. Um diese selbst gesetzten Ansprüche zu erfüllen, wurde in der DDR ein eigenständiges System der Material- und Warenprüfung und Qualitätskontrolle etabliert. Es sollte ein Weg gefunden werden, die Industrie beim Umgang mit den wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Planwirtschaft bestmöglich zu unterstützen. Das StWPA Thüringen, das 1946 auf Befehl der SMATh aus der privatwirtschaftlichen Geraer Warenprüfungsstelle hervorging, bildete den Grundstein für die Qualitätssicherung von Produkten der SBZ. Ab 1950 stellte das DAMW als seine Nachfolgeeinrichtung das staatliche Organ für die Material- und Warenprüfung der DDR dar. Um 1964 übte das „DAMW-neu“ schließlich die Aufsicht über die Qualität von rund 250.000 Produkten aus.<sup>1279</sup>

Bei dem untersuchten Amt handelte es sich in erster Linie um eine Einrichtung, die die wirtschaftliche Entwicklung bzw. Stabilisierung der SBZ/DDR unterstützen sollte. Wissenschaftliche Erkenntnisse wurden gezielt für verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Rohstoffe und der Produktqualität, aber auch der Warenprüfungsmethoden selbst, aufbereitet und an die zuständigen Stellen weitergeleitet, um die Probleme der Volkswirtschaft zu lösen. Auf diesem Wege sollte die „sozialistische Qualität“ möglich gemacht bzw. eine „Qualität nach Plan“ sichergestellt werden. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie lassen in den fünf folgenden Punkten zusammenfassen.

---

1279 Vgl. Manuskript: Formen und Methoden des Kampfes um hohe Qualität in der DDR, von Prof. Dr. habil. Helmut Lilie, 23.7.1964, BArch Berlin, DF5-3192, Bl. 5; Grundsätze der Arbeit des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, 31.7.1963, ebd., DE1-54921, Bl. 11.

1. Die fachliche Expertise der leitenden Mitarbeiter wurde über die Folgen eines NS-Engagements gestellt.

Die Biografien der Präsidenten bis 1964 und ausgewählter Mitarbeiter des StWPA/DAMW in höherrangigen Positionen zeigen, dass ihre politische Vergangenheit während des Nationalsozialismus in der SBZ/DDR zwar diskutiert wurde, für eine Anstellung aber keinen Hinderungsgrund darstellte. Damit bestätigt die Geschichte des StWPA/DAMW die These von Burghard Weiss, wonach ein Engagement einer Person für den Nationalsozialismus zweitrangig war, wenn ihre Expertise für den Aufbau einer effektiven Material- und Warenprüfung benötigt wurde.<sup>1280</sup>

Obwohl nach Kriegsende mit dem StWPA ein neues Amt gegründet wurde, das strukturell anders aufgebaut war als das Prüfsystem vor 1945, spielt die personelle Kontinuität hier eine zentrale Rolle: Alle bekannten Abteilungsleiter des StWPA, mit Ausnahme der hier vorgestellten Präsidenten, standen bereits vor 1945 jenen Instituten vor, die dem Amt angegliedert wurden. Einige der als Abteilungsleiter des StWPA vorgesehenen Bewerber mussten sich einem Entnazifizierungsverfahren stellen. Präsident Rüffle setzte sich bei der Entnazifizierungskommission für sie ein und betonte ihren großen Nutzen für das junge StWPA. Seine Bestrebungen wurden häufig von den Stadtverwaltungen und anderen offiziellen Stellen unterstützt. Denn mit einem entsprechenden Urteil einer Kommission stand einer Beschäftigung rechtlich nichts im Wege. Der Anspruch der neuen politischen Elite, ehemalige NSDAP-Mitglieder aus Führungspositionen zu entfernen und die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ umzusetzen, gelang im StWPA zwar im Fall des Präsidenten, bei den Abteilungsleitern allerdings nur teilweise. Ein Engagement für die Ideale der SED war lediglich für die Präsidenten erforderlich. Ihre Biografien zeigen ihre Verpflichtungen in der SED und ihren Massenorganisationen. Bei den Abteilungsleitern des StWPA und Leitern der Prüfdienststellen des DAMW war eine SED-Mitgliedschaft zwar erwünscht, aber keine zwingende Voraussetzung.

Die Biografien von Ernst Schiebold und Friedrich Stather zeigen, dass auch Personen, die ihr Wissen teilweise aus verbrecherischen Versuchen mit KZ-Häftlingen gewonnen hatten, ihre Karrieren in der

---

1280 Vgl. Weiss: „Ein Forscher ohne Labor ist wie ein Soldat ohne Waffe“, 2003, S. 217 f.

DDR ohne juristische Konsequenzen fortsetzen konnten. Aufgrund ihrer führenden Rolle in ihren Wissenschaftsdisziplinen vor und nach 1945, erhielten sie in der SBZ/DDR umfangreiche politische Freiheiten. Sogar eine mitunter offene Ablehnung des neuen politischen Systems wurde ihnen nachgesehen. Die SED-Parteiführung und auch die Kaderabteilung des DAMW tolerierten dies, da die Experten für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, den internationalen Wettbewerb und zu Repräsentationszwecken dringend benötigt wurden. Der Anspruch der DDR an sich selbst, es „besser zu machen“ als die Bundesrepublik, und jenen Personen, die sich für das NS-Regime engagiert hatten, keine Wiederaufnahme ihrer Berufslaufbahn zu erlauben, wurde, soweit es das StWPA/DAMW und den hier untersuchten Personenkreis betrifft, nicht erfüllt.

Mitarbeiter des StWPA/DAMW wie Paul Paris und Friedrich-Eitel Richter verließen die SBZ/DDR aus Unzufriedenheit mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Auch die höheren Gehälter in der Bundesrepublik trugen zu dieser Entscheidung mutmaßlich bei.

Die Biografien der Präsidenten und leitender Wissenschaftler zeigen die verschiedenen Wege in die Material- und Warenprüfung der DDR und verdeutlichen den Aufbauprozess der Abteilungen des StWPA und der Prüfdienststellen des DAMW. Am StWPA waren Experten aus verschiedensten Fachrichtungen beschäftigt. Dies ist auf das breite Aufgabenfeld des Amtes und die politische und personelle Situation der unmittelbaren Nachkriegszeit zurückzuführen. Waren am StWPA vor allem Ingenieure als Abteilungsleiter angestellt, so leiteten am DAMW meistens promovierte und habilitierte Wissenschaftler die Prüfdienststellen.

2. Das StWPA/DAMW etablierte ein engmaschiges technisches Kontroll- und Prüfsystem.

Bezeichnenderweise lag der Ursprung der Material- und Warenprüfung der SBZ/DDR in der Prüfung von Reparationsgütern. In den ersten drei Jahren seines Bestehens prüfte das StWPA verstärkt Produkte für die sowjetische Militäradministration. Dies wurde in der vorliegenden Literatur nicht hinreichend berücksichtigt. Den Grundstein für das StWPA bildete dabei die seit 1917 bestehende Warenprüfungsstelle in Gera.

Die Stabilisierung der Volkswirtschaft in Form der Sicherung der Produktqualität war der Dreh- und Angelpunkt der späteren Tätigkeit des StWPA und seiner Nachfolgeeinrichtungen. Maßgeblich für die Qualität eines Produkts war ihre Entwicklung und Fertigung nach jenen Bestimmungen, die für den durch das Amt geprüften Prototyp festgelegt waren. Ziel war es, möglichst wenig der für die SBZ/DDR schwer zugänglichen Ressourcen zu verbrauchen und zugleich Waren herzustellen, die die Verbraucherschaft im Hinblick auf das Preis-Leistungsverhältnis, die Langlebigkeit und das Design überzeugten. Nicht zuletzt sollten diese auch mit den Produkten des internationalen Marktes mithalten können, um besonders das westliche Ausland von der Überlegenheit des Sozialismus zu überzeugen. Auch Schramm betont den politisch-ideologischen Aspekt dieses zweigeteilten Anspruchs und erklärt, dass es der SED-Regierung vor allem um die Untermauerung des Sozialismus und die Legitimation der eigenen Herrschaft gegangen sei. Diese Legitimation sollte durch die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Gütern erfolgen. Es ging darüber hinaus nicht nur um Identifikationszwecke, sondern auch darum, die nationale und internationale Verbraucherschaft zum Kauf anzuregen. Letzteres war besonders ausschlaggebend für die weitere Entwicklung der DDR, war sie doch auf die so wertvollen Devisen angewiesen.<sup>1281</sup>

Das StWPA/DAMW verstand seinen Auftrag zur Material- und Warenprüfung multiperspektivisch und ganzheitlich, also von der Produktinnovation, über die Kontrolle des Rohstoffs und des Herstellungsprozesses, bis hin zur Verfahrensverbesserung der Produktion und der Anwendungsverbesserung für die Nutzerschaft. Die Entwicklung von Prüfinstrumenten und Prüfmethoden trug dazu bei, dass die Prüfarbeit vereinheitlicht und die Ergebnisse für die Industrie belastbar wurden. Um diesen hohen Ansprüchen gerecht zu werden, brachte sich das Amt durch verschiedene Maßnahmen in die Qualitätskontrolle der Industriebetriebe ein.

Aus dieser intensiven Begleitung der Industrie ergab sich die besondere Position des StWPA/DAMW im wirtschaftlichen System der SBZ/DDR. Von der ihm übergeordneten Behörde erhielt das Amt umfassende Kompetenzen, um Betriebskontrollen durchzuführen, Pflichtprüfungen für Produkte vor dem serienmäßigen Verkauf anzuordnen

---

1281 Vgl. Schramm: Konstruktionen von Qualität, 2019, S. 296 f.

und Güterrichtlinien bzw. Mindestgütevorschriften auszuarbeiten, zu deren Kontrolle es zusätzlich befugt war.

Die Forschungsaufträge aus den Fachgruppen Maschinenbau/Metallurgie, Textilindustrie, Technische Chemie und Bauwesen des DAMW spiegeln den Anspruch des Amtes wider, zur Stabilisierung der Planwirtschaft nicht nur durch Anweisungen für die verbesserte Ressourceneinsparung, sondern auch durch die Analyse von westlichen bzw. westdeutschen Produkten beizutragen. Durch die so erlangten Erkenntnisse sollte die DDR an den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik anknüpfen bzw. diese gar ‚überholen‘ können. Für diese Ziele kooperierten die Prüfdienststellen untereinander, mit der Industrie und anderen Forschungseinrichtungen, u. a. in der UdSSR und anderen Staaten des RGW.

Zur Umsetzung des 1958 während des zweiten Fünfjahrplans ausgegebenen Chemieprogramms und Bearbeitung der „ökonomischen Hauptaufgabe“ erfolgte im selben Jahr eine Neujustierung der Arbeitsweise des DAMW. Damit erfuhr die bisherige Struktur eine Zäsur. Die reine Prüfarbeit wurde in weiten Teilen in die Industrie verlegt, um Kapazitäten für weitere Forschungsaufträge zu schaffen. Außerdem wurden weitere Prüfstellen an bedeutsamen Industriestandorten eingerichtet, um die Wege zu den Herstellern zu verkürzen. Durch die Umstrukturierung sollte das DAMW die Industrie der DDR und die neuen wirtschaftspolitischen Ziele noch effizienter unterstützen können. Diese ‚Verwissenschaftlichung‘ des Amtes schlug sich in den ausgewählten Prüfdienststellen nieder: Die Arbeit dort drehte sich fortan in erster Linie um die Ausarbeitung von Prüfmethoden und der Weiterentwicklung von Prüfinstrumenten.

Besonders in der Fachgruppe Textilindustrie, die von Beginn an über die größte Zahl an Prüfdienststellen verfügte, stellte die Ressourcen- und Materialschonung einen gewichtigen Arbeitsschwerpunkt dar. Im Fokus standen die Wäscheschonung und die Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten für Waschmaschinenkonstruktion und Waschmittel. Die für die NVA bearbeiteten Forschungsaufträge, für die eigens eine Prüfdienststelle in Altenburg eingerichtet wurde, zeigen, dass die Arbeit des DAMW auch für den Militärsektor von Bedeutung war und unterstreicht die Position des Amtes als *die* für die Material- und Warenprüfung zuständige Forschungseinrichtung in der DDR.

Seit der Gründung des DAMW vergaben die Prüfdienststellen in der Wertigkeit gestaffelte Gütezeichen für verschiedenste Erzeugnisse. Die Güteprämierung stellt ein weiteres besonderes Tätigkeitsfeld des DAMW dar. Im Kern handelte es sich auch hierbei um einen Beitrag zu Qualitätssicherung, erhielten doch nur jene Produkte das „Q“, die entsprechend qualitativ hochwertig waren und darüber hinaus dem sog. „Weltniveau“ entsprachen. Die Kategorien dafür waren allerdings nach DDR-internen Maßstäben festgelegt worden und entsprachen keinesfalls internationalen Standards. Da sich die Bevölkerung darüber im Klaren war und wusste, dass Alltags- und Konsumgüter im westlichen Ausland und besonders in der Bundesrepublik für die dortige Verbraucherschaft einfacher zugänglich und qualitativ hochwertiger waren, erkannte sie die Gütezeichen nicht an. Das wirtschaftspolitische Ziel, damit über die schlechte Rohstofflage hinwegzutäuschen, schlug fehl.

Im Zuge der Neukonzipierung der Material- und Warenprüfung in der DDR wurden auch ein neues Normierungssystem und neue Herstellungsrichtlinien eingeführt. Die Technischen Normen, Gütevorschriften und Lieferbedingungen (TGL), deren Entwicklung durch die Prüfdienststellen unterstützt wurde, etablierten sich zwischen den westdeutschen DIN- und den sowjetischen GOST-Normen als ein eigenständiges System. Lediglich in der ISO kooperierte die DDR mit der Bundesrepublik. Doch nicht nur aufgrund der Gütezeichen war das DAMW der breiteren Öffentlichkeit bekannt. In Tageszeitungen wurde von Zeit zu Zeit über die Arbeit des Amtes berichtet. In Fachzeitschriften gaben Prüfdienststellen zum Beispiel Hinweise zur Textilpflege und beantworteten Anfragen aus der Bevölkerung zu Bauschäden und -fehlern. Außerdem stand das DAMW dem Reklamationswesen der DDR vor. Damit war es befugt, amtliche Gutachten auszustellen und Strafen für Unternehmen zu verhängen, wenn Qualitätsnormen verletzt oder Produktionsauflagen nicht eingehalten wurden. Es war ausgemachtes Ziel des Amtes, die Hersteller bereits bei der Produktentwicklung zu unterstützen, um Rohstoffe nicht zu verschwenden und Mängel frühzeitig abzustellen. Diese Erkenntnis stellt einen bedeutsamen Befund der vorliegenden Arbeit dar.

Durch die Organisation und Durchführung der Leipziger Frühjahrs- und Herbstmessen bot das Amt der DDR-Industrie Möglichkeiten zur Präsentation ihrer Produkte vor internationalem Publikum und die

Chance auf Geschäftsabschlüsse mit dem westlichen Ausland, nicht zuletzt, um die für die DDR dringend benötigten Devisen zu beschaffen.

1962 gewann das DAMW durch die Ernennung zur zentralen Koordinierungsstelle für die Qualitätskontrolle sowie die direkte Anbindung an den Ministerrat der DDR zusätzlichen Stellenwert. Damit verbunden war die Berichtspflicht an den VWR und weitere wirtschaftspolitische Lenkungsorgane. Auf diesem Wege festigte das Amt seine Rolle als bedeutende Stütze für die Wirtschaftsplanung der DDR und erweiterte seine Kompetenzen, aber auch seine Verpflichtungen. Diese Feinjustierungen der behördlichen Anbindung wurden vorgenommen, um sich den nur teilweise erreichten Zielen der Wirtschaftspläne anzunähern. Das Amt und andere staatliche wissenschaftlich-technische Forschungseinrichtungen sollten an der richtigen Stelle angesiedelt werden, sodass ihre Arbeit möglichst fruchtbringend war. Andererseits sind sie ein zusätzlicher Beleg für die schnelllebige Regierungspraxis in der DDR. Nur ein Jahr später erfolgten der Abbruch des Siebenjahresplans und die Einführung des NÖS. Es galt als ernsthafter Versuch, durch grundlegende systemische Veränderungen doch noch einen Wirtschaftsaufschwung herbeizuführen. Die Wirtschaftslenker der SED hatten der Staats- und Parteiführung nicht weniger als die Erreichung und nachdrückliche Prägung des internationalen „wissenschaftlich-technischen Höchststands“ versprochen. Dazu sollte die Qualität von Produkten vor ihrer Quantität in den Fokus der Industrie rücken. Das DAMW sah sich dazu verpflichtet, mit seiner Arbeit zu dieser Qualitätssteigerung beizutragen.

Im Nachgang der direkten Anbindung des DAMW an den Ministerrat erfolgte im Winter 1963 die Integration der Technischen Kontroll-Organisation (TKO) aus den VEB in das DAMW. Bereits seit Gründung des Amtes kooperierte es mit den in den Unternehmen ansässigen Überwachungsorganen. Sie waren von nun an unabhängig von der Industrie und nur noch dem DAMW gegenüber rechen-schaftspflichtig. Durch die Verlagerung der Aufsicht über die Prüfungen und Betriebskontrollen an die TKO erlangten die Prüfdienststellen zusätzliche Kapazitäten für die Prüfarbeit. Von nun an hatte das DAMW direkten Zugang zu den Herstellern und war auch dazu berechtigt, Produktionsketten zu unterbrechen, wenn die Qualität der hergestellten Waren unzureichend war. Um wissenschaftliche Kompetenzen zu bündeln und Doppelarbeit zu vermeiden, erfolgte zum

Februar 1964 der Zusammenschluss des DAMW mit dem Deutschen Amt für Messwesen zum „DAMW-neu“. Im Zuge dessen kamen in der Amtsstruktur Hauptgruppen für Messwesen und Forschung hinzu. Rückblickend können diese Schritte als Phasen einer zunehmenden ‚Verwissenschaftlichung‘ des DAMW bezeichnet werden.

3. Das Amt arbeitete eng mit Laboren an Universitäten und Fachhochschulen zusammen.

Zur Bearbeitung der den Prüfdienststellen übertragenen Aufgaben war das DAMW eng mit der Hochschullandschaft der DDR verknüpft. Einige Stellen waren direkt an Hochschulen angesiedelt und befugt, die dortigen Labore zu nutzen. Das leitende Personal der Prüfdienststellen war außerdem meist nebenamtlich in der Hochschullehre tätig und betreute Abschlussarbeiten. Außerdem boten viele Prüfdienststellen Praktikumsplätze für Studierende an. Zusätzlich engagierte sich das Personal in einschlägigen Fachgremien der KdT, denen die Leiter häufig vorstanden. So war das DAMW im universitären Umfeld vertreten und die Mitarbeiter bekamen Gelegenheit, sich in einem wissenschaftlichen Arbeitsumfeld über die erlangten Erkenntnisse auszutauschen. Außerdem konnten durch die Verflechtungen mit dem Hochschulapparat kompetente Nachwuchskräfte gewonnen werden. Leiter und Mitarbeiter der Prüfdienststellen veröffentlichten die Ergebnisse ihrer Arbeit und hielten Vorträge auf Konferenzen, zu denen ausgewählte Personen auch nach dem Mauerbau noch in das westliche Ausland reisen durften. Durch die rege Publikations- und Vortragstätigkeit sollte der Anschluss an die internationalen Entwicklungen gehalten werden. Überdies sollte das Amt nach außen repräsentieren, dass auch im Sozialismus relevante Forschungsbeiträge entstanden.

4. Das Amt wurde dezentral in die Produktion integriert.

Mit der Gründung des DAMW im Februar 1950 wurde das Amt zu der für die gesamte DDR zuständigen Material- und Warenprüfungsstelle erhoben. Da die vier Abteilungen des früheren StWPA dem erweiterten inhaltlichen und territorialen Tätigkeitsbereich des DAMW nicht mehr gerecht werden konnten, wurden das dezentrale System der Prüfdienststellen eingerichtet. Sie übernahmen die Qualitätskontrolle für jegliche

in der DDR hergestellten Waren. Diese Stellen arbeiteten entweder ländergebunden oder für je eine Industriesparte und waren meist in der Nähe der entsprechenden Industriezentren angesiedelt. Die bereits beim StWPA begonnene Diversifizierung und Dezentralisierung des Amtes, die dessen signifikante Charakteristika darstellen, wurden so weiter vorangetrieben. Beide Aspekte bilden zentrale Merkmale der Material- und Warenprüfung der SBZ/DDR. Besonders die Dezentralisierung des DAMW stellte in der Planwirtschaft, die eigentlich auf Zentralisierung ausgerichtet war, ein Spezifikum dar.

5. Die politische „Linientreue“ der Führungsebene war unbedingt erforderlich und wurde durch das MfS sichergestellt.

Die Präsidenten des StWPA/DAMW mussten nicht nur fachlich, sondern auch hinsichtlich ihrer politischen Einstellung den Idealvorstellungen der SED-Parteiführung gerecht werden. Der erste Präsident Max Rüffle entsprach aufgrund seines Fachwissens im Patentrecht und seinen Erfahrungen mit Warenzeichen sowie der Tatsache, dass er kein Mitglied der NSDAP gewesen war, den Anforderungen der SMATH und der neuen politischen Elite der SBZ. Er repräsentierte das Amt des Präsidenten ganz im Sinne der politischen Neuausrichtung. Im Gegensatz dazu waren seine Nachfolger Johannes Naumann und Helmut Lilie ehemalige NSDAP-Mitglieder. Es kann also davon ausgegangen werden, dass man später bezüglich der politischen Vergangenheit der Präsidenten nachsichtiger war.

Obwohl die Amtszeiten von Rüffle und Naumann ähnlich lang waren, ist die des Letztgenannten von anderen Charakteristika geprägt. Naumanns Präsidentschaft wurde, trotz seiner fachlichen Eignung, seinem Engagement in der SED und ihren Massenorganisationen und guten Kontakten in die Industrie, die für das DAMW große Bedeutung hatten, lediglich als Interimslösung gesehen. Die Kaderabteilung des Amtes war zudem mit seiner Arbeitshaltung unzufrieden und führte dies auf seine „bürgerliche Ideologie“ zurück. Ende 1960 wurde er aus internen und politischen Gründen abgesetzt.<sup>1282</sup> Aufgrund seiner Ex-

---

1282 Vgl. Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik, Kaderabteilung, Beurteilung über Genossen Dr. Johannes Naumann, geb. 26.11.1909 in Schönberg, tätig als Präsident des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung, 9.12.1959, BArch

pertise wäre ihm sicher eine Karriere am DAMW möglich gewesen. Sein Nachfolger Lilie hingegen begleitete das Amt bereits als Beschäftigter des StWPA und kann durchaus als „Eigengewächs“ bezeichnet werden. Seine Karriere gipfelte seiner Ernennungen zum 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der SPK und zum Staatssekretär, die ihm während seiner zweiten Amtszeit als Präsident des ASMW zuteil wurden. Diese erneute Berufung unterstreicht seine besondere Eignung für diese Position und zeigt, dass er nicht nur aus fachlicher, sondern auch aus politischer Sicht in hohem Maße den Anforderungen an einen Präsidenten entsprach.

Da das MfS alle Lebensbereiche in der DDR mit seinem Überwachungsapparat durchdrungen hatte, verwundert es nicht, dass zahlreiche DAMW-Mitarbeiter überwacht wurden, andere dagegen im Dienst der Staatssicherheit standen und in ihrem Auftrag Informationen über ihre Kollegen und Vorgesetzten sowie die Arbeit des Amtes zusammentrugen. Als Beispiel dafür ist Vizepräsident Hans Jancke zu nennen, der aufgrund seiner Kontakte zu einem britischen Unternehmen, das Messinstrumente herstellte, Mitte der 1960er Jahre das Interesse des MfS weckte. Jancke sollte ihm über die Innovationen im Ausland und das Verhalten von mitreisenden DDR-Wissenschaftlern im Nachgang von Dienstreisen nach Großbritannien berichten.

In erster Linie jedoch sammelte das Ministerium umfangreiche Informationen über die NS-Vergangenheit und die politische Haltung des Mitarbeiterstabs des DAMW. Bereits 1954 als GI bzw. IM angeworben und eng mit der SED und ihren Organisationen verbunden, verschaffte Präsident Lilie dem MfS einerseits einen Blick in die Leitungsebene des Amtes. Andererseits fungierte er als Instrument der Staatssicherheit innerhalb des DAMW, um politische Anweisungen in der Forschungseinrichtung umzusetzen. Die Einflussnahme des MfS auf das DAMW zeigt, dass die SED-Parteiführung die Bedeutung der Material- und Warenprüfung für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR erkannt hatte und sich darüber bewusst war, dass dazu die Herstellung qualitativ hochwertiger Produkte erforderlich war. Daher war es ihr Ziel, das DAMW nach Möglichkeit vollumfänglich in ihrem Sinne zu lenken. Die behördliche Anbindung der Ressortforschungseinrichtung an die SPK reichte ihr dazu nicht aus. Für eine umfassende Kontrolle war es aus Sicht der DDR-Regierung zusätzlich notwendig, direkt auf

Personen der Leitungsebene des Amtes einzuwirken. Aus politischer Sicht war Naumann als Präsident des DAMW ungeeignet und wurde daher abgesetzt. Lilie hingegen hatte als Leiter einer Prüfdienststelle bereits frühzeitig Verbindungen zur Staatssicherheit aufgebaut, was vermutlich auch seine weitere Karriere innerhalb des Amtes förderte.

Die vorgestellten Befunde schaffen die Grundlage für weiterführende Studien, die verschiedene Fragestellungen in den Blick nehmen können. Es könnte beispielsweise danach gefragt werden, ob die genannten Ergebnisse unseren heutigen Blick auf Wirtschaft und Wissenschaft in der DDR verändert haben. Dies kann vor allem vor dem Hintergrund geschehen, dass in der Fachliteratur für die Bundesrepublik bereits früh und detailliert festgestellt wurde, dass Personen, die sich für den Nationalsozialismus engagiert hatten, ihre häufig hochrangigen Positionen ohne juristische Konsequenzen über das Kriegsende hinwegretten konnten. Für das Personal in den Wissenschaftsdisziplinen der DDR ist dies, wie in der vorliegenden Studie zunächst einmal für das DAMW gezeigt, inzwischen zwar ebenfalls erwiesen. Diese Erkenntnisse wurden aber noch nicht in diesem großen Umfang erforscht.

Die Ressortforschung als gesamtdeutsches Phänomen und die Funktionsbedingungen der SED-Herrschaft, besonders in der Wirtschaftspolitik, könnten außerdem weiter ergründet werden. Auch hier liegt bisher weniger Literatur als für die westdeutschen Entwicklungen vor, was nicht zuletzt durch das dynamische und weitverzweigte politische System der DDR zu begründen ist. Hier könnte der Fokus auf alle den wirtschaftsbezogen arbeitenden Gremien nachgeordneten Forschungseinrichtungen erweitert werden. Zudem ist interessant, wie die innerdeutschen Beziehungen auf Basis der genannten Erkenntnisse bewertet werden. Hier bieten die bereits erwähnten gemeinsamen Teilnahmen an internationalen Konferenzen einen Ansatzpunkt.



# 11 Anhang

## 11.1 Organigramme und Organisationspläne des StWPA/DAMW

Organisationsplan des StWPA Thüringen, Stand: 15.6.1948<sup>1283</sup>

---

Ministerium für Wirtschaft, HA Industrie und Brennstoffe

---

Abt. Staatliches Warenprüfungsamt, Leiter: Dipl.-Ing. Rüffle

---

I. Abt.: Verwaltung, Gera (Haushalt, Rechnungswesen, Beschaffung, Kontrollwesen; Leiter: b.a.W. beauftr. Verw. Ang. Koeppel)

---

Abteilung/Referat	Unterabteilung /Außenstelle (Leitung)	Leitung
II. Abt. Textilwirtschaft, Gera		Dipl.-Ing. Rüffle /Vertr.: Ing. Böhme
Ref. 1: Musterbüro, Normung u. Sonderauf- gaben	Sachgeb. Techn. Rechnen (Verw. Ang. Burkhardt)	Ing. Böhme
Ref. 2: Weberei- laboratorium I		Ing. Klotsch
Ref. 3: Spinnerei- laboratorium		Dipl.-Ing. Kwokal
Ref. 4: Stickerei und Wirkerei	- mit Außendienst in Apolda (Industrieamt) - mit Außendienst in Mühlhausen (Industrieamt)	Dipl.-Ing. Thielemann
Ref. 5: Chemisches Laboratorium	Sachgeb. Konditionierungsst. (Verwaltung Esperhahn)	Ing. Böhnisch
Nebenstelle Greiz		b.a.w. beauftr. Dipl.-Ing. Pohl
Ref. 6: Labor für Faden- stoffprüfung		Beauftr. Dipl.-Ing. Pohl

---

1283 Organisationsplan, Stand 15.6.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen – Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 88v. Für die Unterstützung bei der Erstellung dieser und der nachfolgenden Tabellen danke ich Katharina Borowski.

Ref. 7: Webereilabor II Greiz	Sachgeb. Techn., Rechnen u. Kond. (beauftr. Dipl.-Ing. Pohl)	Ing. Hoffmann
III. Metallwirtschaftliche Abteilung (in Verb. m. d. physik. Inst. d. Universität Jena)		Dr. Eckardt / Vertr.: Dr. Kleine
	Sachgeb. Mech. Werkstatt (Mech. Meister Tessmar)	
Ref. 1: Mechan.-technolog. Labor		Dr. Kleine
Ref. 2: Chemisches Laboratorium		b.a.w. vertretw. Dr. Diehl
Ref. 3: Optisches Laboratorium		b.a.w. Dr. Eckardt
Ref. 4: Allg. Maschbau. Labor.		z. Zt. in Vorbereitung
Ref. 5: Elektrisches Prüfamt		Vorges. Doz. Dr. Eckardt
Betriebsprüfstelle		Fa. Ernst-Thälmann- Werke Suhl
Betriebsprüfstelle		Fa. Maximilianshütte Unterwellenborn
Betriebsprüfstelle		Fa. Kolbenring Komet Gera
Nebenstelle Schmalkalden	- Sachgeb. Mechan.- Technolog.-Lab. (vorgesehen Gew. Ob. Lehr. Reimann) - Sachgeb. Chemisches Labor.	Dr. Plöttner
IV. Abt. Leder- und Schuh- industrie, Erfurt		Leiter: Verw. Ang. Mayer
Ref. 1: Schuhprüfstelle	Mit Außendienst in Meiningen (Fa. Höhn)	Verw. Ang. Meyer
Ref. 2: Lederlaboratorium		In Weida / vorges. Dr. Thiele
V. Abt. Papier-, Pappen- und Verpackungsindustrie, Altenburg		Leiter: Ing. Paris / Vertr. b.a.w.: Ing. Tröger
Ref. 1: Papier- und Pappenerzeug.		b.a.w. Ing. Tröger
Ref. 2: Papier- und Pappenverarb.		Ing. Paris

VI. Abt. Ind. d. Steine und Erden, Weimar (in Verb. m. d. Forschungsinstitut d. Baustoffe)*	Vorges. Leiter: Prof. Finger
Ref. 1: Mechan.-technolog.-Labor*	
Ref. 2: Chemisches Laboratorium*	In Auss. gen.: Dr. Schlünz

\*: „Durch Verabschiedung des Gesetzes betr. des Baustoffprüfamt Verbindung z. Zt. abgerissen.“<sup>1284</sup>

Aufstellung der Prüfdienststellen (PSt.) des DAMW, Stand: 31.3.1951<sup>1285</sup>

PSt.	Standort	Prüfbereich
111	Wismar	Wasserfahrzeuge
121*	Wismar	Chem.-phys. Metallprüfungen, sep. Prüfungen: Schiffsausrüstungen, vorgesehen: Röntgenprüfungen
191*	Rostock	Untersuchung von Nahrungsmitteln aller Art, Verpackungsmaterialien und sonstigen Gegenständen, soweit sie mit Nahrungsmitteln in Berührung kommen, Kosmetika, Spielwaren, Tapeten usw.
251*	Cottbus	Prüfung von Hüten, Garnen und Geweben
252	Forst	Prüfung von Cottbuser und Forster Textilerzeugnissen wie Tuche usw.
291*	Frankfurt (O.)	Untersuchung von Nahrungsmitteln aller Art, Verpackungsmaterialien und sonstigen Gegenständen, soweit sie mit Nahrungsmitteln in Berührung kommen, Kosmetika, Spielwaren, Tapeten usw.
310	Dresden-Reick	Gasgeräteprüfungen
312*	Zwickau	Chem.-phys. Metallprüfungen (bildsame, metallische Formung)
312*	Zwickau	Prüfung von Metallerzeugnissen und Hausrat aus Metall
313	Markleeberg	Gasgeräteprüfungen
314	Leipzig	Herdprüfstelle
315	Projektiert	Mefß- und Prüfstelle f. Maschinenbau (Sachsen).

1284 Organisationsplan, Stand 15.6.1948, LATH – HStA Weimar, Land Thüringen – Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 88v.

1285 Wer prüft was? Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, Stand vom 31.3.1951, BArch Berlin, DF4-40296, unpag.

316*	Chemnitz	Prüfung von spanabhebenden Werkzeugmaschinen, Pressen, Hämmern, Scheren und Holzbearbeitungsmaschinen
317*	Leipzig	Prüfung der Ausrüstung für Metallurgie, Bergbau, Brennstoffindustrie und Transport, sowie von Stahlkonstruktionen
318*	Chemnitz	Prüfung von Landmaschinen, Bau- und Wegebaumaschinen, Schienenfahrzeugen, Straßenfahrzeugen, Gleitlagern, Getrieben und sonstigen Erzeugnissen des Maschinenbaus
319*	Chemnitz	Prüfung von Textilmaschinen, sonstigen Maschinen für leichte Industrie, Maschinen für Papierindustrie, Maschinen für Druckereiindustrie, Feuerwehrausrüstungen und kommunalen Einrichtungen
321*	Chemnitz	Chem.-phys. Werkstoffprüfungen
322*	Leipzig	Chem.-phys. Metallprüfungen
331*	Dresden	Prüfung von elektrotechnischen Erzeugnissen
332	Dresden	Prüfung von elektrotechnischen Erzeugnissen
341	Chemnitz	Prüfung von Holz- und Kulturwaren
342*	Zwota ü. Klingenthal	Prüfung von Musikinstrumenten aller Art
351*	Chemnitz	Prüfung von Kunstseide, Gespinsten nach dem Bauwollspinnverfahren, Möbel- und Dekorationsstoffen, Teppichen, sowie Wirkerei- und Strickereierzeugnissen
352*	Zittau	Prüfung von Geweben aus Gespinsten nach dem Bauwollspinnverfahren, Leinen- und Grobgarngeweben, Grobgarnen, Schmalgeweben, Gurten und Bändern sowie techn. Geweben
353	Reichenbach	Prüfungen von Streichgarnen und Geweben der Gera-Greizer u. Glauchau-Meeraner Art
354*	Glauchau	Prüfung von Geweben der Glauchau-Meeraner Art
355	Meerane	Prüfung von Geweben der Glauchau-Meeraner Art
356	Zittau	Versuchswäscherei (an Prüfdienststelle 352 angeschlossen)
357*	Chemnitz	Prüfung der Konfektion aus gewebten Stoffen
358*	Chemnitz	Prüfung der Konfektion auf dem Gebiete der Stickerei und Wirkerei
359	Plauen i.V.	Prüfung von Gardinen und Spitzen (Bobinetweberei)
361	Freiberg (Sa.)	Prüfung von Gerbmitteln, Lederpflege- und behandlungsmitteln, Leder, Fellen, Schuhtextilien, Kautschuk- und Kunstharzerzeugnissen f. d. Schuhindustrie
362*	Dresden	Prüfung von Erzeugnissen d. Leder- und Schuhindustrie
371*	Dresden	Baustoffprüfungen (Wandteile bis 4 m Höhe), Feuerbeständigkeitsprüfungen
373*	Leipzig	Baustoffprüfungen
381*	Leipzig	Prüfung auf dem gesamten Gebiet der Druckerei, Graphik und sonstigen Vervielfältigungen

391*	Leipzig	Untersuchung von Nahrungsmitteln aller Art, Verpackungsmaterialien und sonstigen Gegenständen, soweit sie mit Nahrungsmitteln in Berührung kommen, Kosmetika, Spielwaren, Tapeten usw.
411	Halle (Sa.)	Prüfung von Kühleinrichtungen, chem. Ausrüstungen, Kompressoren u. Pumpen, Ausrüstung f. d. Nahrungsmittel- und Glasindustrie, Industrie-Armaturen und Gießereiausrüstung
412	Dessau	Prüfungen auf dem Gebiet der Wärmewirtschaft u. d. Gasmesswesens
421*	Magdeburg	Chem.-phys. Metallprüfungen sowie Wasseruntersuchungen
422*	Halle (Sa.)	Chem.-phys. Metallprüfungen, Röntgenprüfungen, Webezeugprüfungen und Korrosionsprüfungen
423	Halle-Trotha	Prüfung von Schweißgeräten u. Zusatzstoffen sowie Prüfung von Schweißungen
431*	Halle (Sa.)	Prüfung von elektronischen Erzeugnissen
441*	Halle (Sa.)	Prüfung von Möbeln
472*	Magdeburg	Baustoffprüfungen.
481*	Köthen	Prüfung von Erzeugnissen d. chemischen Industrie wie Seifen, Waschmittel, Kosmetika, Kunststoffe, Gummi, Anstrichmittel, Farben (anorg. u. org. Farbstoffe), Kohle u. Kohlewertstoffe
481*	Köthen	Ebenda
491*	Magdeburg	Untersuchung von Nahrungsmitteln aller Art, Verpackungsmaterialien und sonstigen Gegenständen soweit sie mit Nahrungsmitteln in Berührung kommen, Kosmetika, Spielwaren, Tapeten usw.
511*	Schmalkalden	Prüfungen von Werkzeugen und landwirtschaftl. Geräten
512*	Suhl	Prüfung von Jagdgewehren
513*	Jena	Prüfung der Erzeugnisse d. Medizintechnik, Feinmechanik u. Optik
514	Erfurt	Prüfung von Metallerzeugnissen und Hausrat aus Metall
515	Jena	Prüfung der Erzeugnisse der Medizintechnik, Feinmechanik u. Optik
522	Altenburg	Chem.-phys. Metallprüfungen
531*	Ilmenau	Prüfung von elektrotechnischen Erzeugnissen
541*	Sonneberg	Prüfung von Spielwaren
542*	Erfurt	Prüfung von Möbeln und Holzwaren
551*	Gera	Prüfung von Zellwoll-Kammgarn- u. Streichgarnespinnen, Geweben Gera-Greizer Art und technischen Geweben
552*	Greiz	Prüfung von Erzeugnissen der Strickerei- und Wirkerei-Industrie sowie Geweben Gera-Greizer Art
553	Erfurt	Prüfung von konfektionierten Webwaren
554	Gera	Prüfung von Teppichen, Möbel- und Dekorationsstoffen

555	Apolda	Prüfung von konfektionierten Strick- und Wirkwaren (Oberbekleidung)
561*	Erfurt	Prüfung von Straßenschuhen, Hausschuhen, schweißbaren Schuhen und Lederwaren
571*	Weimar	Prüfung von Baustoffen, insbes. Bindemitteln, Mauerziegeln, Betonwaren, Beton, Kiessand und Zuschlagstoffen
581*	Altenburg	Prüfung der Rohstoffe und Produkte d. Papier-Herstellung, Papier-Verarbeitung und Papier-Bearbeitung, von Waren und Zubehör des Verpackungswesens und Erntebindegarn
581*	Altenburg	Prüfung der Erzeugnisse aus der Papier-Herstellung u. Verarbeitung sowie von Verpackung und Erntebindegarn
582*	Erfurt	Prüfung von Kali- u. anderen Salzen, Düngemitteln allgemein sowie Flußspat u. Schwespat
582*	Erfurt	Ebenda
583*	Ilmenau	Prüfung von Verpackungsglas, chem.-tech. Hohlglas, Hohlglas f. Laboratorien und Krankenpflege, Laboratoriumsgeräte, Wirtschaftsglas, Kunstglas und Beleuchtungsglas
583*	Ilmenau	Prüfung von Verpackungsglas, chem.-tech. Hohlglas, Hohlglas f. Laboratorien und Krankenpflege, Laboratoriumsgeräte, Wirtschaftsglas, Kunstglas, Beleuchtungsglas, Flachglas, sonstige Glasprodukte, Ausnahme: Messgeräte jeder Art, einschl. Thermometer (Prüfung erfolgt durch das Deutsche Amt für Maß und Gewicht)
584	Erfurt	Prüfung von Gebrauchs- und Zierporzellan, Gebrauchs- und Ziersteingut, Gebrauchs-Tonwaren, techn. Porzellan (einschl. Elektro-Porzellan und Labor-Porzellan), sanitäre Keramik und Keramik für die Landwirtschaft, sonst. Keramik, ausgenommen Baukeramik
591*	Altenburg	Allg. Nahrungsmitteluntersuchungen, Untersuchung von Nahrungsmitteln aller Art, Verpackungsmaterialien und sonstigen Gegenständen, soweit sie mit Nahrungsmitteln in Berührung kommen, Kosmetika, Spielwaren, Tapeten usw.
611*	Berlin	Meß- und Prüfstelle f. d. Maschinenbau, Feinmechanik und Optik
612	Berlin	Prüfung v. optischen Erzeugnissen, medizinischen Geräten, Büromaschinen, Lehrmitteln, und Laborgeräten
613	Berlin	Prüfung v. Kesseln, Turbinen, Gas- und Dieselmotoren und Kolbendampfmaschinen
614*	Berlin	Gasgeräteprüfstelle
615	Berlin	Versuchs- u. Prüfstelle f. Kraftfahrzeugtechnik (im Aufbau)
621*	Berlin	Chemische u. physikalische Metallprüfungen
631*	Berlin	Prüfung u. Begutachtung von Zählern, Sicherungen und Elektro-Haus-Gerät
651*	Berlin	Prüfung der Konfektion aus gewebten Stoffen
671*	Berlin	Prüfung von Baustoffen
681	Berlin	Prüfung u. Begutachtung lichtempfindlicher Stoffe, Photo-Negativ- u. Positiv-Material und Photo-Chemikalien

---

681	Berlin	Ebenda
682	Berlin	Prüfung von Dentalwerkstoffen (im Aufbau)

---

\* = 1955 noch aktiv (Prüfdienststellen 316–319, 362, 441, 541 1955 mit Sitz in Leipzig; Prüfdienststelle 481 1955 mit Sitz in Halle (Sa.))

Organigramm des DAMW, Stand: 1955<sup>1286</sup>

Präsident				
Sekretariat				
Kaderabt.	Abt. Grundsatz u. Organisation	Büro f. Standar- disierung	Haushalt u. Finanzen	All. Verwaltung
Hauptgruppe (HG) Metallindustrie				
Fachgruppe (FG) Metallurgie	FG Maschinen- bau			FG Elektro- technik
	FG Maschinen- bau	FG Werk- zeuge	FG Fein- mech.-Optik	
121 Wismar	316-319 Leip- zig	312 Zwickau	513 Jena	331 Dresden
321 Karl- Marx-Stadt	111 Rostock	314 Leipzig	611 Berlin- Oberschöne- weide	431 Halle
323 Dresden	311 Dresden	511 Schmalk.	610 Berlin	531 Ilmenau
322 Leipzig	512 Suhl (Abgang 1.1.55)			631 Berlin
421 Magde- burg	412 Dessau*			
422 Halle	413 Halle*			
324 Leipzig*	614 Berlin*			
621 Berlin*				
HG Leichtindustrie				
FG Textil		FG Leder		FG Holz- und Kulturwaren
251 Cottbus		362 Leipzig		341 Karl-Marx-Stadt
351 Karl-Marx-Stadt		561 Erfurt		342 Klingenthal
352 Zittau		661 Berlin*		541 Erfurt
354 Glauchau				542 Erfurt
356 Zittau				441 Leipzig
357 Karl-Marx-Stadt				641 Berlin

1286 Organigramm DAMW (Stand 1955), BArch Berlin, DF4-40301, unpag.

358 Karl-Marx-Stadt		642 Berlin*
551/3 Gera		
552 Greiz		
651 Berlin		
652 Berlin		
HG Chemie		
FG Techn. Chemie	FG Lebensmittelchemie	
181 Wismar	191 Rostock	
381 Leipzig	291 Potsdam	
481 Halle	391 Leipzig	
581 Altenburg	491 Magdeburg	
582 Erfurt	591 Altenburg	
583 Ilmenau	692 Berlin	
585 Altenburg	693 Berlin*	
683 Berlin*		
HG Bauwesen		
371 Dresden		
373 Leipzig		
472 Magdeburg		
571 Weimar		
671 Berlin*		

\* = Dem DAMW nur fachlich unterstellt

Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR, Strukturplan, Stand: 1.5.1963 (mit handschriftl. Ergänzungen der PSt.-Nummern und der Namen der Leiter)<sup>1287</sup>

Präsident (Prof. Dr. habil. Lilie)							
Wiss. Mitarbeiter (Dr. Hermann)				Sekretariat (Fr. Gille, Fr. Clauß)			
Abt. All. Verwaltung (Hr. Kossin)	Abt. Kader (Hr. Sellin)	Abt. Grundsatz u. Recht (Fr. Kuntschke)	Abt. Haushalt u. Investitionen (Hr. Nickisch)	Ref. Presse (Hr. Eckelt)	Ref. f. mathem. Statistiken (Hr. Fiedler)	Ref. Organisation [?] Arbeit (aufgel. 1.2. 64)	Zentralstelle f. Standardisierung (Ing. Böhnisch)
Vizepräsident Bereich I: Masch. Bau/Metallurgie (Dr. Fritzsche)							
Fachabt. (FA) Metallurgie, Magdeburg (Dr.-Ing. Schatt)			FA Maschinenbau, Magdeburg (Dipl.-Ing. Beyer)		FA Elektrotechnik, Dresden (Dipl.-Ing. Sperling)		
PSt. 423 f. Metallchemie, Magdeburg (Dr. Spauszus)			PSt. 411 f. Maschinenbau, Magdeburg (Obering. Freier)		PSt. 331 f. Starkstrom- technik, Dresden (Dr. Franken)		
PSt. 422 f. zerstörungsfreie Werk- stoffprüfung, Magdeburg (Dipl.-Ing. Kurzmann)			PSt. 311 f. Kraftfahrzeug- technik, Dresden (Dipl.-Ing. Hartmann)		PSt. 323 f. Schwachstrom- technik, Dresden (Dipl.-Ing. Richter)		
PSt. 421 f. Metallurgie, Magdeburg (Dipl.-Ing. Krüger)			PSt. 312 f. Haushalts- und Wirtschaftsgeräte, Zwickau (Ing. Kühn)		PSt. 531 f. Elektroinstal- lationen, Ilmenau (Ing. Matheiczik)		
421/4 Nebenstelle Atomkraftwerk Rheinsberg I, Rheinsberg (Ing. Schultes)			PSt. 313 f. Armaturen, Dres- den (Koll. Herzog)		PSt. 631 f. Schaltgeräte, Berlin-Lichtenberg (Koll. Fischer)		
PSt. 621 f. Metallurgie, Berlin Adlershof (Dipl.-Ing. Cerorsky)			PSt. 513 für Feinmechanik und Optik, Jena (Dipl.-Phys. König)				
PSt. 321 f. Wärmebehandlung, Karl-Marx-Stadt (Ing. Fabian)			PSt. 611 für Medizintechnik, Berlin (Koll. Urban)				
PSt. 324 f. Grau- und Temperguß, Leip- zig (Ing. Zeidler)			PSt. 511 für Werkzeuge, Schmalkalden (Ing. Danz)				

1287 Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR, Strukturplan, Stand vom 1.5.1963, Archiv der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig, 3791, unpag.

Pst. 321 f. Wärmebehandlung, Karl-Marx-Stadt (Ing. Fabian)*	PSt. 512 für Jagdwaffen und Munition, Suhl (Ing. Bornmüller)	
PSt. 324 f. Grau- und Temperguss, Leipzig (Ing. Zeidler)*	PSt. 314 für Kohleherde und Öfen, Leipzig (Ing. Schulze)*	
	PSt. 412 für Gasgeräte, Leipzig (Dipl.-Ing. Oechselhaeuser)*	
	PSt. 413 für Schweißtechnik, Halle-Trotha (Dipl.-Ing. Günther)*	
Zusätzliche PSt.: PSt. 101 f. Techn. Schiffsausrüstung, Stralsund (Dr. Freytag) / PSt. 601 f. Klimaschutz, Berlin-Adlershof (Dipl.-Ing. Jung [?])		

### Vizepräsident Bereich II: Chemie/Bauwesen (Dr. Singer)

FA Technische Chemie, Halle-Trotha (Dipl.-Chem. Oehlmann)	FA Bauwesen, Dresden (Dr.-Ing. Nieschler)	FA Lebensmittelchemie, Berlin (Dipl.-Lebensmittelchem. Deckert)
PSt. 481 f. Organische Chemie, Halle-Trotha (Dr. Rosin)	PSt. 671 f. Baustoffe, Berlin (Ing. Toepfer)	PSt. 191 f. Lebensmittel, Rostock (Dipl.-Lebensm.-Chem. Wolschon)
PSt. 482 f. Anorganische Chemie, Halle-Trotha (Dr. Dietzel)	PSt. 271 f. Baustoffe, Wismar (Dipl.-Ing. Conrad)	PSt. 391 f. Lebensmittel, Leipzig (Dr. Arnold, Fr. Stammer)
PSt. 483 f. Verpackung, Zellstoff und Papier, Halle-Trotha (Ing. Tröger)	PSt. 472 f. Baustoffe, Magdeburg (Ing. Richter)	PSt. 693 f. Lebensmittel, Berlin (Koll. Kaiser)
PSt. 381 f. Polygraf. Erzeugnisse, Leipzig (Koll. Koukol)	PSt. 373 f. Baustoffe, Leipzig (Dipl.-Ing. Ettel)	PSt. 491 f. Lebensmittel, Halle
PSt. 583 f. Glas, Laborgeräte u. lichtempfindliche Stoffe, Ilmenau (Dipl.-Chem. Semisch)	PSt. 571 f. Baustoffe, Weimar (Dipl.-Ing. Meinert)	PSt. 392 f. Tabak, Dresden (Dr. Müller)*
PSt. 382 f. Düngemittel, Leipzig (Dr. Peter)*	PSt. 371 f. Baustoffe und Baukonstruktionen, Dresden (Ing. Bachmann)	PSt. 492 f. Margarine, Speiseöle und Fette, Magdeburg (Koll. Schulz)*
	PSt. 271 f. Holzschutzmittel, Eberswalde (Prof. Dr. G.wald [?])*	PSt. 493 f. Zucker, Halle (Saale) (Koll. Strube)*
	PSt. 372 f. feuerfeste Baustoffe, Meißen (Koll. Richter)*	
	PSt. 471 f. bituminöse Straßenbaubindemittel, Magdeburg (Koll. Walter)*	

Zusätzliche PSt.: PSt. f. organ- techn. Chemie Altenburg (Hr. Matthes)		
<b>Vizepräsident Bereich III: Leichtindustrie (Textil-Ing. Böhme)</b>		
FA Textil, Gera (Textil-Ing. Böhme)	FA Leder, Freiberg (Prof. Stather)	FA Holz- und Kulturwaren, Berlin (Architekt Schaff)
PSt. 356 f. Waschmittel und Wäscherei, Zittau (Dr. Schwarzkopf)	PSt. 362 f. Schuhe, Leipzig (Ing. Löwa)	PSt. 341 f. Möbel, Bauelemente und Böttchereierzeugnisse, Karl-Marx-Stadt (Koll. Hanns)
PSt. 354 f. Textilien, Glauchau (Dipl.-Ing. Thielemann)	Nebenstelle 312/2 Schuhe, Berlin (Koll. Bartusch)	PSt. 542 f. Möbel, Spielwaren, Sportgeräte, Furniere, Platten, Erfurt (Koll. Kästner)
PSt. 352 f. Textilien, Zittau (Textil-Ing. Hedler)	PSt. 361 f. Leder u. Rauchwaren, Freiberg (Dr. Gierth)*	PSt. 641 f. Möbel u. Boote, Berlin (Ing. Kornmann)
PSt. 551 f. Textilien, Gera (Dipl.-Ing. Kwokal)	PSt. 363 f. Kunstleder, Coswig b. Dresden (Dipl.-Chem. Schubert)*	PSt. 342 f. Musikinstrumente, Markneukirchen (Dr. Seidel)*
PSt. 357 f. Bekleidung und Wäsche, Karl-Marx-Stadt (Textil-Ing. Otto)	PSt. 465 f. Schuhleisten, Weißenfels*	
PSt. 651 f. Bekleidung, Berlin (Textil-Ing. Schaller)		

\* = Dem DAMW nur fachlich unterstellt

## 11.2 Literatur- und Quellenverzeichnis, Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

### Archivalien

#### Bundesarchiv (BArch) Berlin

DA5	Staatsrat der DDR
DC15	Deutsche Wirtschaftskommission
DC20	Ministerrat der DDR
DC20-I/3/	Beschluss- und Sitzungsreihe des Plenums des Ministerrates
DE1	Staatliche Plankommission
DE4	Volkswirtschaftsrat der DDR
DF4	Ministerium für Wissenschaft und Technik
DF5	Amt für Standardisierung, Messwesen und Warenprüfung
DG3	Ministerium für Maschinenbau
DO1	Ministerium des Innern
DQ1	Ministerium für Gesundheitswesen
DQ2	Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung
DX1	Sammlung SMAD-Befehle
DY30	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
MfS AIM	Archivierte IM-Vorgänge
MfS AOP	Archivierte operative Vorgänge/operative Personenkontrollen
MfS AOPK	Archivierte OPK-Akte
MfS AP	Allgemeine Personenablage
MfS HA	
XVII	Hauptabteilung Grenzsicherungen
MfS HA XX	Hauptabteilung Staatsapparat

R131	Reichspatentamt
R1519	Physikalisch-Technische Reichsanstalt
R3017	Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof
R3018	Nationalsozialistische Justiz
R4901	Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
R9361-II	Personenbezogene Unterlagen der NSDAP/ Parteikorrespondenz
R9361-IX	
KARTEI	NSDAP-Gaukartei

#### BArch Freiburg

DVW15	Hauptverwaltung Zivilverteidigung
PERS6	Personalunterlagen von Angehörigen der Reichswehr und der Wehrmacht

#### BArch Koblenz

B102	Bundesministerium für Wirtschaft
------	----------------------------------

#### Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF)

Bestand 7184

#### Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsStA – HStA Dresden)

Bestand 13471

NS-Archiv des MfS, Signatur ZB II 3909

NS-Archiv des MfS, Signatur ZE 49115

NS-Archiv des MfS, Signatur ZE 46925

NS-Archiv des MfS, Signatur ZA I 5421 Akte 4

## Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz (SächsStA – StA-C)

- 31421/120, Bd. 1 Deutsches Lederinstitut Freiberg  
 31421/121 Ebd.  
 31421/25, Bd. 1 Ebd.  
 31421/25, Bd. 3 Ebd.  
 NS-Archiv des MfS, 39074, Obj. 14 ZA 56/1660

## Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar (LATH – HStA Weimar)

## Personalakten der Industrie- und Handelskammer

- NS-Archiv des MfS, ZW 279, Akte 1  
 NS-Archiv des MfS, ZE53366, Akte 12  
 NS-Archiv des MfS, ZW 217, Akte 19  
 NS-Archiv des MfS, ZE53232, Akte Nr. 25  
 NS-Archiv des MfS, FB 49  
 Land Thüringen – Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 141  
 Land Thüringen – Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352  
 Land Thüringen – Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 353  
 Land Thüringen – Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 847  
 Land Thüringen – Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 865  
 Land Thüringen – Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 2021  
 Vereinigtes Betriebsarchiv der Kaliindustrie, VVB Kali AVII, VVB  
 231, Nr. 2021

## Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Magdeburg

- K 70, Nr. ZA I 10698 A. 07 Personalakte Gerhard Krüger

## Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA)

- BLHA, 29 ZH Brdbg Do. 9/2 Zuchthaus Brandenburg  
 BLHA, 29 ZH Brdbg Do. 6 Zuchthaus Brandenburg

## Stadtarchiv Gera (StadtA Gera)

III A 59 – „Intex“ Handelsgesellschaft mbH/15184

III A 59 – „Intex“ Handelsgesellschaft mbH/15185

## Stadtarchiv Suhl (StadtA Suhl)

Bestand Beschussamt Suhl, 3.11.4./70

## Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (AMPG)

I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1791 Akten der Kaiser-Wilhelm-  
Gesellschaft zur Förderung der  
Wissenschaften, KWI für  
Lederforschung

I. Abt., Rep. 1A, Nr. 1792 Ebd.

III. Abt., Rep. 79, Nr. 9 Nachlass Ernst Schiebold

III. Abt., Rep. 79, Nr. 10 Ebd.

VI. Abt., Rep. 1, Schiebold I/4 Bildersammlung, Fotografien

## Archiv der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig

Bestand 3791

Bestand 3510

Universitätsarchiv der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg  
(UA OvGU-MD)

A510-04 Personalakte Carl Lauch

054.307 Personalakte Gerhard Krüger

022.068 Personalakte Werner Engelhardt

042.870/1 Personalakte Werner Schatt

022.075 Personalakte Ernst Schiebold

Bauhaus-Universität Weimar, Archiv der Moderne II/01/992, Teil 1 u. 2

Personalakte Friedrich August Finger

Universitätsarchiv der Friedrich-Schiller-Universität Jena (UAJ)

Bestand D Nr. 5135      Personalakte Alfred Eckardt

Universitätsarchiv der Technischen Universität Dresden

PA II 2248      Personalakte Werner Heimerdinger

## Literaturverzeichnis

Studien des Gesamtprojekts „Die Geschichte der dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz nachgeordneten Behörden während der NS-Zeit und der Nachkriegszeit“

Flachowsky, Sören: Kampf um die Lithosphäre. Geologische Ressortforschung in Deutschland (1914-1945), Bielefeld 2026.

Flachowsky, Sören: Imperiale Geognostik und Wissenschaftskolonialismus. Die Etablierung der Kolonialgeologie an der Preußischen Geologischen Landesanstalt bis 1914, Bielefeld 2026.

Flachowsky, Sören und Reinhardt, Carsten: Verwerfungen der NS-Vergangenheit. Zum Aufbau der Geologischen Dienste in Westdeutschland (1945-1962), Bielefeld 2026.

Große-Wilde, Simon: Wehrtechnologische Forschung und Prüfung für das „Dritte Reich“. Die Chemisch-Technische Reichsanstalt (1900-1945), Bielefeld 2026.

Große-Wilde, Simon; Kölmel, Elisabeth und Yurdakul, Vivian (eds.): Governmental Research in the 20th Century. Recent Results of Research, Bielefeld 2026.

Kölmel, Elisabeth: Belastungsproben. Soziale Normen und NS-Vergangenheit im Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem nach 1945, Bielefeld 2026.

- Maier, Helmut und Reinhardt, Carsten: Wissenschaft für Autarkie und Krieg. Ressortforschung bis 1945 und danach, Bielefeld 2026.
- Stöcken, Malte: Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat“. Das Staatliche Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem (1904-1945), Bielefeld 2026.
- Thiel, Jens: Bruch mit der Vergangenheit? Das Deutsche Amt für Maß und Gewicht und das Erbe der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in der SBZ und frühen DDR, o. O., o. J. [unveröffentlichtes Manuskript, in Vorbereitung].
- Yurdakul, Vivian: Eichen, Forschen, Führen. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt (1914-1945), Bielefeld 2026.

#### Aufsätze, Artikel und Bücher

- Amberger, Alexander: Dissident Marxism and Utopian Eco-Socialism in the German Democratic Republic: The Intellectual Legacies of Rudolf Bahro, Wolfgang Harich, and Robert Havemann, Leiden und Boston 2024.
- Amt für Standardisierung der Deutschen Demokratischen Republik: TGL – GOST – DIN. Gegenüberstellung, Berlin 1961.
- Apel, Erich Hans: Das Chemieprogramm der Deutschen Demokratischen Republik. Ein wichtiger Faktor im ökonomischen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus, Diss., Berlin 1960.
- Apelt, Andreas H. und Engert, Jürgen (Hrsg.): Das historische Gedächtnis und der 17. Juni 1953, Halle/Saale 2014.
- Appell, Georg: Die Stellung der Reichsminister. Rechtsvergleichende Darstellung nach der Reichsverfassung der Paulskirche, der Reichsverfassung vom 16. April 1871 und der Reichsverfassung von Weimar, Diss., Jena 1928.
- Arbeitskreis I.G. Farben der Bundesfachtagung der Chemiefachschaften: ... von Anilin bis Zwangsarbeit. Der Weg eines Monopols durch die Geschichte. Zur Entstehung und Entwicklung der deutschen chemischen Industrie, Berlin 1994.

- Ariouet, Céline Fellag: Une organisation internationale à l'heure allemande: le Bureau international des poids et mesures sous l'Occupation, in: *Philosophia Scientiæ* (2023), H. 1, S. 87–128.
- Arlt, Eberhard; Aust, Hans Joachim; Bartzsch, Erich u. A.: Standardisierung in der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1963.
- Ash, Mitchell G.: Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (2010), H. 50, S. 11–46.
- Asmus, Helmut: 1200 Jahre Magdeburg. Von der Kaiserpfalz zur Landeshauptstadt. Eine Stadtgeschichte in vier Bänden, Die Jahre 1945 bis 2005, Bd. 4, Magdeburg 2009.
- Augustine, Dolores: Zeit der Fachleute. Motivation und Selbstbild industrieller Forschungsdirektoren der DDR bis 1971, in: Fraunholz, Uwe und Wölfel, Sylvia (Hrsg.): *Ingenieure in der technokratischen Hochmoderne. Thomas Hänseroth zum 60. Geburtstag, Münster 2012 (Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt)*, S. 225–240.
- Aust, Hans Joachim: *Qualität – nur ein Begriff? Entwicklung und Sicherung der Erzeugnisqualität*, Leipzig 1989.
- Bähr, Johannes: *Entwicklung und Blockaden des Planungssystems für Forschung und Technik*, in: Hoffmann, Dierk (Hrsg.): *Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis*, Berlin und Boston 2016 (*Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990*), S. 363–422.
- Bajohr, Frank und Hürter, Johannes: *Auftragsforschung und „NS-Belastung“*. Bemerkungen zu einer Konjunktur, in: Bajohr, Frank; Doering-Manteuffel, Anselm; Kemper, Claudia und Siegfried, Detlef (Hrsg.): *Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik*, Göttingen 2016, S. 221–234.
- Barlösius, Eva: „Forschen mit Gespür für politische Umsetzung“. Position, interne Strukturierung und Nomos der Ressortforschung, in: *dms – der moderne staat. Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* (2009), H. 2, S. 347–366.

- Barlösius, Eva: Ressortforschungseinrichtungen – Forschung im staatlichen Auftrag, in: Simon, Dagmar; Knie, Andreas; Hornbostel, Stefan und Zimmermann, Karin (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik, Wiesbaden 2016, S. 573–590.
- Bauerkämper, Arnd; Danyel, Jürgen und Hübner, Peter: „Funktionäre des schaffenden Volkes?“. Die Führungsgruppen der DDR als Forschungsproblem, in: Bauerkämper, Arnd; Danyel, Jürgen und Hübner, Peter (Hrsg.): Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR, Berlin 1997, S. 11–86.
- Baumgartner, Gabriele und Hebig, Dieter (Hrsg.): Biographisches Handbuch der SBZ/DDR. Band 1+2, Berlin und Boston 1996.
- Baumgartner, Gabriele: Schiebold, Ernst, in: Baumgartner, Gabriele und Hebig, Dieter (Hrsg.): Biographisches Handbuch, 1996, Bd. 1, S. 771.
- Baus, Ralf Thomas: Die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ in der sowjetisch besetzten Zone 1945–1949, in: Backes, Uwe; Baus, Ralf Thomas und Münkler, Herfried (Hrsg.): Der Antifaschismus als Staatsdoktrin der DDR, Sankt Augustin 2009 (Weichenstellungen in die Zukunft), S. 17–30.
- Benz, Wolfgang: Wie es zu Deutschlands Teilung kam. Vom Zusammenbruch zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1945–1949, München 2018.
- Best, Heinrich und Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Funktionseliten der DDR. Theoretische Kontroversen und empirische Befunde, Köln 2003.
- Betker, Frank: Die „sozialistische“ Stadt in der DDR. Zentral geplant, örtlich entworfen, plattengerecht gebaut, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Das war die DDR. DDR-Forschung im Fadenkreuz von Herrschaft, Außenbeziehungen, Kultur und Souveränität, Münster 2004 (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen), S. 97–114.
- Betker, Frank: Einsicht in die Notwendigkeit. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945–1994), Diss., Stuttgart 2005.
- Blum, Ralf; Eiselt, Rainer; Joestel, Frank u. A.: Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin 2012.

- Blume, Patricia F.: Die Geschichte der Leipziger Buchmesse in der DDR, Diss., Berlin und Boston 2023.
- Boldorf, Marcel: Governance in der Planwirtschaft. Industrielle Führungskräfte in der Stahl- und Textilbranche der SBZ/DDR (1945–1958), München und Wien 2015.
- Boldorf, Marcel: Planwirtschaft, Ordnungs- und Preispolitik, in: Hoffmann, Dierk (Hrsg.): Die zentrale Wirtschaftsverwaltung, 2016, S. 133–216.
- Böhme, Herbert: Entwicklung der Material- und Warenprüfung in der DDR, in: Deutsche Textiltechnik. Technisch-wissenschaftliche Zeitschrift aller Zweige der Textilindustrie 10, (1960), H. 11, S. 553 f.
- Boyer, Christoph: Bürohelden? Arbeitshabitus und Verwaltungsstil der zentralen Planbürokratie in der formativen Phase der SBZ/DDR, in: Hübner, Peter (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln 1999 (Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte), S. 255–271.
- Braun, Jutta: Die zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. Wirtschaftsstrafrecht und Enteignungspolitik in der Gründungs- und Frühphase der DDR, in: Hoffmann, Dierk und Wentker, Hermann (Hrsg.): Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, Berlin 2000, S. 169–185.
- Braun, Jutta: Politische Medizin. Das Ministerium für Gesundheitswesen der DDR 1950 bis 1970, Göttingen 2023.
- Bräutigam, Petra: Mittelständische Unternehmer im Nationalsozialismus. Wirtschaftliche Entwicklungen und soziale Verhaltensweisen in der Schuh- und Lederindustrie Badens und Württembergs, Berlin und Boston 1997.
- Brinkmann, Tobias: Fenster zur Welt. Die Leipziger Messen, ihre Geschichte und Besucher, in: Reinders-Düselder, Christoph (Hrsg.): Fremde in Deutschland – Deutsche in der Fremde. Schlaglichter von der frühen Neuzeit bis in die Gegenwart, Cloppenburg 1999, S. 137–246.

- Broszat, Martin und Weber, Hermann (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Oldenbourg und München 1993.
- Burkhardt, Martin und Sedler, Irmgard: Im Zeichen des SALAMANDER. Eine Firmengeschichte in Selbstzeugnissen, Stuttgart 2014.
- Buthmann, Reinhard: Versagtes Vertrauen. Wissenschaftler der DDR im Visier der Staatssicherheit, Göttingen 2020.
- Buthmann, Reinhard (Hrsg.): Die Technische Hochschule Ilmenau. Eine sozialpolitische Studie, Ilmenau 2022.
- Ciesla, Burghard: Korea als Generalprobe? Wahrnehmungen und Wirkungen des Koreakrieges in der DDR, in: Bonwetsch, Bernd und Uhl, Matthias (Hrsg.): Korea – ein vergessener Krieg? Der militärische Konflikt auf der koreanischen Halbinsel 1950–1953 im internationalen Kontext, Berlin und Boston 2012 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Moskau), S. 103–114.
- Clemens, Petra: Die „Letzten“. Arbeits- und Berufserfahrungen einer Generation Niederlausitzer Textilarbeiterinnen, in: Kocka, Jürgen (Hrsg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993 (Zeithistorische Studien), S. 245–262.
- Conelly, John: Zur „Republikflucht“ von DDR-Wissenschaftlern in den fünfziger Jahren, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 42 (1994), H. 4, S. 331–352.
- Conze, Eckart; Frei, Norbert; Hayes, Peter und Zimmermann, Moyshe: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.
- Creuzberger, Stefan und Geppert, Dominik: Das Erbe des NS-Staats als deutsch-deutsches Problem. Eine Einführung, in: Creuzberger, Stefan und Geppert, Dominik (Hrsg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972, Paderborn 2018 (Rhöndorfer Gespräche), S. 7–15.
- Danyel, Jürgen: Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten, in: Hübner, Peter (Hrsg.): Eliten im Sozialismus, 1999, S. 67–85.

- Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der DDR: Zehn Jahre  
Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung der Deutschen  
Demokratischen Republik, Leipzig 1960.
- Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der Deutschen Demo-  
kratischen Republik (Hrsg.): Qualitätskontrolle, Qualitätssicherung,  
Berlin 1964.
- Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung der Deutschen Demo-  
kratischen Republik (Hrsg.): DAMW. Aufgaben und Arbeitsweisen  
des Deutschen Amtes für Meßwesen und Warenprüfung der  
Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1966.
- Domkowsky, Günter: Oberbürgermeister der Stadt Gera. Begebenheiten –  
Anekdoten – Wissenswertes, Gera 2007.
- Dreßen, Willi: Wehrwirtschaftsführer, in: Benz, Wolfgang; Graml,  
Hermann und Weiß, Hermann (Hrsg.), Enzyklopädie des National-  
sozialismus, Stuttgart 1997, S.800.
- Eckardt, Alfred Julius Wilhelm: Geschwindigkeitsverlust von H-Kanal-  
strahlen beim Durchgang durch feste Körper, Diss., in: Annalen der  
Physik 5 (1930), S.401–428.
- Eckardt, Alfred Julius Wilhelm: Über die Entstehung radioaktiver  
Elemente bei der Beschießung von Lithium und Magnesium mit  
Th (c, alpha) Strahlen, Habil., in: Annalen der Physik 29 (1937),  
S.498–513.
- Eibl, Christina: Der Physikochemiker Peter Adolf Thiessen als Wissen-  
schaftsorganisator (1899–1990). Eine biographische Studie, Diss.,  
Stuttgart 1999.
- Faulenbach, Bernd: Die Emslandlager in der deutschen und der europäi-  
schen Geschichte, in: Faulenbach, Bernd und Kaltofen, Andrea  
(Hrsg.): Hölle im Moor. Die Emslandlager 1933–1945, Göttingen  
2017, S.17–24.
- Fischhold, Günter: Kammer der Technik. Ein Beitrag zur geschichtlichen  
Aufarbeitung des Ingenieurverbandes, Norderstedt 2011.
- Flachowsky, Sören: Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat.  
Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und  
Krieg, Stuttgart 2008.

- Foitzik, Jan: Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Offene Serie, Berlin und Boston 1994.
- FR. K. Koetschau-Verlag (Hrsg.): Handbuch der deutschen Wissenschaft, Bd. 2, Berlin 1949.
- Fraunholz, Uwe: Mobilisierung der „Produktivkraft Wissenschaft“? Die Hochschulen und das Chemieprogramm der DDR in den 1950er und 1960er Jahren, in: Dresdner Beiträge zur Geschichte der Technikwissenschaften (2003), H. 28, S. 33–70.
- Fraunholz, Uwe: „Deutsche Qualitätsarbeit“. Fluch oder Segen für innovative Potenz? Das Beispiel Carl Zeiss Jena, in: Fraunholz, Uwe und Wölfel, Sylvia (Hrsg.): Ingenieure, 2012, S. 267–284.
- Frei, Norbert; Maubach, Franka; Morina, Christina und Tändler, Maik: Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus, Berlin 2019.
- Friedländer, Saul: Ein Genozid wie jeder andere?, in: Friedländer, Saul; Frei, Norbert; Steinbacher, Sybille; Diner, Dan und Habermas, Jürgen (Hrsg.): Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust, München 2022, S. 15–32.
- Fuhrmann, Günther; Jablonski, Horst; Lehnecke, Hans-Hermann u. A.: Material- und Warenprüfung in der DDR. Anspruch und Wirklichkeit, Berlin u. A., 2010.
- Fulbrook, Mary: The people's state. East German society from Hitler to Honecker, New Haven 2005.
- Fulbrook, Mary: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008.
- Freimuth, Ulrich: Fritz Stather, 5.11.1901–31.3.1974, in: Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig (Hrsg.): Jahrbuch 1974–1974, Berlin 1976, S. 252–255.
- Gaertner, H.: Bedeutung der infraroten Strahlen für militärische Verwendungszwecke, in: Wehrtechnische Monatshefte 59 (1962), S. 141–155.

- Gehrmann, Manfred: Die Überwindung des „Eisernen Vorhangs“. Die Abwanderung aus der DDR in die BRD und nach West-Berlin als innerdeutsches Migranten-Netzwerk, Diss., Berlin 2009.
- Geyer, Bodo und Michel, Dieter: Geschichte der Physik an der Universität Leipzig. Die Physik und ihre Verflechtung mit der Mathematik und den Nachbardisziplinen in der Zeit des 600-jährigen Bestehens der Alma Mater Lipsiensis, Stuttgart 2023.
- Gibas, Monika: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt!“. Politische Feier- und Gedenktage der DDR, in: von Behrenbeck, Sabine und Nützenadel, Alexander (Hrsg.): Inszenierungen des Nationalstaats. Politische Feiern in Italien und Deutschland seit 1860/71, Köln 2000 (Kölner Beiträge zur Nationsforschung), S. 191–220.
- Gierth, Martin: Sachgemäße Schuh- und Lederpflege, in: Deutsche Schuh- und Lederzeitschrift (1959), S. 174.
- Gierth, Martin: Die Kennzeichnung des Leders, in: Ebd. (1962), S. 305.
- Gieseke, Jens und Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989, Berlin 2012.
- Goschler, Constantin: Zwei Wege der Wiedergutmachung. Der Umgang mit NS-Verfolgten in West- und Ostdeutschland im Vergleich, in: Hockerts, Hans Günter (Hrsg.): Nach der Verfolgung. Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Deutschland?, Göttingen 2003 (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte), S. 115–139.
- Goschler, Constantin: Der Umgang mit den Opfern des Nationalsozialismus in Deutschland nach 1945, in: Heydemann, Günther und Vollnhals, Clemens (Hrsg.): Nach den Diktaturen. Der Umgang mit den Opfern in Europa, Göttingen 2016, S. 27–47.
- Grahn, Gerlinde: Fritzsche, Heinz, in: Baumgartner, Gabriele und Hebig, Dieter (Hrsg.), Biographisches Handbuch, 1996, Bd. 1, S. 200 f.
- Grelak, Uwe und Pasternack, Peer: Im Auftrag. Sonderhochschulen und Ressortforschung in der DDR, Göttingen 2024.
- Grewolls, Grete (Hrsg.): Wer war wer in Mecklenburg und Vorpommern. Das Personenlexikon, Rostock 2011.

- Grunenberg, Antonia: Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Hamburg 1993.
- Grüttner, Michael: Das Dritte Reich. 1933–1939, Stuttgart 2014.
- Hachtmann, Rüdiger: Vom Wilhelminismus zur Neuen Staatlichkeit des Nationalsozialismus. Das Reichsarbeitsministerium 1918–1945, Göttingen 2023.
- Hartewig, Karin und Niethammer, Lutz: Der ‚gesäuberte‘ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente, Berlin 1995.
- Haupt, Kurt: Die amtliche Güteprüfung im Produktionsgebiet Chemie, in: Chemische Technik 4 (1952), H. 6, S. 255 f.
- Hein, Bastian: Die SS. Geschichte und Verbrechen, München 2023.
- Heine, Jens Ulrich: Die Wehrwirtschaftsführer des Deutschen Reiches 1935–1945, Leverkusen 1976/Odenthal 2017.
- Heinzig, Frank und Richter, Lothar: Papiergeschichte des Altenburger Landes 1688–2005, Fockendorf 2005.
- Heitzer, Enrico; Kahane, Anetta; Jander, Martin; Poutrus, Patrice G. (Hrsg.): After Auschwitz. The Difficult Legacies of the GDR, New York, Oxford 2021.
- Helmbold, Bernd: Kernphysik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1946 bis 1968, Diepholz, Stuttgart und Berlin 2010.
- Hemmerling, Joachim: Das Allgemeine Vertragssystem. Ein Mittel zur Aufstellung und Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes bei der Leitung der volkseigenen Industriebetriebe in der Deutschen Demokratischen Republik, Diss., Berlin 1955.
- Hendrickx, Bart: Energiya – Buran. The Soviet Space Shuttle, New York 2007.
- Hentschel, Klaus: Misstrauen, Verbitterung und Sentimentalität. Zur Mentalität deutscher Physiker in den ersten Nachkriegsjahren, in: Hoffmann, Dieter und Walker, Mark (Hrsg.): Physiker zwischen Autonomie und Anpassung. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft im Dritten Reich, Weinheim 2012, S. 301–358.
- Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.

- Herbert, Ulrich: Wer waren die Nationalsozialisten?, München 2021.
- Herf, Jeffrey: Divided memory. The Nazi past in the two Germanys, Cambridge 1997.
- Herfeld, Hans: Über Säureflockungserscheinungen, welche pflanzliche Gerbemittel-, Huminsaure- und Sulfitzelluloseablauge-Lösungen zeigen, Diss. Berlin, 1932.
- Hess, Volker; Hottenrott, Laura und Steinkamp, Peter: Testen im Osten. DDR-Arzneimittelstudien im Auftrag der westlichen Pharmaindustrie, 1964–1990, Berlin 2016.
- Hildermeier, Manfred: Die Sowjetunion 1917–1991, Berlin und Boston 2007.
- Hinz-Wessels, Annette: Der Umgang der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina mit den NS-Medizinverbrechen nach 1945, in: vom Bruch, Rüdiger; Gerstengarbe, Sybille; Thiel, Jens und Renkert, Simon (Hrsg.): Wissenschaftsakademien im Zeitalter der Ideologien. Politische Umbrüche, wissenschaftliche Herausforderungen, institutionelle Anpassungen, Halle/Saale und Stuttgart 2014 (Acta historica Leopoldina), S. 395–418.
- Hirschinger, Frank: Die „Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden“ in den Jahren 1947–1949, dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit des SED-Landesverbandes Sachsen-Anhalt, in: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte (2000), H. 7, S. 5–44.
- Hoffmann, Dierk: Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräftelenkung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963, München 2002.
- Hoffmann, Dierk: Einleitung, in: Hoffmann, Dierk (Hrsg.), Die zentrale Wirtschaftsverwaltung, 2016, S. 1–16.
- Hoffmann, Dierk: Lasten der Vergangenheit? Zur Personalrekrutierung und zu Karriereverläufen in der zentralen Wirtschaftsverwaltung der SBZ/DDR, in: Kreuzberger, Stefan und Geppert, Dominik (Hrsg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit, 2018, S. 109–121.

- Hoffmann, Dierk: Mangelwirtschaft. Konsum als Herausforderung in der Planwirtschaft der DDR, in: Kleinschmidt, Christian; Logemann, Jan; Engel, Alexander u. A. (Hrsg.): Konsum im 19. und 20. Jahrhundert, München und Wien 2021 (Handbücher zur Wirtschaftsgeschichte), S. 563–588.
- Hoffmann, Dieter: Die Physikalische Gesellschaft (in) der DDR, in: Physikalische Blätter 51 (1995), S.157–182.
- Hoyer, Katja: Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR 1949–1990, Hamburg 2023.
- Jablonski, Horst: Material- und Warenprüfung, Qualitätssicherung und -kontrolle in der DDR. Von der Material- und Warenprüfung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands über die Herausbildung des ASMW zu einem zentralen staatlichen Kontrollorgan des Ministerrates der DDR bis zu deren Niedergang im Jahre 1989 (Studie zur Geschichte 1945–1989 auf dem Gebiet der DDR), Schwendi 2015.
- Jancke, Hans: Untersuchungen über Grenzkontinua und Linienintensitäten im Heliumspektrum. Diss., in: Zeitschrift für Physik 99 (1936), S. 169–188.
- Jarosch, Emil: Erfahrungen, Methoden und ökonomische Ergebnisse bei der Planung und Leitung der Neuererbewegung im VEB Weimar-Werk (früher VEB Mähdrescherwerk Weimar), Diss., Leipzig 1965.
- Jessen, Ralph: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Habil., Göttingen 1999.
- Jessen, Ralph: Von den Vorzügen des Sozialismus und der deutschen Teilung. Kollaborationsverhältnisse im ostdeutschen Wissenschaftssystem der fünfziger Jahre, in: Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002 (Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen), S. 39–52.
- John, Jürgen: Die „Ära Paul“ in Thüringen 1945 bis 1947. Möglichkeiten und Grenzen landespolitischen Handelns in der frühen SBZ, Göttingen 2023.

- Joseph, Henriette und Porada, Haik Thomas: Das nördliche Vogtland um Greiz. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme im Raum Greiz, Weida, Berga, Triebes, Hohenleuben, Elsterberg, Mylau und Netzschkau, Köln u. A. 2006.
- Judt, Matthias: Aufstieg und Niedergang der „Trabi-Wirtschaft“, in: Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1998 (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), S. 87–164.
- Kachel, Steffen: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949. Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen, Kleine Reihe, Bd. 29, Köln und Weimar 2011.
- Kaden, Hella: Hemmerling, Joachim, in: Baumgartner, Gabriele und Hebig, Dieter (Hrsg.): Biographisches Handbuch, 1996, Bd. 1, S. 299.
- Kaienburg, Hermann: Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003.
- Kaiser, Gerhard: „Laßt nicht locker“. Antifaschistischer Widerstand im Thüringer Wald, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2 (2003), S. 111–128.
- Kaiser, Gerhard: „Laßt nicht locker“. Antifaschistischer Widerstand im Thüringer Wald (II), in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 3 (2004), S. 105–111.
- Kaiser, Tobias: Die konfliktreiche Transformation einer Traditionsuniversität. Die Friedrich-Schiller-Universität 1945–1968/69 auf dem Weg zu einer „sozialistischen Hochschule“, in: Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Hrsg.): Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995, Köln u. A. 2009, S. 598–699.
- Kaiser, Tobias und Mestrup, Heinz (Hrsg.): Politische Verfolgung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1945 bis 1989. Wissenschaftliche Studien und persönliche Reflexionen zur Vergangenheitsklärung, Berlin 2012.
- Kaiser, Tobias; Mestrup, Heinz und Hoßfeld, Uwe (Hrsg.): Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990), Köln u. A. 2007.

- Kaminsky, Anna: Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR, München 2001.
- Kappelt, Olaf: Braunbuch der DDR, Berlin 2009.
- Kappelt, Olaf: Die Entnazifizierung in der SBZ sowie die Rolle und der Einfluß ehemaliger Nationalsozialisten in der DDR als ein soziologisches Phänomen, Hamburg 1997.
- Karlsch, Rainer: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953, Berlin 1993.
- Karlsch, Rainer: „Wie Phönix aus der Asche?“ Rekonstruktion und Strukturwandel in der chemischen Industrie in beiden deutsch Staaten bis Mitte der sechziger Jahre, in: Baar, Lothar und Petzina, Dietmar (Hrsg.): Deutsch-deutsche Wirtschaft 1945 bis 1990. Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel. Ein Vergleich, St. Katharinen 1999, S. 262–325.
- Karlsch, Rainer und Stokes, Raymond G.: Die Chemie muss stimmen. Bilanz des Wandels 1990–2000, Leipzig 2000.
- Karlsch, Rainer und Stokes, Raymond G.: Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974, München 2003.
- Karlsch, Rainer: Leuna. 100 Jahre Chemie, Wettin-Löbejün 2016.
- Karlsch, Rainer: Energie- und Rohstoffpolitik, in: Hoffmann, Dierk (Hrsg.): Die zentrale Wirtschaftsverwaltung, 2016, S. 249–362.
- Katzir, Shaul; Schaefer, Sagi und Sahar, Galili: Editorial. Made in Germany, in: Katzir, Shaul; Schaefer, Sagi und Sahar, Galili (Hrsg.): Made in Germany. Technologie, Geschichte, Kultur, Göttingen 2020 (Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte), S. 7–22.
- Kießling, Alois: Textil-Fachwörterbuch, Berlin 1993.
- Kim, Tae-Heon: Außenwirtschaft der DDR und Handelsbeziehungen zwischen der BRD und der DDR. Ihre Konsequenzen für die deutsche Wirtschafts- und Währungsunion und die Zeit danach, Diss., Regensburg 2000.
- Kind, Dieter: Herausforderung Metrologie. Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt und die Entwicklung seit 1945, Bremerhaven 2002.

- Kinne, Helmut: Erinnerungen an einen dreifachen Salto. Im Volkswirtschaftsrat der DDR, Erzbergbau, Metallurgie und Kali (1962–1964), Panketal 2018.
- Kiuntke, Florian: Mit Röntgen auf Kurs – Das Röntgenröhrenwerk der Siemens AG in Rudolstadt 1919–1939, Diss., Erlangen-Nürnberg 2009.
- Kleinschmidt, Christian: Technik und Wirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert, München 2007.
- Knoch, Habbo: Die Emslandlager 1933–1945, in: Distel, Barbara und Benz, Wolfgang (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 2, 2. Auflage, München 2015, S. 531–570.
- Kocka, Jürgen (Hrsg.): Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 2002.
- König, Wolfgang: Geschichte der Konsumgesellschaft, Stuttgart 2000.
- Königfeld, Georg: Die Gütekontrolle auf dem Gebiet der Schuhtextilien und der Schuhzwirne, in: Deutsche Schuh- und Lederzeitschrift (1953), S. 70.
- Königfeld, Georg: Über Qualitätsreklamationen von Schuhen, in: Ebd., S. 187.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR, München 2013.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: Walter Ulbricht. Der deutsche Kommunist, München 2023.
- Krewer, Peter: Geschäfte mit dem Klassenfeind. Die DDR im innerdeutschen Handel 1949–1989, Diss., Trier 2008.
- Krüger, Gerhard: 8 Jahre Forschungsarbeit im Dienste des DAMW, in: Neue Hütte. Zeitschrift für das Berg- und Hüttenwesen 4 (1959), S. 551–559.
- Künzel, Christiane: Verwaltung Sowjetische [Staatliche] Aktiengesellschaften in Deutschland (SAG), in: Möller, Horst; Foitzik, Jan und Ciesla, Burghard (Hrsg.): SMAD-Handbuch. Die sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949, München 2009, S. 388–395.

- Laitko, Hubert: Wissenschaftler im Berlin der frühen Nachkriegszeit. Bausteine und Fragestellungen zu einem Soziogramm, in: vom Bruch, Rüdiger (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002 (Wissenschaftsgeschichte), S. 373–392.
- Landau, Julia: Stalinistischer Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Altenburg 1945–1947. Die sowjetische Verhaftungs- und Internierungspraxis am lokalen Beispiel, in: Landau, Julia und Heitzer, Enrico (Hrsg.): Zwischen Entnazifizierung und Besatzungspolitik. Die sowjetischen Speziallager 1945–1950 im Kontext, Göttingen 2021, S. 101–120.
- Lapp, Peter Joachim: Der Ministerrat der DDR. Aufgaben, Arbeitsweise und Struktur der anderen deutschen Regierung, Wiesbaden 1982.
- Lein, Siegfried; Neumann, Heinz und Tannert, Heinz: Unser Weg zum Weltniveau. Wie organisiert die Gewerkschaft den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und der Intelligenz um die Erreichung des Weltniveaus?, Berlin 1961.
- Leipziger Messe GmbH (Hrsg.): MM wie Mustermesse. Die Geschichte der Leipziger Mustermesse und ihres Markenzeichens, Halle/Saale 2021.
- Leo, Annette: Zwei Arten, den Holocaust zu erzählen. Dreizehn Fragmente über Hans Mommsen und Kurt Pätzold, in: Maubach, Franka und Morina, Christina (Hrsg.): Das 20. Jahrhundert erzählen. Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland, Göttingen 2016 (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts), S. 246–283.
- Leonhardt, Helmut und Ing. Steude: Die maschinelle Ausrüstung der Wäschereibetriebe in der DDR, in: Die Wäscherei. Fachzeitschrift für die Textilreinigung, Wäscherei, Chemiereinigung, Kleiderfärberei (1963), H. 3, S. 75–78.
- Leßau, Hanne: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Diss., Göttingen 2017.
- Lilie, Helmut: Beiträge zur Chemie der Reineckesalze, Diss., Jena 1953.

- Lilie, Helmut: Beiträge zu photometrischen Schnellmethoden in der Metallurgie, Habil., Halle/Saale 1960.
- Lilie, Helmut: Die Qualität sichern und steigern, in: Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Wissenschaftlichen Sozialismus (1964), H. 3, S. 9–18.
- Lilie, Helmut: Qualitätskontrolle - Qualitätssicherung. 2., wesentlich überarb. Aufl., Berlin 1966.
- Lilie, Helmut: Qualitätssicherung und Standardisierung. Handbuch, Berlin 1979.
- Linne, Karsten: Deutschland jenseits des Äquators? NS-Kolonialplänen für Afrika, Berlin 2008.
- Löffler, Bernhard: „Im Mahlstrom der Zeit“. Personalkontinuitäten und „Vergangenheitsbewältigung“ im Bundeswirtschaftsministerium, in: Creuzberger, Stefan und Geppert, Dominik (Hrsg.), Die Ämter und ihre Vergangenheit, 2018, S. 87–107.
- Lohs, Karlheinz: Synthetische Versuche in der Diphenylreihe, insbesondere zur Darstellung des 4,4'-Divinyldiphenyl, Diss., Leipzig 1955.
- Lorenz, Detlef: Das AEG-Forschungsinstitut in Berlin-Reinickendorf. Daten, Fakten, Namen zu seiner Geschichte 1928–1989, Berlin 2004.
- Ludz, Peter Christian (Hrsg.): DDR-Handbuch, Köln 1975.
- Lundgreen, Peter: Standardization – Testing – Regulation. Studies in the history of the science-based regulatory state (Germany and the U.S.A., 19th and 20th centuries), Bielefeld 1986 (= Wissenschaftsforschung 29).
- Lundgreen, Peter; Horn, Bernd; Krohn, Wolfgang; Küppers, Günter und Paslack, Rainer: Staatliche Forschung in Deutschland 1870–1980, Frankfurt/Main 1986.
- Luxbacher, Günther: DIN von 1917 bis 2017. Normung zwischen Konsens und Konkurrenz im Interesse der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin, Wien, Zürich 2017.
- Luxbacher, Günther: Durchleuchten und Durchschallen, Göttingen 2018.

- Luxbacher, Günther: Ersatzstoffe und Neue Werkstoffe. Metalle, Technik und Forschungspolitik in Deutschland im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2020.
- MacGregor, Neil: Deutschland. Erinnerungen einer Nation, München 2015.
- Magistrat von Groß-Berlin (Hrsg.): Achter Aufruf zur Vorlage von Material- und Warenproben (vom 3. September 1951), in: Verordnungsblatt für Groß-Berlin, Teil II, Berlin 1951.
- Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR, München 2007.
- Maier, Helmut: Wissenschaft und Rüstungsforschung, in: Boldorf, Marcel und Scherner, Jonas (Hrsg.): Handbuch Wirtschaft im Nationalsozialismus, Berlin 2023 (Handbücher zur Wirtschaftsgeschichte), S. 43–68.
- Maier, Helmut: „Wehrhaftmachung“ und „Kriegswichtigkeit“. Zur rüstungstechnologischen Relevanz des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Metallforschung in Stuttgart vor und nach 1945, in: Sachse, Carola (Hrsg.): Ergebnisse. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Berlin 2002.
- Major, Patrick: Innenpolitische Aspekte der zweiten Berlinkrise (1958–1961), in: Hertle, Hans-Hermann (Hrsg.): Mauerbau und Mauerfall. Ursachen - Verlauf - Auswirkungen, Berlin 2002 (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), S. 97–110.
- Malycha, Andreas: Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 51 (2001), H. 30–31, S. 14–21.
- Malycha, Andreas: Die Staatliche Plankommission (SPK) und ihre Vorläufer 1945–1990. Struktur und Personal, in: Hoffmann, Dierk (Hrsg.): Die zentrale Wirtschaftsverwaltung, 2016, S. 17–132.
- Marcuse, Harold: Der mühevollen Weg zur Gedenkstätte 1945–1968, in: Benz, Wolfgang und Königseder, Angelika (Hrsg.): Das Konzentrationslager Dachau. Geschichte und Wirkung nationalsozialistischer Repression, Berlin 2008, S. 163–180.

- Marcuse, Harold: The Afterlife of the Camps, in: Caplan, Jane und Wachsmann, Nikolaus (Hrsg.), *Concentration Camps in Nazi Germany. The New Histories*, London 2010, S. 186–211.
- Mentel, Christian: *Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung*, München und Potsdam 2016.
- Mentel, Christian und Weise, Niels: Die NS-Vergangenheit deutscher Behörden, in: *APuZ* 67 (2017), H. 14–15, S. 16–21.
- Menzel, Rebecca: *Jeans in der DDR. Vom tieferen Sinn einer Freizeithose*, Berlin 2004.
- Merkel, Ina: *Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR*, Habil., Köln 1999.
- Mertens, Lothar: Die SED und die NS-Vergangenheit, in: Bergmann, Werner; Erb, Rainer und Lichtblau, Albert (Hrsg.): *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/Main 2023 (Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung), S. 194–211.
- Meyer, Hansgünther: Wissenschaftspolitik, Intelligenzpolitik – Das Personal für Wissenschaft, Forschung und Technik in der DDR, in: Meyer, Hansgünther (Hrsg.): *Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR*, Berlin und New York 1990, S. 1–52.
- Mick, Christoph: *Forschen für Stalin. Deutsche Fachleute in der sowjetischen Rüstungsindustrie 1945–1958*, München 2000.
- Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Russische Föderation, Staatliche St. Petersburger Universität für Architektur und Bauwesen (Hrsg.): *Geschichte der Entwicklung der Normung, Metrologie und Bestätigung*, St. Petersburg 2012.
- Moczarski, Norbert; Renner, Ronny und Holland-Nell, Sören: *Suhler im Widerstand 1933–1945. Ausgewählte Kurzbiografien und Gesamtverzeichnis*, Suhl 2019.

- Möller, Christian: Braunkohle und Umweltschutz in der DDR, in: Albrecht, Helmuth; Farrenkopf, Michael; Maier, Helmut u. A. (Hrsg.): Bergbau und Umwelt in DDR und BRD. Praktiken der Umweltpolitik und Rekultivierung, Wien 2022 (Veröffentlichungen aus dem Deutschen Bergbau-Museum Bochum), S. 43–70.
- Morina, Christina: Triumph und Demütigung. Der Zweite Weltkrieg in der doppelten deutschen Zeitgeschichtsschreibung, in: Morina, Christina und Maubach, Franka (Hrsg.): Das 20. Jahrhundert erzählen, 2016, S. 190–245.
- Moser, H.: Forschung und Prüfung. 75 Jahre Physikalisch-Technische Bundesanstalt/Reichsanstalt, Wiesbaden 1962.
- Mücke, Eberhard: TGL – Technische Regeln im Osten Deutschlands. Vom Alliierten Kontrollrat bis zur Normenunion 1945–1990, Berlin 2010.
- Mühe, Walter: Zum deutschen Beitrag bei der Gründung der Internationalen Organisation für Gesetzliches Meßwesen (OIML) und zur deutschen Mitwirkung in dieser Organisation, in: PTB-Mitteilungen (1991), H. 3, S. 200–210.
- Müller, Jürgen: Von der Remise des Herzogs zum geheimen Forschungslabor. Was geschah von 1959 bis 1979 am Altenburger Marstall?, Altenburg 2020.
- Müller, Lutz (Hrsg.): Fünfeinhalb Tapfere und eine Stadt in Aufruhr. Dresden und der 17. Juni 1953, Dresden 2003.
- Müller-Enbergs, Helmut; Wielgohs, Jan; Hoffmann, Dieter; Herbst, Andreas und Kirschey-Feix, Ingrid (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien 2010.
- Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 1: Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 2010.
- Nagel, Günter: Wissenschaft für den Krieg. Die geheimen Arbeiten der Abteilung Forschung des Heereswaffenamtes, Stuttgart 2013.
- Naumann, Johannes: Wann ist Elektrowärme für Raumheizung energie-wirtschaftlich vertretbar?, Diss., Freiberg 1947.

- Naumann, Johannes: Aufgaben der Materialprüfung, in: Feingerätetechnik. Technisch-wissenschaftliche Zeitschrift für Feinmechanik, Optik und Meßtechnik 6 (1957), H. 5, S. 193–195.
- Niedbalski, Bernd: Deutsche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK). Ansätze zur zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ 1945–1948, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), S. 456–477.
- Nieschler, Gernot: 10 Jahre Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, in: Bauplaug - Bautechnik. Wissenschaftlich-technische Zeitschrift für das Ingenieurbauwesen 14 (1960), S. 516 f.
- N. N.: Nachruf Erich Koppitz, in: Plaste und Kautschuk 5 (1958), H. 2, S. 80.
- N. N.: Walter Singer – neuer Vizepräsident des DAMW, in: Chemische Technik 16 (1964), H. 2, S. 127.
- N. N.: Kraftfahrzeugtechnik beurteilt „Trabant 601“, in: Kraftfahrzeugtechnik. Technische Zeitschrift des Kraftfahrwesens (1964), H. 4, S. 144–147.
- N. N.: Kleider machen Leute, in: Eulenspiegel 15 (1968), S. 9.
- N. N.: Oberingenieur Horst Tröger 70 Jahre, in: Zellstoff & Papier. Zeitschrift für die Zellstoff- und Papierindustrie (1988), H. 37, S. 27.
- N. N.: DAMW Fachgebiet Textilreinigung Zittau – gestern und heute, in: Textilreinigung. Wäscherei, Chemischreinigung, Kleiderfärberei (1972), H. 2, S. 45–53.
- N. N.: Personalien. Todesfälle, in: Das Papier 37 (1983), S. 458.
- N. N.: Personalnachrichten, in: PTB-Mitteilungen 80 (1970), S. 246.
- N. N.: Dokumentationsstelle und Gedenktafel am ehemaligen Zuchthaus Brandenburg-Görden, in: Gleinig, Ruth; Igel, Oliver und Kaminsky, Anna (Hrsg.): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR, Berlin 2007, S. 156 f.
- Oehlmann, Friedrich: Zinkbestimmung in Gummiwaren. Mitteilung aus dem Deutschem Amt für Material- und Warenprüfung, Prüfdienststelle 481, Halle/Saale, in: Plaste und Kautschuk. Zeitschrift für polymere Werkstoffe 4 (1957), H. 5, S. 183 f.
- Palutzki, Joachim: Architekturpolitik in der DDR, Diss., Berlin 2000.

- Pasternack, Peer: Fünf Jahrzehnte, vier Institute, zwei Systeme. Das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) und seine Kontexte 1964–2014, Berlin 2019.
- Paul, Rudolf: Die Entwicklung der Gemeindegesetzgebung im Freistaat Reuss j.L. während des 19. Jahrhunderts, Diss., Jena 1920.
- Peltzer, Lilli: Die Demontage deutscher naturwissenschaftlicher Intelligenz nach dem 2. Weltkrieg. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt 1945–1948, Berlin 1995.
- Perels, Joachim: Die Übernahme der Beamtenschaft des Hitler-Regimes. Benachteiligung der Entlassenen und Privilegierung der Amtsinhaber der Diktatur, in: KJ (Kritische Justiz). Vierteljahresheft für Recht und Politik 37 (2004), H. 2, S. 186–193.
- Petschow, Ulrich; Meyerhoff, Jürgen und Thomasberger, Claus: Umweltreport DDR. Bilanz der Zerstörung, Kosten der Sanierung, Strategien für den ökologischen Umbau. Eine Studie des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung, Frankfurt/Main 1990.
- Plöttner, Otto: Einfluß der Instruktion auf Arbeitsgüte und -geschwindigkeit, Diss., Dresden 1932.
- Pommerin, Reiner; Hänseroth, Thomas und Petschel, Dorit: Die Professoren der TU Dresden 1828–2003, Köln u. A. 2003.
- Pose, Rudolf Arthur: Deutsche Wissenschaftler und Spezialisten im Sowjetischen Atomprojekt. Dokumente, Kommentare, Erinnerungen, Leipzig 2019.
- Prescher, Jürgen: Külzufer Haus Nr. 2 in Zittau – ein historischer Rückblick auf die vergangenen letzten 100 Jahre, in: Oberlausitzer Heimatblätter (2012), H. 33, S. 21–32.
- Prüfdienststelle 356 des DAMW: Vom DAMW beobachtet und beurteilt. Waschen oder vernichten?, in: Die Wäscherei. Fachzeitschrift für die Textilreinigung, Wäscherei, Chemiereinigung, Kleiderfärberei (1954), H. 10, S. 16.
- Prüfdienststelle 356 des DAMW: Vom DAMW beobachtet und beurteilt. Verbesserte Spültechnik durch Überlauf, in: Ebd. (1955), H. 1, S. 5.

- Pyta, Wolfram: Geschichtswissenschaft, in: Klein, Christian (Hrsg.): Handbuch Biographie. Methoden, Traditionen, Theorien, Stuttgart 2022, S. 477–484.
- Radisch, Erik, Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe als Konsensimperium (1949–1971), Diss., Stuttgart 2022.
- RAL, Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung: 70 Jahre RAL-Gütezeichen. Eine moderne Idee feiert Geburtstag, St. Augustin 1995.
- RAL, Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung: Grundsätze für Gütezeichen, St. Augustin 2017.
- Rassloff, Steffen: Flucht in die nationale Volksgemeinschaft. Das Erfurter Bürgertum zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur, Köln, Weimar, Wien 2003.
- Rassloff, Steffen: Erfurt – Thüringens erste Industriegroßstadt. Wirtschaft, Sozialstruktur und Stadtentwicklung um 1900, in: Greiling, Werner; Gerber, Stefan und Swiniartski, Marco (Hrsg.): Thüringen im Industriezeitalter. Konzepte, Fallbeispiele und regionale Verläufe vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Wien 2019, S. 237–260.
- Reich, Günther: Nachruf. Professor Dr. phil. habil. Friedrich Stather, in: Leder, Schuhe, Lederwaren. Fachzeitschrift für die Leder-, Kunstleder-, Schuh- und Lederwarenindustrie (1974), S. 210.
- Rembold, Elfie: Staatsinteresse, Messegeist und Stadtkultur. Das Beispiel Leipzig, in: von Saldern, Adelheid (Hrsg.): Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten, Stuttgart 2003, S. 275–353.
- Richter, Eitel-Friedrich: Polarisationserscheinungen bei der stufenweisen Anregung von Quecksilberfluoreszenz, Diss., in: Annalen der Physik 7 (1930), S. 293–328.
- Richter, Eitel-Friedrich: Der Einsatz der Isolierstoffe in der Installations-technik, in: Deutsche Elektrotechnik. Technisch-wissenschaftliche Zeitschrift für Elektromaschinenbau, Licht- und Messtechnik 8 (1951), S. 350–352.

- Rick, Kevin: Die Gründung der Stiftung Warentest als „zweitbeste Lösung“? Verbraucherpolitik zwischen Verbraucherverbänden und Staat in den 1960er Jahren, in: *Historische Zeitschrift* (2016), Bd. 303, S. S. 428–456.
- Roesler, Jörg: Jedes Mal existenzgefährdend? Zur Charakteristik der fünf Wirtschaftskrisen, in: Wagener, Hans-Jürgen und Schultz, Helga (Hrsg.): *Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*, Berlin 2007, S. 155–175.
- Rubin, Eli: *Synthetic socialism. Plastics & dictatorship in the German Democratic Republic*, Chapel Hill 2008.
- Rudolph, Karsten und Wüstenhagen, Jana: *Große Politik – kleine Begegnungen. Die Leipziger Messe im Ost-West-Konflikt*, Berlin 2006.
- Rüffle, Max: Verbesserung der Qualität der Produktion durch Anwendung verbindlicher Industrienormen und Gütevorschriften, in: *Die Technik. Eine monatliche Zeitschrift für technisch-wissenschaftliche Grundsatzfragen im VEB Verlag Technik Berlin* (1950), H. 7, S. 343–346.
- Sabrow, Martin: Die NS-Vergangenheit in der geteilten deutschen Geschichtskultur, in: Kleßmann, Christoph und Lautzas, Peter (Hrsg.): *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem*, Bonn 2005 (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung), S. 132–151.
- Sabrow, Martin: Macht und Herrschaft, in: Wagener, Hans-Jürgen und Schultz, Helga (Hrsg.): *Die DDR im Rückblick*, 2007, S. 28–48.
- Sabrow, Martin: Der führende Repräsentant. Erich Honecker in generationsbiographischer Perspektive, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 10 (2013), S. 61–88.
- Salheiser, Axel: *Parteitreu, plangemäß, professionell? Rekrutierungsmuster und Karriereverläufe von DDR-Industriekadern*, Wiesbaden 2009.
- Schenk, Fritz: *Magie der Planwirtschaft*, Berlin 1960.
- Schevardo, Jennifer: *Vom Wert des Notwendigen. Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre*, Diss., Stuttgart 2006.

- Schildt, Axel: Fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen, in: Bajohr, Frank u. A. (Hrsg.): Mehr als eine Erzählung, 2016, S. 15–26.
- Schmidt, Nadin: Die Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz an den Universitäten der SBZ nach 1945 und deren Re-Integration an den Universitäten der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Diss., Leipzig 2015.
- Schmidt, Nadin: Menschliche Reparationen. Der Wissenschaftstransfer nach 1945 an den Universitäten Leipzig und Dresden, in: Schmeitzner, Mike; Vollnhals, Clemens und Weil, Francesca (Hrsg.): Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949, Göttingen, Germany 2016 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung), S. 353–366.
- Schmidt-Bachem, Heinz: Aus Papier. Eine Kultur- und Wirtschaftsgeschichte der Papier verarbeitenden Industrie in Deutschland, Berlin und Boston 2011.
- Schneider, Ulrich: Antifaschismus, Köln 2014.
- Scholtyssek, Joachim: Freudenberg. Ein Familienunternehmen in Kaiserreich, Demokratie und Diktatur, München 2016a.
- Schonauer, Viola: Entstehung, Entwicklung und erste Tätigkeiten des Staatlichen Warenprüfungsamtes (StWPA) Gera, in: Zentrale Wissenschaftliche Studentenkonferenz der Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Oktober 1979 (Hrsg.): Die Rolle der Volksmassen bei der Entstehung und Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik, Jena 1980, S. 38–42.
- Schöne, Jens: Die Landwirtschaft der DDR 1945–1990, Erfurt 2015.
- Schoop, Ursula: Jarosch, Emil, in: Baumgartner, Gabriele und Hebig, Dieter (Hrsg.): Biographisches Handbuch, Bd. 1, 1996, S. 357.
- Schramm, Manuel: „Präzision als Leitbild?“. Carl Zeiss und die deutsche Innovationskultur in Ost und West 1945–90, in: Technikgeschichte 72, 2005, S. 35–49.
- Schramm, Manuel: Konstruktionen von Qualität in der DDR-Wirtschaft, in: Salais, Robert (Hrsg.): Qualitätspolitik und Konventionen. Die Qualität der Produkte in historischer Perspektive, Wiesbaden 2019, S. 295–307.

- Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1949–1990, Köln 2013.
- Schröder, Wilhelm Heinz: Forscherleben im Rückblick. Kollektivbiografie als individualbiografische Konstante, in: *Historical Social Research* 23 (2011), S. 11–73.
- Schröder, Wilhelm Heinz: Kollektivbiographie. Spurensuche, Gegenstand, Forschungsstrategie, in: Ebd., S. 74–152.
- Schulte, Jan Erik: Zwangsarbeit und Vernichtung: Das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 1933–1945, Paderborn 2001.
- Schulze, Walter: Einführung in die Baustoffprüfung. 2. Auflage, Berlin 1966.
- Schwarzkopf, Hans-Erich: Über die Einwirkung von Ammoniak und Hydrazin auf die Ester anorganischer Säuren, Diss., Düsseldorf 1932.
- Schwarzkopf, Hans-Erich: Hygiene neuzeitlicher Waschverfahren, in: *Die Wäscherei. Fachzeitschrift für die Textilreinigung, Wäscherei, Chemiereinigung, Kleiderfärberei* (1956), H. 10, S. 201.
- Schwarzkopf, Hans-Erich: Hygiene neuzeitlicher Waschverfahren II, in: Sonderdruck der Zeitschrift „Deutsche Textiltechnik“ 7 (1957), H. 12, S. 669–671.
- Schwarzkopf, Hans-Erich: Hygiene neuzeitlicher Waschverfahren III, in: *Deutsche Textiltechnik. Technisch-wissenschaftliche Zeitschrift aller Zweige der Textilindustrie* 9 (1958), H. 8, S. 435 f.
- Schwarzkopf, Hans-Erich: Besuch beim britischen Wäschereiforschungsinstitut, in: *Die Wäscherei. Fachzeitschrift für die Textilreinigung, Wäscherei, Chemiereinigung, Kleiderfärberei* (1961), H. 7, S. 196–198.
- Schwarzkopf, Hans-Erich: Zu Gast in der Volksrepublik Polen, in: Ebd. (1961), H. 11, S. 328 f.
- Schwarzkopf, Hans-Erich und Treuhoff, Ilse: Einwirkung textiler Reinigungsprozesse auf Mikroorganismen, in: *Abhandlungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Klasse für Chemie, Geologie und Biologie* (1963), H. 2, S. 58–70.

- Schwedt, Georg: Glas aus Ilmenau in Thüringen. Ausstellung als Keimzelle zu einem Museum, in: Chemie in Labor und Biotechnik (2010), H. 01-02, S. 64-68.
- Seyffert, Rudolf: Wirtschaftslehre des Handels, Wiesbaden 1972.
- Siegmund-Schultze, Reinhard: Der Schatten des Nationalsozialismus. Nachwirkungen auf die DDR-Wissenschaft, in: Hoffmann, Dieter und Macrakis, Kristie (Hrsg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin 1997, S. 105-121.
- Siemens, Horst: Normung, Typung, Gütesicherung. Ein Wegweiser für die Praxis, Leipzig 1953.
- Singer, Walter: Beitrag zur Nachchlorierung von Polyvinylchlorid, Diss., Leuna-Merseburg 1963.
- Singer, Walter: Beitrag zur Theorie der Qualität und der Leitung der Qualitätsentwicklung, Habil., Leuna-Merseburg 1966.
- Sobolev, Dmitrij Alekseevič: Deutsche Spuren in der sowjetischen Luftfahrtgeschichte. Die Teilnahme deutscher Firmen und Fachleute an der Luftfahrtentwicklung in der UdSSR, Hamburg, Berlin und Bonn 2000.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1985 der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1985.
- Staats, Martina: Erste Schritte zur Gestaltung der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Der Ort und die Akteure 1945/1946, in: Knoch, Habbo und Rahe, Thomas (Hrsg.): Bergen-Belsen. Neue Forschungen, Göttingen 2014, S. 338-368.
- Stadtmuseum Gera (Hrsg.): Die Geschichte Geras von 1914 bis heute, Gera 2010.
- Stather, Friedrich: Über eine neue Art der Disaccharidbildung. Zusammenfassung der Dissertation, in: Philosophische Fakultät der Universität Berlin (Hrsg.): Jahrbuch der Dissertationen der Philosophischen Fakultät Berlin, 1923/24, Teil 1, Berlin 1924, S. 343-345.
- Stather, Friedrich: Die Proteolyse von Hautsubstanz als Ursache zweier wichtiger Häuteschäden, Habil., Dresden 1930.

- Stather, Friedrich: Leder als Fußbekleidungsmaterial des Soldaten, in: Zeitschrift für die Heeresverwaltung (1937), H. 5, Seitenzahl unbek.
- Stather, Friedrich: Leder als Ausrüstungsmaterial des Soldaten, in: Ebd. (1938), H. 3, Seitenzahl unbek.
- Stather, Friedrich: Gütesicherung in der Lederwirtschaft, in: Chemische Technik 1 (1949), H. 2, S. 64.
- Stather, Friedrich: Ledereigenschaften und Schuhqualität, in: Deutsche Schuh- und Lederzeitschrift (1953), S. 180.
- Stather, Friedrich: Leder und Kunstleder. Fachkunde in Stichworten, 3. und verbesserte Auflage, Berlin 1959.
- Stather, Friedrich: 75 Jahre Deutsches Lederinstitut Freiberg 1889–1964, Berlin 1964.
- Stather, Friedrich: Gerbereichemie und Gerbereitechnologie. 4., neubearbeitete Auflage, Berlin 1967.
- Steiner, André: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999.
- Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.
- Steiner, André: Zwischen Wirtschaftswunder und Stagnation. Deutsch-deutsche Wirtschaftsgeschichte 1945–1990, in: Kleßmann, Christoph und Lautzas, Peter (Hrsg.): Teilung und Integration, Bonn 2005, S. 177–191.
- Steiner, André (Hrsg.): Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln 2006.
- Steiner, André: Möglichkeiten und Grenzen einer Planwirtschaft, in: Wagener, Hans-Jürgen und Schultz, Helga (Hrsg.): Die DDR im Rückblick, 2007, S. 135–154.
- Steiner, André: Die Planwirtschaft in der DDR. Aufstieg und Niedergang, Erfurt 2016.
- Stokes, Raymond G.: Chemie und chemische Industrie im Sozialismus, in: Hoffmann, Dieter und Macrakis, Kristie (Hrsg.): Naturwissenschaft und Technik, 1997, S. 283–296.

- Stöver, Bernd: Geschichte des Koreakriegs. Schlachtfeld der Supermächte und ungelöster Konflikt, München 2021.
- Suckut, Siegfried: Blockparteien und Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1990, Leipzig 2018.
- Sudrow, Anne: Der Schuh im Nationalsozialismus. Eine Produktgeschichte im deutsch-britisch-amerikanischen Vergleich, Göttingen 2010.
- Sudrow, Anne: Dresden–München. Das Max-Planck-Institut für Eiweiß- und Lederforschung, in: Rürup, Reinhard und Gruß, Peter (Hrsg.): Denkkarte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten 1911–2011, Berlin 2010, S. 214–221.
- Tandler, Agnes Charlotte: Geplante Zukunft. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955–1971, Diss., Freiberg 2000.
- Thiel, Jens: „...daß es jetzt leider noch unmöglich ist, politisch belastete Professoren durch politisch unbelastete Professoren zu ersetzen.“ Akademische Karrieren in der SBZ und frühen DDR zwischen antifaschistischem Postulat und Pragmatismus, in: Schleiermacher, Sabine; Schagen, Udo und Malycha, Andreas (Hrsg.): Wissenschaft macht Politik. Hochschule in den politischen Systembrüchen 1933 und 1945, Stuttgart 2009, S. 101–124.
- Tröger, Horst: Der Wassergehalt von Rohpappen bei verschiedenen Luftfeuchtigkeiten, in: Papier und Druck. Eine monatliche Fachzeitschrift für die grafische und papierverarbeitende Industrie, Bd. 2 (1953), S. 185–186.
- Tröger, Horst: Zur Geschichte der Papierprüfung. Vortrag, gehalten anlässlich der Wahlversammlung der Betriebssektion der KDT am 27.5.1987, in: Zellstoff & Papier. Zeitschrift für die Zellstoff- und Papierindustrie 36 (1987), H. 4, S. 155–157.
- Tröger, Horst: Vortrag. 4. Tagung des Arbeitsausschusses Geschichte der Papierfabriken der Unteren Mulde im Fachausschuß Papiergeschichte der KDT, in: KDT-Information (1989), H. 9, S. 9–10.
- Tümmers, Henning: Nach Verfolgung und Vernichtung. Das Dritte Reich und die Deutschen nach 1945, Stuttgart 2018.
- van Melis, Damian: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945–1948, Berlin u. A., 1999.

- van Melis, Damian und Bispinck, Henrik (Hrsg.): „Republikflucht“. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Veröffentlichungen zur SBZ-/DDR-Forschung im Institut für Zeitgeschichte, Berlin und Boston 2006.
- Verheyen, Nina: Die Erfindung der Leistung, München 2018.
- Vesting, Justus: Zwangsarbeit im Chemiedreieck. Strafgefangene und Bausoldaten in der Industrie der DDR, Berlin 2012.
- Vilkner, Hans: Chronometerprüfung, in: Monatsschrift für Feinmechanik und Optik. Zeitschrift für Ökonomie und Technik der Feinmechanik und Optik 77 (1960), S. 108–115.
- Wagener, Hans-Jürgen: Anschluss verpasst? Dilemmata der Wirtschaft, in: Wagener, Hans-Jürgen und Schultz, Helga (Hrsg.): Die DDR im Rückblick, 2007, S. 114–134.
- Wagner, Matthias: Der Forschungsrat der DDR. Im Spannungsfeld von Sachkompetenz und Ideologieanspruch 1954 bis April 1962, Diss., Berlin 1992.
- Wagner-Kyora, Georg: Vom „nationalen“ zum „sozialistischen“ Selbst. Zur Erfahrungsgeschichte deutscher Chemiker und Ingenieure im 20. Jahrhundert, Habil., Stuttgart 2009.
- Waibel, Harry: Diener vieler Herren. Ehemalige NS-Funktionäre in der SBZ/DDR, Frankfurt/Main 2012.
- Weber, Hermann: Leuschner, Bruno, in: Historische Kommission bei der bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Neue Deutsche Biographie (NDB), Bd. 14, Berlin 1985, S. 378 f.
- Weber, Petra: Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90, Berlin 2020.
- Wege, Klaus: Die Entwicklung der meteorologischen Dienste in Deutschland, Offenbach/Main 2002.
- Wehler, Hans Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bundesrepublik und DDR 1949–1990, Fünfter Band, München 2008.
- Weingart, Peter und Lentsch, Justus: Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland, Weilerswist 2008.

- Weinke, Annette: Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949–1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Diss., Paderborn 2002.
- Weise, Niels: „Mehr als Nazizählerei“. Die Konjunktur der behördlichen Aufarbeitungsforschung seit 2005, in: Brechtken, Magnus (Hrsg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium, Göttingen 2021, S. 386–404.
- Weiss, Burghard: „Ein Forscher ohne Labor ist wie ein Soldat ohne Waffe“. Ernst Schiebold und die zerstörungsfreie Materialforschung und -prüfung in Deutschland, in: Hoffmann, Dieter (Hrsg.): Physik im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt/Main 2003, S. 209–220.
- Welsh, Helga A.: Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945–1948), München 1989.
- Wentker, Hermann: Sowjetische Eingriffe in das Normensystem und die Anfänge der Justizsteuerung durch die DJV (1945–1947), in: Wentker, Hermann (Hrsg.): Justiz in der SBZ, DDR 1945–1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen, München 2001 (Veröffentlichungen zur SBZ-, DDR-Forschung im Institut für Zeitgeschichte), S. 173–201.
- Wenzel, Mirjam: Jüdische Gegenwart und ihre Funktionalisierung im deutschen Gedenken an die Schoa, in: APuZ 71 (2021), H. 40–41, S. 4–8.
- Wesch, Bernd-Dieter: Waschversuche zum Ermitteln der durchschnittlichen Nutzungsdauer verschiedener Textilien des Mietwäschedienstes, in: Die Wäscherei. Fachzeitschrift für die Textilreinigung, Wäscherei, Chemiereinigung, Kleiderfärberei (1963), H. 4, S. 107.
- Wesch, Bernd-Dieter und Schwarzkopf, Hans-Erich: Vergleichende Testung von Waschgrundstoffen und Waschverfahren unter Praxisbedingungen, in: Abhandlungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Klasse für Chemie, Geologie und Biologie (1963), S. 228–237.
- Wettig, Gerhard: Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau, München 2006.

- Wettig, Gerhard: Aufrüstung, Grenzschießung und Besatzungsstatus der DDR, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 76, 2017, S. 70–103.
- Wiedemann, Wilfried: Die Strafgefangenen der Justiz im Emsland 1945–1945, in: Faulenbach, Bernd und Kaltofen, Andrea (Hrsg.): Hölle im Moor, 2017, S. 131–142.
- Wiederholt, Wilhelm: Laboratoriumsprüfung von Konservendosen- und Milchkannenlacken, in: Verpackungswirtschaftliche Hefte. Aus Forschung und Praxis der Verpackungswirtschaft (1950), S. 20.
- Wierling, Dorothee: Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR, Versuch einer Kollektivbiographie, Berlin 2002.
- Wildt, Michael: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.
- Wissenschaftsrat der DDR (Hrsg.): Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Physik, Köln 1992.
- Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR 1971–1989, Berlin 2009.
- Worch, Hartmut: Prof. Dr.-Ing. habil. Dr.-Ing. E.h. Werner Schatt zum 85. Geburtstag, in: International journal of materials research 99 (2008), S. 3–7.
- Worch, Hartmut: Nachruf Werner Schatt, in: Ebd. 101 (2010), S. 448–451.
- Wunschik, Tobias: Honeckers Zuchthaus. Brandenburg-Görden und der politische Strafvollzug der DDR 1949–1989, Göttingen 2017.
- Zachmann, Karin: Vom Industrie- zum Staatsangestellten. Die Ingenieure in der SBZ/DDR 1945–1989, in: König, Wolfgang und Kaiser, Walter (Hrsg.): Geschichte des Ingenieurs. Ein Beruf in sechs Jahrtausenden, München 2006, S. 269–308.
- Zegenhagen, Evelyn: Zduńska Wola, in: Megargee, Geoffrey P. und Dean, Martin (Hrsg.): Encyclopedia of camps and ghettos, 1933–1945, Vol. II, Ghettos in German-Occupied Eastern Europe, Part A, Bloomington 2012, S. 121–124.

Ziegler, Ruth: Herrn Prof. Dr.-Ing. habil. Dr. ir. h. c. Friedrich Erdmann-Jesnitzer zum 65. Geburtstag, in: Practically Metallography 14 (1977), S. 234.

#### Zeitungsartikel

- Brückner, Dieter: „Q“ für kühle Sachen. Wie die Parteiorganisation in VEB Kühlautomat Berlin den Kampf um das Gütezeichen organisiert, in: Neues Deutschland. Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 13.2.1950, S. 5
- Frija: Wissenschaft hilft Qualität verbessern. Das Warenprüfungsamt in Gera ist ein guter Anfang, in: Neues Deutschland, 23.11.1949, S. 5.
- Jarosch, Emil: Qualitätskontrolle ohne Herzklopfen, in: Neues Deutschland, 4.12.1962, S. 3.
- Lilie, Helmut: Das „Q“ und der Kampf gegen Störenfriede. Die Arbeit einer wichtigen Institution für eine wichtige Aufgabe, in: Neues Deutschland, 18.7.1961, S. 3.
- Lilie, Helmut: Muß man Gütekontrolleure materiell interessieren?, in: Neues Deutschland, 5.12.1962, S. 3.
- Lilie, Helmut: Qualitätskontrolle gehört in staatliche Hände. Für ein richtiges Verhältnis des Werkleiters zur Gütekontrolle im Betrieb / Leiter der TKO soll Mitarbeiter des DAMW werden, in: Neues Deutschland, 4.1.1963, S. 2.
- Lilie, Helmut: Wie muß der Wettbewerb um „Q“ geleitet werden?, in: Neues Deutschland, 22.2.1963, S. 3.
- N. N.: Hohe Ehrungen durch Wilhelm Pieck. Hervorragende Künstler und Wissenschaftler ausgezeichnet, in: Neues Deutschland, 15.12.1955, S. 1.
- N. N.: Keine faulen Kompromisse in Qualitätsfragen, in: Neues Deutschland, 28.6.1963, S. 5.
- N. N.: Konstituierende Tagung der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Die Mitglieder des Magistrats der Hauptstadt, in: Neues Deutschland, 6.7.1967, S. 8.

- N. N.: Ministerium für Leichtindustrie muß seine Arbeit schnell verbessern! Beratung in der Redaktion „Neues Deutschland“ über die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Textilien. Protokoll der Beratung, in: Neues Deutschland, 11.1.1953, S. 5.
- N. N.: Nationalpreisträger, in: Neues Deutschland, 7.10.1963, S. 4.
- N. N.: Traueranzeige Kurt Schmeißer, in: Neues Deutschland, 2.6.1982, S. 7.
- ND: Kurt Schmeißer in sein Amt eingeführt, in: Neues Deutschland, 7.11.1962, S. 2.
- ND: Goldmedaillen für Industrieformer. Rat für Industrieform beim Ministerium für Kultur gebildet, in: Neues Deutschland, 14.9.1962, S. 4.
- Schröder, Fritz: Bürgerschaft für Qualität gehört zur Planerfüllung, in: Neues Deutschland, 30.8.1971, S. 3.

#### Internetquellen

- Barlösius, Eva: Zwischen Wissenschaft und Staat?, 2008, URL: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2008/p08-101.pdf> (Letzter Zugriff: 6.7.2024).
- Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration, 10.6.1945, URL: [http://www.documentarchiv.de/ddr/smاد\\_bef02.html](http://www.documentarchiv.de/ddr/smاد_bef02.html) (Letzter Zugriff: 2.1.2023).
- Benz, Wolfgang: Demokratisierung durch Entnazifizierung und Erziehung, 11.4.2005, URL: <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39605/demokratisierung-durch-entnazifizierung-und-erziehung/> (Letzter Zugriff: 3.1.2023).
- Berufungen von 1946–1989: Alfred Julius Wilhelm Eckardt, in: Physikalisch-Astronomische Fakultät Friedrich-Schiller-Universität Jena: URL: [https://www.physik.uni-jena.de/fakult%C3%A4t/historisches/professoren-galerie/20\\_+jahrhundert/1946--+1989/eckardt\\_+alfred+julius+wilhelm+\(1903-1980\)](https://www.physik.uni-jena.de/fakult%C3%A4t/historisches/professoren-galerie/20_+jahrhundert/1946--+1989/eckardt_+alfred+julius+wilhelm+(1903-1980)) (Letzter Zugriff: 28.12.2021).

- Biografie Ernst Schiebold, in: Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Historisches Seminar der Universität Leipzig (Hrsg.), Professorenkatalog der Universität Leipzig/Catalogus Professorum Lipsiensium, URL: [https://research.uni-leipzig.de/catalogus-professorum-lipsiensium/leipzig/Schiebold\\_315](https://research.uni-leipzig.de/catalogus-professorum-lipsiensium/leipzig/Schiebold_315) (Letzter Zugriff: 13.1.2024).
- Biografie Friedrich Engemann, URL: <https://bauhauskooperation.de/wissen/das-bauhaus/koepfe/biografien/biografie-detail/person-Engemann-Friedrich-299> (Letzter Zugriff: 2.4.2024).
- Biografie Fritz Stather, in: Berlin-brandenburgische Akademie der Wissenschaften, URL: <https://www.bbaw.de/die-akademie/akademie-historische-aspekte/mitglieder-historisch/historisches-mitglied-fritz-stather-2644> (Letzter Zugriff: 20.4.2024).
- Biografie Fritz Stather, Prof. Dr. phil. habil., in: Mitglieder, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, URL: <https://www.saw-leipzig.de/de/mitglieder/statherf> (Letzter Zugriff: 20.4.2024).
- Biografie Karlheinz Lohs, in: Datenbank Mitglieder – historisch der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, URL: <https://www.bbaw.de/die-akademie/akademie-historische-aspekte/mitglieder-historisch/historisches-mitglied-karlheinz-lohs-1679> (Letzter Zugriff: 15.7.2022).
- Biografie Prof. Dr. phil. habil. Friedrich Stather, in: Professorenkatalog der Technischen Universität Dresden/Catalogus Professorum Dresdensis, URL: <https://tu-dresden.de/ua/archiv-bestaende/medienarchiv/professorenbildnisse> (Letzter Zugriff: 18.5.2021).
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, WB 6 – Instrumente des ressourcenschonenden und klimaangepassten Bauens (Hrsg.): Spezialarchiv Bauen in der DDR, Informationszentrum Plattenbau, URL: <https://bauarchivddr.bbr-server.de/bauarchivddr/finbuch/stba/index.html> (Letzter Zugriff: 3.1.2024).

- Creuzberger, Stefan: Die Sowjetische Militäradministration Thüringen 1945–1949, 2021, URL: [https://zs.thulb.uni-jena.de/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal\\_derivate\\_00201743/Die%20Sowjetische%20Milit%C3%A4radministration%20in%20Th%C3%BCrinen%20SMATH%201945%20-%201949.pdf](https://zs.thulb.uni-jena.de/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal_derivate_00201743/Die%20Sowjetische%20Milit%C3%A4radministration%20in%20Th%C3%BCrinen%20SMATH%201945%20-%201949.pdf) (Letzter Zugriff: 23.8.2024).
- Deutsche Demokratische Republik: TGL 45 049, Gruppe 902 650, Normalproben, März 1988, URL: [https://katalog.ub.uni-weimar.de/tgl/TGL\\_45049\\_03-1988.pdf](https://katalog.ub.uni-weimar.de/tgl/TGL_45049_03-1988.pdf) (Letzter Zugriff: 24.8.2024).
- Glossareintrag „Parteilehrjahr“, in: Netzwerk SED- und FDGB-Archivgut, URL: <https://www.bundesarchiv.de/sed-fdgb-netzwerk/glossar.html?q=Parteilehrjahr#p35> (Letzter Zugriff: 15.6.2023).
- Gräfe, Marlis; Post, Bernhard und Schneider, Andreas (Hrsg.): Quellen zur Geschichte Thüringens. Die Geheime Staatspolizei im NS-Gau Thüringen 1933–1945, 2005, URL: [https://www.db-thueringen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbt\\_derivate\\_00022183/lzt\\_band1\\_polizei.pdf](https://www.db-thueringen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbt_derivate_00022183/lzt_band1_polizei.pdf) (Letzter Zugriff: 14.1.2022).
- Grelak, Uwe und Pasternack, Peer (Bearb.): Sonderhochschulen und Ressortforschung in der DDR, URL: <https://www.hof.uni-halle.de/projekte/sonderhochschulen-und-ressortforschung-in-der-ddr/> (Letzter Zugriff: 3.9.2024)
- Gronau, Olivier; Klein, Jürgen und Lobert, Hardi: 100 Jahre Seilprüfstelle in Bochum. Die Entwicklung der zerstörungsfreien Seilprüfung im Steinkohlenbergbau und deren erfolgreiche Einführung und Anwendung in weiteren Industriesektoren, 2003, URL: <https://www.ndt.net/article/dgzfp03/papers/p15/p15.html> (Letzter Zugriff: 22.10.2023).
- Harders, Levke: Historische Biografieforschung, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 31.10.2020, URL: [https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/deliver/index/docId/2014/file/docupedia\\_harders\\_historische\\_biografieforschung\\_v1\\_de\\_2020.pdf](https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/deliver/index/docId/2014/file/docupedia_harders_historische_biografieforschung_v1_de_2020.pdf) (Letzter Zugriff: 2.8.2023).
- Hepp, Peter: Die Geheimprojekte im Forschungsbunker des Fliegerhorstes Grossostheim, URL: [http://www.grossostheim-im-krieg.de/html/body\\_reportage\\_02a.html](http://www.grossostheim-im-krieg.de/html/body_reportage_02a.html) (Letzter Zugriff: 13.1.2024).

- Herbst, Andreas: Bloch, Friedrich, in: Biografische Datenbanken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/friedrich-bloch> (Letzter Zugriff: 2.8.2023).
- Herbst, Andreas: Hüttenrauch, Willy, in: Ebd., URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/willy-huettenrauch> (Letzter Zugriff: 5.7.2024).
- Herfeld, Hans: Festschrift zum 25. Jubiläum. 1950 bis 1975, aus dem Jahre 1975, 1975, Westdeutsche Gerberschule Reutlingen, Lehr-, Prüf- und Forschungsinstitut für die Lederwirtschaft, URL: [https://www.lederpedia.de/veroeffentlichungen/sonderdrucke/122\\_festschrift\\_zum\\_25\\_jubilaem\\_1950\\_bis\\_1975\\_aus\\_dem\\_jahre\\_1975](https://www.lederpedia.de/veroeffentlichungen/sonderdrucke/122_festschrift_zum_25_jubilaem_1950_bis_1975_aus_dem_jahre_1975) (Letzter Zugriff: 5.10.2021).
- Indexeintrag: Gierth, Martin, in: Deutsche Biographie, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd1081047720.html> (Letzter Zugriff: 24.5.2024)
- Inhaltsangabe des Bestandes 40.2.27 NL Appell, Georg, in: Archivportal Thüringen, URL: <https://www.archive-in-thueringen.de/de/bestand/view/id/27887/bestand/27893> (Letzter Zugriff: 2.7.2024).
- Kaiser, Monika und Müller-Enbergs, Helmut: Apel, Erich Hans, in: Biografische Datenbanken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/erich-hans-apel> (Letzter Zugriff: 16.7.2024).
- Kant, Horst: Lohs, Karlheinz, in: Ebd., URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/karlheinz-lohs> (Letzter Zugriff: 15.7.22).
- Knoch, Habbo: Gedenkstätten, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.9.2018, URL: [http://docupedia.de/zg/knoch\\_gedenkstaetten\\_v1\\_de\\_2018](http://docupedia.de/zg/knoch_gedenkstaetten_v1_de_2018) (Letzter Zugriff: 23.8.2024).

- Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nummer 11 vom 31. Oktober 1946, S. 184, URL: [https://portal.dnb.de/bookviewer/view/1026627257#page/ohne+Z%26auml%3Bhlung+\(Titelblatt\)/mode/1up](https://portal.dnb.de/bookviewer/view/1026627257#page/ohne+Z%26auml%3Bhlung+(Titelblatt)/mode/1up) (Letzter Zugriff: 3.9.2024)
- Kubina, Michael: Artikel „Betriebsparteiorganisation (der SED) (BPO)“, in: Dowe, Dieter; Kuba, Karlheinz und Wilke, Manfred (Hrsg.): FDGB-Lexikon. Funktion, Struktur, Kader und Entwicklung einer Massenorganisation der SED (1945–1990), Berlin 2009 (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat), URL: [https://library.fes.de/FDGB-Lexikon/rahmen/lexikon\\_frame.html](https://library.fes.de/FDGB-Lexikon/rahmen/lexikon_frame.html) (Letzter Zugriff: 10.9.2024).
- Luxbacher, Günther: Roh- und Werkstoffe für die Autarkie. Textilforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 2004, URL: <https://www.mpiwg-berlin.mpg.de/KWG/Ergebnisse/Ergebnisse18.pdf> (Letzter Zugriff: 3.9.2024).
- Meinecke, Klaus-Peter: Schiebold, Ernst, in: Biografische Datenbanken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/ernst-schiebold> (Letzter Zugriff: 23.3.2021).
- Mentel, Christian: Über die Notwendigkeit der Selbstreflexion. Eine Anmerkung zum Stand der Behördenforschung, in: Zeitgeschichte-online, Januar 2017, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/ueber-die-notwendigkeit-der-selbstreflexion> (Letzter Zugriff: 3.9.2024).
- Müller, Jürgen: Die PTR als Wehrmachtsbetrieb, in: PTB-Mitteilungen 123 (2013), S. 16–33, URL: [https://www.ptb.de/cms/fileadmin/internet/publikationen/ptb\\_mitteilungen/mitt2013/Heft1/PTB-Mitteilungen\\_2013\\_Heft\\_1.pdf](https://www.ptb.de/cms/fileadmin/internet/publikationen/ptb_mitteilungen/mitt2013/Heft1/PTB-Mitteilungen_2013_Heft_1.pdf) (Letzter Zugriff: 2.8.2024).
- Müller-Enbergs, Helmut und Kaiser, Monika: Leuschner, Bruno Max, in: Biografische Datenbanken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/bruno-max-leuschner> (Letzter Zugriff: 5.7.2024).

- Müller-Enbergs, Helmut: Paul, Rudolf, in: Ebd., URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/rudolf-paul> (Letzter Zugriff: 2.7.2024).
- N. N.: Aufgaben/Organisation der Deutschen Bauakademie, URL: <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DH2PLAN-29637/index.htm?kid=5b819ce5-6268-4e61-9759-e9e6a0d3f7df> (Letzter Zugriff: 12.1.2024).
- N. N.: Frommhold, Ernst, in: Biografische Datenbanken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/ernst-frommhold> (Letzter Zugriff: 2.7.2024).
- N. N.: RAL Geschichte/Historie, URL: <https://www.ral.de/ueber-uns/ral-historie/> (Letzter Zugriff: 30.3.2024).
- Nachlass Ernst Schiebold, Einleitung, Zur Person, in: Archiv der MPG, III. Abt., Rep. 79, S. 152, URL: <https://www.archiv-berlin.mpg.de/archivgut> (Letzter Zugriff: 20.1.2022).
- Peeters, Willem: Joop Snep. Erinnerungen. Aufgezeichnet von Willem Peeters, 2013, URL: <https://silo.tips/download/joop-snep-erinnerungen-aufgezeichnet-von-willem-peeters> (Letzter Zugriff: 19.4.2024).
- Personal- und Vorlesungsverzeichnisse Wintersemester 1922/23 bis Wintersemester 1929/30, in: Personal- und Vorlesungsverzeichnisse 1921–1930, Archiv der TU Dresden, URL: [https://tu-dresden.de/ua/dokumentationen/dokumentationen/pvvs/copy2\\_of\\_index](https://tu-dresden.de/ua/dokumentationen/dokumentationen/pvvs/copy2_of_index) (Letzter Zugriff: 20.12.2021).
- Personal- und Vorlesungsverzeichnis Studienjahr 1954/55, Herbstsemester, ebd., URL: <https://www.ua.tu-dresden.de/PVVs/yum/PVV1955HS.htm> (Letzter Zugriff: 3.9.2024).
- Personal- und Vorlesungsverzeichnis Studienjahr 1955/56, Herbstsemester, ebd., URL: <https://www.ua.tu-dresden.de/PVVs/yum/PVV1956HS.htm> (Letzter Zugriff: 3.9.2024).

- Personal- und Vorlesungsverzeichnis Studienjahr 1956/57, Herbstsemester, ebd., URL: <https://www.ua.tu-dresden.de/PVVs/yum/PVV1957HS.htm> (Letzter Zugriff: 3.9.2024).
- Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. Friedrich Erdmann-Jesnitzer, in: *Catalogus Professorum. Professorinnen und Professoren der TU Berlin und ihrer Vorgänger*, URL: <https://cp.tu-berlin.de/person/2425> (Letzter Zugriff: 13.4.2024).
- Regierungsblatt für das Land Thüringen, Nr. 3, Teil 1: *Gesetzsammlung, Gesetz über die Reinigung der öffentlichen Verwaltung von Nazi-Elementen vom 23. Juli 1945*, 4.9.1945, Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena, Universal Multimedia Electronic Library (UrMEL), S. 6, URL: [https://zs.thulb.uni-jena.de/rsc/viewer/jportal\\_derivate\\_00200032/000356\\_0124a.tif](https://zs.thulb.uni-jena.de/rsc/viewer/jportal_derivate_00200032/000356_0124a.tif) (Letzter Zugriff: 3.9.2024).
- Regierungsblatt für das Land Thüringen, Nr. 15, Teil 1: *Gesetzessammlung, Verordnung über die Tätigkeit des Staatlichen Warenprüfungsamtes vom 29. August 1947*, 17.9.1947, ebd., S. 68, URL: [https://zs.thulb.uni-jena.de/rsc/viewer/jportal\\_derivate\\_00200034/000356\\_0711b.tif?logicalDiv=jportal\\_jpvolume\\_00114559](https://zs.thulb.uni-jena.de/rsc/viewer/jportal_derivate_00200034/000356_0711b.tif?logicalDiv=jportal_jpvolume_00114559) (Letzter Zugriff: 27.2.2023).
- Sattler, Friederike: Artikel „Staatliche Plankommission“, in: Dowe, Dieter u. A. (Hrsg.): *FDGB-Lexikon*, 2009, URL: [https://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/s/Staatliche\\_Plankommission\\_\(SPK\).html#:~:text=Staatliche%20Plankommission%20\(SPK\),die%20Bezirks%2D%20und%20Kreisplanungskommissionen%20st%C3%BCtzen](https://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/s/Staatliche_Plankommission_(SPK).html#:~:text=Staatliche%20Plankommission%20(SPK),die%20Bezirks%2D%20und%20Kreisplanungskommissionen%20st%C3%BCtzen) (Letzter Zugriff: 3.9.2024).
- Schäfer, Carmen: *Das Gedächtnis der OVGU, Im Universitätsarchiv umgeschaut*, 2022, URL: [https://www.ovgu.de/unimagdeburg\\_media/Organisation/NEWSLETTER/Archiv/NL\\_05\\_2022\\_CONTENT/Archiv.pdf](https://www.ovgu.de/unimagdeburg_media/Organisation/NEWSLETTER/Archiv/NL_05_2022_CONTENT/Archiv.pdf) (Letzter Zugriff: 25.1.2024).
- Schäfer, Carmen: *Zur Geschichte der Hochschule für Schwermaschinenbau Magdeburg von 1953 bis 1961 unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Fakultäten und deren Institute*, Magdeburg 1993, URL: <https://hsdbs.hof.uni-halle.de/documents/t852.pdf> (Letzter Zugriff: 26.8.2021).

- Schramm, Manuel: Konsumgeschichte, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 2011 (Version 3 2020), URL: [https://docupedia.de/zg/Schramm\\_konsumgeschichte\\_v3\\_de\\_2020](https://docupedia.de/zg/Schramm_konsumgeschichte_v3_de_2020) (Letzter Zugriff: 24.7.2024).
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Pressemitteilung Nr. N 032 vom 1. Juni 2023. Bruttoinlandsprodukt von 1950 bis 2022 im Durchschnitt 3,1 % pro Jahr gewachsen, 1.6.2023, URL: [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23\\_N032\\_81.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_N032_81.html) (Letzter Zugriff: 26.8.2024).
- Tönshoff, Hans-Kurt: Nachruf Friedrich Erdmann-Jesnitzer, in: Jahrbuch 1992 der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft, Göttingen 1992, S. 175 f., URL: [https://leopard.tu-braunschweig.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbbs\\_derivate\\_00032631/Toenshoff\\_Nachruf\\_Erdmann-Jesnitzer.pdf](https://leopard.tu-braunschweig.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbbs_derivate_00032631/Toenshoff_Nachruf_Erdmann-Jesnitzer.pdf) (Letzter Zugriff: 13.4.2024).
- Traditionsverein Papierfabrik Fockendorf e.V.: Kurzchronik der Papierfachschule und des Studentenvereins Altenburg, o. D., URL: <https://www.papiermuseum.net/papiermuseum/papierfachschule-altenburg/> (Letzter Zugriff: 29.6.2023).
- Walther, Alexander: Keine Erinnerung, nirgends? Die Shoah und die DDR, Deutschland Archiv, 15.7.2019, URL: [www.bpb.de/293937](http://www.bpb.de/293937) (Letzter Zugriff: 22.4.2023).
- Weinke, Annette: „Alles noch schlimmer als ohnehin gedacht“? Neue Wege für die Behördenforschung, in: Zeitgeschichte-online, August 2020, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/alles-noch-schlimmer-als-ohnehin-gedacht> (Letzter Zugriff: 3.9.2024).

## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

### Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Teilansicht des Spinnereilaboratoriums und des Webereilaboratoriums Gera (Referat 2 und 3): LATH - HStA Weimar, Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 352, Bl. 92r.
- Abbildung 2: Das textil-chemische Laboratorium (Referat 5): Ebd., Bl. 94r.

Abbildung 3: Teilansicht des Büroraums der Abteilung Leder- und Schuhindustrie: Ebd., Bl. 99r.

Abbildung 4: Teilansicht des Papier- und Pappenuntersuchungslaboratoriums: Ebd., Bl. 97r.

Abbildung 5: Der erste Präsident des StWPA Dipl.-Ing. Max Rüffle: Ebd., Bl. 91r.

Abbildung 6: Der Leiter des mechanisch-technischen Laboratoriums in der Textilwirtschaftlichen Abteilung des StWPA Hans Böhnisch: Ebd., Bl. 91r.

Abbildung 7: Der Leiter der Metallwirtschaftlichen Abteilung Prof. Dr. Alfred Julius Wilhelm Eckardt (1901–1980) undatiert: Berufungen von 1946–1989, Alfred Julius Wilhelm Eckardt, in: Professoren-galerie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, URL: <https://www.physik.uni-jena.de/4040/eckardt-alfred-julius-wilhelm-1903-1980> (Letzter Zugriff: 11.9.2024). Veröffentlichung mit Genehmigung von P. Eckardt (Jena), Sohn von Alfred Eckardt, dem hier nochmals gedankt ist.

Abbildung 8: Gütezeichen „Q“ des DAMW: Deutsches Amt für Meßwesen und Warenprüfung: DAMW, 1966, S. 5.

Abbildung 9: Weitere Gütezeichen des DAMW nach der VO vom 12.6.1950: Ebd., S. 6 f.

Abbildung 10: Überwachungszeichen mit DAMW-Schriftzug: Ebd., S. 7.

Abbildung 11: Gütezeichen des DAMW für die Klimaschutzprüfung: Ebd.

Abbildung 12: Überwachungszeichen des DAMW für industrielle Erzeugnisse für die Schifffahrt: Ebd.

Abbildung 13: Vereinfachte Darstellung der behördlichen Anbindung des DAMW 1962. Die Pfeile symbolisieren die Berichtspflicht des Amtes. Erstellt auf Grundlage von Schenk, Fritz: Magie der Planwirtschaft, Berlin 1960, S. 43.

Abbildung 14: Karte der Standorte der für die Baustoffprüfung zuständigen Prüfdienststellen des DAMW, Stand: 1960: Nieschler: 10 Jahre Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung, 1960, S. 516. Für die Bereitstellung danke ich Helmut Maier.

Abbildung 15: Der Präsident des DAMW und des „DAMW-neu“ von 1961 bis 1965 Helmut Lilie, vermutl. um 1966: Personalbogen Helmut Lilie, 14.2.1966, BArch Berlin, DC20-8213, Bl. 16 f.

Abbildung 16: Der Leiter der Prüfdienststelle 422 für Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung in Leipzig Ernst Schiebold, undatiert, Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin, VI. Abt., Rep. 1, Schiebold I/4.

Abbildung 17: Der Leiter des Deutschen Lederinstituts Freiberg bzw. der dort ansässigen Prüfdienststelle 361 Friedrich Stather, Universitätsarchiv der TU Dresden, Fotoarchiv.

#### Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Entwicklung der Mitarbeiterzahlen des StWPA/DAMW von 1946–1964.

Tab. 2: Übersicht über Aufträge und Reparationsaufträge der Textilwirtschaftlichen Abteilung des StWPA, Oktober 1947–März 1949.

Tab. 3: Betriebskontrollen der Schuhprüfstelle Erfurt/Abteilung Leder und Schuhe, April 1948–März 1949.

Tab. 4: Übersicht über die Prüfaufträge des DAMW in den 1. Quartalen der Jahre 1952, 1954 und 1955 sowie die Unterteilung in Pflicht- und freiwillige Prüfungen.

Tab. 5: Übersicht über die Anzahl der Prüfdienststellen und verschiedenen Prüfbereiche des DAMW, Stand: 31.3.1951.

Tab. 6: Zusammenstellung der Fehlerarten im Schwermaschinenbau 1952 und 1953.

Tab. 7: Übersicht über die Fachgruppen und Prüfdienststellen des DAMW mit ihren Standorten, Stand: 1955.

Tab. 8: Übersicht über die Fachgruppen und Prüfdienststellen des DAMW mit ihren Standorten, Stand: 1.5.1963.

## 11.3 Abkürzungsverzeichnis

AdW	Deutsche Akademie der Wissenschaften
ASMW	Amt für Standardisierung, Messwesen und Warenprüfung (1973–1990)
BdA	Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
BAM	Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BPO	Betriebsparteiorganisation der SED
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehem. Deutschen Demokratischen Republik
CTR	Chemisch-Technische Reichsanstalt
DAM	Deutsches Amt für Messwesen
DAMG	Deutsches Amt für Maß und Gewicht
DAMW	Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung (1950–1964)
DAMW-neu	Deutsches Amt für Messwesen und Warenprüfung (1964–1973)
DGZfP	Deutsche Gesellschaft für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung
DIN	Deutsches Institut für Normung
DKB	Deutscher Kulturbund
DLI	Deutsches Lederinstitut
DNA	Deutscher Normenausschuss
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
DZVI	Deutsche Zentralverwaltung der Industrie
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

GI	Geheimer Informator des Ministeriums für Staatssicherheit
GOST	Gossudarstwenny Standart
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
IM	„Inoffizieller Mitarbeiter“ des Ministeriums für Staatssicherheit
ISO	International Organization for Standardization
KdT	Kammer der Technik
KWIBf	Kaiser-Wilhelm-Institut für Bastfaserforschung
KWG	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MPA	(Staatliches) Materialprüfungsamt
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NVA	Nationale Volksarmee
NÖSPL/ NÖS	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung
OIML	Organisation Internationale de Métrologie Légale
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
PTB	Physikalisch-Technische Bundesanstalt
PTR	Physikalisch-Technische Reichsanstalt
RMWEV	Reichsminister/-ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SKTB	Spezialkonstruktions- und Technisches Büro
SMAD	Sowjetische Militäradministration
SMATH	Sowjetische Militäradministration Thüringen
SPK	Staatliche Plankommission

SS-WVHA	SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt
StWPA	Staatliches Warenprüfungsamt Thüringen (1946–1950)
TGL	Technische Güte- und Liefervorschriften
TKO	Technische Kontrollorganisation
VEB	Volkseigener Betrieb
VS	Volkssolidarität der DDR
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
VVO	Vaterländischer Verdienstorden
VWR	Volkswirtschaftsrat der DDR
ZK	Zentralkomitee der SED

#### Chronologie

1946–1950: Staatliches Warenprüfungsamt Thüringen (StWPA)

1950–1964: Deutsches Amt für Material- und Warenprüfung (DAMW)

1964–1973: Deutsches Amt für Messwesen und Warenprüfung  
(DAMW-neu)

1973–1990: Amt für Standardisierung, Messwesen und Warenprüfung  
(ASMW)







